



**Leopoldina**  
Nationale Akademie  
der Wissenschaften

# NOVA ACTA LEOPOLDINA

Neue Folge | Nummer 417

## Gutes Leben oder gute Gesellschaft?

**Karl Ulrich Mayer (Hrsg.)**



Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina –  
Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle (Saale) 2018

Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft Stuttgart



Gutes Leben oder gute Gesellschaft?



# NOVA ACTA LEOPOLDINA

Abhandlungen der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina

Herausgegeben von Jörg HACKER, Präsident der Akademie

---

NEUE FOLGE

NUMMER 417

---

## Gutes Leben oder gute Gesellschaft?

Symposium der  
Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina –  
Nationale Akademie der Wissenschaften  
und der  
VolkswagenStiftung

am 17. und 18. Juni 2016 in Hannover

Herausgegeben von:

Karl Ulrich MAYER (Berlin)  
Mitglied der Leopoldina



**Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina –  
Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle (Saale) 2018  
Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft Stuttgart**

Redaktion: Dr. Michael KAASCH und Dr. Joachim KAASCH

Einbandbild: Sisters of Design (Halle/Saale)

**Die Schriftenreihe Nova Acta Leopoldina erscheint bei der Wissenschaftlichen Verlagsgesellschaft Stuttgart, Birkenwaldstraße 44, 70191 Stuttgart, Bundesrepublik Deutschland.**

Die Schriftenreihe wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Die Abkürzung ML hinter dem Namen der Autoren steht für Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften.

© 2018 Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. – Nationale Akademie der Wissenschaften  
Postadresse: Jägerberg 1, 06108 Halle (Saale), Postfachadresse: 110543, 06019 Halle (Saale)  
Hausadresse der Redaktion: Emil-Abderhalden-Straße 37, 06108 Halle (Saale)  
Tel.: +49 345 47239134, Fax: +49 345 47239139  
Herausgeber: Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Jörg HACKER, Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften  
Printed in Germany 2018  
Gesamtherstellung: Druck-Zuck GmbH Halle (Saale)  
ISBN: 978-3-8047-3756-3  
ISSN: 0369-5034  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

# Inhalt

|  |     |
|--|-----|
| MAYER, Karl Ulrich: Gutes Leben oder gute Gesellschaft? Dimensionen, Messung und politische Gestaltung von Lebensqualität .....  | 7   |
| SCHUPP, Jürgen: 45 Jahre Sozialberichterstattung und Lebensqualitätsforschung in Deutschland – ein Blick in die Vergangenheit sowie künftige Perspektiven .....  | 21  |
| NOLL, Heinz-Herbert: Die Regierungsstrategie „Gut leben“: Zur Entwicklung einer regierungsamtlichen Berichterstattung über Zustand und Wandel der Lebensqualität in Deutschland .....  | 43  |
| SCHNORR-BÄCKER, Susanne: Politikbegleitendes statistisches Monitoring zur Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt für die EU und die OECD – „Europa 2020“ und die „Better Life Initiative“ der OECD im Vergleich ..... | 63  |
| SCHMIDT, Christoph M.: Politikbegleitendes statistisches Monitoring zu Entwicklungslinien der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland: Eine Dekonstruktion aus Sicht der Ökonomik .....  | 103 |
| ERIKSON, Robert: Affluence, Happiness, Meaningfulness or Freedom of Action? On Measuring Quality of Life to Assess Societal Development .....  | 127 |
| STRACK, Fritz, und SCHWARZ, Norbert: Die Beurteilung des subjektiven Wohlbefindens .....   | 143 |
| TROMMSDORFF, Gisela: Well-being and Happiness in Cultural Context .....  | 159 |
| BAER, Susanne: Kein Glücksversprechen: Deutsches Verfassungsrecht und „das gute Leben“ .....   | 179 |
| FORST, Rainer: Notwendige Güter für ein gutes Leben? Einige Überlegungen zum Begriff der Gerechtigkeit .....   | 193 |
| MAU, Steffen, HEUER, Jan-Ocko, und ZIMMERMANN, Katharina: Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates – Fixe Meinungen oder Willensbildung durch Deliberation? ...   | 203 |
| SIEGRIST Johannes: Der Beitrag von Prozessanalysen zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten .....  | 221 |



# **Gutes Leben oder gute Gesellschaft? Dimensionen, Messung und politische Gestaltung von Lebensqualität**

Karl Ulrich MAYER ML (Berlin)

*Wolfgang Zapf zum 80. Geburtstag gewidmet*

## *Zusammenfassung*

Dieser Band enthält Beiträge zum Stand der wissenschaftlichen Diskussion um die Bestimmung der Dimensionen von Lebensqualität, ihre Beobachtung und Messung über Systeme von sozialen Indikatoren sowie ihren Stellenwert und ihre Bedeutung in den Verfahren und Prozessen politischer Willensbildung, politischer Zielsetzung und politischer Zielerreichung. Anlass der Befassung mit diesem Thema innerhalb der Deutschen Akademie der Wissenschaften Leopoldina waren die von Bundeskanzlerin Angela MERKEL initiierten und 2015 und 2016 durchgeführten Bürgerdialoge zu „Gut Leben in Deutschland“. Auf Anregung ihrer Wissenschaftlichen Kommission zu Demographischem Wandel veranstaltete die Leopoldina dazu zusammen mit der Volkswagenstiftung am 17./18. Juni 2015 eine Konferenz auf Schloss Herrenhausen unter dem Titel „Gutes Leben oder gute Gesellschaft?“. Die Kapitel dieses Buches sind Ausarbeitungen der Beiträge zu dieser Konferenz.

## *Abstract*

This edition of *Nova Acta Leopoldina* brings together contributions on the state of research and debate on the dimensions of quality of life, their measurement through systems of social indicators, as well as the role of both in the processes of democratic representation and decision-making. The initial motivation for this volume was the initiative by Chancellor Angela MERKEL to organize and conduct 165 citizen dialogues to find out what are the major concerns of citizens for themselves and the society they are living in. In this context the Scientific Committee on Demographic Change of the Leopoldina together with the Volkswagen Foundation in June 2016 organized a conference on „Quality of Life or Just Society?“. The papers of this volume are based on the presentations during that conference.

## **1. Einleitung**

Dieser Band enthält Beiträge zum Stand der wissenschaftlichen Diskussion um die Bestimmung der Dimensionen von Lebensqualität, ihre Beobachtung und Messung über Systeme von sozialen Indikatoren sowie ihren Stellenwert und ihre Bedeutung in den Verfahren und Prozessen politischer Willensbildung, politischer Zielsetzung und politischer Zielerreichung.

Anlass der Befassung mit diesem Thema innerhalb der Deutschen Akademie der Wissenschaften Leopoldina waren die von Bundeskanzlerin Angela MERKEL initiierten und 2015 und 2016 durchgeführten Bürgerdialoge zu „Gut Leben in Deutschland“ (*Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland, Bundesregierung 2016a*). Auf Anregung ihrer Wissenschaftlichen Kommission zu Demographischem Wandel veranstaltete die Leopoldina dazu zusammen mit der Volkswagenstiftung am 17./18. Juni 2016 eine Konferenz auf Schloss Herrenhausen unter dem Titel „Gutes Leben oder gute Gesellschaft?“. Die Kapitel dieses Buches sind Ausarbeitungen der Beiträge zu dieser Konferenz, ergänzt um eine Darstellung und kritische Bewertung der Regierungsstrategie „Gut Leben in Deutschland“ (*Bundesregierung*

2016b) und des nach der Konferenz veröffentlichten Berichts der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland, welche dankenswerterweise Heinz-Herbert NOLL übernommen hat. In diesem einleitenden Kapitel greife ich Themen und Problemstellungen dieser Diskussionen auf und führe zugleich in die Beiträge des Bandes ein.<sup>1</sup>

Die wissenschaftlichen und politischen Bemühungen, Stand und Fortschritte der Gesellschaftsentwicklung über den materiellen Wohlstand hinaus begrifflich und empirisch zu fassen, gehen bis in die 1960er Jahre zurück. Zuerst begann die Soziale-Indikatoren-Bewegung in den USA (BAUER 1966, *Department of Health, Education and Welfare* 1969). In der Bundesrepublik wurde die „Wohlfahrtsforschung“ vor allem von dem Soziologen Wolfgang ZAPF und dem Ökonomen Hans-Jürgen KRUPP u. a. im Rahmen des DFG-Sonderforschungsbereichs 3 (SFB 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“) vorangetrieben und resultierte u. a. in einer Reihe von Umfragen, so vor allem den *Wohlfahrtsurveys* und dem *Sozio-Ökonomischen Panel*, sowie einer Serie von Publikationen der Sozialberichterstattung (u. a. den vom *Statistischen Bundesamt* und *Wissenschaftszentrum Berlin* jährlich herausgegebenen Datenreport). Diese Bemühungen waren im Reformkontext der 1970er Jahre gesellschaftspolitisch motiviert, aber für Jahrzehnte in Deutschland vornehmlich von Seiten der Wissenschaft getragen, bis sie nunmehr nach einem fast halben Jahrhundert zu einem festen Bestandteil des politischen Instrumentariums zu werden scheinen. Diese historisch erstaunlich lange Entwicklung, an der auch der Autor als blutjunger „Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle“ an der Goethe-Universität Frankfurt beteiligt war (BALLERSTEDT et al. 1975), wird für den nationalen Kontext von Jürgen SCHUPP in seinem Beitrag über „45 Jahre Sozialberichterstattung und Lebensqualitätsforschung in Deutschland – ein Blick in die Vergangenheit sowie zukünftige Perspektiven“, systematisch aufgearbeitet.

Inhaltlich kann man folgende Fragestellungen unterscheiden:

- Was ist das gute Leben? Welche Dimensionen sind für Lebensqualität ausschlaggebend? Wie kann man diese Dimensionen ableiten: deduktiv, empirisch oder deliberativ?
- Geht es um objektive Lebensbedingungen oder auch um subjektives Wohlbefinden?
- Wie kann man Lebensqualität messen? Welche Eigenschaften sollen gute soziale Indikatoren besitzen, und wie aggregiert und sparsam sollen und können Kataloge von sozialen Indikatoren sein? Welche Systeme sozialer Indikatoren haben sich international als politische Zielprogramme durchgesetzt, und warum bedarf es überhaupt eines zusätzlichen nationalen Programms?
- Ist es eigentlich Aufgabe des Staates und der Politik, „individuelle“ Lebensqualität zu definieren und durchzusetzen, oder muss es der Politik nicht vielmehr darum gehen, optimale – vor allem institutionelle – Voraussetzungen für individuelle Handlungschancen zu sichern und damit eine gute und gerechte Gesellschaft zu befördern?
- „Bürgerdialoge“ sind ein relativ neues Instrument der demokratischen Willensbildung. Sie werden hier in der Regierungsstrategie zur Debatte darüber verwandt, was für die Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, was sie umtreibt. Als Mittel direkter Demokratie kann man sie kritisch sehen, da sie in Konkurrenz zu den herkömmlichen Wegen der parlamentarischen Demokratie – vom Bürger über die Abgeordneten und Parteien ins Parlament – stehen. Oder sind sie einfach nur ein Werkzeug politischer Kommunikation (worauf mög-

---

1 Verwiesen werden soll hier auch auf die Beiträge von BERGHAIN, NOLL, SCHMIDT, SCHNORR-BÄCKER, WAGNER und WALPER in den Diskussionsbeiträgen des wissenschaftlichen Beirats der Regierungsinitiative (*Bundesregierung* 2016b).

licherweise hinweist, dass es die Öffentlichkeitsabteilung im Kanzleramt war, die für die Bürgerdialoge und den Regierungsbericht verantwortlich war).

- Sollte die Sozialberichterstattung Sache der Regierungen sein, die ja vor allem ein Interesse daran haben müssen, ihre Arbeit als erfolgreich erscheinen zu lassen, oder wäre das nicht besser Aufgabe des Parlaments oder der distanzierteren Wissenschaft?
- Schließlich geht es um die Frage, welche Rolle komprimierten, hochaggregierten Indikatoren als zielbezogenen Kennziffern zukommt? Setzen evidenzbasierte politische Interventionen nicht eher hochkomplexe Prozessanalysen voraus, und wie ist das Verhältnis „guter“ Prozessdaten zu zugespitzten Indikatoren?

## **2. Dimensionen der Lebensqualität – Wohlfahrtsbeobachtung versus Wohlstandsmessung**

Mit der Propagierung des Begriffs der „Lebensqualität“ waren zwei Absichten verbunden. Zum einen sollte die Aufmerksamkeit auf die Lage von Individuen und Haushalten gerichtet werden, im Gegensatz zu der Vermessung gesamter Gesellschaften wie z. B. in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Zum andern sollten neben und zusätzlich zu den materiellen und wirtschaftlichen Aspekten des Lebensstandards nicht-materielle Aspekte der Wohlfahrt in den Blick genommen werden. Der Hintergrund waren Einsichten, wie sie vom *Club of Rome* in seinem Bericht zu „Limits to Growth“ formuliert wurden, dass nämlich Steigerungen des materiellen Wohlstands – u. a. wegen starker externaler Effekte – nicht unbedingt zu einer Steigerung der Wohlfahrt führen. Oder auch die Theorien von Theodore MASLOW zur Wertehierarchie und von Ronald INGLEHART zum Wertewandel, nach denen nach einer Sättigung der materiellen Grundbedürfnisse post-materielle Werte und Bedürfnisse in den Vordergrund rücken. Der finnische Soziologe und Politologe Erik ALLARDT hat dies dann schon 1975 mit seinem Begriffstrio von *having*, *loving* und *being* auf eine prägnante Formel gebracht. *Having* bezieht sich bei ALLARDT auf den materiellen Wohlstand, indiziert durch die Einkommenslage, aber auch auf Bildung, Erwerbstätigkeit und Gesundheit, *loving* auf das eigene soziale Netz in Familie, Freundeskreis und Gemeinde, und *being* auf die Grundlagen individueller Identität, von Sozialprestige und politischer Teilhabe (ALLARDT 1993).

Dieser Katalog von Dimensionen der Lebensqualität hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als bemerkenswert robust erwiesen. So resultierte z. B. der Stiglitz/Sen/Fitoussi-Report in dem Vorschlag, folgende Dimensionen durch soziale Indikatoren abzudecken: I) *material living standards*, II) *health*, III) *education*, IV) *personal activities, incl. work*, V) *political voice and governance*, VI) *social connections and relationships*, VII) *environment*, VIII) *insecurity (economic and physical)* (STIGLITZ et al. 2010). In Deutschland konnte sich die 2013 abgeschlossene Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages nicht auf einen gemeinsamen Katalog einigen. Der von ihr vorgeschlagene Indikatorensatz W<sup>3</sup> definiert drei Dimensionen: ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit (*Deutscher Bundestag* 2013).

Der aktuelle *Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland (Bundesregierung* 2016a) schlägt – u. a. als Ergebnis der Bürgerdialoge – 12 Dimensionen der Lebensqualität vor, nämlich unter der Rubrik „Unser Leben“: Gesund durchs Leben, Gut arbeiten und gerecht teilhaben, Bildungschancen für alle, Zeit haben für Familie und Beruf sowie ein sicheres Einkommen; unter der Rubrik „Unser Umfeld“: Zusammenhalten in Familie und

Umfeld, Zuhause sein in Stadt und Land sowie sicher und frei leben; unter der Rubrik „Unser Land“: Wirtschaft stärken und in die Zukunft investieren, Natur erhalten und Umwelt schützen, frei und gleichberechtigt leben sowie in globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern. In der aktuellen Diskussion geht es vor allem um drei Fragen:

- *Erstens*, soll es das Ziel sein, „output“ im Sinne von materiellem und nicht-materiellem Wohlbefinden („well-being“) zu bestimmen und zu messen oder vielmehr die Voraussetzungen zu definieren und zu operationalisieren, die selbstbestimmtes Handeln ermöglichen. Hier hat vor allem Amartya SEN (1985) den entscheidenden Vorschlag gemacht, indem er den Wohlfahrtsbegriff ausdifferenzierte, generalisierte und auf seine Bedingungen hin zuspitzte. Eine Politik der Lebensqualität muss sich nach SEN auf die Sicherung von *capabilities* (Befähigungen, Ermöglichkeiten), d. h. auf Bedingungen von Lebenschancen (DAHRENDORF), konzentrieren. Amartya SEN hat aber nicht nur darauf insistiert, das „gute Leben“ als individuelles *well-being* nicht allein von den Endergebnissen, sondern primär von den Bedingungen der Möglichkeit her als Sicherung von Handlungsspielräumen her zu erfassen. SEN hat ebenso sehr herausgearbeitet, dass sich diese Handlungsfreiheit eben nicht nur auf das eigene Wohlbefinden, sondern auch auf andere, vor allem auch kollektive Ziele richten kann. In seinem Beitrag in diesem Band schließt sich Robert ERIKSON dem Vorschlag von SEN an, Lebensqualität als Handlungsfreiheit bzw. Handlungschance zu bestimmen – im Gegensatz zu Lebensqualität als Wohlstand, Lebensqualität als Glück oder Lebensqualität als sinnvolles Leben. ERIKSON diskutiert die Probleme der Operationalisierung von Lebensqualität als Handlungsfreiheit und sieht in der Tradition der skandinavischen Wohlfahrtsforschung Handlungsressourcen als adäquateste Umsetzung.
- *Zweitens* hat sich aber eine neue Problemdimension und eine neue, zum Teil ausufernde Begrifflichkeit ergeben: der Zukunftswirkungen im Konzept der Nachhaltigkeit (MAYER und BIESENBENDER 2014). Muss dies zu einer Revision des Begriffs und der Vorstellungen von Lebensqualität führen? Christoph SCHMIDT diskutiert in diesem Band den gegenwärtigen Stand der indikatorzentrierten Berichterstattung zur Nachhaltigkeit.
- *Drittens* ist die Frage zu stellen, ob von Wissenschaftlern (deduktiv oder über repräsentative Umfragen) abgeleitete Kataloge der Dimensionen der Lebensqualität ausreichen und angemessen sind oder ob über Bürgerdialoge (induktiv) herausgearbeitete Dimensionenkataloge andere oder weitere Dimensionen hinzufügen.

In diesem Zusammenhang sind eine Reihe von Arbeiten von Interesse, in denen auf der Grundlage von repräsentativen Umfragen einerseits eine mit dem Regierungsbericht und der Enquete-Kommission abgestimmte Liste von Politikzielen nach ihrer Wichtigkeit eingeschätzt wird (WAGNER 2016, GIESELMANN et al. 2017) und zum andern offene Fragen zu den in den Bürgerdialogen angesprochenen Themen (Was ist wichtig für Sie im Leben? Was ist nach Ihrer Meinung charakteristisch für die Lebensqualität in Deutschland?) ausgewertet werden (WAGNER et al. 2017). Die Analyse der offenen Fragen auf repräsentativer Basis ergibt eine hohe Übereinstimmung mit den aus den Bürgerdialogen abgeleiteten Dimensionen der Lebensqualität. Ferner ist bemerkenswert, dass in den Bürgerdialogen bereits häufig Aspekte und Probleme thematisiert wurden, die sich nicht auf das individuelle oder familiäre Wohlbefinden richten, sondern sich auf das Gemeinwesen und die Umwelt beziehen, und dass solchen „kollektiven“ Zielen in den Repräsentativumfragen die ersten Ränge an Wichtigkeit eingeräumt werden („Demokratie erhalten“, „Pflegetätigkeit verbessern“, „Kriminalität bekämpfen“). Ein ambitionierter und innovativer Versuch, Wahrnehmungen und Erwartungen

über die eigene Lage und Vorstellungen über die Gesellschaft über Umfragen zu untersuchen, liegt mit der jüngsten, gemeinsamen „Vermächtnis-Studie“ des Wissenschaftszentrums für Sozialwissenschaften Berlin, infas und der *ZEIT* vor. Jutta ALLMENDINGER (2017) hat die Befunde der ersten beiden Umfragen in ihrem Buch mit dem Titel *Das Land, in dem wir leben wollen. Wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen* dargestellt und interpretiert.

### **3. Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden – objektive versus subjektive Indikatoren**

Schon seit den 1970er Jahren (ALLARDT, CONVERSE, CANTRIL) wurden neben den objektiven auch subjektive Aspekte von Lebensqualität in den Blick genommen. Damit stellen sich neue Fragen nach den Dimensionen und der Messung von subjektivem Wohlbefinden (Lebenszufriedenheit/Glück), nach dem Zusammenhang zwischen objektiver Wohlfahrt und subjektivem Wohlbefinden, nach dem „Lebensqualitätsparadox“, der Kombination von schlechten Lebensumständen und hoher Zufriedenheit bzw. guten Lebensumständen und hoher Unzufriedenheit, sowie nach den kulturellen Determinanten und Varianten, Universalität bzw. Diversität von Glück und Zufriedenheit (NOLL 2013, STAUDINGER 2000).

Die Forschung beschäftigte sich zunächst vor allem mit dem Problem der Skalierung und Messung von Lebenszufriedenheit sowie dem Problem allgemeiner im Vergleich zu lebensbereichspezifischer Zufriedenheit. Danach verschärfte das Lebensqualitätsparadox dann die Frage, ob die objektive Lage oder das subjektive Wohlbefinden zu optimieren sei. „Well-being“ bezeichnet die beste Kombination von positiver objektiver Lage und positiver subjektiver Befindlichkeit, „Deprivation“ kennzeichnet die Kombination von Unzufriedenheit und nachteiligen Lebensbedingungen, „Dissonanz“ negative Befindlichkeiten trotz guter Lebenslage und Anpassung positive Befindlichkeiten bei schlechter Lebenslage.<sup>2</sup> Dabei war weniger strittig, dass die Forschung und wissenschaftliche Sozialberichterstattung beide Aspekte zu berücksichtigen hat, als die Frage, was davon zu den Aufgaben von Regierungen und damit der „offiziellen“ Sozialberichterstattung zählt. Der wesentliche Beitrag der empirischen Forschung lag darin, die relative Bedeutung verschiedener Dimensionen der Lebensqualität zu gewichten und zwischen Ländern und Kulturen unterschiedliche Gewichtungen zu bestimmen. Auch diese Forschung führt zur Relativierung des materiellen Wohlstandes und zum Aufweis der überragenden Bedeutung von engen sozialen Beziehungen für die Lebenszufriedenheit (FREY und STUTZER 2002).

Der Beitrag von Gisela TROMMSDORF in diesem Band gibt zunächst einen breiten Überblick über begriffliche Traditionen und Unterscheidungen (subjektives Wohlbefinden, Glück, Lebenszufriedenheit) sowie deren Messung. Alle diese Konzepte schließen kognitive und affektive Aspekte ein. Danach diskutiert TROMMSDORF empirische Befunde zu Bedingungen, Korrelaten und Konsequenzen von Wohlbefinden, Glück und Zufriedenheit. Ein besonderer Schwerpunkt des Beitrags liegt in der Frage nach und Befunden zu kulturellen Unterschieden im Verständnis von Glück und Zufriedenheit. Unterschiede zwischen Gesellschaften können nur partiell durch ökonomische, politische oder psychologische Faktoren erklärt werden: *culture matters*. Von besonderer Bedeutung sind hier einerseits das relative Gewicht von kol-

---

2 ZAPF 1984, S. 25.

lektiven versus individualistischen Werten und andererseits die positiven Konsequenzen der Passung von Verhalten mit dem vorherrschenden kulturellen Muster.

In dem Beitrag von Jürgen SCHUPP wird die Entwicklung subjektiver Indikatoren für Deutschland nachgezeichnet und insbesondere die Bedeutung des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) auch für die internationale Forschung zu Glück und Lebenszufriedenheit dokumentiert. Die Befunde des SOEP zeigen eindrücklich, wie z. B. die mittlere Lebenszufriedenheit in Deutschland und Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland durchaus mit externen Entwicklungen korrelieren. Allerdings ist SCHUPP skeptisch in Bezug auf subjektives Wohlbefinden als politischer Zielindikator, da der von Politik beeinflussbare Erklärungsanteil vergleichsweise niedrig und nur zum Teil aufgeklärt ist.

Fritz STRACK und Norbert SCHWARZ weisen in ihrem Beitrag auf, dass in Umfragen gemessene Urteile zum subjektiven Wohlbefinden keine unmittelbaren Schlussfolgerungen auf subjektive Merkmale von Personen erlauben. Solche Messungen setzen u. a. (zum Teil variable) Vergleichsstandards und Vergleichsgruppen voraus, werden durch Gewinn- und Verlustkontexte beeinflusst und sind von Stimmungen und dem sozialen Umfeld abhängig. Daher haben auch schon die Platzierung von Fragen zum subjektiven Wohlbefinden in Fragebögen und die Art der Abfolge von Fragen zur allgemeinen und bereichsspezifischen Zufriedenheit Einfluss auf das, was gemessen wird. Die in diesem Beitrag ausgeführte, detaillierte und durch systematische Forschung unterfütterte Rekonstruktion menschlichen Informationsverhaltens macht nachvollziehbar, warum objektive Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden häufig nur schwach korrelieren und deren jeweilige Veränderungen nicht immer korrespondieren.

Die wissenschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Konstruktes „subjektives Wohlbefinden“ reicht inzwischen weit über das engere Feld der Lebensqualitätsforschung hinaus. In der Psychologie hat sich ein eigener wirkkräftiger Forschungs- und Anwendungszweig entwickelt, die „positive Psychologie“ (KAHNEMANN et al. 1999, SELIGMANN 2004, CSIKSZENTALMIHALY 2014), in der Soziologie hat Hartmut ROSA „Resonanz“ als Analog zum subjektiven Wohlbefinden als Kernstück einer Gesellschaftstheorie herausgearbeitet (ROSA 2016).

#### 4. Soziale Indikatoren

Soziale Indikatoren bedeuteten einen Durchbruch gegenüber den bloß deskriptiven, früheren Traditionen der amtlichen Statistik. Soziale Indikatorensysteme können sich ebenso breit angelegt wie kondensiert auf gesamte Gesellschaften richten oder auf Teilbereiche wie Bildung oder Armut, und sie können national oder international vergleichend angelegt sein. Von wesentlicher Bedeutung ist auch, wer die Träger der Sozialberichterstattung sind. Waren es zunächst die Wissenschaft (Soziologischer Almanach, Datenreport, GLATZER und ZAPF 1984), so sind es nunmehr verstärkt halb-staatliche und staatliche Organisationen (*United Nations* [UN], *United Nations Children's Fund* [UNICEF], *Organisation for Economic Co-operation and Development* [OECD], Europäische Union [EU]).

Soziale Indikatoren haben eine spektakuläre Karriere erlebt – was viele Jahre lang ein relativ esoterisches wissenschaftliches Feld war, hat sich zu einem veritablen Boom u. a. von Regierungsberichten, den nunmehr 14 Indikatoren für die Lissabon- und „Europa 2020“-Strategie der EU, dem *Human Development Index*, den Millennium-Zielen der UN und den neuen

UN-Nachhaltigkeitszielen entfaltet. Internationale Vergleiche, wie z. B. bei dem *Human Development Index*, den PISA-Rankings der OECD oder dem 10 %-Ziel der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BPI) für Bildung und dem 3 %-Ziel am BPI für öffentliche Ausgaben für Forschung haben dabei eine erhebliche Wirkung entfaltet – u. a. durch den Mechanismus von einer Art von „shaming“.

Susanne SCHNORR-BÄCKER dokumentiert in ihrem Beitrag nicht nur detailreich, wie sich die Indikatorensysteme der EU, der OECD und der UN entwickelt haben, sondern auch in einem wie hohen Ausmaß sie z. B. in der EU zu einem weitreichenden Instrument der Umsetzung und Durchsetzung von Politikzielen geworden sind. In dem sogenannten „Europäischen Semester“ wird ein indikatorengestützter verbindlicher Rahmen für die wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitische Überwachung in Europa durch eine Verzahnung des Europa-2020-Prozesses mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie einem neuen Verfahren zur Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten gestaltet.

Hier geht es nach wie vor darum, wie man die Dimensionen von Lebensqualität durch möglichst wenige und möglichst aussagekräftige und politikrelevante Indikatoren abbilden und damit relative Zielerreichung messen kann. Robert ERIKSON nennt vier Gütekriterien für soziale Indikatoren. *Erstens* sollten Indikatoren „feinfühlig“ anzeigen, wenn sich Lebensbedingungen verbessern und wenn sie sich verschlechtern. *Zweitens* sollten Indikatoren dies auch für einzelne Individuen bzw. Haushalte abzubilden in der Lage sein, damit es ermöglicht wird, das Ausmaß an Ungleichheiten und deren Veränderungen sowie Veränderungen in der relativen Lage von Gruppen oder Regionen zu bestimmen. *Drittens* wäre es nach ERIKSON wünschenswert, wenn man Indikatoren zu einem nationalen Gesamtmittelwert aggregieren könnte und damit die gesamtgesellschaftliche Entwicklung evaluierbar würde. Valide Indikatoren würden schließlich Aussagen darüber erlauben, wo Individuen oder Gruppen in der nationalen Verteilung lokalisiert sind.

Christoph SCHMIDT vergleicht in seinem Beitrag sowohl Inhalte wie Verfahren der Wohlfahrtsberichterstattung am Beispiel des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (jährlich), der Enquete-Kommission des *Bundestages* (2013), dem Regierungsbericht „Gutes Leben in Deutschland“ (*Bundesregierung* 2016a) und den Nachhaltigkeitsberichten der Bundesregierung (*Bundesregierung* 2012 und 2017). Zugleich reflektiert SCHMIDT Potenziale und Grenzen von Indikatorensystemen. Indikatoren sollen anzeigen, wie weit man mit der Erreichung von Zielen gekommen ist, und sie sollen geeignet sein, als „dashboards“ und Warnlampen zu fungieren. Dafür dürfen sie nicht zu aggregiert und komprimiert sein. Gleichzeitig warnt er vor zu großen Erwartungen. Indikatorensysteme sollten vor allem als Diskursinstrumente dienen, um die politische und öffentliche Debatte zu unterfüttern. Hingegen sind sie als Steuerungsinstrumente schon deshalb ungeeignet, weil Indikatoren noch nichts über Ursache-/Wirkungszusammenhänge aussagen und daher die Gefahr besteht, dass vorschnell ohne angemessene Analysen Ursachen zugeschrieben werden, aber auch die Wirkungsmöglichkeiten politischen Handelns überschätzt werden.

## **5. Gutes Leben oder gute Gesellschaft?**

„Gut Leben in Deutschland“ fokussiert auf Lebensqualität, mithin auf die Lebenslagen und das subjektive Wohlbefinden von Individuen (und Haushalten). Ist dieser Fokus aber im Hinblick auf vordringliches politisches oder staatliches Handeln angemessen oder gar ausrei-

chend? Kann es Aufgabe des Staates und der Politik sein, Wohlfahrt und Wohlbefinden für Individuen zu optimieren?

Für demokratisches, rechtsstaatliches Handeln braucht es einen Rahmen. In Deutschland stellt das Grundgesetz diesen Rahmen dar. Es steckt den Raum ab, in dem möglichst jeder Bürger ein möglichst gutes Leben führen kann, definiert aber nicht, wie dieses Leben auszusehen hat. Denn jede verbindliche Definition eines guten Lebens würde Gefahr laufen, den Menschen vorzugeben, wie sie ihres zu leben haben – unvereinbar mit einer Verfassung, die Würde, Freiheit und Gleichheit aller Bürger zum Ausgangspunkt nimmt. Die Verfassung schafft also den Rahmen, innerhalb dessen jedem Einzelnen die Möglichkeit gegeben ist, selbst zu entscheiden, wie ein gutes Leben aussieht, und in dem die Gesellschaft immer wieder neu über die Voraussetzungen hierfür diskutieren kann. Diese Voraussetzungen, ein „gutes“ Leben führen zu können – wie immer dies auch individuell aussehen mag –, sind nicht für alle gleichermaßen gegeben. Die Herstellung von Chancengleichheit ist daher eine besondere Herausforderung für den Staat. Über die Sicherung des Existenzminimums hinaus, welches mit Blick auf die fundamentalen Rechte eines jeden Bürgers neben der materiellen Existenz beispielsweise auch die Chance auf Teilhabe umfasst, geht es hierbei insbesondere um eine prozessuale Gerechtigkeit im Sinne einer gerechten Behandlung durch die staatlichen Institutionen, Strukturen und Prozesse. Gerade mit Blick auf benachteiligte Gruppen misst sich hieran, ob die demokratie- und sozialstaatlichen Verfahren funktionieren.

Die Bundesverfassungsrichterin Susanne BAER erörtert in ihrem Beitrag mit dem Titel „Kein Glücksversprechen: Deutsches Verfassungsrecht und ‚das gute Leben‘“, „ob und inwieweit das deutsche Grundgesetz Vorgaben macht für ein politisches Handeln, das sich an Kriterien eines ‚guten Lebens‘ orientiert und Zahlen, also Indikatoren, für dessen Bewertung nutzt. Da die Menschenwürde das fundamentale Grundrecht und der Staat als Sozialstaat ausgeflaggt ist, sichert die Verfassung, dass sich gewählte Mehrheiten und die von ihr gestellte Regierung um die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen kümmern, die dann je individuell oder selbstgewählt mit anderen entscheiden und auch selbst verwirklichen, was für sie jeweils ein ‚gutes Leben‘ ist.“<sup>3</sup> Aber: „Auch wer sich um das gute Leben kümmern möchte, muss dem Risiko des Paternalismus entgehen, da jede und jeder Einzelne das garantierte und durchsetzbare Recht haben, ihre eigene Version dieses guten Lebens zu verfolgen.“<sup>4</sup> BAER weist die Rechtspielräume, aber auch die Grenzen und Risiken eines „Regierens mit Zahlen“ auf. Indikatoren erleichtern, die Wirkungen von Politik besser zu verstehen, und können damit ein Instrument einer „reichhaltigeren“, evidenzbasierten demokratischen Auseinandersetzung sein. Sie dürfen aber weder politische Entscheidungen ersetzen, noch Menschen in ihren eigenen Zielsetzungen bevormunden. Der in der Lebensqualitäts- und Sozialindikatorenagenda-Forschung vorherrschenden optimistisch-positiven Grundeinstellung wird hier auch eine gewisse Skepsis gegenüber Quantifizierung und technokratischer Expertokratie entgegengesetzt – und damit auf eine wichtige, alternative Diskussion verwiesen (MERRY 2016, DAVIS et al. 2015, SCOTT 1998, MAU 2017).

Schon in dem Beitrag von Susanne BAER wird herausgearbeitet, dass das Grundgesetz mit wenigen Ausnahmen, wie dem Geschlechtergleichstellungsgebot und dem Existenzminimum, weniger Aspekte eines „guten Lebens“ vorgibt, als vielmehr Verfassungsgebote für Rahmenbedingungen – wie die Menschenwürde, das Friedensgebot und die demokratische

3 BAER in diesem Bd., S. 185.

4 Ebenda, S. 181.

Grundordnung – bestimmt. Der Beitrag von Rainer FORST befasst sich nun zentral mit den Vorstellungen und Voraussetzungen einer guten als einer gerechten Gesellschaft. Die Brücke zur Lebensqualität baut er dadurch, dass er zwei unterschiedliche Begriffe sozialer Gerechtigkeit entfaltet. Zum einen gibt es die weitverbreitete und wohl dominante Idee von Gerechtigkeit als faire Verteilung von Gütern. Eine gerechte Gesellschaft kann dann normativ als eine bestimmt werden, in der staatliche Politik ein Minimum an Ausstattung mit Gütern und Wohlergehen bzw. eine umfassendere Chancen- oder Verteilungsgleichheit sichert. Ein solcher Gerechtigkeitsbegriff ist güter-, zuteilungs- und (passiv) empfängerorientiert. FORST stellt dem einen aus seiner Sicht entscheidenderen und wichtigeren Gerechtigkeitsbegriff gegenüber, nämlich über Verteilungen hinausreichende, normative Vorstellungen darüber, wie die zu verteilenden Güter in die Welt kommen und wer auf welche Weise (aktiv) über Strukturen der Produktion und Verteilung bestimmt. Es geht also um intersubjektive Verhältnisse und Institutionen, um Mitwirkungs- und Beteiligungschancen. Hier trifft sich Rainer FORST mit Amartya SENS Konzept der „capabilities“. „Gerechtigkeit“, so FORST, ist „die menschliche Kraft und Größe, sich Verhältnissen der Willkürherrschaft entgegenzustellen“.<sup>5</sup> Aus dieser Bestimmung von Gerechtigkeit als prozeduraler Gerechtigkeit folgt nun allerdings zwingend, dass eine fundamentale substanzielle Gleichheit gegeben sein muss, die dem Einzelnen real erlaubt, die institutionelle Ordnung selbst „reziprok-allgemein“ zu bestimmen. Diese beiden Begriffe von Gerechtigkeit unterscheiden sich in den ihnen zugrundeliegenden Menschenbildern: zum einen Menschen als Wesen, denen es nicht an den Gütern mangeln soll, um ein „gutes Leben“ zu führen, zum andern als Wesen, deren Würde darin liegt, als Freie und Gleiche nicht ohne angemessenen Grund bestimmten Normen unterworfen bzw. beherrscht zu werden. Für FORST und damit unsere Debatte über Lebensqualität sind beide Gerechtigkeitsbegriffe wertvoll, doch für die Grammatik der Gerechtigkeit sei Letzteres zentral.

## **6. Bürgerdialoge und demokratische Willensbildung**

Soziale Indikatoren sind idealerweise bezogen auf gesellschaftspolitische Zielsysteme, die damit den Erfolg von Politik in hohem Maße vermittelbar und transparent machen. Die Mobilisierung von Bürgerdialogen, wie z. B. in der gegenwärtigen Initiative „Gut Leben in Deutschland“, in deren Rahmen 165 solcher Dialoge durchgeführt wurden, sollte dazu dienen, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, und zu einem auf diese Weise ermittelten und legitimierten Zielkatalog führen, der es dann – mit entsprechenden Indikatoren und Zahlen unterlegt – ermöglichen würde, die Erreichung relativ genau präzisierter Politikziele zu überprüfen. Die Dialoge werden durch die Möglichkeit der Artikulation von Sorgen und Anliegen auf der Internet-Seite der Initiative ergänzt („digitale Demokratie“).

Demokratische Willensbildung manifestiert sich u. a. bei der Bestimmung der Politikziele, der Gesetzgebung und bei der Bewertung der Politikergebnisse. Bürgerdialoge und Sozialindikatoren ergänzen die Verfahren der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie bei der Bestimmung von Politikzielen und bei der Bewertung der Politikergebnisse. Sie stehen aber gegebenenfalls auch in Konkurrenz zu diesen. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die herkömmlichen Instrumente der Umfrageforschung, welche ja bereits routinemäßig zu den Werkzeugen der Politik gehören.

---

<sup>5</sup> FORST in diesem Band, S. 198.

Bürgerdialoge erscheinen damit als zusätzliches Instrument demokratischer Willensbildung oder zumindest als weiterer Mechanismus der Rückkoppelung zwischen Regierung und Bevölkerung. In der gegenwärtigen Debatte über die „Abgehobenheit politischer Eliten“ und den Verlust an Unterstützung der großen Volksparteien kann diese Art der Mobilisierung und Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen nur begrüßenswert sein. Es stellt sich aber die Frage, wie sich dieses Instrument „gefilterter“ direkter Demokratie verhält zu den verfassungsrechtlich etablierten Formen der repräsentativen Demokratie, also demokratische Willensbildung über die gewählten Abgeordneten und deren Arbeit in den Parlamenten und in ihren Wahlkreisen. Es wäre sicherlich geboten, dass sich der Bundestag im Plenum – ähnlich wie mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission – auch mit dem Ergebnis von Bürgerdialogen in Bezug auf die abgeleiteten Ziel- und Indikatorenkataloge und die entsprechenden empirischen Befunde der ausgewählten Sozialindikatoren im Regierungsbericht auseinandersetzen würde.

Heinz-Herbert NOLL berichtet in seinem Beitrag über die Regierungsinitiative und -strategie „Gut Leben“ und die Entwicklung einer regierungsamtlichen Berichterstattung über Zustand und Wandel der Lebensqualität in Deutschland und versucht eine kritische Wertung. Nach einer Beleuchtung des Entstehungshintergrundes ordnet er diese Initiative in die aktuelle Diskussion und Forschung ein und stellt die für die Regierungsinitiative konstitutiven Bürgerdialoge in ihrer Zielsetzung, ihrer Durchführung und ihren Resultaten dar. Dem schließt sich eine Aufarbeitung der im Regierungsbericht verwandten Dimensionen der Lebensqualität, der Indikatoren und der empirischen Daten an. Heinz-Herbert NOLL unterzieht die Ergebnisse der Regierungsstrategie einer umfassenden Bewertung, reflektiert die Relevanz und Notwendigkeit der Bürgerdialoge und diskutiert die Vorzüge und Nachteile einer Regierungsberichterstattung im Vergleich zu unabhängigen Expertenberichten.

Im Vergleich zu repräsentativen Umfragen dienen Bürgerdialoge ja nicht nur der Bekundung von Einstellungen, Zielvorstellungen und Wünschen, sondern bis zu einem bestimmten Grad auch der Reflexion, Begründung und Auseinandersetzung. Sie gehören damit zu den neuen Verfahren der „Deliberation“ als Teil von Prozessen der demokratischen Willensbildung. In ihrem Beitrag stellen Steffen MAU, Jan-Ocko HEUER und Katharina ZIMMERMANN die Ergebnisse eines Forschungsvorhabens vor, in dem quantitative Befragungen mit deliberativen Foren zur Frage der Akzeptanz des Sozialstaates kombiniert werden. Solche Verfahren tragen dem Umstand Rechnung, dass Vorstellungen sozialstaatlicher Gerechtigkeit nicht einfache, gegebene Normen sind, sondern sich vielmehr als Ergebnisse wechselseitig zustimmungsfähiger Auseinandersetzung entfalten müssen. Es zeigt sich am Beispiel der Vorstellungen zu einem gerechten Steuersystem, dass im Verlauf eines Diskussionsprozesses ein erheblicher Teil der Teilnehmer ihre Einstellung verändert.

## 7. Wohlfahrtsberichterstattung und Prozessanalysen

Christoph SCHMIDT warnt in seinem Beitrag in diesem Band davor, aus in der Regel hochaggregierten Indikatoren und deren Veränderung vorschnell auf Ursachen und Wirkungen zu schließen. Er warnt auch davor, dass mit Ziel- und Indikatorensystemen politische Einwirkungsmöglichkeiten suggeriert und oft überschätzt würden. Als Gegengewicht zu solchen Gefahren rät SCHMIDT dazu, Indikatoren und Wohlfahrtsberichte immer von wissenschaftlichen Experten interpretieren zu lassen. Eine Ergänzung bzw. Alternative dazu wäre es, Indi-

katorensysteme sehr viel expliziter, als dies meistens geschieht, in umfassendere Datenerhebungen und Datenanalysen einzubetten (wenn nicht sogar, sie dadurch zu ersetzen).

Die empirische Basis sozialer Indikatoren hat sich ja mehrfach verbreitert. Musste man sich vor einigen Jahrzehnten zwangsläufig auf hochaggregierte Zahlen der amtlichen Statistik beschränken, stehen nunmehr sowohl die Mikrodaten von Querschnittsumfragen, von amtlichen und administrativen Daten, von großen repräsentativen Längsschnittstudien und „big data“ aus dem Internet zur Verfügung. Dies bedeutet nicht nur massiv verbesserte Chancen, theoretische Konstrukte auch angemessen definieren und operationalisieren zu können, sondern auch als Alternative zu aggregierter Indikatorenbildung auf statistisch raffinierte Weise Prozess- und Kausalanalysen durchzuführen.

Johannes SIEGRIST entwickelt in seinem Beitrag am Beispiel der sozialen Ungleichheiten in der Gesundheit, wie sich eine zuverlässige und aussagekräftige Gesundheitsberichterstattung auf eine bevölkerungsweite Gesundheitsforschung zu den sozialen Determinanten von Gesundheit und Krankheit stützen bzw. durch sie ergänzt werden muss. Für kausalanalytische Zurechnungen sind dafür bevölkerungsweise Längsschnittstudien von herausragender Bedeutung. Die Leopoldina hebt in einer jüngsten Stellungnahme hervor, dass nur „bei bevölkerungsbezogenen Längsschnittstudien, in denen identische Personen mehrfach im Zeitverlauf untersucht werden, unter klar definierten Bedingungen theoriegestützte Hypothesen zu Ursache-Wirkungs-Beziehungen getestet werden können.“<sup>6</sup>

## **8. Herausforderungen an Wissenschaft und Politik<sup>7</sup>**

Was lässt sich als Zwischenergebnis der bisherigen Entwicklung der Wohlfahrtsberichterstattung festhalten? Und wie ist die Frage, ob es um ein „gutes“ Leben auf der individuellen Ebene oder um eine „gute“ Gesellschaft als Ziel gesellschaftspolitischen Handelns geht, zu beantworten?

Die Politik braucht Instrumente, mithilfe derer sich die Entwicklung sozialer Prozesse beobachten lässt. Statistiken sind hierfür wichtig, reichen aber nicht aus, da sie weder Ziele noch Inhalte noch Prozesse abbilden können. Auch Indikatoren sind nur ein Monitoring-Instrument, sie beinhalten keine direkten Antworten für die Politik. Unabhängig von Statistiken, Indikatoren und Instrumenten wie den Bürgerdialogen sollte politisches Handeln allerdings zuallererst auf den Entscheidungsprozessen einer repräsentativen Demokratie basieren. Gleichwohl: Die Darstellung von Messergebnissen beeinflusst die Wahrnehmung von Realitäten. Insofern kommt der Weiterentwicklung der Indikatoren eine hohe Bedeutung zu. Ziel muss dabei eine überschaubare Anzahl fokussierter, robuster und möglichst wenig manipulierbarer Indikatoren sein, welche Prozessanalysen ermöglichen, die die subjektive Dimension einbeziehen und möglichst die Lebensspanne abdecken. Hierzu gehört das subjektive Wohlbefinden des Einzelnen ebenso wie die Messung von Entwicklungsprozessen sozialer Gruppen, orientiert an zentralen Säulen des menschlichen Lebens, die ein subjektiv gutes Leben zwar nicht garantieren, es aber wahrscheinlicher machen. Neben der materiellen Grundlage sind dies insbesondere Gesundheit, Bildung und soziale Beziehungen. Verbunden mit

---

<sup>6</sup> Leopoldina 2016, S. 6.

<sup>7</sup> Dieser Textabschnitt folgt weitgehend dem von der Leopoldina herausgegebenen Diskussionspapier Nr. 9 vom März 2017 (MAYER und STAUDINGER 2017, S. 16–17).

den Bedingungsfaktoren ist dabei die Frage eines gerechten Zugangs zu ihnen. Hierbei geht es nicht nur um eine rein formale Gerechtigkeit, sondern darum, den Fokus von Investitionen auf besonders benachteiligte Gruppen zu legen. Nicht zuletzt ist dies auch ein Anliegen des Bürgerdialogs: benachteiligte bzw. wenig gehörte Gruppen zu erreichen. Dann muss jedoch sichergestellt sein, dass genau diese Gruppen auch tatsächlich einbezogen werden.

Eine wenn nicht gute so doch zumindest bessere Gesellschaft wäre dann eine, in welcher es einer möglichst großen Zahl von Menschen gelingt, aus der Deprivation, also dem sozialen Abseits, herauszukommen. Ein zentraler Aspekt einer möglichst guten Gesellschaft ist damit die soziale Integration und weitgehende Partizipation möglichst aller ihrer Mitglieder.

Gerechtigkeit beschränkt sich aber nicht nur auf die derzeit lebenden Mitglieder einer bestimmten Gesellschaft. Da das ökologische wie ökonomische und soziale Handeln Auswirkungen sowohl auf andere Gesellschaften als auch auf nachkommende Generationen hat, ist der Aspekt der Nachhaltigkeit von besonderer Bedeutung, formuliert beispielsweise in den UN-Nachhaltigkeitszielen. Die Formulierung dieser Ziele ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, die stete Überprüfung ihrer gesellschaftlichen Fundierung sowie die Analyse der relevanten Prozesse Aufgabe der Wissenschaft.

## Literatur

- ALLARDT, E.: Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research. In: NUSSBAUM, M. C., and SEN, A. K. (Eds.): *The Quality of Life*; pp. 88–94. Oxford: Clarendon Press 1993
- ALLMENDINGER, J.: *Das Land, in dem wir leben wollen*. München: Pantheon 2017
- BALLERSTEDT, E., GLATZER, W., MAYER, K. U., und ZAPF, W.: *Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt (Main), New York: Herder & Herder 1975
- BAUER, R. A. (Ed.): *Social Indicators*. Cambridge, London: MIT Press 1966
- Bundesregierung*: *Nationale Nachhaltigkeitsstrategie: Fortschrittsbericht*. 2012
- Bundesregierung*: *Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland*. Berlin 2016a
- Bundesregierung*: *Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland: Diskussionsbeiträge des Wissenschaftlichen Beirats*. Berlin 2016b
- Bundesregierung*: *Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Neuaufgabe* 2016. Berlin 2017
- CSIKSZENTMIHALY, M.: *Flow and the Foundation of Positive Psychology*. Dordrecht: Springer 2014
- DAVIS, K., FISHER, A., KINGSBURY, B., and MERRY, S. E. (Eds.): *The Quiet Power of Indicators. Measuring Governance, Corruption and the Rule of Law*. Cambridge: Cambridge University Press 2015
- Department of Health, Education, and Welfare*: *Toward a Social Report*. Washington, D. C.: U. S. Government Printing Office 1969
- Deutscher Bundestag*: *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft*. Berlin 2013
- FREY, B., and STUTZER, A.: What economists can learn from happiness research. *Journal of Economic Literature* 40/2, 402–435 (2002)
- GLATZER, W., und ZAPF, W. (Hrsg.): *Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*. Frankfurt, New York: Campus 1984
- GIESELMANN, N., SIEGEL, A., SPENGLER, T., und WAGNER, G. G.: *Politikziele im Spiegel der Bevölkerung: Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung am wichtigsten*. DIW Wochenbericht 9. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2017
- KAHNEMANN, D., DIENER, E., and SCHWARZ, N. (Eds.): *Well-Being: Foundations of Hedonic Psychology*. New York: Russell Sage Foundation 1999
- MAU, S.: *Das metrische Wir*. Berlin: Suhrkamp 2017
- MAYER, K. U., und BIESENBENDER, J.: Ist Nachhaltigkeit eine brauchbare regulative Idee für die wissenschaftliche Forschung? In: HACKER, J. (Hrsg.): *Nachhaltigkeit in der Wissenschaft*. *Nova Acta Leopoldina* 117/398, 79–87 (2013)

- MAYER, K. U., und STAUDINGER, U. M.: Gutes Leben oder gute Gesellschaft? Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Diskussionspapier Nr. 9, März 2017
- MERRY, S. E.: *The Seduction of Quantification: Measuring Human Rights, Gender Violence, and Sex Trafficking*. Chicago: Chicago University Press 2016
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und Union der deutschen Akademien der Wissenschaften: Wissenschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung bevölkerungsweiter Längsschnittstudien*. 2016
- NOLL, H.-H.: Subjective social indicators: Benefits and limitations for policy making. *Social Indicators Research* (2013), doi: 10.1007/s11205-013-0379-7
- ROSA, H.: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp 2016
- SCOTT, J. C.: *Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven, London: Yale University Press 1998
- SELIGMANN, M. E.: *Authentic Happiness: Using the New Positive Psychology to Realize your Potential for Lasting Fulfillment*. New York: Simon and Schuster 2004
- SEN, A.: *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: North-Holland 1985
- Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin: Datenreport*. (jährlich)
- STAUDINGER, U.: Viele Gründe sprechen dagegen und trotzdem geht es vielen Menschen gut: Das Paradox des subjektiven Wohlbefindens. *Psychologische Rundschau* 51, 185–197 (2000)
- STIGLITZ, J. E., SEN, A., and FITOUSSI, J.-P.: *Mis-measuring Our Lives: Why GDP Doesn't Add Up*. London: New Press 2010
- WAGNER, G. G.: Zur Rolle von bevölkerungsweiten Surveys und Bürgerdialogen für die Auswahl sozialer Indikatoren. In: *Bundesregierung: Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland*. Diskussionsbeiträge des Wissenschaftlichen Beirats. S. 44–59. Berlin 2016
- WAGNER, G. G., BRUEMMER, M., GLEMSER, A., ROHRER, J., and SCHUPP, J.: Dimensions of Quality of Life in Germany. Measured by Plain Text Responses in a Representative Survey (SOEP) (2017). *SOEP Papers 893* (2017)
- ZAPF, W.: Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: GLATZER, W., und ZAPF, W. (Hrsg.): *Lebensqualität in der Bundesrepublik*. S. 13–26. Frankfurt, New York: Campus 1984

Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Ulrich MAYER  
Max-Planck-Institut für Bildungsforschung  
Lentzeallee 94  
14195 Berlin  
Bundesrepublik Deutschland  
Tel.: +49 30 82406316 (-303)  
E-Mail: mayer@mpib-berlin.mpg.de



## **45 Jahre Sozialberichterstattung und Lebensqualitätsforschung in Deutschland – ein Blick in die Vergangenheit sowie künftige Perspektiven**

Jürgen SCHUPP (Berlin)

### *Zusammenfassung*

In der Bundesrepublik Deutschland wurden vor 45 Jahren die konzeptionellen Grundlagen einer Sozialberichterstattung und auch Lebensqualitätsforschung vor allem durch die beiden Forscherpersönlichkeiten Hans-Jürgen KRUPP und Wolfgang ZAPF geprägt. Die beiden Pioniere der Sozialindikatorenbewegung in Deutschland verankerten diesen Ansatz nachhaltig in Ökonomie und Sozialwissenschaften, und sie stimulierten empirisch fundierte Forschungen zu Produktionsprozessen von Wohlfahrt. Sie konzeptualisierten gesellschaftliche Wohlfahrt mehrdimensional und aus materiellen wie immateriellen Bereichen bestehend sowie als Konstellation von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden. Neben Input-Größen kam dabei vor allem den Output-Maßzahlen eine zentrale Rolle zu. Dieser Forschungstradition entsprangen auf dem Feld der empirischen Sozialforschung eine Reihe an innovativen wissenschaftsgetragenen repräsentativen Forschungsdaten. Hierzu zählt auch die am DIW Berlin angesiedelte Langzeitstudie „Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)“, die in der Tradition der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung mit dem Ziel einer Dauerbeobachtung von sozialem Wandel und Wohlfahrtsproduktion steht. Vor allem die längsschnittliche Weiterentwicklung statistischer Datengrundlagen eröffnete neue theoretische Erklärungsansätze für das Verhalten von Individuen, von Haushalten, von Gruppen, Institutionen und Gesellschaften, die anhand kausaler Hypothesen empirisch überprüfbar sind. Soziale Indikatoren vermögen mittlerweile den gesellschaftlichen Diskurs in Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft zu stimulieren und leisten als Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaftspolitik vielfach einen Beitrag gesellschaftlicher Aufklärung.

### *Abstract*

Forty-five years ago, two research figures were key in laying the conceptual foundations for social reporting and quality-of-life research in the Federal Republic of Germany: Hans-Jürgen KRUPP and Wolfgang ZAPF. Through the work of these two pioneers of the social indicator movement in Germany, the social reporting approach became permanently established in economics and the social sciences, leading to empirically based studies on the processes that generate social welfare. KRUPP and ZAPF developed a multidimensional conception of social welfare, consisting of material and nonmaterial components, as a constellation of both objective living conditions and subjective wellbeing. They assigned output factors a central role in this alongside input factors. This tradition in the field of empirical social research gave rise to a series of innovative, scientifically based, representative datasets. One of these is the “Socio-Economic Panel (SOEP)”, a long-term study based at DIW Berlin, which stands in the tradition of scientific social reporting aimed at ongoing observation of social change and welfare production. The longitudinal development of statistical databases contributed to the emergence of new theories explaining the behavior of individuals, households, groups, institutions, and societies by allowing for empirical verification of causal hypotheses. Today, social indicators are a catalyst for discussions in science, public policy, administration, and society at large. Situated at the juncture between science and social policy, they make numerous important contributions to informing and enlightening the public.

### **1. Zur Historie der Sozialberichterstattung in Deutschland**

Ein Politik begleitendes sowie gesellschaftswissenschaftlich motiviertes statistisches Monitoring auf internationaler wie auf nationaler Ebene ist eine noch vergleichsweise junge Errun-

genschaft in den Sozialwissenschaften. In Deutschland wurden die konzeptionellen Grundlagen einer solchen Sozialberichterstattung durch zwei Forscherpersönlichkeiten nachhaltig geprägt. Hans-Jürgen KRUPP und Wolfgang ZAPF, die 1972 als Professoren für Volkswirtschaftslehre (an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main) und Soziologie (an der Universität Mannheim) tätig waren, bemühten sich seinerzeit gemeinsam – und aus heutiger Sicht mit nachhaltigem Erfolg – mit einem interdisziplinären Forschungsansatz, gesellschaftspolitische Ziel- und Wohlstandsindikatorensysteme zu entwickeln, diese in den jeweiligen Professionen zu verankern und zugleich auch einen Beitrag für evidenzbasierte Politikberatung zu liefern.

Beide verfassten vor 45 Jahren im September 1972 ein Gutachten für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, das den Titel trug: „Die Rolle alternativer Wohlstandsindikatoren bei der Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (KRUPP und ZAPF 2011). Darin kritisierten die beiden Forscher vor allem die Heranziehung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Universalindikator für gesellschaftliche Wohlfahrt sowie die damit einhergehende Verengung auf ein eindimensionales Konzept der Wohlstandsmessung.

KRUPP und ZAPF warben als Pioniere der Sozialindikatorenbewegung in Deutschland seinerzeit bereits für das Konzept der Lebensqualität. Lebensqualität bezeichnet demnach ganz allgemein das von den Individuen wahrgenommene Ausmaß der Bedürfnisbefriedigung und in einem allgemeineren Sinne das mehrdimensionale System befriedigender Leistungen einzelner Lebens- sowie gesellschaftlicher Zielbereiche. Mit Hilfe einer umfassenden Sozialberichterstattung sollte das Ausmaß der Realisierung eines Sets an Wohlfahrtszielen regelmäßig ermittelt werden und mit Hilfe von Indikatoren geschehen. Solche Soziale Indikatoren sind statistische Maßzahlen, die gesellschaftlich bzw. gesellschaftspolitisch relevante Sachverhalte und Ziele quantitativ darstellen. Diese Indikatoren beziehen sich typischerweise auf Individuen bezogene Endprodukte oder Leistungen (*outputs*). Es kann sich sowohl um einfache Ziffern als auch um zusammenfassende Indizes handeln, sowohl um Angaben für einen bestimmten Zeitpunkt als auch um Zeitreihen, sowohl um aggregierte Maße für eine Nation als auch um disaggregierte Maße für Bevölkerungsgruppen und Regionen. Soziale Indikatoren dienen einer kontinuierlichen Analyse des sozialen Wandels und kennzeichnen all jene Daten, „die uns in irgendeiner Weise ‚aufklären‘ über Strukturen und Prozesse, Ziele und Leistungen, Werte und Meinungen“ (KRUPP und ZAPF 1986).

Wolfgang ZAPF stellte seinerzeit im ersten Jahrgang der 1972 gegründeten *Zeitschrift für Soziologie* seine damaligen primär soziologisch motivierten Überlegungen zur Lebensqualität zur Diskussion (ZAPF 1972), und er war auch der erste Vorsitzende der im gleichen Jahr neu gegründeten Sektion „Soziale Indikatoren“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS).<sup>1</sup> Er plädierte für eine Etablierung einer Sozialberichterstattung, die sich an dem 1969

1 Franz-Xaver KAUFMANN weist in seiner Darstellung zur Gründung der Sektion Soziale Indikatoren auf die „Zufälligkeit“ des Diffusionsprozesses hin, der „auf buchstäblich nicht mehr als drei oder vier Personen, die zudem – in für das Problem durchaus typische Weise – so unterschiedlichen Körperschaften wie der Bundesregierung, der amtlichen Statistik und der Universität angehörten, ist die Verbreitung der Impulse des ‚Social Indicator Movements‘ in der Bundesrepublik zurückzuführen“ (KAUFMANN 1974, S. 201), und er schreibt Wolfgang ZAPF das Verdienst zu, einen klaren Überblick der Probleme in der Bundesrepublik geschaffen zu haben. Interessanterweise wird bereits damals auf das ambivalente Anreizsystem „Publikationen“ für Produzenten von Sozialindikatoren hingewiesen, das auch heute nicht minder aktuell ist. „Allerdings ist zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil der praktischen Arbeit an sozialen Indikatoren außerhalb der Hochschulen durch Personen erfolgt, deren Reward-System nicht primär an Publikationen orientiert ist.“ (KAUFMANN 1974, S. 202.)

veröffentlichen Band *Toward a Social Report* orientiert, der von einem hochrangig sowie interdisziplinär besetzten Wissenschaftlerpanel<sup>2</sup> Ende der 1960er Jahre für die amerikanische Regierung erstellt wurde. Diese Blaupause für einen gesellschaftspolitisch anspruchsvollen Sozialbericht zusammen mit dem von Raymond BAUER im Jahr 1966 herausgegebenen Band *Social Indicators* mit ersten konzeptionellen Überlegungen, Lebensqualität zu operationalisieren und zu quantifizieren, lösten in der westlichen Welt einen wahren Boom sogenannter „social indicator movements“ aus. In dessen Konsequenz erfolgte auch die Etablierung neuer Programme zur Erhebung von replikativen Forschungsdaten (SHELDON und PARKE 1975), und auch in anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien waren rasch beachtliche Erfolge zu verzeichnen.<sup>3</sup>

In Deutschland leiteten KRUPP und ZAPF in den 1970er Jahren ein nicht nur für die damalige Zeit ambitioniertes Projekt, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wurde. Ihr gemeinsames Projekt verfolgte einen nach wie vor innovativen Anspruch zur Anwendung wie Weiterentwicklung der Sozialindikatorenbewegung in Deutschland. Unter dem Titel „Sozial Politisches Entscheidungs- und Indikatoren-System (SPES)“ legte eine Autorengruppe des Projektes ein erstes seinerzeit vielbeachtetes und zitiertes Produkt vor: den soziologischen Almanach, bei dem es sich um eine Art Datensammlung sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland handelte (BALLERSTEDT und GLATZER 1975). Das SPES-Indikatorentableau umfasste seinerzeit 10 Zielbereiche:

- Bevölkerung,
- Sozialer Status/Mobilität,
- Arbeitsmarkt/Beschäftigung,
- Einkommen/Einkommensverteilung,
- Einkommensverwendung/Versorgung,
- Verkehr,
- Wohnung,
- Gesundheit,
- Bildung,
- Partizipation.

Wenig später erschien dann der von Wolfgang ZAPF herausgegebene Sammelband *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik* (ZAPF 1977), in dem die SPES-Gruppe als Wohlfahrtsbilanz für die Bundesrepublik von 1955 bis 1975 gestützt auf empirische Indikatoren ermittelt, dass etwa die Hälfte der indizierten Verbesserungsmöglichkeiten erreicht worden ist. Die Pioniere der Sozialindikatorenforschung waren seinerzeit von einem Optimismus geprägt, gesellschaftlichen Wandel – mit besseren und umfassenderen Indikatoren gerüstet – politisch auch steuern und gestalten zu können.<sup>4</sup>

---

2 Siehe *Department of Health, Education, and Welfare* 1969.

3 Vgl. NOLL 2013.

4 In der Rückschau ist zu konstatieren, dass eine Beeinflussbarkeit von Politik durch Tabellenbände und Indikatorenssysteme sehr beschränkt ist: „Problembezogene Analysen, die das gesamte Instrumentarium multipler statistischer Verfahren gezielt einsetzen, sind aus methodischen Gründen in der Regel sinnvoller als einfache uni- oder bivariate Tabellen. Und nur mithilfe aktueller problembezogener Analysen ist es möglich, in die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion einzugreifen und Politik effektiv mit wissenschaftlichen Ergebnissen zu beeinflussen.“ (WAGNER 2002, S. 417.)

Interessant für diese frühe Phase der Etablierung von Sozialindikatoren in Deutschland ist es, dass sie innerhalb der Fachgesellschaft der Ökonomen (seinerzeit noch) auf wenig Zustimmung stießen,<sup>5</sup> wie folgendes Zitat im Anschluss an eine Präsentation von Wolfgang ZAPF aus einem Ausschuss des „Vereins für Socialpolitik“ belegt:

„Insgesamt war der Arbeitskreis der Meinung, dass die Sozialindikatoren zur Fortentwicklung der VGR nichts beitragen könnten, weil sie unter einem ganz anderen Aspekt ermittelt und nur bezüglich einiger – noch nicht verwirklichter – Gliederungsgesichtspunkte mit der VGR in Verbindung zu bringen seien.“<sup>6</sup>

Ganz anders hingegen der selbstkritische Ton in dem Sondergutachten des Sachverständigenrats für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung – allerdings fast 40 Jahre später! – im Anschluss an die fundamentale Kritik des Reports der „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ (*Stiglitz-Sen-Fitoussi Commission, SSFC*) (STIGLITZ et al. 2010) sowie die „Beyond GDP“-Debatte<sup>7</sup> in Wissenschaft, Politik sowie der breiten internationalen Öffentlichkeit. Der Rat stellt fest:

„Die erste und wohl bedeutendste Schlussfolgerung unserer Expertise ist die **Ablehnung** jedes Ansatzes, der die Messung des menschlichen Fortschritts mit nur einem einzigen Indikator vornehmen will. Das Leben ist zu komplex und die Anforderungen an statistische Nachweise sind zu verschieden, um die Zusammenfassung des erreichten Zustands in einem **einzigem umfassenden Indikator** sinnvoll zu ermöglichen.“<sup>8</sup>

Neben der Ablehnung des BIP als universellen und ausschließlichen Wohlstandsindikator sprechen sich die Sachverständigen stattdessen für ein umfassendes Berichtswesen zu Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit aus. Sie plädieren also für ein statistisches Infrastrukturprogramm, das bereits von der Sozialindikatorenforschung vorangetrieben worden war, und auf dessen Erfahrungen man aufbauen konnte. Zudem wird in der deutsch-französischen Expertise anerkannt, dass ein weites Spektrum von Facetten der materiellen und nicht-materiellen Wohlfahrt zusammengenommen die Lebensqualität von Individuen, Familien und Haushalten prägt. Im gleichen Jahr setzte der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission unter dem Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ein. Ihre Aufgabe bestand darin, Vorschläge zu erarbeiten,<sup>9</sup> wie die Einflussfaktoren auf Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen berücksichtigt und eventuell zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden können. Die Suche nach alternativen sozialen Indikatoren wirft dabei eine Reihe praktischer nach wie vor nicht gelöster Fragen auf, die KRUPP und ZAPF bereits in den 1970er Jahren thematisierten.

Auf Grundlage welcher Statistiken können solche Indikatoren gebildet werden? Gelingt es, sie zeitnah zu liefern? Welche Gütekriterien müssen Indikatoren sowie deren jeweilige Daten- oder Registergrundlage erfüllen? Welche Rolle sollen statistische Ämter dabei spielen, vor allem wenn es um die Erhebung subjektiver Indikatoren geht? Statt eines alternativen Gesamtindex schlägt die Enquete-Kommission mehrheitlich einen überschaubaren Satz an

5 Es sei daran erinnert, dass es bereits in den 1970er Jahren eine gesellschaftskritische Debatte in der Öffentlichkeit mit dem Begriffsdualismus „Lebensqualität“ statt „Wachstumsfetischismus“ gab und das Konzept der Lebensqualität von der Politik aufgegriffen wurde und insbesondere im Bundestagswahlkampf von 1972 von der SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Willy BRANDT vertreten wurde. Es löste in gewisser Weise das Motto von Ludwig ERHARD „Wohlstand für alle“ ab.

6 ZAPF 1978, S. 718. VGR – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

7 GDP – Gross Domestic Product.

8 *SVR und Conseil d'Analyse Économique* 2010, S. 1

9 Mit Ende der letzten Legislaturperiode wurde der Abschlussbericht vorgelegt (*Deutscher Bundestag* 2013).

10 Leitindikatoren vor. Nach mehrheitlicher Auffassung stehen mehrere Indikatoren für Teilaspekte des Wohlstands (*Deutscher Bundestag* 2013).

## 2. Subjektive Indikatoren

Aus dem SPES-Projekt ging Ende der 1970er Jahren der DFG-geförderte Sonderforschungsbereich 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ hervor. Die dort von Ökonomen und Soziologen sowie wenigen Statistikern und Politikwissenschaftlern verantworteten Teilprojekte widmeten sich u. a. auch der Weiterentwicklung sowie der beispielhaften wissenschaftstragenen Anwendung des Sozialindikatorenansatzes sowie Grundlagen wie Anwendungen der Mikrosimulation. In mehreren Teilprojekten wurden diverse „Produktionsprozesse“ von „Wohlfahrt“ untersucht, wobei diese stets als mehr als die Summe einzelner Teilaspekte aufgefasst wurden. Die individuelle wie auch die gesellschaftliche Wohlfahrt wurden mehrdimensional konzipiert, bestehend aus materiellen wie immateriellen Bereichen. Neben den *Input*-Größen kam vor allem den *Output*-Maßzahlen eine zentrale Rolle zu. Es galt die Wirkung und Reichweite politischer Maßnahmen zu quantifizieren, umfasste private wie öffentliche Güter, objektive wie subjektive Dimensionen und schloss auf der individuellen Ebene kognitive wie affektive Komponenten mit ein.

Auf dem Feld der empirischen Sozialforschung wurden in Folge der empirisch ausgerichteten Forschungsarbeiten des SFB 3 zunächst diverse Mikrodaten der amtlichen Statistik miteinander verknüpft, und später wurde mit der Beauftragung selbst konzipierter, zufallsbasierter und repräsentativer Umfragedatensätze Neuland geschaffen, wie mit der einmalig erhobenen Einkommens- und Transferumfrage, den vier Wohlfahrtssurveys (Querschnitte für Wohlfahrtsanalysen), einer Arbeitnehmerbefragung, der Deutschen Lebensverlaufsstudie mit retrospektiven Längsschnittdaten für zwischen 1919 und 1971 geborene Kohorten (MAYER 2015) sowie im Jahr 1983 dem Start des „Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für prospektive Längsschnittanalysen (KRUPP 2008).

Im Hinblick auf die hier dargestellte Einwicklung der „Sozialberichterstattung“ kam – für etwa zwei Jahrzehnte – eine besondere Rolle den von Wolfgang ZAPF verantworteten Datenerhebungen im Rahmen der replikativen Wohlfahrtssurveys zu (HABICH und ZAPF 1994), die nach Auslaufen des SFB 3 noch zweimal (1993 und 1998) auch für Gesamtdeutschland repliziert wurden. In diesen bevölkerungsrepräsentativen Querschnittserhebungen wurde erstmals in Deutschland der Versuch unternommen, anhand subjektiver Indikatoren das wahrgenommene Niveau der eigenen objektiven Situation in verschiedenen Lebensbereichen von Personen und Haushalten bewerten zu lassen. Solche subjektiven Indikatoren haben nicht allein als Maße von „Einstellungen und Wertpräferenzen“ ihre eigenständige Relevanz im Rahmen der sogenannten „social indicator movements“ unter Beweis zu stellen vermocht, sondern es konnte auch gezeigt werden, dass die Perzeption eines Sachverhalts bisweilen wichtiger als der Sachverhalt selbst sein kann, weshalb Indikatoren zur Quantifizierung von Bereichs- und Lebenszufriedenheit sowie „Happiness“ entwickelt wurden (BRADBURN und CAPLOVITZ 1965) und erste Vermessungen zur subjektiven Lebensqualität der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Wohlfahrtssurveys im SFB 3 vorgenommen wurden. „We have begun to take part in the investigation of subjectively perceived quality of life.“<sup>10</sup>

---

10 ZAPF 1979.

Es ist vor allem das Verdienst von Wolfgang ZAPF, die individuelle Wohlfahrt des Lebensqualitätskonzepts als Konstellation von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden zu konzeptualisieren, und mit seiner vielfach zitierten „Vierfelder-Tafel“ (Tab. 1) aus dem von ihm und Wolfgang GLATZER herausgegebenen Band *Lebensqualität in der Bundesrepublik* (GLATZER und ZAPF 1984) macht er deutlich, dass auch unterschiedliche Anspruchsniveaus die Bilanz der Lebensqualität zu beeinflussen vermögen.

Der Zapfsche Ansatz blieb stets der Trennung von „objektiven“ und „subjektiven“ Aspekten von Lebensqualität treu (GLATZER und ZAPF 2015), und man versuchte auch nicht, beispielsweise mit einem integrierten Indikator eines objektiven wie subjektiven Messkonzepts – etwa den *Happiness Adjusted Life Years* (HALY) als Alternative zum BIP – einen alternativen Wohlfahrtsindikator zu entwickeln oder als Alternative zum BIP zu propagieren (VEENHOVEN 2007).

Tab. 1 Das Konzept von Lebensqualität nach ZAPF. Quelle: GLATZER und ZAPF 1984, S. 25.

| Objektive Lebensbedingungen | Objektive Lebensbedingungen |             |
|-----------------------------|-----------------------------|-------------|
|                             | Gut                         | Schlecht    |
| Gut                         | Well-being                  | Dissonanz   |
| Schlecht                    | Adaption                    | Deprivation |

Mit der wissenschaftsgetragenen Ermittlung von subjektiven Lebensqualitätsindikatoren an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wurde dann Mitte der 1980er Jahre auch in Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik die heute noch existierende *Datenreport-Reihe* begründet.<sup>11</sup> Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit dem Statistischen Bundesamt und anfangs mit dem SFB 3 wird die Reihe gegenwärtig – vorerst letztmals im Jahr 2016 in der 15. Folge – von der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit dem Statistischen Bundesamt (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und der Längsschnittstudie „Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) herausgegeben. Diese Reihe stellt ein Stück institutionalisierte Sozialindikatorenforschung in Deutschland<sup>12</sup> dar und hat sich zum erfolgreichen Standardwerk für all jene gemauert, die sich schnell und verlässlich über einfache statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen zu den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland informieren wollen. Der Datenreport bleibt auch in der 15. Auflage dem Anspruch treu, eine Zusammenschau von

11 In Deutschland arbeiten zudem mittlerweile im *Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)*, der u. a. auch von Hans-Jürgen KRUPP auf den Weg gebracht wurde, die wichtigsten Produzenten der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsdaten mit Nutzerinnen und Nutzern mehrerer Fach-Communities zusammen. Diese Expertinnen und Experten stammen sowohl aus dem Bereich der amtlichen Statistik als auch aus der wissenschaftsgetragenen Forschungsdateninfrastruktur, zu deren Selbstverständnis neben der ständigen Verbesserung der Qualitätsstandards auch die Erschließung weiterer Forschungsdaten als *scientific use-files* stehen. Das dezentrale Netzwerk von mittlerweile 30 vom RatSWD akkreditierten Datenzentren ermöglicht einfachen und kostengünstigen Zugang zu einer Vielzahl von forschungsrelevanten Daten. Alle Datenzentren werden durch den RatSWD nach einheitlichen und transparenten Standards akkreditiert (vgl. *RatSWD* 2017).

12 In diesem Zusammenhang ist auch das Zentrum für Sozialindikatorenforschung (ZSi) zu nennen, das unter der Leitung von Heinz-Herbert NOLL bis 2016 beim Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) bestand und danach bedauerlicher Weise nicht weiter geführt wurde.

objektiven Indikatoren der Lebensbedingungen sowie subjektiven Indikatoren des Wohlbefindens zusammenzutragen.<sup>13</sup>

### 3. Die Langzeitstudie „Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)“

Unter der Leitung von Hans-Jürgen KRUPP, der 1979 von der Universität Frankfurt am Main als Präsident zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wechselte,<sup>14</sup> wurde Anfang der 1980er Jahre innerhalb des DFG-SFB 3 ein multidisziplinär ausgerichtetes Teilprojekt vorbereitet: Die Längsschnittstudie „Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)“, die seit 1983 zunächst als Teilprojekt des SFB 3 durch die DFG gefördert wurde,<sup>15</sup> verstand sich von Anfang an als eine forschungsbasierte Infrastruktureinrichtung; zunächst für die wissenschaftlichen Vorhaben der übrigen Teilprojekte des SFB 3, aber noch während der Laufzeit mit wachsender Dynamik für Forschende im In- und Ausland.

Die SOEP-Erhebung stand und steht in der Tradition der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung, deren Ziel die Dauerbeobachtung von sozialem Wandel und Wohlfahrtsproduktion ist. Das ursprüngliche Erhebungskonzept des SOEP war dabei geprägt durch eine weitgehende Überschneidung mit dem Gliederungsschema des „Systems sozialer Indikatoren“ (siehe oben). Insbesondere die Einbettung in die primären Forschungsinteressen des früheren interdisziplinären SFB 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim prägte die ursprüngliche Auswahl der Fragen sowie der Themenschwerpunkte des SOEP (WAGNER et al. 1994, HANEFELD und SCHUPP 2008). Aufgrund dieser Tradition sind die Daten des SOEP in zweifacher Hinsicht von sozialwissenschaftlichem Interesse sowie Relevanz.

Zum einen erlauben die SOEP-Daten jährlich wiederholbare Situationsanalysen, die auch Veränderungsprozesse nachvollziehen können und damit einen Beitrag zur Beschreibung sozialen Wandels in Deutschland leisten (SCHUPP et al. 1996). Zum anderen bieten die Daten eine

---

13 Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2016. Auch der letzte Datenreport wurde erneut in Zusammenarbeit mit dem SOEP am DIW Berlin erstellt.

14 Gründer und erster wissenschaftlicher Leiter des Projektes war bis 1988 Hans-Jürgen KRUPP, der als Mitglied im SFB 3 und Präsident des DIW dem SOEP am DIW Berlin eine Heimstatt gab. Nachdem Hans-Jürgen KRUPP das Amt des Wirtschaftssenators der Freien und Hansestadt Hamburg übernommen hatte, übernahm Wolfgang ZAPF (ebenfalls SFB 3 und seinerzeit Präsident des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, Berlin [WZB]) für ein Jahr interimistisch die wissenschaftliche Leitung des SOEP. Im Jahr 1989 übernahm dann Gert G. WAGNER die Leitung und führte den Prozess der Institutionalisierung des SOEP am DIW Berlin als forschungsbasierte Infrastrukturinstitution 2002 zum Erfolg. Anfang 2011 wurde WAGNER in den Vorstand des DIW Berlin berufen und beendete damit die operative Leitung des SOEP. Die Leitung des SOEP übernahmen zunächst Joachim FRICK und Jürgen SCHUPP gemeinsam. Seit dem zu frühen Tod Joachim FRICKS im Dezember 2011 ist Jürgen SCHUPP Leiter des SOEP; seit 2013 als Direktor und gemeinsam mit der Freien Universität Berlin berufener Professor für empirische Sozialforschung. Am 1. Januar 2018 wird die Leitungsverantwortung des SOEP am DIW Berlin in die Hände des Soziologen Stefan LIEBIG, Universität Bielefeld, übergeben werden, der im Gegensatz zu den bisherigen Leitungen nicht mehr im früheren SFB 3 sozialisiert wurde.

15 Im Anschluss an das planmäßige Auslaufen des SFB 3 im Jahr 1989 wurde das SOEP von 1990 bis 2002 von Bund und Ländern im Rahmen des Normalverfahrens als DFG-Projekt weiterhin als Projekt gefördert, seit 2000 mit einer Zusatzfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Seit dem Jahr 2003 ist das SOEP auf Beschluss der damaligen Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) als Infrastruktureinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) am DIW Berlin in die institutionelle Förderung durch Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und der Länder aufgenommen. Das BMBF trägt zwei Drittel der Förderung.

Basis, um theoretische Erklärungsansätze für das Verhalten von Individuen, von Haushalten, von Gruppen, Institutionen und Gesellschaften zu testen und damit zu einer empirisch fundierten Weiterentwicklung theoretischer Ansätze in den Sozialwissenschaften beizutragen.

Die Hauptmotivation der Gründer des SOEP war es vor allem, Längsschnittdaten zur Prüfung kausaler Hypothesen zu gewinnen und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Mikrosimulationsansätzen leisten zu können (KRUPP 2008). International wurden Haushaltspanelstudien überwiegend deshalb in die Wege geleitet, um Dynamiken der Einkommensverteilung und -armut nachzubilden und zu beschreiben. Die erste Panelstudie, begonnen 1968, die im Jahr 2018 ihr 50. Jubiläum feiern wird, führt dieses Interesse sogar im Namen: „Panel Study of Income Dynamics“ (PSID). Dementsprechend liegen auch sehr viele Veröffentlichungen auf der Basis von Haushaltspanels vor, die primär auf die Beschreibung der Stabilität sowie der Veränderungen in den Aggregatindikatoren der Einkommensungleichheit einer Gesamtbevölkerung abzielen. Entsprechende Analysen wurden in internationalen Spitzenzeitschriften veröffentlicht (z. B. BEAUDRY und GREEN 2003), finden aber auch in national sehr bedeutsamen politiknahen Berichten, wie z. B. den Armuts- und Reichtumsberichten der deutschen Bundesregierung<sup>16</sup> oder den regelmäßigen Verteilungsanalysen des Wirtschafts-Sachverständigenrates (zuletzt SVR 2016) oder auch der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*Organisation for Economic Co-operation and Development*, OECD 2015), ihren Niederschlag. Zudem haben SOEP-basierte deskriptive Analysen in den letzten Jahren die Debatte um das „Schrumpfen der Mittelschicht“ in Politik wie Wissenschaft nachhaltig beeinflusst und Debatten zur sozialen Ungleichheit geprägt.<sup>17</sup> Diese Analysen haben wesentlich zu einer kontroversen Debatte über Ausmaß, Ursachen sowie Folgen gewachsener Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft beigetragen.<sup>18</sup>

Bei der Langzeitstudie SOEP handelt es sich um eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland,<sup>19</sup> die im jährlichen Rhythmus seit 1984 bei denselben Personen und Familien in der Bundesrepublik durchgeführt wird (WAGNER et al. 2007) und mittlerweile über viele weitere Teilstichproben verfügt. Bereits im Juni 1990, also noch vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, wurde das SOEP auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet, um die historisch einmalige Chance zu nutzen, in ausgewählten Lebensbereichen Längsschnittdaten zur Transformation einer Gesellschaft zu gewinnen (SCHUPP und WAGNER 1991).

Mit einer zunehmenden „Laufzeit“ sowie der Verfügbarkeit einer prospektiven längsschnittlichen Mikrodatenbasis von Haushaltspanels, wie sie in den 1990er Jahren in mehreren Ländern Europas begonnen wurden, sind jedoch auch andere Aspekte in den Vordergrund der Analysen gerückt. Denn mit dem Vorliegen langlaufender Panel-Daten, die es ermöglichen, individuelle Lebensverläufe in Familien- und Haushaltskontexten über einen längeren Zeit-

---

16 Vgl. hierzu die Berichte sowie die regelmäßig aktualisierten Indikatortableaus zu Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung: <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de>.

17 Vgl. GRABKA und FRICK 2008, GRABKA et al. 2012 sowie GRABKA und GOEBEL 2017.

18 Beispielhaft sei die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* genannt, die 2016 eine Schwerpunkt-Serie „Arm und Reich“ zum Thema Ungleichheit begann und dort Forschenden ein Forum zur Verteilungsdebatte in Deutschland eröffnete. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/arm-und-reich-der-ungleichheits-schwerpunkt-der-f-a-z-14082843.html>

19 Für das SOEP werden seit 1984 jedes Jahr vom Umfrageinstitut Kantar Public (ehemals Infratest Sozialforschung) mehrere tausend Menschen befragt. Zurzeit sind es etwa 30 000 Befragte in etwa 15 000 Haushalten. Bei den Befragten ist die Studie unter dem Namen „Leben in Deutschland“ bekannt. Mehr als 500 Forscherinnen und Forscher im In- und Ausland nutzen die SOEP-Daten für ihre Studien.

raum hinweg zu beobachten, hat sowohl die Analyse von Lebensverläufen aus Sicht einzelner Gruppen oder mehrerer Kohorten als auch die Analyse intergenerationaler Zusammenhänge gerade in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen.<sup>20</sup> Insgesamt ist das SOEP somit seit geraumer Zeit über eine „traditionelle“ Haushaltspanelstudie hinausgewachsen und hat sich zu einer prospektiv angelegten Mehr-Kohorten-Studie für alle lebenden und kommenden Generationen gewandelt (SCHUPP 2014). Eine besondere Rolle wird im SOEP auch der nach Deutschland zugezogenen Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund beigemessen. Mit Hilfe mehrerer Migrationssamples wurden diverse Zuwanderungsgruppen im SOEP berücksichtigt. Nachdem im Jahr 2015 rund 890 000 Geflüchtete nach Deutschland gelangten, wurde im Jahr 2016 eine spezielle Stichprobe Geflüchteter<sup>21</sup> mit mehr als 4000 Befragten ins SOEP einbezogen.

#### 4. Subjektive Indikatoren im SOEP

Die explizite Einbeziehung originär sozialwissenschaftlicher Themen – wie das oben beschriebene Konzept subjektiven Wohlbefindens – führten dazu, dass das SOEP im Vergleich zur Vorbildstudie PSID sowohl bezüglich der Themenauswahl als in den Erhebungsmethoden innovative, neue Wege beschritt (SCHUPP 2009). So wird im SOEP *jeder* Erwachsene um ein persönliches Interview zu seiner objektiven wie subjektiven Lebenssituation gebeten – im Gegensatz zur PSID, wo nach wie vor neben dem (telefonischen) Interview mit einer Hauptauskunftsperson lediglich ein Proxyinterview die persönliche Situation anderer Erwachsener in einem Mehrpersonenhaushalt charakterisiert. Dieses spezifische längsschnittliche Survey-Design, das jedes einzelne Individuum in einem Privathaushalt in den Mittelpunkt der Befragung rückt, hat sich zudem bei allen nachfolgenden Haushaltspanelstudien in Europa und Australien konzeptionell durchgesetzt. Zudem enthielt das Befragungsprogramm des SOEP von Beginn an eine ganze Fülle an subjektiven Indikatoren zur Bewertung der eigenen Lebenssituation, so dass eine seit 2003 verstärkt erfolgte Ausweitung sowie Vertiefung keine grundlegende Änderung im Befragungsprogramm des SOEP darstellte.

In den letzten 20 Jahren erfolgten im SOEP neben der Ausweitung der Stichprobenbasis mit Hilfe von Auffrischungsstichproben zwei konzeptionelle Weiterentwicklungen.<sup>22</sup> Zum einen liefert das SOEP einen originären Beitrag zum Wunsch aller sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Teildisziplinen nach einer besseren Erklärung des menschlichen Verhaltens durch die Berücksichtigung interdisziplinärer Erklärungsansätze:

„Longitudinal surveys, which collect information about the same persons over many years, have given the social sciences their Hubble telescope. Both allow the observing researcher to look back in time and record the antecedents of current events and transitions.“<sup>23</sup>

Dabei fand zum ersten Mal seit Mitte der 1990er Jahre eine Öffnung hin zu psychologischen Konzepten statt. So wurden neben der sogenannten Kontrollüberzeugung, mit deren Erhe-

---

20 Siehe beispielsweise ANGER 2012.

21 In Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurde von Sommer bis Jahresende die erste Welle 2016 der IAB-BAMF-SOEP-Stichprobe Geflüchteter erhoben (siehe BRÜCKER et al. 2016).

22 Vgl. ausführlich SCHUPP und WAGNER 2010.

23 BUTZ und TORREY 2006.

bung der „psychological turn“ begann, in den letzten Jahren eine Reihe weiterer zentraler Konzepte eingebracht, die sich auf Persönlichkeitsmerkmale beziehen, die konzeptionell als weitgehend stabil angesehen werden, deren Stabilität und Handlungsrelevanz freilich noch empirisch zu überprüfen bleiben (LUCAS und DONNELLAN 2011).

Zum Zweiten folgt das SOEP der Erkenntnis, dass für bessere Erklärungen des Verhaltens im Erwachsenenalter mehr Informationen über die (früheste) Kindheit von Individuen nötig sind (HECKMAN 2006). Seit dem Jahr 2000 wurden im SOEP spezielle altersspezifische Erhebungsinstrumente für Kinder und Jugendliche eingeführt. So erreichte im Jahr 2000 die erste Geburtskohorte das SOEP-Befragungsalter, die nach dem Start des SOEP geboren wurde. Das heißt, es wurden die Kinder dieser Generation über ihre gesamte Kindheit als prospektive Panelstudie jährlich beobachtet. Wenngleich nur wenige direkte Informationen über ihren schulischen Bildungsweg im Haushaltsfragebogen des SOEP erfragt wurden, ist dennoch über das Haushaltsdesign des SOEP das sie prägende soziale Umfeld (der Haushalt) genau beschreibbar. Für die Altersgruppe der 16-jährigen Erstbefragten wird seit 2000 zusätzlich das altersspezifische Erhebungsinstrument „Jugendfragebogen“ eingesetzt. Für alle seit 2002 geborenen Kinder kommt erstmals im Erhebungsjahr 2003 – sowie seitdem jährlich für sämtliche späteren Geburten – das zweite altersspezifische Erhebungsinstrument „Mutter und Kind A“ für Neugeborene zum Einsatz. Parallel zum Entwicklungsverlauf dieser 2002 geborenen Kinder wurden dann alle zwei Jahre weitere altersspezifische Erhebungsinstrumente eingeführt. Im Jahr 2018 wird die Kohorte der 2002-Geborenen das Befragungsalter von 16 Jahren erreichen. Im SOEP wird dann der Entwicklungsprozess dieser Kohorte mittels 9 altersspezifischer Erhebungsinstrumente dokumentiert sein. Das SOEP wird auf diese Weise zu einem einmaligen Datensatz auch für entwicklungspsychologische Studien, insbesondere wenn es darum geht, für die vielfach längsschnittlich angelegten Interventionsstudien über eine national repräsentative Referenzstudie bzw. Kontrollstichprobe zu verfügen.

Zum Dritten wurde das SOEP noch stärker um Indikatoren und Konzepte erweitert, die primär in der empirischen Bildungsforschung als erforderlich erachtet werden.<sup>24</sup>

Neben diesen konzeptionellen Weiterentwicklungen verfügt die SOEP-Langzeitstudie jedoch mit den von Wolfgang ZAPF bei Gründung des SOEP eingebrachten Indikatoren zur subjektiven Lebenszufriedenheit über einen für Deutschland repräsentativen sowie weltweit einmaligen längsschnittlichen Datensatz zur Analyse zu dem seit einigen Jahren boomenden Feld der „Happiness-Forschung“ vor allem in der Ökonomie (FREY 2008), aber auch in Psychologie, Soziologie sowie Politikwissenschaft. Mit den Daten der Langzeitstudie SOEP wurden in den vergangenen 30 Jahren rund 500 Einzelstudien zum subjektiven Wohlbefinden, zur Zufriedenheit und zum Glück erstellt<sup>25</sup> und der weltweit führende Happiness-Forscher Ed DIENER brachte dies folgendermaßen auf den Punkt:

„Thus, it appears that the measures used in the GSOEP are sensitive to differences in circumstances and to changes in those circumstances over time. Although the life satisfaction measures were not widely used by economists when the decision was made to include the question in the initial survey, this item is the single most analyzed item in the GSOEP data set.“<sup>26</sup>

24 Siehe LOHMANN et al. 2009.

25 Anlässlich der im Herbst 2013 veranstalteten Jubiläums-Tagung „30 Years of German Socio-Economic Panel (SOEP) Anniversary Colloquium on Happiness Research“ wurden die Referenzen aller dem SOEP bekannten Forschungsarbeiten zu dem Thema subjektives Wohlbefinden zusammengestellt:

[http://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw\\_01.c.431063.de/soepcompwellbeing\\_nov2013.pdf](http://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.431063.de/soepcompwellbeing_nov2013.pdf).

26 DIENER et al. 2009, S. 201f.

Blickt man auf den aggregierten sozialen Indikator „durchschnittliches Niveau an Lebenszufriedenheit der in Deutschland lebenden Menschen“, so zeigt die periodische Betrachtung, dass die Menschen in Deutschland gegenwärtig im Durchschnitt zufriedener als zu jedem anderen Zeitpunkt nach der Wiedervereinigung sind (Abb. 1).

In Ostdeutschland liegt das gemessene Niveau der Zufriedenheit jedoch auch mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch unter dem westdeutschen Niveau. Das Niveau der Zufriedenheit lag in Deutschland im Jahr 2013 wieder etwa so hoch wie das Zufriedenheitsniveau in Westdeutschland im Jahr 1984. In den Jahren nach der Wiedervereinigung lag die Lebenszufriedenheit lange Zeit niedriger als heute. Das niedrigste Niveau im Beobachtungszeitraum wurde während der Phase der hohen Arbeitslosigkeit in den Jahren 2004 und 2005 gemessen, und die jüngsten Daten des Erhebungsjahres 2015 deuten darauf hin, dass das bislang höchste in Deutschland gemessene Zufriedenheitsniveau seit Mitte der 1980er Jahre erreicht wurde (SCHUPP et al. 2013).

Die Nutzung von subjektiven Längsschnittindikatoren des SOEP hat in jüngsten psychologischen Forschungsbeiträgen maßgeblich dazu beigetragen, dass in führenden internationalen psychologischen Fachzeitschriften eine Debatte um die empirische Gültigkeit der sogenannten „set-point“-Theorie neu entfacht wurde (DIENER et al. 2006, HEADEY 2010).

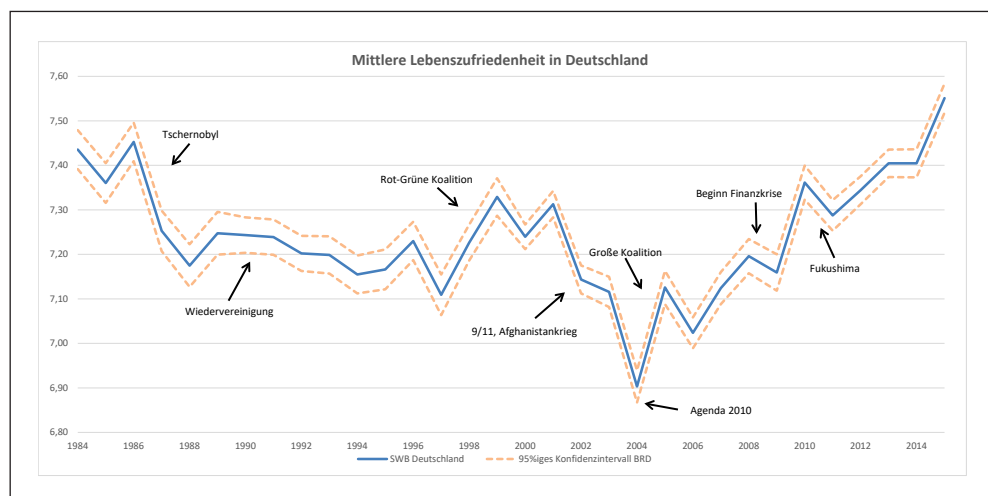


Abb. 1 Mittlere Lebenszufriedenheit in Deutschland. Um Wiederholungsbefragungseffekte korrigierte Schätzung. Von 1984 bis 1989 nur alte Bundesländer. Quellen: SOEP v32; Berechnungen des DIW Berlin.

Anhand von SOEP-Daten konnte belegt werden, dass es keinen verallgemeinerbaren und nachhaltigen Zusammenhang zwischen individueller Lebenszufriedenheit und bestimmten Lebensereignissen gibt, sondern dass dieser in hohem Maß sowohl von der Spezifik der Lebensereignisse als auch von den Persönlichkeitseigenschaften der Personen abhängt (HEADEY et al. 2010).

Zudem wurden auch von Ökonomen zunehmend Daten mit Operationalisierungen und Messungen von „subjektivem Nutzen“ – vor allem wenn solche Daten wie im SOEP als Längsschnittinformationen vorliegen – verstärkt für theoretische Weiterentwicklungen ge-

nutzt (KAHNEMANN und KRUEGER 2006). In gewisser Weise bahnbrechend war zudem die Studie von WINKELMANN und WINKELMANN (1998), in der erstmals mit Hilfe von panel-ökonometrischen Verfahren belegt werden konnte,<sup>27</sup> dass nicht allein familiäre, sondern eben auch soziale Ereignisse in der Lage sind, für lange Zeit einen signifikanten wie nachhaltigen Verlust an Lebenszufriedenheit zu verursachen. Wichtig sind zudem neuere Arbeiten, in denen versucht wird, Alters-, Perioden- und Kohorteneffekte im Niveau der Zufriedenheit zu trennen und dabei noch methodisch die unterschiedliche Dauer der Teilnahme an der Langzeitstudie (BAETSCHMANN 2014) zu berücksichtigen.

Neben dem von Wolfgang ZAPF bei der Konzeption des SOEP eingeführten Zufriedenheitskonzept gab es mit der wachsenden wissenschaftlichen Analyse von subjektivem Wohlbefinden sowohl eine konzeptionelle als auch eine methodologische Weiterentwicklung des Messkonzepts für subjektives Wohlbefinden. Während das für den gegenwärtigen Zeitpunkt bilanzierend erhobene Operationalisierungskonzept zur Lebenszufriedenheit eher die kognitiven Aspekte subjektiven Wohlbefindens umfasst, wurden im Anschluss an Piloterhebungen im Jahr 2007 (SCHIMMACK et al. 2008) auch die eher affektiven Aspekte wie „Glück, Ärger, Angst und Trauer“ ins SOEP-Standarderhebungsprogramm aufgenommen und seitdem ebenfalls jährlich erfragt (RACKOW et. al. 2012, SCHEVE et al. 2017). Ergänzt werden diese subjektiven Indikatoren um einen Indikatoren-Set an Sorgen. Auf diese Weise können selbst „postfaktische“ Phänomene,<sup>28</sup> also Gefühle und die Relevanz des Subjektiven, auf systematische Weise erforscht werden. So verfügen die Sozialwissenschaften über ein Theorem, das besagt, dass jedes menschliche Handeln reale Konsequenzen zur Folge hat, ganz gleich wie unreal sich die zur Handlung führende Situationsdefinition darstellt. Dieses nach dem amerikanischen Soziologen-Paar Dorothy und William THOMAS benannte Thomas-Theorem besagt: „Wenn die Menschen Situationen als wirklich definieren, sind sie in ihren Konsequenzen wirklich.“ Aus dieser Erkenntnis folgt, dass auch die Ermittlung äußerst subjektiver Berichte einen eigenen Wert für das bessere Verständnis menschlicher Handlungen aufweist. Das Erhebungsprogramm des SOEP enthält nicht zuletzt geleitet aus dieser Erkenntnis von Beginn an neben der Ermittlung objektiver Merkmale eine Fülle subjektiver Wahrnehmungen, Präferenzen wie Einschätzungen. Vermutlich stellt die bessere Erforschung auch der Aneignung zunehmend „postfaktischer Wahrheiten“ eine wissenschaftliche Herausforderung unserer Zeit dar.

Mit seiner im Jahr 2012 begonnenen Innovationsstudie (SOEP-IS, RICHTER und SCHUPP 2015) bietet das SOEP darüber hinaus schließlich eine einzigartige, international zugängliche Dateninfrastruktur für die Realisierung von „state-of-the art“-Surveyforschung nicht nur im Bereich subjektiven Wohlbefindens in Deutschland für die gesamte interdisziplinäre *Scientific Community*.

---

27 Von *Scopus* ([www.scopus.com](http://www.scopus.com)) wird dieser Aufsatz mit mehr als 450 Zitationen des Artikels in SSCI-Zeitschriften als das impact-stärkste SOEP-Belegstück ausgewiesen.

28 In Deutschland wurde der bereits seit längerem diskutierte Begriff „postfaktisch“ im Herbst 2016 populär, als Bundeskanzlerin Angela MERKEL in einem Auftritt nach der für die CDU verlorenen Landtagswahl in Berlin sagte: „Es heißt ja neuerdings, wir lebten in postfaktischen Zeiten. Das soll wohl heißen, die Menschen interessieren sich nicht mehr für Fakten, sondern folgen allein den Gefühlen.“ Der Begriff wurde dann im Spätherbst durch die Gesellschaft für deutsche Sprache als Wort des Jahres 2016 gewählt. Vgl. hierzu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Postfaktische\\_Politik](https://de.wikipedia.org/wiki/Postfaktische_Politik).

## 5. Subjektives Wohlbefinden als politischer Zielindikator für Lebensqualität?

Wenn nun die Indikatoren zum subjektiven Wohlbefinden so große Resonanz in den Wissenschaften gefunden haben, so stellt sich die Frage, ob ein solcher Indikator nicht auch geeignet wäre, von der Politik aufgegriffen und in ein Indikatorensystem eingepflegt zu werden. Bei der Beantwortung dieser Frage war sich die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags trotz sehr vieler Differenzen in diesem Punkt mit großer Mehrheit einig:

„Es ist nicht Aufgabe der Politik zu entscheiden, was Menschen als ihre Lebenszufriedenheit, ihren Wohlstand, ihr Glück anzusehen hätten. Mit einer liberalen und pluralistischen Gesellschaft wäre eine allgemeinverbindliche Festlegung jener Faktoren, die zum Wohlstand und zur Lebensqualität aller gehören, unvereinbar. Jeder und jede sollen hierzulande nach seiner beziehungsweise ihrer Façon glücklich werden können – das gilt auch für die nachfolgenden Generationen. Zugleich ergibt sich für die Politik daraus jedoch die Verpflichtung, eben jene Bedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, dass jeder Mensch Wohlstand und Lebensqualität für sich verwirklichen kann.“<sup>29</sup>

So zeigen die Ergebnisse von Mehrländerstudien, dass es durchaus eindeutige Muster von Staaten gibt, in denen glücklichere Menschen anzutreffen sind:

„Happy countries are disproportionately *rich, educated, democratic, trusting, and low-unemployment*. Even bearing in mind the latter characteristics, some nations do noticeably well in happiness rankings. Examples include Denmark, the Netherlands and Ireland. Unfortunately, we do not yet know why these countries are so perplexingly happy.“<sup>30</sup>

Aber der gegenwärtige Forschungsstand macht eben auch deutlich, dass der ermittelte Erklärungsbeitrag (empirisch ermittelt als Varianzanteil, der bereinigt ist von rein individuellen und sozio-demographischen Merkmalen) von Lebenszufriedenheit, der auch von der Politik beeinflussbar wäre, einerseits vergleichsweise niedrig und zudem alles andere als bereits umfassend erforscht ist. Gleichwohl plädierte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Enquete-Kommission dafür, den Anteil der Zufriedenen als Zielindikator<sup>31</sup> auszuweisen:

„Deshalb sollte die individuell empfundene Lebensqualität mit einem eigenen Indikator erfasst werden. Umfragen zur subjektiven Lebenszufriedenheit werden von den unterschiedlichsten Instituten in Europa und weltweit durchgeführt. So wird im Rahmen der Standard-Umfrage des Eurobarometers regelmäßig die Lebenszufriedenheit in den EU Staaten evaluiert. [...] Durch die Befragung werden die Menschen direkt angesprochen und so zu Beteiligten. Der Indikator zeigt, ob die Politik alle Menschen erreicht. Denn schließlich dient Politik nicht zuletzt der Verbesserung der Lebensqualität. Ziel muss es sein, den Anteil der Zufriedenen zu erhöhen.“<sup>32</sup>

An dieser Stelle bleibt aus der Perspektive der Wissenschaft jedoch Skepsis angebracht. Denn bei rein subjektiven Indikatoren sind natürlich allein bei der Messung eine Fülle an möglichen survey-methodologisch bedeutsamen Einflussfaktoren aus der Literatur bekannt (beispielsweise Framing-Effekte, Mode-Effekte sowie Skaleneffekte, um nur einige zu nennen).<sup>33</sup> Zudem bestehen Befürchtungen, dass Befragte in dem Moment, wo sie wissen, dass ihre Zufriedenheitsangaben direkt für Zwecke der Politik herangezogen werden, nicht mehr

29 *Deutscher Bundestag* 2013, S. 235.

30 BLANCHFLOWER und OSWALD 2011.

31 Das mittlerweile auf acht Indikatoren reduzierte Tableau, das von Bündnis 90/Die Grünen seit 2016 als „Jahreswohlstandsbericht“ veröffentlicht wird, enthält interessanterweise die subjektive Lebenszufriedenheit auf Basis des SOEP als eigenständigen Indikator (*Bündnis 90/Die Grünen* 2016).

32 *Deutscher Bundestag* 2013, S. 282.

33 Für einen umfassenden survey-methodologischen Überblick zur subjektiven *Well-being*-Forschung vgl. *OECD* 2013.

unbeeinflusst antworten werden und eher dazu neigen könnten, strategisch zu antworten<sup>34</sup> (HUSCHKA und WAGNER 2010).

„Die Glücksforschung ist somit politisch durchaus relevant, aber nicht im Sinne einer Glücksmaximierung durch die Regierung. Vielmehr sollte großes Gewicht auf die Schaffung von Institutionen gelegt werden, die es den einzelnen Personen ermöglichen, ihr größtmögliches Glück alleine und im Kollektiv zu finden.“<sup>35</sup>

## 6. Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland

Im Dezember 2013 vereinbarten CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag, dass ihr Regierungshandeln stärker an Werten wie Zielen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden solle und zu diesem Zweck von der Bundesregierung ein Dialog mit Menschen in Deutschland über ihre Auffassung von Lebensqualität durchgeführt werden solle. Unter dem Motto „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ fanden zwischen April und Oktober 2015 mehr als 200 Bürgerdialoge statt und haben sich rund 15 750 Bürgerinnen und Bürger vor Ort oder Online beteiligt.

„Auf dieser Basis werden wir ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland entwickeln. Es soll im regelmäßigen Abstand in verständlicher Form über Stand und Fortschritt bei der Verbesserung von Lebensqualität in Deutschland Auskunft geben.“<sup>36</sup>

Insgesamt sind es 46 Indikatoren, die am 26. Oktober 2016 vom Kabinett beschlossen wurden und die in einem einzigen *Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland* vorgelegt wurden.<sup>37</sup> Die Indikatoren werden in zwölf Dimensionen nach drei Aspekten geordnet, die das Leben der Menschen betreffen, das Lebensumfeld beschreiben und den nationalen und globalen Rahmen bilden („Unser Leben, unser Umfeld, unser Land“). Sieben der 46 Indikatoren basieren auf den Befragungsdaten des SOEP. Auch an dieser Stelle fließt somit empirische Evidenz der Studie in das Indikatorentableau ein. Man hat im Übrigen auch bei diesem Bericht ganz bewusst darauf verzichtet, einen allumfassenden Indikator für Lebensqualität als statistische Kenngröße aus den zwölf Dimensionen zu bilden.

Methodisch haben bei den Bürgerdialogen rund zehntausend Bürger die beiden zentralen Leitfragen des Dialogs („Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben? Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“) diskursiv und im Dialog mit Politikerinnen und Politikern ermittelt, aber auch online oder postalisch. Die ermittelten Daten und Einschätzungen basieren somit nicht auf einer repräsentativen Stichprobe. Haben also möglicherweise gerade die politisch Interessierten ihre Vorstellung von Lebensqualität zu Protokoll gegeben? Deshalb lohnt ein Vergleich mit einer repräsentativen Erhebung; dem SOEP. In der Erhebung 2015 wurden für sämtliche computergestützten Interviews Klartexte der beiden Leitfragen des Bürgerdialogs erhoben und mittels automatisierter Textanalyse ausgewertet.<sup>38</sup>

34 Es bleibt gleichwohl eine empirische Frage, ob diese Vorbehalte wirklich berechtigt sind. So liegen mittlerweile die ersten Ergebnisse der von statistischen Ämtern erhobenen Zufriedenheitsdaten des *European Survey of Income and Living Conditions* (EU-SILC) vor (*Eurostat* 2012, 2015).

35 FREY und STEINER 2013, S. 24.

36 *Koalitionsvertrag* 2013, S. 15.

37 Geplant ist es, den Regierungsbericht künftig einmal pro Legislaturperiode zu aktualisieren, die Webseite (<http://www.gut-leben-in-deutschland.de>) jedoch fortlaufend auf den neuesten Stand zu bringen.

38 Vgl. WAGNER et al. 2017.

Am häufigsten werden auf Basis einer repräsentativen Stichprobe Gesundheit und nahestehende Menschen genannt, also Familie, Kinder, Freunde. Frieden folgt dann an vierter Stelle.

Eine alternative Methode zur Ermittlung der in der Bevölkerung wahrgenommenen Relevanz der verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität besteht in einer standardisierten Erhebung mit entsprechenden Operationalisierungen der jeweiligen Lebensbereiche und einer Abfrage der subjektiv empfundenen Bedeutung der einzelnen Lebensbereiche. Eine solche Erhebung erfolgte sowohl 2013 als auch 2017, und die veröffentlichten Ergebnisse zeigen einerseits eine vergleichsweise hohe Konstanz und herausragende relative Bedeutung des Erhalts der freiheitlich-demokratischen Ordnung,<sup>39</sup> bestätigten andererseits eine hohe Heterogenität individueller Bewertungsmuster und die Bandbreite verschiedener auch politischer Ziele im demokratischen Wettbewerb. So zeitgemäß mittlerweile ein erweiterter und differenzierter Lebensqualitätsbegriff geworden ist und sich große Organisationen auch zunehmend von der BIP-Fixierung früherer Jahre distanzieren, verschwindet der Blick auf das BIP gleichwohl keineswegs in der Mottenkiste.<sup>40</sup> In Deutschland wie auch der EU-Kommission beginnt sich stattdessen der Begriff „Inklusives Wachstum“ durchzusetzen.<sup>41</sup>

## 7. Sustainable Development Goals 2030

Den gegenwärtig ambitioniertesten Ansatz einer Weiter- wie Fortentwicklung eines Tableaus gesellschaftlich anzustrebender Ziele, gekoppelt mit einem statistischen Indikatortableau, stellt die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung dar. Die Agenda soll die Grundlage dafür schaffen, weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten. Die Agenda 2030 wurde im September 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von allen Mitgliedsstaaten verabschiedet und gilt für alle Staaten dieser Welt. Entwicklungsländer, Schwellenländer und Industriestaaten: Alle müssen ihren Beitrag leisten.

Das Kernstück der Agenda bildet ein ehrgeiziger Katalog mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs; BMZ 2015). Die 17 SDGs berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt, Wirtschaft – gleichermaßen. Die 17 Ziele haben den Anspruch, unteilbar zu sein und sich einander zu bedingen. Ihnen sind fünf Kernbotschaften als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Im Englischen spricht man von den „5 Ps“: *People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership*. Beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit liegt in Deutschland der Auftrag, ein zahlenmäßig begrenztes aussagefähiges statistisches Indikatorensystem festzulegen, das einerseits vergleichbare Angaben über die weltweiten Entwicklungen zu liefern vermag und andererseits genügend Raum für

39 Siehe hierzu die Befunde in GIESSELMANN et al. 2017. Es sei daran erinnert, dass bereits von Wolfgang ZAPF zu Beginn seiner Studien zur Lebensqualität in Deutschland und Prätests für die Wohlfahrtssurveys die Wichtigkeit von Lebensbereichen für das eigene Wohlempfinden und Lebensqualität ermittelt wurden.

40 Der auch in Deutschland aktiven „Degrowth-“ oder „Postwachstums-Bewegung“ ist es bislang nicht gelungen, nennenswerte Aufmerksamkeit in Politik wie Öffentlichkeit zu generieren.  
<https://www.degrowth.de/de>.

41 Vgl. beispielsweise den jüngsten Jahreswirtschaftsbericht 2017 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, der den Untertitel trägt: „Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa“.  
[http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=12](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=12).

die politischen Planungen auf nationaler und subnationaler Ebene lässt. Neben dem im Vergleich zu den Millennium-Zielen für 2015<sup>42</sup> nochmals ehrgeizigeren Ziel, die extreme Armut weltweit bis zum Jahr 2030 zu beseitigen, wurden im September 2015 auch Verteilungsziele verabredet, um den Grad der Einkommensungleichheit innerhalb der einzelnen (entwickelten) Staaten zu senken. Das Ziel für 2030 ist demzufolge, dass der Einkommenszuwachs der ärmsten 40 % einer Bevölkerung höher sein sollte als das durchschnittliche Einkommensplus der Gesamtbevölkerung. Die Operationalisierung dieser Ziele wird gegenwärtig zwar noch zwischen den UN-Staaten abgestimmt, und es fehlt gegenwärtig auch an dem klar definierten Indikator und der Festlegung der jeweiligen Referenzperiode, auf die sich die Einkommenszuwächse beziehen sollen (beispielsweise fünf oder zehn Jahre).

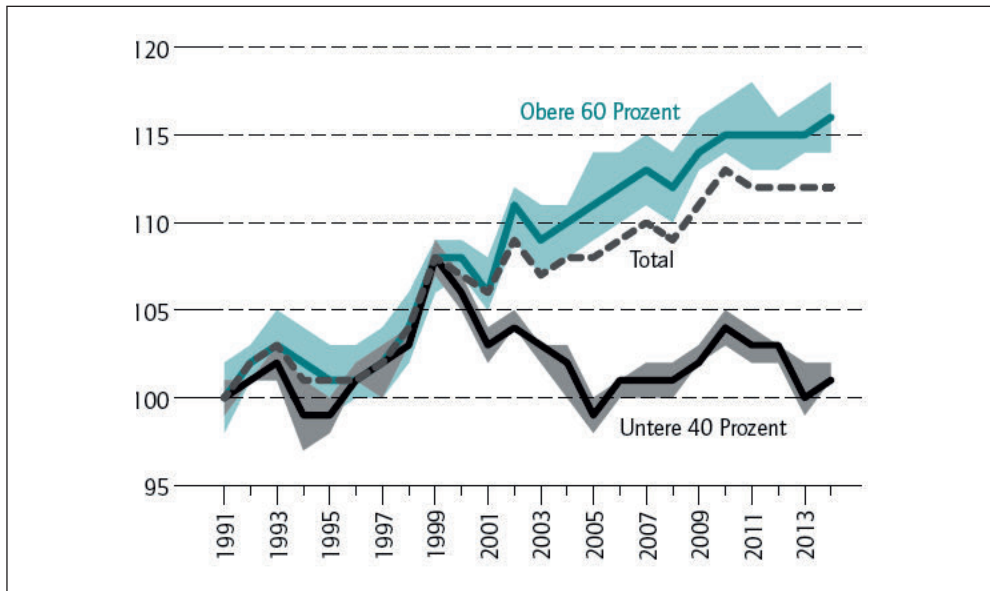


Abb. 2 Einkommensentwicklung der untersten 40 % und oberen 60 % der Einkommensskala (Veränderungen in Prozent, 1991 = 100). Anmerkung: Reale Einkommen in Preisen von 2010. Population: Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen wurden jeweils im Folgejahr erhoben. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala, zusätzlich zu den Werten sind 95%-Konfidenzintervalle angegeben. Quellen: SOEPv32; Berechnungen des DIW Berlin. Graphik entnommen aus GRABKA et al. 2017, S. 76.

Für Deutschland kann ein solcher Indikator mit der Datenbasis des SOEP unschwer erstellt werden und wurde im Verteilungsbericht des DIW Berlin für das Jahr 2015 auch jüngst vorgestellt (GRABKA und GOEBEL 2017). Betrachtet man für Deutschland den Zeitraum nach der Wiedervereinigung von 1991 bis 2014, dann wurde dieses für 2030 anzustrebende Ziel bislang in Deutschland verfehlt: Der Einkommenszuwachs der 40 % mit den geringsten Einkommen blieb hinter dem durchschnittlichen Einkommensanstieg der Bevölkerung zurück (Abb. 2). Seit 1999 ist das reale verfügbare Einkommen dieser 40 % der Bevölkerung sogar

42 Vgl. Vereinte Nationen 2015.

zurückgegangen, während die realen Einkommen der restlichen 60 % der Bevölkerung deutlich gestiegen sind. Betrachtet man die Entwicklung der Jahre 2004 bis 2014, bleibt das Ziel 2030 ebenfalls verfehlt.

Es stagnierten die Einkommen der unteren 40 %, während der Mittelwert um etwas mehr als 4 % zunahm. Bezogen auf den Zeitraum der letzten fünf Jahre läuft die Entwicklung ebenfalls nicht in dem Sinne, wie vom Zielindikator vorgegeben. In den Jahren 2009 bis 2014 nahm das Einkommen der unteren 40 % real um etwas mehr als 1 % ab, während der Mittelwert um 1 % stieg.

## 8. Bilanz und Ausblick

Welche vorläufige Bilanz kann nun aus der offensichtlichen wissenschaftlichen Erfolgsgeschichte der Sozialindikatoren-Bewegung gezogen werden? Sozialindikatoren, verstanden als Messzahlen, die anzeigen, wie sich objektiv beobachtbare Lebensbedingungen und die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität zwischen Bevölkerungsgruppen und zwischen Nationen unterscheiden und im Zeitablauf verändern, haben sich in den letzten 50 Jahren weltweit etabliert und prägen gesellschaftliche Zieldebatten wie beispielsweise der Vereinten Nationen.

Auch die Erhebungsprogramme der amtlichen Statistik werden zunehmend um subjektive Indikatoren ergänzt und erweitert, und auch die Frage nach Richtung, Schnelligkeit, Tiefgang und Grad der Inklusion gesellschaftlicher Wandlungsprozesse wird mit Hilfe längerer verfügbarer Datenreihen sowie verbesserter statistischer Verfahren besser analysierbar. Zudem ist nicht allein in Deutschland eine beachtliche Forschungsdateninfrastruktur erwachsen, die Forschenden erlaubt, mit Hilfe von Mikrodaten kritische Replikationen, alternative Abgrenzungen sowie neue statistische Analysemethoden zu nutzen. Auf diese Weise wird ein kritischer Diskurs in Wissenschaft wie Öffentlichkeit gefördert, auch alternative Indikatoren zu erstellen oder bestehende zu revidieren.

Skepsis bleibt allerdings aus der Perspektive der Wissenschaft hinsichtlich der Qualität von Prognosen und Wirkungsanalysen angebracht. Bilden ausschließlich soziale Indikatoren die Variablen eines Modells, mit dessen Hilfe Vorhersagen gemacht oder Wirkungszusammenhänge analysiert werden, wird dieser Anspruch bereits seit längerem innerhalb der Forschung zu sozialen Indikatoren eher skeptisch reflektiert, da sich mit Hilfe aggregierter Indikatoren in der Regel keine kausalen Wirkungsanalysen erzielen lassen.

„Finally, social forecasting, program evaluation, and prioritization are areas in which social indicators have little or no direct benefit and should no longer be considered as major appropriate goals of social indicators.“<sup>43</sup>

Hier liegt die Zukunft vermutlich eher in einer kombinierten Modellierung von individual- und aggregierten Informationen regionaler oder multinationaler Kontexte mit Hilfe von längsschnittlichen Mehr-Ebenen-Modellen (beispielsweise LITTLE et al. 2000), um auf diese Weise den jeweiligen Erklärungsbeitrag der unterschiedlichen Analyseebenen voneinander trennen zu können. Ob es anhand von Sozialindikatoren gelingt, einen breit angelegten gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu initiieren, wird davon abhängen, ob die Indikatoren auch von komplexeren wissenschaftlichen Analysen ergänzt und hinsichtlich möglicher Wirkungsmechanismen unterfüttert werden.

---

43 SMITH 1981, S. 742.

Zusammenfassend trägt die Sozialindikatorenforschung mit ihren mehrdimensionalen Indikatorensystemen wesentlich zu einer aufgeklärten gesellschaftlichen Ziel- und Gestaltungsdiskussion bei, da sie Probleme verschiedener Ziele zumindest transparent macht und damit einer rationalen gesellschaftlichen Planung und Transformation in der Gesellschaft dient. Indikatoren haben in der Vergangenheit Hinweise geben können, welchen Phänomenen sich Politik stärker annehmen sollte und in welchen Feldern auch wissenschaftlich weiterer Forschungsbedarf besteht. Nur eine geduldige und kontinuierliche Fortführung wie auch innovative Weiterentwicklung einer solchen Forschungsinfrastruktur ermöglichen den Gewinn neuer Einsichten zu Fragen des gesellschaftlichen und sozialen Wandels. Soziale Indikatoren vermögen auf diese Weise den gesellschaftlichen Diskurs in Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft zu stimulieren und leisten als Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaftspolitik vielfach einen Beitrag zur „Entzauberung“ von Vorurteilen und liefern eine verlässliche Grundlage zum „Faktencheck“ in Zeiten „postfaktischer“ Beliebigkeit. Neben dem seit Beginn interdisziplinären Anspruch zählt dies sicherlich zu den herausragenden sowie bleibenden Verdiensten der Sozialindikatorenforschung, die sich in Deutschland vor etwa 45 Jahren erfolgreich aus Forschungsprojekten in die institutionalisierte sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinfrastruktur ihren Weg bahnte.

### Literatur

- ANGER, S.: Intergenerational transmission of cognitive and noncognitive skills. In: ERMISCH, J., JÄNTT, M., and SMEEDING, T. (Eds.): *From Parents to Children*; pp. 393–421. New York: Russel Sage Foundation 2012
- BAETSCHMANN, G.: Heterogeneity in the relationship between happiness and age: Evidence from the German Socio-Economic Panel. *German Economic Review* 15/3, 393–410 (2014)
- BALLERSTEDT, E., und GLATZER, W., unter Mitwirkung von MAYER, K.-U., und ZAPF, W.: *Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt (Main), New York: Herder & Herder 1975
- BAUER, R. A. (Ed.): *Social Indicators*. Cambridge, London: MIT Press 1966
- BEAUDRY, P., and GREEN, D.: The changing structure of wages in the US and Germany: What explains the difference? *American Economic Review* 93/3, 573–602 (2003)
- BLANCHFLOWER, D. G., and OSWALD, A. J.: *International Happiness*. NBER Working Paper No. 16668. Cambridge (MA) 2011
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): *Der neue Zukunftsvertrag für die Welt. Die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung*. Rostock 2015
- BRADBURN, N. M., and CAPLOVITZ, D.: *Reports on Happiness. A Pilot Study of Behavior Related to Mental Health*. Chicago (IL): Aldine Publishing Company 1965
- BRÜCKER, H., ROTHER, N., SCHUPP, J., BABKA VON GOSTOMSKI, C., BÖHM, A., FENDEL, T., FRIEDRICH, M., GIESEL-MANN, M., KOSYAKOVA, J., KROH, M., LIEBAU, E., RICHTER, D., ROMITI, A., SCHACHT, D., SCHEIBLE, J. A., SCHMELZER, P., SIEGERT, M., SIRRIES, S., TRÜBSWETTER, P., und VALLIZADEH, E.: *Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration*. DIW Wochenbericht 83/46, 1103–1119 (2016)
- Bündnis 90/Die Grünen* (Hrsg.): *Jahreswohlstandsbericht 2016*. Berlin 2016
- BUTZ, W. P., and BOYLE TORREY, B.: Some frontiers in social science. *Science* 312, 1898–1900 (2006)
- Department of Health, Education, and Welfare: Toward a Social Report*. Washington, D. C.: U. S. Government Printing Office 1969
- Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Drucksache 17/13300 vom 3. 5. 2013
- DIENER, E., LUCAS, R. E., and NAPA SCOLLON, C.: Beyond the hedonic treadmill – Revising the adaptation theory of well-being. *American Psychologist* 61/4, 305–314 (2006)
- DIENER, E., LUCAS, R., SCHIMMACK, U., and HELLIWELL, J.: *Well-Being for Public Policy*. New York: Oxford University Press 2009

- Eurostat*: EU-SILC 2013 Module on Well-Being – Description of SILC Secondary Target Variables – Version 5 – March 2012. Directorate F: Social and information society statistics, Unit F-3: Living conditions and social protection (mimeo). (2012)
- Eurostat*: Quality of Life. Facts and Views. European Union. Luxembourg 2015
- FREY, B. S.: Happiness: A Revolution in Economics. Cambridge, MA: MIT Press 2008
- FREY, B. S., und STEINER, L.: Glücksforschung: Eine empirische Analyse. AStA – Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 6/1–2, 9–25 (2012)
- GIESSELMANN, M., SIEGEL, N. A., SPENGLER, T., und WAGNER, G. G.: Wohlstandsindikatoren im Spiegel der Bevölkerung: Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung weiterhin wichtigstes Politikziel. DIW Wochenbericht 84/9 (2017)
- GLATZER, W., und ZAPF, W. (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt (Main), New York: Campus 1984
- GLATZER, W., und ZAPF, W.: The spread of social indicators- and quality of life-research in Germany and Europe. In: MAGGINO, F. (Ed.): A Life Devoted to Quality of Life. An Overview in Honour of Alex Michalos; pp. 195–207. Cham: Springer 2015
- GRABKA, M. M., und FRICK, J. R.: Schrumpfende Mittelschicht in Deutschland – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen. DIW Wochenbericht 75/10, 101–108 (2008)
- GRABKA, M. M., und GOEBEL, J.: Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit. DIW Wochenbericht 84/4, 71–82 (2017)
- GRABKA, M. M., GOEBEL, J., und SCHUPP, J.: Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? DIW Wochenbericht 79/43, 3–15 (2012)
- HABICH, R., und ZAPF, W.: Gesellschaftliche Dauerbeobachtung – Wohlfahrtssurveys: Instrument der Sozialberichterstattung. In: HAUSER, R., OTT, N., und WAGNER, G. (Hrsg.): Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik. Bd. 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation. S. 13–37. Berlin: Akademie-Verlag 1994
- HANEFELD, U., und SCHUPP, J.: Die ersten sechs Wellen des SOEP. Das Panelprojekt in den Jahren 1983 bis 1989. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 77/3, 27–42 (2008)
- HEADEY, B.: The set point theory of well-being has serious flaws: On the eve of a scientific revolution? Social Indicators Research 97/1, 7–21 (2010)
- HEADEY, B., MUFFELS, R., und WAGNER, G. G.: Long-running German panel survey shows that personal and economic choices, not just genes, matter for happiness. Proc. Natl. Acad. Sci. USA 107/42, 17922–17926 (2010)
- HECKMAN, J. J.: Skill formation and the economics of investing in disadvantaged children. Science 312, 1900–1902 (2006)
- HUSCHKA, D., und WAGNER, G. G.: Sind Indikatoren zur Lebensqualität und zur Lebenszufriedenheit als politische Zielgrößen sinnvoll? SOEP Papers 275. Berlin: DIW 2010
- KAHNEMANN, D., und KRUEGER, A. B.: Developments in the measurement of subjective well-being. Journal of Economic Perspectives 20/1, 3–24 (2006)
- KAUFMANN, F.-X.: „Soziale Indikatoren“ in der Bundesrepublik Deutschland? – Ein Bericht über die Sektion „Soziale Indikatoren“ in der DGS. Zeitschrift für Soziologie 3/2, 200–208 (1974)
- Koalitionsvertrag*: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Deutschlands Zukunft gestalten“. 18. Legislaturperiode. 2013  
[https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf) (2013)
- KRUPP, H.-J.: Die Anfänge: Zur Entstehungsgeschichte des SOEP. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 77/3, 15–26 (2008)
- KRUPP, H.-J., und ZAPF, W.: Soziale Indikatoren. In: ALBERS, W., BORN, K. E., DÜRR, E., HESSE, H., KRAFT, A., LAMPERT, H., ROSE, K., RUPP, H.-H., SCHERF, H., SCHMIDT, K., und WITTMANN, W. (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW). S. 119–133. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1986
- KRUPP, H.-J., und ZAPF, W.: Die Rolle alternativer Wohlstandsindikatoren bei der Begutachtung gesamtwirtschaftlicher Entwicklung. Reprint eines Gutachtens für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom September 1972. Nachdruck als RatSWD Working Paper No. 171. Berlin 2011
- LITTLE, T. D., SCHNABEL, K. U., und BAUMERT, J. (Eds.): Modeling Longitudinal and Multilevel Data. Mahwah, London: Lawrence Erlbaum 2000
- LOHMANN, H., SPIESS, C. K., GROH-SAMBERG, O., und SCHUPP, J.: Analysepotenziale des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die empirische Bildungsforschung. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 12/2, 252–280 (2009)
- LUCAS, R. E., and DONNELLAN, M. B.: Personality development across the life span: Longitudinal analyses with a national sample from Germany. Journal of Personality and Social Psychology 101/4, 847–861 (2011)
- MAYER, K. U.: The German Life History Study. In: MAYER, K. U. (Ed.): Social Change, Cohort Inequalities, and Life Courses in Germany since the 1920's. Special Issue of European Sociological Review 31/2, 137–143 (2015)

- NOLL, H.-H.: Sozialstatistik und Sozialberichterstattung. In: MAU, S., und SCHÖNECK, N. M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. S. 816–829. Wiesbaden: Springer VS 2012
- OECD: OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being. Paris: OECD 2013
- OECD: In it Together: Why Less Inequality Benefits All? Paris: OECD 2015
- RACKOW, K., SCHUPP, J., und SCHEVE, C. VON: Angst und Ärger: Zur Relevanz emotionaler Dimensionen sozialer Ungleichheit. *Zeitschrift für Soziologie* 41/5, 392–409 (2012)
- RatSWD (Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten): Tätigkeitsbericht der akkreditierten Forschungsdatenzentren des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) für das Jahr 2015. Berlin 2017
- RICHTER, D., und SCHUPP, J.: SOEP Innovation Panel (SOEP-IS). *Schmollers Jahrbuch* 135/3, 389–399 (2015)
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Zeit für Reformen. Jahresgutachten 2016/17. Stuttgart: Metzler-Poeschel 2016
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) and *Conseil d'Analyse Économique*: Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem (Expertise im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrates). Statistisches Bundesamt 2010
- SCHVE, C. VON, ESCHÉ, F., and SCHUPP, J.: The Emotional timeline of unemployment: Anticipation, reaction, and adaptation. *Journal of Happiness Studies* 18/4, 1231–1254 (2017)
- SCHIMMACK, U., SCHUPP, J., and WAGNER, G. G.: The influence of environment and personality on the affective and cognitive component of subjective well-being. *Social Indicators Research* 89/1, 41–60 (2008)
- SCHUPP, J.: 25 Jahre Sozio-oekonomisches Panel – Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland. *Zeitschrift für Soziologie* 38/5, 350–357 (2009)
- SCHUPP, J.: Paneldaten für die Sozialforschung. In: BAUR, N., und BLASIUS, J. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS 2014
- SCHUPP, J., GOEBEL, J., KROH, M., und WAGNER, G. G.: Zufriedenheit in Deutschland so hoch wie nie nach der Wiedervereinigung – Ostdeutsche signifikant unzufriedener als Westdeutsche. *DIW Wochenbericht* 80/47, 34–43 (2013)
- SCHUPP, J., HABICH, R., und ZAPP, W.: Sozialberichterstattung im Längsschnitt – Auf dem Weg zu einer dynamischen Sicht der Wohlfahrtsproduktion. In: ZAPP, W., SCHUPP, J., und HABICH, R. (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. S. 11–45. Frankfurt (Main), New York: Campus 1996
- SCHUPP, J., und WAGNER, G. G.: Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels – Konzept und Durchführung der „SOEP-Basiserhebung 1990“ in der DDR. In: *Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“* (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern*. S. 25–41. Frankfurt (Main), New York: Campus 1991
- SCHUPP, J., und WAGNER, G. G.: Ein Vierteljahrhundert Sozio-oekonomisches Panel (SOEP): Die Bedeutung der Verhaltenswissenschaften für eine sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Längsschnittstudie. In: MAYER, B., und KORNADT, H.-J. (Hrsg.): *Psychologie – Kultur – Gesellschaft*. S. 239–272. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010
- SHELDON, E. B., and PARKE, R.: Social indicators. *Science* 188/4189, 693–699 (1975)
- SMITH, T. W.: Social indicators: A review essay. *Journal of Social History* 14/4, 739–747 (1981)
- Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016
- STIGLITZ, E. J., SEN, A., and FITOUSSI, J.-P.: *Mismeasuring Our Lives*. New York, London: The New Press 2010
- VEENHOVEN, R.: Subjective measures of well-being. In: MCGILLIVRAY, M. (Ed.): *Human Well-Being – Concept and Measurement*; pp. 214–239. Houndmills: Palgrave 2007
- Vereinte Nationen*: The Millennium Development Goals Report 2015. (2015)  
[http://www.un.org/millenniumgoals/2015\\_MDG\\_Report/pdf/MDG%202015%20rev%20\(July%201\).pdf](http://www.un.org/millenniumgoals/2015_MDG_Report/pdf/MDG%202015%20rev%20(July%201).pdf)
- WAGNER, G. G.: Sozialberichterstattung und Politikberatung. In: GLATZER, W., HABICH, R., und MAYER, K. U. (Hrsg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. S. 405–420. Opladen: Leske + Budrich 2002
- WAGNER, G. G., BRUEMMER, M., GLEMSER, A., ROHRER, J., and SCHUPP, J.: Dimensions of Quality of Life in Germany: Measured by Plain Text Responses in a Representative Survey (SOEP). *SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research* No. 893 (2017)
- WAGNER, G. G., FRICK, J. R., and SCHUPP, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, evolution and enhancements. *Schmollers Jahrbuch* 127/1, 139–169 (2007)
- WAGNER, G., SCHUPP, J., und RENDTEL, U.: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) – Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt. In: HAUSER, R., OTT, N., und WAGNER, G. (Hrsg.): *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik – Bd. 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation*. S. 70–112. Berlin: Akademie-Verlag 1994

- WINKELMANN, L., and WINKELMANN, R.: Why are the unemployed so unhappy? Evidence from panel data. *Economica* 65, 1–15 (1998)
- ZAPF, W.: Zur Messung der Lebensqualität. *Zeitschrift für Soziologie* 1/4, 353–376 (1972)
- ZAPF, W. (Hrsg.): *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung*. Frankfurt (Main), New York: Campus 1977
- ZAPF, W.: Angewandte Sozialberichterstattung: Das SPES-Indikatorensystem. In: HELMSTÄDTER, E. (Hrsg.): *Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften*. S. 689–718. Berlin: Duncker & Humblot 1978
- ZAPF, W.: Applied social reporting: A social indicators system for West German Society. *Social Indicators Research* 6/4, 397–419 (1979)

Prof. Dr. Jürgen SCHUPP  
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)  
Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Bundesrepublik Deutschland  
Tel.: +49 30 89789238  
Fax: +49 30 897899238  
E-Mail: jschupp@diw.de

## **Symmetrie und Asymmetrie in Wissenschaft und Kunst**

Vorträge anlässlich der Jahresversammlung  
am 18. und 19. September 2015 in Halle (Saale)

Nova Acta Leopoldina N. F. Nr. 412

Herausgegeben von Martin QUACK (Zürich) und Jörg HACKER (Halle/Saale)  
(2016, 275 Seiten, 116 Abbildungen, 7 Tabellen, 29,95 Euro,  
ISBN: 978-3-8047-3610-8)

Symmetrien und Asymmetrien gibt es in allen Bereichen der Wirklichkeit. Das Bestreben, ihr Wechselspiel zu erfassen, verbindet die Wissenschaften mit den Künsten. Symmetrie und Asymmetrie sind Strukturprinzipien, die sich in Mathematik und Philosophie abstrakt definieren lassen, aber auch in den empirischen Wissenschaften eine Vielzahl von Phänomenen in Natur und Kultur erklären können. Doch auch die Kunst – von der Musik bis zur Architektur – beschäftigt sich in jeweils eigener Weise mit Symmetrie und Symmetriebrüchen. Der Band liefert Beispiele, die von der Physik, insbesondere der Teilchenphysik, über die Astronomie, die Chemie (z. B. Chiralität) und die Biologie (z. B. Fortbewegung) bis in das Gebiet der Medizin (z. B. Krebsentstehung und Wundheilung) reichen. Außerdem werden Symmetriebrüche in der Moral, die Rolle von Symmetrie und Asymmetrie in der bildenden Kunst und die Symmetrie als strukturelles Prinzip des Denkens in der Moderne untersucht.

# **Die Regierungsstrategie „Gut leben“: Zur Entwicklung einer regierungsamtlichen Berichterstattung über Zustand und Wandel der Lebensqualität in Deutschland**

Heinz-Herbert NOLL (Ladenburg)

## *Zusammenfassung*

Der vorliegende Beitrag betrachtet und bewertet die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“, mit der ein Konzept für ein regierungsamtliches Monitoring der Lebensqualität in Deutschland und einer darauf basierenden Berichterstattung entwickelt und implementiert wurde, die zukünftig regelmäßig erfolgen soll. Nach der Darstellung ihres Entstehungshintergrunds und der Einordnung der Regierungsstrategie in die aktuelle Diskussion einer Messung von Wohlfahrt und Lebensqualität „beyond GDP“ sowie ähnliche Initiativen in anderen europäischen Ländern, wird zunächst der für die Regierungsstrategie konstitutive Bürgerdialog in seiner Konzeption, Durchführung und den erzielten Resultaten näher beleuchtet. Daran anschließend wird die Entwicklung eines Indikatorensystems zur Messung der Lebensqualität nachvollzogen, mit dem an die Befunde des Bürgerdialogs anknüpfend die zentralen Beobachtungsdimensionen der Lebensqualität identifiziert und Indikatoren für ein empirisches Monitoring bestimmt werden. Das Indikatorensystem bildet zudem die Grundlage eines Regierungsberichts zur Lebensqualität in Deutschland, den die Bundesregierung im Oktober 2016 erstmals publiziert hat und der zukünftig einmal in jeder Legislaturperiode vorgelegt werden soll. Abschließend werden die Ergebnisse der Regierungsstrategie zusammenfassend bewertet, die Relevanz und Notwendigkeit des Bürgerdialogs reflektiert und die Vorzüge und Nachteile einer Regierungsberichterstattung zur Lebensqualität in Deutschland im Vergleich zu unabhängigen Expertenberichten diskutiert.

## *Abstract*

This article seeks to describe and assess the recent governmental strategy „Living well in Germany“ („Gut leben in Deutschland“), which was aimed at developing and implementing a concept for a regular and systematic monitoring of and reporting on quality of life in Germany by the Federal German Government. Departing from considerations on the origin and background of the project and a discussion of how it fits into the broader debate on measuring quality of life „beyond GDP“ as well as similar initiatives in other European countries, it focusses first of all at the conceptual design, as well as the implementation and results of a nationwide citizen dialogue as a crucial part of the governmental strategy. Following up on this, the article reviews the process of developing a system of indicators, which – based on the results from the citizen dialogue – defines the main quality of life dimensions and envelops a set of indicators to be used for a regular empirical monitoring of life quality. The system of indicators also forms the backbone of a governmental report on quality of life in Germany, which in October 2016 has been published for the first time by the Federal Government and which is scheduled to be presented once an election period in the future. In a concluding section, the article presents a summary view at the whole project, reflects the usefulness and necessity of arranging a countrywide citizen dialogue and discusses the advantages and disadvantages of an official governmental approach of quality of life monitoring and reporting compared to an unofficial expert based approach.

## **1. Einleitung**

Am 26. Oktober 2016 hat die Bundesregierung erstmals einen offiziellen Regierungsbericht zur „Lebensqualität in Deutschland“ verabschiedet und veröffentlicht. Der Bericht ist das Ergebnis der Arbeiten im Rahmen der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“, die

2014 auf den Weg gebracht wurde und auf eine entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag der drei Regierungsparteien CDU, CSU und SPD von 2013 zurückgeht. Gemäß der Vereinbarung sollten mit der Regierungsstrategie drei Zielsetzungen verfolgt werden. Erstens ging es darum, mit den Bürgern zum Thema Lebensqualität ins Gespräch zu kommen, zu erfahren was ihnen wichtig ist und was aus ihrer Sicht Lebensqualität in dieser Gesellschaft bedeutet. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir wollen unser Regierungshandeln stärker an den Werten und Zielen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten und führen daher einen Dialog mit ihnen über ihr Verständnis von Lebensqualität durch.“<sup>1</sup> Ein zweites Ziel bestand darin, auf der Basis von Erkenntnissen aus dem Bürgerdialog, ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland zu entwickeln, das „im regelmäßigen Abstand in verständlicher Form über Stand und Fortschritt bei der Verbesserung von Lebensqualität in Deutschland Auskunft geben“ soll. Und schließlich wurde vereinbart, die aus dem Bürgerdialog und der empirischen Bestandsaufnahme gewonnenen Erkenntnisse „in einen ressortübergreifenden Aktionsplan ‚gut leben‘ zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland einmünden zu lassen“.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die ersten beiden Zielsetzungen der Regierungsstrategie. Nach einer kurzen Einordnung des Vorhabens in die aktuelle Diskussion zur Messung und Beobachtung der Lebensqualität und vergleichbare Aktivitäten in anderen Ländern, sollen zunächst die Anlage und Ergebnisse des Bürgerdialogs und sodann die Entwicklung des Indikatorensystems und der Bericht zur Lebensqualität in Deutschland im Überblick dargestellt und bewertet werden.

## 2. Grundlagen und Konzeption

Mit der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ hat die Bundesregierung nicht zuletzt auch die Forderung der in den vergangenen Jahren – vor allem in vielen europäischen Ländern, aber auch bei internationalen Organisationen – prosperierenden „*beyond GDP*“-Bewegung aufgegriffen, das Wachstum der Wirtschaft nicht als alleinigen Maßstab des gesellschaftlichen Fortschritts zu betrachten und Aspekte der Lebensqualität stärker in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu rücken.<sup>2</sup> Die „*beyond GDP*“-Bewegung war unter anderem durch den Bericht der sogenannten „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“ (STIGLITZ et al. 2009, NOLL 2011) entfacht worden, die – eingesetzt durch den früheren französischen Präsidenten SARKOZY – der Aufgabenstellung folgte, Vorschläge zu entwickeln, wie das Instrumentarium der Messung und statistischen Beobachtung von Wohlfahrt und gesellschaftlichem Fortschritt auch jenseits ökonomischer Indikatoren zu verbessern sei. Die Vorschläge und Empfehlungen der Kommission, die sich insbesondere an die Politik und die offizielle Statistik richteten, wurden in der Folge vielfach aufgegriffen und führten auf nationaler und supranationaler Ebene zu zahlreichen neuen Initiativen der Lebensqualitätsmessung und Sozialberichterstattung (NOLL und BERGER 2014, NOLL 2016b). Neben der „*Better Life*“-Initiative der OECD<sup>3</sup> und dem EUROSTAT *Qua-*

---

1 Koalitionsvertrag (18. Legislaturperiode, S. 14–15).

2 Ähnliche Sichtweisen und Forderungen hatte die Sozialindikatorenforschung, die sich von den USA ausgehend auch in Europa schnell verbreitet hatte, seit den späten 1960er Jahren vertreten. Vgl. dazu unter anderem NOLL 2005, 2016a. GDP – Gross Domestic Product.

3 Vgl. <http://www.oecd.org/statistics/better-life-initiative.htm>.

*lity of Life – Indicators – Project*,<sup>4</sup> sind hier auf der nationalen Ebene unter anderem Projekte in Australien, Frankreich, Italien und Großbritannien zu nennen.

Für die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ gab es daher bereits einige Vorbilder, an denen man sich orientieren konnte. Von besonderer Bedeutung waren dabei das *Benessere Equo e Sostenibile* (BES)-Projekt in Italien<sup>5</sup> sowie mehr noch das *Measuring National Well-being*-Projekt in Großbritannien,<sup>6</sup> die beide – allerdings in unterschiedlichem Umfang – Elemente von Bürgerbeteiligung enthielten. Insbesondere das vom britischen *Office of National Statistics* durchgeführte *Measuring National Well-being*-Projekt stützte sich explizit auf die Ergebnisse einer landesweiten Bürgerdiskussion zu der Frage „*What matters most to you?*“ und darüber, welche der angesprochenen Aspekte bei der Messung und einem regelmäßigen Monitoring des *National Well-being* Berücksichtigung finden sollten (EVANS 2011, SELF 2017).

Neben der Orientierung an den genannten Initiativen war zudem explizit beabsichtigt, an die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags mit dem Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ anzuknüpfen, die ihren abschließenden Bericht 2013 veröffentlicht und darin 10 Leitindikatoren zur Messung der Dimensionen „materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ vorgeschlagen hatte.<sup>7</sup> Auch wenn dazu keine offiziellen Äußerungen der Bundesregierung bekannt geworden sind, ist offensichtlich, dass sie sich den Vorschlag der Enquete-Kommission nicht zu eigen machen wollte, sondern unter dessen Berücksichtigung – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – einen eigenen Ansatz zur Messung und Beobachtung der Lebensqualität in Deutschland anstrebte.<sup>8</sup> Im Mittelpunkt dieses Ansatzes stand die Durchführung eines breiten Bürgerdialogs, dessen Ergebnisse die Grundlage für die Auswahl von Dimensionen und Indikatoren der Lebensqualität bilden sollte. Mit der Berufung eines wissenschaftlichen Beirats sollte dabei zudem sichergestellt werden, dass der aktuelle Stand der Forschung bei der Konzeption und Durchführung der Regierungsstrategie angemessen berücksichtigt wird.<sup>9</sup>

### 3. Konzeption, Anlage und Ergebnisse des Bürgerdialogs

#### 3.1 Konzeption des Bürgerdialogs

Um in Erfahrung zu bringen, was den Bürgern im Hinblick auf ihre Lebensqualität wichtig ist, hatte sich die Bundesregierung entschieden, einen großangelegten Bürgerdialog durchzuführen.

4 Vgl. <http://ec.europa.eu/eurostat/web/gdp-and-beyond/quality-of-life/data>.

5 Zu weiteren Informationen dazu vgl. [www.misuredelbenessere.it](http://www.misuredelbenessere.it)

6 Vgl. dazu auch <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20160105160709/http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/well-being/index.html>.

7 Vgl. dazu *Deutscher Bundestag* 2013 (insbesondere S. 28ff.) sowie den Beitrag von Christoph SCHMIDT in diesem Band.

8 Der Anspruch, – wie in anderen Ländern – einen eigenen Ansatz für eine kontinuierliche Beobachtung und Analyse der Lebensqualität zu entwickeln, der die Spezifika der deutschen Gesellschaft und ihres Wandels zu berücksichtigen vermag, erklärt auch, warum man nicht bereits vorhandene Konzepte und Indikatorensets – z. B. das der OECD oder von Eurostat – eins zu eins übernehmen wollte.

9 Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats waren Stefan BERGHEIM (Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt), Susanne SCHNORR-BÄCKER (Statistisches Bundesamt), Sabine WALPER (Deutsches Jugendinstitut), Christoph M. SCHMIDT (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung), Gert G. WAGNER (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und der Autor dieses Beitrags.

ren.<sup>10</sup> Dazu hatten sie vermutlich auch die Erfahrungen mit diesem Instrument ermutigt, die die vorherige Bundesregierung bereits im Rahmen des – allerdings auf Experten beschränkten – „Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin“ in den Jahren 2011–2012 gesammelt hatte.<sup>11</sup> Gegenüber anderen Instrumenten der empirischen Ermittlung von Einstellungen, Wertorientierungen, Präferenzen, Prioritäten oder Sorgen, wie zum Beispiel Repräsentativbefragungen, hat das Format Bürgerdialog sowohl Vorteile als auch Nachteile. Vorteilhaft erscheint, dass die sich beteiligenden Bürger ausführlich zu Wort kommen können, ohne dass, wie es beispielsweise bei einer standardisierten Repräsentativbefragung zwangsläufig der Fall ist, eine Auswahl von Themen und im Normalfall auch Antwortkategorien vorgegeben werden. Bürgerdialoge versprechen daher prinzipiell Informationen, die sich durch eine große thematische Breite und Vielfalt auszeichnen und darüber hinaus sehr detailliert und „feinkörnig“ sind.<sup>12</sup> Mindestens ebenso wichtig dürfte aber für ein politisch getriebenes Projekt wie die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ der durch das Format Bürgerdialog ermöglichte direkte Kontakt der Politik zum Bürger sein sowie die davon ausgehende unmittelbare Legitimation der abgeleiteten Instrumentarien und Befunde der Lebensqualitätsmessung.<sup>13</sup>

Argumente, die gegen das Format des Bürgerdialogs sprechen, sind unter anderem der hohe Durchführungsaufwand und die Schwierigkeit, die gewonnenen Ergebnisse, die in der Regel als Textinformation vorliegen, einer zuverlässigen quantitativen Analyse zu unterziehen. Besonders nachteilig erscheint zudem die Tatsache, dass die Auswahl der sich an dem Dialog beteiligenden Bürger in der Regel selektiv und für die Gesamtbevölkerung nicht repräsentativ ist, weil sich die Beteiligung vielfach auf höher gebildete und politisch stärker interessierte Bevölkerungskreise konzentriert.

### 3.2 Anlage des Bürgerdialogs

Der Bürgerdialog zu der Frage, was den Menschen in Deutschland im Hinblick auf ihre Lebensqualität wichtig ist, war so angelegt, dass sich für Interessierte verschiedene Partizipationsmöglichkeiten boten (Abb. 1). Zu unterscheiden sind dabei zunächst Möglichkeiten des Individualdialogs von Formen des Gruppendialogs. Bei beiden Dialogformen standen zwei Fragen im Mittelpunkt: (1.) „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ (2.) „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“ In den Gruppendialogveranstaltungen wurde bei der Diskussion der zweiten Frage nach der Identifikation von allgemeinen Bereichen bzw. Dimensionen der Lebensqualität auf einer zweiten Ebene die Frage nachgeschoben: „Was macht Lebensqualität in diesem Bereich konkret für Sie aus?“ Um den Dialogprozess möglichst offen zu gestalten, hat die Bundesregierung bewusst darauf verzichtet, den Dialogteilnehmern einen differenzierten und strukturierten Fragenkatalog vorzulegen. Neben dem offensichtlichen Vorteil der Offenheit und thematischen Unvoreingenommenheit,

10 Der Beschluss dazu wurde im Januar 2014 im Rahmen einer Kabinettsklausur im Gästehaus der Bundesregierung Schloss Meseberg gefasst.

11 Detaillierte Informationen zum Zukunftsdialog finden sich unter:  
[https://dialog-ueber-deutschland.bundeskanzlerin.de/DE/10-Dialog/dialog\\_node.html](https://dialog-ueber-deutschland.bundeskanzlerin.de/DE/10-Dialog/dialog_node.html).

12 Der Grad der Vielfalt, Detailliertheit und Feinkörnigkeit der Informationen hängt überdies natürlich auch davon ab, wie der Bürgerdialog im Einzelnen durchgeführt wird und wie die Ergebnisse protokolliert, dokumentiert und ausgewertet werden.

13 Zur Bedeutung partizipativer Prozesse für die Legitimation von Indikatoren zur Messung von Lebensqualität und Fortschritt, vgl. RONDINELLA et al. 2017.

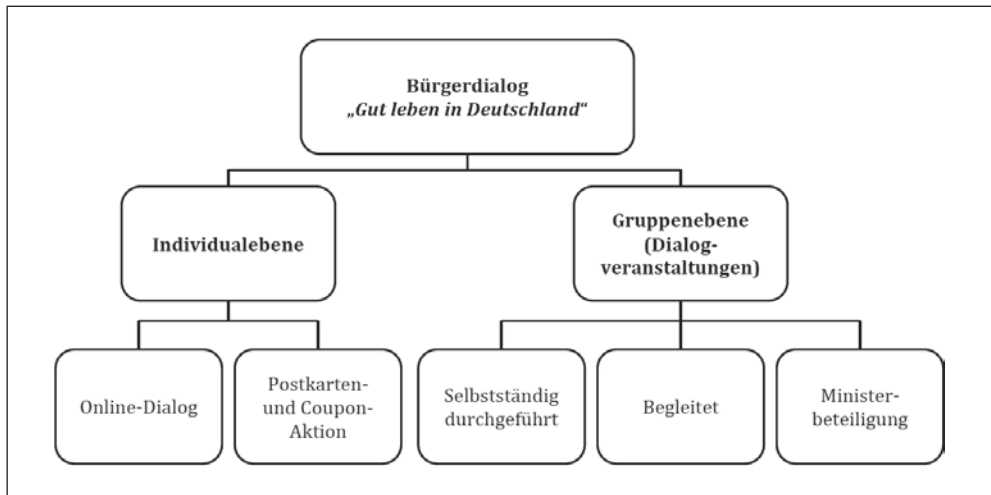


Abb. 1 Struktur und Beteiligungsformen des Bürgerdialogs „Gut leben in Deutschland“. Quelle: WALDHERR et al. 2016, S. 21.

sind damit aber auch Nachteile verbunden, z. B. die Möglichkeit, dass sich der Dialog nicht auf Fragen der Lebensqualität und ihrer einzelnen Aspekte und Dimensionen konzentriert, sondern sich zu einer Generaldebatte „Bürger und Politik“ ausweitet. Anzumerken ist zudem, dass die Frage „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“ in ihren Verständnismöglichkeiten nicht eindeutig ist. Sie kann normativ (was sollte Lebensqualität in Deutschland ausmachen?) aber auch empirisch-deskriptiv (wie manifestiert sich Lebensqualität in Deutschland?) verstanden werden. Beide Verständnismöglichkeiten sind auf der Antwortebene – wenn überhaupt – nur schwer zu unterscheiden.

Im Zentrum des Individualdialogs stand die Möglichkeit, sich – nach einer erforderlichen Registrierung – mit Textbeiträgen online über die Website [www.gut-leben-in-Deutschland.de](http://www.gut-leben-in-Deutschland.de) an der Konsultation zu beteiligen. Von diesem Angebot machten insgesamt 2522 Personen Gebrauch. Zieht man in Betracht, dass der Online-Dialog über einen Zeitraum von ca. sechs Monaten freigeschaltet war, kommt man nicht umhin, die Nutzung dieser Beteiligungsmöglichkeit als erstaunlich niedrig und hinter den Erwartungen zurückbleibend zu bewerten. Zusätzlich zur Online-Beteiligung umfasste der Individualdialog Postkarten- und Coupon-Aktionen, mit denen Bürger bei verschiedenen Events, wie z. B. dem Tag der offenen Tür der Bundesregierung oder der Frankfurter Buchmesse angesprochen wurden. Insgesamt gingen 4571 eingesandte Postkarten und Coupons in die Auswertungen ein.

Die gruppenbezogenen Dialogformen umfassten einerseits Bürgerdiskussionen, die von sogenannten Multiplikatoren, d. h. z. B. Verbänden, Religionsgemeinschaften, Stiftungen und Bildungseinrichtungen, durchgeführt wurden, sowie andererseits Veranstaltungen, die auf den unmittelbaren Dialog zwischen Bürgern und Politik abzielten und direkt von der Bundesregierung unter Beteiligung von Ministern und der Bundeskanzlerin veranstaltet wurden.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Die Bundeskanzlerin hat an insgesamt vier Bürgerdialogen teilgenommen, von denen vor allem die in einer Körperbehindertenschule in Rostock durchgeführte Veranstaltung und der Dialog mit dem Flüchtlingsmädchen Reem SAHWIL große mediale Aufmerksamkeit fand.

Von den insgesamt 203 über das gesamte Bundesgebiet verteilten Bürgerdialogen wurden 153 von Multiplikatoren und 50 von den Ministerien und dem Bundeskanzleramt organisiert. Für rund zwei Drittel der von Multiplikatoren organisierten Veranstaltungen stellte die Bundesregierung Materialien und unabhängige Moderatoren zur Verfügung, die auch die Ergebnisse protokollierten. Zudem war die Bundesregierung bei diesen Veranstaltungen jeweils durch zwei Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus Ministerien oder dem Bundeskanzleramt als Beobachter vertreten. Die übrigen Bürgerdialoge der Multiplikatoren wurden von den Veranstaltern – ohne Unterstützung und Beteiligung der Bundesregierung – selbständig organisiert, moderiert und protokolliert. Nach welchen Prinzipien welche Personen eingeladen wurden, an den Bürgerdialogen teilzunehmen, lag jeweils in der freien Entscheidung der Veranstalter und variierte daher erheblich.

Auch wenn der Bundesregierung bewusst war, dass es grundsätzlich unrealistisch gewesen wäre, eine repräsentative Beteiligung der Bürger erreichen zu wollen, wurden besondere Anstrengungen unternommen, nicht nur eine ausgewogene räumliche Verteilung der Veranstaltungen zu gewährleisten, sondern auch für ein hohes Maß an Heterogenität zu sorgen und möglichst vielen Bürgern aus den unterschiedlichsten Gruppen und Milieus eine Chance zu geben, sich an dem Dialog zu beteiligen und gehört zu werden.<sup>15</sup> Zu diesen Anstrengungen gehörte nicht zuletzt auch die spezielle Förderung von Veranstaltungen für im Allgemeinen schwer erreichbare Gruppen, wie z. B. Gehörlose, körperbehinderte Kinder oder sozio-ökonomische Randgruppen.

Um eine gewisse Vergleichbarkeit der Diskussionsabläufe und -ergebnisse zu gewährleisten, fanden die Bürgerdialoge nach einem mehr oder weniger standardisierten Muster statt. Das gilt sowohl für die Sequenz der von den Moderatoren angesprochenen Fragestellungen als auch für das Diskussionsformat. Während die von den Multiplikatoren veranstalteten Bürgerdialoge im sogenannten „World-Café“- oder „Metaplan-Format“ organisiert wurden, fanden die Dialogveranstaltungen mit Mitgliedern der Bundesregierung im sogenannten „Town Hall“-Format statt, überwiegend mit vorausgehender Diskussion unter den versammelten Bürgern.<sup>16</sup> Wie an den angesprochenen Themen und Ergebnissen abgelesen werden kann, hat die sogenannte „Flüchtlingskrise“, die im Herbst 2015 ihren Höhepunkt hatte, die Dialogveranstaltungen und Diskussionsverläufe in den Monaten September und Oktober 2015 zunehmend beschäftigt und beeinflusst.

An den 203 Dialogveranstaltungen haben insgesamt 8600 Personen teilgenommen. Angaben, die Rückschlüsse auf die sozio-demographische Struktur der Teilnehmer am Bürgerdialog ermöglichen, wurden auf freiwilliger Basis erhoben und liegen nur teilweise – häufiger im Individualdialog, seltener im Gruppendialog – vor.<sup>17</sup> Ausgehend von den vorhandenen Informationen, zeigen sich verschiedene Beteiligungsmuster.<sup>18</sup> Während sich Männer und Frauen an den Gruppendialogveranstaltungen ausgewogen beteiligt haben, waren Männer im

---

15 Die angedachte Möglichkeit, den Bürgerdialog durch eine Repräsentativbefragung zu ergänzen, um die Repräsentativität der Ergebnisse überprüfen und gegebenenfalls korrigieren zu können, wurde dagegen nicht weiter verfolgt.

16 Die Ergebnisse der Diskussion wurden jeweils auf „flipcharts“ gesammelt und anschließend durch Fotos dokumentiert, die auch auf der „Gut leben in Deutschland“-Website veröffentlicht wurden.

17 Erhoben wurden Angaben zu Alter, Geschlecht und Bildungsabschluss. Während für knapp 80 % der Teilnehmer am Individualdialog entsprechende Angaben vorliegen, sind die Merkmale nur für 35 % der Teilnehmer am Gruppendialog bekannt.

18 Vgl. dazu im Einzelnen die Dokumentation zur Regierungsstrategie (*Presse- und Informationsamt* 2016b, S. 15–16).

Online-Dialog und Frauen in den anderen Formen des Individualdialogs (Postkarten, Coupons) klar überrepräsentiert. Ein ähnliches Muster zeigt sich in der Altersverteilung mit einer insgesamt – von der jüngsten und ältesten Gruppe abgesehen – weitgehend ausgewogenen Beteiligung der Altersgruppen, aber einer größeren Beteiligung der Jüngeren im Online-Dialog und einer größeren Beteiligung der Älteren in den überkommeneren Formen des Individualdialogs. Darüber hinaus ist – wie nicht anders zu erwarten – sowohl im Gruppen- als auch im Individualdialog ein beachtlicher Bildungsbias, d. h. eine deutliche Überrepräsentation von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen, in der Beteiligung am Bürgerdialog festzustellen. So gaben allein 41 % (Online-Dialog: 47 %) der Teilnehmer an, für die entsprechende Informationen vorliegen, über einen Hochschulabschluss bzw. einen Meister- oder Technikerabschluss zu verfügen. Dagegen beträgt der Anteil derjenigen, die über keinen beruflichen Abschluss oder keinen Haupt- oder Realschulabschluss verfügen, insgesamt weniger als 10 %.

### 3.3 Die Auswertung des Bürgerdialogs und seine Ergebnisse

Angesichts der vielschichtigen Anlage des Bürgerdialogs sowie der Art und Menge der Daten, die dabei angefallen sind, stellt eine wissenschaftlichen Ansprüchen und den Kriterien der Neutralität, Unabhängigkeit und Transparenz genügende Auswertung des Dialogs eine beachtliche Herausforderung dar. Diese Aufgabe wurde daher einem externen Konsortium übertragen,<sup>19</sup> das Expertise auf den Gebieten der qualitativen Inhaltsanalyse und der quantitativen elektronischen Textanalyse bündelte. Das zu analysierende Datenmaterial bestand aus den im Individual- und Gruppendialog gesammelten Antworttexten in Form von Protokollen, Online-Beiträgen, Postkartenzuschriften und Coupons zu den Fragen: (1.) „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ und (2.) „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“

Als Voraussetzung für die weitere Auswertung wurde das heterogene Textmaterial in einem ersten Arbeitsschritt zunächst in einer Datenbank erfasst. Dabei wurde nicht nur zwischen den Antworten auf die beiden Fragen unterschieden, sondern es wurden auch separate Textkorpora für die Individual- und Gruppendialogebene angelegt. Auf diese Weise sollte gewährleistet werden, dass individuelle Äußerungen und aggregierte Äußerungen auf der Gruppenebene getrennt behandelt und nicht unzulässig miteinander vermischt werden. Um zu auswertbaren Textkorpora zu gelangen, wurde in einem zweiten Schritt zudem eine Datenbereinigung durchgeführt, die im Wesentlichen die Entfernung von sogenannten „Störwörtern“ (z. B. Stoppwörter, Prozesswörter, Umgebungswörter) umfasste.<sup>20</sup>

Ein weiterer Arbeitsschritt zielte darauf ab, mithilfe einer induktiven Erschließung der Textkorpora ein Kategoriensystem mit den wichtigsten Ober- und Unterkategorien zu den beiden aufgeworfenen Fragen zu entwickeln. Dazu wurde die Text-Mining-Software „Topic Analyst“ in Kombination mit Verfahren der manuellen qualitativen Inhaltsanalyse eingesetzt.<sup>21</sup> Zudem wurden die induktiv ermittelten Kategorien durch einen Abgleich mit Ergeb-

19 Das Konsortium bestand aus der Softwarefirma „CID GmbH“ und der „Arbeitsstelle für Kommunikationstheorie und Medienwirkungsforschung“ an der Freien Universität (FU) Berlin.

20 Vgl. dazu ausführlicher *Presse- und Informationsamt* 2016b, S. 18; sowie WALDHERR et al. 2016, S. 20ff.

21 Für eine detaillierte Darstellung der Methodik bei der Erstellung des Kategoriensystems, vgl. *Presse- und Informationsamt* 2016b, S. 19–20; sowie WALDHERR et al. 2016, S. 56ff.

nissen der Lebensqualitätsforschung und dort entwickelten Dimensionalisierungen validiert. Das auf diese Weise aus den Textkorpora extrahierte Kategorienschema umfasst drei Ebenen:

- Oberkategorie (z. B. Gesundheit),
- Unterkategorie (z. B. gesundheitsfördernde Lebensbedingungen; medizinische Versorgung),
- Unterfacette (z. B. Lärm, schadstofffreie Lebensmittel; Arzneimittelversorgung, medizinische Betreuung bei Erkrankungen).

Auf der Grundlage des entwickelten Kategorienschemas wurde schließlich in einem vierten Arbeitsschritt eine quantitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Als Voraussetzung dafür wurden die einzelnen Textdokumente den zuvor gebildeten Kategorien durch geschulte Codierer zugeordnet. Insgesamt wurden 17 Oberkategorien (Abb. 2), 141 Unterkategorien und 255 Unterfacetten identifiziert.

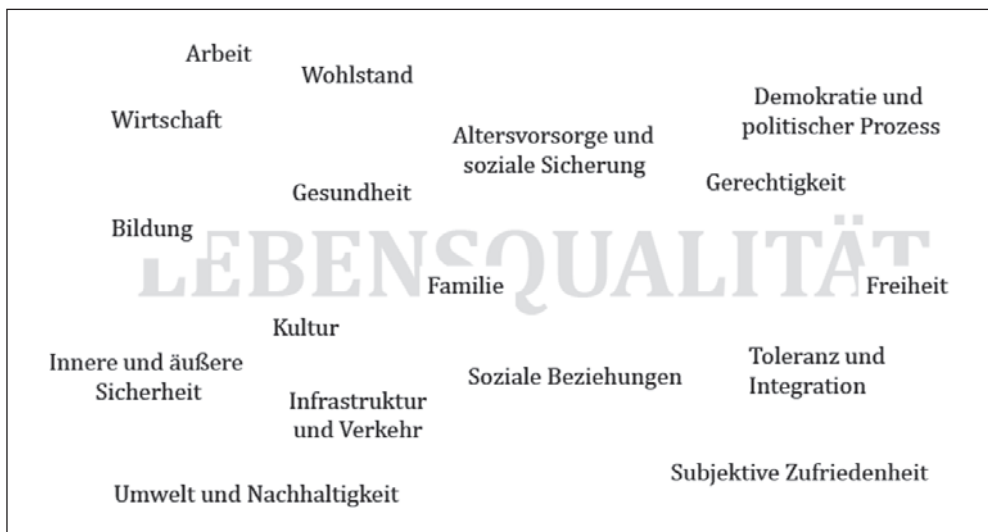


Abb. 2 Oberkategorien Bürgerdialog insgesamt. Quelle: WALDHERR et al. 2016, S. 73.

Betrachtet man zunächst die Auswertung der Antworttexte zu der Frage „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“, so dokumentieren die Ergebnisse bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Dialogformen. Abbildung 3 stellt dar, wie sich die Stimmen aus dem Individual- und Gruppendialog jeweils prozentual auf die ermittelten 17 Oberkategorien verteilen.<sup>22</sup> Am häufigsten als wichtig genannt wurden im Individualdialog die Bereiche Gesundheit, Arbeit, Familie, Sicherheit und Freiheit. Zu den im Individualdialog seltener angesprochenen und demnach als weniger wichtig erachteten Themen gehören Umwelt und Nachhaltigkeit,

<sup>22</sup> Die hier gewählte Prozentuierungsbasis stellt nur eine von mehreren Möglichkeiten dar, die das zugrundeliegende Text-Datenmaterial bietet. Teilnehmende Personen scheiden insofern als Bezugsgrundlage aus, als die Äußerungen, die das Material für die Auswertung bilden, nur im Individualdialog, nicht aber im Gruppendialog Einzelpersonen zugeordnet werden können.

soziale Sicherung, Wohnen und Infrastruktur, Kultur und Wirtschaft. Ein davon teilweise deutlich abweichendes Bild bieten die Ergebnisse des sogenannten Gruppendialogs. In Beantwortung der Frage „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ wurden hier die Themen Gesundheit, soziale Beziehungen, Zufriedenheit und Freiheit am häufigsten angesprochen, vergleichsweise selten dagegen die Bereiche Soziale Sicherung, Demokratie und Politik, Kultur, Wohlstand und Wirtschaft.

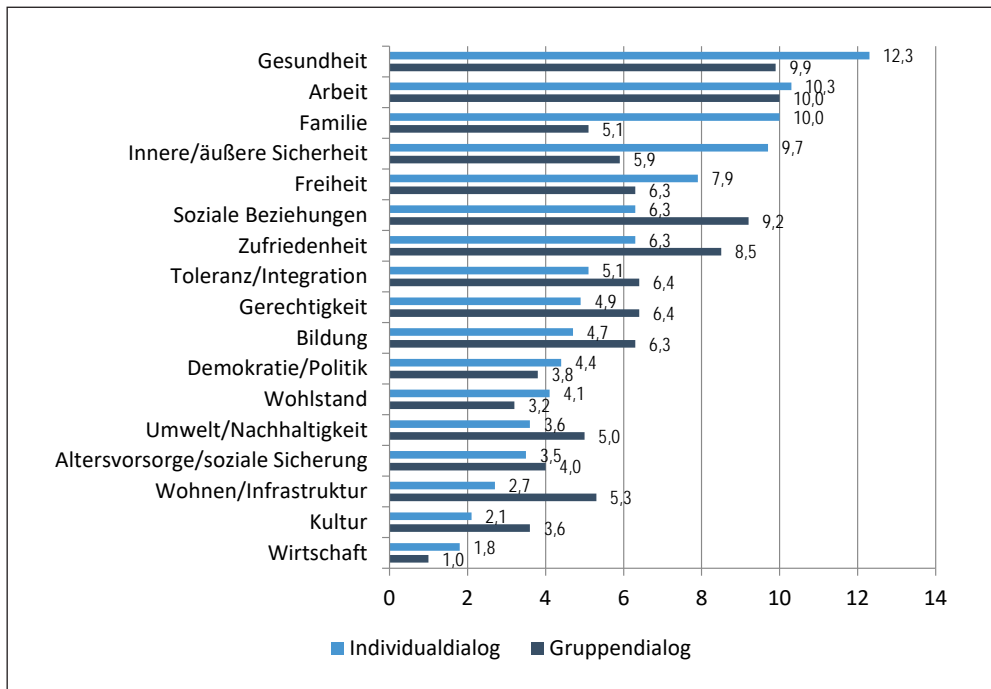


Abb. 3 Prozentanteil der Oberkategorie an allen Themennennungen – Frage 1. Quelle: Eigene Darstellung; Datengrundlage: WALDHERR et al. 2016, S. 112, 116.

Themen, die im Gruppendialog deutlich häufiger als persönlich wichtig genannt wurden als im Individualdialog, sind Gerechtigkeit und Wohnen/Infrastruktur, deutlich seltener als im Individualdialog wurden im Gruppendialog Familie (minus acht Rangplätze!), Sicherheit und Wohlstand als persönlich wichtig erachtet. Im Vergleich der beiden Dialogarten gehören Gesundheit und Arbeit sowohl im Individual- als auch im Gruppendialog zu den fünf am häufigsten genannten Oberthemen. Familie, Sicherheit und Freiheit schaffen es nur im Individualdialog in die „Top 5“, soziale Beziehungen, subjektives Wohlbefinden und Gerechtigkeit nur im Gruppendialog.

Über die Frage, worauf die Unterschiedlichkeit der Ergebnisse in den beiden Dialogformen zurückzuführen sein könnte, lässt sich letztlich nur spekulieren. Zu vermuten ist zunächst, dass die unterschiedliche Struktur der Teilnehmer dafür mindestens partiell eine mögliche Erklärung bieten dürfte. Zu den differierenden Ergebnissen könnte zudem beigetragen haben, dass bei den Gruppendialogveranstaltungen, die von sogenannten Multiplikatoren

organisiert wurden, die – wie z. B. Gewerkschaften oder andere Verbände – im politischen Prozess vielfach selbst Themen auf die politische Agenda setzen und Interessen vertreten, der politische Bezug möglicherweise stärker im Vordergrund stand als im Individualdialog. Und schließlich ist auch die Unterschiedlichkeit der Dialogsituation in Betracht zu ziehen. So kann mit einiger Plausibilität angenommen werden, dass sich in den Gruppendiskussionen der lokalen Dialogveranstaltungen ein Mechanismus als Filter bemerkbar gemacht haben könnte, der in der Surveymethodologie als „soziale Erwünschtheit“ bekannt ist. Das würde bedeuten, dass die Diskussionsteilnehmer unter Umständen solche Meinungen oder Präferenzen zurückhaltender äußern, die bei den übrigen Teilnehmern auf wenig Gegenliebe oder gar Widerspruch stoßen könnten. Ein weiterer selektiver Mechanismus dürfte auch darin bestanden haben, dass nur eine Teilmenge der in den Gruppendiskussionen am runden Tisch angesprochenen Themen bis auf die Pinnwand vorgedrungen und schließlich als Ergebnis protokolliert und in der Auswertung berücksichtigt worden ist.

Auch in der Beantwortung der Frage 2 „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“ finden sich deutliche Unterschiede zwischen den Dialogformen (Abb. 4). Unter den fünf am häufigsten genannten Oberkategorien findet man im Individualdialog die Themen innere/äußere Sicherheit, Freiheit, Demokratie/Politik, Toleranz/Integration sowie Umwelt/Nachhaltigkeit, also eine stärkere Betonung von Aspekten der Qualität der Gesellschaft, die allerdings auch die individuelle Lebensqualität prägen. Im Gruppendialog erwei-

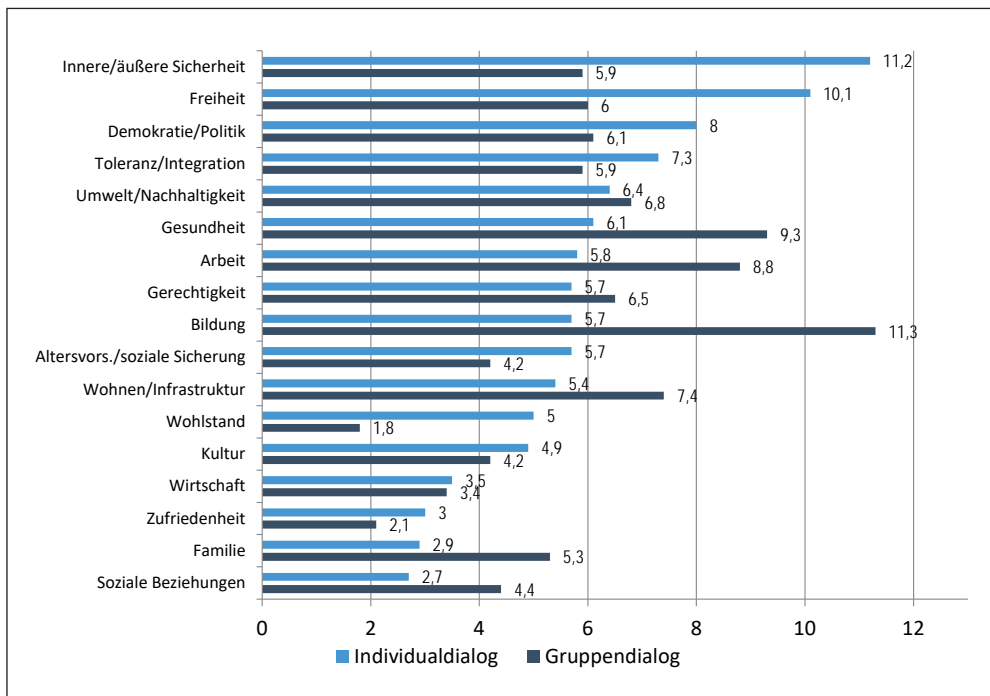


Abb. 4 Prozentanteil der Oberkategorie an allen Themennennungen – Frage 2. Quelle: Eigene Darstellung; Datengrundlage: WALDHERR et al. 2016, S. 112, 116.

sen sich dagegen Bildung, Gesundheit, Arbeit, Wohnen/Infrastruktur und Umwelt/Nachhaltigkeit als die fünf am häufigsten genannten Oberkategorien.

Die in Kombination beider Fragestellungen im Bürgerdialog am häufigsten genannten Aspekte von Lebensqualität unterhalb der Oberkategorien sind in Abbildung 5 dargestellt. Das Ergebnis ist eine heterogene Zusammenstellung von Kollektivzuständen (Frieden, Freiheit), institutionellen oder natürlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (funktionierender Rechtsstaat, Meinungs- und Informationsfreiheit, intakte Natur), Merkmalsausprägungen der Qualität der Gesellschaft (Chancengleichheit im Bildungssystem, sozialstaatliche Leistungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf) bis hin zu Aspekten der individuellen Lebensbedingungen und subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität (Wohnraum, Höhe der Bezahlung, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Gefühl von Sicherheit).

Betrachtet man diese und die zuvor dargestellten Befunde, so wird deutlich, dass der Bürgerdialog durchaus relevante und neuartige Erkenntnisse dazu erbracht hat, was den Bürgern – soweit sie sich daran beteiligt haben – im Hinblick auf ihre Lebensqualität wichtig erscheint. Darunter sind teilweise auch überraschende Befunde, wie z. B. die starke Betonung von Aspekten der verfassungsmäßigen Grundordnung, wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie Erkenntnisse, die man mit anderen Instrumenten kaum hätte zutage fördern können. Letzteres betrifft insbesondere die durch die Offenheit der Fragestellungen ermöglichten Konkretisierungen unterhalb der Oberkategorien.

Allerdings haben sich im Zuge der Durchführung des Bürgerdialogs auch die absehbaren Probleme und Nachteile dieses Formats bestätigt. Dazu gehört nicht nur die zu erwartende



Abb. 5 Häufig genannte Aspekte von Lebensqualität (Frage 1 und Frage 2). Quelle: *Presse- und Informationsamt 2016b*, S. 29.

selektive Beteiligung, die sich unter anderem in einer deutlichen Überrepräsentierung höher gebildeter Personen niederschlägt. Als problematisch hat sich daneben auch die Vielzahl von nur sehr bedingt kompatiblen und in ihren Ergebnissen Vergleichbarkeit gewährleistenden Beteiligungsformaten (Online-Dialog, Postkarten, Coupons, von der Bundesregierung begleitete und selbständig von Multiplikatoren organisierte Gruppendialogveranstaltungen, von der Bundesregierung organisierte Gruppendialogveranstaltungen mit Minister- und Kanzlerinbeteiligung) erwiesen. Mit den unterschiedlichen Beteiligungsformaten wurden auch unterschiedliche Rahmenbedingungen, Stimuli, Beschränkungen und Filter geschaffen, die die Vergleichbarkeit der von den Bürgern artikulierten Meinungen, Präferenzen, Wünsche und Prioritätensetzungen in Frage stellen. Die Heterogenität des aus den verschiedenen Formaten gewonnenen Textmaterials lässt eine einheitliche Auswertung nur bedingt und unter weitgehenden Annahmen zu, was nicht zuletzt auch die Generalisierbarkeit der Befunde deutlich limitiert.

#### 4. Dimensionen und Indikatoren der Lebensqualität

Die Durchführung des Bürgerdialogs war primär als Grundlage für die Entwicklung eines Indikatorensystems zur Beobachtung der Lebensqualität in Deutschland gedacht. Es ging darum, zunächst empirisch zu ermitteln, was den Bürgern dieses Landes im Hinblick auf ihre Lebensqualität wichtig ist und was für sie ein gutes Leben ausmacht. Damit sollte „eine möglichst bürgernahe Perspektive“<sup>23</sup> bei der Identifizierung der Dimensionen der Lebensqualität und der Auswahl von geeigneten Indikatoren gewährleistet werden. Für diesen Zweck wurde neben der Berücksichtigung der Ergebnisse des Bürgerdialogs aber auch auf die dafür einschlägigen Erkenntnisse der Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung zurückgegriffen sowie Erfahrungen mit vergleichbaren Projekten in anderen Ländern herangezogen, wie z. B. „Measures of Australia’s Progress“ (Australian Bureau of Statistics 2010), dem „Better Life“-Projekt der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) oder dem „Quality of Life Indicators“-Projekt von Eurostat. Als Ergebnis dieses Prozesses wurden insgesamt zwölf – in drei Bereiche bzw. Perspektiven untergliederte – Dimensionen von Lebensqualität identifiziert, die das Grundgerüst des Indikatorensystems bilden (vgl. Tab. 1).

Mit den drei Bereichen („unser Leben“, „unser Umfeld“, „unser Land“) weitet sich die Perspektive von der persönlichen Lebensqualität ausgehend über die unmittelbare Lebensumgebung bis zu der Qualität der Gesellschaft, in der wir leben. Der persönlichen Lebensqualität zugeordnet sind die Dimensionen Gesundheit, Arbeit, Bildung, *Work-Life-Balance* und Einkommen. Das Lebensumfeld wird über die Dimensionen öffentliche Sicherheit, Wohnen und Infrastruktur sowie Familie und soziales Engagement definiert, und als Dimensionen der „guten Gesellschaft“ wurden die Leistungsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Wirtschaft, der Zustand und Schutz der natürlichen Umwelt, die Verwirklichung von Grundrechten und politische Partizipationschancen sowie die Wahrnehmung globaler Verantwortung identifiziert. Zusätzlich zu den zwölf Lebensqualitätsdimensionen gehören zu dem Grundgerüst des Indikatorensystems auch einige sogenannte Querschnittsthemen. Als Themen mit Querschnittscharakter gelten dabei Gerechtigkeit, Gleichstellung sowie Integration und Nachhaltigkeit, die für mehrere Dimensionen relevant sein können.

---

<sup>23</sup> *Presse- und Informationsamt* 2016a, S. 30.

Tab. 1 Indikatorensystem zur Beobachtung der Lebensqualität in Deutschland. Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage des Berichts der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland (*Presse- und Informationsamt 2016a*)

| Bereiche / Perspektiven | Dimensionen   | Indikatoren  |
|-------------------------|---|--|
| Unser Leben             | <ul style="list-style-type: none"> <li>Gesund durch's Leben</li> </ul>                                  | <ul style="list-style-type: none"> <li>Lebenserwartung bei Geburt</li> <li>Verbreitung von Fettleibigkeit</li> <li>Versorgung mit Haus- und Fachärzten</li> <li>Qualität der Pflege (Platzhalter)</li> <li>Verhältnis von subjektiv eingeschätzter Gesundheit und Einkommen</li> </ul>   |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>Gut arbeiten und gerecht teilhaben</li> </ul>                    | <ul style="list-style-type: none"> <li>Arbeitslosenquote</li> <li>Erwerbstätigenquote</li> <li>Normalarbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung</li> <li>Reale Nettolöhne und -gehälter</li> <li>Zufriedenheit mit der Arbeit</li> </ul>  |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>Bildungschancen für alle</li> </ul>                              | <ul style="list-style-type: none"> <li>Personen mit mindestens abgeschlossener Berufsausbildung oder Hochschulreife</li> <li>Frühe Schulabgänger</li> <li>Bildungsmobilität zwischen Eltern und Kindern</li> <li>Beteiligung an Weiterbildung</li> </ul>                                 |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>Zeit haben für Familie und Beruf</li> </ul>                      | <ul style="list-style-type: none"> <li>Vergleich der tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeit</li> <li>Kinderbetreuungsquote</li> <li>Arbeitszeitverkürzung für Betreuungsaufgaben</li> <li>Pendeldauer</li> </ul>  |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>Ein sicheres Einkommen</li> </ul>                                | <ul style="list-style-type: none"> <li>Haushaltsnettoeinkommen</li> <li>Gini-Koeffizient der Einkommen</li> <li>Gini-Koeffizient der Vermögen</li> <li>Armutsrisikoquote</li> <li>Altenquotient</li> </ul>   |
| Unser Umfeld            | <ul style="list-style-type: none"> <li>Sicher und frei leben</li> </ul>                                 | <ul style="list-style-type: none"> <li>Kriminalitätsfurcht</li> <li>Tatsächliche Kriminalität</li> <li>Hasskriminalität und politisch motivierte Straftaten</li> <li>Vertrauen der Menschen in die örtliche Polizeiarbeit</li> </ul>   |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>Zuhause sein in Stadt und Land</li> </ul>                        | <ul style="list-style-type: none"> <li>Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen für Miethaushalte</li> <li>Fahrzeit zu Bildungs-, Versorgungs- und Kultur-Einrichtungen</li> <li>Breitbandversorgung</li> </ul>   |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>Zusammenhalten in Familie und Gesellschaft</li> </ul>            | <ul style="list-style-type: none"> <li>Familien- und Lebensformen</li> <li>Hilfe durch andere</li> <li>Ehrenamtlich Engagierte</li> <li>Mitgliedschaften in Sportvereinen</li> </ul>   |
| Unser Land              | <ul style="list-style-type: none"> <li>Wirtschaft stärken, in die Zukunft investieren</li> </ul>        | <ul style="list-style-type: none"> <li>Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf</li> <li>Investitionsquote</li> <li>Gesamtstaatliche Schuldenstandsquote</li> <li>Öffentliche und private Ausgaben für Forschung und Entwicklung</li> <li>Zeitdauer für eine Unternehmensgründung</li> </ul> |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>Natur erhalten, Umwelt schützen</li> </ul>                       | <ul style="list-style-type: none"> <li>Luftqualität</li> <li>Artenvielfalt und Landschaftsqualität</li> <li>Energieproduktivität</li> </ul>  |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>Frei und gleichberechtigt leben</li> </ul>                       | <ul style="list-style-type: none"> <li>Wahlbeteiligung</li> <li>Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen</li> <li>Gewährleistung von acht ausgewählten Grundrechten</li> </ul>  |
|                         | <ul style="list-style-type: none"> <li>In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>Globale und nationale Treibhausgasemissionen</li> <li>Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen</li> <li>Globale unternehmerische Verantwortung (Platzhalter)</li> </ul>                         |

Sieht man von den „bürgernahen“ Formulierungen, wie z. B. „gesund durch's Leben“ oder „zuhause sein in Stadt und Land“, ab, sind viele Ähnlichkeiten zwischen den hier identifizierten und anderen Indikatorensystemen zur Messung der Lebensqualität oder den Sozialberichten verschiedener Länder zugrundeliegenden Dimensionen zu beobachten.<sup>24</sup> Die von der sogenannten „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“ identifizierten acht *key dimensions of well-being*<sup>25</sup> werden durch das im Rahmen der Regierungsstrategie entwickelte Indikatorensystem sämtlich abgedeckt, wenngleich teilweise unter anderen Begrifflichkeiten und Abgrenzungen. Selbst mit dem vor inzwischen vierzig Jahren (1977) erstmals publizierten „System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland“ (ZAPF 1977, NOLL 2014), das am früheren „Zentrum für Sozialindikatorenforschung“ von GESIS bis 2015 gepflegt und regelmäßig aktualisiert wurde, gibt es im Hinblick auf die Dimensionen erstaunliche Gemeinsamkeiten. So waren die Bereiche Gesundheit, Arbeit, Bildung, Einkommen und Wohnen bereits in der ursprünglichen Fassung des „System[s] sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland“ enthalten, zwei weitere (Sicherheit und Umwelt) nach einer am Ende der 1980er Jahre vorgenommenen Erweiterung. Auch die Dimensionen „Zusammenhalten in Familie und Gesellschaft“ sowie „Frei und gleichberechtigt leben“ wurden bereits im damaligen Indikatorensystem über die Bereiche „Bevölkerung“ und „Soziale und politische Partizipation“ mindestens partiell abgedeckt.

Allerdings finden sich in dem Indikatorensystem der Bundesregierung auch einige Besonderheiten, die es von anderen Ansätzen unterscheidet. Dazu gehört auch, dass die hier enthaltene Dimension *Work-Life-Balance* erst in wenigen, neueren Ansätzen der Messung von Lebensqualität berücksichtigt wird. Die Besonderheiten betreffen aber insbesondere zwei dem Bereich „Unser Land“ zugeordnete Dimensionen. So ist es im Allgemeinen unüblich, eine Dimension wie „Wirtschaft stärken, in die Zukunft investieren“ für ein Indikatorensystem zur Messung der Lebensqualität zu verwenden. Aspekte der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit werden in diesem Kontext in der Regel vielmehr ausschließlich über die Individuen und Haushalten in Form von Wohlfahrtserträgen zugutekomenden *Outcomes* der Wirtschaftsprozesse, wie Beschäftigung, Arbeitsmarktchancen oder Einkommen, berücksichtigt. Ebenso diskussionswürdig erscheint die Aufnahme der Dimension „in globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern“, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten einer angemessenen Operationalisierung, die damit aufgeworfen werden.<sup>26</sup> Problematisch erscheint dabei vor allem der sehr indirekte und ungewisse Bezug zur Lebensqualität der hier, aber auch anderenorts lebenden Bevölkerungen.

Um Ausprägung und Entwicklung der Lebensqualität statistisch erfassen und beobachten zu können, wurden den zwölf identifizierten Dimensionen jeweils drei bis fünf Indikatoren

---

24 Für einen Überblick dazu vgl. NOLL und BERGER 2014, S. 59f. Zwar sind die allgemeinen Dimensionen von Lebensqualität, in der englischsprachigen Literatur häufig auch „domains“ genannt, nicht unabhängig von Zeit und Raum, aber offenkundig gibt es dennoch gewisse universalistische Muster. Diese Erkenntnis hatte Sten JOHANSSON – einer der Gründungsväter der skandinavischen Sozialindikatoren- und Wohlfahrtsforschung – schon frühzeitig gewonnen: „I was very intrigued by the fact that ‚my‘ list was very similar to the lists developed in other countries, even if the political systems and cultures were very different. [...] I think that the lists also reveal a high degree of universalism in what is considered as social concerns in all countries.“ (JOHANSSON 2002, S. 25–26.)

25 Die acht *key-dimensions* sind: Material living standards, health, education, personal activities including work, political voice and governance, social connections and relationships, environment, insecurity (STIGLITZ et al. 2009, S. 14f.).

26 Zwar wird der Zustand des Friedens von der Bevölkerung offensichtlich als eine wesentliche Komponente oder Grundbedingung ihrer Lebensqualität eingeschätzt, wie nicht zuletzt der Bürgerdialog ergeben hat. Da es sich dabei aber im nationalen Kontext um eine binäre Kategorie handelt, erscheint es fragwürdig, „Frieden“ als Dimension in ein Indikatorensystem der Lebensqualität mit dem Ziel der Quantifizierung aufzunehmen.

zugeordnet. Die Auswahl der Indikatoren orientierte sich dabei an verschiedenen Prinzipien und Kriterien:

- Die verwendeten Indikatoren müssen statistischen Qualitätskriterien wie Reliabilität und Validität genügen.
- Die ausgewählten Indikatoren sollen möglichst bürger- und alltagsnah sein, d. h., sie sollen „die Lebensqualität vor allem aus der Perspektive des Bürgers abbilden“.<sup>27</sup> Durch welche Merkmale sich entsprechende Indikatoren auszeichnen, bleibt aber vorerst weitgehend offen und müsste weiter präzisiert werden.
- Internationale Vergleichbarkeit wird zwar ebenfalls als Kriterium genannt, jedoch gegenüber dem Kriterium der Bürgernähe als nachrangig betrachtet.
- Für die Indikatoren sollen möglichst zeitnahe Daten verfügbar sein. Um zeitliche Veränderungen beobachten zu können, sollen sie als Zeitreihen vorliegen. Eine regelmäßige Aktualisierung des Indikatorensystems – auch unabhängig von der Publikation des Regierungsberichts zur Lebensqualität – ist beabsichtigt.
- In der Regel werden „objektive“ Indikatoren „subjektiven“ Indikatoren vorgezogen, die in bestimmten Kontexten – z. B. öffentliche Sicherheit – jedoch gelegentlich ebenfalls Verwendung finden. Die Bevorzugung „objektiver“ Indikatoren ist im Wesentlichen darin begründet, dass die selektierten Indikatoren primär als Maße für den Grad der Erreichung politischer Ziele verwendet werden sollen und subjektive Befindlichkeiten in der Regel nicht als politischen Zielgrößen betrachtet werden.
- Outputindikatoren, die sich auf lebensqualitätsrelevante Ergebnisse sozialer Prozesse und politischer Maßnahmen beziehen, wird – einer langjährigen Tradition der Lebensqualitäts- und Sozialindikatorenforschung folgend – in der Regel gegenüber Inputindikatoren, die Aufwendungen oder eingesetzte Ressourcen messen, der Vorzug gegeben.
- Nur in wenigen Fällen werden sogenannte Strukturindikatoren verwendet. Dabei geht es um Messgrößen für Aspekte der Lebensverhältnisse, die – wie z. B. Familienformen – keine Zielgrößen politischen Handelns sein können oder sollen.

Insgesamt beinhaltet das Indikatorensystem derzeit 46 Indikatoren plus zwei Platzhalter für Aspekte von Lebensqualität, für die momentan noch keine geeigneten Maßzahlen oder Daten zur Verfügung stehen (Tab. 1).<sup>28</sup> Innerhalb der Dimensionen sind die Indikatoren Zielen bzw. Unterdimensionen zugeordnet, wie z. B. „Arbeitslosigkeit verringern“ (Indikator: Arbeitslosenquote) oder „Risiken früh erkennen und verringern“ (Indikator: frühe Schulabgänger), deren Erreichungsgrad sie messen sollen. Allerdings ist der Zielcharakter und die erwünschte Zielrichtung nicht immer so ausgeprägt und eindeutig, wie in den oben genannten Beispielen. Das ist z. B. bei Fragen der Verteilung von Einkommen und Vermögen der Fall, wo darauf verzichtet wird, eine gewünschte Zielrichtung, wie die Reduzierung der Konzentration von Einkommen und Vermögen, vorzugeben. Konkrete Zielwerte, also präzise Angaben dazu, bis wann etwa ein Indikator einen bestimmten Wert erreichen soll, werden in keinem Fall benannt.

Bei der Mehrzahl der ausgewählten Indikatoren handelt es sich um im nationalen und internationalen Rahmen bewährte Messgrößen, wie z. B. die allgemeine Lebenserwartung, die

---

<sup>27</sup> Presse- und Informationsamt 2016b, S. 31.

<sup>28</sup> Die verschiedentlich propagierte Zusammenfassung der Einzelindikatoren zu einem „Index“ oder mehreren „Subindices“ wurde zwar diskutiert, aber aus methodischen wie auch substantiellen Gründen nicht ernsthaft in Erwägung gezogen.

Arbeitslosenquote, den Body-Mass-Index, den Gini-Koeffizient<sup>29</sup> oder das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. An der einen oder anderen Stelle wird allerdings auch mit weniger bekannten und bewährten Indikatoren experimentiert, wie z. B. der „Zeiddauer für eine Unternehmensgründung“ oder der Prävalenz von „Hasskriminalität und politisch motivierte[r] Straftaten“, ein Indikator dessen Berücksichtigung offensichtlich der Aktualität dieses Themas in der medialen und gesellschaftspolitischen Diskussion geschuldet ist. Die vergleichsweise geringe Zahl von neuartigen oder gar „innovativen“ Indikatoren, die in das Indikatorensystem aufgenommen wurden, erklärt sich auch damit, dass für das Indikatorensystem und den Regierungsbericht zur Lebensqualität in Deutschland zunächst ausschließlich auf vorhandene Daten zurückgegriffen wurde und keine zusätzlichen neuen Daten erhoben worden sind.

Mit einer Anzahl von vorerst 46 Indikatoren, die das Indikatorensystem gegenwärtig umfasst, hat sich die Bundesregierung für einen Mittelweg zwischen einem auf Übersichtlichkeit und Kommunizierbarkeit setzenden Ansatz, der sich auf sehr wenige Indikatoren stützt (z. B. der Vorschlag der Enquete-Kommission), und einem differenzierten, auf einer Vielzahl von Indikatoren basierenden, Messkonzept entschieden. Ob sich das Konzept bewährt, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit es gelingt, mit dem Indikatorensystem gemessene positive und negative Veränderungen oder auch Ungleichheiten und Defizite der Lebensqualität erfolgreich zu kommunizieren und es zugleich für die Entwicklung geeigneter politischer Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland zu nutzen.

## 5. Der erste Regierungsbericht zur Lebensqualität in Deutschland

Der im Oktober 2016 im Kabinett verabschiedete und erstmals publizierte offizielle „Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland“ wird im Wesentlichen durch das Indikatorensystem und die ihm zugrunde liegenden zwölf Dimensionen der Lebensqualität gegliedert. Zusätzlich umfasst der Bericht ein Einleitungskapitel, das die Genese der gesamten Regierungsstrategie von der Vereinbarung im Koalitionsvertrag, über den Bürgerdialog und die Entstehung des Indikatorensystems bis zur Veröffentlichung des Berichts beschreibt. In einem Ausblick wird zudem dargelegt, wie sich die aktuelle Bundesregierung die „nächsten Schritte“ auf dem eingeschlagenen Weg zu einer regelmäßigen Berichterstattung und zu einer Verbesserung der Lebensqualität durch die Politik vorstellt.

Die den Kern des Berichts ausmachenden zwölf Kapitel des zentralen Teil II sind mehr oder weniger ähnlich strukturiert und aufgebaut. Einleitend wird jeweils die Bedeutung der einzelnen Dimensionen der Lebensqualität und ihre Untergliederung in Subdimensionen unter Bezugnahme auf den Bürgerdialog und die wichtigsten dort angesprochenen Themen diskutiert. Das wird mit eingestreuten Zitaten aus dem Bürgerdialog illustriert und zu untermauern versucht. Daran anschließend werden die für die jeweiligen Dimensionen ausgewählten Indikatoren samt den dazugehörigen statistischen Daten präsentiert, erläutert und interpretiert. Die Daten werden – je nach Verfügbarkeit – als Zeitreihen unterschiedlicher Länge sowie darüber hinaus auch disaggregiert nach verschiedenen – im jeweiligen Kontext als relevant erachteten – Merkmalen ausschließlich in Form von Graphiken dargestellt. Bei der Betrachtung der aktuellen Situation und Entwicklung der Lebensqualität im Hinblick auf die jeweilige Unterdimension werden auch bereits getroffene oder geplante politische Maßnahmen und Projekte angeführt und diskutiert, von denen sich die Bundesregierung eine positive Wirkung verspricht.

---

<sup>29</sup> Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen.

Als ein Beispiel mag die Unterdimension von Gesundheit „Fit bleiben, bewusst leben“ dienen, die an dem Indikator „Body-Mass-Index“ bzw. der „Verbreitung von Fettleibigkeit“ gemessen wird. Der Bericht diskutiert zunächst die positiven Einflüsse einer individuellen Gesundheitsvorsorge in Form von ausreichender Bewegung und guter Ernährung und stellt sodann – auf der Grundlage von Mikrozensusdaten – dar, wie sich der „Body-Mass-Index“ in Deutschland zwischen 1999 und 2013 für die Gesamtbevölkerung sowie die beiden Geschlechter entwickelt hat. Der beobachtete moderate Anstieg des als „fettleibig“ (BMI  $\geq$  30) eingestuften Bevölkerungsanteils wird unter anderem im Kontext internationaler Vergleichsdaten interpretiert. Eine Aufgliederung nach Altersgruppen zeigt sowohl die mit dem Alter differierenden Risiken als auch die unterschiedlichen Zuwachsraten. Es werden zudem einige nationale und internationale Programme und Projekte zu den Themen Ernährung und Bewegung angeführt und schließlich werden in graphischer Form Daten zur Entwicklung des Anteils der Fettleibigen nach Bundesländern präsentiert.

Die ausschließlich graphische Darstellung der Indikatoren – in ihrer zeitlichen Entwicklung, aber auch in ihrer räumlichen oder soziodemographischen Verteilung – kann man für den vorliegenden Bericht nur als bedingt gelungen bezeichnen und erscheint verbesserungsbedürftig. Vielfach erschiene auch eine tabellenförmige Darstellung von Vorteil, nicht nur im Hinblick auf eine bessere Verständlichkeit, sondern auch eine präzise numerische Präsentation der statistischen Befunde. Selbst wo es leicht möglich wäre, wird auf eine Datenbeschriftung in den Graphiken in der Regel verzichtet. Die an vielen Stellen verwendete kartographische Darstellung erweist sich für die vergleichende Betrachtung nicht selten als suboptimal, weil Differenzen oder zeitliche Veränderungen nicht nur optisch vielfach nicht erkennbar sind, sondern auch nicht quantifiziert werden können. Verschiedentlich sind die Graphiken auch nicht selbsterklärend und schwer verständlich, wie z. B. die Abbildungen 94 und 95, in denen die Belastung mit Stickstoffoxid und Feinstaub in der Form von Box-Whisker-Diagrammen dargestellt wird und nicht nur offen bleibt, ob es sich um absolute oder relative Belastungen handelt. Auch die zweifellos nicht jedermann geläufige Form der Darstellung und die damit verbundene statistische Aussagekraft wird nicht näher erläutert.

Positiv anzumerken ist, dass die Herkunft der Daten gut erläutert und gelegentlich – z. B. im oben verwendeten Beispiel „Body-Mass-Index“ – auch auf zukünftig verfügbare alternative Datenquellen hingewiesen wird. Weniger verständlich ist, warum hier und da auf Erhebungen zurückgegriffen wird, die bisher nur für einen Zeitpunkt Daten liefern, obwohl alternative Daten verfügbar sind, auf deren Grundlage zeitliche Entwicklungen beobachtet werden können. Das gilt z. B. für den subjektiven Indikator „Kriminalitätsfurcht“, der statistisch auf der Basis des bisher erst einmal (2012) durchgeführten „Deutschen Viktimisierungssurveys“ abgebildet wurde, obwohl die Kriminalitätsfurcht unter anderem seit 2001 alle zwei Jahre mit dem *European Social Survey* erhoben wird. Unter Verwendung dieser Datenbasis hätten nicht nur zeitliche Veränderungen in der Kriminalitätsfurcht beobachtet, sondern die Befunde für Deutschland auch in einen europäischen Kontext eingeordnet werden können. Sieht man von derartigen Ausnahmen ab, sind für den Bericht jedoch weit überwiegend die jeweils besten verfügbaren Datenquellen herangezogen worden.

Was man im vorliegenden Bericht vermisst, aber für zukünftige Berichte unbedingt zu empfehlen wäre, ist eine Art *executive summary*, also ein zusammenfassendes, die Vielzahl der Einzelbefunde synthetisierendes Schlusskapitel, das zweifellos auch der Kommunikation des Reports und der Diskussion über seine Ergebnisse dienlich sein könnte.

## 6. Schlussfolgerungen

Im Oktober 2016 hat die Bundesregierung als Ergebnis der Regierungsstrategie „Gut leben“ einen ersten offiziellen Bericht zur Lebensqualität in Deutschland verabschiedet und veröffentlicht. Der Bericht erschien damit genau fünfzig Jahre nachdem die Sozialindikatorenforschung, die sich einer Messung von Wohlfahrt und Lebensqualität jenseits des Bruttoinlandsprodukts verschrieben hat, mit der Publikation des Bandes *Social Indicators* (BAUER 1966) erstmals in Erscheinung getreten war. Und nahezu vierzig Jahre waren vergangen, seit mit dem Band *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik* (ZAPF 1977) eine erste umfassende wissenschaftliche Analyse zur „Wohlfahrtsentwicklung“ und zum Stand der Lebensqualität in Deutschland vorgelegt worden war. Auch wenn sie insofern lange hat auf sich warten lassen, ist die Initiative der Bundesregierung, die Verbesserung der Lebensqualität offiziell zu ihrer Aufgabe zu erklären und ein regelmäßiges Monitoring der Lebensqualität im Rahmen der Regierungsberichterstattung zu etablieren, uneingeschränkt zu begrüßen. Angesichts der Bedeutung dieses Schrittes ist allerdings zu bedauern, dass die Veröffentlichung des Berichts in den gegenwärtig unruhigen Zeiten der internationalen Politik nur eine mäßige öffentliche Aufmerksamkeit sowie eine gemischte Medienresonanz erfahren hat.

Die Frage, ob der Bürgerdialog im Blick auf die Entwicklung eines Indikatorensystems zur Messung der Lebensqualität erforderlich war und sich der beträchtliche Aufwand gelohnt hat, lässt sich nicht mit einem eindeutigen ja oder nein beantworten. Einerseits hat der Dialogprozess konkrete Befunde dazu erbracht, was der Bevölkerung wichtig ist, was sie von der Politik erwartet und was für die Bürger Lebensqualität bedeutet, wie sie in dieser Feinkörnigkeit mit anderen Instrumenten kaum hätten zutage gefördert werden können. Gleichzeitig hat der Bürgerdialog eine breite Diskussion über die Lebensqualität in Deutschland angestoßen und der Politik vielfältige Gelegenheiten geboten, mit den Bürgern unmittelbar ins Gespräch zu kommen. Dieser – durchaus beabsichtigte – „Nebeneffekt“, aber insbesondere die aus der Bürgerbeteiligung resultierende Legitimation, die für Vorhaben einer offiziellen statistischen Beobachtung von Lebensqualität und Fortschritt mittlerweile nahezu unverzichtbar geworden zu sein scheint (RONDINELLA et al. 2017), dürfte letztlich mindestens den gleichen Stellenwert haben, wie die dem Bürgerdialog zugeschriebene Funktion für die Bestimmung der Dimensionen der Lebensqualität, die im Prinzip auch auf anderen Wegen hätte erfolgen können. Die ohnehin schon schwierige wissenschaftliche Auswertung der in Form von Textmaterialien angefallenen Ergebnisse des Bürgerdialogs mit dem Ziel, die aus der Sicht der Bürger wichtigsten Dimensionen der Lebensqualität zu extrahieren und zu identifizieren, wurde durch die verschiedenen Dialogformen und heterogenen Textkorpora noch zusätzlich erschwert. Eine eindeutige Ableitung der dem Indikatorensystem zugrundeliegenden Dimensionen der Lebensqualität aus dem Bürgerdialog war deshalb kaum möglich, wenngleich sie mit dessen Resultaten durchaus kompatibel erscheinen. Insofern ist davon auszugehen, dass das Ziel der Legitimation des Beobachtungsinstrumentariums im Großen und Ganzen erreicht wurde, auch wenn die Legitimation durch die fehlende Repräsentativität der Bürgerbeteiligung partiell gemindert werden mag.

Es steht zudem die Frage im Raum, ob eine regelmäßige Beobachtung und Analyse der Lebensqualität in Deutschland überhaupt bei der Bundesregierung angesiedelt oder doch eher Aufgabe einer neutralen wissenschaftlichen Einrichtung bzw. einer unabhängigen Expertenkommission sein sollte. Ob Expertenberichte gegenüber offiziellen Regierungsberichten

prinzipiell vorzuziehen sind, wird aber durchaus kontrovers beurteilt. Beide Berichtsformen haben vielmehr ihre spezifischen Vor- und Nachteile.<sup>30</sup> Als Vorteile einer offiziellen Regierungsberichterstattung gelten vor allem die größere Sichtbarkeit und Medienaufmerksamkeit, der direkte Einfluss auf die öffentliche Agenda und die unmittelbare politische Wirksamkeit sowie der hohe Verbindlichkeitsgrad der Beobachtungen, Analysen und Schlussfolgerungen. Als nachteilig wird dagegen die potenzielle Parteilichkeit der Berichterstattung und eine daraus möglicherweise resultierende Versuchung oder Neigung gesehen, die Verhältnisse schönzufärben und negative Beobachtungen und Botschaften zu vermeiden oder gar zu unterdrücken. Regierungsberichte werden zudem der Tendenz verdächtigt, positive Entwicklungen der Lebensumstände als Verdienst der Regierung zu reklamieren, aber die Verantwortlichkeit für Probleme und Verschlechterungen der Verhältnisse bei anderen Akteuren zu lokalisieren. Im Vergleich dazu wird der Vorteil unabhängiger Expertenberichte neben der Neutralität insbesondere in einem größeren innovativen Potenzial sowie in einer stärkeren theoretisch-konzeptionellen Fundierung und analytischen Tiefe gesehen. Auch im vorliegenden Fall lassen sich Argumente für und wider eine Regierungsberichterstattung vorbringen. Allerdings sind die große Sichtbarkeit, die Verbindlichkeit der Berichterstattung und die prinzipiell größere politische Wirksamkeit gewichtige Argumente dafür, den Bericht zur Lebensqualität in Deutschland auch zukünftig als einen offiziellen Bericht der Bundesregierung zu veröffentlichen. Zusätzlich gefördert werden könnte nicht nur die öffentliche Sichtbarkeit und Medienresonanz, sondern auch die politische Wirksamkeit zweifellos noch durch eine obligatorische Befassung des Bundestages und eine parlamentarische Debatte über den Bericht.

Unbedingt zu begrüßen ist die Ankündigung der Bundesregierung, es nicht bei einer einmaligen Veröffentlichung eines Berichts zur Lebensqualität in Deutschland zu belassen. Vielmehr ist vorgesehen, den Bericht der Bundesregierung zukünftig – analog zum *Armuts- und Reichtumsbericht* – regelmäßig, d. h. einmal in jeder Legislaturperiode, vorzulegen. Da bei dem Beobachtungsgegenstand in der Regel nicht mit rapiden Veränderungen zu rechnen sein wird, erscheint ein vierjähriger Berichtsrhythmus ausreichend und angemessen. Das Indikatorensystem, mit dem die Lebensqualität in Deutschland gemessen wird und das die Grundlage für den Bericht darstellt, soll zukünftig regelmäßig auf seine Angemessenheit und Aktualität überprüft sowie gegebenenfalls überarbeitet, ergänzt und – nicht zuletzt auch im Zuge der Verfügbarkeit neuer Datenquellen – kontinuierlich verbessert werden. Dabei wird es allerdings erforderlich sein, eine Balance zwischen der notwendigen und wünschenswerten Anpassung der Auswahl der Dimensionen und Indikatoren an neue Entwicklungen auf der einen und der Konstanz des Beobachtungsinstrumentariums auf der anderen Seite zu finden, die Voraussetzung ist, um Veränderungen zuverlässig beobachten und quantifizieren zu können.

Nicht eingelöst hat die Bundesregierung bisher die Ankündigung, einen „ressortübergreifenden Aktionsplan“ ‚gut leben‘ zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland vorzulegen. Dass es dazu noch in der laufenden Legislaturperiode kommt, erscheint unwahrscheinlich, und ob eine neue Bundesregierung den Faden in der nächsten Legislaturperiode wieder aufgreift, bleibt abzuwarten. Auch hierzulande scheint daher vorerst die Beobachtung zuzutreffen, „that it is wellbeing measurement that is developing more than wellbeing policy“.<sup>31</sup>

30 NOLL und BERGER 2014, S. 62ff.

31 ALLIN und HAND 2017, S. 19.

Literatur

- ALLIN, P., and HAND, D. J.: New statistics for old? – measuring the wellbeing of the UK. *Journal of the Royal Statistical Society Series A: Statistics in Society* 180/1, 3–43 (2017)
- Australian Bureau of Statistics: Measures of Australia's Progress* 2010. Canberra: ABS 2010
- BAUER, R. A. (Ed.): *Social Indicators*. Cambridge (MA, USA), London: The M. I. T. Press 1966
- Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Drucksache 17/13300, 17. Wahlperiode. Berlin (3. 5. 2013)
- EVANS, J.: Findings from the National Well-being Debate. Newport: Office for National Statistics 2011
- JOHANSSON, S.: Conceptualizing and measuring quality of life for national policy. Assessing quality of life and living conditions to guide national policy. *Social Indicators Research* 58(1/3), 13–32 (2002)
- Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: Deutschlands Zukunft gestalten*. 18. Legislaturperiode. Berlin 2013  
[https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile)
- NOLL, H.-H.: Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung: Ansätze zur Messung und Analyse der Lebensqualität. In: GENOV, N. (Hrsg.): *Die Entwicklung des soziologischen Wissens: Ergebnisse eines halben Jahrhunderts*. S. 185–212. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005
- NOLL, H.-H.: The Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report: Old wine in new skins? Views from a social indicators perspective. *Social Indicators Research* 102/1, 111–116 (2011)
- NOLL, H.-H.: German system of social indicators. In: MICHALOS, A. C. (Ed.): *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*; pp. 2541–2544. Dordrecht: Springer 2014
- NOLL, H.-H.: Social monitoring and reporting: A success story in applied research on social indicators and quality of life. *Social Indicators Research*. Online first (2016a)
- NOLL, H.-H.: Zur Geschichte der Sozialindikatorenforschung: Messung, Beobachtung und Analyse der Lebensqualität. In: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hrsg.): *Diskussionsbeiträge des Wissenschaftlichen Beirats*. S. 6–16. Berlin 2016b
- NOLL, H.-H., and BERGER, C.: Stocktaking report on social monitoring and reporting in Europe. eFrame-Project, Deliverable D5.2. Mannheim 2014  
<http://www.eframeproject.eu/fileadmin/Deliverables/Deliverable5.2.pdf>
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hrsg.): *Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland*. Berlin 2016a
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hrsg.): *Dokumentation der Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland*. Berlin 2016b
- RONDINELLA, T., SEGRE, E., and ZOLA, D.: Participative processes for measuring progress: Deliberation, consultation and the role of civil society. *Social Indicators Research* 130, 959–982 (2017)
- SELF, A.: Quality of life measurement and application to policy: Experiences from the UK office for national statistics. *Social Indicators Research* 130, 147–160 (2017)
- STIGLITZ, J. E., SEN, A., and FITOUSSI, J.-P.: *Report by the commission on the measurement of economic performance and social progress*. Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris 2009  
[https://www.researchgate.net/publication/258260767\\_Report\\_of\\_the\\_Commission\\_on\\_the\\_Measurement\\_of\\_Economic\\_Performance\\_and\\_Social\\_Progress\\_CMEPSP](https://www.researchgate.net/publication/258260767_Report_of_the_Commission_on_the_Measurement_of_Economic_Performance_and_Social_Progress_CMEPSP)
- WALDHERR, A., OSTNER, S., MÜLLER, L.-O., MILTNER, P., STOLTENBERG, D., SONA, P., und PFETSCH, B.: *Wissenschaftliche Auswertung von Bürger- und Online-Dialogen zum Thema Lebensqualität in Deutschland – Abschlussbericht*. Berlin 2016
- ZAPP, W. (Hrsg.): *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1977

Dr. Heinz-Herbert NOLL  
Friedrich-Ebert-Straße 3a  
68526 Ladenburg  
Bundesrepublik Deutschland  
E-Mail: hh.noll@t-online.de

## **Politikbegleitendes statistisches Monitoring zur Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt für die EU und die OECD – „Europa 2020“ und die „Better Life Initiative“ der OECD im Vergleich**

Susanne SCHNORR-BÄCKER (Wiesbaden)

### *Zusammenfassung*

Politische Strategien zur Förderung gesellschaftlichen Fortschritts gewinnen zunehmend an Bedeutung. Zwar sind wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nach wie vor von herausragender Bedeutung, vor allem vor dem Hintergrund der gravierendsten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit 2008/2009. Allerdings sind Maßnahmen zu ihrer Steigerung bereits seit längerem in einem größeren Rahmen – der häufig auch als Nachhaltigkeit bezeichnet wird – einzubinden.

In diesem Beitrag sollen umfassende Strategien der Europäischen Union (EU) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*Organisation for Economic Co-operation and Development*, OECD), die eine besondere Bedeutung für die deutsche Politik haben, näher beschrieben und verglichen werden. Dazu gehören die Europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ sowie der Ansatz der OECD „How's Life – Measuring Progress“. Besonders wird deutlich, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt zur Festlegung und Überprüfung eines politikbegleitenden Monitoring-Systems – von der politischen Aushandlung der Ziele über eine wissenschaftliche Fundierung bis hin zu direkten Bürgerbefragungen. Zum anderen wird dargestellt, welche Möglichkeiten in der Weiterentwicklung in der amtlichen Statistik gegenwärtig prioritär sind, um ihre Angebote an qualitativ hochwertigen statistischen Daten nutzergerecht und zeitgemäß auszubauen.

Denn die aktuellen politischen Entwicklungen zeigen, dass die zunehmende Flut von Informationen, ihre abnehmende Halbwertszeit und ihr teilweise ungewisser Wahrheitsgehalt zuverlässige und unparteiische Informationen aus der amtlichen Statistik für politische Vorhaben und Entscheidungen deren Bewertung durch die Bürgerinnen und Bürger erforderlich macht.

### *Abstract*

Political strategies supporting social progress are getting more and more important. Economic growth and employment are still extremely important, especially considering the most serious economic and financial crisis (2008/2009) since World War II. However, for quite some time already, actions aimed at increasing them have had to be integrated in a larger framework, often referred to as sustainability.

This paper describes and compares comprehensive European Union (EU) and Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) strategies, which are of particular relevance for German politics. They include the EU “Europe 2020” strategy for growth and employment and the OECD approach “How's Life – Measuring Progress”. It is clearly shown that there are various ways of setting up and reviewing a statistical monitoring system supporting politics – from the political negotiation of aims and the scientific bases to direct dialogues with citizens. Also, the paper outlines the current priorities in the further development of official statistics aimed at enhancing the range of high-quality statistical data to satisfy user requirements and meet state-of-the-art standards.

There is no doubt about the growing flood of information, its rapidly decreasing relevance and its partly unclear validity. The current political developments show that, consequently, reliable and impartial information from official statistics is needed for political projects and decision-making and that such information must be assessed by citizens.

## 1. Vorbemerkungen

Umfassende statistische Indikatorensysteme gewinnen zunehmend an Bedeutung in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Sie dienen dazu, aktuelle Entwicklungen anhand statistischer Indikatoren und anderer Messgrößen für Zwecke der Planungs- und Entscheidungsvorbereitung nachzuzeichnen. Vermehrt werden sie auch für ein regelmäßiges Monitoring von auf politischer Ebene ausgehandelten und festgelegten Strategien benötigt. Von besonderer Relevanz sind vor allem Strategien auf inter- und supranationaler Ebene zur Förderung des gesellschaftlichen Fortschritts in seinen verschiedenen Facetten, die einen Rahmen für die deutsche Politik auf nationaler und teilweise auch auf subnationaler Ebene setzen. Im Folgenden sollen vor allem politikbegleitende Indikatorensysteme für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wie auch für die Organisation für Zusammenarbeit und wirtschaftliche Entwicklung (*Organisation for Economic Co-operation and Development*, OECD) vorgestellt und deren Implikationen für die amtliche Statistik aufgezeigt werden.

Nach einführenden Hinweisen zu politikbegleitenden statistischen Indikatorensystemen für einen umfassenden und generationenübergreifend gesellschaftlichen Fortschritt im zweiten Teil sollen im dritten Abschnitt die wichtigsten Indikatorensysteme auf der Ebene der EU näher vorgestellt und ihre Anwendung, die daran anknüpfenden Kontroll- und Steuerungsmechanismen sowie ihre Bedeutung für die Politik beschrieben werden. Von besonderem Interesse ist dabei einmal die aktuelle europäische Strategie „Europa 2020“, die von den Staats- und Regierungschefs am 17. Juni 2010 in Brüssel angenommen wurde. Soweit für das Verständnis notwendig, wird dabei auch auf deren Vorläuferstrategie, die Lissabon-Strategie für den Zeitraum 2000–2010, sowie deren Ergänzungen und Modifikationen eingegangen. Zum anderen wird im vierten Abschnitt der Ansatz der OECD dargestellt, der von Statistikern zusammen mit Politik und Wissenschaft, zur Fortschrittmessung „Measuring Progress“ mit verschiedenen Schwerpunkten im Hinblick auf „Well-being“, „How’s Life?“ oder den „Better Life Index“ entwickelt wurde. Im fünften Abschnitt sollen mögliche Verzahnungen mit anderen politischen Strategien von allgemeiner Geltung sowie Ansätze zu Weiterentwicklungen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die amtliche Statistik an ausgewählten Beispielen veranschaulicht werden. Ein Ausblick im sechsten Abschnitt rundet die Betrachtungen ab.

## 2. Grundlagen

Politische Strategien werden in der Regel auf politischer Ebene erarbeitet und angenommen. In jüngerer Zeit wurde die amtliche Statistik bereits frühzeitig in derartige Überlegungen einbezogen, vor allem dann, wenn ein statistisches Indikatorensystem für das Monitoring, d. h. zur Steuerung und Kontrolle von Maßnahmen und gegebenenfalls zur Sicherung der Zielerreichung, genutzt werden soll.

Indikatorensysteme haben in der amtlichen Statistik eine lange Tradition. Von herausragender Bedeutung sind zum Beispiel die sogenannten kurzfristigen Wirtschaftsindikatoren, die zur aktuellen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage herangezogen werden und Hinweise auf die wirtschaftlichen Entwicklungen in näherer Zeit ermöglichen. Im Fokus stehen dabei im Allgemeinen das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung.

Spätestens seit der zweiten Ölkrise 1981/82<sup>1</sup> wurden verstärkt explizit auch deren ökologische Auswirkungen näher untersucht und berücksichtigt. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten der sogenannten Brundtland-Kommission: Unter Vorsitz der vormaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem BRUNDTLAND hat eine Kommission der Vereinten Nationen (VN)<sup>2</sup> die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet.<sup>3</sup> Dieses Konzept mit seinem integrativen und nachhaltigem Ansatz, d. h. der Erweiterung von ökonomischen Zielen um ökologische und soziale Aspekte für die gegenwärtig lebende Bevölkerung wie auch zukünftige Generationen, ist auch heute noch Grundbestandteil von neueren Ansätzen zur Fortschrittsmessung. Während in der Anfangszeit, d. h. im Zeitraum der 1970er bis Ende der 1990er Jahre, eher ökologisch geprägte Nachhaltigkeitsstrategien nicht nur national, sondern auch weltweit im Vordergrund standen, haben sich mit dem Jahrtausendwechsel die Betrachtungen zunehmend verschoben hin zu eher umfassenden, mehrdimensionalen und intertemporalen Nachhaltigkeitsstrategien (siehe Abb. 1), die den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

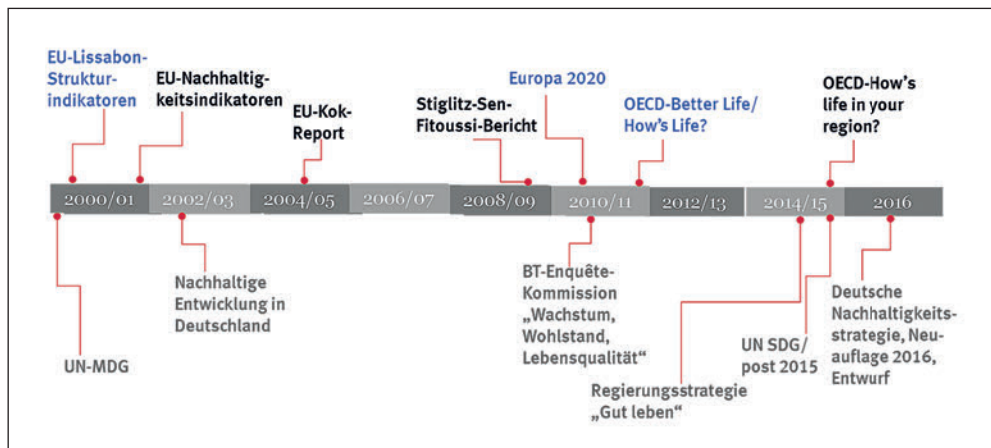


Abb. 1 Meilensteine und mehrdimensionale Strategien zur umfassenden Fortschrittsmessung. Quelle: Eigene Darstellung

Zum Beginn des dritten Jahrtausends wurden verschiedene politische Programme aufgelegt, die mit einem statistischen Indikatorensystem zur Steuerung und Kontrolle verbunden waren. Als Beispiele seien besonders genannt, ungeachtet ihrer besonderen Facetten und ihrer speziellen Ausrichtung im Detail:

- die *Millennium Development Goals* der VN zur Verbesserung der Lebensbedingungen in wenig entwickelten Ländern,<sup>4</sup>

1 Zu den Wirtschaftskrisen in Deutschland siehe HEILEMANN und SCHNORR-BÄCKER 2016, S. 4f.

2 Auch: *United Nations* (UN) oder *United Nations Organisation* (UNO).

3 Zum Hintergrund und Einzelheiten siehe vor allem

[https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland\\_report\\_1987\\_728.htm](https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_1987_728.htm) (zuletzt geöffnet am 29. 11. 2016).

4 Zu Einzelheiten siehe <http://www.un.org/millenniumgoals/bkgd.shtml> (zuletzt geöffnet am 5. 12. 2016).

- die Lissabon-Strategie der EU zur Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sowie
- die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ mit ihren vier Dimensionen Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung.<sup>5</sup>

In der Folgezeit gab es weitere Ansätze, vor allem auf europäischer und internationaler Ebene, mit mehrdimensionalen Zielsetzungen. In Abbildung 1 sind nur diejenigen bereichsübergreifenden Ansätze aufgeführt, die mit statistischen Indikatoren verbunden sind und deren praktische Umsetzung einen hohen Stellenwert für die Politik hat. Wenn sich diese auch teilweise von den Impulsgebern, der Methodik wie auch von den konkreten Zielsetzungen und den dazu herangezogenen statistischen Indikatoren unterscheiden, gibt es jedoch Kernbereiche, die allen Ansätzen gemeinsam sind.

Ausgangspunkte der Betrachtungen sind in der Regel die ökonomischen Ziele, besonders wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, nicht zuletzt aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für die sozioökonomische Lage der Bevölkerung in einem Land. Diese Ziele werden seit einigen Jahren explizit ergänzt um weitere fortschrittsrelevante Dimensionen (siehe Abb. 2).



Abb. 2 Dimensionen eines inklusiven Wachstums. Quelle: SCHNORR-BÄCKER 2016a, S. 76.

Im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung wurde in den 1980er und 1990er Jahren vor allem ökologischen Aspekten besondere Beachtung geschenkt. Dabei stehen nach wie vor der Schutz der natürlichen Ressourcen und Ökosysteme sowie der Klimaschutz im Vordergrund.

<sup>5</sup> Diese Strategie wird in zweijährlichem Abstand seit 2006 durch einen vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Indikatorenbericht ergänzt und dient einer verlässlichen und transparenten Erfolgskontrolle. Er ist Grundlage für ein regelmäßiges, in vierjährlichem Abstand, breit angelegtes Monitoring auf politischer Ebene zur Überprüfung von Maßnahmen und Zielerreichung. Siehe dazu zum Beispiel den ersten Indikatorenbericht 2006, herausgegeben vom *Statistischen Bundesamt* 2007.

Auch die sozialen Zielsetzungen wurden konkretisiert und sind heute Bestandteil umfassender Strategien zur Förderung des Fortschritts. Dazu gehören nicht nur elementare Bereiche, wie Gesundheit, persönliche Sicherheit, Erziehung und Ausbildung, sondern auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In der jüngeren Vergangenheit wird zunehmend den verschiedenen Facetten eines guten Regierungshandelns Beachtung geschenkt, denn neuere Berichte und Studien, wie z. B. von ACEMOGLU und ROBINSON (2012) oder von SCHWAB (2010), zeigen,<sup>6</sup> dass ein stabiler Rechtsrahmen, ein leistungsfähiges Rechtssystem und eine transparente öffentliche Verwaltung im Sinne von *Open Government*<sup>7</sup> nicht nur wichtige Wirtschaftsfaktoren sind, sondern auch zur Lebensqualität der Bevölkerung beitragen.<sup>8</sup>

### **3. Die Europäische Agenda für Wachstum und Beschäftigung**

Die Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem Gipfel am 17. Juni 2010 in Brüssel die aktuelle europäische Strategie „Europa 2020“ für den Zeitraum 2010–2020 angenommen (*Europäische Kommission* 2010a). Diese setzt das auf einem Sondergipfel am 23. und 24. März 2000 in Lissabon für den Zeitraum 2000–2010 beschlossene Strategieprogramm „Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt als Bestandteil einer wissensbasierten Wirtschaft“<sup>9</sup> – bald als Lissabon-Strategie bezeichnet – in modifizierter Weise fort.<sup>10</sup>

#### *3.1 Zielsetzungen und Politikbegleitende statistische Indikatoren*

Ziel war im Jahr 2000, einerseits aufbauend auf den bereits erreichten wirtschaftlichen Erfolgen, besonders der Vollendung des Binnenmarktes, der Etablierung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Einführung des Euro und der sich andererseits bereits abzeichnenden Entwicklungen, vor allem der Osterweiterung der EU (2004 und 2007), den zunehmenden Tendenzen hin zu einer Informationsgesellschaft sowie einer wachsenden Globalisierung, die damit verbundenen Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu bündeln und zu nutzen.<sup>11</sup> Ziel des Europäischen Rates war, mit der Lissabon-Strategie die EU bis zum Jahr 2010 zum „[...] wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt ermöglicht und dem Umweltschutz verpflichtet ist“.<sup>12</sup> Angestrebt wurde dauerhaft eine durchschnittliche wirtschaftliche

6 Auch in der breit angelegten Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“, die sich auf die Ergebnisse von Bürgerdialogen stützt, wird unter „Frei und gleichberechtigt leben“ u. a. „Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen“ als ein Kriterium genannt (*Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* 2016).

7 Siehe dazu auch die Ausführungen des Bundesministeriums des Innern, besonders [http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/Regierungs-Verwaltungshandeln/regierungs-verwaltungshandeln\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/Regierungs-Verwaltungshandeln/regierungs-verwaltungshandeln_node.html) (zuletzt geöffnet am 29. 11. 2016).

8 Siehe dazu auch die Ausführungen von HÖFFE 2017 über die Rolle des modernen, weltoffenen Bürgers aus politisch-philosophischer Sicht.

9 Einen Überblick gibt SCHERB 2012.

10 Siehe dazu auch [https://ec.europa.eu/info/european-semester/framework/europe-2020-strategy\\_en](https://ec.europa.eu/info/european-semester/framework/europe-2020-strategy_en) (zuletzt geöffnet am 29. 11. 2016).

11 JÖRGER 2003, S. 1083.

12 *Europäische Kommission* 2010b, S. 2.

Wachstumsrate von 3 % mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt.

Auch wenn sich bereits frühzeitig abzeichnete, dass diese Zielsetzungen außerordentlich ehrgeizig und kaum umsetzbar waren – zumindest innerhalb des vorgesehenen Planungshorizontes –, wurden damit wichtige Grundlagen geschaffen, um durch die Nachfolgestrategie „Europa 2020“ entsprechende Impulse für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu setzen. Dies gilt sowohl für

- die konkreten Zielsetzungen,
- das politikbegleitende Indikatorensystem,
- die Methoden der Umsetzung und Überprüfung,
- das Berichtswesen,
- die Maßnahmenplanung auf politischer Ebene.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Gemeinsamkeiten sowie grundlegende Unterschiede, soweit sie für das Verständnis der aktuellen Strategie „Europa 2020“ notwendig sind, kurz skizziert werden. Im Zentrum beider Strategien stehen wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, ergänzt um zentrale Bereiche einer umfassenden Nachhaltigkeit. Während „Europa 2020“ mit drei Prioritäten, fünf quantifizierten Leitzielen und neun statistischen Indikatoren für ein politikbegleitendes Monitoring einem klaren Aufbau folgt, wurden mit der Lissabon-Strategie sowohl quantitative als auch qualitative Zielsetzungen verfolgt. Die Lissabon-Strategie,<sup>13</sup> ergänzt um ökologische Zielsetzungen des Europäischen Rates 2001 von Stockholm sowie von Göteborg, bestand aus neun quantitativen Zielen (siehe Tab. 1) und sieben qualitativen Zielen.<sup>14</sup> Auch wenn sich die Zielbereiche vom Ansatz her zu weiten Teilen überschneiden, wurden im Detail mit der Lissabon-Strategie teilweise andere Zielwerte (wie z. B. bezüglich der Beschäftigungsquote oder dem Anteil erneuerbarer Energien), eine detailliertere Untergliederung sowie weitere Zielsetzungen (etwa im Hinblick auf die Kinderbetreuung oder den Einsatz von Biokraftstoffen im Verkehr) verfolgt. Insgesamt wurden für die Lissabon-Strategie – weitgehend im Einklang mit den auf den EU-Gipfeltreffen verabschiedeten bereichsspezifischen politischen Zielsetzungen – jeweils zunächst sieben statistische Indikatoren für jeden der fünf Bereiche festgelegt. Schon bald zeigte sich, dass dieses statistische Indikatorensystem mit verschiedenen Zieldimensionen, unterschiedlichen Zielbeziehungen sowie Unterschieden in der Zuverlässigkeit des Aussagegehaltes kaum mehr für eine Überprüfung und Steuerung des Lissabon-Prozesses zu handhaben war.<sup>15</sup> Ab 2004 wurde die sogenannte „Long List“ durch eine „Short List“ mit insgesamt 14 Indikatoren ersetzt.

Ebenso wie die Lissabon-Strategie besteht die Strategie „Europa 2020“<sup>16</sup> aus weiteren Komponenten, wie integrierten Leitlinien und sogenannten Leitinitiativen – insgesamt 7 –, die teilweise ebenfalls mit umfangreichen statistischen Indikatoren für ein Monitoring un-

---

13 Zu Einzelheiten siehe z. B. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: EU-Nachhaltigkeitsstrategie, <http://www.bmub.bund.de/themen/europa-international/europa-und-umwelt/eu-nachhaltigkeitsstrategie/?type=98> (zuletzt geöffnet am 6. 12. 2016).

14 JÖRGER 2003, S. 1084f.

15 Die Forderung aus amtlicher Statistik, Politik und Wissenschaft, ein politikbegleitendes Monitoring auf eine auf das absolut Notwendige begrenzte Anzahl von statistischen Indikatoren zu beschränken, gemäß dem englischen Akronym SMART (spezifisch, messbar, vorhanden [*available*], relevant und aktuell [*timely*]), wie zum Beispiel in *UN Economic and Social Council 2015*, Randziffer 48, gefordert, hat durchaus seine Berechtigung.

16 Einzelheiten siehe [http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/index_de.html) (zuletzt geöffnet am 6. 12. 2016).

Tab. 1 Ziele und Indikatoren der Europäischen Wachstumsstrategie. Quelle: Eigene Darstellung

| Vergleich                           | „Europa 2020“ von 2010–2020  | Lissabon-Strategie von 2000–2010  |
|-------------------------------------|--|---|
| <b>Ziele</b>                        | Intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum mit 3 Prioritäten  | Wettbewerbsfähigster und dynamischster wissensgestützter Wirtschaftsraum der Welt mit einer durchschnittlichen jährlichen wirtschaftlichen Wachstumsrate von 3 %  |
| <b>Zielvorgaben und Indikatoren</b> | <p>1. <i>Beschäftigung</i><br/>75 % der 20–64-Jährigen in Arbeit</p> <p>2. <i>FuE</i><br/>3 % des BIP der EU für Forschung und Entwicklung</p> <p>3. <i>Klimaschutz und nachhaltige Energiewirtschaft</i><br/>Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % (bzw. 30 % unter entsprechenden Voraussetzungen) gegenüber 1990; Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien; auf 20 %; Steigerung der Energieeffizienz um 20 %</p> <p>4. <i>Bildung</i><br/>Verringerung der Quote vorzeitiger Schulabgänger auf unter 10 %; Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 %.</p> <p>5. <i>Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung</i><br/>Verringerung der Anzahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen</p> | <p><b>Quantitative Ziele</b></p> <p>Beschäftigungsquote: 70 % sowie gesonderte Vorgaben für Frauen und Ältere</p> <p>FuE: 3 % des BIP der EU für Forschung und Entwicklung</p> <p>Durchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsrate von 3 %</p> <p>Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 22 %; Einsatz von Biokraftstoffen im Verkehr 2010: 5,75 %</p> <p>Halbierung der Anzahl der 18–24-Jährigen mit Sekundarschule-I-Abschluss</p> <p>Erhöhung der Betreuungsplätze für Kleinkinder (0–3 und 3–6 Jahre)</p> <p><b>Qualitative Ziele: u. a.</b><br/>Informationsgesellschaft für alle; Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen; beschleunigte Liberalisierung von Gas-, Strom-, Post-, Verkehrs- und Telekommunikationsmärkten sowie Integration der Finanzmärkte; Modernisierung von Sozialschutz und Förderung von sozialer Integration</p> |
| <b>Indikatoren</b>                  | 9 Indikatoren mit Zielwerten wie oben angegeben  | Struktur- und allgemeine wirtschaftliche Hintergrundindikatoren für 5 Politikbereiche (Beschäftigung, Innovation und Forschung, Wirtschaftsreformen, sozialer Zusammenhalt, Umwelt), zunächst mit je 7 Indikatoren, die jährlich nach einer Diskussion in den entsprechenden Gremien überprüft und gegebenenfalls angepasst und ergänzt wurden; ab 2004 Einführung einer Shortlist mit insgesamt 14 Indikatoren und Qualitätsprofilen, die ebenfalls regelmäßig überprüft und angepasst wurden.   |

| Vergleich   | „Europa 2020“ von 2010–2020  | Lissabon-Strategie von 2000–2010 |
|-------------|--|----------------------------------|
| Ergänzungen | Integrierte Leitlinien<br><b>7 Leitinitiativen, teilweise mit umfangreichem statistischem Monitoring</b><br>– Digitale Agenda für „Europa 2020“<br>– Innovationsunion<br>– Jugend in Bewegung<br>– Ressourcenschonendes „Europa 2020“<br>– Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung<br>– Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten<br>– Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut | Bereichsspezifische Programme    |

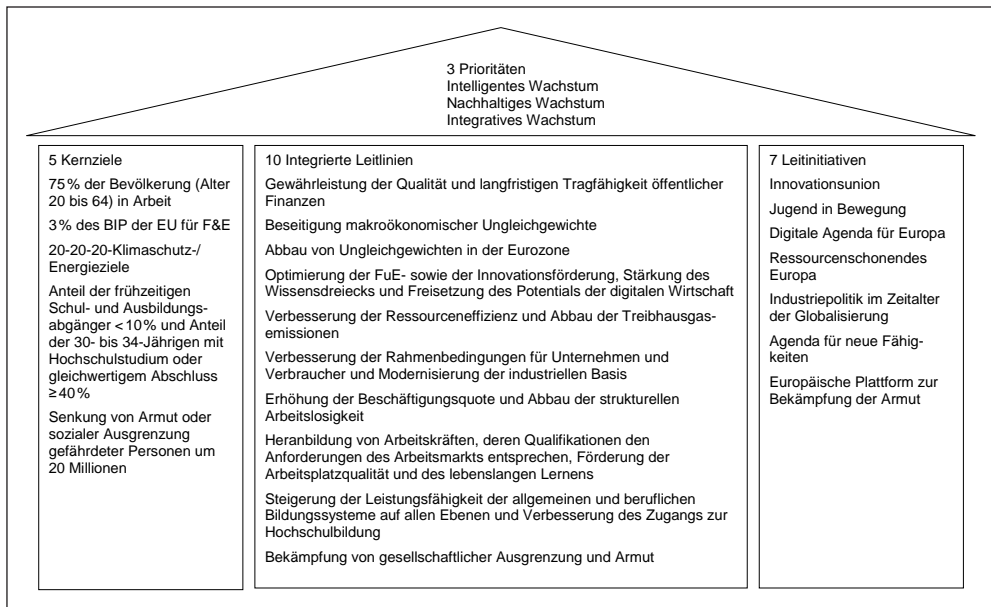


Abb. 3 Architektur von „Europa 2020“. Quelle: HEILEMANN und SCHNORR-BÄCKER 2011, S. 61

terlegt sind (siehe Abb. 3). Zusammenfassend ist, was die Zielsetzungen und das statistische Monitoring anbetrifft, die aktuelle Strategie klarer strukturiert und dürfte damit auch transparenter sein.

### 3.2 Methoden der Umsetzung und Überprüfung

Des Weiteren gibt es im Prinzip gewisse Ähnlichkeiten bezüglich der Mechanismen der Prüfung und Umsetzung. Wesentliche Elemente sind Leitlinien mit konkreten Zeitplänen, die Festlegung von quantitativen und qualitativen Indikatoren und Benchmarks, eine regelmäßige Überwachung und Bewertung des Fortschritts, sowohl durch die europäische Ebene als

Tab. 2 Überwachung und Berichtswesen für die Europäische Wachstumsstrategie. Quelle: Eigene Darstellung

| Vergleich  | „Europa 2020“ von 2010–2020  | Lissabon-Strategie von 2000–2010  |
|--|--|---|
| <b>Methoden der Umsetzung und Überprüfung</b>                                | <i>Europäisches Semester:</i><br>Verbindlicher Rahmen für die wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitische Überwachung in Europa durch eine Verzahnung des Europa 2020-Prozesses mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie einem neuen Verfahren zur Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten                                  | <i>Methode der offenen Koordinierung</i> mit<br>(1) konkreten Zielvereinbarungen und<br>(2) einer Überwachung anhand von Benchmarks   |
| <b>Berichtswesen der Ergebnisse, Dokumentation – jährlich – mehrjährlich</b> | durch die Kommission<br>– in 2014 Übersicht zu den Fortschritten von Europa 2020<br>– in 2015 Bericht über Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation zur Strategie  | Synthese-/Frühjahrsbericht der Kommission mit statistischen Indikatoren als Benchmark für die Berichterstattung durch Kommission und Rat<br>– Kok-Report mit Vorschlägen zur Neuausrichtung<br>– 2004 breit angelegte öffentliche Konsultation<br>– 2005 Beschluss des Rates einer erneuerten EU-Nachhaltigkeitsstrategie mit neuem Monitoring-Prozess zur Überprüfung der Umsetzung (u. a. freiwillige „peer reviews“, schlankere Fortschrittsberichte zweijährlich und rollierende dreijährliche Planung)<br>– 2009 Überprüfung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie (Fazit: Nachhaltige Entwicklung weiterhin grundlegendes Ziel der EU, genauere Spezifikation der Maßnahmen und deutliche Verknüpfung mit Nachfolgestrategie als Grundlage für die Überprüfung notwendig) |
| <b>Maßnahmen</b>   | (1) Nationale Stabilitäts- und Konvergenz-Programme zu finanzpolitischen Fortschritten der nationalen Ziele<br>(2) Nationale Reformprogramme zu Fortschritten und Maßnahmen auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts der Kommission und der länderspezifischen Empfehlungen des Rates aus dem Vorjahr zur Verwirklichung der nationalen Ziele | Nationale Aktionspläne  |

auch die Mitgliedstaaten. Dabei wurden für die regelmäßigen jährlichen und mehrjährlichen Evaluationen die ursprünglichen Mechanismen bzw. die bestehenden Instrumente genutzt wie auch eine neue, mehrstufige „offene Koordinierungsmethode“ eingeführt (siehe Tab. 2).

Aktuell findet die Überprüfung von „Europa 2020“ im sogenannten Europäischen Semester<sup>17</sup> statt (siehe Abb. 4). Es handelt sich um einen verbindlichen Rahmen für die wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitische Überwachung in der EU. Dabei wird der „Eu-

<sup>17</sup> Siehe dazu auch *Europäische Kommission*: The European Semester, [https://ec.europa.eu/info/european-semester\\_en](https://ec.europa.eu/info/european-semester_en) (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016).

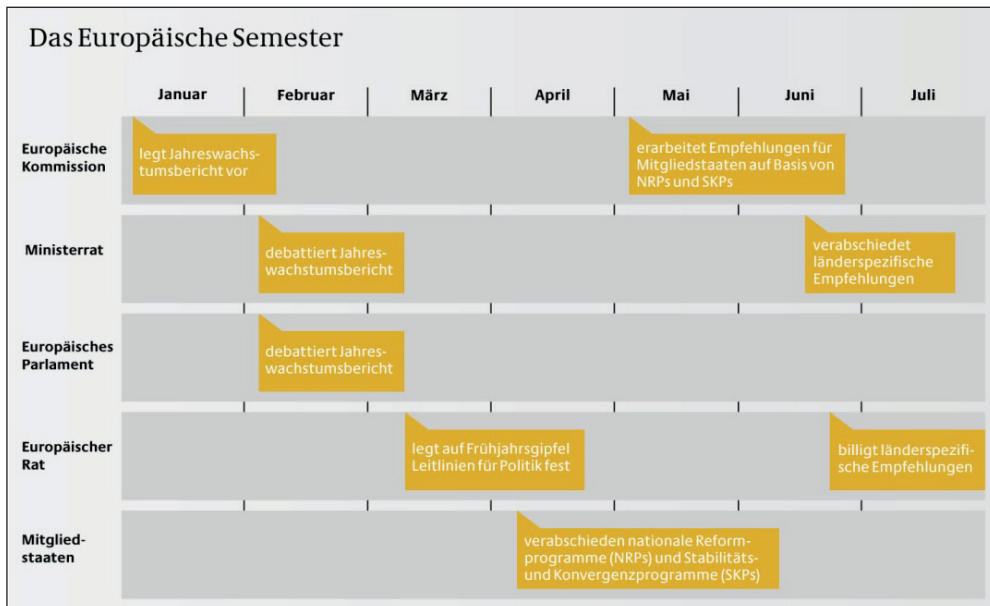


Abb. 4 Das Europäische Semester.<sup>18</sup> Quelle: Bundesministerium der Finanzen, <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilderstreifen/Mediathek/Infografiken/infografik-stabilisierung-des-euroraums.html?notFirst=true&docId=63390%22%20%20%20%22photogallery>

ropa 2020“-Prozess mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie einem sogenannten neuen Verfahren zur Überwachung der makroökonomischen Ungleichgewichte verzahnt.

Es besteht im Wesentlichen aus folgenden Phasen:

- Die Europäische Kommission legt im Jahreswachstumsbericht im November des Vorjahres die wichtigsten wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitischen Zielsetzungen und Handlungsvorschläge vor.
- Im April übermitteln die Mitgliedstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und beschreiben damit die Schwerpunkte der angestrebten finanzpolitischen Entwicklungen. Im Weiteren teilt jeder Mitgliedstaat in seinem nationalen Reformprogramm seine strukturpolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen der Kommission mit.
- Diese Berichte bilden die Grundlage für die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission, für jeden Mitgliedstaat entsprechend den jeweiligen nationalen Erfordernissen.<sup>19</sup>
- Mitte eines jeden Jahres billigen die europäischen Staats- und Regierungschefs die länderspezifischen Empfehlungen und beenden damit das jeweilige aktuelle Europäische Semester.

<sup>18</sup> Eine Beschreibung enthält *Bundesministerium der Finanzen* 2016.

<sup>19</sup> Für Deutschland und die übrigen Mitgliedstaaten siehe besonders die folgende Webseite der Europäischen Kommission: [http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-your-country/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-your-country/index_en.htm) (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016).

Das Europäische Semester unterscheidet sich deutlich von dem ursprünglichen Verfahren der „offenen Koordinierung“ für den Lissabon-Prozess. Zwar gab es dafür ebenfalls konkrete Zielvereinbarungen, die anhand von sogenannten Benchmarks überwacht wurden. Auch waren die Mitgliedstaaten aufgefordert, Schwächen aufzuzeigen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ihrer Verbesserung auf nationaler Ebene einzuleiten.<sup>20</sup> Eine strenge Ausrichtung auf die Lissabon-Ziele blieb allerdings aus, da ein verbindlicher und integrierender Rahmen fehlte. Letzteres war ein wesentlicher Kritikpunkt des sogenannten „Kok-Berichtes“ mit den Ergebnissen einer 2004 eingesetzten unabhängigen Expertengruppe unter Vorsitz des niederländischen Premierministers Wim Kok zur Überprüfung der Strategie.

Vor diesem Hintergrund stellte der Europäische Rat am 2. Februar 2005 eine „neue Strategie für die Europäische Union zur Schaffung von mehr Wachstum und Arbeitsplätzen“ vor mit inhaltlichen wie auch prozeduralen Änderungen.<sup>21</sup> Aber auch durch diese Korrekturen konnte nicht verhindert werden, dass die Zielwerte der Lissabon-Strategie, vor allem die Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 70 % sowie die Erhöhung der FuE-Investitionen (Forschung und Entwicklung) auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), deutlich unterschritten wurden, wie die *Europäische Kommission* (2010b) in ihrer Schlussbewertung vom 2. Februar 2010 darlegte. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass in die Periode 2000–2010 große politische und wirtschaftliche Veränderungen fielen. Besonders zu nennen sind die Erweiterungen der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten (2004 und 2007 um insgesamt 12 Mitgliedstaaten) und der Eurozone von 12 auf 16 Mitgliedstaaten (ab 2001). Des Weiteren fielen in diesen Zeitraum zwei globale Wirtschaftskrisen: die *New-Economy*-Krise 2001/02 und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09.<sup>22</sup>

Wie bei der Lissabon-Strategie hat die Kommission zur Halbzeit der bis 2020 vorgesehenen Strategie<sup>23</sup> einmal eigene Bewertungen der Entwicklungen vorgenommen (*Europäische Kommission* 2014a).

Die wichtigsten Ergebnisse werden in Abbildung 5 wiedergegeben. Danach sind die größten Fortschritte in den Bereichen Klimaschutz und Energie sowie im Bildungsbereich zu verzeichnen. Auch für die Bereiche Forschung und Entwicklung sind Erfolge bezüglich der gesetzten Ziele zu verzeichnen, wenn auch weniger ausgeprägt. Und bezüglich Beschäftigung und Armutsbekämpfung haben sich die Abstände zu den Zielwerten vergrößert.

Zum anderen hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation 2014 durchgeführt,<sup>24</sup> um die Erfahrungen verschiedener Stakeholder (z. B. von Sozialpartnern, Nichtregierungsorganisationen, Regierungen und nationalen Behörden sowie Bürgerinnen und Bürgern, der Wissenschaft und Unternehmen) aus den ersten Jahren der Umsetzung in die Überprüfung einzubeziehen. Da die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 noch immer nicht behoben seien, so stellt die Kommission fest, sei eine „Europa

---

20 Zu Einzelheiten siehe z. B. *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit*: EU-Nachhaltigkeitsstrategie, <http://www.bmub.bund.de/themen/europa-international/europa-und-umwelt/eu-nachhaltigkeitsstrategie/?type=98> (zuletzt geöffnet am 6. 12. 2016).

21 Siehe dazu auch die Ausführungen in einer Ausarbeitung des *Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages* 2006 sowie die dort angegebenen Verweise.

22 HEILEMANN und SCHNORR-BÄCKER 2016, S. 6ff.

23 Einen Überblick über die verschiedenen Initiativen und Berichte der Europäischen Kommission gibt die folgende Website [http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/index_de.htm) (zuletzt geöffnet am 16. 12. 2016).

24 *Europäische Kommission* 2015, S. 1.

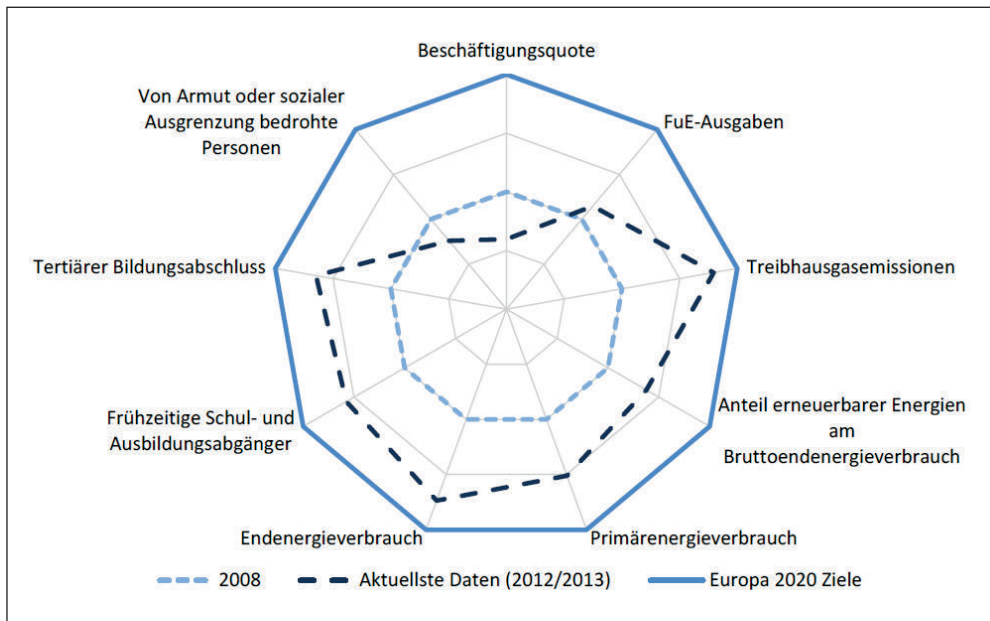


Abb. 5 „Europa 2020“-Leitindikatoren: Zielwerte und Fortschritte seit 2008. Quelle: Eurostat 2015

2020“-Strategie mindestens ebenso wichtig wie zu ihrem Beginn im Jahr 2010, besonders im Hinblick auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger der EU.

In seinen jüngsten Empfehlungen für eine erfolgreiche Umsetzung der „Europa 2020“-Strategie betont der Europäische Rat die Notwendigkeit allgemeiner Leitlinien für eine zielorientierte Fortsetzung der „Europa 2020“-Strategie. Diese beziehen sich u. a. auf die Förderung von Investitionen, die Durchführung von Strukturreformen auf den Güter- und Arbeitsmärkten, zur sozialen Absicherung, zur Förderung nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums, zur Förderung von Wettbewerb und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie die Schaffung eines stabilen Finanzrahmens (*Europäischer Rat 2015*).

#### 4. Ansatz der OECD „Measuring the Progress of Societies“

##### 4.1 Zeitliche Entwicklungen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), eine Nicht-regierungsorganisation mit derzeit 35 Industrienationen,<sup>25</sup> wurde 1961 offiziell von 18 europäischen Ländern, den Vereinigten Staaten und Kanada gegründet, um politische Strategien zur Verbesserung der ökonomischen und sozialen Wohlfahrt der Menschen weltweit voranzutreiben. Sie bietet eine Plattform besonders für Regierungen, um Erfahrungen auszutauschen

<sup>25</sup> Diese repräsentieren ungefähr 80% des Welthandels und des weltweiten Investitionsvolumens; siehe <http://www.oecd.org/about/history/> (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016).

und Lösungen für gemeinsame Probleme zu erarbeiten. Im Fokus der Betrachtungen stehen die treibende Kräfte vor allem von ökonomischen, aber vermehrt auch sozialen und ökologischen Veränderungen, aktuellen wie auch zukunftsorientierten (OECD 2011a).

Im Zuge der weltweiten Initiativen für eine umfassende nachhaltige Entwicklung, einer zunehmenden Globalisierung sowie einer immer stärkeren Digitalisierung von Informationen jeglicher Art hat die OECD 2004 mit ersten Vorarbeiten für ein weltweites Konzept zur Fortschrittsmessung begonnen, kurz nachdem 2001/2002 der Zusammenbruch des Neuen Marktes den in Amerika lange anhaltenden Wirtschaftsboom beendet und für längere Zeit zu einer Stagnation geführt hat.<sup>26</sup> Hinzu kamen mit dem Web 2.0 verstärkt die Forderungen wie auch die Möglichkeiten für ein „open government“ mit dem Ziel, mehr Transparenz in politische Entscheidungen zu bringen und eine stärkere Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.<sup>27</sup> Zumindest implizit scheinen nach den Ausführungen von GIOVANNINI (2007) diese Entwicklungen ebenfalls für die Initiative der OECD zur umfassenden Fortschrittsmessung von Bedeutung gewesen zu sein.

Ziel der OECD war es, in Ergänzung zu seit langer Zeit etablierten Wirtschaftsindikatoren, besonders dem Bruttoinlandsprodukt, geeignete Indikatoren zur Messung der Wohlfahrt bzw. von *Well-being* und Lebensqualität zu identifizieren. Dadurch sollten die Bürgerinnen und Bürger befähigt werden, komplexe und mehrdimensionale Phänomene, besonders bezüglich ihrer ökonomischen, sozialen und ökologischen Implikationen, besser nachvollziehen zu können. Dies wurde als eine notwendige Grundlage u. a. für eine stärkere Beteiligung und Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern bzw. der Zivilgesellschaft als Ganzes in politischen Entscheidungsprozessen gesehen.<sup>28</sup>

Die OECD hat seit 2004 die Grundlagen für ihren Ansatz systematisch verfolgt. Der Gesamtprozess war im Wesentlichen 2010 abgeschlossen. Die herausragenden Teilergebnisse wurden Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft in bislang insgesamt 5 Weltforen vorgestellt und mit ihnen diskutiert.<sup>29</sup> Zum besseren Verständnis lassen sich die verschiedenen Teilschritte hin zu einem umfassenden statistischen Indikatorensystem für eine weltweite politikbegleitende statistische Fortschrittsmessung anhand der wichtigsten Ergebnisse der Weltforen darstellen (siehe Tab. 3).

Auf dem 1. *Weltforum der OECD* vom 10. bis 13. November 2004 in Palermo (Italien) mit dem Titel „Statistics, Knowledge and Policy: Key Indicators“ wurde die Notwendigkeit und der allgemeine Rahmen für ein statistisches Indikatorensystem zur Fortschrittsmessung diskutiert. Im Weiteren wurde allgemein bestätigt, dass in modernen Demokratien mit schnelllebigen Entwicklungen für öffentliche Maßnahmen Transparenz zu gewährleisten und Rechenschaft zu geben ist. Voraussetzung dafür sei, dass die Bürgerinnen und Bürger befähigt werden, die Besonderheiten und die Entwicklungen der jeweiligen Gesellschaft einschließlich der Rolle der Medien bei der Informationsbereitstellung zu verstehen. Dies erfordere allerdings entsprechende Kapazitäten in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und der Gesellschaft. Im Weiteren berichteten Nutzer aus Politik, den Medien und Statistik über ihre

26 HEILEMANN und SCHNORR-BÄCKER 2016, S. 8.

27 Siehe dazu auch die Webseite des Bundesministeriums des Innern unter [http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/Regierungs-Verwaltungshandeln/regierungs-verwaltungshandeln\\_node.html;jsessionid=221D525C46B8F14069B2A43B3B8B8514.2\\_cid295](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/Regierungs-Verwaltungshandeln/regierungs-verwaltungshandeln_node.html;jsessionid=221D525C46B8F14069B2A43B3B8B8514.2_cid295) (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016).

28 GIOVANNINI 2007, S. 1.

29 Die Autorin ist Mitglied der nationalen Koordinierungsgruppe, neben je einem Vertreter aus einem Bundesministerium sowie aus der Wissenschaft.

Tab. 3 „Measuring Progress“ der OECD – Wichtige Meilensteine. Quelle: Eigene Darstellung

| Jahr | Ort                  | Themenschwerpunkte  | Wichtigste Ergebnisse   |
|------|----------------------|---|---|
| 2004 | Palermo (Italien)    | Statistics, Knowledge and Policy: Key Indicators                | Kernindikatoren <sup>30</sup>                                       |
| 2007 | Istanbul (Türkei)    | Measuring and Fostering the Progress of Societies <sup>31</sup> | Istanbul-Deklaration <sup>32</sup>                                  |
| 2009 | Busan (Korea)        | Charting Progress, Building Visions, Improving Life             | OECD-Roadmap <sup>33</sup>  |
| 2012 | Neu-Delhi (Indien)   | Measuring Well-being for Development and Policy Making          | Best Practices für Well-being <sup>34</sup>                         |
| 2015 | Guadalajara (Mexiko) | Transforming Policy, Changing Lives                             | Weiterentwicklungen von Well-being und Nachhaltigkeit <sup>35</sup> |

Erfahrungen bei der Verwendung von statistischen Daten und Schlüsselindikatoren zur allgemeinen Unterrichtung sowie für evidenzbasierte Politiken. Damit waren die Grundsteine gelegt für die Entwicklung eines nationenübergreifenden statistischen Indikatorensystems zur Fortschrittsmessung.

Auf dem 2. *Weltforum in Istanbul* vom 27. bis 30. Juni 2007 wurden vor allem verschiedene Konzepte des gesellschaftlichen Fortschritts vorgestellt und mögliche Dimensionen einer umfassenden Fortschrittsmessung (z. B. Gesundheit, Klimawandel, Armut, Gleichbehandlung von Männern und Frauen) näher betrachtet. Besonders betont wurde, dass diese Informationen möglichst unparteiisch und zuverlässig sein sollten. Damit wurde die Rolle der amtlichen Statistik in diesem Prozess gestärkt, was auch in der sogenannten Istanbul-Deklaration dokumentiert wurde. In dieser Deklaration bekannten sich verschiedene Organisationen (die Europäische Kommission, die OECD, die Organisation der islamischen Konferenz, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen [UNDP] sowie die Weltbank) dazu, sämtliche Initiativen zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts anhand von statistischen Indikatoren besonders aus der amtlichen Statistik zu fördern und zu unterstützen (*OECD World Forum on Statistics, Knowledge and Policy 2007*). Was Fortschritt im 21. Jahrhundert jeweils bedeutet, ist von den einzelnen Gemeinschaften selbst zu bestimmen. Allerdings sollen auf der Grundlage von *Best Practices* die internationalen Debatten angeregt und ein gemeinsames Verständnis für die zur Fortschrittsmessung notwendigen Indikatoren angestrebt werden. Zur Erreichung dieser Ziele hat die OECD 2007 unter ihrem Vorsitz ein sogenanntes *Global Project* initiiert.<sup>36</sup>

Im Februar 2008 wurde eine *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* mit zwei Wirtschaftsnobelpreisträgern – kurz als Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission bezeichnet – von der französischen Regierung unter ihrem damaligen Präsidenten Nicolas SARKOZY eingesetzt. Ihr Auftrag war, die Grenzen des Aussagegehaltes des

30 Siehe dazu auch <https://www.oecd.org/site/worldforum06/36422528.pdf> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016).

31 Zu den Hauptergebnissen siehe <http://www.oecd.org/site/worldforum06/39637799.pdf> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016).

32 Siehe <http://www.oecd.org/site/worldforum/49130123.pdf> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016).

33 Siehe <https://www.oecd.org/site/progresskorea/44005046.pdf> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016).

34 <https://www.oecd.org/countries/algeria/Concluding%20Statement%20FINAL.pdf> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016).

35 Siehe <http://www.oecd.org/statistics/5WF%20Summary%20Report.pdf> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016).

36 *OECD 2009*, S. 1.

Bruttoinlandsprodukts aufzuzeigen sowie weitere Determinanten für Wohlstand und sozialen Fortschritt (neben Einkommensgrößen und Bruttoinlandsprodukt) zu benennen. Diese Kommission unter Vorsitz von Josef STIGLITZ legte ihren Abschlussbericht im September 2009 vor (STIGLITZ et al. 2009). Die Ergebnisse in ihrem Abschlussbericht, der zu weiten Teilen während der schwersten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg abgefasst und dadurch vermutlich auch geprägt wurde, richten sich vor allem an die amtliche Statistik und ihre Datenangebote. Der Bericht enthält im Wesentlichen Vorschläge, um welche Bereiche und mit welchen Indikatoren das Bruttosozialprodukt hin zu einer Fortschrittmessung ergänzt werden kann. Kern des Stiglitz-Sen-Fitoussi-Berichtes sind 12 Empfehlungen sowie 8 Dimensionen von *Well-being* (siehe Tab. 4).

Adressaten des Berichtes sind politische Entscheidungsträger, die Wissenschaft, in der amtlichen Statistik tätige Personen, Hauptnutzergruppen der amtlichen Statistik sowie Einrichtungen der Zivilgesellschaft.<sup>37</sup>

Die Ergebnisse der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission wurden auf dem 3. *Weltforum der OECD* vom 27. bis 30. Oktober 2009 in Busan (Korea) mit dem Titel „Charting Progress, Building Visions, Improving Life“ vorgestellt und anhand von ersten Ergebnissen der OECD für die drei von STIGLITZ et al. genannten Bereiche:

- Ökonomische Grundlagen,
- Lebensqualität,
- Nachhaltigkeit

veranschaulicht. Im Weiteren erklärt die OECD, statistische Indikatoren für diese Aspekte für verschiedene regionale Ebenen (Weltregionen, Nationen und subnational) zusammenzustellen und diese im Rahmen des *Global Project* „on Measuring the Progress of the Societies“ – wie in Istanbul beschlossen – zu befördern. Zusammenfassend enthält die OECD-Roadmap von Busan folgende Meilensteine:

- Festlegung von Prioritäten für das statistische Programm der OECD in ihren verschiedenen Gremien und Politikbereichen sowie bereichsübergreifend z. B. im Sinne von *Green Growth*;
- Entwicklung von Kennzahlen, Methoden und Werkzeugen für neue Indikatoren zu *Well-being*;
- Verbesserung und Unterstützung von politischen Maßnahmen im Hinblick auf *Well-being* auf der Grundlage von statistischen Indikatoren in ihren Mitgliedstaaten und weltweit.<sup>38</sup>

Ein wichtiger Meilenstein war die Veröffentlichung eines Methodenhandbuches der OECD zur Messung von subjektivem Wohlbefinden (OECD 2013a) als Grundlage für ihre *Better-Life-Initiative*. Das Handbuch bietet einen umfassenden Rahmen zur Ermittlung von vergleichbaren und möglichst belastbaren Indikatoren weltweit, sowohl für die amtliche Statistik als auch die Wissenschaft. Dabei geht es nicht nur um fachlich-inhaltliche oder methodisch-technische Hinweise, sondern es enthält ebenso Hinweise zu Veröffentlichungen und Analyse-möglichkeiten. Damit soll möglichen Verzerrungen bei der Nutzung unterschiedlicher Quellen entgegengewirkt werden. Ebenfalls in dem Handbuch enthalten sind Fragenprogramme

<sup>37</sup> STIGLITZ et al. 2009, S. 4f.

<sup>38</sup> OECD 2009, S. 3.

Tab. 4 Empfehlungen und Dimensionen von *Well-being*. Quelle: Siehe STIGLITZ et al. 2009, S. 6ff.

| <b>Vorschläge der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission</b> |  |  |
|--|--|--|
| <b>Nr.</b>   | <b>12 Empfehlungen</b>   | <b>8 Dimensionen von Well-being gemäß Empfehlung 5</b>     |
| 1  | When evaluating material Well-being, look at income and consumption rather than production.  | Material living standards (income, consumption and wealth) |
| 2  | Emphasise the household perspective.   | Health   |
| 3  | Consider income and consumption jointly with wealth.   | Education  |
| 4  | Give more prominence to the distribution of income, consumption and wealth.  | Personal activities including work                         |
| 5  | Broaden income measures to non-market activities.  | Political voice and governance                             |
| 6  | Quality of life depends on people's objective conditions and capabilities. Steps should be taken to improve measures of people's health, education, personal activities and environmental conditions. In particular, substantial effort should be devoted to developing and implementing robust, reliable measures of social connections, political voice and insecurity that can be shown to predict life satisfaction. | Social connections and relationships                       |
| 7  | Quality-of-life indicators in all the dimensions covered should inequalities in a comprehensive way.   | Environment (present and assess future conditions)         |
| 8  | Surveys should be designed to assess the links between various quality-of-life domains for each person, and this information should be used when designing policies in various fields.   | Insecurity of an economic as well as a physical nature     |
| 9  | Statistical offices should provide the information needed to aggregate across quality-of-life dimensions, allowing the construction of different indexes.  |  |
| 10   | Measures of both objective and subjective Well-being provide key information about people's quality of life. Statistical offices should incorporate questions to capture people's life evaluations, hedonic experiences and priorities in their own survey.  |  |
| 11   | Sustainability assessment requires a well-identified dashboard of indicators. The distinctive feature of the components of this dashboard should be that they are interpretable as variations of some underlying "stocks". A monetary index of sustainability has its place in such a dashboard but, under the current state of the art, it should remain essentially focused on economic aspects of sustainability.     |  |
| 12   | The environmental aspects of sustainability deserve a separate followup based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage (such as associated with climate change or the depletion of fishing stocks).   |  |

und prototypische Fragen. Diese Empfehlungen finden Anwendung bei den Online-Datenangeboten der OECD zum *Better-Life-Index*.<sup>39</sup>

Themenschwerpunkte der beiden letzten Weltforen waren die politische Umsetzung und die Vorstellung von *Best Practices* sowohl für entwickelte sowie für weniger entwickelte Länder. So wurden auf dem 4. *OECD World Forum* vom 16. bis 19. Oktober 2012 in Neu-Delhi (Indien) vor allem die Herausforderungen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009

<sup>39</sup> Siehe dazu die Ausführungen im nächsten Abschnitt.

diskutiert. Dabei ging es um geeignete Maßnahmen, sowohl im Hinblick auf eine langfristige Entwicklung und Förderung von wirtschaftlichem Wachstum sowie – eher kurzfristig – um die Einschätzungen der Zivilgesellschaft über ihre Lebensbedingungen, der materiellen als auch der Lebensqualität.

In Guadalajara (Mexiko) hingegen wurden vom 13. bis 15. Oktober 2015 auf dem 5. *Weltforum* vor allem die Möglichkeiten zukünftiger Veränderungen erörtert. Anhand von *Best Practices* wurden Ansätze zur Verbesserung der Lebensqualität mit Fokus auf deren praktische Umsetzung und dauerhafte Gestaltung aufgezeigt, um Verbesserungen auch im Einklang mit den weltweit geltenden *Sustainable Development Goals* (SDG) der UNO zu erreichen und sicherzustellen.

Diese von Wissenschaftlern vorgelegten Prinzipien und Handlungsanweisungen sowie die verschiedenen Dimensionen von *Well-being* liegen dem Ansatz der OECD „How’s Life? Measuring Progress“, der zweijährlich, erstmals 2011, veröffentlicht wird zugrunde.

## 4.2 Indikatorensystem und Datenangebote

### 4.2.1 Zum OECD-Ansatz „How’s Life? Measuring Well-being“

Die OECD legt ihrem Ansatz zur Fortschrittsmessung die Erkenntnisse und Ergebnisse der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission zugrunde. Grundlage für das statistische Indikatorensystem sind also wissenschaftliche Erkenntnisse, die als repräsentativ für die gegenwärtigen Gesellschaften in den OECD-Mitgliedstaaten angesehen werden. Der Ansatz der OECD zur Fortschrittsmessung lässt sich wie folgt darstellen (siehe Abb. 6).

Danach sind für das individuelle Wohlbefinden drei Bereiche von besonderer Bedeutung: (1) die materiellen Lebensbedingungen (besonders Einkommen, Beschäftigung und Wohnsituation), (2) die Lebensqualität (wie Gesundheit und persönliche Sicherheit, der Bildungsstand, Teilhabe am sozialen und politischen Leben sowie subjektives Wohlbefinden) und (3) die Nachhaltigkeit im Zeitablauf. Die dafür benötigten Indikatoren, objektive wie subjektive, beruhen vor allem auf Angaben von Privathaushalten und/oder Einzelpersonen. Soweit möglich werden Daten aus der amtlichen Statistik verwendet. Die Indikatoren beziehen sich in der Regel auf Politikergebnisse („Outcomes“/„Outputs“), um die Erfolge von politischen Maßnahmen sichtbar zu machen, auch wenn sich diese häufig schwerer statistisch bestimmen und erfassen lassen als Inputfaktoren.

Insgesamt enthält das Indikatorensystem der *OECD* (2011b) in der ersten Publikation zu „How’s Life? Measuring Well-being“ 11 Dimensionen mit insgesamt 49 Indikatoren. Davon sind 22 Kernindikatoren, also Indikatoren, die in ausreichender Qualität und Vergleichbarkeit für die betrachteten Länder vorliegen (siehe Tab. 5). Es sind vor allem objektive Indikatoren aus der amtlichen Statistik, also solche, die sich physisch erfassen und intersubjektiv nachprüfen lassen. Die subjektiven Indikatoren, also Meinungen und Einstellungen zu bestimmten Gegebenheiten (wie z. B. individuelle und subjektive Einschätzungen zur Gesundheit oder der Lebenszufriedenheit), werden derzeit überwiegend von privaten wissenschaftlichen Instituten oder Einrichtungen der Markt- und Meinungsforschung bereitgestellt. Ergänzend dazu sind in dem Bericht 27 sekundäre Indikatoren enthalten, die bezüglich der Qualität und/oder ihrer Vergleichbarkeit nur eingeschränkt nutzbar sind, aber gleichwohl zur Beurteilung von länderspezifischen Besonderheiten benötigt werden. In Tabelle 5 werden zur Abkürzung der Kernindikatoren Großbuchstaben verwendet, für die Sekundärindikatoren hingegen kleine Buchstaben.

Tab. 5 Indikatorensets zu *How's Life? Measuring Progress*, „Europa 2020“ und anderen Ansätzen. Quelle: Eigene Darstellung. Es bedeuten (1) „✓“ weitgehende Übereinstimmung, (2) „x“ vom Ansatz her vorhanden und (3) „–“ nicht enthalten.

| Statistische Indikatoren für How's Life (OECD)            |   |   | 2011                | 2013 | 2015 | EU 2020 | UN-SDG | Gut leben |
|---|---|---|---------------------|------|------|---------|--------|-----------|
| Material living conditions, Materielle Lebensverhältnisse |   |   |                     |      |      |         |        |           |
| Income and wealth, Einkommen und Vermögen                 | IW I  | Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen                                   | ✓                   | ✓    | ✓    | x       | x      | ✓         |
|   | IW II   | Haushaltsnettovermögen  | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | –      | x         |
|   | iw 1  | Konsumausgaben der privaten Haushalte                                 | ✓                   | –    | –    | –       | –      | –         |
|   | iw 2  | Gesamtausgaben der privaten Haushalte                                 | ✓                   | –    | –    | –       | –      | –         |
|   | iw 3  | Subjektive Einschätzung der materiellen Situation                     | ✓                   | –    | –    | –       | –      | –         |
|   |   | Gini-Index of Income  | –                   | ✓    | ✓    | –       | –      | ✓         |
|   | Jobs and earnings, Beschäftigung und Verdienste | JE I  | Erwerbstätigenquote | ✓    | ✓    | ✓       | x      | x         |
| JE II   |   | Langzeitarbeitslosigkeitsquote  | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | x      | x         |
| je 1  |   | Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung                                   | ✓                   | –    | –    | –       | –      | x         |
| JE III  |   | Durchschnittliches Jahresgehalt je Beschäftigtem                      | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | x      | ✓         |
| je 2  |   | Beschäftigte mit Zeitarbeitsverträgen                                 | ✓                   | –    | –    | –       | –      | x         |
| je 3  |   | Arbeitsunfälle  | ✓                   | –    | –    | –       | –      | –         |
|   |   | Probability of becoming unemployed                                    | –                   | –    | ✓    | –       | –      | –         |
| Housing conditions, Wohnverhältnisse                      | HO I  | Anzahl der Wohnräume je Person  | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | –      | –         |
|   | ho 1  | Überdurchschnittliche Wohnkosten                                      | ✓                   | –    | –    | –       | –      | x         |
|   | HO II   | Wohngebäude ohne Bad und WC   | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | x      | –         |
|   | ho 2  | Zufriedenheit mit der Wohnsituation                                   | ✓                   | –    | –    | –       | x      | –         |
|   |   | Wohnkosten  | –                   | x    | ✓    | –       | –      | x         |
| Quality of life, Lebensqualität                           |   |   |                     |      |      |         |        |           |
| Health, Gesundheit  | HS I  | Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt                              | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | –      | ✓         |
|   | hs 1  | Säuglingssterblichkeit  | ✓                   | –    | –    | –       | ✓      | –         |
|   | HS II   | Gesundheitszustand nach eigener Auskunft                              | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | –      | x         |
|   | hs 2  | Langzeiterkrankung nach eigener Auskunft                              | ✓                   | –    | –    | –       | –      | –         |
|   | hs 3  | Einschränkungen bei täglichen Verrichtungen nach eigener Auskunft     | ✓                   | –    | –    | –       | –      | –         |
|   | hs 4  | Übergewicht und Adipositas  | ✓                   | –    | –    | –       | –      | ✓         |
| Work and life Balance, Beruf und Familie                  | WL I  | Beschäftigte mit mehr als 50 Wochenstunden Arbeitszeit                | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | –      | –         |
|   | WL II   | Zeitaufwand für Freizeit und persönliche Pflege                       | ✓                   | ✓    | ✓    | –       | –      | –         |
|   | wl 1  | Zeitaufwand für Berufspendeln   | ✓                   | –    | –    | –       | –      | ✓         |
|   | wl 2  | Zufriedenheit mit der zeitlichen Aufteilung für Beruf und Privatleben | ✓                   | –    | –    | –       | –      | ✓         |
|   | WL III  | Beschäftigungsquote von Frauen mit schulpflichtigen Kindern           | ✓                   | –    | –    | –       | –      | –         |

Monitoring zur Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt

| Statistische Indikatoren für How's Life (OECD)                                       |        |  | 2011 | 2013 | 2015 | EU<br>2020 | UN-<br>SDG | Gut<br>leben |
|--|--------|--|------|------|------|------------|------------|--------------|
| Education and skills, Bildung und Qualifizierung                                     | ES I   | Bildungsstand  | ✓    | ✓    | –    | –          | ×          | ×            |
|  | es 1   | Erwartete Aus- und Fortbildungszeit von Jugendlichen                     | ✓    | ✓    | –    | –          | ×          | –            |
|  | es 2   | Berufliche und private Fort- und Weiterbildung                           | ✓    | –    | –    | –          | –          | ✓            |
|  | ES II  | Kognitive Fähigkeiten von Schülern und Studenten                         | ✓    | ✓    | ✓    | –          | ×          | –            |
|  | es 3   | Kenntnisse über das gesellschaftliche Leben                              | ✓    | –    | –    | –          | –          | –            |
|  |        | Educational attainment of the adult population                           | –    | ✓    | ✓    | ×          | ×          | ✓            |
|  |        | Competencies of the adult population aged 16–65                          | –    | ✓    | ✓    | –          | ×          | –            |
| Social connections, Soziale Kontakte   | SC I   | Soziales Engagement  | ✓    | –    | –    | –          | –          | ✓            |
|  | sc 1   | Häufigkeit von sozialen Kontakten  | ✓    | –    | –    | –          | –          | –            |
|  | sc 2   | Freiwillige/ehrenamtliche Arbeit   | ✓    | –    | –    | –          | –          | ✓            |
|  | sc 3   | Vertrauen in Andere  | ✓    | –    | –    | –          | –          | –            |
|  |        | Perceived social network support   | –    | ✓    | ✓    | –          | –          | ✓            |
| Civic Engagement and governance, Bürgerschaftliches Engagement und Regierungsführung | CEG I  | Wahlbeteiligung  | ✓    | ✓    | ✓    | –          | ×          | ✓            |
|  | ceg 1  | Politische Teilhabe  | ✓    | –    | –    | –          | –          | ✓            |
|  | CEG II | Mitwirkungsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsprozessen           | ✓    | ×    | ×    | –          | –          | –            |
|  | ceg 2  | Vertrauen in die nationale Regierung, das Rechtswesen und in die Medien  | ✓    | –    | –    | –          | –          | ×            |
| Environmental quality, Umwelt-Qualität   | EN I   | Luftqualität   | ✓    | ✓    | ✓    | –          | –          | ✓            |
|  | en 1   | Umweltbedingte Krankheiten   | ✓    | –    | –    | –          | ×          | –            |
|  | en 2   | Zufriedenheit mit der lokalen Umweltsituation                            | ✓    | –    | –    | –          | –          | –            |
|  | en 3   | Zugang zu Grünanlagen  | ✓    | –    | –    | –          | –          | –            |
|  |        | Satisfaction with water quality  | –    | ✓    | ✓    | –          | ✓          | –            |
| Personal security, Persönliche Sicherheit  | PS I   | Vorsätzliche Tötungsdelikte  | ✓    | ✓    | ✓    | –          | ✓          | ×            |
|  | PS II  | Tätlicher Angriff auf Leib und Leben oder Eigentum nach eigener Auskunft | ✓    | ✓    | ✓    | –          | ×          | ✓            |
|  | ps 1   | Kindesmisshandlungen durch häusliche Gewalt                              | ✓    | –    | –    | –          | ×          | –            |
|  | ps 2   | Subjektives Sicherheitsgefühl  | ✓    | –    | ×    | –          | ×          | ✓            |
| Subjective Well-being, Subjektive Lebenszufriedenheit                                | SW I   | Lebenszufriedenheit  | ✓    | ✓    | ✓    | –          | –          | –            |
|  | SW II  | Ausgeglichenheit   | ✓    | ✓    | ×    | –          | –          | –            |



Abb. 6 Bereiche der OECD zur Fortschrittsmessung. Quelle: SCHNORR-BÄCKER und BÖMERMANN 2013, Abb. 1

Nach diesem ersten Bericht der *OECD* (2011b) veröffentlicht die *OECD* regelmäßig in zweijährlichem Abstand Fortschrittsberichte als Teil ihrer *Better-Life*-Initiative. Der erste Bericht dieser Veröffentlichungsreihe der *OECD* aus dem Jahr 2011 enthält unter anderem einen komprimierten Ländervergleich für alle Indikatoren in Form einer Übersicht mit einer qualitativen Bewertung in Form von graphischen Symbolen, die zusätzlich farblich in Analogie zu einer Ampel unterschieden sind.<sup>40</sup>

Der zweite Bericht erschien 2013 (*OECD* 2013b). Darin wird auch über verschiedene Weiterentwicklungen in formaler und fachlich-inhaltlicher Hinsicht berichtet. Dazu gehören einmal Änderungen bei der vergleichenden Übersicht der Länderwerte,<sup>41</sup> nun ohne farbliche Differenzierung. Im Weiteren wurden – im Einvernehmen mit nationalen statistischen Ämtern – verschiedene neue Indikatoren aufgenommen, darunter fünf neue Kernindikatoren. Insgesamt erfolgt die Beurteilung von *Well-being* 2013 in den verschiedenen Staaten anhand von 25 Kernindikatoren. Ferner werden in dem Bericht zahlreiche Initiativen, vor allem von

40 *OECD* 2011b, S. 25.

41 *OECD* 2013b, S. 27f.

nationalen statistischen Ämtern genannt, die den Ansatz der OECD auch in ihre Programme integriert haben.<sup>42</sup> Als besondere Fortschritte seit dem ersten Bericht von 2011 werden vor allem Arbeiten in methodischer Hinsicht zur Verbesserung der statistischen Datenlage genannt. Dazu gehören zum Beispiel ein Handbuch zur Erfassung des Vermögens der Haushalte, Leitlinien für eine bessere Erfassung von *Work-Life-Balance* in Zeit-Budget-Erhebungen und die Arbeiten von *VN Economic Commission for Europe-World-Health-Organization-Eurostat* zur Spezifizierung von physischen Einschränkungen von Personen bei Gesundheitsstatistiken.

Der Bericht für 2015 der *OECD* (2015a) enthält weitere Neuerungen gegenüber den Vorgängerversionen. In methodischer Hinsicht erfolgt der Ländervergleich nicht mehr in einer Übersicht mit einer qualitativen Bewertung, sondern dieser Bericht enthält für jedes Land ein Profil mit Stärken und Schwächen für die verschiedenen Dimensionen von *Well-being*. Im Weiteren hat sich die Anzahl der Indikatoren zur Messung von *Well-being* für die Mitgliedstaaten auf nunmehr 30 erhöht.<sup>43</sup>

Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe sind drei Themenbereiche. Einmal erfolgt eine nähere Betrachtung von *Well-being* anhand des Indikators Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Dabei werden drei Gruppen von Ländern (mit je einem Drittel der insgesamt betrachteten Länder) unterschieden: solche mit den höchsten Werten, solche mit mittleren Werten sowie solche mit den niedrigsten Werten für das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Für die Länder jeder Gruppe werden im Hinblick auf ihre Stärken und Schwächen 24 ausgewählte Indikatoren von *Well-being* verglichen sowie mögliche Verbesserungsansätze genannt.<sup>44</sup> So stellt die OECD fest, dass in Ländern mit den höchsten BIP-Raten pro Kopf eine gewisse Gefährdung bezüglich des Verlustes des Arbeitsplatzes besteht. Auch die Selbsteinschätzung der persönlichen Sicherheit (*self reported victimisation*) müsse kritisch hinterfragt werden.<sup>45</sup> Für die Länder der Gruppe mit den niedrigsten BIP-pro-Kopf-Werten zeigt sich allgemein ein geringeres *Well-being* als für die meisten der anderen Dimensionen.<sup>46</sup>

Im Weiteren wird in diesem Bericht ausführlich die Situation von Kindern – auch im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen – näher untersucht. Das Spektrum statistischer Indikatoren reicht dabei von den Geburtsbedingungen über die allgemeinen Lebensumstände (wie das Aufwachsen in Alleinerziehenden- oder Mehrpersonenhaushalten), die Ernährungsgewohnheiten (einschließlich Genussmitteln), bis hin zu schulischen Erfolgen und Ähnlichem mehr.

Unter der Überschrift „Going Local: Measuring Well-being in Regions“ wird in einem dritten, gegenüber den Vorläuferversionen neuen, Kapitel auf regionale Unterschiede auf subnationaler Ebene hingewiesen. In diesem Abschnitt wird über grundlegende Arbeiten der OECD für diesen Bereich, besonders die Veröffentlichung *How's Life in Your Region* (*OECD* 2014) berichtet. So werden als wichtigste, ortsbezogene Faktoren z. B. der regionale Arbeitsmarkt, der Zugang zu Bildungseinrichtungen, Transportmöglichkeiten und die Umweltbedingungen genannt unter Bezugnahme auf individuelle Eigenschaften (wie Motivation, Lebensstil) und die korrespondierende *Well-being*-Dimension.<sup>47</sup> Betont wird, dass das Datenangebot aus der amtlichen Statistik dafür bislang wenig entwickelt ist. Das betrifft sowohl die benötigten statistischen Indikatoren in fachlich-inhaltlicher Hinsicht wie

42 Ebenda, S. 19f.

43 *OECD* 2015a, S. 25.

44 Ebenda, S. 28f.

45 Ebenda, S. 28.

46 Ebenda, S. 29f.

47 *OECD* 2015a, S. 240f.

auch deren regionale Untergliederungen. Benötigt würden besonders kleinräumige Angaben – auch unterhalb von Stadtgebietsgrenzen – sowohl für administrative Einheiten wie auch für funktionale Räume.<sup>48</sup>

#### 4.2.2 *Better-Life-Index* (BLI)

Ein weiteres Element der *Better-Life*-Initiative der OECD ist der *Better-Life-Index*. Es handelt sich dabei um eine interaktive Web-Anwendung mit Angaben zu den aktuellen Werten für den Gesamtindex wie auch für jede der 11 Dimensionen für die einzelnen Mitgliedstaaten der OECD sowie ausgewählte Schlüsselpartnerländer wie Brasilien und Russland. Jede dieser Dimensionen wird anhand von ein bis vier Indikatoren, überwiegend aus der amtlichen Statistik, repräsentiert. Für die Auswahl der Indikatoren waren maßgebend

- ihre Relevanz, besonders für die Politik,
- die Qualität, besonders in definitorischer Hinsicht sowie bezüglich Aktualität, Genauigkeit und Vergleichbarkeit zwischen den Ländern.<sup>49</sup>

Insgesamt 11 verschiedenfarbige Blütenblätter veranschaulichen die 11 Dimensionen des Ansatzes. Die Indikatoren dieser Dimensionen wurden normiert und standardisiert. In der Ausgangssituation auf der Startseite sind alle Indikatoren gleichgewichtet. Die Nutzer können nun eine individuelle Gewichtung für jede der 11 Dimensionen des OECD-*Well-being*-Ansatzes vornehmen und damit einen für sie individuellen Index erstellen und diesen mit anderen Ländern vergleichen. In Abhängigkeit von den Gewichtungsfaktoren verändern sich die Größe der Blütenblätter und gegebenenfalls auch die Reihenfolge der Länder. Mit steigender Gewichtung für eine bestimmte Dimension wird das entsprechend farbige Blütenblatt vergrößert (siehe Abb. 7). Abbildung 7A zeigt eine Auswahl von OECD-Mitgliedstaaten in alphabetischer Reihenfolge bei einer Gleichgewichtung sämtlicher Dimensionen (eine Sortierung nach Indexwerten ist ebenfalls möglich). In Abbildung 7B wurden die Gewichte für die Dimensionen Beschäftigung in blau, Bildung in hellgrün, Gesundheit in violett und Lebenszielzufriedenheit in orange mit Maximalwerten von fünf, d. h. besonders hoch, gewichtet. Die Größe der entsprechenden Blütenblätter hat sich gegenüber Abbildung 7A vergrößert. Weitere Vergleiche tendenziell eher auf Individualebene oder auch bezüglich Männern und Frauen sind ebenfalls möglich.

Ebenso ist eine Regionalisierung auf subnationaler Ebene möglich. Für Deutschland können beispielsweise zu den Bundesländern statistische Angaben für die verschiedenen Dimensionen des *Better-Life-Index* gezeigt und mit Regionen in vier anderen Ländern mit vergleichbaren Indexwerten dargestellt werden (siehe Abb. 8).

Ergänzend zur Länge der Blütenblätter, als Entsprechung für die Ausprägungen der jeweiligen Dimension in den verschiedenen Regionen, gibt diese Webseite auch Hinweise zu den standardisierten und zwischen 1 und 10 normierten Indikatorwerten. Dabei ist teilweise ein Vergleich mit anderen Bundesländern möglich.

Insgesamt gesehen hat die OECD mit diesem interaktiven Werkzeug ein Instrument geschaffen, das verschiedenen Gruppierungen der Zivilgesellschaft relativ einfach und auf

48 Zu den Möglichkeiten der Untergliederung siehe SCHNORR-BÄCKER 2016b.

49 Zu Einzelheiten siehe die Anwendung der OECD wie auch die dortigen Erläuterungen <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/#/111111111111> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016).

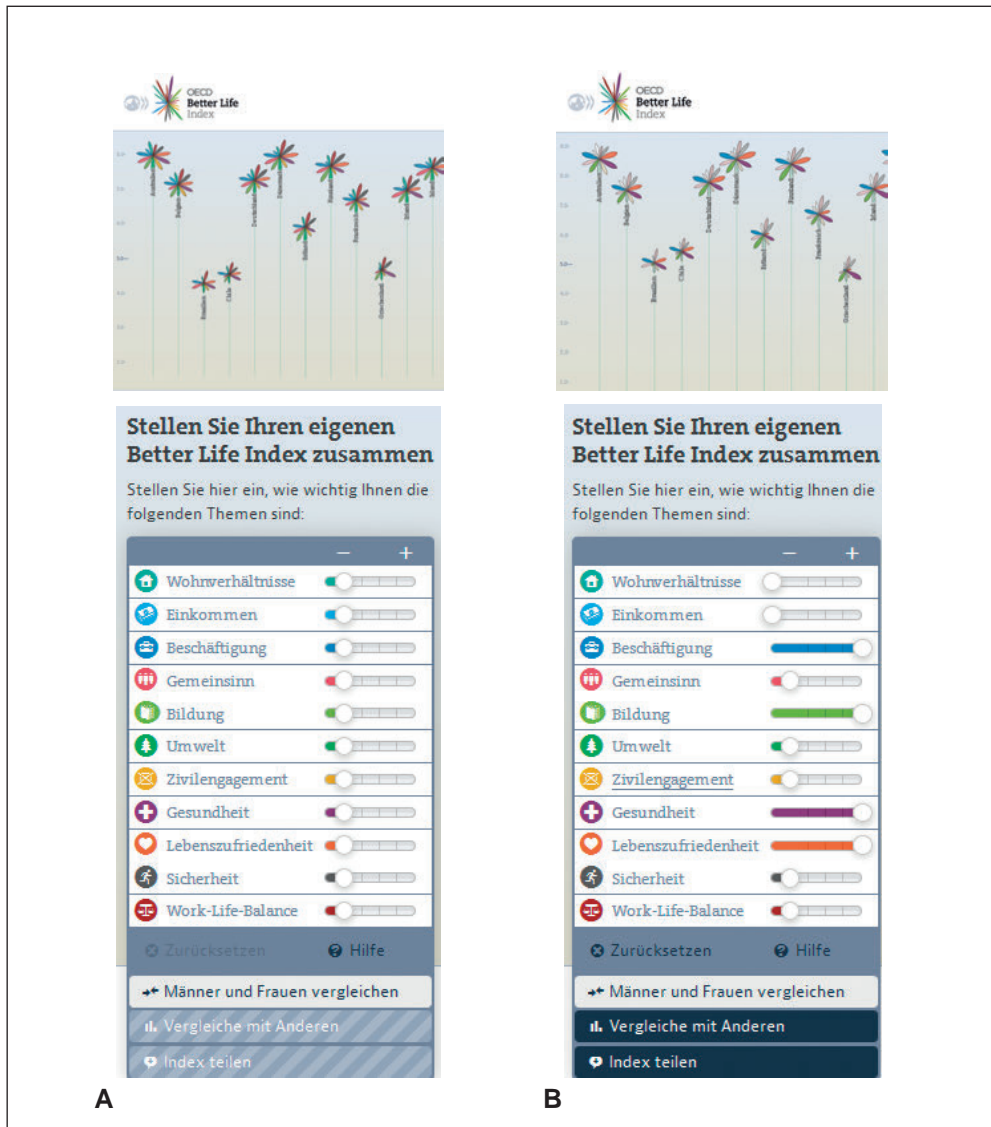


Abb. 7 (A) OECD-Better-Life-Index mit Gleichgewichtung. Quelle: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/>. (B) OECD-Better-Life-Index mit individueller Gewichtung. Quelle: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/#/00515115511>

spielerische Weise die unterschiedlichen Aspekte von *Well-being* in verschiedenen Regionen der Welt näherbringt und damit zur Selbstreflexion anregt. Für konkrete und detaillierte Analysen und Regionalvergleiche sollte jedoch auf die Originalwerte zurückgegriffen werden.

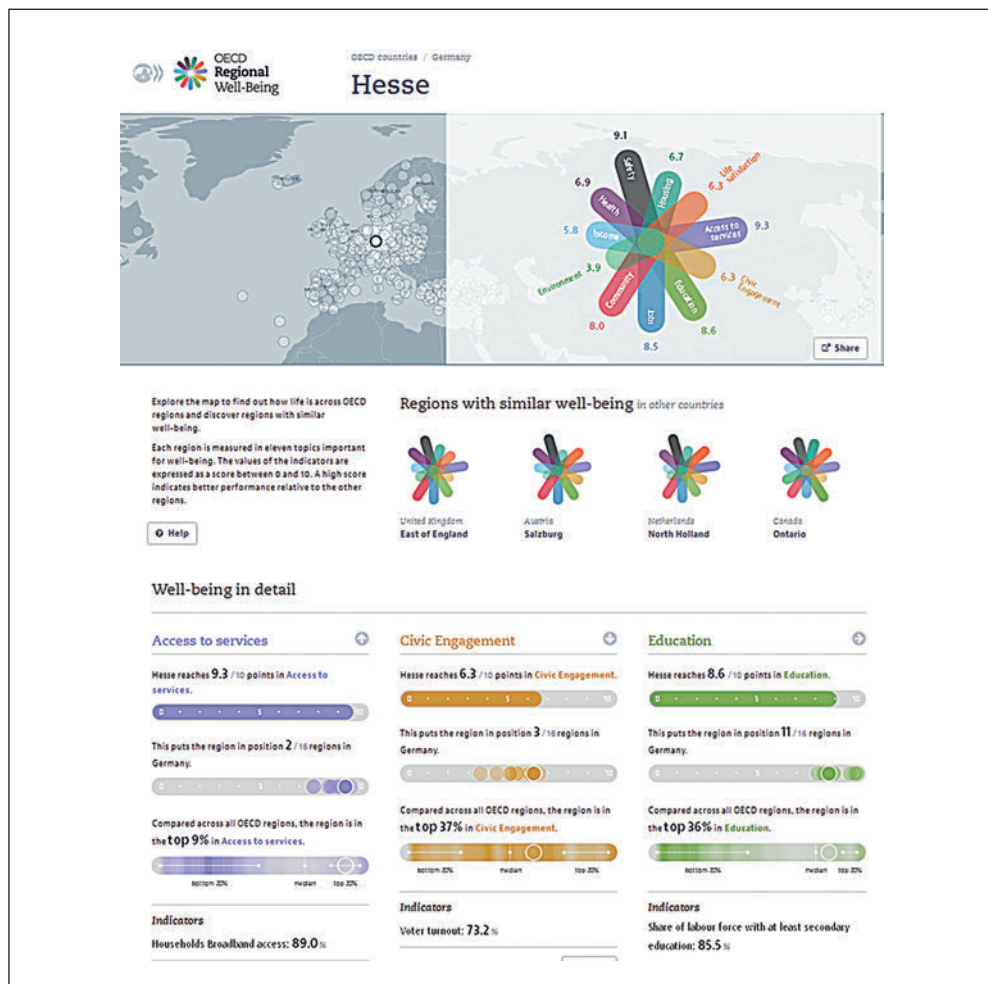


Abb. 8 Better-Life-Index auf subnationaler Ebene, hier für Hessen, im Vergleich. Quelle: OECD Regional Well-Being, [www.oecdregionalwellbeing.org/DE7.html](http://www.oecdregionalwellbeing.org/DE7.html)

## 5. Weiterentwicklungen

### 5.1 Berücksichtigung neuerer Ansätze

Eine besondere Bedeutung für die Arbeiten der EU wie auch der OECD haben die sogenannten *Sustainable Development Goals* (SDG) der VN unter der offiziellen Bezeichnung „Transforming Our World: the 2030 Agenda for Sustainable Development“. Sie wurden von den Staats- und Regierungschefs auf dem Nachhaltigkeitsgipfel (*Sustainable Development Summit*) vom 25. bis 27. September 2015 in New York angenommen und gelten – anders als die *Millennium Development Goals* – nun für alle VN-Mitgliedstaaten. Es handelt sich dabei

um 17 Ziele und 169 Targets zu den verschiedenen Facetten von Nachhaltigkeit im umfassenden Sinn. Ziel ist es, die Armut zu beseitigen und bis 2030 für eine weltweite nachhaltige Entwicklung zu sorgen. Die Ziele sollen anhand eines Indikatorensystems mit 230 Indikatoren überwiegend aus der amtlichen Statistik regelmäßig überprüft und gesteuert werden.<sup>50</sup> Die neue, weltweite Strategie für eine nachhaltige Entwicklung hat ebenfalls ihren Niederschlag in den Arbeiten der EU wie auch auf OECD-Ebene gefunden. Dies sei im Folgenden an ausgewählten Beispielen in Verbindung mit „Europa 2020“ bzw. dem OECD-Ansatz zur Fortschrittsmessung skizziert.

Die EU hat in einem *Factsheet* vom 22. November 2016 die Bedeutung für ihre Mitgliedstaaten und damit für eine nachhaltige Zukunft Europas aufgezeigt. Sie beabsichtigt, diese entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip gemeinsam mit den Mitgliedstaaten umzusetzen, und zwar in zwei Abschnitten (*Europäische Kommission* 2016): Zum einen sollen die weltweiten Nachhaltigkeitsziele in die aktuelle europäische Politik und ihre Prioritäten eingebunden werden. Zum anderen sollen Schwerpunkte in den einzelnen Politikbereichen im Hinblick auf eine langfristige Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele nach 2020 gesetzt werden.

Hinweise, inwieweit die globale Nachhaltigkeitsstrategie bereits durch die europäische Strategie „Europa 2020“ für Wachstum und Beschäftigung abgedeckt ist, gibt die Publikation *Sustainable Development in the European Union* von Eurostat (2016). So bestehen bereits heute schon einige Übereinstimmungen – ungeachtet der konkreten Zielwerte – für die Bereiche Bildung oder Umwelt.<sup>51</sup>

Ebenso hat die OECD schon verschiedene Grundsatzpapiere sowie eine Fülle von Dokumenten zur Bedeutung der weltweiten Entwicklungsstrategie für ihre Arbeiten veröffentlicht. Besonders hervorzuheben sind dabei die Folgenden:

- *The Sustainable Development Goals: An Overview of Relevant OECD Analysis, Tools and Approaches, Better Policies for Better Lives* (OECD 2015b) und
- *Better Policies for 2030: An OECD Action Plan on the Sustainable Development Goals* (OECD 2016).

In diesen beiden Dokumenten zeigt die OECD auf, wie sie durch ihre Arbeiten die weltweite Nachhaltigkeitsstrategie der VN bis 2030 unterstützen kann. Genannt werden in der Veröffentlichung (OECD 2015b) folgende Maßnahmen:

- „– Working with all stakeholders for better policies;
- Promoting investment in sustainable development supporting inclusive growth and Well-being;
- Ensuring the planet’s sustainability;
- Leveraging the power of partnerships;
- Strengthening data availability and capacity;
- Facilitating the follow up and review.“

Auf ihrem Treffen am 1. und 2. Juni 2016 haben die Minister noch einmal ihre Unterstützung bei der Verwirklichung der 2030-Agenda der VN bestätigt (OECD 2015c) und einen Aktionsplan vorgelegt. Genannt werden für die OECD vor allem folgende vier Schwerpunktbereiche (OECD 2016):

---

<sup>50</sup> Zu Einzelheiten siehe *United Nations* 2015.

<sup>51</sup> Zu Einzelheiten siehe die Angaben in Tabelle 5.

- Berücksichtigung der SDG-Perspektive der UNO in ihren Strategien und politischen Werkzeugen;
- Unterstützung bei der Fortschrittsmessung und Implementierung der SDG;
- Unterstützung bei integrierten Planungs- und Politikvorhaben auf Länderebene;
- Berücksichtigung der SDG in Vorhaben der OECD auch für nicht zur OECD gehörige Länder.

## 5.2 Regionalisierung

Die europäische Wachstumsstrategie „Europa 2020“ betrachtet im Wesentlichen die Entwicklungen auf der Ebene ihrer Mitgliedstaaten. Im Internet abrufbar sind dazu sogenannte *Fact-sheets* für die einzelnen Länder,<sup>52</sup> einschließlich der Entwicklungen im Zeitablauf wie auch im Ländervergleich. Im Weiteren gibt es einen „Europe 2020 Regional Index“ (ATHANASOGLU und DIJKSTRA 2014). Es handelt sich dabei um einen sogenannten zusammengefassten (*composite*) Index, in den die verschiedenen „Europa 2020“-Indikatoren gleichgewichtet eingehen, wie bereits für die Lissabon-Strategie praktiziert. Dieser zusammengefasste Index wird für jede territoriale Einheit NUTS-2<sup>53</sup> auf europäischer Ebene (für Deutschland Regierungsbezirke bzw. statistische Regionen) berechnet, auch unter Berücksichtigung der nationalen Zielsetzungen. Er wird anhand von Karten und graphischen Darstellungen für klassierte Indikatorenwerte veranschaulicht. Diese Darstellungen dienen vor allem dazu, die regionalen Fortschritte von „Europa 2020“ sowie „[...] dimensions of Well-being and development“ zu veranschaulichen.<sup>54</sup> Der Index kommt auch im Kohäsionsbericht zur Anwendung und soll Aufschluss über die Wettbewerbsfähigkeit der Region geben.<sup>55</sup> Ob und inwieweit er darüber hinaus auf Kommissionsebene bzw. in der Kommunikation mit den Zivilgesellschaften oder auf politischer Ebene in den Mitgliedstaaten genutzt wird, dafür gibt es wenig Anhaltspunkte.<sup>56</sup>

Die OECD hingegen hat 2014 den Bericht *How's Life in Your Region?* (OECD 2014) veröffentlicht. Sie beschreibt darin einen allgemeinen Rahmen zur Messung von *Well-being* auf subnationaler Ebene. Insgesamt werden neun Dimensionen von *How's Life?* für 362 Regionen von 34 OECD-Mitgliedstaaten betrachtet. Die OECD postuliert, dass *Well-being* auf lokaler Ebene einmal von individuellen Charakterzügen und zum anderen von den lokalen Gegebenheiten besonders geprägt sei.<sup>57</sup> Um diesen Besonderheiten Rechnung zu tragen, hat sie den Ansatz von *How's Life?* entsprechend modifiziert (siehe Abb. 9).

In die Betrachtung gehen bezüglich der allgemeinen Lebensbedingungen das Einkommen, die Berufstätigkeit und die Wohnsituation sowie im Hinblick auf die Lebensqualität die Bereiche Gesundheit, Bildung, Umwelt, Sicherheit, Zugang zu Dienstleistungen sowie bürgerliches Engagement ein.

52 Für Deutschland enthält diese Webseite zum Beispiel die wichtigsten Informationen [http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-your-country/deutschland/country-specific-recommendations/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-your-country/deutschland/country-specific-recommendations/index_en.htm) (zuletzt geöffnet am 20. 12. 2016).

53 Siehe dazu die Erläuterungen unter [https://www.destatis.de/Europa/EN/Methods/Classifications/OverviewClassification\\_NUTS.html](https://www.destatis.de/Europa/EN/Methods/Classifications/OverviewClassification_NUTS.html) (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016).

54 ATHANASOGLU und DIJKSTRA 2014, S. 4.

55 Europäische Kommission 2014b, S. 50f.

56 Zur allgemeinen Bedeutung von „Europa 2020“ für die europäische Förderpolitik siehe z. B. SCHMITZ 2016.

57 Siehe dazu auch die Ausführungen in Abschnitt 4.2.

| Category                             | Well-being dimension  | Place-based factors +  | Individual characteristics =              | People's well-being        |
|--------------------------------------|-----------------------|--|---|----------------------------|
| Material living conditions           | Income and jobs       | - Dynamism of regional economic context  | - Family                                  | - Employment               |
|                                      |                       | - Regional labour pool   | - Education                               | - Income                   |
|                                      |                       | - Access to training   | - Skills                                  | - Earnings                 |
|                                      |                       | - Transport  | - Motivation                              | - Poverty rates            |
|                                      |                       | - Information networks   |   |                            |
| Quality of life (objective factors)  | Health                | - Education opportunities  |   |                            |
|                                      |                       | - Social conditions (housing, heating, relative and absolute inequality, etc.) | - Biological and genetic factors          | - Life expectancy at birth |
|                                      |                       | - Environmental conditions (pollution, amenities, etc.)                        | - Lifestyle                               | - Infant mortality         |
|                                      |                       |  | - Risky behaviour                         |                            |
|                                      |                       |  | - Income                                  |                            |
| Quality of life (subjective factors) | Subjective well-being | - Access to amenities  | - Mental health/ psychological resilience | - Life satisfaction        |
|                                      |                       | - Noise  | - Family and personal life                | - Happiness                |
|                                      |                       | - Pollution  | - Character                               |                            |
|                                      |                       | - Community life and support   |   |                            |
|                                      |                       | - Economic conditions  |   |                            |
|                                      |                       | - Safety/security  |   |                            |

Abb. 9 Well-being local. Quelle: OECD 2014

Allgemein zeigt diese Studie, dass oftmals zwischen einzelnen Regionen innerhalb eines Landes größere Disparitäten bestehen als zwischen den Ländern. Die OECD betont, dass in Regionen mit weniger großen Disparitäten in der Einkommensverteilung auch ein größeres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf zumindest in den letzten zehn Jahren bzw. seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 zu beobachten sei. Eine Angleichung von *Well-being* auf regionaler Ebene sei erstrebenswert, um die Widerstandsfähigkeit einer Region zu stärken.<sup>58</sup>

Auch für ihre Internetanwendung *Better-Life-Index* ist ein regionaler Vergleich auf subnationaler Ebene möglich. Abbildung 10 zeigt eine aggregierte Auswertung für Mittelwerte des oberen und unteren Quintils im Vergleich ebenso wie Durchschnittswerte für das jeweilige Land: hier Deutschland und der OECD-Durchschnitt.

Für diesen Ansatz wählte die OECD eine Vorgehensweise, ausgehend von dem Grundmodell zu *How's Life*, der den Besonderheiten auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen und empirischen Erfahrungen zu *Well-being* unter kleinräumigen Gesichtspunkten zumindest in kollektiver Hinsicht Rechnung trägt. Das Konzept der OECD zu *How's Life* gab den Anstoß, für ausgewählte Städte und Regionen Deutschlands wichtige Dimensionen von *Well-being* anhand von Daten aus der Bundesstatistik näher zu untersuchen (SCHNORR-BÄCKER und BÖMERMANN 2013).

Wirtschaftliches Wachstum ist nach wie vor ein prioritäres Ziel, sowohl bei der OECD wie auch bei der EU. Abbildung 11 zeigt die Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr für die Landkreise und kreisfreien Städte

<sup>58</sup> OECD 2014, S. 18f.

**How do the top and bottom regions in Germany fare on the well-being indicators?**

|  | German regions |            | Country average | OECD average |
|--|----------------|------------|-----------------|--------------|
|  | Top 20%        | Bottom 20% |                 |              |
| <b>Jobs</b>  |                |            |                 |              |
| Employment rate (%), 2014  | 78.9           | 71.0       | 76.3            | 66.3         |
| Unemployment rate (%), 2014  | 2.9            | 8.0        | 4.9             | 8.6          |
| <b>Education</b>   |                |            |                 |              |
| Labour force with at least upper secondary education (%), 2014             | 92.5           | 83.6       | 86.7            | 74.3         |
| <b>Community</b>   |                |            |                 |              |
| Perceived social support network (%), average 2006-14                      | 95.1           | 92.5       | 94.0            | 88.9         |
| <b>Safety</b>  |                |            |                 |              |
| Homicide Rate (per 100 000 people), 2013                                   | 0.6            | 1.3        | 0.8             | 3.4          |
| <b>Health</b>  |                |            |                 |              |
| Life Expectancy at birth (years), 2013                                     | 81.7           | 79.9       | 80.9            | 79.7         |
| Age-adjusted mortality rate (per 1 000 people), 2013                       | 7.6            | 8.4        | 8.0             | 8.4          |
| <b>Civic engagement</b>  |                |            |                 |              |
| Voters in last national election (%), 2015                                 | 74.0           | 67.8       | 71.5            | 68.1         |
| <b>Access to services</b>  |                |            |                 |              |
| Households with broadband access (%), 2014                                 | 89.1           | 82.1       | 87.0            | 69.8         |
| <b>Life satisfaction</b>   |                |            |                 |              |
| Self-evaluation of life satisfaction (scale from 0 to 10), average 2006-14 | 6.9            | 6.3        | 6.7             | 6.7          |
| <b>Housing</b>   |                |            |                 |              |
| Rooms per person, 2013   | 2.3            | 2.1        | 2.2             | 1.8          |
| <b>Environment</b>   |                |            |                 |              |
| Level of air pollution in PM 2.5 (µg/m <sup>3</sup> ), 2013                | 12.4           | 14.8       | 13.7            | 10.4         |
| <b>Income</b>  |                |            |                 |              |
| Disposable income per capita (in USD PPP), 2013                            | 25 995         | 20 272     | 23 601          | 17 916       |

Note: Data in the first two columns refer to average values of top and bottom regions of national ranking and until the equivalent of 20% of the national population is reached.

Abb. 10 *Better-Life-Index* auf subnationaler Ebene. Quelle: *OECD*, <http://www.oecd.org/gov/regional-policy/how-life-country-facts-germany.pdf>

in Deutschland für ausgewählte Jahre. Die Werte sind klassiert mit einer Gleichbesetzung in jeder Klasse.<sup>59</sup> Eine rote Einfärbung bedeutet, dass für diese Kreise die nominalen BIP-Veränderungsraten unter dem Bundesdurchschnitt lagen, grün hingegen zeigt eine überdurchschnittliche Entwicklung an. Die Abbildungen 11A und 11B geben Hinweise auf die Auswirkungen der größten Wirtschafts- und Finanzkrise in jüngerer Zeit von 2008/2009 auf die verschiedenen Kreise in Deutschland. Die Betrachtung in Abbildung 11A geht von den Werten von 2008 aus, als die Veränderungsrate des BIP noch nicht so stark gefallen waren.<sup>60</sup> Dagegen zeigt Abbildung 11B das Ausmaß der Auswirkungen der Krise vor allem in wirtschaftsstarken Regionen Deutschlands: Besonders stark waren diese im Südwesten, in der Rhein-Main-Region bis hin zum Ruhrgebiet, sowie in ausgewählten Gebieten im Nordwesten.<sup>61</sup> Die aktuellen Entwicklungen der Veränderungsrate des BIP auf Kreisebene werden in Abbildung 11C wiedergegeben. Auch wenn diese überwiegend positiv sind, gibt es vor allem in Nordosten und in der Mitte Deutschlands Regionen, in denen die Entwicklungen unterdurchschnittlich sind, ungeachtet der methodischen Einschränkungen der Vergleichbarkeit aufgrund der Auswirkungen der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014.<sup>62</sup> Für genauere Analysen können im Regionalatlas ebenfalls die exakten Werte für die einzelnen Landkreise wie auch Rangreihen abgerufen werden.

59 Auch andere Klassierungen können vom Nutzer vorgegeben werden.

60 Dies war erst im letzten Quartal des Jahres 2008 der Fall; siehe dazu auch HEILEMANN und SCHNORR-BÄCKER 2016.

61 Die Werte für Mecklenburg-Vorpommern fehlen weitgehend, da hier am 4. September 2011 eine Gebietsreform für nahezu alle Kreise stattgefunden hat; im Regionalatlas wird nur der aktuelle Gebietsstand gezeigt.

62 Siehe dazu z. B. die Hinweise im Regionalatlas unter der Schaltfläche „i“.

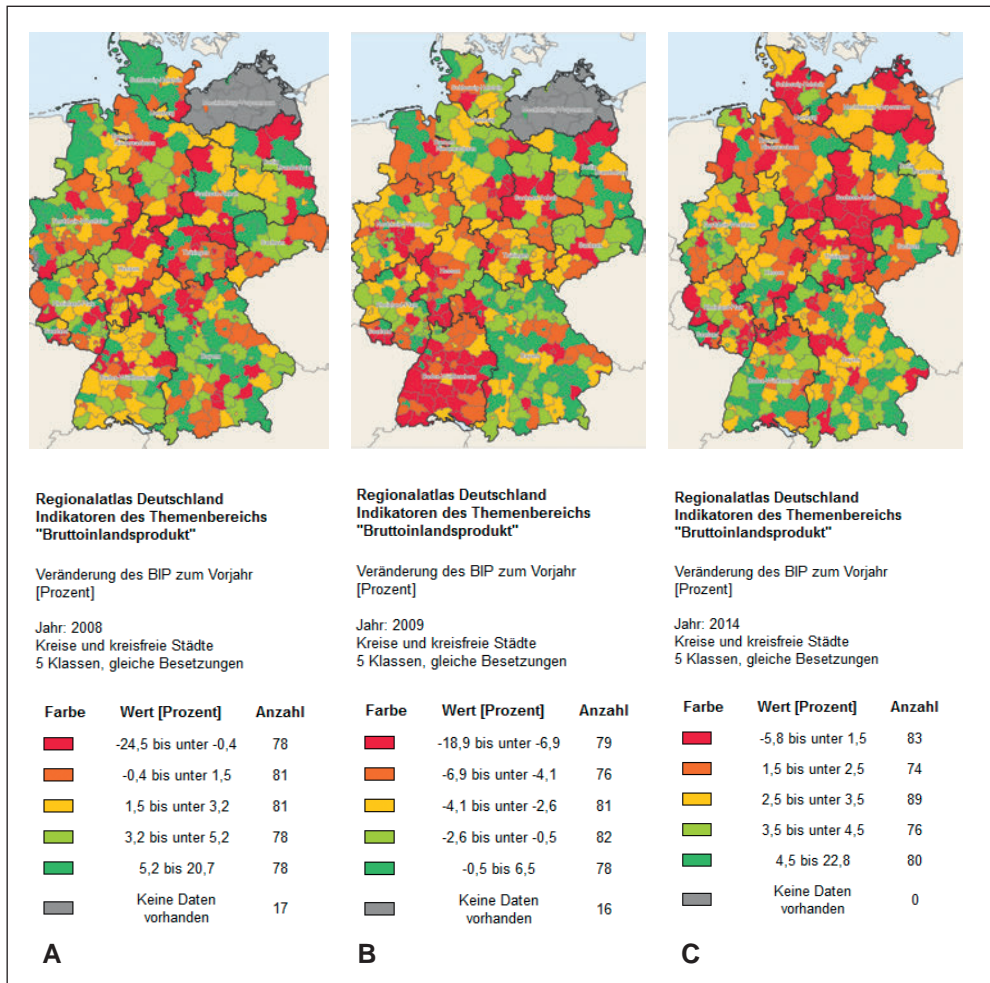


Abb. 11 (A) Veränderung des BIP 2008 zum Vorjahr. (B) Veränderung des BIP 2009 zum Vorjahr. (C) Veränderung des BIP 2014 zum Vorjahr. Quelle: Regionalatlas, [https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL= https://www-genesis.destatis.de/regatlas/AI017-1.xml&CONTEXT=REGATLAS01](https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/regatlas/AI017-1.xml&CONTEXT=REGATLAS01)

Gerade bei *Well-being* auf lokaler Ebene (siehe Abb. 9) sind weitere Aspekte, vor allem die lokalen Besonderheiten maßgeblich. Als Ausgangspunkt einer solchen Betrachtung könnte die Siedlungsstruktur dienen, wie in Abbildung 12A dargestellt.

Zwar zeigt die Karte die Siedlungsstruktur für einen länger zurückliegenden Stichtag, den Zensusstichtag 9. Mai 2011, aber mit ihrer Hilfe lässt sich das Potenzial von neuen Formen der Darstellung, sogenannten Rasterkarten, darstellen. Es handelt sich um rasterbasierte Angaben, hier für Quadrate von 1 km × 1 km.<sup>63</sup> Sie bieten ein wesentlich größeres Analysepoten-

<sup>63</sup> Diese Darstellung wurde möglich durch eine Gesetzesänderung im Bundesstatistikgesetz zum 1. August 2013, die der Bundesstatistik nun generell die Nutzung von Rastern für Bundesstatistiken und Register erlaubt.

zial als sogenannte Choroplethenkarten wie in Abbildung 11 dargestellt. Danach zeigt sich, dass Deutschland überwiegend eine dünne bis mittlere Besiedlung aufweist, wenn man z. B. die Abgrenzungskriterien der EU zugrunde legt.<sup>64</sup> Die weiteren Kartenausschnitte geben die räumliche Verteilung des Durchschnittsalters der Bevölkerung (siehe Abb. 12B) und den Anteil von leerstehenden Wohnungen an den Wohnungen insgesamt je Gitterzelle (Leerstandsquote) wieder (siehe Abb. 12C). Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden ebenfalls Daten aus dem Bevölkerungszensus zum Stichtag 9. Mai 2011 verwendet. Auch wenn dieser Stichtag bereits einige Zeit zurückliegt, dürfte der Informationsgehalt immer noch weitgehend aktuell sein, da es sich bei beiden statistischen Indikatoren eher um Strukturdaten handelt.

Die Wohnbedingungen – hier negativ definiert anhand der Leerstandsquote – sind nach der OECD elementar für *Well-being*. Eine vergleichende Betrachtung der Abbildungen 12B und 12C zeigt, dass Gebiete mit einer Bevölkerung mit einem hohen Durchschnittsalter eine hohe Leerstandsquote – ungeachtet definitorischer Details – aufweisen. Dies gilt besonders für das Ruhrgebiet und das südöstliche Grenzgebiet zwischen Thüringen und Sachsen. Ob es hier eine Korrelation gibt, müssen weitere Analysen zeigen. Noch mehr gilt dies im Hinblick auf mögliche Kausalitäten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass kartographische Darstellungen, besonders Rasterkarten, eine weitere wichtige Quelle für kleinräumige Analysen zur Erforschung von objektiven Gegebenheiten von *Well-being*, Wohlbefinden oder der Lebensqualität der Bevölkerung sind.

### 5.3 Neue Datenquellen

Die Erforschung von *Well-being* erfordert ein breites und tiefes Angebot an aktuellen Informationen, die statistisch aufbereitet werden müssen. Dazu gehören nicht nur objektive Sachverhalte, also solche, die sich zählen, messen, wiegen oder anderweitig berechnen lassen, sondern auch subjektive Einschätzungen gewinnen zunehmend an Bedeutung, auch in der amtlichen Statistik. Einigkeit besteht bei all den hier skizzierten Strategien auf UN-, OECD- und EU-Ebene wie auch national zur Fortschrittsmessung im weiteren Sinne, dass die amtliche Statistik der herausragende Datenlieferant für eine regelmäßige Überprüfung sein soll. Denn sie ist diejenige Einrichtung in einem Land, die auf gesetzlicher Grundlage unparteiisch und nach wissenschaftlichen Methoden qualitativ hochwertige, zuverlässige und aktuelle statistische Daten für ein breites und teilweise tief untergliedertes Spektrum an Themen für einen heterogenen Nutzerkreis aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft frei und allgemein zugänglich bereitstellt.<sup>65</sup>

Bereits bei der Festlegung der politischen Ziele zur Fortschrittsmessung auf allen oben genannten Ebenen zeichnete sich ab, dass die Datenangebote aus der amtlichen Statistik nicht ausreichen, um den Informationsbedarf zu decken. Deshalb wurden vor allem von statistischen Einrichtungen schon frühzeitig Initiativen ergriffen, um neue Datenquellen unter dem Stichwort „Big Data“ auf ihre Nutzungsmöglichkeiten in der amtlichen Statistik zu untersuchen. Einen Überblick über die geplanten Vorhaben und die bereits genutzten Datenquellen

---

<sup>64</sup> Danach liegt eine dünne bzw. mittlere Besiedlung vor, wenn die Einwohnerzahl je km<sup>2</sup> 100 bzw. 500 Personen nicht übersteigt und die Region oder die Stadt höchstens 50000 Einwohner zählt. Zu weiteren Details siehe u. a. SCHNORR-BÄCKER 2016b, S. 521f.

<sup>65</sup> Zu Einzelheiten siehe SCHNORR-BÄCKER 2016c, Abschnitt 2.3.

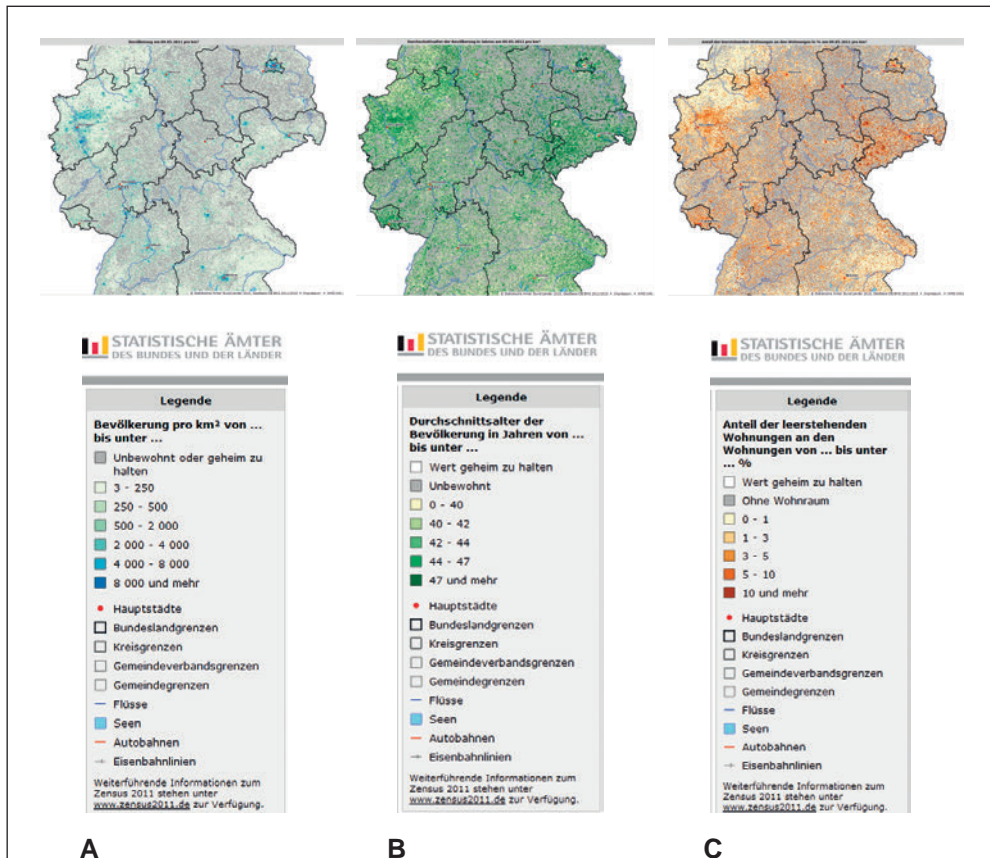


Abb. 12 (A) Bevölkerung je Quadratkilometer. (B) Durchschnittsalter. (C) Leerstandsquote. Quelle: Zensusatlas <https://atlas.zensus2011.de/>

für statistische Indikatoren gibt SCHNORR-BÄCKER (2016c). In diesem Beitrag wird u. a. auf ein Beispiel der OECD verwiesen. Dort haben Wissenschaftler in einer Forschungsstudie auf der Grundlage von Satellitenbildern Auswertungen zu Feinstaub-Belastungen der Luft vorgenommen. Durch die Belastung der Luft mit Schadstoffen, die in enger Verbindung stehen zu Industrieproduktion, Verkehr und Urbanisierung, wird die Luftqualität und damit die Lebensqualität beeinträchtigt. Die negativen Auswirkungen sind umso gravierender, je stärker die Schadstoffbelastungen sind. So ist die Luftbelastung ein wichtiger Indikator der 2002 auf politischer Ebene beschlossenen umfassenden Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ und wird regelmäßig ausgewiesen (Statistisches Bundesamt 2014).

Anhand von Luftbildern lassen sich – geeignete Analysemethoden und eine ausreichende Datenlage vorausgesetzt – flächendeckende Informationen im Gegensatz zu traditionell nur punktuell gemessenen Werten ermitteln. So haben sich BREZZI und SANCHEZ-SERRA (2014) für ihre Berechnungen der Belastungen mit Feinstaub kleiner als  $2,5\mu\text{m}$  (engl. „particulate matter“ [PM]) auf subnationaler Ebene auf Auswertungen von Satellitenbildern von VAN DONKELAAR et al. (2015) gestützt (siehe Abb. 13).

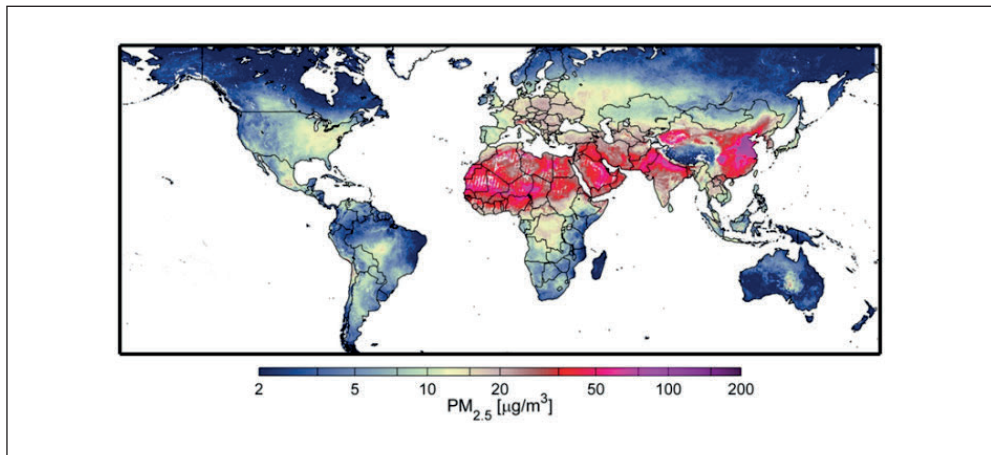


Abb. 13 Belastungen mit Feinstaub PM<sub>2,5</sub> auf der Grundlage von Satellitenbildern. Quelle: VAN DONKELAAR et al. 2015, S. 138

Auf dieser Grundlage haben sie Werte für ausgewählte Regionen in den OECD-Mitgliedstaaten abgeleitet (siehe Abb. 14).

In Abbildung 14 sind für OECD- und ausgewählte andere Staaten die Regionen mit den geringsten und den höchsten Feinstaubbelastungen unter Angabe der nationalen Durchschnittswerte genannt. So werden für Deutschland die geringsten Belastungen mit Feinstaub PM<sub>2,5</sub> in Mecklenburg-Vorpommern ausgewiesen; die höchsten Werte sind für Berlin verzeichnet.

Es gibt eine Fülle weiterer Quellen, die im Fokus der amtlichen Statistik zur Anreicherung ihrer Datenangebote stehen (SCHNORR-BÄCKER 2016c), vor allem für kleinräumige statistische Nachweisungen. Dazu gehört einmal die Nutzung von sekundärstatistischen Daten, also Daten, die bei anderen öffentlichen Einrichtungen vorliegen. Derzeit machen diese etwas weniger als die Hälfte des statistischen Programms der Bundesstatistik aus. Da es sich dabei um Vollerhebungen mit häufig vernachlässigbaren Schwellenwerten handelt, bieten sich hier relativ einfach und belastungsarm Erweiterungsmöglichkeiten für das Programm der amtlichen Statistik vor allem in Verbindung mit der Nutzung von Gitterzellen für rasterbasierte kartographische Darstellungen, vorausgesetzt die benötigten und/oder vorhandenen regionalen Identifikatoren sind geeignet und dürfen genutzt werden.

Zum anderen gehören dazu neue Datenquellen wie zum Beispiel die oben genannten Satellitenbilder. Da in unserer Zeit nahezu alle Informationen (in Wort, Ton, Bild) in elektronischer Form vorliegen wie auch zunehmend Aktivitäten und Bewegungen elektronisch erfasst, aufgezeichnet, miteinander vernetzt und über das Internet zugänglich gemacht werden können, bietet sich hier ein großes Potenzial zur Gewinnung von statistischen Informationen, die bislang aufgrund der damit verbundenen Belastungen, der Kosten oder aus anderen Gründen nicht erhebbar waren. Die Beispiele zeigen allerdings auch, dass dafür neue Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, aus verschiedenen Gründen. Dazu gehört einmal der Zugang zu den Daten, der häufig bei Privaten liegt. Auch werden wissenschaftliche Methoden zu ihrer Auswertung benötigt, die oftmals ein Spezialwissen erfordern. Und, für eine angemessene Kommunikation, im Hinblick auf die Nutzerbedürfnisse, müssen geeignete Verfah-

ren entwickelt werden, damit die beobachteten oder gemessenen Sachverhalte in einem zunehmend komplexer werdenden Umfeld möglichst korrekt verstanden und interpretiert bzw. Fehlinterpretationen so weit wie möglich ausgeschlossen werden. Die wachsende Informationsflut und die abnehmende Halbwertszeit von Informationen macht zunehmend qualitativ

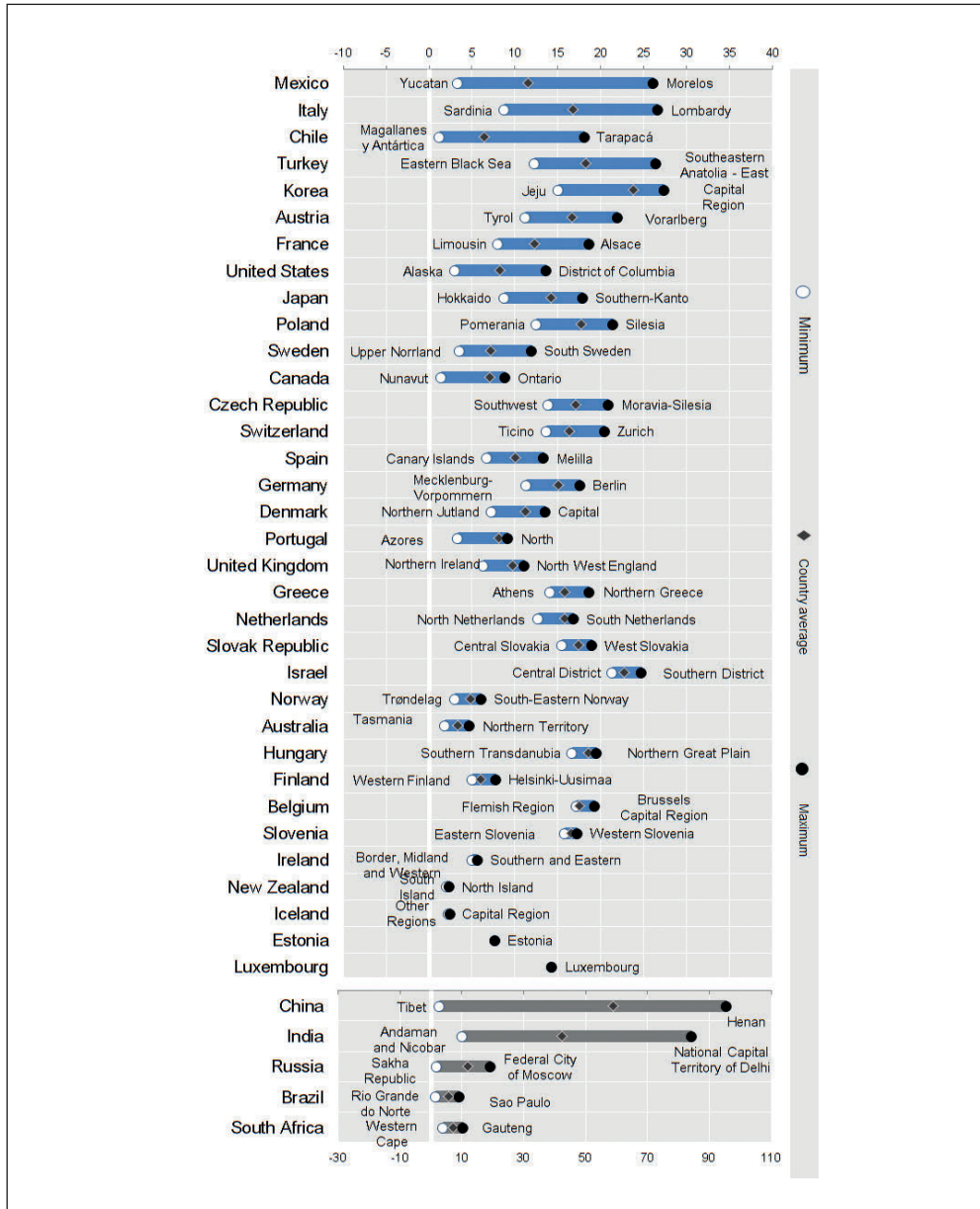


Abb. 14 Regionale Unterschiede der Feinstaubbelastung in den Mitgliedsländern der OECD. Quelle: BREZZI und SANCHEZ-SERRA 2014, S. 10

hochwertige Informationen erforderlich, damit die Strategien zur Verbesserung der Lebensqualität im weiteren Sinne ihre vollen Wirkungen für die Gesellschaft entfalten können.

Denkbar ist auch, dass die Bevölkerung selbst in zunehmendem Maße darüber Auskunft gibt, wie sie ihre materiellen Lebensbedingungen oder gar die Lebensqualität einschätzt. So hat die Bundesregierung ihre Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ (*Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* 2016) auf Ergebnisse aus einem direkten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern gestützt. Hier wurden von verschiedenen Einrichtungen der Zivilgesellschaft, aus Wirtschaft, Wissenschaft sowie der Politik, also auch von jedem Bundesminister oder jeder Bundesministerin sowie der Bundeskanzlerin, sogenannte Bürgerdialoge veranstaltet. In den Bürgerdialogen, aber auch online, konnten zahlreiche Personen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ihre Vorstellungen von Lebensqualität diskutieren.<sup>66</sup> In Verbindung mit einer computerlinguistischen Freitextanalyse wurden die Ergebnisse der Bürgerdialoge nach zeitgemäßen wissenschaftlichen Verfahren und von unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen und Gremien ausgewertet und begleitet. Auf diese Weise konnten auch weniger privilegierte gesellschaftliche Gruppierungen, deren besondere wirtschaftliche und soziale Lage in den Ergebnissen der amtlichen Statistik häufig aus verschiedenen Gründen (z. B. wegen zu kleiner Grundgesamtheiten, aus Geheimhaltungsgründen) nicht gesondert ausgewiesen werden,<sup>67</sup> berücksichtigt werden. Ein derartiger Ansatz dürfte die zutreffenden Erkenntnisse liefern, was tatsächlich in einem Land oder einer Region – wie klein auch immer – unter Fortschritt oder Lebensqualität verstanden wird.

## 6. Ausblick

Auch wenn ein Vergleich der beiden Ansätze „Europa 2020“ der EU mit „How’s Life? Measuring Progress“ der OECD nur eingeschränkt möglich ist, sowohl von der Zielrichtung wie auch vom Ansatz her, so sollen im Folgenden sowohl die Gemeinsamkeiten wie auch die Besonderheiten kurz skizziert werden.

Beides sind politische Strategien von großer Bedeutung für ihre jeweiligen Mitgliedstaaten, und damit auch für Deutschland. Bei beiden Strategien stehen wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung im Zentrum, also Ziele, auf die sich die jeweiligen Mitgliedstaaten mehr oder weniger formal geeinigt haben.

Im Detail allerdings bestehen grundlegende Unterschiede. So gibt es bei „Europa 2020“ im strengen Sinne nur ein Ziel: ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum für die EU. Als Haupttreiber werden Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Arbeitsmarktchancen gesehen, die in einen sozial- und umweltverträglichen Rahmen (wie Begrenzung der Armut und Schutz von Klima und natürlichen Ressourcen) zu integrieren sind. Die Zielsetzungen sind politisch festgelegt, quantifiziert und dienen zur makroökonomischen Steuerung. Durch ein regelmäßiges Monitoring mit einem genau festgelegten Ablauf sowohl in inhaltlicher als auch in zeitlicher Hinsicht werden die Zielwerte für die verschiedenen Indikatoren und damit die Erfolge regelmäßig überprüft, versehen mit Handlungsempfehlungen für die Politik. Hauptadressat dieser Informationen ist die Politik. Die amtliche Statistik und die

---

66 Siehe dazu z. B. für *Bundesministerium Wirtschaft und Energie* 2016, S. 18ff.; besonders S. 20.

67 Siehe dazu auch die Ausführungen im nächsten Abschnitt.

Zivilgesellschaft werden eher *ad hoc* und punktuell einbezogen. Regionalen Besonderheiten bzw. regionalen Disparitäten wird bei diesem Ansatz keine gesonderte Beachtung geschenkt, zumindest nicht explizit; implizit mögen sie in den regelmäßigen mehrjährigen Kohäsionsberichten wie auch in der Förderpolitik der Europäischen Kommission Berücksichtigung finden.

Die OECD hingegen hat sich bei ihrem Ansatz „How’s Life? Measuring Progress“ von Anbeginn darauf konzentriert, einen Ansatz ausgerichtet an den Lebensbedingungen und -umständen der Zivilgesellschaft, also eher auf der Mikroebene, in Ergänzung zur politischen Steuerung auf makroökonomischer Ebene zu entwickeln. Es handelt sich dabei um ein mehrdimensionales Konzept, das auf wissenschaftlicher Basis, unter Berücksichtigung etablierter statistischer Indikatoren aus der amtlichen Statistik, einen Einblick in die verschiedenen Facetten von Lebensqualität, ausgerichtet an den menschlichen Bedürfnissen, geben will. Dabei werden nicht nur unterschiedliche Entwicklungsstände in fachlicher, sondern auch in regionaler Hinsicht aufgezeigt. Ein regelmäßiges Monitoring in zweijährlichem Abstand wird von der OECD vorgenommen in Form der Publikation *How’s Life ...*. Grundlage ist ein Kern-datenbestand aus statistischen Informationen zu objektiven Gegebenheiten und subjektiven Einschätzungen und Empfindungen, der regelmäßig erweitert wird. Auch werden vertiefende Untersuchungen bereits identifizierter oder modifizierter Dimensionen von Lebensqualität durchgeführt. Als Beispiele seien hier nur die Ausweitung auf regionale Betrachtungen oder die Lebensqualität von Kindern in den Fortschrittsberichten 2014 bzw. 2015 genannt. Die OECD verfolgt damit vor allem folgende Ziele:

- Eine bessere Vergleichbarkeit der Lebensqualität in ihren Mitgliedsländern in Ergänzung zu allgemein anerkannten makroökonomischen Größen, vor allem dem Bruttoinlandsprodukt und der Beschäftigung.
- Die Schaffung einer Informationsbasis auf der Grundlage von qualitativ hochwertigen, besonders zuverlässigen, unparteiischen und aktuellen, statistischen Indikatoren aus der amtlichen Statistik durch zum Beispiel die Veröffentlichung von detaillierten Methodenhandbüchern und Leitlinien. Dabei greift die OECD aktuelle Entwicklungen, besonders neuartige Methoden und Datenquellen, auf und versucht, diese in die etablierten Strukturen zu integrieren.
- Den Einbezug der Messung von Lebensqualität in ihren Kompetenzrahmen, d. h. in die verschiedenen Politikfelder sowie deren Zusammenwirken im Verbund.
- Die Bereitstellung von umfassenden und an den Bedürfnissen und Kenntnissen der Nutzer ausgerichteten Informationen, die auch in begrenztem Umfang individualisierbar sind und sich länderübergreifend vergleichend darstellen lassen (z. B. durch den *Better-Life-Index*).

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass es auf europäischer Ebene eine Fülle verschiedener Ansätze zur Erfassung der Lebensqualität gibt, ungeachtet ihrer Verbreitung und Anerkennung in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Zivilgesellschaft. Es gibt wenig Hinweise darauf, dass bzw. inwieweit diese in die politischen Entscheidungen auf Kommissionsebene eingehen.

Die OECD bietet mit ihrem Ansatz zu *How’s Life* einen Rahmen für ihre Mitgliedstaaten zur Messung der Lebensqualität sowohl in inhaltlicher wie auch methodischer Hinsicht und stellt eine Basis für Ländervergleiche bereit. Eine Ausrichtung auf neue Ansätze, wie die Fortschrittsagenda der VN mit den *Sustainable Development Goals*, erscheint relativ einfach möglich. Dabei ist es der OECD gelungen, das Set an statistischen Indikatoren für eine re-

gelmäßige Fortschrittsmessung zahlenmäßig – im Einklang mit wissenschaftlichen Ergebnissen – zu begrenzen und diese an den Bedürfnissen verschiedener Nutzergruppen ausgerichtet zu kommunizieren.

Den höchsten Identifikationsgrad aller gesellschaftlichen Gruppierungen mit den für sie relevanten Facetten von Lebensqualität bietet allerdings ihre Diskussion und Klärung im Dialog mit den Betroffenen, – wie von der Bundesregierung bei der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ praktiziert. Nur auf diese Weise lässt sich in Ergänzung zu objektiven Gegebenheiten der Dimensionen von Lebensqualität, wirtschaftlichem Wohlstand, gesellschaftlichem Fortschritt oder Nachhaltigkeit, ermitteln, wie diese von der Bevölkerung oder den betroffenen Gruppierungen wertgeschätzt werden.

In einem Zeitalter mit einer hohen Dichte an Informationen, deren schneller und weiter Verbreitung, einem häufig nur schwer abschätzbaren Wahrheitsgehalt und einer nur kurzen Halbwertszeit sind zuverlässige und aktuelle (statistische) Informationen sowohl zu den objektiven Gegebenheiten wie auch ihrer subjektiven Wertschätzung fundamental für eine evidenzbasierte, rationale und nachhaltige Politik zur Verbesserung der Lebensbedingungen in ihren verschiedenen Facetten.

## Literatur

- ACEMOGLU, D., and ROBINSON, J.: Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity, and Poverty. New York: Crown Publishers 2012
- ATHANASOGLU, S., and DIJKSTRA, L.: The Europe 2020 Regional Index. Luxembourg: Publications Office of the European Union 2014  
<https://infoeuropa.euocid.pt/files/database/000061001-000062000/000061431.pdf> (zuletzt geöffnet am 20. 12. 2016)
- BREZZI, M., and SANCHEZ-SERRA, D.: Breathing the Same Air? Measuring Air Pollution in Cities and Regions. OECD Regional Development Working Papers, No. 2014/11, OECD Publishing: Paris 2014  
doi: <http://dx.doi.org/10.1787/5jxrb7rkxf21-en>, zuletzt geöffnet am 20. Dezember 2016
- Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Abschluss des Europäischen Semesters 2016. Monatsbericht des BMF. September, Berlin 2016  
[http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2016/09/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-Abschluss-Europaeischen-Semesters-2016.html?showFacetCategoryKapiteltyp=true&showFacetDocType=true&showFacetYear=true&submit=Senden&showFacetDateOfIssueMonth=true&folder=%2Fbmf%2FContent%2FDE%2FMonatsberichte%2F\\*%26amp;templateQueryString=Europ%C3%A4ische+Semester&baseDocType=GCJournal&baseDocType=Report&baseDocType=Basepage](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2016/09/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-Abschluss-Europaeischen-Semesters-2016.html?showFacetCategoryKapiteltyp=true&showFacetDocType=true&showFacetYear=true&submit=Senden&showFacetDateOfIssueMonth=true&folder=%2Fbmf%2FContent%2FDE%2FMonatsberichte%2F*%26amp;templateQueryString=Europ%C3%A4ische+Semester&baseDocType=GCJournal&baseDocType=Report&baseDocType=Basepage) (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.): Bundesregierung nimmt neu Maß. Im Rahmen ihrer Strategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ hat die Bundesregierung einen umfangreichen Bericht zur Lebensqualität vorgelegt. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht November 2016  
<http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/Monatsbericht/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-11-2016.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (zuletzt geöffnet am 20. 1. 2017)
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission. Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM (2010) 2020 endgültig, Brüssel, den 3. 3. 2010 (2010a)  
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/eu-kommission-mitteilung-europa-2020,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016)
- Europäische Kommission: Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Bewertung der Lissabon-Strategie. SEK (2010) 114 endgültig, Brüssel, den 2. 2. 2010 (2010b)  
[http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs\\_2009/pdf/lisbon\\_strategy\\_evaluation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs_2009/pdf/lisbon_strategy_evaluation_de.pdf) (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016)
- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. COM (2014) 130 final, Brüssel, den 5. 3. 2014 (2014a)  
[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking_de.pdf) (zuletzt geöffnet am 13. 1. 2017)

- Europäische Kommission:* Investitionen in Beschäftigung und Wachstum. Förderung von Entwicklung und guter Governance in den Regionen und Städten der EU. Sechster Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union 2014b  
[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion6/6cr\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion6/6cr_de.pdf) (zuletzt geöffnet am 20. 12. 2016)
- Europäische Kommission:* Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zur Strategie 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. COM (2015) 100 final, Brüssel, den 2. 3. 2015 (2015)  
[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020\\_consultation\\_results\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020_consultation_results_de.pdf) (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016)
- Europäische Kommission:* Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft Europas – Europäische Maßnahmen für Nachhaltigkeit: Fragen und Antworten. Factsheet. Straßburg, 22. 11. 2016 (2016)  
[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-16-3886\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-3886_de.htm) (zuletzt geöffnet am 19. 12. 2016)
- Europäischer Rat:* Council Recommendation (EU) 2015/1184 of 14 July 2015 on broad guidelines for the economic policies of the Member States and of the European Union. Official Journal of the European Union L192/27, 18. 7. 2015 (2015)  
[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/eu2020\\_20151407\\_economic\\_policies.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/eu2020_20151407_economic_policies.pdf) (zuletzt geöffnet am 17. 1. 2017)
- Eurostat:* Wie kommt die Europäische Union im Hinblick auf die Erfüllung der Europa 2020 Ziele voran? Europa 2020 Strategie. Pressemitteilung. *Eurostat Pressestelle* (Hrsg.), 38/2015, 2. März 2015  
<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6664136/1-02032015-CP-DE.pdf/a12669a0-fd8a-43cc-8185-80055a130e25> (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016)
- Eurostat:* Sustainable development in the European Union. A Statistical Glance from the Viewpoint of the UN Sustainable Development Goals. Luxembourg: Publications Office of the European Union 2016  
<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/7745644/KS-02-16-996-EN-N.pdf> (zuletzt geöffnet am 19. 12. 2016)
- GIOVANNINI, E.: Why measuring progress matters. *OECD Observer* No. 262. Paris 2007  
[http://oecdobserver.org/news/archivestory.php/aid/2283/Why\\_measuring\\_progress\\_matters.html](http://oecdobserver.org/news/archivestory.php/aid/2283/Why_measuring_progress_matters.html) (zuletzt geöffnet am 6. 12. 2016)
- HEILEMANN, U., und SCHNORR-BÄCKER, S.: Methoden und Grenzen der Marktbeobachtung im EU-Binnenmarkt und den Mitgliedstaaten. Endbericht. Forschungsvorhaben Nummer 61/09 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Wiesbaden 2011  
[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Internationales/EndberichtMarktbeobachtung5922101119004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Internationales/EndberichtMarktbeobachtung5922101119004.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt geöffnet am 18. 1. 2017)
- HEILEMANN, U., und SCHNORR-BÄCKER, S.: Could the start for the German Recession 2008–2009 have been foreseen? Evidence from real-time data. RPF Working Paper No. 2016-003. <http://www.gwu.edu/~forcpgm/2016-003.pdf>, February 16, 2016, Research Program on Forecasting, Center of Economic Research Department of Economics, The George Washington University Washington, DC 20052, <http://www.gwu.edu/~forcpgm>, 2016
- HÖFFE, O.: Auf dem Weg zum Weltbürger. Zwischen den Identitäten: Ein zukunftsöffener Bürger begnügt sich nicht mit einem Engagement nur für das Gemeinwesen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z.)* vom 19. 1. 2017, Rubrik Staat und Recht, S. 6. (2017)
- JÖRGER, N.: Strukturindikatoren-Messung der Fortschritte im Rahmen der Lissabonner Strategie. *Wirtschaft und Statistik* 12, 1083–1090 (2003)
- OECD World Forum on “Statistics, Knowledge and Policy”:* The Istanbul Declaration. Second OECD World Forum, Istanbul/Turkey, June 2007  
<http://www.oecd.org/site/worldforum/49130123.pdf> (zuletzt geöffnet am 20. 12. 2016)
- OECD:* Measuring and Fostering Well-Being and Progress. The OECD Roadmap. Busan/Korea, 29 October 2009 (2009)  
<https://www.oecd.org/site/progresskorea/44005046.pdf> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016)
- OECD:* Better Policies for Better Lives. The OECD at 50 and beyond. Paris 2011a  
<http://www.oecd.org/about/47747755.pdf> (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016)
- OECD:* How’s Life? Measuring Well-being. Paris: OECD Publishing 2011b  
doi: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264121164-en> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016)
- OECD:* Guidelines on Measuring Subjective Well-being. Paris: OECD Publishing 2013a  
doi: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264191655-en> (zuletzt geöffnet am 15. 12. 2016)
- OECD:* How’s Life? 2013. Measuring Well-being. Paris: OECD Publishing 2013b  
doi: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264201392-en> (zuletzt geöffnet am 15. 12. 2016)
- OECD:* How’s Life in Your Region? Measuring Regional and Local Well-being for Policy Making. Paris: OECD Publishing 2014

- doi: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264217416-en>, bzw. <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/0414031e.pdf?expires=1482251272&id=id&accname=ocid47012051&checksum=D6C7D584479717A-2957C7A6A13AC7DD6> (zuletzt geöffnet am 20. 12. 2016)
- OECD: How's Life?* 2015. Measuring Well-being. Paris: OECD Publishing 2015a  
doi: [http://dx.doi.org/10.1787/how\\_life-2015-en](http://dx.doi.org/10.1787/how_life-2015-en) (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016)
- OECD: The Sustainable Development Goals: An Overview of Relevant OECD Analysis, Tools and Approaches, Better Policies for Better Lives.* 2015b  
<http://www.oecd.org/dac/The%20Sustainable%20Development%20Goals%20An%20overview%20of%20relevant%20OECD%20analysis.pdf> (zuletzt geöffnet am 17. 1. 2017)
- OECD: Erklärung des Rats der OECD auf Ministerebene 2015. „Mobilisierung von Investitionen für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze“.* C/MIN (2015) 14. 2015 (2015c)  
[http://www.paris-oecd.diplo.de/contentblob/4539006/Daten/5512666/MCM\\_2015\\_Abstimmte\\_Erklarung\\_DLD.pdf](http://www.paris-oecd.diplo.de/contentblob/4539006/Daten/5512666/MCM_2015_Abstimmte_Erklarung_DLD.pdf) (zuletzt geöffnet am 17. 1. 2017)
- OECD: Better Policies for 2030: An OECD Action Plan on the Sustainable Development Goals. Meeting of the OECD Council at Ministerial Level, Paris, 1–2 June 2016* (2016)  
<https://www.oecd.org/education/OECD-action-plan-on-the-sustainable-development-goals-2016.pdf> (zuletzt geöffnet am 19. 12. 2016)
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. Berlin, Oktober 2016  
[https://buergerdialog.gut-leben-in-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/LB/Regierungsbericht-zur-Lebensqualitaet-in-Deutschland.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://buergerdialog.gut-leben-in-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/LB/Regierungsbericht-zur-Lebensqualitaet-in-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt geöffnet am 15. 12. 2016)
- SCHERB, J.: Lissabon-Strategie (Lissabon-Prozess). In: BERGMANN, J. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. 4. neu bearbeitete und erweiterte Aufl. Baden-Baden: Nomos 2012  
zitiert nach [http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Lexikon/Pdf/Lissabon\\_Strategie.pdf](http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Lexikon/Pdf/Lissabon_Strategie.pdf) (zuletzt geöffnet am 29. 11. 2016)
- SCHMITZ, M.: Die Zukunft der EU-Regionalpolitik nach 2020 – nach dem Spiel ist vor dem Spiel. *Der Landkreis 12*, 752–755 (2016)
- SCHNORR-BÄCKER, S.: Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Wohlstand und Lebensqualität in der amtlichen Statistik. In: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hrsg.): Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats. Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland. S. 74–85. Berlin 2016a  
[https://buergerdialog.gut-leben-in-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/LB/Diskussionsbeitraege-des-wissenschaftlichen-Beirats.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://buergerdialog.gut-leben-in-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/DE/LB/Diskussionsbeitraege-des-wissenschaftlichen-Beirats.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt geöffnet am 20. 12. 2016)
- SCHNORR-BÄCKER, S.: Regional statistical data for Germany, Europe and the World. IOS Press, *Statistical Journal of the IAOS 32*, 515–535 (2016b)  
<http://content.iospress.com/articles/statistical-journal-of-the-iaos/sji160325> (zuletzt geöffnet am 21. 12. 2016)
- SCHNORR-BÄCKER, S.: Politik begleitendes statistisches Monitoring und neue Datenquellen. *AStA Wirtsch. Sozialstat. Arch. 10*, 163–185 (2016c)
- SCHNORR-BÄCKER, S., und BÖMERMANN, H.: Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung. Zum OECD-Ansatz „How's life – Measuring Well-Being“. *Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 2*, 30–50 (2013)  
[https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/Zeitschrift/2013/HZ\\_201302.pdf](https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/Zeitschrift/2013/HZ_201302.pdf) (zuletzt geöffnet am 15. 12. 2016)
- SCHWAB, K., und *World Economic Forum* (Eds.): *The Global Competitiveness Report 2010–2011*. Genf 2010  
[http://www3.weforum.org/docs/WEF\\_GlobalCompetitivenessReport\\_2010-11.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2010-11.pdf) (zuletzt geöffnet am 15. 12. 2016)
- Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2006*. Wiesbaden 2007  
*Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2014*. Wiesbaden 2014
- STIGLITZ, J., SEN, A. K., and FITOUSSI, J.-P.: Report by the Stiglitz Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Executive Summary. Paris 2009  
<http://www.stat.si/doc/drzstat/Stiglitz%20report.pdf> (zuletzt geöffnet am 8. 12. 2016)
- UN Economic and Social Council: Report of the Friends of the Chair Group on Broader Measures of Progress.* E/CN.3/2015/2, 8 February 2015 (2015)  
<http://unstats.un.org/unsd/statcom/doc15/2015-2-BroaderMeasures.pdf> (zuletzt geöffnet am 13. 1. 2017)
- United Nations: 70/1. Transforming Our World: the 2030 Agenda for Sustainable Development. Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015. A/RES/70/1*, seventieth session, agenda items 15 and 116. 21 October 2015 (2015)  
[http://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/RES/70/1](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/70/1) (zuletzt geöffnet am 17. 1. 2017)

*Monitoring zur Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt*

VAN DONKELAAR, A., BOYS, B. L., BRAUER, M., and RANDALL, V. M.: Use of satellite observations for long-term exposure assessment of global concentrations of fine particulate matter. *Environ. Health Perspect.* 123/2, 135–143 (2015)

*Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages*: Die Lissabon-Strategie. Ausarbeitung. Fachbereich WD 11: Europa, WD 11–205/06, Abschluss der Arbeit: 27. 6. 2006  
<https://www.bundestag.de/blob/412428/f594813fcab0430692ffc80ca9f82df9/wd-11-205-06-pdf-data.pdf> (zuletzt geöffnet am 7. 12. 2016)

Dr. Susanne SCHNORR-BÄCKER  
Statistisches Bundesamt  
Wiesbaden  
Referat B 204  
Koordinierung Regionalstatistik, Indikatoren  
65180 Wiesbaden  
Bundesrepublik Deutschland  
Tel.: +49 611 752082  
Fax: +49 611 753970  
E-Mail: Schnorr-Baecker@gmx.de

## **Wissenschaften im interkulturellen Dialog**

### **Sciences in the Intercultural Dialogue**

Vorträge anlässlich der Jahresversammlung  
am 23. und 24. September 2016 in Halle (Saale)

Nova Acta Leopoldina N. F. Nr. 414

Herausgegeben von Otfried HÖFFE (Tübingen) und Jörg HACKER (Halle/Saale)

(2017, 240 Seiten, 45 Abbildungen, 2 Tabellen, 29,95 Euro,

ISBN: 978-3-8047-3705-1)

Zur Idee und Realität der Wissenschaft gehört ihre Internationalität. Dennoch herrscht verbreitet das Bild vor, die moderne Wissenschaft, von der Mathematik und Informatik über die Naturwissenschaften und Medizin bis zu den Wirtschafts-, Sozial- und Technikwissenschaften, entstamme exklusiv dem Westen und breite sich, ohne Anregungen aus anderen Kulturen aufzunehmen, über die ganze Erde aus. Die Beiträge des Bandes liefern andere Perspektiven, indem sie die Entwicklung in differenten Fächern, unterschiedlichen geographischen Räumen und zu verschiedenen Zeiten an Beispielen nachzeichnen. Dabei werden die Wurzeln der modernen Wissenschaften aufgedeckt und Wissenschaft in einem interkulturellen Dialog gezeigt, der immer wieder in mannigfaltigen Formen geführt wurde und im Ergebnis Wissenschaft als globales Phänomen verständlich werden lässt. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen kennen keine Landesgrenzen. Wissenschaften sind ihrem Wesen nach weder westlich noch östlich, sondern mehr als nur globalisierungsfähig, sie sind kosmopolitisch. Ihr Charakteristikum ist Universalität, jedoch gewähren sie trotz ihres universalen Charakters und innerhalb ihrer Universalität in bestimmten Fällen auch ein Recht auf Differenz.

# **Politikbegleitendes statistisches Monitoring zu Entwicklungslinien der ganzheitlichen Wohlfahrts- berichterstattung in Deutschland: Eine Dekonstruktion aus Sicht der Ökonomik<sup>1</sup>**

Christoph M. SCHMIDT (Essen, Bochum)

## *Zusammenfassung*

Drei Entwicklungslinien prägen das ganzheitliche statistische Berichtswesen über Wohlstand und Fortschritt in Deutschland. Bei den seit über 50 Jahren regelmäßig vorgelegten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegt der Schwerpunkt der Analysen auf ökonomischen Aspekten, es gibt keinen politisch vorgegebenen Kanon von Indikatoren. Ihre Einbettung in den (wirtschafts-)politischen Diskurs folgt einem etablierten Widerspiel von politisch unabhängiger Begutachtung durch fachkundige Experten und nachfolgender Stellungnahme der Bundesregierung.

Die seit Beginn dieses Jahrhunderts regelmäßig vorgelegte Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bundesregierung ist als Gegenstück der Bemühungen um internationale Koordination für eine globale Politik der Nachhaltigkeit eingerichtet worden. Sie folgt nicht nur einem politisch vorgegebenen Indikatorensatz, sondern formuliert auch politisch gesetzte Zielvorgaben für die einzelnen Indikatoren. Die statistische Arbeit reduziert sich auf das bloße Berichten, die Einordnung der Ergebnisse folgt allein den Zielvorgaben und dient direkt der politischen Steuerung.

Die in den vergangenen Jahren angestrebten Initiativen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages, das statistische Berichtswesen unter dem Motto „jenseits des BIP“ neu auszurichten, betreffen alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit. Ihr Ausgangspunkt ist jeweils die politisch akzeptierte Definition eines festen Indikatorensatzes. Im Hinblick auf mögliche Verfahren der regelmäßigen Begutachtung ist aktuell vor allem offen, inwieweit der Prozess seitens der Politik aus der Hand gegeben werden wird.

## *Abstract*

Three lines of development characterize encompassing statistical welfare reporting in Germany. For more than 50 years the Council of Economic Experts has provided annual reports about aggregate economic developments, without any obligation to employ a specific set of indicators. These reports form a basis for societal discourse about economic policy, following a well-established choreography of politically independent assessment and subsequent positioning of the German government.

Since the beginning of this century, the German government has regularly published reports on sustainability, as a counterpart to supporting efforts for global sustainable development. These reports employ politically determined sets of indicators and target values. Statistical reporting is reduced to simple reporting of facts, any assessment is completely relegated to comparisons with the political targets, and exclusively serves the purpose of policy management.

During the last years the German government and the German Bundestag have suggested formats of statistical welfare reporting “beyond GDP”, with an eye on all three dimensions of sustainability. The basis of all these endeavours is the formulation of a politically accepted set of indicators. At the current time, it remains unclear to what extent the implementation of these efforts will lead to a politically independent assessment of the statistical figures.

---

1 Dieser Beitrag zehrt intensiv von Beiträgen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR/CAE 2010, SVR 2013, SVR 2015a) und von SCHMIDT 2016. Ich bin Wim KÖSTERS für Anregungen zum Manuskript und Nils AUS DEM MOORE für viele Diskussionen und Anregungen entlang des Wegs dankbar.

## 1. Entwicklungslinien der Wohlfahrtsberichterstattung

Die laufende Berichterstattung über Wohlstand und Fortschritt und die Einordnung der statistischen Ergebnisse ist eine ebenso umfangreiche wie komplexe Aufgabe. Es reicht dabei bei weitem nicht aus, den Blick allein auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dessen Wachstum zu richten, wenngleich es sich seit Jahrzehnten als näherungsweise Reflexion der Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften bewährt hat. Denn nicht einmal Steigerungen des BIP sind uneingeschränkt positiv zu bewerten, wenn sie das Resultat exzessiver Verschuldung oder einer rücksichtslosen Ausbeutung der Natur darstellen. Gesellschaften sind daher gut beraten, die Entwicklung ihres Wohlstands mit einem breiteren Spektrum einander ergänzender Messinstrumente einzuordnen, um bei Fehlentwicklungen rechtzeitig reagieren zu können.

Die Einsicht, dass der Facettenreichtum des Lebens nur durch ein reichhaltiges Spektrum von Kennzahlen annähernd erfasst werden kann, bildet in modernen Volkswirtschaften die Grundlage für die Einrichtung eines umfassenden statistischen Berichtswesens. Im Hinblick auf Wohlstand und Fortschritt haben sich in Deutschland mittlerweile drei Entwicklungslinien der umfassenden Berichterstattung herausgeschält, die weitgehend unverbunden nebeneinanderstehen:

- die seit über 50 Jahren regelmäßig vorgelegten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung;
- die Bemühungen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages, das statistische Berichtswesen unter dem Motto „jenseits des BIP“ neu auszurichten;
- die seit Beginn dieses Jahrhunderts regelmäßig als Element ihrer politischen Steuerung vorgelegte Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bundesregierung.

All diesen Ansätzen ist gemein, dass sie keineswegs nur auf eine einzelne zusammenfassende Kennzahl abheben, sondern sich um eine ganzheitliche Betrachtung ihres jeweiligen Untersuchungsgegenstands bemühen. Dennoch gibt es einige entscheidende Unterschiede. Sie betreffen die gewählten Schwerpunkte der Berichterstattung, den Reifegrad der zu ihrer Umsetzung eingerichteten Verfahren und nicht zuletzt die Form ihrer Einbindung in den politischen Prozess.

- Beim Sachverständigenrat liegt der Schwerpunkt der Analysen auf ökonomischen Aspekten, wobei der Rat keinesfalls einem politisch vorgegebenen Kanon von Indikatoren folgt. Die Jahresberichte und ihre Einbettung in den (wirtschafts-)politischen Diskurs folgen einem etablierten Widerspiel von Berichterstattung und Begutachtung einerseits und politischer Reaktion andererseits. Der Prozess ist dabei durch weitgehende Unabhängigkeit von politischen Vorgaben geprägt.
- Die Anstrengungen zur Einrichtung eines umfassenderen Berichtswesens „jenseits des BIP“ beziehen sich auf alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, die ökonomische, die soziale und die ökologische. Ihr Ausgangspunkt ist jeweils die politisch akzeptierte Definition eines festen Indikatorensatzes. Im Hinblick auf mögliche Verfahren der regelmäßigen Begutachtung ist aktuell vor allem offen, inwieweit der Prozess seitens der Politik aus der Hand gegeben werden wird.
- Die Berichterstattung zur Nachhaltigkeit ist als Gegenstück der Bemühungen um internationale Koordination für eine globale Politik der Nachhaltigkeit eingerichtet worden. Sie folgt nicht nur einem politisch vorgegebenen Indikatorensatz, sondern auch politisch gesetzten Zielvorgaben für die einzelnen Indikatoren. Die statistische Arbeit reduziert sich

auf das bloße Berichten, die Einordnung der Ergebnisse folgt allein den Zielvorgaben und dient direkt der politischen Steuerung.

Der vorliegende Beitrag stellt diese drei Entwicklungslinien einander gegenüber, eingeordnet in das dreifaltige Paradigma der Nachhaltigkeit. Abschnitt 2 legt dafür die konzeptionellen Grundlagen (Abschnitt 2.1) und stellt die seit über 50 Jahren vorgelegten Berichte des Sachverständigenrates vor (Abschnitt 2.2). Abschnitt 3 diskutiert die drei wichtigsten Ansätze zur ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung, die sich in den vergangenen Jahren in Deutschland herausgebildet haben: den Indikatorensatz der Sachverständigenräte (SVR/CAE 2010), den Indikatorensatz W<sup>3</sup> des Deutschen Bundestages (*Deutscher Bundestag* 2013) und den Indikatorensatz der Bundesregierung (*Bundesregierung* 2016a).

Abschnitt 4 kontrastiert diese Indikatorensätze mit denjenigen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (*Bundesregierung* 2002, 2017), die seit dem Jahr 2002 einen festen Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung der Bundesregierung darstellt und im Jahr 2016 unter dem Eindruck der globalen Nachhaltigkeitsziele eine Neuauflage erlebte. Mit Blick auf die Unterschiede in den Verfahren und der Einbindung in den politischen Prozess zieht Abschnitt 5 ein kurzes Fazit.

## **2. Konzeptionelle Grundlagen**

In den vergangenen Jahren hat sich die internationale Diskussion um die Erfassung von gesellschaftlichem Wohlstand und Fortschritt von ihrem starken Fokus auf wirtschaftliche Aspekte gelöst und eine ganzheitliche Perspektive eingenommen. Dem dreifaltigen Leitbegriff der Nachhaltigkeit folgend lassen sich die dabei erfassten Facetten der menschlichen Existenz entlang von drei Dimensionen einordnen, der ökonomischen, der sozialen und der ökologischen (LEIPPRAND und AUS DEM MOORE 2012). Dieser Abschnitt erläutert zunächst, welche Aspekte typischerweise in diesen Dimensionen erfasst und diskutiert werden, und zeigt dann die bereits seit langem in den Arbeiten des Sachverständigenrates erkennbaren Parallelen auf.

### *2.1 Systematisierung des Betrachtungsgegenstands*

Bei der Betrachtung der ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit werden im Prinzip drei übergreifende Aspekte der menschlichen Wohlfahrt angesprochen (die ersten beiden umfassen je zwei Bereiche):

- Wie steht es um den materiellen Wohlstand der Bevölkerung? *Erstens* dürfte ein höherer materieller Wohlstand typischerweise mit größeren Entfaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräumen verknüpft sein. Dabei bleiben *zweitens* die Informationen zum durchschnittlich erreichten Niveau ohne eine Information über die Verteilung dieses Wohlstands unvollständig.
- Wie ist es *erstens* um die Stabilität der staatlich organisierten Systeme der sozialen Sicherung und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen bestellt? Welche Handlungsspielräume bestehen demnach, um auf neue Entwicklungen reagieren zu können? Und wie stabil und widerstandsfähig sind *zweitens* mit Blick auf private Akteure die Finanz- und Vermögenmärkte?
- Lassen die Entscheidungen über den Verzicht auf aktuellen Konsum zugunsten von Investitionen in künftige Entfaltungsmöglichkeiten den Schluss zu, dass in hinreichendem Maße für die Zukunft der Volkswirtschaft vorgesorgt wird?

Die Diskussion der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit spricht im Wesentlichen ebenfalls fünf Bereiche an, die sich aber zu einem großen Teil dem rein marktwirtschaftlichen Geschehen entziehen:

- Wie steht es um den Gesundheitszustand der Bevölkerung, und welchen Zugang hat sie zur Gesundheitsversorgung? Eine stabile Gesundheit ist erfahrungsgemäß eine zentrale Facette menschlichen Glücks.
- Welchen Zugang erhält die Bevölkerung zu Bildungsinhalten, und wie erfolgreich sind die Bildungsanstrengungen? In modernen Volkswirtschaften gelingen gesellschaftliche Integration und wirtschaftlicher Aufstieg nur durch Bildung.
- Welche Entwicklung nehmen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, und welchen Stand weist die Qualität der Arbeitsbeziehungen auf? Die Einbindung in das Arbeitsleben ist ein zentraler Anker der gesellschaftlichen Teilhabe.
- In welchem Ausmaß prägen Elemente der Ausgrenzung das gesellschaftliche Miteinander, und wie steht es um die persönliche Sicherheit? Hier werden gleichermaßen materielle Nöte wie subjektive Aspekte angesprochen.
- Wird die individuelle Freiheit eingeschränkt, und – eher nach außen gerichtet – welche globale Verantwortung übernimmt Deutschland? Materielle Wohlstand kann Entfaltungsfreiheit nicht ersetzen, und er verpflichtet zur Sorge um andere.

Schließlich lassen sich – nicht zuletzt durch das Konzept der globalen Umweltgrenzen (ROCKSTRÖM et al. 2009) inspiriert – auch bei der Erfassung der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit fünf grundlegende Bereiche unterscheiden:

- In welchem Ausmaß tragen Treibhausgasemissionen zu einer Verschärfung des Problems der Erderwärmung bei? Die globale Erwärmung ist eines der Felder, auf denen sich die Erde bereits jenseits ihrer Belastungsgrenzen befindet.
- Welches Ausmaß nimmt der Stickstoffüberschuss an, wie steht es um die Qualität der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung? Die Grenze der Belastbarkeit dürfte bei biogeochemischen Kreisläufen ebenfalls bereits ausgereizt sein.
- Mit welchem Ressourcenverbrauch geht der hierzulande beanspruchte materielle Wohlstand in der Volkswirtschaft einher? Eine ehrliche Bilanz bezieht den Verbrauch bei der Herstellung importierter Güter mit ein.
- Welche Entwicklung nehmen die Artenvielfalt und der Landschaftsverbrauch? Auf der globalen Ebene erleben wir bereits jetzt einen rapiden Verlust der Biodiversität und der bislang noch ungenutzten Landfläche.
- Wie steht es um die direkt erlebten Umweltbedingungen, und – jüngst als ergänzendes Element hinzugetreten, das leider Ziele und Instrumente vermischt – welche Entwicklungen gibt es auf dem Feld des nachhaltigen Konsums?

Diese insgesamt fünfzehn Betrachtungsfelder dienen im Folgenden als Instrument der systematischen Einordnung der verschiedenen Ansätze der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung. Zunächst werden jedoch die Jahresgutachten des Sachverständigenrates<sup>2</sup> mit dieser Systematik konfrontiert.

---

<sup>2</sup> Siehe stellvertretend SVR 2016.

## 2.2 Die regelmäßige Berichterstattung des Sachverständigenrates

Das Gesetz zur Einrichtung des Sachverständigenrates (SVR) vom August 1963 legte als dessen Aufgabenstellung fest, dass dieser eine regelmäßige Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchzuführen hat. Dabei hat er zu untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Der Auftrag sieht ausdrücklich nicht die Berichterstattung über einen vorab festgelegten Indikatorensatz vor.

Tab. 1 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten) (Systematik des Indikatorensatzes W<sup>3</sup>: 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit; Quelle: [exemplarisch] SVR 2016)

| <b>Ökonomische Dimension</b>   |  |  |   |   |
|--|--|--|---|---|
| <b>Materieller Wohlstand</b>   |  | <b>Stabilität / Handlungsfähigkeit</b>   |   | <b>Zukunftsvorsorge</b>   |
| <b>Niveau</b>  | <b>Verteilung</b>  | <b>Staat</b>   | <b>Private</b>  |   |
| regelmäßige Begutachtung, u. a. Wachstum des preisbereinigten BIP (je Einwohner) | regelmäßige Begutachtung, u. a. Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen             | regelmäßige Begutachtung, u. a. (strukturelles) Defizit, Schuldenstandsquote, Tragfähigkeitslücke      | regelmäßige Begutachtung, u. a. Indikatoren der Finanzmarktstabilität             | regelmäßige Begutachtung, u. a. FuE <sup>3</sup> -Ausgaben sowie Brutto- und Nettoinvestitionen relativ zum BIP |
| <b>Soziale Dimension</b>   |  |  |   |   |
| <b>Gesundheit</b>  | <b>Bildung</b>   | <b>Beschäftigung</b>   | <b>Ausgrenzung / Sicherheit</b>   | <b>Freiheit / globale Verantwortung</b>   |
| sporadische Begutachtung, u. a. Strukturen des deutschen Krankenhausesektors     | regelmäßige Begutachtung, u. a. berufliche Bildung Hochschulbildung, Weiterbildung | regelmäßige Begutachtung, u. a. Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit, Löhne, Qualität der Arbeitsstellen | sporadische Begutachtung, u. a. materielle Deprivation, Migration und Integration | regelmäßige Begutachtung, u. a. Leistungsbilanzsalden   |
| <b>Ökologische Dimension</b>   |  |  |   |   |
| <b>Treibhausgase</b>   | <b>Stickstoff / Wasserqualität</b>   | <b>Ressourcenverbrauch</b>   | <b>Artenvielfalt / Flächenverbrauch</b>   | <b>Umwelt / nachhaltiger Konsum</b>   |
| sporadische Begutachtung, u. a. Umsetzungsmechanismen der Energiewende           | –  | –  | –   | –   |

### 2.2.1 Indikatoren

Wie Tabelle 1 verdeutlicht, bleibt das Analysespektrum des Sachverständigenrates nicht auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität und das Wachstum beschränkt. Selbstverständlich stehen zwar die Dokumentation und Analyse der Entwicklung der Wirtschaftsleistung in Deutsch-

3 FuE – Forschung und Entwicklung.

land im Zentrum. Doch wird schon dabei der Blick beileibe nicht nur auf das BIP und dessen Wachstum allein gelenkt. Vielmehr wird die Entwicklung der einzelnen Komponenten berücksichtigt und das Wachstum auf diese Weise auf seine konstituierenden Elemente zurückgeführt. Nur eine derart differenzierte Betrachtung erlaubt es dem Sachverständigenrat, mögliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen sinnvoll zu diskutieren.

Darüber hinaus betrachtet der Sachverständigenrat regelmäßig die Verteilung der Einkommen und Vermögen. Dabei wird typischerweise die personelle Einkommensverteilung in den Vordergrund gestellt, also die auf einzelne Personen unter Berücksichtigung ihrer Haushaltssituation umgerechneten Markteinkommen vor und ebenso umgerechnete Haushaltsnettoeinkommen nach Steuern und Transfers. Bei der kompakten Charakterisierung der Verteilung der Einkommen werden zusammenfassende Kenngrößen wie der Gini-Koeffizient im zeitlichen und internationalen Vergleich dokumentiert sowie mögliche Ursachen und wirtschaftspolitische Implikationen diskutiert.

Bei der Diskussion der Stabilität und staatlichen Handlungsfähigkeit werden regelmäßig Kennzahlen wie etwa das strukturelle Defizit und die Schuldenstandsquote betrachtet. Daran orientiert werden die bisherigen Veränderungen der Staatsverschuldung diskutiert und ihr zu erwartender Verlauf prognostiziert. Ergänzend wird die Tragfähigkeitslücke herangezogen, um den aus dem demographischen Wandel erwachsenden finanzpolitischen Handlungsbedarf aufzuzeigen und geeignete Maßnahmen zu dessen Abfederung zu identifizieren (SVR 2011, SVR 2016, Kap. 07).

In jüngerer Zeit sind Betrachtungen der Stabilität der Finanzmärkte immer mehr in den Fokus der Gutachten des Sachverständigenrates gerückt. Darüber hinaus sind die Entwicklung des Produktionspotenzials und mithin die langfristig zu erwartende Wirtschaftsleistung zunehmend bedeutsam. Im Laufe der vergangenen Jahre sind dabei immer mehr europäische Themen in den Vordergrund getreten. Diskussionen der geeigneten Architektur des Euro-Raums und die Einordnung der tatsächlichen Entwicklungen sind mittlerweile ein Kernelement der Jahresgutachten und Gegenstand mehrerer Sondergutachten (SVR 2012, 2015b).

Ein zweiter Schwerpunkt der regelmäßigen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch den Sachverständigenrat betrifft mit dem Themenkomplex Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Qualität der Arbeitsbeziehungen die soziale Dimension der Nachhaltigkeit. Somit werden von ihm zusammen mit der Wirtschaftsleistung und der Staatsverschuldung alle Themen diskutiert, die für die Politik im Routinebetrieb nachweislich von entscheidender Bedeutung sind (FERTIG et al. 2014, *Deutscher Bundestag* 2013). Darüber hinaus spricht er mit dem Thema Gesundheit einen weiteren wichtigen Aspekt der sozialen Dimension an, wenngleich nicht mit der gleichen Regelmäßigkeit und mit Fokus auf die Finanzierung der Gesundheitsversorgung.

Außerdem beschäftigt sich der Sachverständigenrat regelmäßig mit dem Thema Bildung, beispielsweise im Hinblick auf die Notwendigkeit von Weiterbildungsanstrengungen im Sinne eines „lebenslangen Lernens“ oder aufgrund der Bedeutung von Bildungsinvestitionen für die erfolgreiche Integration von Zuwanderern. Mit Fragen des Integrationserfolgs und der materiellen Deprivation werden zudem Aspekte der gesellschaftlichen Ausgrenzung angesprochen, die über die bei der Diskussion der materiellen Wohlfahrt analysierten Verteilungsergebnisse hinausweisen.

Die in dieser Systematik eingeordnete globale Verantwortung Deutschlands steht bei den Jahresgutachten des Sachverständigenrates auftragsgemäß nicht im Vordergrund. Dennoch wird mit Fragen des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und insbesondere der Entwick-

lung der Leistungsbilanz regelmäßig ein wichtiger Aspekt dieses Themenfelds angesprochen. Schließlich nimmt zwar die Diskussion der ökologischen Nachhaltigkeit in diesen Arbeiten keine herausgehobene Rolle ein, aber sie wird dennoch durch die mittlerweile regelmäßig vorgelegte Diskussion der Umsetzung der Energiewende ebenfalls deutlich angesprochen (SVR 2016, Kap. 11).

## 2.2.2 Verfahren

Der Sachverständigenrat bleibt ganz bewusst nicht bei einer bloßen Auflistung von Kennzahlen stehen, sondern folgt auf der Basis seiner ökonomischen Expertise seinem gesetzlichen Auftrag, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausführlich und differenziert zu begutachten. Das Expertenwissen der Mitglieder des Sachverständigenrates spielt für diesen Auftrag also die entscheidende Rolle. Die Berichterstattung über die statistischen Kennzahlen ist hier lediglich der Ausgangspunkt. Die Betonung der fachlich qualifizierten Einordnung der berichteten Kennzahlen unterstreicht somit die entpolitisierte Natur der Arbeiten des Sachverständigenrates.

Die Begutachtung zielt nicht direkt auf die politische Steuerung ab, sondern darauf, alle Rezipienten bei deren eigener Urteilsbildung über wirtschaftspolitische Zusammenhänge zu unterstützen. Im Einklang mit dem Fortschritt in der Ökonomik ist dabei zunehmend die fachlich herausfordernde Frage in den Vordergrund gerückt, welche empirischen Befunde eine kausale Interpretation stützen und damit wirtschaftspolitisches Handeln leiten können – und welche nicht. Die Bundesregierung wiederum ist gesetzlich verpflichtet, kurze Zeit nach der Vorlage des Jahresgutachtens dazu Stellung zu beziehen, insbesondere im Hinblick auf ihre aus den Befunden erwachsenden wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen.

## 2.2.3 Zwischenfazit

Der Fokus liegt bei den Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf dem Bemühen, die fachliche Kompetenz von Experten für das Verständnis der betrachteten Zusammenhänge und Entwicklungen nutzbar zu machen und auf diese Weise die Basis für einen informierten wirtschaftspolitischen Diskurs zu legen. Der Sachverständigenrat ist daher von der Politik in der Wahl der konkreten Methoden, seiner Schwerpunktsetzung und der Einordnung seiner Befunde unabhängig, er ist lediglich zur fachlich kompetenten Begutachtung der Entwicklung recht vage definierter übergreifender (gesamtwirtschaftlicher) Ziele verpflichtet. Der öffentliche Diskurs wird nicht zuletzt durch das etablierte Widerspiel der Stellungnahmen von wissenschaftlichem Expertengremium und der Bundesregierung erzeugt.

## 3. Ansätze der Berichterstattung jenseits des BIP

Der vorliegende Abschnitt beleuchtet drei vergleichsweise junge und wichtige Ansätze der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland.<sup>4</sup> Die Bemühungen darum, ein ganzheitliches Berichtswesen zu etablieren, das die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit –

---

<sup>4</sup> Einen etwas umfassenderen Überblick geben SCHMIDT und AUS DEM MOORE 2013.

die ökonomische, die soziale und die ökologische – gleichberechtigt in den Blick nimmt, zielen nicht zuletzt darauf ab, den Diskurs ein Stück weit aus der Hand der Experten zu nehmen und damit der Politik und dem Bürger näherzubringen. Um dieses Ziel zu erreichen, beruhen alle diese Ansätze auf der Festlegung eines möglichst ausgewogenen und inhaltlich begründeten Indikatorenbündels.

Würde diese Festlegung bedeuten, dass die Betrachtung anderer Kenngrößen ausgeschlossen und die inhaltliche Interpretation nicht freigestellt wird, wären diese Bemühungen natürlich sinnlos. Ein fester Indikatorensatz, wie sorgfältig er auch immer gewählt sein mag, kann schließlich im besten Fall nur einen guten Einstieg in einen fachlich gestützten Diskurs bieten. Umso wichtiger ist es, dabei die richtige Balance zwischen Komplexität und Kommunizierbarkeit zu finden. Nur ein überschaubares Indikatorenbündel wird hinreichendes Interesse an einer Beschäftigung mit den Entwicklungen wecken können. Aber den wissenschaftlich gestützten Diskurs über die Hintergründe dieser Entwicklungen kann diese Berichterstattung nicht ersetzen.

Bei den in den vergangenen Jahren geleisteten Anstrengungen zur Weiterentwicklung der ganzheitlichen Wohlstandsberichterstattung ist nach wie vor das BIP ein wichtiger Anker geblieben (*Europäische Kommission* 2009). Dies liegt nicht zuletzt an seiner konzeptionellen Stärke: Es erlaubt unter der grundlegenden Annahme, dass Marktpreise in hohem Maße die tatsächliche Wertschätzung der Marktakteure widerspiegeln, Einheiten vollkommen unterschiedlicher Güter und aller Arten von Dienstleistungen zu einem (imperfekten) Indikator der Wirtschaftsleistung und in engen Grenzen sogar der materiellen Wohlfahrt zu aggregieren.

Bei einer ganzheitlichen Berichterstattung über verschiedene Dimensionen des Wohlstands ist jedoch eine derartige Verdichtung in einem einzelnen Wohlstandsindex nicht sinnvoll. Dieser Index ließe sich zwar leicht kommunizieren und würde oberflächlich betrachtet sogar den Vergleich von Volkswirtschaften ermöglichen. Allerdings werden in eine ganzheitlich ausgerichtete Berichterstattung notwendigerweise auch solche Informationen einfließen, die nicht von vornherein in monetären Größenordnungen erfasst werden, sondern als Anteile oder Rangfolgen. Schon allein deshalb wird es so gut wie unmöglich sein, die „richtigen“ Gewichte für die Konstruktion eines Index zu finden, um die vorliegende Detailinformation zu verdichten.

Mit ihrer Entscheidung für ein Indikatorensystem statt für einen einzelnen Wohlstandsindex haben die hier diskutierten Ansätze durchweg dem konzeptionell widersinnigen Ansinnen, die Wohlfahrtsberichterstattung zwar umfassender zu gestalten, aber gleichzeitig die Information derart übermäßig zu verdichten, eine klare Absage erteilt. Mittlerweile haben sich international ebenfalls durchweg breit angelegte „Dashboard-Ansätze“ der Berichterstattung durchgesetzt. Die drei hier diskutierten Indikatorentableaus unterscheiden sich zwar in der Wahl der konkreten Indikatoren und ihrer Darstellung als Elemente eines konsistenten Tableaus. Doch alle können sie den fruchtbaren Einstieg in eine sachkundige Begutachtung anbieten, um den gesellschaftlichen Diskurs zu unterfüttern.

### 3.1 *Der Indikatorensatz der Sachverständigenräte (2010)*

Der Bericht der vom damaligen französischen Präsidenten SARKOZY berufenen „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ schlug im Jahr 2009 ein umfangreiches Indikatorensystem zur Wohlfahrtsmessung vor, das die drei Dimensionen Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und ökologische Nachhaltigkeit umfasste (STIGLITZ et al.

2009, BRAAKMANN 2010). Darauf aufbauend konkretisierte der Sachverständigenrat im Jahr 2010 gemeinsam mit dem *Conseil d'Analyse économique* (CAE) im Auftrag des deutsch-französischen Ministerrats diese Überlegungen hin zu einem umfassenden Indikatorensystem zur Messung von Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit und ergänzte sie um den Aspekt der ökonomischen Nachhaltigkeit (SVR/CAE 2010, SCHMIDT 2011).

Ziel dieser Konkretisierung war die Formulierung eines regelmäßig und zeitnah umzusetzenden und gleichzeitig für die breite Öffentlichkeit verständlichen ganzheitlichen Berichtswesens. Insbesondere waren dabei die Anforderungen einer umfassenden und präzisen Darstellung der Entwicklung von Wohlfahrt und Fortschritt sinnvoll gegenüber dem praktischen Erfordernis der Begrenzung der Anzahl von Indikatoren abzuwägen. Das Indikatorentableau sollte eine umfassende Beurteilung der Wirtschaftsleistung und der Wohlfahrt eines Landes im Zeitablauf ebenso wie – mit Einschränkungen – im Vergleich zu anderen Ländern erlauben. Es musste daher als unverzichtbaren Kern die Entwicklung des materiellen Wohlstands enthalten.

Tab. 2 Indikatorensatz der Sachverständigenräte (2010)  
(Systematik des Indikatorensatzes W<sup>3</sup>: 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit; Quelle: SVR/CAE 2010)

| <b>Ökonomische Dimension</b>  |   |  |   |   |
|---|---|--|---|---|
| <b>Materieller Wohlstand</b>  |   | <b>Stabilität / Handlungsfähigkeit</b>   |   | <b>Zukunftsvorsorge</b>                                       |
| <b>Niveau</b>   | <b>Verteilung</b>   | <b>Staat</b>   | <b>Private</b>                                    |   |
| BIP je Einwohner und je Arbeitsstunde u.a., Konsumausgaben je Einwohner | Quintilsverhältnis der Haushaltsnettoeinkommen                | Finanzierungssaldo, Tragfähigkeitslücke  | 3 Indikatoren der Finanzmarktstabilität (Lücken)  | FuE-Ausgaben sowie private Nettoinvestitionen relativ zum BIP |
| <b>Soziale Dimension</b>  |   |  |   |   |
| <b>Gesundheit</b>   | <b>Bildung</b>  | <b>Beschäftigung</b>   | <b>Ausgrenzung / Sicherheit</b>                   | <b>Freiheit / globale Verantwortung</b>                       |
| Potenziell verlorene Lebensjahre  | Anteil der Schüler und Studierenden in der Altersgruppe 15–24 | Beschäftigungsquote im Alter 15–64<br><br>Anteil Arbeitnehmer in Schichtarbeit | direkte soziale Kontakte<br><br>Armutsrisikoquote | Mitsprache und Verantwortlichkeit (Weltbank)                  |
| <b>Ökologische Dimension</b>  |   |  |   |   |
| <b>Treibhausgase</b>  | <b>Stickstoff / Wasserqualität</b>                            | <b>Ressourcenverbrauch</b>   | <b>Artenvielfalt / Flächenverbrauch</b>           | <b>Umwelt / nachhaltiger Konsum</b>                           |
| nationale CO <sub>2</sub> -Emissionen (Niveau und je Einwohner)         | -   | Rohstoffproduktivität (DMI) und Rohstoffverbrauch (DMC) <sup>5</sup>           | Vogelindex  | Feinstaubbelastung in Städten                                 |

Zudem sollten in mehreren Lebensbereichen die möglichen langfristigen Konsequenzen des aktuellen Handelns aufgezeigt werden. Diese Langfristbetrachtung sollte also über einen bloßen statistischen Schnappschuss hinausreichen. Nach Einschätzung der Sachverständigenräte

<sup>5</sup> DMI – Direct Material Input; DMC – Domestic Material Consumption.

sollten daher Aspekte der Nachhaltigkeit vorzugsweise gedanklich getrennt von der Ist-Situation diskutiert werden, so dass sich für das Indikatorentableau drei Berichtsfelder ergaben: Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit. Sie werden in Tabelle 2 nicht in der ursprünglichen Darstellung gezeigt, sondern in die hier gewählte Systematik eingeordnet.

Die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit wird zum einen durch Indikatoren zur Beurteilung des aktuellen Stands der Wirtschaftsleistung und des materiellen Wohlstands erfasst. Ein zentraler Anker des Tableaus ist dabei die Wirtschaftsleistung je Einwohner. Zudem enthält es ein Verteilungsmaß für das auf Individuen umgerechnete Haushaltsnettoeinkommen. Die Sachverständigenräte betonen darüber hinaus, dass auch wirtschaftliche Tatbestände die Nachhaltigkeit gefährden können, nicht nur Übertreibungen im ökologischen Bereich. Dazu zählen etwa eine dauerhafte und ungebändigte private oder öffentliche Verschuldung.

Drei Facetten der ökonomischen Nachhaltigkeit werden dabei besonders berücksichtigt. Als Indikatoren für die künftige Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit werden der konjunkturbereinigte Finanzierungssaldo des Staates und die fiskalische Nachhaltigkeitslücke gemäß Nachhaltigkeitsbericht der EU-Kommission (*European Commission* 2016) betrachtet. Um einen Ausweis der finanziellen Nachhaltigkeit des privaten Sektors zu ermitteln, wird eine kleine Zahl von Frühwarnindikatoren vorgeschlagen, die vor nicht-nachhaltigen Entwicklungen im privaten und im Finanzsektor warnen. Schließlich wird die Frage gestellt, ob ein für die Zukunftsvorsorge ausreichender Teil des laufenden Volkseinkommens in Nettoanlageinvestitionen des privaten Sektors und Ausgaben für Forschung und Entwicklung fließt.

Die zweite Säule des Tableaus konzentriert sich auf nicht-materielle Aspekte der Lebensqualität und deckt damit die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ab. Bei der Auswahl der Indikatoren haben sich die Sachverständigenräte wie zuvor der Report von STIGLITZ et al. (2009) am Ansatz der Verwirklichungschancen von Amartya SEN (ARNDT und VOLKERT 2006) orientiert. Teilweise beziehen sich diese Kennzahlen auf die Individuen direkt – wie bei Gesundheit und Bildung – und teilweise auf ihre sozialen Beziehungen und ihre (hier bei der ökologischen Nachhaltigkeit eingeordneten) Umweltbedingungen. Eine Verdichtung dieser Aspekte in ein einzelnes subjektives Glücksmaß (LAYARD 2011) lehnen die Sachverständigenräte ausdrücklich ab.

Erhebliche Aufmerksamkeit gilt schließlich der ökologischen Nachhaltigkeit. Aufgrund der hohen Bedeutung der Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre für den Klimawandel sollten Treibhausgasemissionen (je Einwohner) in das Tableau aufgenommen werden. Dabei sollte aber nicht nur das nationale Emissionsniveau, sondern auch das globale Aggregat betrachtet werden. Angesichts der zunehmenden Knappheit von (nicht-erneuerbaren) Ressourcen schlagen die Räte vor, dass neben den Preisen auch physische Ströme auszuweisen sind, gefasst in Indikatoren zum Einsatz nicht-erneuerbarer Ressourcen in der Produktion und zum Rohstoffverbrauch. Schließlich ist vorgesehen, dass ein einschlägiger Indikator der Artenvielfalt in das Indikatorentableau aufzunehmen ist.

### 3.2 Der Indikatorensatz „W<sup>3</sup>“ des Deutschen Bundestages

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ hat bei ihrem Indikatorensystem „W<sup>3</sup>“ die Abwägung zwischen Relevanz und Kommunizierbarkeit noch stärker in den Blick genommen und es damit dem gesellschaftlichen Diskurs zugänglicher gestaltet. Der Deutsche Bundestag hatte die Enquete-

Kommission im Herbst 2010 mit dem Auftrag eingesetzt, einen Vorschlag zur ganzheitlichen Wohlstandsmessung zu entwickeln. Entwickelt wurde nach sorgfältiger Prüfung und intensiver Diskussion jedoch ein Indikatorentableau, also explizit kein einzelner aggregierter Wohlstandsindex, wie es offenbar ursprünglich noch angestrebt worden war (*Deutscher Bundestag* 2010).

Wie für die Sachverständigenräte im Jahr 2010 bestand somit die Herausforderung für die Enquete-Kommission darin, ein Indikatorensystem zu entwickeln, das einerseits hinreichend differenziert ist, um Politik und Öffentlichkeit umfassend über die wichtigsten Entwicklungen in den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zu informieren. Im Indikatorensystem „W<sup>3</sup>“ werden daher die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in drei in etwa gleichgewichtigen Säulen „Materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ abgebildet.

Andererseits sollte das Indikatorensystem so kompakt bleiben, dass es in den Medien gut kommuniziert und der Öffentlichkeit möglichst leicht vermittelt werden kann. Die Enquete-Kommission verwirklichte diesen Kompromiss zwischen Komplexität und Kommunizierbarkeit mit der Unterscheidung zwischen stets zu beachtenden „Leitindikatoren“ und „Warnlampen“, die im Normalfall lediglich im Hintergrund mitgeführt werden und nur dann aufscheinen, wenn ihre Entwicklung einen Warnhinweis gibt (*Deutscher Bundestag* 2013, SCHMIDT und AUS DEM MOORE 2013). Innerhalb jeder Säule gliedern sich die Einzelindikatoren in diese zwei unterschiedlichen Gruppen.

Die Intuition hinter diesem Vorgehen ergibt sich aus der Analogie zu unterschiedlich gestalteten Armaturenbrettern: Ein professioneller Pilot benötigt keine starke Verdichtung der vorliegenden Informationen; er muss vielmehr in der Lage sein, die Einzelinformationen eines komplexen Cockpits rasch zu erfassen. In Analogie dazu wird ein professioneller Statistiker oder Ökonometriker von den Informationen eines umfassenden Systems von Einzelindikatoren wohl kaum überfordert werden. Damit aber die breite Mehrheit der Bürger mit einem Indikatorensatz umgehen kann, dürfte es wie beim Führen eines PKW sinnvoll sein, viele der vorliegenden Informationen an Warnlampen zu delegieren, die nur dann leuchten, wenn es darauf ankommt.

Die erste Säule des Indikatorensatzes beschäftigt sich mit dem aktuellen Stand und der künftigen Entwicklung des materiellen Wohlstands. Das BIP dient dabei als erster Leitindikator: Das (preisbereinigte) Niveau je Einwohner und die (preisbereinigte) Wachstumsrate ermöglichen internationale Vergleiche und eine Einordnung des Fortschritts im Zeitverlauf. Ergänzend soll die Position in der Rangliste der größten Volkswirtschaften die Bedeutung der Volkswirtschaft im weltwirtschaftlichen Geschehen erfassen. Als zweiter Leitindikator soll ein robustes Verteilungsmaß eine intuitive Vorstellung über die Spreizung der Verteilung der auf Personen bezogenen Haushaltsnettoeinkommen vermitteln. Eine Warnlampe besteht in einer sehr ähnlichen Aufbereitung der Verteilung der Vermögen.

Mit dem dritten Leitindikator dieser Säule, der Schuldenstandsquote, soll schließlich erfasst werden, inwieweit die Wirtschaftsleistung mit tragfähigen öffentlichen Haushalten einhergeht. Dieser Indikator soll durch den Ausweis der Tragfähigkeitslücke ergänzt werden, die den aus der Langfristprojektion abgeleiteten Konsolidierungsbedarf näherungsweise erfasst. Ergänzend werden hier als Warnlampe die Krisenindikatoren der finanziellen Nachhaltigkeit des Privatsektors vorgesehen, die bereits im Indikatorensatz der Sachverständigenräte vorgeschlagen worden waren. Sie sollen auf Blasenbildungen auf den Kredit-, Aktien- oder Immobilienmärkten hinweisen. Eine weitere Warnlampe dieser Säule sind die Nettoinvestitionen, die über die Basis für künftiges Wachstum informieren.

Tab. 3 Indikatorensetz W<sup>3</sup> (2013)  
 (Systematik des Indikatorensetzes W<sup>3</sup>: 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit; Quelle: *Deutscher Bundestag* 2013)

| <b>Ökonomische Dimension</b>   |   |   |   |  |
|--|---|---|---|--|
| <b>Materieller Wohlstand</b>   |   | <b>Stabilität / Handlungsfähigkeit</b>  |   | <b>Zukunftsvorsorge</b>                                |
| <b>Niveau</b>  | <b>Verteilung</b>   | <b>Staat</b>  | <b>Private</b>  |  |
| BIP je Einwohner<br>(Veränderungsrate,<br>Niveau, globaler<br>Rang)                      | Quintilsverhältnis<br>der Haushaltsnetto-<br>einkommen,<br>Dezilverhältnis<br>der Vermögen<br>(„Warnlampe“) | Schuldenstands-<br>quote,<br>Tragfähigkeitslücke                                | 3 Indikatoren<br>der Finanzmarkt-<br>stabilität<br>(Lücken) | Nettoinvestitionen<br>relativ zum BIP<br>(„Warnlampe“) |
| <b>Soziale Dimension</b>   |   |   |   |  |
| <b>Gesundheit</b>  | <b>Bildung</b>  | <b>Beschäftigung</b>  | <b>Ausgrenzung /<br/>Sicherheit</b>                         | <b>Freiheit / globale<br/>Verantwortung</b>            |
| Lebenserwartung<br><br>gesunde Lebensjahre<br>(„Warnlampe“)                              | Sekundarabschluss-<br>II-Quote,<br><br>Weiterbildungsquote<br>(„Warnlampe“)                                 | Beschäftigungs-<br>quote,<br><br>Unterbeschäfti-<br>gungsquote<br>(„Warnlampe“) | –   | Mitsprache und<br>Verantwortlichkeit<br>(Weltbank)     |
| <b>Ökologische Dimension</b>   |   |   |   |  |
| <b>Treibhausgase</b>   | <b>Stickstoff / Wasser-<br/>qualität</b>  | <b>Ressourcenver-<br/>brauch</b>  | <b>Artenvielfalt /<br/>Flächenver-<br/>brauch</b>           | <b>Umwelt / nach-<br/>haltiger Konsum</b>              |
| CO <sub>2</sub> -Emissionen,<br>globale CO <sub>2</sub> -<br>Emissionen<br>(„Warnlampe“) | Stickstoffüberschuss,<br>globaler Stickstoff-<br>überschuss<br>(„Warnlampe“)                                | –   | Vogelindex,<br>globaler Vogel-<br>index<br>(„Warnlampe“)    | –  |

In der zweiten Säule des Indikatorensystems sprechen vier Leitindikatoren die soziale Dimension der Nachhaltigkeit an. Die für das menschliche Wohlergehen zentrale Frage der Gesundheit wird durch einen ersten Leitindikator erfasst, die durchschnittliche Lebenserwartung. Um zusätzlich die Qualität der Lebensjahre näherungsweise abzubilden, leuchtet eine Warnlampe, wenn die Anzahl der Jahre sinkt, die ab der Geburt erwartungsgemäß in gesundem Zustand erlebt werden. Der zweite Leitindikator beschreibt die Entwicklung des Bildungsniveaus der Gesellschaft mithilfe der Abschlussquote der 20- bis 24-Jährigen im Sekundarbereich II, verstanden als Mindestqualifikation für eine gelungene gesellschaftliche Teilhabe. Eine weitere Warnlampe dieses Bereichs leuchtet auf, wenn die Weiterbildungsquote sinkt.

Als dritter Leitindikator dieser Säule gibt die Beschäftigungsquote den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren an. Eine Warnlampe leuchtet auf, wenn die Unterbeschäftigungsquote im Trend ansteigt. Den abschließenden Leitindikator dieser Säule bildet der gemeinsam von der Weltbank und der *Brookings Institution* bereitgestellte Indikator „Mitsprache und Verantwortlichkeit“ als Maß für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und das Ausmaß demokratischer Teilhabe in einer Gesellschaft (KAUFMANN et al. 2010).

Bei der Auswahl der Leitindikatoren der ökologischen Dimension weicht der Indikatorensetz des Deutschen Bundestages wohl am stärksten von der Vorlage der Sachverständigenräte ab. Insbesondere wird im Indikatorensetz „W<sup>3</sup>“ der Frage der Ressourcenproduktivität

nicht weiter nachgegangen. Stattdessen sind hier drei auf nationaler Ebene erfasste Leitindikatoren vorgesehen, die sich am Konzept der globalen Umweltgrenzen (ROCKSTRÖM et al. 2009) orientieren: die Treibhausgasemissionen, der Stickstoffüberschuss und der Vogelindex als Maß für die Entwicklung der Artenvielfalt.

Diese nationalen Indikatoren spiegeln zwar den unmittelbaren Einfluss- und Verantwortungsbereich der deutschen Politik wider, besitzen aber nur wenig Aussagekraft für die letztlich entscheidenden globalen Entwicklungen. Die analog definierten Indikatoren auf globaler Ebene dienen daher als Warnlampen. Es war in der Enquete-Kommission durchaus umstritten, ob nicht die globale Entwicklung den Status der Leitindikatoren erhalten und dafür die nationalen Indikatoren als Warnlampen in den Hintergrund rücken sollten.

### *3.3 Der Indikatorensatz des Regierungsprojekts „Gut leben in Deutschland“*

Die im Jahr 2015 von der Bundesregierung im Rahmen der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ durchgeführten Bürgerdialoge haben die bisherigen Arbeiten zur ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland fruchtbar ergänzt. Insbesondere zielten sie darauf ab,

- mit den Bürgern über ihre Vorstellungen zu den Themen Wohlstand und Lebensqualität zu diskutieren,
- die Ergebnisse in einem wissenschaftlichen Bericht zu bündeln sowie
- auf dieser Basis ein ganzheitliches Indikatorensystem zu entwickeln, um damit den Facettenreichtum der Lebensqualität künftig noch besser erfassen zu können.

Der ebenfalls erhobene Anspruch, anhand der Indikatoren sogar die Wirkung des Regierungshandelns zu überprüfen, lässt sich natürlich grundsätzlich nicht erfüllen.

Das zum Abschluss des Projekts vorgestellte Indikatorensystem steht weitgehend im Einklang mit den anderen Ansätzen der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung „jenseits des BIP“, wenngleich in seiner Darstellung ein völlig anderer Zuschnitt gewählt wurde (*Bundesregierung* 2016a). Obwohl die Anzahl der berücksichtigten Indikatoren begrenzt bleiben sollte, übersteigt sie diejenige der anderen beiden Ansätze deutlich: Die Idee des Armaturenbretts mit Leitindikatoren und Warnlampen – also der vielleicht zentrale Beitrag der Enquete-Kommission – wurde nicht aufgegriffen. Gleichzeitig mit der Vorstellung des Indikatorensatzes veröffentlichte die Bundesregierung einen ersten Regierungsbericht zur Lebensqualität, der dieses Tableau praktisch umsetzt und so dessen praktische Nutzbarkeit für die Berichtslegung dokumentieren soll (*Bundesregierung* 2016b).

Die von der Bundesregierung festgelegten Indikatoren werden in 12 Dimensionen geordnet, die wiederum in drei übergreifende Bereiche zerfallen: „unser Leben“, „unser Umfeld“ und „unser Land“. Sie werden in Tabelle 4 nicht in der ursprünglichen Darstellung gezeigt, sondern in die für die Zwecke dieses Beitrags gewählte Systematik eingeordnet. Dadurch wird erkennbar, wie sehr der Schwerpunkt dieses Indikatorensatzes auf der Beschreibung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit liegt.

Im Hinblick auf die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit stehen zunächst das BIP je Einwohner und das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen im Blickpunkt. Die Spreizung der Verteilung der auf Personen bezogenen Haushaltsnettoeinkommen und der Vermögen sollen jeweils durch den Gini-Koeffizienten erfasst werden. Die Schuldenstandsquote ist auch in diesem Ansatz ein zentraler Anker zur Beschreibung der Handlungsspielräume der

Tab. 4 Indikatorensetz Gutes Leben (2016)  
(Systematik des Indikatorensetzes W<sup>3</sup>: 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit; Quelle: Bundesregierung 2016)

| <b>Ökonomische Dimension</b>   |   |   |  |   |
|--|---|---|--|---|
| <b>Materieller Wohlstand</b>   |   | <b>Stabilität / Handlungsfähigkeit</b>  |  | <b>Zukunftsvorsorge</b>   |
| <b>Niveau</b>  | <b>Verteilung</b>   | <b>Staat</b>  | <b>Private</b>   |   |
| BIP je Einwohner   | Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen, Verteilung der Vermögen | Schuldenstandsquote   | –  | FuE-Ausgaben sowie Bruttoanlageinvestitionen relativ zum BIP, Zeit bis zur Unternehmensgründung |
| Haushaltsnettoeinkommen  |   | Altenquotient   |  |   |
| <b>Soziale Dimension</b>   |   |   |  |   |
| <b>Gesundheit</b>  | <b>Bildung</b>  | <b>Beschäftigung</b>  | <b>Ausgrenzung / Sicherheit</b>  | <b>Freiheit / globale Verantwortung</b>   |
| Lebenserwartung bei Geburt, Verbreitung von Fettleibigkeit             | frühe Schulabgänger, abgeschlossene Berufsausbildung            | Arbeitslosen-, Erwerbstätigenquote, reale Nettolöhne und -gehälter                                  | Armutsrisiko, Wohnkostenbelastung, befürchtete und tatsächliche Kriminalität, Hasskriminalität, Vertrauen in Polizei | Wahlbeteiligung, Einfluss auf politischen Prozess, Gewährleistung von 8 Grundrechten            |
| subjektive Gesundheit relativ zum Einkommen                            | Weiterbildungsquote, Bildungsmobilität der Generationen         | normale vs. atypische Arbeit, Zufriedenheit mit eigener Arbeit, tatsächliche/gewünschte Arbeitszeit | kulturelle Anbindung, Breitbandversorgung, 4 Indikatoren sozialer Einbindung   | EZ <sup>6</sup> -Ausgaben, globale unternehmerische Verantwortung (Platzhalter)                 |
| Versorgung mit Haus- und Fachärzten, Qualität der Pflege (Platzhalter) | Kinderbetreuung   | Pendeldauer, Betreuungsflexibilität   |  |   |
| <b>Ökologische Dimension</b>   |   |   |  |   |
| <b>Treibhausgase</b>   | <b>Stickstoff / Wasserqualität</b>                              | <b>Ressourcenverbrauch</b>  | <b>Artenvielfalt / Flächenverbrauch</b>  | <b>Umwelt / nachhaltiger Konsum</b>   |
| CO <sub>2</sub> -Emissionen und globale CO <sub>2</sub> -Emissionen    | –   | Energieproduktivität  | Vogelindex   | Luftqualität  |

öffentlichen Hand. Sie wird durch den Altenquotienten ergänzt, der vor allem die Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme beschreibt.

Der Indikatorensetz sieht keine Krisenindikatoren der finanziellen Nachhaltigkeit des Privatsektors vor. Im Hinblick auf die Zukunftsvorsorge sind allerdings die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und die Bruttoanlageinvestitionen im Tableau enthalten, jeweils relativ zur aktuellen Wirtschaftsleistung. Ein weiterer Indikator in diesem Betrachtungsfeld soll die Zeit erfassen, die typischerweise bis zu einer erfolgreichen Unternehmensgründung verstreicht.

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit wird durch eine reichhaltige Schar an Indikatoren beschrieben. Bei dem für die Wohlfahrt so wichtigen Aspekt der Gesundheit stellt die

6 EZ – Entwicklungszusammenarbeit.

Lebenserwartung bei Geburt lediglich einen der berücksichtigten Indikatoren dar. Darüber hinaus soll regelmäßig die Verbreitung von Fettleibigkeit betrachtet werden, aber auch die subjektive Einschätzung der eigenen Gesundheit bei unterschiedlich hohem Einkommen. Fragen der Gesundheitsversorgung werden eng in den Blick genommen, konkret die Versorgung mit Haus- und Fachärzten und (prospektiv) die Qualität der Pflege.

Aspekte des Bildungsniveaus und des Bildungszugangs werden zum einen durch Indikatoren für frühzeitigen Schulabgang und für eine abgeschlossene Berufsausbildung abgegriffen, zum anderen durch die Berücksichtigung der Weiterbildungsquote. Darüber hinaus sollen die Bildungsmobilität zwischen den Generationen und die Entwicklung der Kinderbetreuung in den Blick genommen werden. Im Hinblick auf die Beschäftigung stehen zunächst die Arbeitslosen- und die Erwerbstätigenquote im Mittelpunkt, ergänzt um die realen Nettolöhne und -gehälter. Eine Reihe von Indikatoren zielt darauf ab, die Qualität der Arbeitsbeziehungen zu erfassen, u. a. Fragen der eigenen Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz und der Kontrast zwischen der gewünschten und der tatsächlichen Arbeitszeit.

Facetten der möglichen gesellschaftlichen Ausgrenzung werden im Indikatorensatz durch das Armutsrisiko und die übermäßige Belastung durch Wohnkosten beschrieben. Mehrere Indikatoren erfassen das subjektive und das tatsächliche Risiko, Opfer von Kriminalität zu werden. Darüber hinaus werden in diesem Berichtsfeld diverse Indikatoren der sozialen Einbindung und kulturellen Anbindung betrachtet. Die Möglichkeit zur Wahrung individueller Freiheiten wird durch eine Reihe von Indikatoren erfasst, u. a. die Wahlbeteiligung und die Gewährleistung von Grundrechten. Schließlich enthält das Tableau auch Indikatoren zum Ausmaß, in dem Deutschland durch Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und andere Maßnahmen seine globale Verantwortung wahrnimmt.

Bei der Betrachtung der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit ist der Indikatorensatz der Bundesregierung nicht im gleichen Maße ambitioniert. Hier werden lediglich die nationalen wie globalen Treibhausgasemissionen, die Energieproduktivität, der Verlust an Biodiversität und die Luftqualität durch Indikatoren berücksichtigt.

### *3.4 Wohlfahrtsberichte „jenseits des BIP“: Verfahren*

Die hier vorgestellten Ansätze haben verdeutlicht, wie die ganzheitliche Wohlfahrtsberichterstattung hinreichend kompakt gestaltet werden kann, um zumindest im Prinzip als fruchtbare Basis für eine informierte gesellschaftliche Debatte zu dienen. Alle drei Indikatorensätze demonstrieren, dass die gründliche Auswahl einzelner Indikatoren aus einer in manchen Fällen überbordenden, in anderen Fällen frustrierend niedrigen Zahl möglicher Kandidaten so gelingen kann, dass sich daraus ein konzeptionell stimmiges Tableau formen lässt, dessen Elemente regelmäßig, zeitnah und mit vertretbaren Kosten erfasst werden. Wie sie in der Praxis mit Leben gefüllt werden können, zeigte bereits die exemplarische Umsetzung des eigenen Vorschlags durch die Sachverständigenräte (SVR/CAE 2010).

Dabei sind die konkret vorgeschlagenen Indikatortableaus vor allem als fruchtbarer Ausgangspunkt für den Diskurs um Stand und Entwicklung von Wohlstand und Fortschritt zu begreifen, der unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen, Politik und Zivilgesellschaft miteinander verbinden sollte. Denn Indikatoren beschreiben als quantitative Verdichtungen der Realität lediglich Veränderungen über die Zeit oder zeigen Kontraste zu anderen Volkswirtschaften und geben damit bestenfalls Anhaltspunkte für einen möglichen politischen Handlungsbedarf. Sie sind in erster Linie ein Diskursinstrument, da sie angesichts der Kom-

plexität des zu beschreibenden Gegenstands ohne weitere fachliche Einordnung kein sinnvolles politisches Steuerungsinstrument darstellen können.

Denn in der Veränderung der jeweiligen Indikatoren im Zeitablauf spiegeln sich nicht nur die Wirkungen konkreter Maßnahmen des politischen Handelns, sondern meist auch von der Politik nicht oder nur schwerlich zu verändernde Einflüsse. Selbst unter idealen Studienbedingungen, die eine doppelte Differenz der Ergebnisse zwischen *erstens* von einer politischen Maßnahme betroffenen und von ihr nicht betroffenen Beobachtungseinheiten bzw. *zweitens* vor und nach dem Einsatz der Maßnahme zulassen, sind daher Kausalaussagen über die Wirkung der Maßnahme nicht zwangsläufig möglich (BAUER et al. 2009). Durch eine beschreibende Analyse der in einem Indikatorensystem enthaltenen Messgrößen lassen sich Kausalaussagen daher nicht ermitteln.

Um ein Indikatorentableau für politisches Handeln nutzbar zu machen, ist daher anzuraten, einen Prozess seiner systematischen Begutachtung in Gang zu setzen. Gedanklich an das Vorbild der regelmäßigen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch den Sachverständigenrat angelehnt, schlugen sowohl die Sachverständigenräte (SVR/CAE 2010) als auch der Deutsche Bundestag (2013) die verbindliche Einrichtung eines derartigen Prozesses vor. Nicht zuletzt verband sich damit die Hoffnung, dass die bei politischem Handeln unvermeidbaren Zielkonflikte in den Vordergrund der Diskussion rücken und diese damit versachlicht würde.

Im Einklang mit der Natur von Indikatorentableaus als Diskursinstrument verzichten alle drei Ansätze explizit auf die Formulierung von politischen Zielvorgaben im Sinne konkreter Zahlenwerte, die Indikatoren zu einem vorgegebenen Zeitpunkt bzw. innerhalb eines definierten Zeitraums erreichen sollten. Zielvorgaben können nur bei solchen Anwendungsfällen sinnvoll als Gradmesser für die Wirksamkeit (wirtschafts-)politischen Handelns dienen, in denen die Kette von Ursache und Wirkung einigermaßen gut bekannt, die Überlagerung durch andere Einflüsse gering und somit die Wirkmächtigkeit der Politik zumindest im Grundsatz erheblich ist. Für Fragen nachhaltigen Wirtschaftens dürfte dies nur selten der Fall sein.

Die Verknüpfung der Einsichten aus dem Bürgerdialog mit den vorliegenden Arbeiten zur ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung bietet nach wie vor die konkrete Perspektive, das resultierende Indikatorensystem zeitnah als gesellschaftlich breit akzeptiertes und regelmäßiges Diskursinstrument zu etablieren. So könnte die Bundesregierung beispielsweise einmal je Legislaturperiode den Sachverständigenrat um eine Begutachtung dieses Indikatorentableaus aus ökonomischer Sicht ersuchen und weitere sachkundige Gremien in diesen Prozess einbeziehen, etwa die Sachverständigenräte für das Gesundheitswesen, für Umwelt sowie für Migration und Integration. Bislang scheint die Bundesregierung jedoch entschlossen, die Berichterstattung und Einordnung in eigener Regie vorzunehmen (Bundesregierung 2016).

### 3.5 Zwischenfazit

Der Schwerpunkt der Wohlfahrtsberichterstattung „jenseits des BIP“ lag bislang auf der Suche nach einem konkreten Indikatorensatz, der durch seine kompakte und konsistente Natur sowohl für interessierte Bürger zugänglich als auch inhaltlich überzeugend ist. Die Reduktion der Berichterstattung auf einen vorab nach einem inhaltlich geprägten Findungsprozess festgelegten und politisch akzeptierten Indikatorensatz kann also vor allem als Instrument dazu dienen, den inhaltlichen Diskurs über die berichteten Entwicklungen für Politik und Öffentlichkeit zu öffnen. Aktuell stehen diese Bemühungen am Scheideweg: Wird kein Ver-

fahren etabliert, dass einen dem Einfluss der Politik entzogenen Begutachtungsprozess durch unabhängige Wissenschaftler vorsieht, wird dieser Ansatz unvollständig bleiben.

#### **4. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bundesregierung**

Die Brundtland-Kommission hatte im Jahr 1987 weitreichende Überlegungen zur Gerechtigkeit zwischen heutigen und künftigen Generationen vorgestellt. Seitdem haben die internationalen Bestrebungen stetig zugenommen, beim politischen Handeln die Wechselwirkungen zwischen und die Belastungsgrenzen von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt – nicht zuletzt in globaler Perspektive – durchgehend zu berücksichtigen. So hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung bekannt und die „Agenda 21“ als ein globales Aktionsprogramm verabredet. Entscheidende Gedanken waren dabei die Verpflichtung zu einem neuen Generationenvertrag und die Etablierung des Leitbilds der Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe der nationalen Politik.

Im Jahr 2002 legte die Bundesregierung anlässlich des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ihre nationale Nachhaltigkeitsstrategie vor, die den Ausgangspunkt der regelmäßigen Berichterstattung zur Nachhaltigkeit darstellt (*Bundesregierung* 2002). Sie arbeitete das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung anhand von vier Handlungsfeldern aus:

- Generationengerechtigkeit,
- Lebensqualität,
- sozialer Zusammenhalt und
- internationale Verantwortung.

Seitdem hat die Bundesregierung im Abstand von jeweils vier Jahren in ihren Fortschrittsberichten eine regelmäßige Bestandaufnahme der Entwicklungen vorgelegt (*Bundesregierung* 2004, 2008, 2012).

Im Jahr 2016 wurde die Nachhaltigkeitsstrategie als deutsche Nachhaltigkeitsstrategie neu aufgelegt (*Bundesregierung* 2017). Die Bundesregierung reagierte damit auf die Verabschiedung der „Agenda 2030“ durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2015. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung wurde in ihrem Zuschnitt an die in dieser globalen politischen Agenda enthaltenen 17 „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ angepasst und punktuell erweitert. Insgesamt ist damit die Berichterstattung zweifelsohne noch umfangreicher geworden.

##### *4.1 Indikatoren*

Beginnend mit dem Jahr 2006 hat das Statistische Bundesamt die Berichterstattung zur Nachhaltigkeit durch alle zwei Jahre erscheinende Indikatorenberichte unterfüttert.<sup>7</sup> Die von der Bundesregierung für diese Berichte festgelegten Indikatoren werden in ihrer ursprünglichen Form 21 Feldern zugeordnet, die wiederum in vier übergreifende Bereiche geordnet sind. Diese sind mit den vier Handlungsfeldern der Nachhaltigkeitsstrategie identisch. Die einzelnen Indikatoren werden in Tabelle 5 allerdings nicht in dieser ursprünglichen Ordnung dargestellt, sondern in der für die Zwecke dieses Beitrags gewählten Systematik. Dadurch

---

<sup>7</sup> Siehe stellvertretend *Destatis* 2012.

wird erkennbar, wie sehr der Schwerpunkt dieses Indikatorensets auf der Beschreibung der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit liegt.

Tab. 5 Nachhaltigkeitsberichterstattung (2012)  
(Systematik des Indikatorensets W<sup>3</sup>: 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit; Quelle: Bundesregierung 2012)

| <b>Ökonomische Dimension</b>  |   |  |   |  |
|---|---|--|---|--|
| <b>Materieller Wohlstand</b>  |   | <b>Stabilität / Handlungsfähigkeit</b>   |   | <b>Zukunftsvorsorge</b>                                      |
| <b>Niveau</b>   | <b>Verteilung</b>   | <b>Staat</b>   | <b>Private</b>                            |  |
| BIP je Einwohner  | –   | Schuldenstandsquote, (strukturelles) Defizit   | –   | FuE-Ausgaben sowie Bruttoanlageinvestitionen relativ zum BIP |
| <b>Soziale Dimension</b>  |   |  |   |  |
| <b>Gesundheit</b>   | <b>Bildung</b>  | <b>Beschäftigung</b>   | <b>Ausgrenzung / Sicherheit</b>           | <b>Freiheit / globale Verantwortung</b>                      |
| vorzeitige Sterblichkeit (männlich, weiblich), Anteil der Fettleibigen (Erwachsene), Raucherquote (Jugendliche, Erwachsene)                           | frühe Schulabgänger, abgeschlossene Berufsausbildung, Studienanfängerquote, Ganztagsbetreuung (0–2, 3–5), ausländische Schulabsolventen | Erwerbstätigenquote (insgesamt, Ältere), Verdienstabstand Männer – Frauen                        | Straftaten                                | EZ-Ausgaben, Einfuhren aus Entwicklungsländern               |
| <b>Ökologische Dimension</b>  |   |  |   |  |
| <b>Treibhausgase</b>  | <b>Stickstoff / Wasserqualität</b>  | <b>Ressourcenverbrauch</b>   | <b>Artenvielfalt / Flächenverbrauch</b>   | <b>Umwelt / nachhaltiger Konsum</b>                          |
| CO <sub>2</sub> -Emissionen, Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch, Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch | Stickstoffüberschuss, Anteil ökologischer Landbau   | Energieproduktivität, Primärenergieverbrauch, Rohstoffproduktivität, 4 Indikatoren zur Mobilität | Vogelindex, Siedlungs- und Verkehrsfläche | Schadstoffbelastung der Luft                                 |

Im Hinblick auf die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit steht auch hier das BIP je Einwohner im Blickpunkt. Die Spreizung der Verteilung wird allerdings nicht erfasst. Die Schuldenstandsquote und das konjunkturbereinigte Defizit werden jedoch auch in diesem Ansatz als Kenngrößen der staatlichen Handlungsspielräume eingesetzt. Krisenindikatoren der finanziellen Nachhaltigkeit des Privatsektors gibt es wiederum nicht. Mit Blick auf die Zukunftsvorsorge finden allerdings die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und die Bruttoanlageinvestitionen im Tableau Berücksichtigung, jeweils relativ zur aktuellen Wirtschaftsleistung.

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit wird durch eine etwas umfangreichere Schar an Indikatoren beschrieben. Beim Aspekt der Gesundheit wird die vorzeitige Sterblichkeit angesprochen. Zudem werden die Verbreitung von Fettleibigkeit und die Raucherquote in den Blick genommen. Im Bereich der Bildung werden Indikatoren des frühzeitigen Schulabgangs und der

abgeschlossenen Berufsausbildung durch die Studienanfängerquote und die Betrachtung ausländischer Schulabsolventen ergänzt. Darüber hinaus wird die Ganztagsbetreuung betrachtet.

Im Hinblick auf die Beschäftigung wird die Erwerbstätigenquote berücksichtigt. Hinzu tritt die Entwicklung des Verdienstabstands zwischen Männern und Frauen. Weitere Indikatoren für die Qualität der Arbeitsbeziehungen sind nicht vorgesehen. Facetten der möglichen gesellschaftlichen Ausgrenzung werden im Indikatorensatz ebenfalls nicht berücksichtigt. Im Hinblick auf persönliche Sicherheit beschränkt sich das Indikatorentableau auf die Erfassung von Straftaten. Die Möglichkeit zur Wahrung individueller Freiheiten wird nicht weiter berücksichtigt. Hingegen erfassen einige Indikatoren, wie Deutschland seine globale Verantwortung wahrnimmt, etwa die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit relativ zum Bruttonationaleinkommen.

Bei der Betrachtung der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit ist der Indikatorensatz der Bundesregierung weit stärker ambitioniert. Zusätzlich zu den Treibhausgasemissionen werden Indikatoren zur Bedeutung erneuerbarer Energien eingesetzt. Neben dem Stickstoffüberschuss wird der Anteil des ökologischen Landbaus erfasst. Eine umfangreiche Schar von Indikatoren bezieht sich auf den Ressourcenverbrauch. Dazu zählen Maße der Energieproduktivität, des Primärenergieverbrauchs und der Rohstoffproduktivität sowie mehrere Indikatoren zur Mobilität. Der Blick auf die Artenvielfalt wird durch Indikatoren der Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche ergänzt. Schließlich wird die Schadstoffbelastung der Luft erfasst.

Im Einklang mit der Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2016 wurde das Indikatorentableau nicht nur im Zuschnitt angepasst, sondern vor allem auch im Detail verändert. Diese Veränderungen schlagen sich nicht zuletzt im Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamts nieder (*Destatis* 2016). Tabelle 6 zeigt die Veränderungen, wiederum im hier zu Darstellungszwecken gewählten Zuschnitt des Tableaus. Im Hinblick auf die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit wird jetzt die Verteilung der Einkommen ebenfalls berücksichtigt. Ebenso wird bei der sozialen Dimension jetzt die materielle Deprivation und die mögliche Überlastung durch Wohnkosten in den Blick genommen.

Bei der sozialen Dimension gibt es im Übrigen nicht nur Ergänzungen, sondern auch Streichungen. So werden die Studienanfängerquote und die ausländischen Schulabsolventen nicht länger berücksichtigt. Im Gegenzug wird der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen durch die Erfassung von Frauen in Führungspositionen ergänzt. Im Hinblick auf die Sicherheit werden mittlerweile nicht mehr allein die Straftaten betrachtet, sondern auch ein Maß der Korruption. Nicht zuletzt ist die Schar der Indikatoren im Berichtsfeld der internationalen Verantwortung erheblich gewachsen. Persönliche Freiheiten spielen im Indikatorentableau nach wie vor keine Rolle.

Im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit wurde das ursprüngliche Indikatorentableau um einige Indikatoren der biogeochemischen Kreisläufe erweitert. Erweiterungen haben zudem die Felder „Ressourcenverbrauch“ und „Artenvielfalt / Flächenverbrauch“ sowie die „Umwelt“ erfahren. Insbesondere wurde das letzte Betrachtungsfeld ausgebaut. Mehrere Indikatoren sollen für eine bessere Erfassung der Entwicklungen im Bereich des nachhaltigen Konsums und des Energieverbrauchs privater Haushalte sorgen. Daran ist nicht zuletzt bemerkenswert, dass es sich hierbei eher um Instrumente handelt, mit denen möglicherweise das nachhaltige Wirtschaften beflügelt wird, und nicht so sehr um den Erfolg derartiger Bemühungen.

Tab. 6 Neu aufgelegte Nachhaltigkeitsberichterstattung (2016)  
 (Systematik des Indikatorensetzes W<sup>3</sup>: 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit; Quelle: Bundesregierung 2017)

| <b>Ökonomische Dimension</b>   |  |   |  |   |
|--|--|---|--|---|
| <b>Materieller Wohlstand</b>   |  | <b>Stabilität / Handlungsfähigkeit</b>  |  | <b>Zukunftsvorsorge</b>   |
| <b>Niveau</b>  | <b>Verteilung</b>  | <b>Staat</b>  | <b>Private</b>   |   |
| BIP je Einwohner   | Gini-Koeffizient nach Sozialtransfer   | Schuldenstandsquote, (strukturelles) Defizit  | –  | FuE-Ausgaben sowie Bruttoanlageinvestitionen relativ zum BIP  |
| <b>Soziale Dimension</b>   |  |   |  |   |
| <b>Gesundheit</b>  | <b>Bildung</b>   | <b>Beschäftigung</b>  | <b>Ausgrenzung / Sicherheit</b>  | <b>Freiheit / globale Verantwortung</b>   |
| vorzeitige Sterblichkeit (männlich, weiblich),<br>Anteil der Fettleibigen (Jugendliche, Erwachsene),<br>Raucherquote (Jugendliche, Erwachsene) | frühe Schulabgänger<br><br>abgeschlossene Berufsausbildung<br><br>Ganztagsbetreuung (0–2, 3–5) | Erwerbstätigenquote (insgesamt, Ältere),<br>Verdienstabstand Männer–Frauen,<br>Frauen in Führungspositionen | (erhebliche) materielle Deprivation, Überlastung durch Wohnkosten, Straftaten, Korruption, | Beiträge: Klimafinanzierung, Frieden, Wälder, Korruption, Verantwortung, Trinkwasser- und Sanitärversorgung, EZ-Ausgaben, Einführen aus Entwicklungsländern, Kapazitätsaufbau und Austausch, berufliche Ausbildung von Frauen |
| <b>Ökologische Dimension</b>   |  |   |  |   |
| <b>Treibhausgase</b>   | <b>Stickstoff / Wasserqualität</b>   | <b>Ressourcenverbrauch</b>  | <b>Artenvielfalt / Flächenverbrauch</b>  | <b>Umwelt / nachhaltiger Konsum</b>   |
| CO <sub>2</sub> -Emissionen  | Stickstoffüberschuss   | Energieproduktivität  | Vogelindex   | Emission von Luftschadstoffen, Anteil mit erhöhter Feinstoffbelastung   |
| Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch  | Anteil ökologischer Landbau  | Primärenergieverbrauch, Gesamtrohstoffproduktivität (RMI <sup>8</sup> )                                     | Siedlungs- und Verkehrsfläche, Freiraumverlust und Siedlungsdichte                         |   |
| Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch  | Phosphor, Nitrat, Eutrophierung der Ökosysteme, 3 Indikatoren zu Nord- und Ostsee              | 4 Indikatoren zur Mobilität   |  | Marktanteil von Produkten mit staatlichem Umweltsiegel, Umweltmanagement, Energieverbrauch private Haushalte  |

8 RMI – Raw Materials Input.

## 4.2 Verfahren

Wie die Vorschläge zur Berichterstattung „jenseits des BIP“ setzt die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bundesregierung auf einen starr vorgegebenen, umfassenden Indikatorensatz. Der entscheidende Unterschied zu diesen anderen ganzheitlichen Ansätzen der Wohlfahrtsberichterstattung ist die Formulierung von Zielvorgaben, die mit den jeweiligen Indikatoren verknüpft werden. Darüber hinaus werden die jüngsten Entwicklungen unverändert fortgeschrieben, um den möglichen Verlauf der Zielerreichung auch für die kommenden Jahre abzuschätzen. Der Einsatz von Expertenkompetenz ist somit auf die objektive Berichterstattung begrenzt. Eine fachliche Begutachtung zur Einordnung der Berichtsergebnisse ist nicht vorgesehen.

Im Vordergrund steht also eindeutig die politische Handlungsfähigkeit. In der Tat mag die Beobachtung der Abweichung eines Indikators vom politisch vorgegebenen Zielwert eine umgehende Einsicht in politischen Handlungsbedarf erlauben – zumindest insofern der Zielwert selbst nicht weiter hinterfragt werden soll. Statt die ernsthafte Suche nach dem „warum“ hinter den beobachteten Entwicklungen einzuleiten, folgt die Nachhaltigkeitsstrategie seit Beginn dem Missverständnis, dass eine positive Veränderung des Zielerreichungsgrads direkt als die Wirkung guter Politik eingeordnet werden könne (*Bundesregierung* 2002). Angesichts der komplexen Natur der Zusammenhänge muss aber die „Erfolgskontrolle“ einzelner Maßnahmen durch die bloße Betrachtung von Indikatoren eine Illusion bleiben.

Wie sehr die Fortschrittsberichte zur Nachhaltigkeitsstrategie auch immer im Lichte der aktuellen politischen Herausforderungen und des aktuellen Regierungshandelns gesehen werden müssen, zeigt eine Betrachtung einzelner dort betonter Themen. So spiegeln beispielsweise das Werben für die Agenda 2010 (*Bundesregierung* 2005) oder die Betonung der Bedeutung solider Staatsfinanzen in Deutschland und Europa (*Bundesregierung* 2012) wichtige Anliegen der jeweiligen Bundesregierung.

## 4.3 Zwischenfazit

Im Gegensatz zur Wohlfahrtsberichterstattung „jenseits des BIP“ liegt der Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsberichte der Bundesregierung auf deren politischer Anschlussfähigkeit. Die Berichterstattung wird auf einen Indikatorensatz beschränkt, der vor allem auf die nachgelagerte inhaltliche Ausfüllung eines im internationalen politischen Prozess ausgehandelten Zielkanons abzielt. Statt eines Verfahrens der wissenschaftlich gestützten Begutachtung werden den einzelnen Indikatoren jeweils politisch festgelegte Zielwerte zugeordnet. Der Grad der aktuellen Zielerreichung und der Pfad aus der jüngeren Entwicklung fortgeschriebenen möglichen Entwicklung bestimmen über politische Schlussfolgerungen.

## 5. Kein Diskurs ohne Begutachtung

Dieser Beitrag hat die Entwicklungslinien der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland aus spezifisch ökonomischer Sicht aufgearbeitet. Dabei ist mehr als deutlich geworden, welche großen Überlappungen zwischen den verschiedenen Berichtsinstrumenten bestehen. Ebenso ist es offensichtlich, dass aus Sicht der statistischen Berichterstattung keine unüberwindbaren Probleme erwachsen dürften, die jeweiligen Indikatortableaus regelmäßig, zeitnah und recht präzise mit Leben zu füllen. Die Berichterstattung über die ausgewählten Kennzahlen allein ist aber nicht sonderlich informativ. Weder ist ihre Einordnung

offensichtlich, noch lässt sich aus den Ausprägungen von Indikatoren die Frage nach einem „warum“ beantworten.

Ebenso wichtig wie die Suche nach den passenden Elementen eines Indikatorentableaus ist somit die Festlegung der die Berichterstattung begleitenden Verfahren, an deren Anfang die statistische Arbeit steht. In der Gesamtschau zeigt sich, dass die beiden Entwicklungsstränge der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland, die auf fest etablierten Verfahren beruhen, also die Jahresgutachten des Sachverständigenrates einerseits und die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bundesregierung andererseits, sehr unterschiedliche Rollen ausfüllen und daraus jeweils eine starke Legitimation ziehen, während die vergleichsweise junge Berichterstattung „jenseits des BIP“ ihre Rolle letztlich noch nicht ganz gefunden hat.

Mit starkem Fokus auf wirtschaftliche Entwicklungen und Zusammenhänge machen die Analysen des Sachverständigenrates wissenschaftliche Expertise als unabhängige Grundlage für den gesellschaftlichen Diskurs und politische Entscheidungsfindung nutzbar. Im Rahmen des übergreifenden Auftrags unterliegt der Sachverständigenrat in seiner Schwerpunktsetzung und der Wahl seiner Methoden keinem politischen Einfluss, die Jahresgutachten sind somit kein Instrument der Regierungsführung. Naturgemäß führen diese Analysen häufig zu einem vielschichtigen Bild, eindeutige Antworten auf Fragen der politischen Gestaltung bleiben dann aus.

Mit ihrem Schwerpunkt auf ökologischen Aspekten und auf der Wahrnehmung globaler Verantwortung dienen die Nachhaltigkeitsberichte vor allem der Einbettung der deutschen Politik in den Kontext globaler Politikkoordination. Sie erlauben es der Bundesregierung, ihre Maßnahmen direkt anhand der ermittelten Abweichungen der Indikatoren von deren politisch vorgegebenen Zielwerten nachzusteuern. Der Verzicht auf den wissenschaftlich gestützten Diskurs über die oft vielschichtigen Hintergründe der beobachteten Entwicklung ist aber nicht kostenfrei. Er liefert der Politik zwar eindeutige Antworten, es können aber auch völlig falsche Antworten sein.

Die ganzheitliche Wohlfahrtsberichterstattung „jenseits des BIP“ zieht ihre potenzielle Stärke daraus, soziale und ökologische Aspekte gleichberechtigt neben die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit zu setzen. Allerdings kann die Berichterstattung über einen fest definierten Indikatorensatz nicht die fachkundige Begutachtung durch Experten und den darauf aufbauenden Diskurs über die betrachteten Zusammenhänge ersetzen. Eine eigenständige Legitimation wird diese Entwicklungslinie daher nur durch die Einrichtung eines regelmäßigen Verfahrens der unabhängigen Begutachtung erreichen können, das ihre Natur als Diskursinstrument unterstreicht.

Orientieren könnte sich dieses Verfahren am Beispiel der Jahresgutachten, die im jeweils folgenden Jahreswirtschaftsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums kommentiert werden. Einer Begutachtung der statistischen Kennzahlen des ganzheitlichen Indikatorentableaus durch fachkundige Expertengremien würde dann eine Stellungnahme der Bundesregierung und ein öffentlicher Diskurs folgen. Die Begutachtung eines Indikatorensystems würde daher nicht den Abschluss dieses Diskurses, sondern vielmehr seine fachliche Fundierung darstellen.

## Literatur

- ARNDT, C., und VOLKERT, J.: Amartya Sens Capability-Approach – Ein neues Konzept der deutschen Armuts- und Reichumsberichterstattung. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 75, 7–29 (2006)
- BAUER, T. K., FERTIG, M., und SCHMIDT, C. M.: Empirische Wirtschaftsforschung: Eine Einführung. Berlin: Springer 2009

- BRAAKMANN, A.: Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung, *Wirtschaft und Statistik* 7, 609–614 (2010)
- Bundesregierung*: Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin 2002
- Bundesregierung*: Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung – Fortschrittsbericht 2004. Berlin 2004
- Bundesregierung*: Wegweiser Nachhaltigkeit 2005: Bilanz und Perspektiven. Berlin 2005
- Bundesregierung*: Für ein nachhaltiges Deutschland: Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Berlin 2008
- Bundesregierung*: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie: Fortschrittsbericht 2012. Berlin 2012
- Bundesregierung*: Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland: Dokumentation. Berlin 2016a
- Bundesregierung*: Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. Berlin 2016b
- Bundesregierung*: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie: Neuauflage 2016. Berlin 2017
- Destatis* (Statistisches Bundesamt): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland: Indikatorenbericht 2012. Wiesbaden 2012
- Destatis* (Statistisches Bundesamt): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland: Indikatorenbericht 2016. Wiesbaden 2016
- Deutscher Bundestag*: Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Einsetzungsbeschluss. Bundestags-Drucksache 17/3853. Berlin 2010
- Deutscher Bundestag*: Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Schlussbericht. Bundestags-Drucksache 17/13300. Berlin 2013
- Europäische Kommission*: Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament. KOM 2009-433. Brüssel 2009
- European Commission*: Fiscal Sustainability Report 2015. Luxembourg 2016
- FERTIG, M., PUXI, M., ROSEMANN, M., und WEIMANN, M.: Die Wahrnehmung und Berücksichtigung von Wachstums- und Wohlstandsindikatoren durch politische Entscheidungsträger in Deutschland. *Schmollers Jahrbuch* 134/1, 61–88 (2014)
- KAUFMANN, D., KRAAY, A., and MASTRUZZI, M.: The worldwide governance indicators – Methodology and analytical issues. *Hague Journal on the Rule of Law* 3/2, 220–246 (2011)
- LAYARD, R.: Happiness: Lessons from a New Science. 2<sup>nd</sup> ed. London: Penguin 2011
- LEIPPRAND, A., und AUS DEM MOORE, N.: Die natürlichen Grenzen der Ökonomie – Plädoyer für eine ökologische Schuldenbremse. *Leviathan* 40/2, 173–201 (2012)
- ROCKSTRÖM, J., STEFFEN, W., NOONE, K., PERSSON, Å., CHAPIN, F. S. III, LAMBIN, E. F., LENTON, T. M., SCHEFFER, M., FOLKE, C., SCHELLNHUBER, H. J., NYKVIST, B., WIT, C. A. DE, HUGHES, T., VAN DER LEEUE, S., RODHE, H., SÖRLIN, S., SNYDER, P. K., COSTANZA, R., SVEDIN, U., FALKENMARK, M., KARLBERG, L., CORELL, R. W., FABRY, V. J., HANSEN, J., WALKER, B., LIVERMAN, D., RICHARDSON, K., CRUTZEN, P., and FOLEY, J. A.: A safe operating space for humanity. *Nature* 461/7263, 472–475 (2009)
- SCHMIDT, C. M.: Möglichkeiten und Grenzen umfassender Indikatorensysteme. *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 91/11, 745–749 (2011)
- SCHMIDT, C. M.: Die Entwicklung der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland aus Sicht der Ökonomie. In: *Bundesregierung* (Hrsg.): Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland: Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats. S. 18–31. Berlin 2016
- SCHMIDT, C. M., und AUS DEM MOORE, N.: Wohlstandsmessung heute: Statistische Grundlagen einer umfassenden gesellschaftlichen Debatte. In: THEURL, T. (Hrsg.): Akzeptanzprobleme der Marktwirtschaft: Ursachen und wirtschaftspolitische Konsequenzen. S. 13–32. Berlin: Duncker & Humblot 2013
- STIGLITZ, J. E., SEN, A., and FITOUSSI, J.-P.: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris 2009
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Herausforderungen des demographischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung. Wiesbaden 2011
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen. Sondergutachten 2012. Wiesbaden 2012
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2013/14, Kap. 12: Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Wiesbaden. 2013
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/16, Kap. 6: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vor neuen Herausforderungen. Wiesbaden 2015a

*Christoph M. Schmidt*

SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Konsequenzen aus der Griechenland-Krise für einen stabileren Euro-Raum. Sondergutachten 2015. Wiesbaden 2015b

SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Zeit für Reformen. Jahrgutachten 2016/17. Wiesbaden 2016

SVR/CAE (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse économique): Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem. Expertise im Auftrag des deutsch-französischen Ministerrates. Wiesbaden 2010

Prof. Dr. Christoph M. SCHMIDT  
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstraße 1–3  
45128 Essen  
Bundesrepublik Deutschland  
Tel.: +49 201 8149227  
Fax: +49 201 8149236  
E-Mail: praesident@rwi-essen.de

## **Affluence, Happiness, Meaningfulness or Freedom of Action? On Measuring Quality of Life to Assess Societal Development**

Robert ERIKSON<sup>1</sup> (Stockholm, Sweden)

### *Abstract*

How should we determine whether a society is developing for the better or for worse? In a democratic society this question demands an answer on how the situation of all citizens change: how their quality of life evolves. In this contribution we discuss several interpretations of how we should measure quality of life: material affluence, happiness, meaningfulness and freedom of action. Good indicators of the quality of life should reflect improvements or deterioration of life conditions. It should reflect the level of living of individuals or households and it should be possible to aggregate the measure on a national level and to show its distribution for persons, groups or regions. We argue and conclude that freedom of action and the resources necessary should be the preferred interpretation of the quality of life.

### *Zusammenfassung*

Wie kann man am besten bestimmen, ob sich eine Gesellschaft verbessert oder verschlechtert? In einer demokratischen Gesellschaft setzt eine Antwort auf diese Frage voraus, dass abgebildet wird, wie sich die Lebensbedingungen einzelner Personen gestalten und wie sie sich verändern. In diesem Beitrag erörtern wir mehrere Vorstellungen von dem, was Lebensqualität sein soll: materieller Wohlstand, Glück, Sinnhaftigkeit und Handlungsfreiheit. Gute Sozialindikatoren sollen Veränderungen zum Guten oder Schlechten reflektieren und dies sowohl auf der Ebene von gesamten Gesellschaften als auch für einzelne Personen oder Haushalte und deren Verteilung. Nach diesen Kriterien ergeben die Handlungsfreiheit und die Ressourcen, die dafür erforderlich sind, jenen Begriff von Lebensqualität, der sich am besten dazu eignet, die Wohlfahrt einer Gesellschaft zu verstehen und zu messen.

How to determine whether a society develops for the better or for the worse? In a democratic society this question demands an answer that is dependent on how the situations of all citizens change and progress; how their quality of life evolves. In spite of the fact that the Gross Domestic Product (GDP) never was aimed at providing an answer to this question, it has now for decades been the perhaps foremost measure used for the purpose of deciding how societies progress. There is good ground for this practice, a large number of conditions – longevity, education, poverty – are positively correlated with GDP, although the associations are far from perfect and though many conditions of importance for the citizens do not affect GDP. Increasing GDP may go parallel with decreasing environmental conditions and increased exposure to crime for many inhabitants, and important elements that do not have a market price

---

<sup>1</sup> Professor Emeritus of sociology, Swedish Institute for Social Research, Stockholm University.

are not included in GDP. So, even if it may provide summary information of the conditions of the average citizen, it needs to be complemented with measures based on the circumstances of the individual members of society.<sup>2</sup>

Reports on whether the economy is in recession or if the market is booming, whether unemployment is increasing or on the way down, whether inflation reaches the central bank goal are provided with high regularity. However, if we want to know how our society develops, we also need to get information on other aspects of societal change – are more persons experiencing bad health; do many children fail at school; are crime rates increasing, just to mention a few. While economic statistics thus regularly provide both decision makers and the general public with reliable information on the state of the economy we typically learn about other developments through reports from friends and relatives, through what we read in the mass media and nowadays often through information in the Internet. But these sources are usually biased – our friends are far from being representative of society in general, and the media take up what they assume will attract readers and listeners, or perhaps what is in the interest of the sender. In order to get an accurate impression of how society develops, we need to get a reliable picture of the level and change of the quality of life in society above GDP and other accounts of the economic situation. What should be included in such picture, and how should it be measured?

A central issue is to agree on what can be regarded as the essence of quality of life and to decide how to measure it. Each individual can have a personal view of what is best for him or her – and perhaps also believe that this is what others regard as the most essential aspect of life – but if the question is how a society develops, we have to find a common metric that most citizens find relevant and that can be aggregated to the societal level. If, furthermore, it should be possible to assess whether conditions in the society improve or worsen, a useful quality of life measure must be so constructed that such a change can be perceived and indicated to a corresponding degree.

Measures of quality of life may influence the political understanding of societal trends and as consequence be part of the basis for political decisions. This possibility puts great demands on the reliability and accuracy of the measures in terms of giving an accurate description of people's conditions, and it is essential that the measurement can contribute to an assessment of the situation and of possible changes in various population groups.

In this contribution I take up the issue of how to evaluate the development of a society and I will make suggestions of how to measure quality of life in a way that would provide a relevant complement to GDP/capita.<sup>3</sup>

## 1. Interpretations of Quality of Life

There are four fundamental interpretations of what quality of life entails that recur in the scientific literature and in international work in this field – quality of life as affluence, happiness, meaningfulness and freedom of action.

---

2 Cf. STIGLITZ et al. 2010, COYLE 2014.

3 In 2014 I was commissioned by the Swedish Government to review, analyse and suggest measures of quality of life. This chapter is based on the work I did for the Commission (cf. ERIKSON and BLANCK 2015).

### *1.1 Quality of Life as Affluence*

Affluence or standard of living is obviously an important aspect of the conditions under which people live. Quality of life as affluence implies that the central aspect of life is the satisfaction of needs through the flow of goods and services.

Material conditions can be assumed to be of particular importance in communities where the economic standard is low. Discussions of poverty have been based on the concept of basic needs,<sup>4</sup> making the satisfaction of health, nutrition and education central. This approach to quality of life can be said to imply that everyone should be able to live a tolerable life, but little emphasis is given to conditions above the basic level.

Thus, basic needs appear to be an insufficient foundation for determining quality of life when a society has reached a situation where its inhabitants find that the improvement of other aspects of their situation than material conditions seem more important than an increase in income. The valuation of a rise in income decreases with increasing levels of income, and this is the case also for various correlated factors – life satisfaction for example shows a concave association with income (EASTERLIN 2001, 2005a, b).

The fact that disposable household income, or more generally scope for consumption, is an incomplete measure of welfare in a modern advanced society should not, however, result in ignoring the major significance of economic resources for other aspects of human welfare. TAVERNIER (2014) found economic problems to vary more with other problems – for example health, housing, and social relations – than these did with one another, and so did ERIKSON and TÅHLIN (1987). In spite of the critique of GDP as a measure of human welfare, it is obvious that economic resources are essential for individual conditions and quality of life (JONES and ORMERUD 2007, COYLE 2014). Thus, even if material conditions do not provide a complete account of the quality of life in a country, a measure of societal welfare that does not include standard of living is clearly inadequate.

With a utilitarian approach, it is not income that is the essential element of individuals' well-being – rather than income *per se* it is the utility that income provides that is the appropriate measure of well-being. If then the utilities of all citizens were aggregated, the average could be a measure of societal welfare. The basic problem with such a measure is the impossibility of comparing subjective assessments of utility. It is not possible to find a sum or an average if people's valuations of their situations cannot be compared, and consequently average utility can then not be the basis for a measure of societal welfare.

If, however, one assumes that when someone chooses alternative A ahead of alternative B, he or she prefers A to B and A provides more utility than B. Then, if the totality of people's choices – showing the utility they achieve – is determined by their incomes, income is indicating utility. With these assumptions the total income in a country – strictly utility as a function of income – is a measure of well-being in the country, and public policy should aim at maximising total income, and indirectly GDP.<sup>5</sup>

If, then, income is regarded as a measure of utility, GDP/capita may be used as indicating the quality of life in a nation, even if GDP was never introduced to be interpreted in this way (COYLE 2014). Already in the eighteenth century Jeremy BENTHAM proposed the principle of utility – later in a note mentioned as the greatest happiness principle – “to rear the fabric

---

4 Cf. JOLLY 1976, STEWART 1996.

5 GDP is based on production rather than income. A better aggregate measure would perhaps be the Net National Income (NNI). GDP/capita anyway works as a proxy due to its high association with average income.

of felicity by the hands of reason and law".<sup>6</sup> Income is assumed to be important as one of several determinants of pleasure, rather than itself be a goal.<sup>7</sup> The assumed impossibility of direct comparisons of happiness across individuals, however, led to income becoming the used maximand.

As aggregate income more and more was regarded as an incomplete measure of welfare – following from important aspects of individual lives not being indicated by it – finding another maximand seemed important. When, furthermore, psychologists could show that happiness or related concepts could be reliably measured and give consistent expressions of people's subjective well-being, economists have returned to happiness as a possible maximand. The question is whether this is a good idea.

### 1.2 *Quality of Life as Happiness*

Happy persons, satisfied with their conditions, may seem as the definite measure of the quality of life of a nation, and many authors, among them KRUEGER et al. (2009a) and LAYARD (2011), have suggested that happiness should be the goal of political action. LAYARD pointed out that one advantage of happiness is that it is a goal in itself rather than being a means for reaching other goals.

In the research on happiness distinctions have been made between emotional or affective well-being and life satisfaction, where affective well-being refers to an immediate and momentary state, while life satisfaction refers to a more considered assessment of how life has turned out. Well-being – or actually lack of well-being – has been measured as the proportion of time in a day when negative feelings are more apparent than positive.<sup>8</sup> KRUEGER et al. (2009) suggested a programme for National Time Accounting in which the sum of individual proportions of time with negative feelings would be calculated. This sum was supposed to give a measure that could complement to GDP as a measure of the social situation in a country.

Life satisfaction is measured with questions on how satisfied people are with their lives. With the Cantril Self-Anchoring Scale people are asked to place themselves on one of eleven levels, where the top represents the best possible life and the bottom the worst.<sup>9</sup> With DIENER's scale respondents are asked to react to five statements about how they evaluate their lives (DIENER et al. 1985). The Cantril scale have for many years been used by Gallup in a large number of countries, making it possible to compare countries and look at change over time with respect to life satisfaction.

There are certain differences in life satisfaction between various groups in the population. LYUBOMIRSKY (2008) claims that around 10 % of the variation in happiness can be accounted for by differences in wealth, health, beauty, etc. Life satisfaction shows a slight u-curve by age with the lowest levels among those aged around forty. Women tend to be slightly more satisfied than men. Those who live in partnerships tend to show higher levels of life satisfaction than those living alone. Satisfaction has a decreasing positive association with income

---

6 BENTHAM [1780] 1970, p 11.

7 Cf. <https://plato.stanford.edu/entries/bentham/>; GOLDWORTH 1979.

8 Positive and negative feelings seem to some extent to vary independently of each other, why a working group at the National Institute of Health suggested that separate accounts of positive and negative feelings should be provided in reports on happiness <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/books/NBK179225/>. Cf. KAPTEYN et al. 2015.

9 <http://www.gallup.com/poll/122453/understanding-gallup-uses-cantril-scale.aspx>.

with smaller differences in satisfaction associated with a certain difference in income at higher income levels.

Physical health seems to have only a weak long term association with life satisfaction, while mental health problems tend to be clearly related to low well-being, an association that to some degree can be regarded as close to definitional, i.e. low affective well-being is a typical aspect of low mental health, although negative feelings during a day of course do not imply mental health problems. LAYARD and CLARK (2014; cf. LAYARD et al. 2006) suggest that the lack of happiness in the UK should be treated with cognitive therapy and propose that more therapists should be associated with the National Health Service, giving treatment to a large number of patients. Whether happiness would increase in Britain is a moot point, but even if this would not be the case, a possible improvement of mental health would be a very positive result.

Differences between countries in average life satisfaction clearly vary with GDP per capita, although the association is weak or non-existent among advanced societies. A corresponding cross-sectional association applies at the individual level within countries for the relation between life satisfaction and income. Despite this association, there has in most advanced societies been no change in average life satisfaction at least since the early 1970s, notwithstanding the fact that GDP per capita and average income have changed considerably. This is known as the Easterlin paradox (EASTERLIN 1973; cf. EASTERLIN et al. 2010).

The over-time stability of life satisfaction, measured in different ways, has been shown for several countries. Figure 1 shows that the level of happiness in the United States remained virtually unchanged from 1973 to 2004 despite a significant increase in GDP/capita and close to identical diagrams have been shown for Britain.<sup>10</sup> Figure 2 shows that average well-being during the same period remained unchanged in the United Kingdom, France, Germany and the Netherlands, while well-being rose slightly in Italy. Figure 3, taken from NOLL (2016) provides evidence of unchanging satisfaction levels in Germany, East and West, based on other data than those used by CLARK et al. (2008).

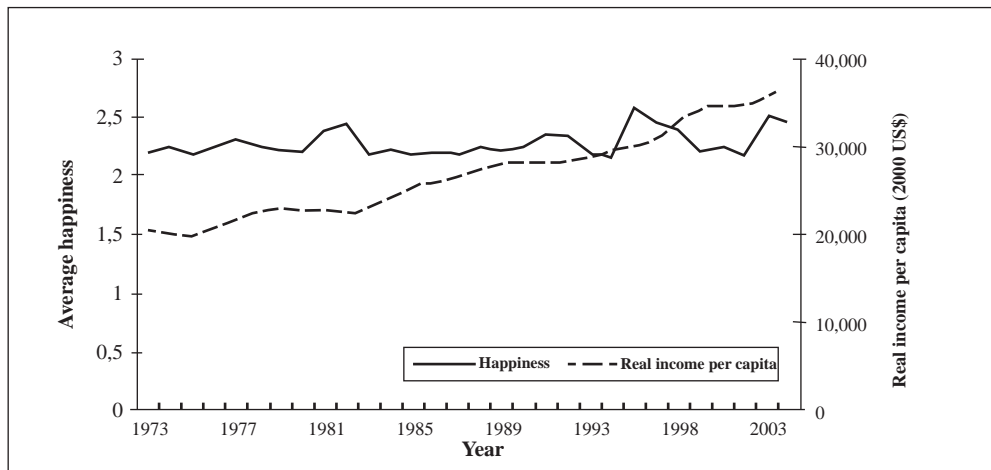


Fig. 1 Life satisfaction and real income per capita in the United States, 1973–2004 (CLARK et al. 2008)

<sup>10</sup> Cf. THOMAS and EVANS 2010; [www.sd-commission.org.uk/news.php/101/a-prosperous-nation-sdc-e-bulletin](http://www.sd-commission.org.uk/news.php/101/a-prosperous-nation-sdc-e-bulletin).

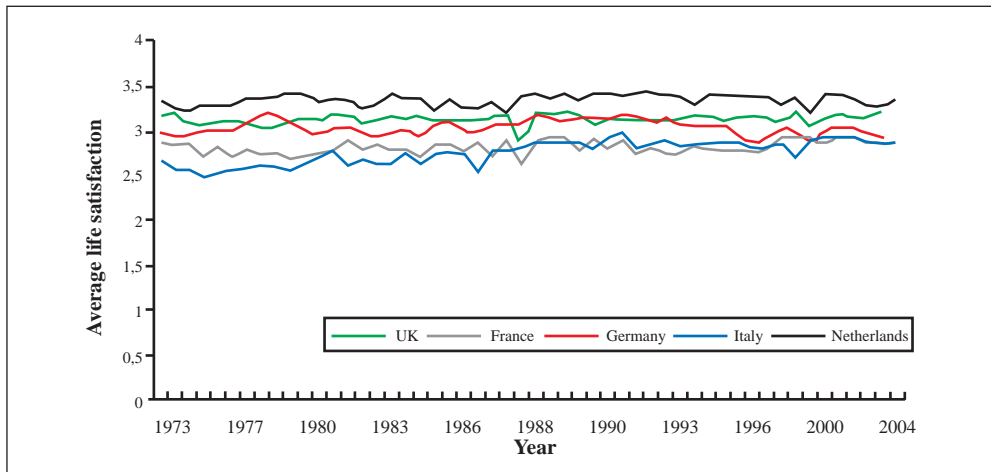


Fig. 2 Life satisfaction (Euro-barometer) in five European Countries, 1973–2004 (CLARK et al. 2008)

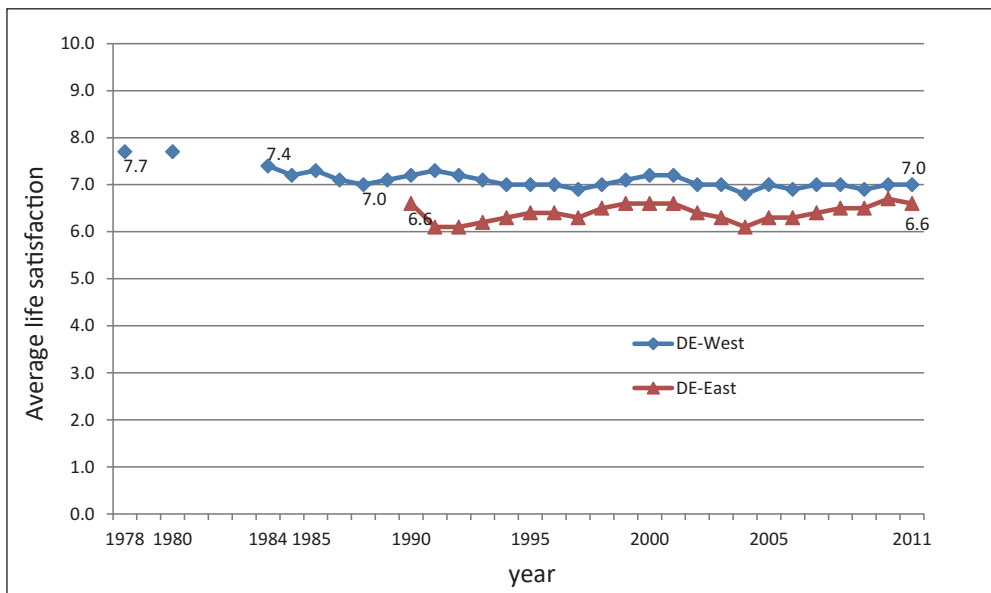


Fig. 3 Life satisfaction: West- and East-Germany; 1978–2011. Database: 1978, 1980 German Welfare Survey; 1984–2011 German Socio-Economic Panel Study (Source: Social Indicators Monitor – SIMon [www.gesis.org/simon]). Taken from NOLL 2016, Fig. 6.2. It provides evidence of unchanging satisfaction levels in Germany, East and West, based on other data than those used by CLARK et al. 2008.

HELLEVIK (2003) finds that the happiness level remained unchanged from 1985 to 2001 in Norway. In contrast STEVENSON and WOLFERS (2008; cf. SACKS et al. 2010) find a relationship between change in GDP and change in various measures of well-being for a number of

countries. The correlations are weak, however, it is mainly among developing countries where they find a significant connection. Their conclusion for the advanced societies is at odds with what others have found, and it is partly based on data of questionable reliability. They find no change in the study with the highest data quality (the *US General Social Survey*), making them claim that the United States is a special case. DELHEY and KROLL (2012) report differences in the average happiness level between industrialised countries, differences that appear to be better explained by cultural differences than by economic and social conditions (SENIK 2014). INGLEHART et al. (2008) find that well-being has increased over time in a number of countries, an observation that mainly refers to developing countries. In thirteen European countries happiness levels were, according to the data they used, virtually unchanged between 1990 and 2007. Taken together, the results indicate that the average life satisfaction tends not to change over time in the developed industrialised countries.

The stability of measures of life satisfaction can be theoretically understood as the consequence of people's aspiration levels adapting to their life circumstances. With the words of Amartya SEN: "A person who is ill-fed, undernourished, unsheltered and ill can still be high up in the scale of happiness or desire-fulfilment if he or she has learned to have 'realistic' desires and to take pleasure in small mercies."<sup>11</sup>

An alternative explanation of why happiness levels tend to be unchanged is suggested by CUMMINS (2010). Based on data from Australia he finds an apparent constancy in the individual level of happiness over time. In the case of strong positive or negative challenges to the individual, the level of happiness changed temporarily, but returned after a time to the previous value.<sup>12</sup> In consequence, an individual seems normally to experience about the same level of happiness regardless of changing living conditions. CUMMINS assumes that an individual has a "set point" that basically is genetically determined. If well-being in essence, as CUMMINS supposes, is determined by heredity and personality, also individuals living in highly different circumstances can come to exhibit a similar well-being. EASTERLIN (2003) argues, however, that individual's well-being may well vary over life and presents good arguments for this view. While individual well-being accordingly can be assumed to change in connection to, for example, marriage, aging or childbirth, the average happiness of a population will remain constant as the effects of demographic change will cancel out.

LAYARD (2011) discusses at length why observed happiness has not changed despite the fact that economic prosperity has increased significantly. He argues that it is not the absolute level of income but the relative that affects life satisfaction. If this were the case, however, happiness should have decreased in connection to the increasing income inequality since the 1980s, a development which has not been observed, as was shown earlier. A stable aggregate level would only occur if decreasing happiness among those with low incomes was fully compensated by increasing levels among those with high incomes, a condition that matches badly with the concave relation between income and happiness.

Well-being seems mainly to be determined by personality factors, which may be a major reason why it does not change over time. This also means in general that it cannot be expected to be affected by policy measures (cf. NOLL 2013). That changes – within reasonable limits –

---

11 SEN 1985, p. 21. Cf. "The relationship between utility and happiness is complex. People can be happy with very little wealth / income / possessions, or miserable with plenty." <http://www.sd-commission.org.uk/publications.php?id=41>.

12 Cf. UGLANOVA and STAUDINGER 2013 who find that positive and negative life events influence the level of life satisfaction, but that it after some time tends to adapt to a level closer to the previous one.

in such measures hardly affect well-being presents a problem for happiness as a measure of quality of life intended to provide a basis for an assessment of how a society develops. That happiness on the whole cannot be expected to change over time also means that a, in some sense, successful policy will not result in greater happiness in the population. If successful politics would lead to raising expectations about the future, they could in the short run actually lead to the – from the government’s perspective – paradoxical consequence of a lower average happiness. That would follow if raised expectations imply lower satisfaction with existing conditions, and thus in the short term lead to decreased life satisfaction. After some time life satisfaction would probably return to approximately the same level as before.

If the level of happiness of the population, in terms of well-being or life satisfaction, is the measure of the state of society and the happiness level remains unchanged over time, a government that wants to show that its policy is successful cannot refer to measurements of quality of life, but will have to find other means to try to convince citizens that their conditions are as good as they can hope for. As newly elected prime minister of the United Kingdom David CAMERON in 2010 emphasized: “it’s time that we focused not just on GDP but on GWB – general wellbeing.”<sup>13</sup> In the following period the British statistical office, ONS,<sup>14</sup> hardly observed any change in well-being in reports published twice a year, a fact that may explain why the issue of well-being did not appear in the election campaign of 2015. That people’s aspiration levels adapt to the conditions they experience, also means that subjective indicators provide less good opportunities than measures of their actual living conditions to determine how people’s circumstances vary within the population.

All in all, neither average life satisfaction nor affective well-being can be expected to vary over time in the developed industrialised countries, probably mainly because individuals tend to adapt their subjective assessment to changing circumstances. Accordingly, happiness is not an appropriate measure meant to indicate whether a society develops to the better or the worse.

### 1.3 *Quality of Life as Meaningfulness*

Is happiness without question the most appealing aim in life as suggested by LAYARD (2011)? BENTHAM’S student John Stuart MILL meant that it “is better to be a human being unsatisfied than a pig satisfied; better to be Socrates dissatisfied than a fool satisfied”,<sup>15</sup> implying that immediate satisfaction could not be regarded as the ultimate goal in life.<sup>16</sup> In consequence living a meaningful life may be a better way to comprehend the essence of quality of life than living a happy life.

If meaningfulness should mean anything more than that people say that they find meaning in their lives, one has to assume some criterion against which to judge their situation. If humans have certain basic needs – also beyond the purely material – a prerequisite for a meaningful and good life is that these needs are met. ALLARDT (1975, 1993) suggested that well-being is a condition where people are able to get their key needs satisfied and made assumptions about the basic human needs when he argued that well-being means “to have,

---

13 <http://www.theguardian.com/society/2015/apr/19/anxious-atomised-not-in-it-together-the-state-of-britain-2015>.

14 ONS – Office for National Statistics.

15 MILL [1863] 1910, p. 9.

16 Cf. GREENE 2014.

to love, to be”. VON WRIGHT also presupposes that needs are founded in our constitution when he writes that a man’s well-being “is the summary of everything *that is good* for him and *does him good*. [...] men have a good life, ‘realise’ their well-being, when they live in harmony with their possibilities of happiness.”<sup>17</sup> People’s well-being then depends on their basic constitution – their nature – although it, according to VON WRIGHT, also depends on the given historical situation.

Living a meaningful life is likewise in the psychological literature interpreted as living in accordance with human nature. There are several attempts to measure quality of life in this sense. A reference is often made to ARISTOTLE’S concept of *eudaimonia*, which perhaps can be said to mean living well and doing good – ARISTOTLE refers to virtue as central to what he calls the human *eudaimon*. Separate scales meant to measure meaningfulness have been entered under various names; they can collectively be brought together under the rubric Eudaimonic Well-Being (EWB) – although virtue is typically not part of what is measured – or Psychologic Well-Being (PWB). RYAN and DECI (2001) suggest that the content of being eudaimonic includes being autonomous, competent and related.

To achieve quality of life in the form of meaningfulness it is claimed that humans need to live in accordance with their true self and their true nature. Everything that gives momentary satisfaction (affective well-being) does not need to be compatible with this assumption, which means that quality of life as happiness is not identical with quality of life as meaningfulness. Empirical measures of happiness and meaningfulness tend, however, to be highly correlated (KAPTEYN et al. 2015). As meaningfulness has been operationalized, it is furthermore closely associated with mental health.

HUPPERT and SO (2013) have constructed a scale concerning “flourishing”, which they claim captures both the hedonic (regarding an affective aspect) and the eudaimonic dimensions of well-being. They suggest that flourishing is a combination of feeling well – approximating affective well-being – and functioning effectively, referring to a eudaimonic dimension. They argue that flourishing implies good mental well-being and is the very essence of mental health. The scale was constructed on the basis of diagnostic criteria for mental illness, for which they chose the positive aspects, that is, they reflected the criteria and tried to measure the absence of diagnostic symptoms. HUPPERT and SO compare, using data from the European Social Survey, flourishing between European countries and find that it is highest in Denmark and lowest in Portugal. Unfortunately, they provide no information on how the values vary over time.

WATERMAN et al. (2014) take up six elements of EWB: self-awareness; developing one’s potential; sense of purpose and meaning in life; pursuit of excellence; commitment to one’s own activities; and that a person’s activities are expressions of herself. A scale based on these elements is assumed to show the extent to which persons use their potential to achieve their goals in life.

RYFF and KEYES (1995) tried with a similar approach to construct a scale of psychological well-being (PWB) meant to measure the extent to which individuals do well in terms of six components: autonomy; personal growth; to accept oneself; sense of meaning in life; control over the environment, and good relationships with others. Both concepts are believed to be theoretically separated from each other and from subjective well-being (SWB), but all three approaches are relatively highly correlated empirically.

---

<sup>17</sup> VON WRIGHT 1978, p. 174. My translation, italics in original.

A further alternative to the measurement of meaning could be based on ANTONOVSKY'S (1996) concept of sense of coherence (SOC), an approach which is intentionally strongly tied to determinants of health. The individual's ability to handle a difficulty is according to ANTONOVSKY dependent on three conditions: a desire to overcome the difficulty; to understand the difficulty; and confidence in having resources to handle it. ANTONOVSKY has given suggestions for how to measure salutogenes, the foundation of health. SOC can, just as EWB, said to be related to the extent to which the individual functions well in the sense of being able to handle difficulties and setbacks.

If one accepts the notion that meaningfulness means "to function well", there is thus a number of suggestions on to how it should be measured. All the proposals mentioned to a certain extent equate meaningfulness with mental health, most pronounced by HUPPERT and SO, who write that flourishing is the epitome of mental health.<sup>18</sup>

To achieve quality of life as meaningfulness, people need, according to those who refer to *eudaimonia*, to live in accordance with their true self, their true nature. All that gives momentary gratification, i.e. affective well-being, does not need to be meaningful in this sense. BRÜLDE and FORS (2014) stress that meaningfulness and quality of life are not equivalent concepts – where they interpret quality of life as happiness/affective well-being. This follows inter alia from that the degree of meaningfulness may depend on what we do for others, while everything that gives us well-being need not generate meaning. To the extent that one accepts the understanding of human nature that EWB is based on, one might say that EWB refers to more fundamental values than SWB – to have small children is in the measurements shown to be associated with a reduced level of happiness (FORS 2012, UGLANOVA and STAUDINGER 2013), while children may mean that life becomes more meaningful. However, the correlation between measures of EWB and SWB is, as mentioned, relatively high, meaning that differences in what is empirically observed are small.

Both the level of happiness (SWB) and that of meaningfulness (EWB; PWB) largely depend on personality characteristics, which, in turn, to some extent are assumed to have a genetic basis (DeNEVE 1999, DIENER et al 1999). EWB and PWB and other measures of meaningfulness can therefore just as happiness not be expected to change over time, even if it is possible to measure them in a reliable way. In consequence, population averages will not vary significantly over time. As an example, SPRINGER et al. (2011) find very small changes in PWB in analyses of two longitudinal American materials.

If one then cannot expect EWB, PWB or equivalent measures to vary over time, it follows that they will neither vary in connection with political activities. All in all, meaningfulness is not an appropriate base for a measure of quality of life, if the purpose is to find a measure that can be used to indicate if and when society develops in a positive or a negative way.

#### 1.4 Quality of Life as Freedom of Action

Quality of life as freedom of action refers to the extent to which people have the resources to lead their lives according to their own values and preferences. There is, with this approach, no need to decide what the goal is, individuals decide for themselves how they want to use their resources. This way to determine an individual's well-being has a long tradition in the Swedish discussion. In the work of the Low Income Commission Sten JOHANSSON defined level of

---

<sup>18</sup> HUPPERT and SO 2013, p. 838.

living as the „command over resources in the form of money, possessions, knowledge, mental and physical energy, social relations, security, etc. through which the individual can control and consciously direct his living conditions”.<sup>19</sup> The level of living survey, organised and led by JOHANSSON, inspired researchers in other Nordic countries to conduct studies of similar or related character (ALLARDT 1975, *Levekårsundersökelsen* 1976, HANSEN 1980). These studies together suggest that one can talk about a Scandinavian or Nordic tradition in this realm (ERIKSON et al. 1987), a suggestion that SIMPURA (2013) elaborated in a perceptive discussion in which he made clear that the approach is far from uniform.

A parallel – and more observed and internationally discussed – approach is that of Amartya SEN (1992), in which he sees the task of policy to increase people’s freedom of action rather than to maximise people’s utility or happiness. His discussion of resources (capabilities), outcomes (functionings) and contextual conditions (conversion factors), form a theory of welfare that largely coincides with Johansson’s level of living approach. They both assume that freedom – the ability – to achieve desirable outcomes is crucial for the individual’s welfare and that her opportunity to reach this freedom is determined by her resources and ambient conditions. Resources determine the actual possibilities to achieve outcomes valued by the individual. These outcomes are basically many; health, to have time for family life, to travel, and so on. A wide latitude for action gives the individual the opportunity to achieve what she values, to attain desirable outcomes, as for example financial resources contribute to the leeway of choice. Resources have a value as means to achieve an objective – they give freedom of action – but do not necessarily have an intrinsic value. A high income has no value in itself, but provides means to make choices at the individual’s discretion. However, some conditions are both resources (means) and goals in themselves. Health, for example, is a value in itself, but is also a means to reach other valued states.

The conception of the good life differs from person to person, and we can diverge quite substantially in what we believe is a good life. For some, the decisive factor may be the material standard, for others the opportunity to engage in outdoor activities or to spend time with family and friends. This means that it is not possible to describe “the good life” in a way that everyone agrees on. One advantage of the interpretation of quality of life as freedom of action is that it avoids the need to consider what is included in the good life, individuals are free to choose the activities and conditions that they perceive as desirable, given their available resources. If happiness is the desirable condition, our degree of freedom of action may influence our ability to achieve happiness, a possibility from which the observed relationship between income and happiness could follow.

The interpretation of quality of life as freedom of action is not altogether easy to apply in practice – something that actually does not distinguish it from any of the other approaches. It is possible to identify some key resources, such as health, knowledge and income, but other factors that are not measured can affect the scope for action. The value of the resources depends on whether there are restrictions on their use. A cycle is a resource that can only be converted to an outcome – to move – if suitable roads or paths are accessible and the individual can bike.<sup>20</sup> SEN also emphasised that specific needs can limit the value of the resources – financial assets provide less leeway for an individual who relies on a recurring expensive medication than for a healthy person.

---

<sup>19</sup> JOHANSSON 1970, p. 25, cf. ERIKSON and ÅBERG 1987.

<sup>20</sup> SEN 1985, p. 10.

Depending on varying conditions and restrictions each individual will need different amounts and types of resources to get the space to act and to achieve a certain desired condition, such as physical mobility. A person with disabilities may be dependent on a wheelchair to move around, but also that the environment – an ambient condition – must be such that it is possible to get around in a wheelchair. SEN himself has not come up with any concrete proposals on how quality of life can be defined and measured. He claims that a list of indicators can be only created in a specific context, an attitude which certainly is theoretically unassailable, but not especially fruitful if you want to arrive at empirical applications.

SEN's emphasis on the importance of environmental factors shows that it in many cases may not be sufficient only to measure the individual's resources, there is also a need of knowledge of the arenas on which they will be applied. If we cannot in a reliable way measure the conditions for the use of the resources, it may be important to build on the outcomes attained by the individual. Resources that may affect the freedom of action, but which are not measured, also justify taking into account the outcome in the assessment of the quality of life. STEWART (1996) suggests that although SEN seeks to establish capabilities, he actually studies functionings. ROBEYNS claims that "if we want to measure well-being outcomes, then the appropriate metric is functionings rather than capabilities".<sup>21</sup> Given the problems inherent in measuring resources, the outcomes that individual reaches may be perceived as expressions of her opportunities.

For a general determination of individuals' quality of life in a country, it is only possible to define a limited set of resources and outcomes. However, it appears that there is agreement between countries on the most important resources or living conditions/outcomes, since the same conditions recur in compilations done in different countries. To some extent this can be a consequence of the solution in one country being more or less copied by other. But even in cases where such an association seems improbable, basically the same factors are listed. The components JOHANSSON compiled for the 1968 level of living survey are broadly the same as those set up by the STIGLITZ commission (STIGLITZ et al. 2009, 2010), while it seems unlikely that the Commission was influenced by JOHANSSON's work. The similarity between the two lists is apparent in Table 1, where also components taken up by Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) are included. The similarity between the components in the STIGLITZ commission report and those included by OECD is, however, at least partly due to OECD being influenced by the work of the commission.

Starting with freedom of action thus leads to measuring quality of life in terms of a set of essential living conditions, similar sets have actually for many years been used by statistical agencies to describe the welfare of societies.

## **2. Which Interpretation is Most Appropriate for the Purpose of Evaluating the Development of Society?**

No interpretation of quality of life can be considered to be 'the right one' in general. That is, any personal view of what quality of life means must be considered as correct for the person in question. If, however, the aim is to find a concept that can complement GDP as an indicator of the development of a society, rather specific demands should be met. The first

---

<sup>21</sup> ROBEYNS 2006, p. 354.

Tab. 1 The central social concerns according to JOHANSSON 1970/1979, OECD 2013 and STIGLITZ et al. (2009)

| JOHANSSON 1970/1979            | Central social concerns         |                                |
|--------------------------------|---------------------------------|--------------------------------|
|                                | OECD 2013                       | STIGLITZ et al. 2009           |
| Health                         | Health status                   | Health                         |
| Housing                        | Housing conditions              |                                |
| Family and social relations    | Social connections              | Social connections             |
| Knowledge                      | Education and skills            | Education                      |
| Employment and work conditions | Jobs and earnings               | Personal activities            |
| Economic resources             | Income and wealth               | Income and consumption         |
| Political resources            | Civic engagement and governance | Political voice and governance |
| Security of life and property  | Personal security               | Insecurity                     |
| Recreation and culture         | Work life balance               |                                |

obvious one is that a feasible indicator should show improvement if conditions become better and likewise show a negative development if conditions deteriorate. It should furthermore be possible to observe the quality of life for single individuals or households, otherwise it will not be possible to establish whether inequality increases or decreases and difficult to find out about the situation for specific groups in the population or about conditions within separate regions. It is moreover desirable that the measure(s) can be aggregated to one national average, which could provide an easily interpreted overall indicator of how the nation advances. A valid summary measure would also facilitate an account of where individuals and groups are located in the national distribution.<sup>22</sup> To what extent is it possible to find indicators associated with the four interpretations of quality of life that satisfy these criteria? To what degree can furthermore indicators based on the separate interpretations be assumed to be relevant for an account of the development of quality of life in a nation?

Indicators of affluence, like earnings, disposable income, or wealth, would satisfy all criteria mentioned above. However, even if affluence is an essential aspect of a person's situation, it does not include aspects of peoples' conditions that are important for an assessment of a society's overall development. This is particularly problematic if the task is to establish measures that can supplement GDP/capita. Thus, affluence should preferably influence a general indicator of quality of life, but other aspects of people's conditions should do so as well.

Measures of happiness and meaningfulness are apparently available but seem inappropriate for the purpose to judge whether society develops to the better or the worse, since they cannot be expected to change over time, even in the event of citizens experiencing changing conditions. An improvement of, say, average housing conditions would after some time most probably not be mirrored by change of indicators of happiness or meaningfulness. It seems fully possible to establish an account of freedom of action on an individual level that would make it possible to display change and variation for individuals and households. If the lead of *OECD* (2013) is followed, quality of life would be measured by indicators referring to around ten components. A tentative such list should in my view first of all include:

<sup>22</sup> The advantage of one single measure was emphasised by Mahbub UL HAQ: "[...] the dominance of GNP (an overused and oversold index that he wanted to supplant) would not be broken by any set of tables. People would look at them respectfully, he argued, but when it came to using a summary measure of development, they would still go back to the unadorned GNP, because it was crude but convenient." (SEN 1999.)

- Health,
- Knowledge (education and skills),
- Employment and work conditions (jobs and earnings),
- Economic resources (income and wealth),
- Security of life and property, and
- Political resources (political voice and governance).

A weak position on any of these six factors would be problematic for a decent life. Five more factors that seem essential but perhaps less important than the six above include:

- Housing (but dependent on economic resources in market economies),
- Social connections (essential but not directly a task for governments),
- Recreation (like social connections perhaps not a task for governments),
- Environment (important but difficult to measure on the individual level),
- Time squeeze (may be problematic if very weak or very strong).

By aggregating the indicators, the average situation can be established on both national and regional level and so can variation and inequality of quality of life be. It will furthermore be possible to establish how conditions in one respect co-varies with the conditions in other domains.

It may, however, not be possible to construct one single viable indicator if the measure of quality of life is based on a series of components. Whether it can be done, it will mainly be an empirical question. That is, if the indicators of the various components all appear as referring to one single latent factor, there should be no problem in summarising them in one single measure. However, it seems improbable that this will be the case. All components may be indicating freedom of action of the individual, but not necessarily in the same way. A good health provides action possibilities that may not altogether coincide with those given by large economic resources or by a high educational level. In such a case, the combination of the different indicators in one may hide more than it reveals.

In summary, it does not seem possible to construct an indicator relating to any of the interpretations of quality of life that satisfies all criteria. In this situation I believe that the possibility to observe change is more important than to be able to construct one single indicator. Thus, in conclusion I find that freedom of action should be the preferred interpretation of quality of life, given the purpose of evaluating how society develops.

## References

- ALLARDT, E.: Att Ha, att Älska, att Vara. Lund: Argos 1975
- ALLARDT, E.: Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research. In: NUSSBAUM, M. C., and SEN, A. K. (Eds.): *The Quality of Life*; pp. 88–94. Oxford: Clarendon Press 1993
- ANTONOVSKY, A.: The salutogenic model as a theory to guide health promotion. *Health Promotion International* 1996. In: BURNS, J. H., and HART, H. L. A. (Eds.): *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation*; pp. 11–18. London: Athlone Press 1996
- BENTHAM, J.: *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation* [1780]. London: The Athlone Press 1970
- BRÜLDE, B., and FORS, F.: Vad gör ett liv meningsfullt? In: BERGSTRÖM, A., and OSCARSSON, H. (Eds.): *Mittfåra och marginal*. Göteborgs universitet: SOM-institutet 2014
- CLARK, A. E., FRUITERS, P., and SHIELDS, M. A.: Relative income, happiness, and utility: an explanation for the Easterlin Paradox and other puzzles. *Journal of Economic Literature* 46/1, 95–144 (2008)
- COYLE, D.: *GDP – A Brief but Affectionate History*. Princeton: Princeton University Press 2014

- CUMMINS, R. A.: Subjective wellbeing, homeostatically protected mood and depression: A synthesis. *Journal of Happiness Studies* 11, 1–17 (2010)
- DELHEY, J., and KROLL, C.: A “happiness test” for the new measurement of national well-being: How much better than GDP are they? Discussion paper. WZB (2012)
- DENEVE, K. M.: Happy as an extraverted clam? The role of personality for subjective well-being. *Current Directions in Psychological Science* 8, 141–144 (1999)
- DIENER, E., EMMONS, R. A., LARSEN, R. J., and GRIFFIN, S.: The satisfaction with life scale. *Journal of Personality Assessment* 49, 71–75 (1985)
- EASTERLIN, R. A.: Does money buy happiness? *Public Interest* 30, 3–10 (1973)
- EASTERLIN, R. A.: Income and happiness. Towards a unified theory. *Economic Journal* 111, 465–484 (2001)
- EASTERLIN, R. A.: Explaining happiness. *Proc. Natl. Acad. Sci. USA* 100, 11176–11183 (2003)
- EASTERLIN, R. A.: Building a better theory of well-being. In: BRUNI, L., and PORTA, P. L. (Eds.): *Economics and Happiness: Framing the Analysis*. Oxford: Oxford University Press 2005a
- EASTERLIN, R. A.: Diminishing marginal utility of income? Caveat emptor. *Social Indicators Research* 70, 243–255 (2005b)
- EASTERLIN, R. A., MCVEY, L. A., SWITEK, M., SAWANGFA, O., and SMITH ZWEIG, J.: The happiness-income paradox revisited. *Proc. Natl. Acad. Sci. USA* 107, 22463–22468 (2010)
- ERIKSON, R., and ÅBERG, R. (Eds.): *Welfare in Transition*. Oxford: Clarendon Press 1987
- ERIKSON, R., and BLANCK, A.: Får vi det bättre? SOU 2015:56 Stockholm: Fritzes 2015
- ERIKSON, R., HANSEN, E. J., RINGEN, S., and UUSITALO, H. (Eds.): *The Scandinavian Model: Welfare States and Welfare Research*. Armonk, New York: M. E. Sharpe 1987
- ERIKSON, R., and TÄHLIN, M.: Coexistence of welfare problems. In: ERIKSON, R., and ÅBERG, R. (Eds.): *Welfare in Transition*: pp. 257–280. Oxford: Clarendon Press 1987
- FORS, F.: *Lycklig? Umeå: Sociologiska institutionen* 2012
- GOLDWORTH, A.: The meaning of Bentham’s greatest happiness principle. *Journal of the History of Philosophy* 7, 315–321 (1969)
- GREENE, J.: *Moral Tribes. Emotion, Reason, and the Gap between Us and Them*. New York: Penguin Press 2014
- HANSEN, E. J.: *Fordelingen av levekårene, Köpenhamn: Socialforskningsinstituttet* 1980
- HELLEVIK, O.: Economy, values and happiness in Norway. *Journal of Happiness Studies* 4, 243–283 (2003)
- HUPPERT, F. A., and SO, T. T. C.: Flourishing across Europe: application of a new conceptual framework for defining well-being. *Social Indicators Research* 110, 837–861 (2013)
- INGLEHART, R., FOA, R., PETERSON, C., and WELZEL, C.: Development, freedom, and rising happiness: a global perspective (1981–2007). *Perspectives on Psychological Science* 3, 264–285 (2008)
- JOHANSSON, S.: *Om Levnadsnivåundersökningen*. Stockholm: Allmänna Förlaget 1970
- JOHANSSON, S.: *Mot en teori för social rapportering*. Stockholm: Institutet för social forskning 1979
- JOLLY, R.: The World Employment Conference: the enthronement of basic needs. *Development Policy Review* A 9/2, 31–44 (1976)
- JONES, H., and ORMERUD, P.: *Happiness, Economics and Public Policy*. London: IEA 2007
- KAPTEYN, A., LEE, J., TASSOI, C., VONKOVA, H., and ZAMARRO, G.: Dimensions of subjective well-being. *Social Indicators Research* 123, 625–660 (2015)
- KRUEGER, A. B., KAHNEMAN, D., FISCHLER, C., SCHKADE, D., SCHWARZ, N., and STONE, A.: National time accounting. The currency of life. In: KRUEGER, A. B. (Ed.): *Measuring the Subjective Well-Being of Nations*; pp. 9–86. Chicago: The University of Chicago Press 2009
- LAYARD, R.: *Happiness: Lessons from a New Science*. 2<sup>nd</sup> ed. London: Penguin 2005/2011
- LAYARD, R., and CLARK, D.: *Thrive*. London: Allen Lane 2014
- LAYARD, R., and *Mental Health Policy Group*: *The Depression Report, A New Deal for Depression and Anxiety Disorders*. London: London School of Economics 2006
- Levekårsundersökelsen: Slutrapport*. NOU 28. Oslo: Universitetsforlaget 1976
- LYUBOMIRSKI, S.: *The How of Happiness. A New Approach to Getting the Life You Want*. New York: The Penguin Press 2008
- MILL, J. S.: *Utilitarianism* [1859]. London: Everyman’s Library 1910
- NOLL, H.-H.: Subjective social indicators: benefits and limitations for policy making – an introduction to this Special Issue. *Social Indicators Research* 114, 1–11(2013)
- NOLL, H.-H.: Chapter 6. Progress: Concept and measurement. In: MAGGINO, F. (Ed.): *A Life Devoted to Quality of Life*. *Social Indicators Research Series Vol. 60*, pp. 93–104. Berlin: Springer 2016
- OECD: *How’s Life? 2013: Measuring Well-being*. OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264201392-en> (2013)

- ROBEYNS, I.: The capability approach in practice. *Journal of Political Philosophy* 3, 351–376 (2006)
- RYAN, R. M., and DECI, E. L.: On happiness and human potentials. *Annual Review of Psychology* 52, 141–166 (2001)
- RYFF, C. D., and KEYES, C. L. M.: The structure of psychological well-being revisited. *Journal of Personality and Social Psychology* 4, 719–727 (1995)
- SACKS, D. W., STEVENSON, B., and WOLFERS, J.: Subjective Well-Being, Income, Economic Development and Growth. NBER Working Paper No. 16441 (2010)
- SEN, A.: *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: North-Holland 1985
- SEN, A.: *Inequality Reexamined*. Cambridge (MA): Harvard University Press 1992
- SEN, A.: Assessing human development. In: *Human Development Report 1999*. New York: UNDP 1999
- SENIK, C.: The French unhappiness puzzle: The Cultural Dimension of Happiness. PSE Working Papers 2011–2034 (2014)
- SIMPURA, J.: “Così è (se vi pare)”: Remarks on subjective well-being from a resource-based perspective. *Social Indicators Research* 114, 45–58 (2013)
- SPRINGER, K. W., PUDROVSKA, T., and HAUSER, R. M.: Does psychological well-being change with age? Longitudinal tests of age variations and further exploration of the multidimensionality of Ryff’s model of psychological well-being. *Social Science Research* 40, 392–398 (2011)
- STEVENSON, B., and WOLFERS, J.: Economic Growth and Subjective Well-Being: Reassessing the Easterlin Paradox. NBER Working Paper No. 14282 (2008)
- STEWART, F.: Basic needs, capabilities and human development. In: OFFER, A. (Ed.): *Pursuit of the Quality of Life*. Oxford: Oxford University Press 1996
- STIGLITZ, J. E., SEN, A., and FITOUSSI, J.-P.: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (2009)
- STIGLITZ, J. E., SEN, A., and FITOUSSI, J.-P.: *Mis-measuring Our Lives: Why GDP Doesn’t Add Up*. London: The New Press 2010
- TAVERNIER, J.-L., CUNEO, P., and PLATEAU, C.: Measurement of quality of life and well-being in France: The drivers of subjective well-being. *Review of Income and Wealth* 61, 25–33 (2015)
- THOMAS, J., and EVANS, J.: There’s more to life than GDP but how can we measure it? *Economic and Labour Market Review* 4, 29–36 (2010)
- UGLANOVA, E. A., and STAUDINGER, U. M.: Zooming in on life events: Is hedonic adaptation sensitive to the temporal distance from the event? *Social Indicators Research* 111, 265–286 (2013)
- WATERMAN, A. S., SCHWARTZ, S. J., ZAMBOANGA, B. L., RAVERT, R. D., WILLIAMS, M. K., V. AGOCHA, V. B., KIM, S. Y., and DONNELLAN, M. B.: The Questionnaire for Eudaimonic Well-Being: Psychometric properties, demographic comparisons, and evidence of validity. *The Journal of Positive Psychology* 5, 41–61 (2010)
- WRIGHT, G. H. VON: *Humanismen som livshållning*. Trondheim: Mån-pocket 1978

Prof. Dr. Robert ERIKSON  
Swedish Institute for Social Research  
Stockholm University  
SE-106 91 Stockholm  
Sweden  
Phone: +46 8 162093  
E-Mail: robert.erikson@sofi.su.se

## Die Beurteilung des subjektiven Wohlbefindens

Fritz STRACK ML (Würzburg) und Norbert SCHWARZ ML (Los Angeles, CA, USA)

### *Zusammenfassung*

In diesem Kapitel untersuchen wir die kognitiven und kommunikativen Prozesse, welche Berichten des subjektiven Wohlbefindens zugrunde liegen. Die referierten Ergebnisse zeigen, dass Berichte über Glück und Zufriedenheit keinen stabilen inneren Zuständen des Wohlbefindens entsprechen, sondern Urteile wiedergeben, die auf vorübergehend oder chronisch zugänglichen Informationen beruhen. Basierend auf unserem Urteilsmodell des subjektiven Wohlbefindens, erklären wir, wie zugängliche Informationen über das Leben und die Stimmung in die Urteile eingehen, und zeigen, wie scheinbare Kontexteffekte in Umfragen in diesem Rahmen verstanden werden können. Vor allem beschreiben wir die Bedingungen, unter denen ein und dieselbe Information Antworten in dieselbe oder in die entgegengesetzte Richtung beeinflussen und so einen Assimilations- oder einen Kontrasteffekt erzeugen kann. Über die kognitiven Mechanismen hinaus identifizieren wir kommunikative und motivationale Einflüsse, die in standardisierten Urteilsituationen, wie Umfragen oder Experimenten, wirksam werden. Schließlich diskutieren wir die methodischen Konsequenzen dieser Befunde.

### *Abstract*

In this chapter, we review the cognitive and communicative processes underlying reports of subjective well-being. These findings show that reports of happiness and satisfaction do not reflect a stable inner state of well-being but are judgments based on temporarily or chronically accessible information. Based on our judgment model of subjective well-being, we explain how accessible information about one's life and about one's mood may enter into the judgments and show how apparent context effects in surveys may be understood within this framework. In particular, we describe the conditions under which one and the same information may influence responses in the direction of the activated information or in the opposite direction and generate an assimilation or a contrast effect. Beyond the cognitive mechanisms, we identify communicative and motivational influences that operate in standardized judgment situations, like surveys or experiments. Finally, we discuss the methodological consequences of these findings.

Die Erforschung der subjektiven Lebenszufriedenheit beruht im Wesentlichen auf Antworten zu einer Frage, die in repräsentativen Erhebungen immer wieder gestellt wird. Sie lautet in der deutschen Formulierung „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“, wobei die Antwort auf einer 11-Punkte-Skala abgetragen werden muss, deren Endpunkte mit „völlig zufrieden“ sowie „überhaupt nicht zufrieden“ beschrieben sind (BEIERLEIN et al. 2014). In englischsprachigen Umfragen (BRADBURN 1969, CAMPBELL et al. 1976, ANDREWS und WITHEY 1976) wurde bereits seit den 1960er Jahren mit ähnlichen Formulierungen nach der globalen Einschätzung des Lebensglücks und der Lebenszufriedenheit gefragt.

Um zu verstehen, welche Schritte zwischen Messungen in einer standardisierten Befragung und Merkmalen der Person liegen, ist es notwendig, die psychologische Basis der Erhebung zu identifizieren. Die klassische Umfrageforschung ist davon ausgegangen, dass Befragte unmittelbaren introspektiven Zugang zu den tatsächlichen Ausprägungen ihrer Cha-

rakteristika hätten (STRACK 1994). Angewandt auf die Zufriedenheitsforschung führte dies zu der Annahme, Personen verfügten über ein inneres Messinstrument, das die jeweiligen Erfahrungen registriert und zu einem stabilen Zufriedenheitswert verarbeitet, der dann direkt und genau („with candor and accuracy“<sup>1</sup>), abgelesen werden könne. Auf der Grundlage der Annahme eines direkten Zugangs war es auch folgerichtig, Fehler in der Erfassung des subjektiven Zustands auf motivationale Tendenzen, vor allem auf das Streben nach sozialer Erwünschtheit zurückzuführen (DEMAIO 1984).

Mit der Zeit stellte sich jedoch heraus, dass diese Annahmen weder theoretisch noch empirisch gestützt waren. Der Vermutung, dass Berichte über subjektive Merkmale der eigenen Person auf einer Art innerer Wahrnehmung basierten, widersprachen jedoch zahlreiche Befunde aus der kognitiven Urteilsforschung (STRACK 1988). Außerdem fand sich keineswegs ein stringenter Zusammenhang von objektiven Lebensereignissen und subjektivem Wohlbefinden.

Schließlich variierten die Berichte selbst innerhalb einer Befragung und waren von scheinbar unbedeutenden Kontextfaktoren, wie den vorangestellten Fragen, beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Urteile über das eigene Wohlbefinden gebildet werden. Dies ist nicht nur aus methodologischer Perspektive für die Gestaltung von systematischen Befragungen von Bedeutung, sondern dient vor allem einem tieferen Verständnis der psychologischen Prozesse, die zwischen objektiven Ereignissen und subjektiver Lebensqualität vermitteln.

Aus dieser Sichtweise ist als erstes zu untersuchen, ob und inwieweit die Möglichkeiten menschlicher Informationsverarbeitung der Aufforderung, das eigene Leben zusammenfassend („alles in allem“) zu bewerten, gerecht werden können. Vor allem unter den Bedingungen einer standardisierten Befragung, wo die gesamte Frage-Antwort-Sequenz meist in deutlich weniger als einer Minute abgeschlossen ist. Erkenntnisse der Informationsverarbeitung rechtfertigen grundlegende Zweifel an dieser Möglichkeit, insbesondere was die Abrufung sämtlicher relevanten Informationen aus dem Langzeitgedächtnis angeht. So haben einschlägige Studien (HIGGINS 1996) wiederholt gezeigt, dass deren Verfügbarkeit vor allem von ihrer vorherigen Aktivierung bestimmt wird. Das heißt, eine Information, die kürzlich verarbeitet wurde, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, in ein Urteil einzugehen. Dasselbe gilt für die Häufigkeit, mit der Informationen verarbeitet werden: je häufiger, desto verfügbarer. Dabei kann die Verfügbarkeit eher temporären Charakter haben und beispielsweise durch den Inhalt einer vorangestellten Frage in einer Erhebung ausgelöst werden (STRACK et al. 1988). Daneben besteht die Möglichkeit, dass die Häufigkeit der Verwendung durch äußere oder innere Bedingungen über eine längere Zeitspanne verteilt wird und so die Verfügbarkeit von bestimmten Informationen chronisch wird. Allerdings ist die Verfügbarkeit allein noch kein hinreichender Prädiktor für den Einfluss auf die Urteilsbildung, wie dieses Kapitel zeigen wird.

Schließlich wird die Valenz der Bewertung nicht nur durch im Gedächtnis abgespeicherte Informationen bestimmt, sondern auch durch Gefühle und Emotionen, die zum Zeitpunkt der Urteilsbildung empfunden werden (SCHWARZ 1987, 2012). Dabei entspricht der affektive Einfluss nicht immer der Valenz und der Intensität der Empfindung, sondern kann durch Urteilsprozesse modifiziert werden.

Die skizzierten psychologischen Mechanismen werden nachfolgend im Detail besprochen und in ein Urteilsmodell des subjektiven Wohlbefindens integriert.

---

1 CAMPBELL 1981, S. 23.

## **1. Informationen über das eigene Leben: Verfügbarkeit und Verwendung**

Urteile über die Qualität des eigenen Lebens können kategoriale oder komparative Eigenschaften aufweisen. So kann eine Person ihr Leben als gut oder schlecht beschreiben. Beispielsweise könnte die Qualität der Empfindungen (z. B. Freude versus Schmerz) als Grundlage für eine entsprechende Kategorisierung herangezogen werden. Gleichzeitig spielen Vergleiche eine wichtige Rolle, Vergleiche mit erlebten Zuständen der eigenen Person in der Vergangenheit, mit Zielen und Erwartungen in der Zukunft oder aber mit relevanten Merkmalen anderer Personen. Solche intra- und interindividuellen Vergleichsstandards ermöglichen nicht nur kategoriale, sondern auch kontinuierliche Urteile über die eigene Befindlichkeit. Die Vorgabe von Antwortskalen bei der Formatierung der einschlägigen Fragen in standardisierten Erhebungen erfordert eine kontinuierliche Urteilsbildung und damit die Einbeziehung von Vergleichsstandards. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass ein und dieselbe verfügbare Information auf unterschiedliche Weise in die Urteilsbildung eingehen kann, zum einen als Urteilsgrundlage und zum anderen als Standard für die Urteilsbildung. Um aus der Urteilsbildung das Urteil vorherzusagen, muss man wissen, welche Informationen verwendet werden und wie sie in die Urteilsbildung eingehen, zur Generierung des Urteilsgegenstands oder des Vergleichsstandards.

## **2. Determinanten der Verfügbarkeit**

In Anbetracht der Tatsache, dass standardisierte Befragungen einen engen zeitlichen Rahmen für die Generierung von Urteilen setzen, muss davon ausgegangen werden, dass die Suche nach Informationen im Gedächtnis niemals zu einer vollständigen Ermittlung aller relevanten Informationen führt, sondern als ein an die Umstände angepasster, verkürzter Suchprozess verstanden werden muss, bei dem die jeweilige Verfügbarkeit von Informationen eine zentrale Rolle spielt (BODENHAUSEN und WYER 1987, SCHWARZ und STRACK 2016). Was dem Befragten in dieser Situation in den Sinn kommt, hängt im Wesentlichen von drei Faktoren ab: von der Häufigkeit der vorherigen Aktivierung, deren zeitlichem Abstand und von der assoziativen Verknüpfung zu den aktivierten Inhalten. Dabei kann die Verfügbarkeit auf einer Zeitdimension positioniert werden, die von „temporär“ bis „chronisch“ reicht. Diese Dimension geht einher mit dem Gewicht situations- versus personenbezogener Urteilsbildung und beeinflusst die zeitliche Stabilität der Urteilsbildung.

## **3. Verfügbarkeit**

Ein Beispiel ist die Studie von STRACK et al. (1988), in der bei amerikanischen Collegestudenten kein Zusammenhang zwischen der allgemeinen Lebenszufriedenheit und der Häufigkeit des eigenen Datings gefunden wurde, wenn die allgemeine Zufriedenheitsfrage vor der Frage nach dem Dating gestellt wurde ( $r = .16$ ). Wurde die Reihenfolge dagegen umgekehrt, ergab sich ein starker Zusammenhang ( $r = .55$ ). Ähnliche Befunde erhielten SCHWARZ et al. (1991) beim Zusammenhang von Zufriedenheit mit der Ehe und mit dem Leben als Ganzem. Während solche „Reihenfolgeeffekte“ in der Umfrageforschung meist als Artefakte oder Störeinflüsse bewertet werden, handelt es sich aus der gegenwärtigen Sichtweise um die Akti-

vierung relevanter Informationen für die Urteilsbildung. Bei der Generierung spezifischer Urteile (Häufigkeit des eigenen Datings, Ehezufriedenheit) werden Informationen aktiviert, die für die Bildung des allgemeinen Urteils von Bedeutung sind. Dies gilt allerdings nicht für die umgekehrte Reihenfolge, da Informationen zur Beantwortung allgemeiner Fragen für die Generierung spezifischer Urteile eine geringere Relevanz besitzen. Somit handelt es sich um einen Verfügbarkeitseffekt, der unter den einschlägigen Bedingungen eine Assimilation des allgemeinen Urteils an die Implikationen des spezifischen Urteils bewirkt. Solche Einflüsse sind nicht auf die Fragenreihenfolge beschränkt. Urteilsrelevante Information kann z. B. auch durch die Einleitung zur Befragung oder die institutionelle Zugehörigkeit des Forschers in den Sinn kommen (SMITH et al. 2006).

Was Befragten zu einem gegebenen Zeitpunkt einfällt, beruht allerdings nicht nur auf temporären Einflüssen. Alltagsbedingtes, oftmaliges Nachdenken erhöht ebenfalls die Wahrscheinlichkeit und wird von Psychologen als „chronische Verfügbarkeit“ beschrieben. Eine Person, die gerade durch eine Scheidung geht oder an einer schweren Krankheit leidet, muss an diese Umstände nicht durch eine vorausgegangene Frage erinnert werden. Aber auch der Einfluss solcher chronischen Umstände ist ausgeprägter, wenn der Kontext ihre Berücksichtigung fördert (UBEL et al. 2005).

Allerdings wird diese Dynamik durch Normen beeinflusst, die in natürlichen Gesprächen eine Rolle spielen. Auf der Grundlage der Arbeiten von Paul GRICE (z. B. GRICE 1975) zeichnen sich erfolgreiche Konversationen dadurch aus, dass ihre Teilnehmer informativ kommunizieren und bereits vorhandenem Wissen etwas Neues hinzufügen. Diese von GRICE als „Maxime der Quantität“ beschriebene Absicht ist auch in standardisierten Befragungssituationen von Bedeutung. So wollen Befragte bei der Beantwortung teilweise redundanter Fragen die Redundanz reduzieren. Wenn beispielsweise spezifische Zufriedenheitsfragen unmittelbar vor Fragen nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit gestellt werden, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die spezifischen Informationen zur Beantwortung der allgemeinen Frage verwendet werden. Dies setzt jedoch voraus, dass beide Fragen in einem gemeinsamen Kommunikationskontext stehen. Das heißt, die aktivierte Information wird nicht oder in geringerem Maße verwendet, was den Zusammenhang der Antworten reduziert. Genau dies war das Ergebnis zweier bereits erwähnter Studien (SCHWARZ et al. 1991, STRACK et al. 1988), in denen die unmittelbare Abfolge der spezifischen und der allgemeinen Zufriedenheitsfrage die Korrelation der Antworten drastisch verringerte.<sup>2</sup>

Ein weiteres Beispiel für die Wirksamkeit der Quantitätsmaxime ist die semantische Ähnlichkeit von Fragen. So werden die Begriffe „Glück“ und „Zufriedenheit“ oft synonym verwendet, ohne dass Befragte den subtilen Bedeutungsunterschied in ihrer Antwort berücksichtigen. Wie STRACK et al. (1991) gezeigt haben, waren die Antworten auf beide Fragen hoch korreliert ( $r = .96$ ), wenn die erste Frage am Ende einer Studie gestellt wurde und die zweite Frage zu Beginn eines anderen, unabhängigen Experiments. Wurden beide Fragen jedoch in einem gemeinsamen Kontext und von demselben Versuchsleiter gestellt, reduzierte sich der Zusammenhang ( $r = .75$ ). Auf der Grundlage der Griceschen Konversationslogik ist dieser Rückgang auf das Bestreben der Befragten zurückzuführen, in ihren Antworten nicht redundant, sondern informativ sein zu wollen.

Zufriedenheitsurteile beruhen somit auf der Teilmenge relevanter Informationen, die zum Zeitpunkt chronisch oder temporär verfügbar sind. Darüber hinaus wird die wiederholte Ver-

---

<sup>2</sup> Für eine breitere Diskussion siehe SCHWARZ und STRACK 2016.

wendung der verfügbaren Information davon beeinflusst, ob dadurch die Konversationsnorm der Vermeidung von Redundanz verletzt wird. Daraus ergibt sich auch eine Komplikation für den interkulturellen Vergleich. Personen mit einer kollektivistischen Orientierung achten mehr auf das bereits sozial geteilte Wissen als Personen mit einer individualistischen Orientierung und sind daher sensibler für Konversationsnormen, die eine Vermeidung von Redundanz verlangen.<sup>3</sup>

#### **4. Die mentale Konstruktion des eigenen Lebens**

Wie verfügbare Information das Urteil beeinflusst, hängt von ihrer Verwendung ab. Einerseits kann verfügbare Information das Urteil in die Richtung ihres unmittelbaren Gehalts beeinflussen – wer z. B. an gute Aspekte des eigenen Lebens denkt, beurteilt das Leben positiver (ein Assimilationseffekt). Andererseits kann verfügbare Information einen entgegengesetzten Einfluss haben und einen Kontrasteffekt hervorrufen. Das heißt, wer an gute Aspekte des vergangenen eigenen Lebens denkt, beurteilt es nun negativer, z. B. weil die guten Aspekte schon lange zurückliegen und nicht mehr zutreffen. Es stellt sich daher die Frage, unter welchen Bedingungen Assimilations- und Kontrasteffekte zu erwarten sind.

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Assimilationseffekte auftreten, wenn die verfügbare Information in die mentale Repräsentation des Urteilsobjektes eingeht. Kontrasteffekte treten hingegen auf, wenn die verfügbare Information zur Konstruktion eines Standards genutzt wird, mit dem das Urteilsobjekt verglichen wird (SCHWARZ und BLESS 1992, BLESS und SCHWARZ 2010). Dabei spielt eine zentrale Rolle, ob die Person die verfügbare Information als repräsentativ für den jeweiligen Urteilsgegenstand sieht (STRACK 1992). Beispielsweise sind Informationen über das gegenwärtige Leben repräsentativ für ein Urteil über das gegenwärtige Wohlbefinden, während Informationen über die eigene Vergangenheit nicht als Urteilsgrundlage, wohl aber als Vergleichsstandard fungieren können. Das heißt, die zeitliche Distanz der aktivierten Information zum Gegenstand des Urteils bestimmt die Einflussrichtung, Assimilation oder Kontrast.

STRACK et al. (1985, Experiment 1) haben diese Vorhersage experimentell geprüft, indem die Teilnehmer entweder drei positive oder drei negative Lebensereignisse zu benennen hatten, die entweder vor kurzem oder aber in der Vergangenheit eingetreten waren. Die Befragten in diesen vier Gruppen hatten danach ihre gegenwärtige Lebenszufriedenheit auf einer Antwortskala von 1 bis 11 anzugeben. Die Ergebnisse ergaben eine Wechselwirkung von Valenz und Zeitperspektive. Kamen die Informationen aus derselben Zeitperiode, war das Zufriedenheitsurteil in der Richtung ihrer Valenz beeinflusst. Stammen die Lebensereignisse dagegen aus der Vergangenheit, resultierte ein gegenläufiger Effekt. Das heißt, das Nachdenken über die Vergangenheit ergab eine höhere Lebenszufriedenheit bei negativen als bei positiven Lebensereignissen. Dass Ereignisse aus der Vergangenheit als Vergleichswert für die Einschätzung der Gegenwart genutzt werden, legen auch Ergebnisse von ELDER (1974) nahe, der herausfand, dass Jugendliche, die in den USA die Weltwirtschaftskrise erlebt hatten, umso zufriedener mit ihrem Erwachsenenleben waren, je stärker sie unter den damaligen wirtschaftlichen Bedingungen gelitten hatten.

---

<sup>3</sup> Zum Beispiel HABERSTROH et al. 2002; für eine breitere Diskussion siehe SCHWARZ et al. 2010.

Weitere Studien haben belegt, dass die episodische Verankerung von zeitlichen Perioden vergleichende Urteile fördert. So wurden Kontrasteffekte wahrscheinlicher, wenn der vergangene Zeitabschnitt nicht nur in Jahren angegeben war, sondern zusätzlich in einen Bezug zu einem markanten Ereignis, wie z. B. zum Beginn eines Studiums, gesetzt wurde. Ebenfalls wurde gezeigt, dass zukünftige Ereignisse als Vergleichsstandard zur Bewertung der Gegenwart herangezogen werden.<sup>4</sup>

Weitere Determinanten von Assimilation und Kontrast sind die Extremität der aktivierten Information und die Breite der Zielkategorie. So sind Informationen, die auf einer oder mehreren Dimensionen eine extreme Position einnehmen, wenig repräsentativ für eine Zielkategorie. Umgekehrt erhöht die Breite der Zielkategorie die Wahrscheinlichkeit, dass eine aktivierte Information als Urteilsgrundlage fungiert. Insofern sind Assimilationseffekte bei Zufriedenheitsurteilen vor allem dann zu erwarten, wenn sich das Urteil auf das Leben als Ganzes bezieht.

Als Vergleichsstandards fungieren aber auch Informationen, die der kontrafaktischen Konstruktion der Realität entstammen. Die bloße Vorstellung, ein anderes Handlungsergebnis hätte eintreten können, kann die Bewertung der Realität in die Gegenrichtung beeinflussen. Dabei sind minimale Unterschiede zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit am effektivsten (z. B. ROESE und OLSON 1993). Das Versäumen eines Busses um nur wenige Minuten löst stärkere Emotionen aus als ein vergleichsweise längerer zeitlicher Abstand. Wie sich derartige Vergleiche auf das Wohlbefinden auswirken können, zeigt eine Studie von MEDVEC et al. (1995), in der die Gewinner olympischer Bronzemedailles größere Zufriedenheit berichteten als die Gewinner von Silbermedailles. Dieses Ergebnis bestärkt die Vermutung, dass für Silbermedaillengewinner die Goldmedaille als kontrafaktische Chance im Zentrum der Aufmerksamkeit stand, während die Gewinner der Bronzemedaille eher die Möglichkeit des Ausbleibens einer Auszeichnung vor Augen hatten.

## 5. Gewinn und Verlust

Befunde aus der eher ökonomisch orientierten Entscheidungsforschung legen nahe, dass positive und negative Erfahrungen keineswegs spiegelbildlich die Bewertung und auch das Empfinden beeinflussen. Genauer gesagt: der Gewinn eines Objekts verbessert die Zufriedenheit keineswegs in dem Maße wie ein Verlust sie verschlechtert. Der Befund, dass Verluste in weit stärkerem Maß das Urteil beeinflussen, geht auf KAHNEMANS und TVERSKYS (1979) „Prospect Theorie“ zurück, die vorhersagt, dass die Wertfunktion für Verluste steiler verläuft als diejenige für Gewinne. Zum Beispiel würde eine Mieterhöhung um € 100,- (also ein Verlust) bei einer gleichzeitigen Gehaltserhöhung um den gleichen Betrag (ein Gewinn) die daraus resultierende Zufriedenheit verringern. Um einen Ausgleich zu schaffen, müssen die Verluste durch die Gewinne deshalb in stärkerem Maß übertroffen werden.

## 6. Das Gewicht der Dauer

Betrachtet man den Einfluss von hedonisch relevanten Umweltfaktoren aus rationaler Perspektive, so müsste ihr Einfluss auf die Urteilsbildung durch dessen Dauer gewichtet wer-

---

<sup>4</sup> Zum Überblick siehe SCHWARZ und STRACK 1999.

den. Allerdings zeigen Studien von Daniel KAHNEMAN und Kollegen (z. B. FREDRICKSON und KAHNEMAN 1993), dass bei negativen hedonischen Urteilen keineswegs die tatsächliche Dauer des Einflusses die rückblickende Bewertung bestimmte, sondern die Valenz zum Zeitpunkt der extremsten Ausprägung in Verbindung mit der Valenz am Ende einer Episode. Mit anderen Worten, die Dauer von negativen Erfahrungen, wie z. B. Schmerz, die unterhalb der intensivsten Schmerzerfahrung liegen, haben keinen Einfluss auf das Gesamturteil. Obwohl die entsprechenden Studien nur kürzere Episoden und unangenehme Erfahrungen beinhalten, legen die Befunde nahe, dass bei der retrospektiven Bewertung längerer Perioden eher die hervorstechenden und leicht aus dem Gedächtnis abrufbaren Zeitpunkte urteilsrelevant werden als die bloße Dauer der Erfahrung. Diese Einsicht impliziert auch, dass die Partitionierung längerer Zeitabschnitte deren Beurteilung beeinflusst, da jede Periode Extrem- und Endwerte beinhaltet, die dann in die Gesamtbeurteilung eingehen.

Zusammenfassend belegen die vorliegenden Befunde, dass Urteile über das eigene Wohlbefinden keineswegs als eine direkte Funktion der objektiven Bedingungen verstanden werden können. Vielmehr ist es notwendig, die Verfügbarkeit und Verwendung der entsprechenden Informationen zu berücksichtigen. Vor allem kommt Vergleichsstandards eine entscheidende Bedeutung zu. Ob verfügbare Informationen als Urteilsgrundlage oder als Vergleichsstandard verwendet werden, bestimmt die Richtung ihres Einflusses auf die Urteilsbildung. Als weitere Urteileinflüsse sind die Asymmetrie von Gewinn und Verlust sowie die Vernachlässigung der Dauer des Einflusses zu berücksichtigen. Daraus folgt, dass ein linearer Zusammenhang von objektiven Lebensereignissen und subjektiver Bewertung nicht existiert, sondern nur zu verstehen ist, wenn die vermittelnden Urteilsprozesse berücksichtigt werden. Ein und dasselbe Lebensereignis kann je nach seiner Verarbeitung eine positivere oder eine negativere Bewertung des eigenen Lebens zur Folge haben.

## **7. Soziale Vergleichsprozesse**

Obwohl die grundlegenden kognitiven Mechanismen dieselben sind, unterscheiden sich Vergleichsstandards in ihrer Provenienz. Es sind nicht nur die eigenen Lebensaspekte aus Vergangenheit und Zukunft, die als intraindividuelle Standards Kontrasteffekte bei der Beurteilung des gegenwärtigen Lebens bewirken können, sondern auch der Vergleich mit der Lebenssituation anderer. Solche sozialen Vergleichsprozesse wurden in der Sozialpsychologie seit jeher (z. B. FESTINGER 1954) in ihrer Dynamik untersucht. Auch in der empirischen Sozialforschung gilt es als belegt, dass die Einschätzung sozialer Ungerechtigkeit und die daraus resultierende Unzufriedenheit aus dem Vergleich mit anderen resultieren. Umgekehrt können soziale Vergleiche die eigene Befindlichkeit verbessern. Zum Verständnis der unterschiedlichen Effekte sozialen Vergleichs wurde in der einschlägigen Forschung zwischen drei Vergleichsrichtungen unterschieden: aufwärts gerichtete Vergleiche, abwärts gerichtete Vergleiche, Vergleiche auf derselben Ebene.

Dass dabei die situationale Verfügbarkeit von Vergleichsstandards eine zentrale Rolle spielt, haben zahlreiche Studien belegt.<sup>5</sup> In eigenen Arbeiten haben wir (STRACK et al. 1990) gefunden, dass die bloße Anwesenheit einer schwer behinderten Person ausreichend war, um die in einem Fragebogen berichtete Lebenszufriedenheit zu erhöhen.

---

<sup>5</sup> Vgl. MILLER und PRENTICE 1996.

Allerdings müssen zum Verständnis von sozialen Vergleichsprozessen in natürlichen Situationen deren unterschiedliche Funktionen und Ziele berücksichtigt werden. Zunächst dienen soziale Vergleiche dazu, die eigene Situation einzuschätzen. Die Annahme dieser Absicht war der Ausgangspunkt für das Forschungsprogramm (FESTINGER 1954). Dabei wurde der Vergleich mit ähnlichen anderen als besonders diagnostisch betrachtet. Eine zweite Funktion besteht in der eigenen Aufwertung. Hier sind abwärts gerichtete Vergleiche von großer Bedeutung. Eine andere Person, der es schlechter geht, ermöglicht eine vergleichsweise positivere eigene Einschätzung.<sup>6</sup> Allerdings setzt dies voraus, dass damit verbundene Information keine Urteilsgrundlage für wahrscheinliche eigene Veränderungen beinhaltet. Leidet die Zielperson beispielsweise unter Krankheitssymptomen, mit denen die vergleichende Person in der Zukunft selbst zu rechnen hat, bewirken abwärts gerichtete Vergleiche keine Aufwertung. Allerdings hat die Forschung gezeigt, dass solche Vergleiche unter der Voraussetzung der Kontrollierbarkeit und Veränderbarkeit der eigenen Situation eine positivere Selbstbewertung zur Folge haben (COLLINS 1996).

Die dritte Funktion sozialer Vergleiche ist die Verbesserung der eigenen Situation. Genauer gesagt geht es darum, von anderen zu lernen. Dazu können sowohl aufwärts wie abwärts gerichtete Vergleiche einen Beitrag leisten. Abwärtsvergleiche informieren darüber, welche Handlungsalternativen vermieden werden sollten. Aufwärtsgerichtete Vergleiche zeigen neue Wege zur Zielerreichung, die kurzfristig jedoch eine negative Selbstbewertung auslösen.

Die Bedeutung des Zusammenwirkens von zwei Faktoren auf das Selbstwertgefühl und damit auch auf das eigene Wohlbefinden wurde von TESSER und Kollegen untersucht.<sup>7</sup> Dabei haben die Autoren herausgefunden, dass die Ähnlichkeit zur Vergleichsperson und die Relevanz der Vergleichsdimension eine wichtige Rolle spielen. So verletzt die Überlegenheit einer nahe stehenden Person, z. B. eines Freundes, in einem für die vergleichende Person wichtigen Attribut das eigene Selbstwertgefühl in weit stärkerem Maß als die Überlegenheit einer entfernteren Person oder in einer weniger relevanten Dimension.

Diese Ausführungen machen deutlich, dass soziale Vergleichsprozesse einerseits eine wichtige Rolle bei der Bestimmung des eigenen Wohlbefindens spielen, andererseits aber in eine Dynamik eingebunden sind, die über die Selbstbewertung hinausgehen und Lernerfahrungen beinhalten, die die Befindlichkeit auf einem anderen Weg langfristig verändern. Von daher genügt es nicht, die relative Ausprägung der Merkmale der Vergleichsperson zu kennen. Es ist darüber hinaus notwendig zu wissen, wie die Information verwendet wird.

## 8. Standards aus dem sozialen Umfeld

Sozialer Vergleich wird jedoch nicht immer durch die Auswahl einer bestimmten Vergleichsperson bestimmt. Vielmehr bereitet oft der soziale Kontext eine Vergleichssituation, die über eine längere Zeitspanne hinweg stabil bleibt und nur schwer verändert werden kann. Ein Beispiel ist die Schulsituation, in der die Schüler eine relative Position einnehmen, die sie einerseits in ihrem Selbstwertgefühl beeinflusst, andererseits positive Lernerfahrungen ermöglicht (HUGUET et al. 2001). In ähnlicher Weise trägt auch die relative Einkommenssituation des sozialen Umfelds zur eigenen Zufriedenheit (MORAWETZ et al. 1977) und zur Zufriedenheit

---

6 Siehe STRACK et al. 1990.

7 Siehe TESSER 1988.

mit dem Einkommen (EASTERLIN 1974) bei. Ähnlich wie bei individuellen Vergleichsprozessen sind jedoch auch im größeren sozialen Kontext nach oben gerichtete Vergleiche zwar zunächst unangenehm, können aber langfristig positive Konsequenzen bewirken.

## **9. Die Messung als Medium der Vermittlung interindividueller Standards**

Bei der Gegenüberstellung chronisch und temporär verfügbarer Vergleichsstandards wird oft eine Induktion übersehen, die in der Methode der Befragung enthalten ist. Wie SCHWARZ und Mitarbeiter (z. B. SCHWARZ et al. 1985) gezeigt haben, gehen Befragte davon aus, dass die Anordnung der Werte oder Kategorien auf einer Antwortskala dem Wissen des Fragestellers über ihre Häufigkeitsverteilung in der Population entspricht. Eine mittlere Position auf der Antwortskala entspräche demnach der größten vermuteten Häufigkeit dieser Ausprägung in der Grundgesamtheit. Auf der Grundlage dieser Annahme hat der Proband einen Bezugsrahmen, in den er seine eigene Position einordnen kann. Ist die Häufigkeit eines bestimmten Verhaltens (z. B. die Dauer des eigenen Fernsehkonsums) am unteren Ende der Antwortskala aufgeführt, so schließt der Proband auf eine eher unterdurchschnittliche TV-Nutzung. Erscheint dieselbe Konsumdauer dagegen am oberen Skalenende wird auf überdurchschnittlichen Fernsehkonsum geschlossen. SCHWARZ et al. (1985) haben den durch die Antwortskala vermittelten sozialen Vergleich durch eine Folgefrage nachgewiesen. Im Einzelnen wurde die Skalierung der Häufigkeit des Fernsehkonsums so variiert, dass sich die Mehrheit der Befragten entweder über oder unter der Skalenmitte einordnete. Da die Häufigkeit des Fernsehkonsums ein Indikator für die (Un)Zufriedenheit mit der Vielfalt der eigenen Freizeitaktivitäten darstellt, war es nicht überraschend, dass bei der Anordnung der eigenen TV-Häufigkeit unter der Skalenmitte eine höhere Freizeit Zufriedenheit berichtet wurde, als wenn der eigene TV-Konsum über der Skalenmitte angeordnet wurde.

Die Vermittlung sozialer Vergleichsstandards durch die Skalierung von Antwortalternativen bei Befragungen wurde mit zahlreichen anderen Inhalten repliziert, darunter Gesundheitsbeschwerden (z. B. SCHWARZ und SCHEURING 1992), Konsumausgaben (z. B. MENON et al. 1995) und Risikoeinschätzungen (z. B. ROTHMAN et al. 2001). Die Forschung zeigt allerdings auch, dass sozialer Vergleich oft Zielen dient, die nicht unmittelbar mit der Beurteilung der eigenen Befindlichkeit zu tun haben. Demnach ist die Verfügbarkeit der Vergleichsinformation allein keine ausreichende Basis für Vorhersagen über daraus resultierende Zufriedenheitsurteile.

## **10. Die Rolle der Stimmung**

In der bisherigen Diskussion wurden Befindlichkeitsurteile ausschließlich aus der Perspektive der Informationsverarbeitung behandelt, während emotionale Einflüsse keinen Eingang fanden. Dabei sind Gefühle und Empfindungen, wie Vergnügen und Schmerz, eng mit Glück und Unzufriedenheit verbunden. Aus unserer Sicht stellt sich dabei die Frage, wie Gefühle in die Urteilsbildung eingehen. Die erste Möglichkeit besteht darin, dass die Valenz der Stimmung bewirkt, dass bevorzugt valenzkongruente Informationen im Gedächtnis verfügbar sind.<sup>8</sup> In diesem Fall wirkt sich die Stimmung automatisch und ohne exekutive Einwirkung

---

<sup>8</sup> Siehe BLANEY 1986.

auf die Urteilsbildung aus. Der zweite Einflussmechanismus impliziert die aktive Mitwirkung der Person. In diesem Fall wird die aktuelle Stimmung als heuristische Information zur Beurteilung des eigenen Wohlbefindens herangezogen (SCHWARZ 1987). Allerdings wird die Aussagekraft der Stimmungsinformation von weiteren Faktoren bestimmt. Ist sich die Person bewusst, dass vorübergehende und keineswegs repräsentative Umwelteinflüsse für das gegenwärtige Empfinden verantwortlich sind, ist die Stimmung weniger informativ für die allgemeine Lebenszufriedenheit, als wenn die Aufmerksamkeit nicht auf einen temporären Einflussfaktor gerichtet ist. SCHWARZ und CLORE (1983) haben sich den vorübergehenden Einfluss des Wetters auf die Stimmung zu Nutze gemacht, um die informative Funktion der Stimmung aufzuzeigen. Befragte wurden in einem Telefoninterview unter verschiedenen Wetterbedingungen gebeten, ihre Stimmung und ihre allgemeine Lebenszufriedenheit mitzuteilen. Darüber hinaus wurde die Aufmerksamkeit der Hälfte der Teilnehmer durch eine beiläufige Frage auf das Wetter gelenkt. Die Ergebnisse zeigten, dass schönes Wetter (nach einer langen Regenperiode) die Stimmung verbesserte und eine lang anhaltende Regenperiode stimmungsverschlechternd wirkte, unabhängig von der Aufmerksamkeitslenkung auf die Stimmungsursache. Dagegen konnte ein Einfluss der Stimmung auf die Beurteilung des Wohlbefindens nur dann nachgewiesen werden, wenn die Aufmerksamkeit nicht auf das Wetter gerichtet wurde. Dieser und verwandte Befunde sprechen dafür, dass Stimmungen „als Information“ in die Beurteilung des Wohlbefindens eingehen und bei Einflüssen, die für das Urteil nicht repräsentativ sind,<sup>9</sup> diskontiert (KELLEY 1973) werden. Gleichzeitig sprechen die vorliegenden Ergebnisse gegen die Theorie des stimmungsselektiven Gedächtnisses, da die leichtere Verfügbarkeit bestimmter Gedächtnisinhalte unabhängig von der Stimmungsursache sein sollte.

Bei der Diskussion solcher Umwelteinflüsse ist zu beachten, dass die theoretisch relevante Einflussvariable die Stimmung der Person ist und nicht die Manipulation, mit der die Stimmung induziert wurde. Zum Beispiel versetzt nicht jeder sonnige Tag jede Person in gute Stimmung. Trotzdem sind solche atheoretischen Interpretationen von Kontexteinflüssen beliebt, was theoretisch wie empirisch irreführend ist.<sup>10</sup>

Im Gegenzug lässt sich schlussfolgern, dass bei spezifischeren Zufriedenheitsurteilen, bei denen Bewertungen auf inhaltlichen Dimensionen möglich sind, der Stimmung eine geringere Rolle zu Gunsten von Vergleichsurteilen zukommt. Daraus folgt, dass ein Ereignis, das nicht nur Stimmungen auslöst, sondern gleichzeitig auch Informationen aktiviert, bei der globalen Bewertung des eigenen Lebens einen Assimilations- und bei der Bewertung eines spezifischen Lebensaspektes einen Kontrasteffekt bewirkt. Dieser gegenläufige Einfluss wurde in einer Studie (SCHWARZ et al. 1987) nachgewiesen, in der die Versuchsteilnehmer eine Denkaufgabe entweder in einem sehr angenehm eingerichteten Versuchsraum zu lösen hatten, oder aber in einem Labor, das in vielerlei Hinsicht so gestaltet war, dass es unangenehme Gefühle auslöste. Nach Beendigung der Denkaufgabe und einer längeren Wartezeit wurden die Teilnehmer nach ihrer Entlassung in einem anderen Kontext gebeten, einige Fragen schriftlich zu beantworten. Darunter war die Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit und die Frage nach der Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung. Wie erwartet beurteilten die Befragten in der unangenehmen Laborsituation ihr Leben als Ganzes vergleichsweise negativer, während sie gleichzeitig eine höhere Zufriedenheit mit ihrer Wohnung berichteten.

<sup>9</sup> Siehe STRACK 1992.

<sup>10</sup> Zur Diskussion siehe SCHWARZ und CLORE 2016.

In verwandten Studien fanden O'BRIEN et al. (2012) die gleiche Asymmetrie bei Beurteilungen der eigenen Vergangenheit. Personen, die derzeit ein spezifisches Problem in einem Lebensbereich hatten (hier, Liebeskummer oder eine verpatzte Prüfung), beurteilten ihre frühere Situation in diesem Lebensbereich positiver – im Vergleich zum derzeitigen Liebeskummer (oder der verpatzten Prüfung) waren sie früher mit ihren romantischen Beziehungen (oder ihrer Studienleistung) zufriedener als Personen, die nicht durch eine vorausgegangene Frage an ein negatives Ereignis erinnert wurden. Diese Kontrasteffekte sind konsistent mit dem diskutierten Einfluss des Zimmers auf die Wohnungszufriedenheit. Wenn sie aber gefragt wurden, wie zufrieden sie in der Vergangenheit mit ihrem Leben insgesamt waren, war der Vergleichsstandard weniger relevant und der Einfluss der Stimmung dominant, was in geringerer allgemeiner Zufriedenheit mit der Vergangenheit resultierte. Statistische Mediationsanalysen zeigten, dass der negative Einfluss auf die Beurteilung der eigenen Vergangenheit im Allgemeinen durch die Stimmung vermittelt wurde, während der positive Einfluss des Vergleichsprozesses auf die Beurteilung des spezifischen Lebensbereiches von der Stimmung unabhängig war. Auf diese Weise kann ein gegenwärtiges Problem unsere Vergangenheit im Problembereich selbst in rosarotem Licht erscheinen lassen (ein Vergleichseffekt) und gleichzeitig einen Schatten auf unser vergangenes Leben im Allgemeinen werfen (ein Stimmungseffekt).

Die vielleicht überzeugendste Evidenz für die gleichzeitige Auslösung von Stimmung und Aktivierung relevanter Informationen liefern die Daten mehrerer Studien von STRACK et al. (1985). Wie bereits berichtet, führte das Nachdenken über hedonisch relevante Lebensereignisse aus der Gegenwart zu einem Assimilationseffekt auf die globale Beurteilung der Lebenszufriedenheit, während das Nachdenken über vergangene Ereignisse Kontrasteffekte hervorrief. Genau dieser Kontrasteffekt konnte jedoch umgekehrt werden, wenn die Art des Nachdenkens über die Ereignisse valenzentsprechende Stimmungen auslöste. Dazu wurden die Teilnehmer veranlasst, entweder eher abstrakt oder bildhaft über das jeweilige Ereignis nachzudenken. Wie frühere Studien gezeigt haben, lösen bildhafte Gedankeninhalte eher Gefühle aus als abstrakte. Auf das vorliegende Beispiel angewandt, heißt das, wenn Personen das vergangene Ereignis vor ihrem geistigen Auge wiedererleben, löst dies in stärkerem Maße Gefühle aus, als wenn sie abstrakt darüber nachdenken. Um dies experimentell zu realisieren, hatten die Probanden ihre vergangenen Lebensereignisse in einer Studie entweder detailliert (= konkret) oder stichwortartig (= abstrakt) zu beschreiben. In einer zweiten Studie sollten die Teilnehmer entweder schildern, „wie“ das Ereignis abgelaufen ist (= konkret), oder erklären, „warum“ es eingetreten ist (= abstrakt). In beiden Studien verursachte das konkrete und eher bildhafte Nachdenken eine der Valenz des Ereignisses entsprechende Stimmungsveränderung sowie einen Assimilationseffekt bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit. Das heißt, die durch das Nachdenken ausgelöste Stimmung wurde zur Grundlage für das Zufriedenheitsurteil. Dagegen wurden beim abstrakten Nachdenken Informationen aktiviert, die als Vergleichsstandard in die Beurteilung der gegenwärtigen Zufriedenheit eingingen und zu Kontrasteffekten führten.

Zusammengefasst zeigen diese Ergebnisse, wie affektive und kognitive Prozesse die Beurteilung des eigenen Wohlbefindens bestimmen, und machen deutlich, dass es nicht ausreicht, die hedonische Qualität eines Ereignisses zu kennen, um daraus die resultierende Befindlichkeit zu erklären. Vielmehr ist es notwendig, die den situationalen Einflüssen zu Grunde liegenden psychologischen Mechanismen zu erfassen, um zu verstehen, welches subjektive Befinden dadurch ausgelöst wird. Vor dem Hintergrund dieser Befunde wird auch deutlich, warum der Zusammenhang zwischen objektiven Bedingungen und subjektiven Bewertungen oft viel geringer ausfällt als gemeinhin erwartet.

## **11. Die Mitteilung des Urteils**

Wenn das Urteil gebildet ist, können auch bei dessen Bericht noch Einflüsse auftreten, die letztendlich die Erfassung von Glück und Zufriedenheit beeinflussen. Es handelt sich dabei um eher motivationale Faktoren wie den Wunsch, einen positiven Eindruck zu hinterlassen oder zumindest einen negativen Eindruck zu vermeiden. Das heißt, ein Urteil wird in Richtung sozialer Erwünschtheit „editiert“, vor allem dann, wenn das Urteil in Anwesenheit einer weiteren Person, beispielsweise eines Interviewers abgegeben wird. In Übereinstimmung mit dieser Verallgemeinerung hat SMITH (1979) in einer Metaanalyse gezeigt, dass das in persönlichen Interviews berichtete Wohlbefinden höher als in anonymen Befragungen ist. Gleichzeitig kann das aus einem Vergleich mit einem körperlich beeinträchtigten Interviewer erhöhte Zufriedenheitsurteil auch nach unten korrigiert werden, wenn der Interviewer die Antwort nicht anonym erfasst, sondern offen danach fragt (STRACK et al. 1990).

## **12. Das Urteilsmodell**

Abbildung 1 fasst die in diesem Beitrag besprochenen Prozesse zusammen. Wenn Befragte aufgefordert werden, ihr Glück und ihre Zufriedenheit mit dem Leben als Ganzem zu berichten, ziehen sie mit großer Wahrscheinlichkeit ihr momentanes affektives Empfinden als vereinfachende Urteilsgrundlage heran. Wenn allerdings der informative Wert des Gefühls unterminiert, oder der affektive Zustand nicht sonderlich ausgeprägt ist oder aber andere Information die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, kommen – genau wie bei der Beurteilung spezifischer Lebensbereiche – komparative Urteilsstrategien ins Spiel.

Dabei wird diejenige Information am ehesten in Betracht gezogen, die chronisch oder situationsabhängig die meiste Aufmerksamkeit erhält und für das Urteil relevant ist, es sei denn, Konversationsnormen verwehren ihre Verwendung. Ob die Information als Urteilsgrundlage oder als Vergleichsstandard in die Urteilsbildung eingeht, hängt davon ab, ob sich die Information innerhalb oder außerhalb der mentalen Repräsentation des Urteilsgegenstandes befindet. Als Konsequenz kann dieselbe Information das Urteil in gegensätzliche Richtungen beeinflussen und Assimilations- oder Kontrasteffekte bewirken.

Die Stabilität der Zufriedenheitsurteile wird wesentlich durch die Determinanten der Verfügbarkeit bestimmt. So ist zu erwarten, dass die temporäre Aktivierung von Informationen, z. B. durch eine vorangestellte Frage, mit weit stärkeren Schwankungen verbunden ist als die chronische Verfügbarkeit bestimmter Inhalte, wie z. B. durch vorherrschende Belastungen.

Unabhängig davon, wie das Urteil gebildet wurde, muss es danach kommuniziert werden. Dazu muss die Antwort unter Verwendung der vorgegebenen Antwortalternativen formatiert werden. Dabei können Aspekte sozialer Erwünschtheit zum Tragen kommen.

## **13. Methodologische Implikationen**

Die vorgetragene Analyse der psychologischen Genese von Antworten auf die Frage nach dem eigenen Wohlbefinden zeigt, dass es dabei nicht um das mehr oder weniger zutreffende Ablesen eines stabilen Merkmals der Person geht, das mit der Angabe des Geschlechts oder des Lebensalters vergleichbar wäre. Auch die Metapher des Ablesens des Zustands

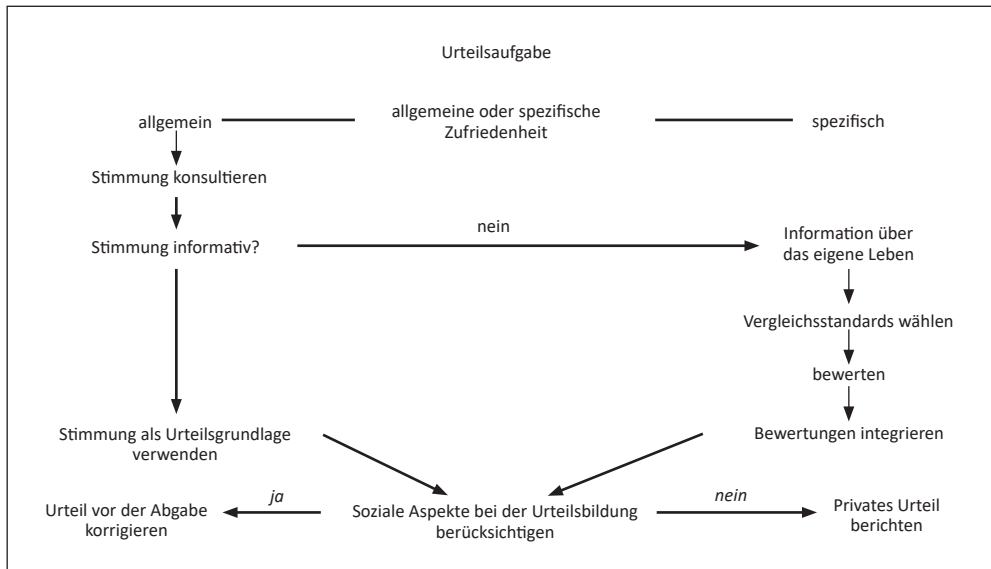


Abb. 1 Urteilsmodell des subjektiven Wohlbefindens

von einem inneren Messinstrument ist nicht geeignet, Berichte über subjektives Glück und Zufriedenheit zutreffend zu veranschaulichen. Selbst wenn die Antworten die Lebenssituation der Befragten reflektieren, beeinflussen Merkmale der Befragung die Beantwortung in entscheidendem Maße. Als Folge kann der Zusammenhang von objektiven Lebensereignissen und berichtetem Wohlbefinden je nach Fragereihenfolge stark variieren.<sup>11</sup> Ein weiterer Aspekt ist das Zusammenwirken von situationaler und chronischer Aktivierung von Inhalten. Der Einfluss von situational aktivierter Information wird durch die chronische Verfügbarkeit relevanter Inhalte reduziert. So wirkt sich eine Vorfrage zum Gesundheitszustand bei einem gesunden Menschen in stärkerem Maße auf die berichtete Zufriedenheit aus als bei einem chronisch kranken Menschen. Die zeitliche Stabilität der Zufriedenheitsberichte wird wesentlich durch die Konstanz der Erhebungsbedingungen (z. B. die Fragenreihenfolge) bestimmt. Dabei ist zu beachten, dass durch die konstante Aktivierung von relevanten Informationen durch das Erhebungsinstrument Veränderungen in der Lebenssituation des Befragten verdeckt werden können.

Insgesamt legen die berichteten Befunde nahe, dass der Zusammenhang zwischen objektiven Lebensereignissen und subjektiver Einschätzung des eigenen Wohlbefindens in standardisierten Befragungen geringer ausfällt, als dies bei der Erfassung stabiler Merkmale der Fall ist. Umgekehrt zeigen die Befunde jedoch, dass die Dynamik des subjektiven Wohlbefindens am ehesten verstanden werden kann, wenn die kognitiven, affektiven und kommunikativen Prozesse in die Interpretation der Ergebnisse einbezogen werden.

<sup>11</sup> Siehe STRACK et al. 1988.

Literatur

- ANDREWS, F. M., and WITHEY, S. B.: Social Indicators of Well-Being: Americans' Perceptions of Life Quality. New York: Plenum Press 1976
- BEIERLEIN, C., KOVALEVA, A., LÁSZLÓ, Z., KEMPER, C. J., und RAMMSTEDT, B.: Eine Single-Item-Skala zur Erfassung der Allgemeinen Lebenszufriedenheit: Die Kurzskaala Lebenszufriedenheit-1 (L-1). Gesis Working Paper 34 (2014)
- BLANEY, P. H.: Affect and memory: A review. *Psychological Bulletin* 99/2, 229 (1986)
- BLESS, H., and SCHWARZ, N.: Mental construal and the emergence of assimilation and contrast effects: The inclusion/exclusion model. *Advances in Experimental Social Psychology* 42, 319–374 (2010)
- BODENHAUSEN, G. V., and WYER, R. S. Jr.: Social cognition and social reality: Information acquisition and use in the laboratory and the real world. In: HIPPLER, H. J., SCHWARZ, N., and SUDMAN, S. (Eds.): *Social Information Processing and Survey Methodology*; pp. 6–41. New York: Springer 1987
- BRADBURN, N. M.: *The Structure of Psychological Well-Being*. Oxford (England): Aldine 1969
- CAMPBELL, A.: *The Sense of Well-Being in America: Recent Patterns and Trends*. New York: McGraw Hill 1981
- CAMPBELL, A., CONVERSE, P., and RODGERS, W. L.: *The Quality of American Life: Perceptions, Evaluations and Satisfactions*. New York, N. Y.: Russell Sage 1976
- COLLINS, R. L.: For better or worse: The impact of upward social comparison on self-evaluations. *Psychological Bulletin* 119/51 (1996)
- DEMAIO, T. J.: Social desirability and survey measurement: A review. In: TURNER, C. F. and MARTIN, E. (Eds.): *Surveying Subjective Phenomena*. Vol. 2, pp. 257–2581. New York: Russell Sage 1984
- EASTERLIN, R. A.: Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence. In: DAVID, P.-A., and REDER, M. W. (Eds.): *Nations and Households in Economic Growth*; pp. 89–125. New York: Academic Press 1974
- ELDER, G. H.: *Children of the Great Depression*. Chicago: University of Chicago Press 1974
- FESTINGER, L.: A theory of social comparison processes. *Human Relations* 7, 117–140 (1954)
- FREDRICKSON, B. L., and KAHNEMAN, D.: Duration neglect in retrospective evaluations of affective episodes. *Journal of Personality and Social Psychology* 65, 45 (1993)
- GRICE, H. P.: Logic and Conversation. In: COLE, P., and MORGAN, J. J. (Eds.): *Syntax and Semantics*. Vol. 3: *Speech Acts*. New York: Academic Press 1975
- HABERSTROH, S., OYSERMAN, D., SCHWARZ, N., KÜHNEN, U., and JI, L. J.: Is the interdependent self more sensitive to question context than the independent self? Self-construal and the observation of conversational norms. *Journal of Experimental Social Psychology* 38, 323–329 (2002)
- HIGGINS, E. T.: Knowledge activation: Accessibility, applicability, and salience. In: HIGGINS, E. T., and KRUGLANSKI, A. W. (Eds.): *Social Psychology. Handbook of Basic Principles*; pp. 133–168. New York: Guilford Press 1996
- HUGUET, P., DUMAS, F., MONTEIL, J. M., and GENESTOUX, N.: Social comparison choices in the classroom: Further evidence for students' upward comparison tendency and its beneficial impact on performance. *European Journal of Social Psychology* 31, 557–578 (2001)
- KAHNEMAN, D., and TVERSKY, A.: Prospect theory: An analysis of decision under risk. *Econometrica – Journal of the Econometric Society* 47, 263–291 (1979)
- KELLEY, H. H.: The processes of causal attribution. *American Psychologist* 28, 107–128 (1973)
- MEDVEC, V. H., MADEY, S. F., and GILOVICH, T.: When less is more: counterfactual thinking and satisfaction among Olympic medalists. *Journal of Personality and Social Psychology* 69, 603–610 (1995)
- MENON, G., RAGHUBIR, P., and SCHWARZ, N.: Behavioral frequency judgments: An accessibility-diagnostics framework. *Journal of Consumer Research* 22, 212–28 (1995)
- MILLER, D. T., and PRENTICE, D. A.: The construction of social norms and standards. In: HIGGINS, E. T., and KRUGLANSKI, A. W. (Eds.): *Social Psychology. Handbook of Basic Principles*; pp. 799–829. New York: Guilford Press 1996
- MORAWETZ, D., ATIA, E., BIN-NUN, G., FELOUS, L., GARIPLERDEN, Y., HARRIS, E., SOUSTIEL, S., TOMBROS, G., and ZARFATY, Y.: Income distribution and self-rated happiness: some empirical evidence. *The Economic Journal* 87, 511–522 (1977)
- O'BRIEN, E., ELLSWORTH, P. C., and SCHWARZ, N.: Today's misery and yesterday's happiness: Differential effects of current life-events on perceptions of past well-being. *Journal of Experimental Social Psychology* 48, 968–972 (2012)
- ROESE, N. J., and OLSON, J. M.: The structure of counterfactual thought. *Personality and Social Psychology Bulletin* 19, 312–319 (1993)
- ROTHMAN, A. J., HADDOCK, G., and SCHWARZ, N.: "How many partners is too many?" Shaping perceptions of personal vulnerability. *Journal of Applied Social Psychology* 31, 2195–2214 (2001)
- SCHWARZ, N.: *Stimmung als Information: Untersuchungen zum Einfluss von Stimmungen auf die Bewertung des eigenen Lebens*. Heidelberg: Springer 1987

- SCHWARZ, N.: Feelings-as-information theory. In: VAN LANGE, P. A. M., KRUGLANSKI, A., and HIGGINS, E. T. (Eds.): *Handbook of Theories of Social Psychology*; pp. 289–308. Thousand Oaks, CA: Sage 2012
- SCHWARZ, N., and BLESS, H.: Scandals and the public's trust in politicians: Assimilation and contrast effects. *Personality and Social Psychology Bulletin* 18, 574–579 (1992)
- SCHWARZ, N., and CLORE, G. L.: Mood, misattribution, and judgments of well-being: Informative and directive functions of affective states. *Journal of Personality and Social Psychology* 45, 513 (1983)
- SCHWARZ, N., and CLORE, G. L.: Evaluating psychological research requires more than attention to the N: A comment on Simonsohn's (2015) "small telescopes". *Psychological Science* 27, 1407–1409 (2016)
- SCHWARZ, N., HIPPLER, H. J., DEUTSCH, B., and STRACK, F.: Response scales: Effects of category range on reported behavior and comparative judgments. *Public Opinion Quarterly* 49, 388–395 (1985)
- SCHWARZ, N., OYSEMAN, D., and PEYTCHEVA, E.: Cognition, communication, and culture: Implications for the survey response process. In: HARKNESS, J. A., BRAUN, M., EDWARDS, B., JOHNSON, T. P., LYBERG, L. E., MOHLER, P. P., PENNELL, B.-E., and SMITH, T. W. (Eds.): *Survey Methods in Multinational, Multiregional and Multicultural Contexts*; pp. 177–190. New York: Wiley 2010
- SCHWARZ, N., and SCHEURING, B.: Selbstberichtete Verhaltens- und Symptommhäufigkeiten: Was Befragte aus Antwortvorgaben des Fragebogens lernen. *Zeitschrift für Klinische Psychologie* 22, 197–208 (1992)
- SCHWARZ, N., and STRACK, F.: Reports of subjective well-being: Judgmental processes and their methodological implications. In: KAHNEMAN, D., DIENER, E., and SCHWARZ, N. (Eds.): *Well-Being: The Foundations of Hedonic Psychology*; pp. 61–84. New York: Russell Sage Foundation 1999
- SCHWARZ, N., and STRACK, F.: Beyond "what" comes to mind: Experiential and conversational determinants of information use. *Current Opinion in Psychology* 12, 89–93, doi: 10.1016/j.copsyc.2016.09.008 (2016)
- SCHWARZ, N., STRACK, F., KOMMER, D., and WAGNER, D.: Soccer, rooms, and the quality of your life: Mood effects on judgments of satisfaction with life in general and with specific domains. *European Journal of Social Psychology* 17, 69–79 (1987)
- SCHWARZ, N., STRACK, F., and MAI, H. P.: Assimilation and contrast effects in part-whole question sequences: A conversational logic analysis. *Public Opinion Quarterly* 55, 3–23 (1991)
- SMITH, D. M., SCHWARZ, N., ROBERTS, T. R., and UBEL, P. A.: Why are you calling me? How study introductions change response patterns. *Quality of Life Research* 15, 621–630 (2006)
- SMITH, T. W.: Happiness. *Social Psychology Quarterly* 42, 18–30 (1979)
- STRACK, F.: Social cognition: Sozialpsychologie innerhalb des Paradigmas der Informationsverarbeitung. *Psychologische Rundschau* 39, 72–82 (1988)
- STRACK, F.: The different routes to social judgments: Experiential versus informational strategies. In: MARTIN, L. L., and TESSER, A. (Eds.): *The Construction of Social Judgments*; pp. 249–275. Hillsdale, NJ: Erlbaum 1992
- STRACK, F.: Zur Psychologie der standardisierten Befragung: kognitive und kommunikative Prozesse. (Lehr- und Forschungstexte Psychologie 48) Berlin: Springer 1994
- STRACK, F., MARTIN, L. L., and SCHWARZ, N.: Priming and communication: Social determinants of information use in judgments of life satisfaction. *European Journal of Social Psychology* 18, 429–442 (1988)
- STRACK, F., SCHWARZ, N., CHASSEIN, B., KERN, D., and WAGNER, D.: Salience of comparison standards and the activation of social norms: Consequences for judgements of happiness and their communication. *British Journal of Social Psychology* 29, 303–314 (1990)
- STRACK, F., SCHWARZ, N., and GSCHNEIDINGER, E.: Happiness and reminiscing: The role of time perspective, affect, and mode of thinking. *Journal of Personality and Social Psychology* 49, 1460–1469 (1985)
- STRACK, F., SCHWARZ, N., and WÄNKE, M.: Semantic and pragmatic aspects of context effects in social and psychological research. *Social Cognition* 9, 111–125 (1991)
- TESSER, A.: Toward a self-evaluation Maintenance model of social behavior. *Advances in Experimental Social Psychology* 21, 181–227 (1988)
- UBEL, P. A., LOEWENSTEIN, G., SCHWARZ, N., and SMITH, D.: Misimagining the unimaginable: The disability paradox and health care decision making. *Health Psychology* 24, Suppl. 4, 57–62 (2005)

Prof. (em.) Dr. Fritz STRACK  
Universität Würzburg  
Röntgenring 10  
97070 Würzburg  
Bundesrepublik Deutschland  
Tel.: +49 931 3182877  
E-Mail: strack@psychologie.uni-wuerzburg.de

Prof. Dr. Norbert SCHWARZ  
University of Southern California  
Department of Psychology  
3620 S. McClintock Ave  
Los Angeles, CA 90089-1061  
USA  
Tel.: +1 213 7402223  
E-Mail: norbert.schwarz@usc.edu

## **Human Rights and Refugees**

Nova Acta Leopoldina N. F. Nr. 415

Herausgegeben von Hans-Peter ZENNER (Tübingen) und Alenka ŠELIŠ (Ljubljana, Slowenia)

(2017, 75 Seiten, 20,50 Euro, ISBN: 978-3-8047-3704-4)

Das *Human Rights Committee (HRC)* der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina besteht aus Akademiemitgliedern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Es unterstützt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die von Unterdrückung und Einschränkungen ihrer Tätigkeit betroffen sind, durch Briefe, Stellungnahmen und die Organisation von Veranstaltungen. Die Tagung 2016, die gemeinsam mit der Slowenischen Akademie der Wissenschaften organisiert wurde, beschäftigte sich mit der Migration und Integration von Flüchtlingen und Migranten, die aus dem Nahen Osten, Afrika und anderen Teilen der Welt nach Europa kommen. Besonders wurden Fragen der Menschenrechte, Möglichkeiten eines humanen Grenzmanagements und die Rolle von Deutschland bzw. Slowenien als Gastländer analysiert.

## Well-being and Happiness in Cultural Context

Gisela TROMMSDORFF (Konstanz)

### *Abstract*

A “good life” includes well-being and happiness. This contribution suggests that socio-economic, political, and psychological factors alone can only partly explain differences in well-being and happiness among diverse countries since culture matters. An overview on definitions and subjective and objective indicators shows that most studies on well-being and happiness have used conceptualizations and measurements assuming universal applicability. However, inconsistent associations of well-being and happiness with objective indicators (prosperity, education, social status, health) suggest a closer look on the contextual conditions of these associations, and on the culture-specific meaning of the theoretical concepts. Therefore, studies including cultural, societal and psychological factors are discussed, asking whether and how well-being and happiness differ across cultures. Cross-cultural and intra-cultural studies on socio-economic and psychological preconditions, correlates and consequences of well-being, life-satisfaction, and happiness reveal an impact of cultural values of independence and interdependence. These values shaping the self-construal, behavior, and interpersonal relations, influence well-being. Studies on non-Western populations show a culture-specific meaning of well-being and happiness, based on interdependent values and respective person-environment relationships, suggesting a conceptualization of “relational” happiness. These results underline that the cultural context and the subjective experience of individuals should be taken into account in future studies on well-being and happiness, asking whether a person-culture fit between values on the individual and on the national, group, or cultural level predicts well-being and happiness.

A culture-informed psychological approach allows for an improved understanding of preconditions and consequences of well-being and happiness. Integrating contributions from different disciplines may further advance attempts in building a theoretical framework on aspects of a “good life” and a “good society”.

### *Zusammenfassung*

Zum „guten Leben“ gehört auch subjektives Wohlbefinden und Glück. Dieser Beitrag verweist darauf, dass sozio-ökonomische, politische und psychologische Faktoren allein Unterschiede im Glücks- und Zufriedenheitsniveau zwischen Ländern nur zum Teil erklären können: *culture matters*. Eine Durchsicht von Definitionen und Indikatoren zeigt, dass die meisten Studien zum subjektiven Wohlbefinden und Glück universelle Validität unterstellen. Insbesondere der empirische Befund schwacher und inkonsistenter Korrelationen zwischen objektiven Bedingungen (wie z. B. Einkommen, Sozialstatus, Bildung und Gesundheit) und subjektiven Indikatoren legt nahe, die gesellschaftlichen Kontexte und kulturspezifischen Bedeutungen näher zu beleuchten. Eine Vielzahl von Studien hat dabei die besondere Rolle von kulturellen Werten herausgearbeitet, welche sich auf die Dimensionen von Autonomie und sozialer Verbundenheit beziehen. Diese Werte prägen nicht nur Selbstbilder, Verhalten und interpersonale Beziehungen, sondern beeinflussen auch das subjektive Wohlbefinden. Untersuchungen über nicht-westliche Gesellschaften zeigen, wie das kulturspezifische Verständnis von Glück und Wohlbefinden mit Gruppenzugehörigkeiten und Gemeinschaftswerten zusammenhängt. Zukünftige Forschung sollte sich daher auch darauf richten, ob und inwieweit die Passung zwischen Person und Kultur Wohlbefinden und Glück beeinflusst.

Kulturorientierte psychologische Ansätze versprechen eine fruchtbare Aufklärung sowohl der Bedingungen als auch der Folgen von Wohlbefinden und Glück als Teil einer integrierten, interdisziplinären Theoriebildung zum „guten Leben“ und zur „guten Gesellschaft“.

A “good society” implies a “good life” of the people. A “good life” provides optimal function of the person. However, a “good life” has different meanings for different individuals, groups and societies. It is defined differently in philosophy, in social, economic and psychological science. Is a “good life” mainly related to aspects of quality of life such as economic success, safety, and health? Or are psychological factors such as experiencing pleasure, the cultivation of virtue, and search for meaning of life more relevant? Answers to these questions are difficult since a good life consists of various aspects, which are more or less important and more or less positively evaluated by individuals under different circumstances and in different cultures (RASS 2016).

A good life, including objective factors and subjective evaluations, is defined here as providing life-satisfaction, quality of life, well-being, and happiness. Questions regarding preconditions and consequences of well-being are discussed in lay theorizing, philosophy, politics, economics, and social science attempting to explain and predict a good life. For example, well-being and happiness can be regarded as luck, as a merciful fate, as being deserved due to one’s social position, or due to moral behavior. From an utilitarian view (e.g., Jeremy BENTHAM; John Stuart MILL), happiness is the result of one’s rational actions and can be achieved by striving for the (largest possible) balance of pleasure over pain. A normative and agency oriented view on happiness has been endorsed by ARISTOTELES. In case of conflicts between one’s happiness and duties, priority is to be given to duties which serve the well-being of the “Gemeinschaft”; foregoing one’s individual happiness in favor of collective happiness is seen as a virtue. According to KANT our striving for happiness should be limited to the extent that other person’s freedom is not at risk. The U.S. Declaration of Independence is an example for a normative political credo proclaiming that well-being and happiness, central to human life, are a fundamental human right.

Non-normative approaches in social science research have suggested that well-being and happiness are shaped by certain political, economic, socio-cultural and individual factors. Psychological research deals with the conditions for the subjective experience of life, including variations in the interpretation of objective socio-political and economic factors, and related behavioral outcomes. “Positive psychology” (e.g., SELIGMAN 2004), specializing in happiness research, focuses on positive emotions, flourishing, and self-realization as means for happiness and a good life.

To summarize, various approaches attempt to clarify determinants and functions of aspects of a good life, such as well-being and happiness. Given the fact that most of this research has been carried out in the Western “minority world”, the question is whether an ethno- or Euro-centric bias may have affected this research.

*First*, I briefly summarize some definitions, subjective and objective indicators of the respective concepts. *Second*, I discuss selected empirical studies on preconditions, correlates and consequences of well-being, life-satisfaction, and happiness. *Third*, the focus is on their cultural and psychological aspects, discussing possible contributions of a culture-informed psychological approach for an improved understanding of preconditions and consequences of well-being, life-satisfaction, and happiness. *Fourth*, indigenous conceptualizations of well-being and happiness are discussed. The conclusion summarizes main results and questions for future research.

## 1. Definitions and Indicators

### 1.1 Definitions

While a consensual definition of the broad construct of a “good life” is lacking, most conceptualizations point out that quality of life (QOL), life satisfaction (LS), subjective well-being (SWB), and happiness are essential elements. “Life-satisfaction is our subjective appreciation of our life as-a-whole. The synonyms are happiness and subjective well-being. [...] Life-satisfaction is defined as the degree to which a person evaluates the overall quality of his or her present life-as-a-whole positively.”<sup>1</sup>

*Subjective well-being* (SWB) is defined as the person’s evaluation of his or her life. More precisely, subjective well-being is the *cognitive* aspect of evaluating the degree of life satisfaction (LS) according to one’s subjective standard. The global and the domain specific SWB is based on one’s goals, expectations, and wishes. The *emotional* aspect of SWB is based on the frequency, intensity, and the relation of positive and negative affect (mood; emotions) in daily life. Both, the cognitive and the emotional aspect of SWB influence each other and influence the quality of life. “Subjective well-being accounts provide a summative measure of quality of life and weigh the facets according to their impact on people’s experience.”<sup>2</sup> Thus, well-being can be seen as a broad concept compared to life satisfaction and happiness (TROMMSDORF 2009).

*Happiness* is defined across social sciences as synonymous with life satisfaction and subjective well-being (KAHNEMAN et al. 1999), including the cognitive component of LS and the affective component of positive emotions, with relative predominance of positive over negative affect (DIENER et al. 2013).

The most influential approaches to well-being and happiness in psychology are the hedonic and the eudaimonic schools. *Hedonic* well-being and happiness include satisfaction as affective outcome, focusing on transitional, momentary emotions and feelings of pleasure. The influential tripartite model by DIENER et al. (1985) suggests that subjective well-being includes satisfaction with life, the absence of negative affect, and the presence of positive affect.

ARISTOTLE’S *eudaimonic* conception of happiness has stimulated two models. The psychological well-being model by RYFF (1989) suggests that well-being consists of six elements: self-acceptance, positive relations with others, autonomy, environmental mastery, purpose in life, and personal growth. The eudaimonic model proposed by RYAN and DECI (2001) suggests that well-being consists in the fulfillment of three basic psychological needs: autonomy, competence, and relatedness. A further approach conceptualizes well-being and life satisfaction in terms of quality of life (QoL), including physical, social and psychological aspects. This approach is used in sociology, medicine, and psychology. Other approaches used in counseling literature are even broader and less clearly defined. These conceptualizations differ on the preference for particular terms, aspects, and operationalizations. However, it is not clear whether they focus on unique or on different phenomena, and whether they are related to the same underlying dimension.

---

1 VEENHOVEN 2015, p. 205ff.

2 DIENER et al. 2015, p. 234.

## 1.2 Indicators

Aspects of *quality of life*, *life satisfaction*, *well-being*, and *happiness* have been measured in various ways. Based on the results of happiness research, the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD 2013) has published a “Better Life Index” consisting of 11 areas related to *quality of life*.<sup>3</sup> The World Value Survey and the European Value Survey only include measures of life satisfaction as indicator of well-being. A review on 42 relevant measures of psychological well-being, QoL, or wellness, by COOKE et al. (2016) showed that future research is needed to clarify the nature of the construct.

Usually, self-reports are used to measure the subjective experience of well-being (satisfaction with aspects of life) and happiness (feeling in certain instances; evaluation of flourishing and self-cultivation). Further, behavioral indicators of momentary hedonic happiness like positive emotions and pleasure are used. Behavioral observations for measuring eudemonic happiness related to self-cultivation, strength and virtue are also possible. Examples for frequently used self-report measures fulfilling some criteria of objectivity, reliability, validity are: Subjective enjoyment of one’s life as a whole (1 item) (VEENHOVEN 2012a); Satisfaction with Life Scale (5 items) (DIENER 1984); Life Satisfaction Scale (20 Items) (NEUGARTEN et al. 1961). In his collection of happiness measures VEENHOVEN (2012b) lists all questions ever used to assess LS including an overall measure and measures on the cognitive and affective components, sorted by time frame and rating scales.

A life satisfaction question was included since 1984 from the start of the SocioEconomic Panel (SOEP) in Germany when no other survey had used a subjective indicator of well-being.<sup>4</sup> At present, SWB is measured on the national level in various countries.<sup>5</sup> For rankings of countries, most global indices mix objective and subjective measures such as the World Values Survey. The respective scores have been compared across nations and sometimes across time with respect to their importance and subjective LS. For example, SWB is measured in ongoing panel studies in Germany, Australia, Switzerland, and United Kingdom. The *Gallup World Poll* has accumulated scores on well-being in 165 societies. The UN edits a *World Happiness Report* (SACHS et al. 2016). The OECD (2011, 2013) uses a broader measure of well-being, the “better life index”, basing on indicators of happiness and life satisfaction.

Theoretically based studies on predictors and outcomes of well-being including participants from different social and cultural groups could contribute to validating the measurements and to inform about relevant indicators of well-being and happiness (TOV and DIENER 2009). In the following, *first*, I will discuss selected empirical studies on socio-economic and psychological factors on well-being focusing on the relevance of objective and subjective indicators. *Second*, I will ask whether well-being and happiness differ across cultures. For simplification, I will mostly use well-being and happiness as umbrella terms.

## 2. Determinants, Correlates, and Outcomes of Well-being

During more than 40 years of research on well-being, subjective life satisfaction, and happiness, more than 4000 surveys have been carried out in nearly every country of the world, with more

---

3 <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de>.

4 For an overview see SCHUPP 2015 und SCHUPP in this volume.

5 See OECD report 2013 (OECD 2013).

than 500 publications on happiness, including reports on rankings on the national level, descriptive-correlational studies and research on socio-economic and psychological processes.

### *2.1 Socio-economic and Political Factors*

Traditionally, economists are defining satisfaction and happiness as utility, using economic measures of prosperity. Panel and longitudinal studies have observed an increase of happiness in modern industrial nations, accompanied with relative stability; and various studies have shown that the happiest countries in the world tend to be prosperous first world nations, for example, the United States, Canada, Northern Europe, with lowest values in Africa (VEENHOVEN 2012a, b, 2014). However, economic growth and increasing real income in affluent societies do not increase well-being (DIENER et al. 2009, EASTERLIN 1974).

While material well-being as an aspect of a good life can influence a positive life evaluation, affluence *per se* cannot predict well-being and life satisfaction. Does this imply the impact of non-economic factors? Amartya SEN (1985) has challenged the claim to use the Gross Domestic Product (GDP) as main indicator of SWB. His influential capability approach focuses on the person's agency and freedom to act in accordance with personal goals.<sup>6</sup>

More recently, the Human Development Index (HDI) and the Multi-dimensional Poverty Index (MPI) have been used beside GDP as objective indicators for national rankings and for predicting life satisfaction (LS) and subjective well-being (SWB). LS, SWB and happiness are assumed to be influenced by housing, income, jobs, community, education, environment, civic engagement, health, life satisfaction, safety, work-life-balance.<sup>7</sup>

Various empirical studies have shown that modern political, economic and social systems characterized by economic wealth, freedom, legal system, equality, education, and urbanization can explain about 75 % of the total variance of national differences in life satisfaction (VEENHOVEN 2012a, b, World Database of Happiness). Such findings have influenced recent national accounts of well-being and related public policies. For example, Bhutan has created a Gross National Happiness Index (GNH) including subjective and socio-cultural factors regarding ecological resilience and good government (*Center for Bhutan Studies* 2012). In a similar way, the *UN Happiness Report* summarizes: “[...] that human well-being will be fostered by a holistic agenda of economic, social, and environmental objectives, rather than a narrow agenda of economic growth alone.”<sup>8</sup>

In their substantive overview on societal characteristics predicting high levels of well-being OISHI (2012) and DIENER et al. (2015) emphasize that economically developed nations (as well as counties in the United States) have the highest life satisfaction and are the happiest. Further, various associations between high well-being and various socio-political factors have been revealed. Some of these factors are strict rules of laws, human rights, low corruption, progressive taxation, adequate pensions, income security programs, public employment policies, political freedom regulations on property rights, unemployment policies, generous health care coverage, good health (see “livability” index by VEENHOVEN 2012a, b, *Gallup World Poll*). On the other hand, in case of low physical and financial security, lower levels of well-being have been observed.

---

<sup>6</sup> See MAYER, this volume.

<sup>7</sup> UN World Happiness Report, Update 2016 (SACHS et al. 2016, Chapter 4).

<sup>8</sup> UN World Happiness Report, Update 2016 (SACHS et al. 2016, Chapter 4, p. 60).

Accordingly, the authors conclude that instruments on the basis of economic indicators alone are insufficient to measure quality of life and SWB and LS. Other authors have shown that LS is rather influenced by the general political system (OISHI et al. 2012) and national socialization goals such as self-determination (LUN and BOND 2016). This supports the theoretical notion by HEADEY et al. (2010) that individual choices positively impact overall happiness and is in line with assumptions from agency approaches (TROMMSDORFF 2012a, b). This interpretation is further underscored by a well-designed representative multi-level study on the relation between progressive taxation and LS by OISHI et al. (2016) revealing a mediation by satisfaction with public goods (health system, education etc.). Accordingly, a “good society” providing high quality of public goods fosters people’s subjective well-being.

## 2.2 Psychological Factors

Which psychological factors are influencing people’s well-being and happiness? Several studies have argued that happiness is relative to our previous experience (adaptation-level phenomenon) and relative to others’ success (social comparison phenomenon).

Other studies are explaining individual differences in happiness, and conditions for stability and change. For example, set-point theory has explained long-term stable happiness of adults as depending on genetic factors and personality traits (hedonic treadmill), assuming that life events can only temporarily change levels of SWB, due to the individual’s adaptation to its individual baseline. This approach denying malleability of happiness, assumes only negligible effects of life events, and public policy for enhancing or reducing happiness. This is in contrast to agency theories assuming that individuals are actively producing their developmental outcomes, including happiness, by setting goals and means for goal achievement in the respective contexts.

Set-point theory has been challenged basing on longitudinal data. CLARK et al. (2008) have shown that the only event with negative effects on happiness is long-term unemployment. A further study based on data from the German Socio-Economic Panel Survey (SOEP) by HEADEY et al. (2010) underlines positive effects of individual choices on overall happiness. According to the authors, activities such as social participation, healthy life style, commitment to family, and altruistic goals are more important for overall happiness than genetic factors and personality traits such as extraversion.

However, recent psychobiological research reviewed by SHACKMAN et al. (2016) demonstrates empirical evidence for stable individual differences in dispositional negativity affecting well-being negatively. The activity and connectivity of certain brain regions are underlying indiscriminate negative affect, inducing a trait-like emotional and cognitive bias, which emerges in early infancy and evolves further during development. The authors assume combined effects of genes and stressful experience on the structure and function of the brain during the development of such “negative emotionality”. Consequently, they assume negative effects on individual well-being and other developmental outcomes like pathology-promoting behavior. These studies are mainly based on brain-imaging methods whose ecological validity still has to be tested.

As regards the often discussed impact of genetic factors, the interdisciplinary Social Science Genetic Association Consortium (SSGAC) is presently studying associations of genetic variants and personality variables, behavior, and well-being in a very large sample. The results demonstrate that individual genetic variants have only very small effects (OKBAY et al. 2016). Since life satisfaction is polygenetic and consists of multiple factors, no deterministic impact on

gene expression can be assumed. At present, too little is known about genetic factors and their complex interactions with specific environmental conditions.

In their overview, DIENER et al. (2015) summarize various empirical results on preconditions and consequences of well-being. For example, the review by DENEVER et al. (2013) underlines that subjective well-being results from good positive relationships, good health and effectiveness at work. On the other hand, well-being contributes to increasing these positive aspects of a good life. Various studies have shown that happier people are more productive workers, enjoy better health and longevity, and earn higher incomes as compared to people with negative affect (DIENER et al. 2015). Results from three nations reveal that higher life satisfaction decreases the chance of unemployment and divorce (LUHMAN et al. 2013).

According to positive psychology (RYFF 1989, SELIGMAN 2011) correlates of well-being consist in a positive view of one's self and of others, thereby strengthening positive interpersonal relations. Correlates of well-being and happiness such as general positivity are related to self-efficacy beliefs (CAPRARA et al. 2012). Positivity may promote agency in mastering obstacles, and coping with failures or stressful life events. Thus, positive evaluations and interpretations of experiences may foster agentic behavior which serves need satisfaction.

Self-determination theory (SDT) by DECI and RYAN (2000) assumes the universal effectiveness of three basic needs, autonomy (feeling free), competence (feeling efficacious), and relatedness (feeling connected). These needs could be fulfilled by "doing good", supporting other people, or engaging in civic duties. Studies on prosocial behavior and civic engagement support this view. By doing good people feel good; and feeling good supports doing good. Serving a larger purpose beyond self-interests may provide a basis for happiness, whatever is the cause or the effect. Does this imply that people pursuing materialistic goals, are to be assumed as following self-enhancing goals and turn out to be less happy? If their materialistic goals are instrumental for serving a larger purpose beyond self-interest, they may just as well satisfy needs for autonomy, competence, and relatedness and experience well-being.

The view of "do-good, feel-good" does not take the societal context into account. As STAVROVA et al. (2013) have shown, virtuous people are less happy when their cooperative behavior deviates from the norm of civic-mindedness enforced in their respective country (the country's mean antisocial punishment). This result underlines the relevance of the person-culture fit – the congruence of one's own goals and behavior with socio-cultural expectations and norms (OISHI 2000, OISHI and GILBERT 2016, TROMMSDORFF 2012a, b).

To summarize, objective indicators like prosperity, education, social status, or good health are more or less associated with happiness, depending on the context and on how they are experienced. Therefore, cultural and societal factors matter. This is the topic of the next part.

### **3. Social and Psychological Factors of Life Satisfaction, Well-being and Happiness in Diverse Cultural Contexts**

Cultural and individual similarities and differences in happiness may be partly explained by contextual conditions (on the macro- and micro level, e.g., social institutions) and by the individuals' ability to succeed in need satisfaction and goal pursuit. From a social and developmental-psychological point of view, the contextual conditions in which people grow up influence the individual's motivation and abilities and also provide chances and obstacles in the person's pursuit of goals.

### 3.1 Role of Economic Status

After many years of research on the role of material success for happiness, there are at present widespread empirical based agreements that economic success is relevant for experiencing SWB and happiness. Can we assume a linear relation between affluence and happiness in countries and regions from diverse cultures? In affluent and egalitarian societies like Denmark levels of happiness are high but not much different from countries with low GDP and high social and political instability like Latin America (ROJAS 2012). India is another example for low associations among GDP and happiness (BISWAS-DIENER et al. 2012). Further, countries with comparable GDP, with similar socio-economic stability, and security differ in happiness: the level of happiness is significantly higher in Germany than in Japan (UCHIDA et al. 2015a, b). Associations between GDP and LS are generally lower in Asia as compared to Europe, indicating a culture-specificity. Accordingly, the results from cross-cultural studies on relations among macro-level factors of affluence and aggregate levels of individual happiness are inconsistent.

Intra-culture comparisons reveal a further limitation of the assumed linear associations among economic status and well-being. The topic of social change and migration has stimulated the intra-national comparative study by SAKAMOTO et al. (2016). The authors show that foreign-born and native-born Asians are not happier (they are more likely to be less happy or less likely to be more happy) than whites in the United States even though these two Asian groups have higher levels of education and income (top quartile of income distribution). Since most studies on happiness have been carried out in Western countries, the question for better understanding the mechanisms underlying these associations is: which factors are important for promoting and stabilizing happiness in diverse cultures?

### 3.2 Role of Cultural Dimensions and Cultural Values

Historical, political, economic and cultural factors combine in fueling cultural value orientations which are socialized and shape individuals' self- and worldviews, goals and behavior. These preconditions for well-being may be analyzed by studying cultural dimensions, cultural tasks, and cultural values in respective cultural context, for example, a traditional rural or modernized urban setting ("Gemeinschaft" or "Gesellschaft"). Variations in the level of happiness have been shown to be associated to tightness/looseness (societal level of punishment/strictness and permissiveness). U.S. states higher in looseness as compared to those higher in tightness have higher levels of happiness (HARRINGTON and GELFLAND 2014).

Cultural values are a prominent candidate for a better understanding of well-being and happiness. The World Value Survey provides a wide data basis for studying relations between national values and happiness. Value orientations such as the survival values can explain the impact of national poverty or affluence on well-being and happiness. The cross-national study by BOND et al. (2004) based on self-reports reveals the relevance of survival values in poor countries (such as high importance of physical and financial security), predicting negative well-being ("social cynicism"). In contrast, higher well-being and positive behavior is more common in affluent nations.

The influence of cultural values on well-being can also be seen in DIENER and DIENER'S (2009) study on income, values, social relations, and self. Here, moderating effects of individualistic and collectivistic values occurred. For the whole sample of college students in 31

countries, life satisfaction and positive self-evaluation were associated on the individual level, and moderated by individualistic values.

Cultural values have been defined in many cross-cultural studies by referring to cultural dimensions. One of the most influential approach on cultural dimensions as advanced by HOFSTEDE (2001) distinguishes between individualistic and collectivistic values (beside several other dimensions such as masculinity, femininity). Cross-cultural studies comparing happiness between Western and East Asian societies have shown that people in Western societies, prioritizing individualism, score higher in positive affect, in self-esteem, and in happiness (OISHI and GILBERT 2016). However, a trait-like conceptualization of cultural dimensions assuming opposite value patterns has been criticized by OYSERMAN et al. (2002).

### *3.3 Role of Values of Independence and Interdependence and Related Self-Construal*

One of the most cited theories in studies on culture and self by MARKUS and KITAYAMA (1991) assumes that cultural values of independence and interdependence are related to individual's cognitions, motivations, emotions and behavior. While Western societies typically prioritize independence, focusing on inner attributes, individual goals, and self-realization, in East Asian societies interdependence is embraced, focusing on the social context and on wishes, feelings and goals of other people in one's group. The quality of social relationships and the self-construal are defined by relatedness with the in-group where norms of reciprocity and harmony are highly valued (TROMMSDORF 2017 [in press]).

Starting from the theoretical model of culture and self, the question arises whether the cultural context and values of independence and interdependence may help to clarify the role of economic status for well-being in modern industrialized societies. The results on relations between income, socio-economic status and SWB are inconsistent across cultures and individuals. Material well-being *per se* is no sufficient determinant for happiness. From a social comparison point of view, the *relative* income (in horizontal comparison to others and vertical to one's expectations) is relevant for one's personal well-being. In cultural contexts of independence, individuals' SWB is less positive when comparable others are better off than oneself. However, in case of relative similarity of income and status, less disappointment and frustration may arise, thus affecting people's self-concept and SWB less negatively.

The social comparison theory can be applied for opposite findings as well but only when cultural values of interdependence are taken into account. When values of interdependence prevail, Japanese primary goal is to foster one's group's happiness. This may explain why Japanese report less happiness when they are better off than comparable others (UCHIDA et al. 2015a, b). For Asian people, harmony and social acceptance are more relevant for experiencing happiness. In a cultural context prioritizing values of interdependence, persons would rather experience sadness and even guilt feelings when downward comparisons result in awareness of in-group members experiencing less well-being than oneself. This is in contrast to prioritizing values of independence. Experiencing oneself as better off than others may satisfy one's individual self-esteem and foster happiness. Self-esteem and autonomy matter more for experiencing happiness in Western countries where independence and individualism are highly valued.

The notion that happiness results from social comparisons of one's own and other persons perceived situation lacks information on the impact of further factors such as the self-construal as part of the preference for independence and interdependence, and related needs of

autonomy, competence, and relatedness. Can the preference for independence or interdependence (as cultural values and the self-construal) predict the importance of social relations for happiness and well-being?

The priority of cultural values of interdependence or independence matching with one's self-construal allows for relatively higher well-being. A higher *subjective* social status shows a pattern of a higher level of SWB in the U.S. than in Japan. In contrast, *objective* social status is strongly associated to SWB in Japan as compared to the U. S. (CURHAN et al. 2014). Due to the interdependent cultural model in Japan, self-evaluation is based on public, objective, collectively shared characteristics (e.g., position in the company). In contrast, due to the independent cultural model in U.S., self-evaluation is rather influenced by subjective idiosyncratic characteristics. A similar pattern holds in a cross-cultural study by UCHIDA et al. (2001) underlining the role of emotional interdependence and self-construal for well-being and happiness (comparing Japan, the Philippines and the U.S.).

The impact of cultural values on well-being depends on the fit between cultural values and one's goals and behavior. Several studies based on data from the Value-of-Children Study (VOC-IG) have shown that behavior matching with prominent cultural values is related to higher levels of well-being. Cultural values of interdependence are shown to be associated with adolescents' preference of the family (compared to peer interaction in a decisions making context) and well-being. This is in contrast to adolescents' well-being in cultures favoring the model of independence (SABATIER et al. 2011, TROMMSDORFF 2012a). Based on multi-level analyses of 11 cultures (participating in the VOC Study), SCHWARZ et al. (2012) have demonstrated the importance of traditional values and family orientation for well-being in cultures prioritizing interdependence. In cross-cultural studies on religiosity of adolescents (using data from the VOC Study), family values, especially interdependence, mediated positive effects of religiosity on optimism and well-being (SABATIER et al. 2011, MAYER and TROMMSDORF 2012).

Further, a specific aspect of interdependence in intergenerational relationships, the exchange of support between adjoining generations in a family, has shown cultural differences in resulting well-being (SCHWARZ et al. 2010, TROMMSDORFF and MAYER 2012). Providing support could be a burden for the provider of support; however, providing support could be a source of life-satisfaction and well-being by conforming to cultural expectations and by experiencing self-efficacy. Given different family values in Asian and Western cultures, we have compared Chinese, Indonesian and German elderly mothers regarding effects of their (financial, emotional, or instrumental) support to adult daughters on their well-being. The results showed that a simple dichotomy between Asian and Western cultures is too shortsighted. A more differentiated view taking cultural values into account explains how cultural expectations moderate the effect of providing support to elderly mothers' well-being.

These results coincide with findings from another cross-cultural study on well-being and intergenerational relations in Germany and India (also based on the VOC data) by ALBERT et al. (2007). In Germany, life satisfaction of elderly mothers was increased when providing instrumental support; it was decreased when providing financial and emotional support. Different from India, this association was not influenced by the mother-daughter relationship quality. In India, emotional and instrumental support given to adult daughters were related to both relationship quality and family values. The strongest predictor for Indian elderly mothers' life satisfaction was the emotional support given to their daughters. This is in line with the cultural value of interdependence and the value of the family in India as basis of happiness and a meaning of life.

To summarize, the relation of values of interdependence to well-being and happiness depends on conceptualizing happiness as providing a feeling of relatedness and social support. Cultural values of independence and interdependence shape interpersonal relations and well-being, while behavior that fits with the respective cultural model predicts higher well-being.

#### **4. Cultural Conceptualizations of Well-being and Happiness**

##### *4.1 Methodological Issues, Emic and Etic Approaches*

Usually, most international comparative studies (e.g., VEENHOVEN 2012a, b) assume *ecological validity* of the instruments used in different countries. However, this assumption may be misleading as methodological informed research on cross-cultural equivalence of instruments used (items; scaling), procedures in data collection, data analyses and interpretation have shown (e.g., VAN DE VIJFER 2007). For example, a response bias can be influenced by cultural values of individualism and collectivism: European-American compared to East Asian respondents are more likely to use extreme values on rating scales; they tend to prefer a self-enhancement bias in form of positive self-views, while East Asian respondents are rather maintaining harmony and fitting in.

Verifying equivalence of measures is a main problem in cross-cultural psychology, related to clarifying the subjective meaning of underlying concepts. Other studies have questioned the etic (cross-cultural) validity of measures on LS, SWB and happiness in non-Western societies, suggesting an emic (culture-specific) approach focusing on the subjective meaning of these concepts in the respective culture (WHITE and BLACKMORE 2016). There is only little research dealing with conceptual and measurement problems of well-being and happiness from a culture-informed view. JENARO et al. (2005) checked for possible ethnocentric bias in measurement and tested the possible cultural impact on the meaning and scaling of the quality of life (QOL) construct. Their results indicate both emic and etic properties of the instrument. Emic differences in judgments of importance and use of the QOL dimension occurred for geographical areas and samples.

##### *4.2 Emic Approach-Culture-Specific Conceptualizations*

An emic approach for a better understanding of the *culture-specific meaning* of well-being, life satisfaction, positive emotions, and happiness aims to study the individuals' subjective conceptualizations in their cultural context. Useful methods are scenario techniques, interviews, the semantic differential, a person-focused (vs. a variable-focused) approach. In their overview, OISHI and GILBERT (2016) indicate that concepts and the meaning of well-being and happiness vary across cultures and time. Cultural lay theories on happiness suggest that a simple definition does not hold.

##### *4.3 Cultural Definitions and Lay Theories*

In traditional Indian literature (e.g., *Mahabharat*), six core elements of a happy life are described: good health, absence of debts, living close to one's native place, social relations with good people, self-supported economy, and fearless living described (MISHRA 2017 [in press]).

In our study on naïve theories (on socialization goals) in five countries, using the scenario-technique and a person-centered approach, we have shown that happiness was significantly less important as developmental goal for Nepalese and Indian mothers compared to Germany and the U.S. (TROMMSDORFF et al. 2012). Other cross-cultural studies have revealed that American's understanding of happiness is rather focusing on personal achievements and positive events while Japanese rather experience happiness as "not lasting long", and even causing social disruption due to others' envy (UCHIDA and KITAYAMA 2009). Well-being in Japan is also conceptualized as purpose in one's life (*ikigai*) which is valued highly. HOMMERICH and KOBAYSHI (2015) have shown that for Japanese, happiness does not necessarily mean satisfaction, and satisfaction does not necessarily mean happiness. These results underlines an ambivalence in the meaning of the respective concepts for Japanese. However, a closer look by TOV and LEE (2016) contrasting eudemonic and hedonic well-being in the U.S. and Singapore showed, that sometimes people experience meaning but not satisfaction from negative events; this may be due to additional cognitive and emotinal processes enhancing meaning but not satisfaction.

#### 4.4 Relational Happiness

In their studies on well-being in different parts of the world, WHITE and BLACKMORE (2016) discuss several examples from traditional societies where happiness has the meaning of interpersonal positive relationships (living well together). In their studies on semantic features of happiness in different cultures, DELLE FAVE et al. (2016) have explored lay definitions of happiness across 12 nations and respective cultural dimensions. The components of these definitions across countries are summarized as a psychological definition of inner harmony (possibly related to eudaimonic happiness), and a contextual definition of family and social relationships related to values of interdependence. This definition may also apply to the Confucian notion of relational happiness focusing on self-cultivation and training, social engagement, a positive world-view, the pursuit of meaning, and a larger purpose.

#### 4.5 Emotions as Components of Happiness

Happiness is defined by its emotional quality. Emotion research has shown that the experience and expression of emotions is culturally regulated according to cultural beliefs about appropriate emotional reactions. The dominant concept of happiness and well-being in Western countries focuses on positive emotions, enjoyable and pleasurable experiences. However, depending on cultural beliefs, positive affect is not necessarily a valid indicator of happiness. In Asian cultures, the experience and expression of positive emotions may carry the risk to disregard possible own failures. Prevention focus is the underlying motivation when striving for happiness. According to Confucian values, the goal is to permanently strive for improvement since one never can be completely satisfied. Further, the expression of positive emotions may possibly disturb social harmony due to negative impact on others. Western forms of self-enhancement are discouraged in the interest of maintaining harmony. Thus, the experience and expression of positive emotions is rather inhibited (KORNADT 2009, TROMMSDORFF and COLE 2011, TROMMSDORFF 2015, UCHIDA et al. 2015a, b). Positive developmental outcomes such as happiness are regarded as resulting from permanent effort, thus carrying a notion of suffering (TROMMSDORFF 2012a, b). Different from Americans, East Asian report experiencing positive and negative emotions as not excluding each other (BAGOZZI et al. 1999). Individuals from

Asian cultures with preference for dialectical belief systems (PENG and NISBETT 1999), tend to perceive negative and positive emotions less as opposites than Americans (GROSSMANN et al. 2015). XU et al. (2005) define the Chinese traditional belief of life happiness as comprising four main elements: well-being and lack of misfortune (FU); stable financial and physical well-being (LU); long life and health (SHOU); happiness (XI).

#### *4.6 Indigenous Studies on Happiness*

In the previous section, it was shown that cultural values of interdependence and independence influence the individual's experience of well-being and happiness in modern, affluent societies in culture-specific ways. The open question is, whether associations between material goods and well-being occur in traditional, low-income regions where economic problems are common. Here, we refer to studies based on an emic approach. MISHRA (2017 [in press]) studied whether and in which way the objective economic status of poor people influence their subjective notions of well-being. MISHRA has interviewed poor and less educated Kharwar Adivasi peoples in Uttar Pradesh (India), the "weakest among the weaker sections" in the society. He attempted to describe the indigenous understanding of happiness of people in a subsistence level society. Cluster analysis revealed that only economy, relationships and health were reliable elements of happiness while economic issues were the most important. Different from eudaimonic theorists (e.g., RYAN and DECI 2001), these very poor people experience the essential elements of a happy life in the fulfillment of basic survival-related needs. Besides the high importance of economy, the experience of happiness was characterized by the importance of social relationships. Further, engagement in a meaningful life was mentioned as another relevant factor.

WHITE and RAMIREZ (2016) report similar results from Chiawa, rural Zambia, where economic hardship prevails. These poor people in Chiawa talking about (and evaluating their own) SWB and happiness are usually referring to economics. The economic status of poor people in poor regions is integral to their understanding of SWB and LS. The high ranking and even the centrality of economics to well-being bases on poor people's self-construal (WHITE and RAMIREZ 2016). The authors underscore that these regions are characterized by "Gemeinschaft" (in contrast to "Gesellschaft"). Here, values of interdependence and activities like sharing goods, and taking care of one's in-group (family, friends, community) are part of economic and everyday life. Accordingly, economic and relational practices are inter-related in the conception of well-being. These studies point out to the importance of an emic approach in comparative studies on well-being in cultural contexts.

To summarize, an emic approach is useful for measuring the subjective meaning of well-being and happiness in diverse cultural contexts. Such an approach is a necessary step for increasing the validity of measurements in cross-cultural comparisons. This does not exclude but rather complements an etic approach.

## **5. Conclusion and Outlook**

In this contribution it has been shown that differences in well-being and happiness among diverse countries can only partly be explained by socio-economic, political, and psychological factors alone since culture matters. As has been shown in culture-informed studies, a

person-culture fit between values on the individual and on the nation, group or cultural level (e.g., civic virtues) influences happiness and life satisfaction, and possibly the preconditions for a good life.

Major results on individualistic (versus collectivistic) cultures have revealed higher levels of happiness in general or when self-esteem was higher. In collectivistic cultures, levels of happiness were higher in case of social support and relatedness. Further, several studies have demonstrated the importance of values of interdependence and an orientation to the social self in Asian, and the importance of independence and an orientation to the individual self in Western cultures. The value of interdependence underlies indigenous concepts of relational happiness in communal cultures. However, a word of caution is necessary. Generalizations of Asian or Western people are misleading. Further differentiations in terms of gender, age, education, region, and intra-cultural characteristics have to be taken into account.

It has been shown that simply defining a good life or a good society by general concepts of well-being and happiness would be misleading. Happiness is an overused term, covering an exploding research on the subjective positive experience of life, not clarifying what the meaning of happiness is in relation to life satisfaction and well-being. So far, most studies on well-being and happiness have used conceptualizations assuming universal applicability. A closer look on the culture-specific meaning of these concepts shows these theoretical concepts have to be contextualized in order to increase the validity of measurements and results. The heterogeneous use of the term happiness including concepts of positive emotions, autonomy, positive relations, purpose in life, personal growth, self-expressiveness, self-actualization, challenges the scientific value of studies on well-being and happiness. Studies on non-Western populations reveal that happiness has a culture-specific meaning of relational happiness, based on specific values of person-environment relationships (TROMMSDORFF 2009, 2015, 2017 [in press]). Understanding the indigenous ways of constructing well-being and happiness is a task for future research. This may help in conceptualizing well-being and happiness including its culture-specific and subjective meaning.

Accordingly, a culture-informed methodological approach, contextualizing theoretical concepts within cultures, including lay theorizing, seems to be a promising path for future cross-cultural research. A culture-informed mixed method approach may profit from bottom-up data collection, including quantitative, numerical, and qualitative, narrative-based data. Further, combining a variable and person-centered approach will be useful for integrating an emic and etic approach.

A further result of this chapter is to point out that for improving the theoretical and methodological basis of comparative studies on well-being and happiness, a closer cooperation of social scientists and cultural psychologists is necessary even though several improvements can be observed. The widely used GDP as an economic index for measuring well-being on the national level is by now often complemented by the HDI, or by the Gini-coefficient as further indicators of a good society and a good life on the macro level, and by psychological variables such as values, trust, civic virtue on the individual level. These variables should be combined in multi-level analyses as predictors for well-being and happiness on the national or cultural level and on the individual level. This is important since effects on the cultural level do not necessarily occur on the individual level. Also, effects on the cultural level should not be interpreted as individual psychological effects.

Further deficits of ongoing research have to be mentioned. While at present, most research is based on data from adult samples, studies on the well-being and happiness of children and

adolescents are largely missing.<sup>9</sup> This is problematic when discussing issues of a good society and a good life since it is to be assumed that the societies' development depends to some extent on the development of the younger generations. Also, the interplay between culture and well-being of older populations has been largely ignored, even though the worldwide ongoing demographic changes cannot be denied. As a rare study on this issue, RYFF et al. (2014) have shown significant differences in old people's well-being in the U.S. and Japan. In Japan and Korea, the Confucian value of filial piety and ancestor worship is still prevalent and supports a rather positive value of old age. In Japan, the concept of purpose in one's life (*ikigai*) is of special importance for older people, influencing their subjective belief of well-being; however, gender differences reveal vulnerabilities of Japanese older men.

Accordingly, for a better understanding of cultural differences and similarities in well-being over the life span, further studies on cultural and developmental conditions for achieving happiness and related positive behavior are necessary. Thus, a life course approach based on longitudinal data should be promoted in future research. While determinants of well-being and happiness have been the focus of past research, the functional value of these phenomena for the individual person, the socio-cultural context, and its interrelations are not yet well known. More inter- and intra-cultural comparisons should deal with this issue and its relations to questions about the stability of well-being and happiness in times of substantial socio-economic and political change, including changing cultural norms and individual values. A wider realm of culture-informed research topics and methodological approaches may allow for integrating contributions from different disciplines aiming to contribute in building a theoretical framework on aspects of a good life and a good society, taking into account that culture matters.

## *References*

- ALBERT, I., TROMMSDORFF, G., and MISHRA, R.: Parenting and adolescent attachment in India and Germany. In: ZHENG, G., LEUNG, K., and ADAIR, J. G. (Eds.): *Perspectives and Progress in Contemporary Cross-Cultural Psychology. Selected Papers from the Seventeenth International Congress of the International Association for Cross-Cultural Psychology*; pp. 97–108. Beijing, China: China Light Industry Press 2007
- BAGOZZI, R. P., WONG, N., and YI, Y.: The role of culture and gender in the relationship between positive and negative affect. *Cognition and Emotion* 13/6, 641–672 (1999)
- BISWAS-DIENER, R., TAY, L., and DIENER, E.: Happiness in India. In: SELIN, H., and DAVEY, G. (Eds.): *Happiness Across Cultures: Views of Happiness and Quality of Life in Non-Western Cultures*; pp. 13–25. New York, NY: Springer 2012
- BOND, M. H., LEUNG, K., AU, A., TONG, K. K., CARRASQUEL, S. R. DE, MURAKAMI, F., YAMAGUCHI, S., BIERBRAUER, G., SINGELIS, T. M., BROER, M., BOEN, F., LAMBERT, S. M., FERREIRA, M. C., NOELS, K. A., VAN BAVEL, J., SAFDAR, S., ZHANG, J., CHIEN, L., SOLCOVA, I., STETOVSKA, I., NIIT, T., NIIT, K.-K., HURME, H., BÖLING, M., FRANCHI, V., MAGRADZE, G., JAVAKHISHVILI, N., BOEHNKE, K., KLINGER, E., HUANG, X., FULOP, M., BERKICS, M., PANAGIOTOPOULOU, P., SRIRAM, S., CHAUDAHARY, N., GHOSHI, A., VOHRA, N., IQBAL, D. F., KURMAN, J., THEIN, R. D., COMUNIAN, A. L., SON, K. A., AUSTERS, I., HARB, C., ODUSANYA, J. O. T., AHMED, Z. A., ISMAIL, R., VAN DE VIJVER, F., WARD, C., MOGAJI, A., SAM, D. L., KHAN, M. J. Z., CABANILLAS, W., SYCIP, L., NETO, F., CABECINHAS, R., XAVIER, P., DINCA, M., LEBEDEVA, N., VISKOCIL, A., PONOMAREVA, O., BURGESS, S. M., OCEJA, L., CAMPO, S., HWANG, K.-K., D'SOUZA, J. B., ATACA, B., FURNHAM, A., and LEWIS, J. R.: Culture-level dimensions of social axioms and their correlates across 41 cultures. *Journal of Cross-Cultural Psychology* 35/5, 548–570 (2007)
- CAPRARA, G. V., ALESSANDRI, G., TROMMSDORFF, G., HEIKAMP, T., YAMAGUCHI, S., and SUZUKI, F.: Positive orientation across three cultures. *Journal of Cross-Cultural Psychology* 43, 77–83 (2012)

---

<sup>9</sup> Exceptions see HOLTE et al. 2014, *UNICEF* 2007.

- Center for Bhutan Studies: Gross National Happiness.* <http://www.grossnationalhappiness.com> (2012)
- CLARK, A. E., DIENER, E., GEORGE, Y., and LUCAS, R. E.: Lags and leads in life satisfaction: A test of the baseline hypothesis. *The Economic Journal* 118/529, F222–F243 (2008)
- COOKE, P. J., MELCHERT, T. P., and CONNOR, K.: Measuring well-being: A review of instruments. *The Counseling Psychologist* 44/5, 730–757 (2016)
- CURHAN, K. B., LEVINE, C. S., MARKUS, H. R., KITAYAMA, S., PARK, J., KARASAWA, M., KAWAKAMI, N., LOVE, G. D., COE, C. L., MIYAMOTO, Y., and RYFF, C. D.: Subjective and objective hierarchies and their relations to psychological well-being: A US/Japan comparison. *Social Psychological and Personality Science* 5, 855–864 (2014)
- DECI, E. L., and RYAN, R. M.: The “what” and “why” of goal pursuits: Human needs and the self-determination of behavior. *Psychological Inquiry* 11/4, 227–268 (2000)
- DELLE FAVE, A., BRDAR, I., WISSING, M. P., ARAUJO, U., CASTRO SOLANO, A., FREIRE, T., HERNÁNDEZ-POZO, M. D. R., JOSE, P., MARTOS, T., NAFSTAD, H. E., NAKAMURA, J., SINGH, K., and SOOSAI-NATHAN, L.: Lay definitions of happiness across nations: The primacy of inner harmony and relational connectedness. *Frontiers in Psychology* 7/30, 1–23 (2016)
- DENEVE, J. E., DIENER, E., TAY, L., and XUEREBA, C.: The objective benefits of subjective well-being. In: HELLIWELL, J., LAYARD, R., and SACHS, J. (Eds.): *World Happiness Report 2013*. New York: UN Sustainable Development Solutions Network 2013
- DIENER, E.: Subjective well-being. *Psychological Bulletin* 95/3, 542–575 (1984)
- DIENER, E., and DIENER, M.: Cross-cultural correlates of life satisfaction and self-esteem. In: DIENER, E. (Ed.): *Culture and Well-Being: The Collected Works of Ed Diener*. Social Indicators Research Series 38, 71–91 (2009)
- DIENER, E., EMMONS, R. A., LARSEN, R. J., and GRIFFIN, S.: The satisfaction with life scale. *Journal of Personality Assessment* 49, 71–75 (1985)
- DIENER, E., OISHI, S., and LUCAS, R. E.: National accounts of subjective well-being. *American Psychologist* 70/3, 234 (2015)
- DIENER, E., OISHI, S., and RYAN, K. L.: Universals and cultural differences in the causes and structure of happiness: A multilevel review. In: KEYES, C. (Ed.): *Mental Well-Being*; pp. 153–176. Dordrecht etc.: Springer, Netherland 2013
- DIENER, E., WIRTZ, D., BISWAS-DIENER, R., TOV, W., KIM-PRIETO, C., CHOI, D. W., and OISHI, S.: New measures of well-being. In: *Assessing Well-Being. The Collected Works of Ed Diener*; pp. 247–266. Dordrecht etc.: Springer Netherlands 2009
- EASTERLIN, R. A.: Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence. In: DAVID, P. A., and REDER, M. W. (Eds.): *Nations and Households in Economic Growth*; pp. 89–125. New York: Academic Press 1974
- GROSSMANN, I., HUYNH, A. C., and ELLSWORTH, P. C.: Emotional complexity: Clarifying definitions and cultural correlates. *Journal of Personality and Social Psychology* 111/6, 895–916 (2015)
- HARRINGTON, J. R., and GELFLAND, M. J.: Tightness-looseness across the 50 united states. *Proc. Natl. Acad. Sci. USA* 111/22, 7990–7995 (2014)
- HEADY, B., MUFFELS, R., and WAGNER, G. G.: Long-running German panel survey shows that personal and economic choices, not just genes, matter for happiness. *Proc. Natl. Acad. Sci. USA* 107/42, 17922–17926 (2010)
- HOFSTEDE, G. H.: *Culture's Consequences: Comparing Values, Behaviors, Institutions and Organizations Across Nations*. 2<sup>nd</sup> ed. Thousand Oaks, CA: Sage 2001
- HOLTE, A., BARRY, M. M., BEKKHUS, M., BORGE, A. H., BOWES, L., CASAS, F., FRIBORG, O., GRINDE, B., HEADY, B., JOZEFIAK, T., LEKHAL, R., MARKS, N., MUFFELS, R., NES, R. B., RØYSAMB, E., THIMM, J. C., TORGENSEN, S., TROMMSDORFF, G., VEENHOVEN, R., VITTESSØ, J., WAAKTAAR, T., WAGNER, G. G., ARFWEDSON WANG, C. E., WOLD, B., and ZACHRISSON, H. D.: Psychology of child well-being. In: BEN-ARIEH, A., CASAS, F., FRØNES, I., and KORBIN, J. E. (Eds.): *Handbook of Child Well-Being*; pp. 555–631. Dordrecht (The Netherlands): Springer 2014
- HOMMERICH, C., and KOBAYASHI, J.: Are satisfied people happy? Disentangling subjective well-being in Japan. In: TROMMSDORFF, G., und ASSMANN, W. R. (Eds.): *Forschung fördern*. S. 201–216. Konstanz: UVK Verlagsgemeinschaft 2015
- JENARO, C., VERDUGO, M. A., CABALLO, C., BALBONI, G., LACHAPPELLE, Y., OTREBSKI, W., and SCHALOCK, R. L.: Cross-cultural study of person-centered quality of life domains and indicators: a replication. *Journal of Intellectual Disability Research* 49/10, 734–739 (2005)
- KAHNEMANN, D., DIENER, E., and SCHWARZ, N. (Eds.): *Well-Being: Foundations of Hedonic Psychology*. Russell Sage Foundation 1999
- KORNADT, H.-J.: Quality of life and happiness – Transculturally comparable. In: SZÉLL, G., EHRIG, D., STAROSKE, U., and SZÉLL, U. (Eds.): *Quality of Life and Working Life in Comparison*; pp. 387–397. Bern: Peter Lang 2009
- LUHMANN, M., LUCAS, R. E., EID, M., and DIENER, E.: The prospective effect of life satisfaction on life events. *Social Psychological and Personality Science* 4/1, 39–45 (2013)

- LUN, V. M., and BOND, M. H.: Achieving subjective well-being around the world: the moderating influence of gender, age and national goals for socializing children. *Journal of Happiness Studies* 17/2, 587–608 (2016)
- MARKUS, H. R., and KITAYAMA, S.: Culture and the self: Implications for cognition, emotion, and motivation. *Psychological Review* 98/2, 224 (1991)
- MAYER, B., and TROMMSDORFF, G.: Cross-cultural perspectives on adolescents' religiosity and family orientation. In: TROMMSDORFF, G., and CHEN, X. (Eds.): *Values, Religion, and Culture in Adolescent Development*; pp. 341–369. New York, NY: Cambridge University Press 2012
- MISHRA, R. C.: Happiness and health in the Kharwar Adivasi community. *Psychology and Developing Societies* 29/2 (2017, in press)
- NEUGARTEN, B. L., HAVIGHURST, R. J., and TOBIN, S. S.: The measurement of life satisfaction. *Journal of Gerontology* 16, 134–143 (1961)
- OECD: *How's Life? – Measuring Well-Being*; p. 277. Paris 2011
- OECD: *OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being*. European Union: OECD Publishing, 2013
- OISHI, S.: Goals as cornerstones of subjective well-being: Linking individuals and cultures. In: DIENER, E., and SUH, E. M. (Eds.): *Culture and Subjective Well-Being*; pp. 87–112. Cambridge, MA: The MIT Press 2000
- OISHI, S., and GILBERT, E. A.: Current and future directions in culture and happiness research. *Current Opinion in Psychology* 8, 54–58 (2016)
- OISHI, S., SCHIMMACK, U., and DIENER, E.: Progressive taxation and the subjective well-being of nations. *Psychological Science* 23, 86–92 (2012)
- OKBAY, A., BASELMANS, B. M., DEŇEVE, J. E., TURLEY, P., NIVARD, M. G., FONTANA, M. A., MEDDENS, S. F., LINNĚR, R. K., RIETVELD, C. A., DERRINGER, J., GRATTEEN, J., LEE, J. J., LIU, J. Z., VLAMING, R. DE, AHLUWALIA, T. S., BUCHWALD, J., CAVADINO, A., FRAZIER-WOOD, A. C., FURLOTTE, N. A., GARFIELD, V., GEISEL, M. H., GONZALEZ, J. R., HAITJEMA, S., KARLSSON, R., VAN DER LAAN, S. W., LADWIG, K. H., LAHTI, J., VAN DER LEE, S. J., LIND, P. A., LIU, T., MATTESON, L., MIHAILOV, E., MILLER, M. B., MINICA, C. C., NOLTE, I. M., MOOK-KANAMORI, D., VAN DER MOST, P. J., OLDMEADOW, C., QIAN, Y., RAITAKARI, O., RAWAL, R., REALO, A., RUEEDI, R., SCHMIDT, B., SMITH, A. V., STERGIAKOULI, E., TANAKA, T., TAYLOR, K., WEDENOJA, J., WELLMANN, J., WESTRA, H. J., WILLEMS, S. M., ZHAO, W., *LifeLines Cohort Study*, AMIN, N., BAKSHI, A., BOYLE, P. A., CHERNEY, S., COX, S. R., DAVIES, G., DAVIS, O. S., DING, J., DIREK, N., EIBICH, P., EMENY, R. T., FATEMIFAR, G., FAUL, J. D., FERRUCCI, L., FORSTNER, A., GIEGER, C., GUPTA, R., HARRIS, T. B., HARRIS, J. M., HOLLIDAY, E. G., HOTTENGA, J. J., JAGER, P. L. DE, KAAKINEN, M. A., KAJANTIE, E., KARHUNEN, V., KOLCIC, I., KUMARI, M., LAUNER, L. J., FRANKE, L., LI-GAO, R., KOINI, M., LOUKOLA, A., MARQUES-VIDAL, P., MONTGOMERY, G. W., MOSING, M. A., PATERNOSTER, L., PATTIE, A., PETROVIC, K. E., PULKKI-RÄBACK, L., QUAYE, L., RÄIKÖNEN, K., RUDAN, I., SCOTT, R. J., SMITH, J. A., SUTIN, A. R., TRZASKOWSKI, M., VINKHUYZEN, A. E., YU, L., ZABANEH, D., ATTIA, J. R., BENNETT, D. A., BERGER, K., BERTRAM, L., BOOMSMA, D. I., SNIEDER, H., CHANG, S. C., CUCCA, F., DEARY, I. J., VAN DUIN, C. M., ERIKSSON, J. G., BÜLTMANN, U., GEUS, E. J. DE, GROENEN, P. J., GUDNASON, V., HANSEN, T., HARTMAN, C. A., HAWORTH, C. M., HAYWARD, C., HEATH, A. C., HINDS, D. A., HYPÖNEN, E., IACONO, W. G., JÄRVELIN, M. R., JÖCKEL, K. H., KAPRIO, J., KARDIA, S. L., KELTIKANGAS-JÄRVINEN, L., KRAFT, P., KUBZANSKY, L. D., LEHTIMÄKI, T., MAGNUSSON, P. K., MARTIN, N. G., MCGUE, M., METSPALU, A., MILLS, M., MUTSERT, R. DE, OLDEHINKEL, A. J., PASTERKAMP, G., PEDERSEN, N. L., PLOMIN, R., POLASEK, O., POWER, C., RICH, S. S., RÖSENDAAL, F. R., DEN RUIJTER, H. M., SCHLESSINGER, D., SCHMIDT, H., SVENTO, R., SCHMIDT, R., ALIZADEH, B. Z., SØRENSEN, T. I., SPECTOR, T. D., STEPTOE, A., TERRACCIANO, A., THURIK, A. R., TIMPSON, N. J., TIEMEIER, H., UITTERLINDEN, A. G., VOLLENWEIDER, P., WAGNER, G. G., WEIR, D. R., YANG, J., CONLEY, D. C., SMITH, G. D., HOFMAN, A., JOHANNESSEN, M., LAIBSON, D. I., MEDLAND, S. E., MEYER, M. N., PICKRELL, J. K., ESKO, T., KRUEGER, R. F., BEAUCHAMP, J. P., KOELLINGER, P. D., BENJAMIN, D. J., BARTELS, M., and CESARINI, D.: Genetic variants associated with subjective well-being, depressive symptoms, and neuroticism identified through genome-wide analyses. *Nature Genetics* 48/8, 624–633 (2016)
- OYSERMAN, D., KEMMELMEIER, M., and COON, H. M.: Cultural psychology. A new look: reply to Bond (2002), Fiske (2002), Kitayama (2002), and Miller (2002). *Psychological Bulletin* 128/1, 110–117 (2002)
- PENG, K., and NISBETT, R. E.: Culture, dialectics, and reasoning about contradiction. *American Psychologist* 54/9, 741 (1999)
- RASS, R.: From knowledge to wisdom: Science and the good life. *Annals of the New York Academy of Sciences* 1384/1, 5–7 (2016)
- ROJAS, M.: Happiness in Mexico: the importance of human relations. In: SELIN, H., and DAVEY, G. (Eds.): *Happiness Across Cultures*; pp. 241–251. New York, N. Y.: Springer 2012
- RYAN, R. M., and DECI, E. L.: On happiness and human potentials: A review of research on hedonic and eudaimonic well-being. *Annual Review of Psychology* 52/1, 141–166 (2001)

- RYFF, C. D.: Happiness is everything, or is it? Explorations on the meaning of psychological well-being. *Journal of Personality and Social Psychology* 57/6, 1069 (1989)
- RYFF, C., MOROZINK BOYLAN, J., COE, C. L., KARASAWA, M., KAWAKAMI, N., KITAYAMA, S., KAN, C., LOVE, G. D., LEVINE, C., MARKUS, H. R., MIYAMOTO, Y., NAKAHARA, J., and PARK, J.: Adult development in Japan and the United States: Comparing theories and findings about growth, maturity, and well-being. In: JENSEN, L. A. (Ed.): *The Oxford Handbook of Human Development and Culture: An Interdisciplinary Perspective*. Oxford: University Press 2014
- SABATIER, C., MAYER, B., FRIEDLMEIER, M., LUBIEWSKA, K., and TROMMSDORFF, G.: Religiosity, family orientation, and life satisfaction of adolescents in four countries. *Journal of Cross-Cultural Psychology* 42, 1375–1393 (2011)
- SACHS, J., BECCHETTI, L., and ANNETT, A.: *World Happiness Report 2016. Special Rome Edition. Vol. II*. New York: Sustainable Development Solutions Network 2016
- SAKAMOTO, A., CHIU, C. T., LI, J., and WANG, S. X.: The life satisfaction of Asian Americans: Evidence from the US General Social Survey, 1972 to 2010. *Sociology Mind* 6/2, 40 (2016)
- SCHUPP, J.: Forty years of social reporting and quality of life research in Germany. A look back and prospects for the future. In: TROMMSDORFF, G., and ASSMANN, W. R. (Eds.): *Forschung fördern*. S. 107–126. Konstanz: UVK Verlagsgemeinschaft 2015
- SCHWARZ, B., ALBERT, I., TROMMSDORFF, G., ZHENG, G., SHI, S., and NELWAN, P. R.: Intergenerational support and life satisfaction: A comparison of Chinese, Indonesian, and German elderly mothers. *Journal of Cross-Cultural Psychology* 41/5,6, 706–722 (2010)
- SCHWARZ, B., MAYER, B., TROMMSDORFF, G., BEN-ARIEH, A., FRIEDLMEIER, M., LUBIEWSKA, K., MISHRA, R. C., and PELTZER, K.: Does the importance of parent and peer relationships for adolescents' life satisfaction vary across cultures? *Journal of Early Adolescence* 32, 55–80 (2012)
- SELIGMAN, M. E.: *Authentic Happiness: Using the New Positive Psychology to Realize your Potential for Lasting Fulfillment*. New York: The Free Press 2004
- SEN, A.: *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: North Holland 1985
- SHACKMAN, A. J., TROMP, D. P., STOCKBRIDGE, M. D., KAPLAN, C. M., TILLMAN, R. M., and FOX, A. S.: Dispositional negativity – An integrative psychological and neurobiological perspective. *Psychological Bulletin* 142/12, 1275–1314 (2016)
- STAVROVA, O., SCHLÖSSER, T., and FETCHENHAUER, D.: Are virtuous people happy all around the world? Civic virtue, antisocial punishment, and subjective well-being across cultures. *Personality and Social Psychology Bulletin* 39/7, 927–942 (2013)
- TOV, W., and DIENER, E.: Culture and subjective well-being. In: DIENER, E. (Ed.): *Culture and Subjective Well-being: The Collected Works of Ed Diener*. Dordrecht: Springer 2009
- TOV, W., and LEE, H. W.: A closer look at the hedonics of everyday meaning and satisfaction. *Journal of Personality and Social Psychology* 111/4, 585 (2016)
- TROMMSDORFF, G.: Entwicklung im kulturellen Kontext. In: TROMMSDORFF, G., und KORNADT, H.-J. (Eds.): *Enzyklopädie der Psychologie: Themenbereich C Theorie und Forschung, Serie VII Kulturvergleichende Psychologie. Bd. 2: Kulturelle Determinanten des Erlebens und Verhaltens*. S. 435–519. Göttingen: Hogrefe 2007
- TROMMSDORFF, G.: Indicators for quality of life and working life in Germany and Japan: a culture-psychological perspective. In: SZÉLL, G., EHRIG, D., STAROSKE, U., and SZÉLL, U. (Eds.): *Quality of Life and Working Life in Comparison*; pp. 371–385. Frankfurt (Main): Lang 2009
- TROMMSDORFF, G.: Cultural perspectives on values and religion in adolescent development: A conceptual overview and synthesis. In: TROMMSDORFF, G., and CHEN, X. (Eds.): *Values, Religion, and Culture in Adolescent Development*; pp. 3–45. Cambridge University Press 2012a
- TROMMSDORFF, G.: Development of agentic regulation in cultural context: The role of self and world-views. *Child Development Perspectives* 6, 19–26 (2012b)
- TROMMSDORFF, G.: Individuelle und kulturelle Unterschiede in Lebensqualität, Zufriedenheit und Glück. In: TROMMSDORFF, G., und ASSMANN, W. R. (Eds.): *Forschung fördern*. S. 125–148. Konstanz: UVK Verlagsgemeinschaft 2015
- TROMMSDORFF, G.: Culture and self in changing contexts. In: SCOTT, R., and BUCHMANN, M. (Eds.): *Emerging Trends in the Behavioral and Social Sciences*. Oxford: Oxford University Press 2017 (in press)
- TROMMSDORFF, G., and COLE, P. M.: Emotion, self-regulation, and social behavior in cultural contexts. In: CHEN, X., and RUBIN, K. H. (Eds.): *Socioemotional Development in Cultural Context*; pp. 131–163. New York: The Guilford Press 2011
- TROMMSDORFF, G., COLE, P. M., and HEIKAMP, T.: Cultural variations in mothers' intuitive theories: a preliminary report on interviewing mothers from five nations about their socialization of children's emotions. *Global Studies of Childhood* 2/2, 158–169 (2012)
- TROMMSDORFF, G., and MAYER, B.: A cross-cultural study of intergenerational relations: The role of socioeconomic factors, values, and relationship quality in intergenerational support. In: BERTRAM, H., and EHLERT, N. (Eds.):

- Family, Ties, and Care: Family Transformation in a Plural Modernity; pp. 315–342. Berlin: Barbara Budrich Publishers 2012
- UCHIDA, Y., and KITAYAMA, S.: Happiness and unhappiness in east and west: themes and variations. *Emotion* 9/4, 441 (2009)
- UCHIDA, Y., KITAYAMA, S., MESQUITA, B., and RAYES, J. A.: Interpersonal sources of happiness: the relative significance in three cultures. 13<sup>th</sup> Annual Convention of the American Psychological Society, Toronto, Canada (2001)
- UCHIDA, Y., OGIHARA, Y., and FUKUSHIMA, S.: Cultural construal of wellbeing – Theories and empirical evidence. In: GLATZER, W. (Ed.): *Global Handbook of Quality of Life: Exploration of Well-Being of Nations and Continents*. S. 823–837. Dordrecht: Springer 2015a
- UCHIDA, Y., OGIHARA, Y., and FUKUSHIMA, S.: Interdependently achieved happiness in East Asian cultural context. A cultural psychological point of view. In: TROMMSDORFF, G., and ASSMANN, W. R. (Eds.): *Forschung fördern*. S. 201–216. Konstanz: UVK Verlagsgemeinschaft 2015b
- UNICEF: *Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries* (Innocenti Report Card 7). Florence, IT: The United Nations Children’s Fund 2007
- VAN DE VIJVER, F.: Kapitel: Methodologische und methodische Probleme des Kulturvergleichs. In: TROMMSDORFF, G., und KORNADT, H.-J. (Eds.): *Enzyklopädie der Psychologie: Themenbereich C Theorie und Forschung, Serie VII Kulturvergleichende Psychologie. Bd. 1: Theorien und Methoden in der kulturvergleichenden und kulturpsychologischen Forschung*. S. 337–376. Göttingen: Hogrefe 2007
- VEENHOVEN, R.: Cross-national differences in happiness: cultural measurement bias or effect of culture? *International Journal of Well-being* 2/4, 333–353 (2012a)
- VEENHOVEN, R.: Does happiness differ across cultures? In: SELIN, H., and DAVEY, G. (Eds.): *Happiness across Cultures*; pp. 451–472. Dordrecht: Springer Netherlands 2012b
- VEENHOVEN, R.: World database of happiness. In: MICHALOS, A. C. (Ed.): *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*; pp. 7257–7260. Dordrecht: Springer Netherlands 2014
- VEENHOVEN, R.: The overall satisfaction with life: Subjective approaches (1). In: GLATZER, W. (Ed.): *Global Handbook of Quality of Life: Exploration of Well-Being of Nations and Continents*; pp. 207–238. Dordrecht: Springer 2015
- WHITE, S., and BLACKMORE, C. (Eds.): *Cultures of Wellbeing: Method, Place, Policy*. New York: Palgrave Macmillan 2016
- WHITE, S. C., and RAMIREZ, V.: Economics and subjectivities of wellbeing in rural Zambia. In: WHITE, S., and BLACKMORE, C. (Eds.): *Cultures of Wellbeing: Method, Place, Policy*; pp.118–143. New York: Palgrave Macmillan 2016
- XU, J., WANG, M., XIANG, Y., and HU, X.: Quality of life for people with intellectual disabilities in China: A cross-culture perspectives study. *Journal of Intellectual Disability Research* 49/10, 745–749(2005)

Prof. Dr. Gisela TROMMSDORFF  
Developmental and Cross-Cultural Psychology  
Department of Psychology  
University of Konstanz  
Universitätsstraße 10  
78464 Konstanz  
Germany  
Phone: +49 7531 882911/-2917  
E-Mail: Gisela.trommsdorff@uni-konstanz.de

## **Crossing Boundaries in Science: Modelling Nature and Society – Can We Control the World?**

Nova Acta Leopoldina N. F. Nr. 419

Herausgegeben von Johannes FRITSCH (Berlin), Yvonne BORCHERT (Berlin)  
und Jörg HACKER (Halle/Saale)

(2017, 171 Seiten, 56 Abbildungen, 22,95 Euro, ISBN 978-3-8047-3758-7)

Der im Band referierte Workshop „Modelling Nature and Society – Can We Control the World?“ bildet den Auftakt zu einer neuen Veranstaltungsreihe „Crossing Boundaries in Science“ der Leopoldina, zu deren zentralen Aufgaben als Nationaler Akademie der Wissenschaften es gehört, Politik und Öffentlichkeit zu gesellschaftlich bedeutsamen Fragen zu beraten und Bezüge zwischen Wissenschaft, Forschung, Politik und Gesellschaft zu vermitteln. Neue Forschungsgebiete sollen daher frühzeitig identifiziert, ihre zukünftige Entwicklung und gesellschaftliche Nutzung diskutiert werden. Ziel ist es, in besonderem Maße zur interdisziplinären Zusammenarbeit anzuregen und damit die Diskussionen um Wissenstransfer und die Anwendungen neuer Technologien zu befördern.

Im Mittelpunkt des Bandes steht die Modellbildung von komplexen Systemen in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft, insbesondere in biologischen und sozialen Netzwerken. Die analysierten Themen reichen von Gen-Netzwerken und Fragen des Immunsystems bis hin zu technischen Systemen, z. B. Verkehrssystemen, und komplexen wirtschaftlichen Fragestellungen, bis hin zur globalen Ebene.

## Kein Glücksversprechen: Deutsches Verfassungsrecht und „das gute Leben“

Susanne BAER (Berlin)<sup>1</sup>

### *Zusammenfassung*

Zahlen sind heute auch in der Politik allgegenwärtig, nicht zuletzt in Form von Indikatoren zur Bewertung von Regierungshandeln und zur Beantwortung der Frage, inwiefern Politik „das gute Leben“ verwirklicht. Die quantitative Analyse gesellschaftlicher Zustände birgt allerdings sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Einerseits können Zahlen auf Missstände aufmerksam machen und beweisen, wenn Regulierung nicht so funktioniert wie beabsichtigt; Zahlen können informiertere Entscheidungen ermöglichen und bieten insbesondere im Vergleich auch Anhaltspunkte für Kritik. Andererseits können Zahlen eine Rationalität vorgeben, auch wenn diese nicht vorhanden ist, können Entscheidungen beherrschen (*governing by indicators*) und den Unterschied zwischen Fakten und Entscheidungen verschleiern. Die Verfassung stellt für den Umgang mit „Indikatoren eines guten Lebens“ insofern diverse Weichen. So findet „das gute Leben“ zwar im Grundgesetz keine ausdrückliche Erwähnung. Die Verfassung ist deshalb jedoch keineswegs neutral. Der Ausgangspunkt der Menschenwürde und die Anforderungen an die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen sind hier von Bedeutung. Mit den Grund- und Menschenrechten als Sicherung der Fundamente, den Staatsprinzipien als Erinnerungsposten zentraler Belange und der Sicherung von Verfahren zur prozeduralen Verwirklichung dieser Rechte und Prinzipien rahmt der moderne Konstitutionalismus, wie „das gute Leben“ zu verhandeln und in politischen Entscheidungen zu gestalten ist. Zugleich schützt dies vor einer Herrschaft der Zahlen: Die Verfassung setzt der politischen Bindung an Indikatoren qualitativ und quantitativ Grenzen.

### *Abstract*

Numbers can be found everywhere in politics nowadays, especially as indicators for evaluating governmental policies, sometimes to provide an answer to the question whether policies contribute to the “quality of life”. Yet such quantitative monitoring of social conditions does not only yield benefits, but does also raise concerns. On the one hand, measures can direct attention to deficits and demonstrate whether policies achieve intended goals, and quantitative data may enable more informed decisions and provide criteria for comparison. On the other hand, such numbers also suggest a technocratic rationality even if it is not warranted. Also, numbers can be used as substitutes for political decision-making, and blur the distinction between facts and decisions, to eventually escape responsibility.

The German constitution, as the “Basic Law”, provides a framework for proper uses of such numbers, as indicators of the quality of life. The German constitution does not explicitly refer to “quality of life” as a goal, but is not neutral either. The starting point is human dignity, as a guarantee and a criterion for democratic politics. With fundamental and human rights as a secure foundation, principles of democracy and the rule of law as well as the welfare state are memory posts, that remind us of central concerns and procedures to keep such commitments alive and effective. As such, “constitutionalism” provides a framework in which to negotiate and deliberate the quality of life, and how to translate it into political decisions. At the same time, this substantive as well as procedural framework prevents governance by numbers only. Thus, constitution law allows for but also limits the use of indicators in politics today.

---

<sup>1</sup> Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Professorin für Öffentliches Recht und *Gender Studies* an der Humboldt-Universität zu Berlin. Für kreative Unterstützung danke ich Sara FUCHS.

Viele Menschen mögen Zahlen. Zahlen wirken objektiv, Zahlen suggerieren Klarheit. In der Politik haben sie seit langem große Bedeutung.<sup>2</sup> Allerdings waren sie politisch auch oft auf schwierige Weise prominent. So haben Zahlen als Herrschaftsmittel insbesondere Konzepte der Bevölkerungspolitik inspiriert und ermöglicht, die auf ein quantitatives Regulierungsobjekt Bevölkerung setzten, nicht aber die Menschen in den Blick nahmen, und mit denen – nicht nur, aber insbesondere zur „Geburtenkontrolle“ als Praxis der Eugenik durch Zwangssterilisation oder Zwangsabtreibungen – schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen einhergingen. Da wurde und wird dann sehr ordentlich numerisch in Tabellen fixiert, welche mehr oder minder produktiven und reproduktiven Gruppen es zu steuern gilt. Das ist zumindest ein historischer Fingerzeig, Zahlen als Regierungsmittel eine gewisse Skepsis entgegenzubringen.<sup>3</sup>

Demgegenüber können Zahlen in der Politik selbstverständlich auch zum Guten benutzt werden. Dazu gehört die Nutzung vergleichender Datensätze über das Maß der Ungleichheit, oder der Gleichheit,<sup>4</sup> mit denen Regierungen und auch Parlamente unter Druck gesetzt werden, um anzugehen, was im Inland normal erscheint, im Vergleich mit dem Ausland aber auffällt. Dann speisen Zahlen die politische Argumentation, sind aber auch Teil einer kritischen Heuristik, die dazu beitragen kann, Politik für gerechtere Gesellschaften zu machen.

Im 20. Jahrhundert sind Zahlen als Indikatoren zur Beschreibung gesellschaftlicher Phänomene auch überall präsent: *Doing Business Indicator*, *Good Governance Indicator*, *Rule of Law Indicator of the World Bank*, *Millennium Goals MDG*, *Corruption Perception Index* von *Transparency International*, der *Human Development Index* des *United Nations Development Programme* (UNDP) sind nur einige Beispiele. Im Auftrag der damals konservativen französischen Regierung erarbeitete eine Kommission zur Messung ökonomischer Leistung und sozialen Fortschritts Indikatoren, die auch die deutsche Debatte inspirieren.<sup>5</sup> Im Jahr 2007 beherbergten die Europäische Kommission, das europäische Parlament, der *Club of Rome*, die *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) und der *World Wide Fund For Nature* (WWF) eine hochrangige Konferenz „Beyond GDP“,<sup>6</sup> die daraufhin zu einem Aufgabenbereich der Generaldirektion Umwelt wurde und in unterschiedlicher Form in zahlreichen europäischen Städten und Staaten aufgegriffen worden ist.<sup>7</sup> Dazu kommen weitere Aktivitäten lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Akteure.

Die Orientierung an der Messbarkeit und an Zahlen ist insofern eine spezifische Entwicklung in der Herausbildung öffentlichen Wissens, die auch spezifische Chancen eröffnet. Mit ihr verbinden sich aber auch Herausforderungen für politisch verantwortliche Akteure. Da heute der Konstitutionalismus für die Politik durchgehend eine Rolle spielt, ist es auch durchaus wahrscheinlich, dass das Verfassungsrecht etwas zu den Zahlen zu sagen hat, genauer: zur Herrschaft mit Zahlen, dem „governing by indicators“. Das gilt jedenfalls für das

---

2 Vgl. MACKENSEN und REULECKE 2015; für problematische Deutungen im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel BAER 2009; siehe auch LEPENIES 2013.

3 Die Kritik an den Zahlen als Teil der Biopolitik findet sich u. a. bei FOUCAULT zu Herrschaftsformen; vgl. KRASMANN und VÖLKMER 2015.

4 Bekannt ist der Gini-Koeffizient, der mit einem Wert zwischen 0 (völlige Gleichheit) und 1 (maximale Ungleichheit) Aufschluss über die Einkommens- oder Vermögensverteilung geben kann. Vergleichend wird auch zur Einkommensdiskriminierung von Frauen und darüber hinaus zu Gleichstellungsdefiziten argumentiert; so im Rahmen der „Gender Data“-Portal der Weltbank (<http://datatopics.worldbank.org/gender/>).

5 Der Abschlussbericht ist STIGLITZ et al. 2010.

6 GDP – Gross Domestic Product.

7 Vgl. nur SHORE und WRIGHT 2015, ROTTENBURG et al. 2015, DAVIS et al. 2012.

deutsche Verfassungsrecht des Grundgesetzes.<sup>8</sup> Zu berücksichtigen ist, dass es sich hier zwar um nationales Verfassungsrecht handelt. Doch ist dieses nationale Recht tief in die Europäische Union, den Europarat und die Vereinten Nationen eingebettet. Soweit deren europa- oder völkerrechtliche Normen vom deutschen Gesetzgeber ratifiziert worden sind, sind sie jenseits ihrer Geltung auf der Ebene einfachen Rechts nach Art. 25 des Grundgesetzes (GG) daher auch bei der Interpretation des Grundgesetzes zu berücksichtigen.<sup>9</sup>

Die Ausgangsfrage einer verfassungsrechtlichen Überlegung dazu, nun mit Hilfe von Zahlen zu messen, ob Politik zum guten Leben beiträgt, lautet, ob sich das Grundgesetz überhaupt irgendwo mit dem „guten Leben“ befasst. Jedenfalls trifft es Aussagen über Aufgaben und Befugnisse von Regierungen, die für ein gutes Leben sorgen wollen. Findet sich noch mehr? Das führt zur Frage nach den Möglichkeiten, die Regierungen haben, um Zahlen und Indikatoren für ein gutes Leben konkret zu nutzen, und aus verfassungsrechtlicher Sicht ist das immer auch die Frage nach den Grenzen ihres Handelns. Verfassungsrecht erinnert uns sogar beständig daran, dass Regierungen sich auch numerisch unterfütterte Ziele nur insoweit setzen können, als sie demokratisch legitimiert sind. Aus der Bindung des Regierungshandelns an die demokratische Legitimation ergibt sich ein zeitlicher Handlungshorizont. Aber Konstitutionalismus bedeutet auch eine qualitative Grenze. Dazu gehören die Bindung aus dem Legitimationsbedarf selbst und auch die Bindung aller öffentlichen Gewalt an die Grund- und Menschenrechte. Daraus folgt: Auch wer sich um das gute Leben kümmern möchte, muss dem Risiko des Paternalismus entgehen, da jede und jeder Einzelne das garantierte und durchsetzbare Recht haben, ihre eigene Version dieses guten Lebens zu verfolgen. Die verfassungsrechtliche Bindung stellt so einen Rahmen zur Verfügung, um die Risiken des Regierens mit Zahlen zu vermeiden, versetzt aber Politik zugleich in die Lage, tatsächlich – und bestenfalls gut informiert, also auch auf der Basis von Zahlen – für ein gutes Leben in einer guten Gesellschaft zu arbeiten.

## 1. Bestandsaufnahme

„Das gute Leben“ wird im Grundgesetz nicht erwähnt, das seit 1949 für die Bundesrepublik und seit 1990 für das wiedervereinigte Deutschland gilt. Diese Verfassung vermeidet eine so große Ausgangsreferenz und unterscheidet sich damit beispielsweise von der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und diversen Verfassungen von Einzelstaaten der USA. Diese garantieren allerdings auch nicht einfach das Glück, also „happiness“, sondern versprechen eine politische Ordnung, in der jede und jeder sein bzw. ihr Glück suchen darf, „the pursuit of<sup>10</sup>“.<sup>10</sup> das deutsche Verfassungsrecht unterscheidet sich hier auch von der Verfassung Japans von 1946 oder von der Präambel der südkoreanischen Verfassung von 1948.

8 Zum deutschen Verfassungsrecht gehören auch die Verfassungen der Länder. In ihnen finden sich zahlreiche Hinweise auch auf die sozialen Gehalte des liberalen Verfassungsstaats, den traditionell (zu) wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

9 Das ist mittlerweile ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Von Bedeutung wären auch hier die ratifizierten und oft zu Unrecht denunzierten sozialen Rechte, u. a. in den VN-Konventionen der Rechte von Behinderten.

10 Die Klausel hat der *US Supreme Court* in einigen Fällen allerdings auch verfassungsrechtlich fruchtbar gemacht. Das geschah in *Meyer v. Nebraska* 1923 und in einer wegweisenden Entscheidung gegen das Verbot der „gemischtrassigen“ (interracial) Eheschließung, in *Loving v. Virginia*, 388 U. S. 1 (1967), wo es – allerdings im Detail durchaus nicht unproblematisch – heißt: „the freedom to marry has long been recognized as one of the

## 2. Jüngere Entwicklungen

In jüngerer Zeit haben – 2008 und 2009 – Ecuador und Bolivien ein Bekenntnis zum guten Leben auch auf der Ebene des Verfassungsrechts abgegeben: „buen vivir“ und „sumak kawsay“. Auch hier handelt es sich nicht um ein Recht auf ein „besseres Leben“, als inhärent relatives und eventuell auch kompetitives Konzept. Es wendet sich eigentlich in erster Linie gegen den Mythos vom autonomen Rechtssubjekt, das ganz allein seiner eigenen Wege geht. Vielmehr steht hinter dieser eher misslich als „Vitalpolitik“ bezeichneten verfassungsrechtlichen Weichenstellung ein Verständnis der „Person in der Natur“. Es ist das Credo zivilgesellschaftlicher Bewegungen, wird aber als „bio“-sozialistische Leitidee gefasst<sup>11</sup> und ist insoweit immer klärungsbedürftig. Hier ist von Bedeutung, dass das Prinzip des „buen vivir“ die rechtliche Sicherung der Inklusion in Vielfalt mit dem Mandat der ökologischen Nachhaltigkeit verbindet. Die Verfassung Boliviens betont dies als Wert und als Staatsziel oder Staatsaufgabe. Es ist insoweit ein Prinzip, das durch ein Gericht nicht direkt erzwungen werden kann. Wertlos ist es damit verfassungsrechtlich allerdings nicht. Vielmehr können solche Prinzipien insbesondere die Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit von gesetzgeberischen Eingriffen in Grundrechte informieren. Im Unterschied dazu präsentiert die Verfassung Ecuadors eine innovative *Magna Charta* von Rechten, einschließlich eines individuellen Grundrechts auf Natur. Deren Durchsetzung vor Gericht stößt ebenfalls auf Grenzen.

## 3. Rekonstruktion: Die Maßgaben des Grundgesetzes

Diese Überlegungen lassen sich nicht einfach übernehmen, aber im Begriffshorizont eines freiheitlichen Konstitutionalismus rekonstruieren. Sie haben dann von vornherein begrenzten Geltungsanspruch. Das Konzept des „buen vivir“ verbindet insofern Rechte auf soziale und politische Gleichheit mit Prinzipien des Gemeinwohls, spezifischer mit der Nachhaltigkeit und dem Umweltschutz. Diese Prinzipien müssen auch als Gegenpositionen zu Wachstum als einzigem Weg zum Fortschritt in der Entwicklung des Gemeinwesens verstanden werden,<sup>12</sup> also als verfassungsgesetzgeberische Entscheidung über die ökonomischen Rationalitäten eines Gemeinwesens. Sie wurde im deutschen Grundgesetz 1949 und auch 1990 nicht getroffen: Geschützt sind ausdrücklich individuelle Rechte, wie in Art. 14 GG das Recht auf Privateigentum als Grundlage des Kapitalismus, der aber auch ebenso ausdrücklich dessen Begrenzung erlaubt. Dazu kommt in Art. 15 GG die Überführung von „Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln zum Zwecke der Vergesellschaftung“ in „Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft“. Diese Norm schläft bislang den Dornröschenschlaf; die dahinterstehenden Ideen könnten aber im Lichte der neueren Diskussionen um eine sinnvolle Verantwortungsteilung für das Gemeinwohl auch aufwachen, mit Blick auf die „commons“ nicht nur des geistigen Eigentums, sondern beispielsweise auch des Wohnens oder der natürlichen Ressourcen.

---

vital personal rights essential to the orderly pursuit of happiness by free men“. Das wurde in der Entscheidung zur gleichgeschlechtlichen Eheschließung Obergfell v. Hodges, 576 U. S. 11 (2015) wieder aufgegriffen. Dazu ausführlich MARKARD 2016, S. 767–793.

11 Vgl. PASTOR und DALMAU 2011, S. 7–29; aus deutscher Perspektive erscheint Art. 427 der Verfassung von Ecuador besonders interessant.

12 GUDYNAS 2011, S. 441–447.

Bei genauerer Betrachtung im Sinne funktionaler Rechtsvergleichung kennt das Grundgesetz also durchaus Ansätze, die politisches Handeln der Idee des guten Lebens verpflichten.<sup>13</sup> Bewusst nimmt die deutsche Verfassung ihren Ausgangspunkt allerdings beim Individuum. Es garantiert die Menschenwürde als ein Menschenrecht, nicht als erworbene oder zugeschriebene Würdigkeit, in Art. 1 GG. Die Freiheit ist – auch vor dem Hintergrund der Philosophie Immanuel KANTS – das Recht, den eigenen Lebensplan zu verfolgen, solange dies anderen nicht schadet, nach Art. 2 Abs. 1 GG daher begrenzt durch die Rechte anderer und das Sittengesetz. Die Garantien der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung in Art. 3 GG sind, richtig verstanden, auch Rechte auf Vielfalt. Insofern garantiert die Verfassung von Beginn an den gleichen Respekt für alle, als Menschen. Sofort im Anschluss schützt die Verfassung zudem politische Teilhabe, in den Grundrechten auf Rede- und Meinungsfreiheit in Art. 5 GG, dem Grundrecht auf die Versammlungsfreiheit in Art. 8 GG und der Vereinigungsfreiheit in Art. 9 GG. Dazu kommt der besondere Schutz politischer Parteien in Art. 21 GG, das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in Art. 33 GG und das Recht auf Teilhabe, organisiert in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen nach Art. 38 GG. Gesichert wird dies durch Verfahrensgrundrechte auf eine unabhängige Gerichtsbarkeit, die rechtliches Gehör gibt und ohne jede Steuerung durch die Politik entscheidet, in Art. 101–104 GG. Die Väter und Mütter der Verfassung hielten all dies für erforderlich, um ein gutes Leben zu ermöglichen, in guter Gesellschaft – um also eine lebendige Demokratie und nicht zuletzt eine liberale Sozialstaatlichkeit entwickeln zu können, die sich sehr deutlich von Deutschland vor 1945 unterscheiden sollte.

In Abkehr von dieser Geschichte eines autoritären Regimes, das ein gutes Leben nur für die Einen wollte, die „Anderen“ aber ausgrenzte, verfolgte und ermordete, ist es besonders wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, was eine Verfassung *nicht* tut. Das Grundgesetz schweigt, wo andere eventuell von Pflichten sprechen wollen. Es propagiert die Freiheit in der Vielfalt, aber keine einheitliche Vision für alle. Es organisiert ein Verfahren, um den Kompromiss zu finden, zwingt aber nicht zum homogenisierenden Konsens.

#### **4. Keine „Neutralität“, sondern ein Rahmen**

Damit ist die Verfassung gegenüber politischen Zielsetzungen alles andere als neutral. Seit langem wird intensiv diskutiert, ob sich aus dem Grundgesetz bestimmte Zielpräferenzen – als „Staatsziele“ – ergeben und was das für die Durchsetzung derselben bedeutet. Art. 20 GG setzt den Sozialstaat, den Art. 79 Abs. 3 GG auf ewig festschreibt – aber wozu verpflichtet das? Da die gleiche Freiheit der Ausgangspunkt ist, besteht Einigkeit darüber, dass Verpflichtungen mit Vorsicht zu genießen sind.<sup>14</sup> Klar ist, dass diese Bestimmungen verhältnismäßige Einschränkungen der Grundrechte legitimieren können, da sie Ziele des Gesetzgebers verfassungsrechtlich abstützen. Zudem haben sie im politischen Diskurs Bedeutung.

So spielt durchaus eine Rolle, dass die Präambel des Grundgesetzes eine Verpflichtung auf den Frieden in der Welt durch Zusammenarbeit in einem vereinten Europa vor die Klam-

---

13 Verfassungsrechtlich wird seit langem diskutiert, inwieweit es sich bei dem „Gemeinwohl“ um eine dogmatisch relevante Kategorie handelt und ob sie insbesondere eine Verpflichtung zum gesetzgeberischen Handeln im Sinne einer Staatsaufgabe prägt. Vgl. dazu BAER 2006.

14 Eine Schutzpflicht, die der Gesetzgeber im Hinblick auf Grundrechte zu erfüllen hat, wird deshalb auch nur im Ausnahmefall anerkannt, namentlich hinsichtlich des Rechts auf Leben aus Art. 2 Abs. 2 GG.

mer zieht. Desgleichen ist von Bedeutung, dass Art. 1 Abs. 1 die Achtung und den Schutz der Menschenwürde als „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ setzt, und Art. 1 Abs. 2 ausdrücklich das Bekenntnis „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ statuiert. Der verfassungsändernde Gesetzgeber hat sich eben 1994 auch ausdrücklich entschieden, die schon 1948 gegen den Widerstand eines patriarchalischen Konservatismus durchgesetzte Gleichberechtigung im Geschlechterverhältnis durch ein Gleichstellungsgebot zu verstärken, in Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG. Und es gibt weitere, eher unbekanntere Beispiele: Nach Art. 87 Buchst. e Abs. 4 GG muss die Privatisierung der Bahn dem „Wohl der Allgemeinheit“ dienen, und „insbesondere den Verkehrsbedürfnissen“. Nach Art. 109 Abs. 2 müssen Bund und Länder nicht nur die Verpflichtungen der Bundesrepublik aus dem EU-Recht erfüllen, sondern tragen in diesem Rahmen auch „den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung“. Seit 1994 ist der Staat verpflichtet, „auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere“ zu schützen, nach Art. 20 Buchst. a GG. Und gegen große politischen Mehrheiten schützt sich das Grundgesetz selbst, wenn es die Demokratie, die Republik, den Sozialstaat und den Föderalismus – Art. 20 GG für den Bund und Art. 28 GG für die Länder – auf ewig garantiert, in der Ewigkeitsklausel des Art. 79 Abs. 3 GG, und das auch für transnationale und internationale Kontexte vorgibt, in Art. 23 GG. Das ist Teil der Verfassungsidentität,<sup>15</sup> nicht einfach als nationales Credo, sondern als Tiefenstruktur gelebter Verfassungsstaatlichkeit.

Das Grundgesetz ist also keineswegs eine dem Gemeinwohl völlig neutral gegenüberstehende Verfassung. Doch es handelt sich bei den Maßgaben eben um Prinzipien, nicht um Rechte. Als Prinzipien sind sie nicht einklagbar und gerichtlich für sich genommen auch nicht durchsetzbar. Sie sind damit nur nicht bedeutungslos. Ihre Funktion liegt wie die der Grundrechte nicht zuletzt darin, den Gebrauch politischer Macht zu legitimieren und auch zu begrenzen. Damit ist das Grundgesetz ein typisches Exemplar aus der Reihe derjenigen liberalen Verfassungen, die sich jedes juristisch-verbindlich „leeren“ Versprechens enthalten. Es geht auch sparsam mit Prinzipien als grundlegenden Selbstverpflichtungen um, also mit Staatszielbestimmungen, die gerade nicht definieren, wie genau politisch zu entscheiden ist. Solche Prinzipien müssen vielmehr in demokratischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden, sind also von Belang, aber nicht rechtlich bindend.

Der deutsche Verfassungsstaat lebt daher ganz zentral davon, dass das Grundgesetz die Regeln für das Funktionieren der Demokratie setzt und sichert. Das Grundgesetz definiert genau diesen Mechanismus – an Recht gebundene Demokratie – als die Art und Weise, in der wir darüber diskutieren müssen, was denn eigentlich genau ein „gutes Leben“ ist. Das beginnt bei den individuellen Rechten, die eben auf einer Vorstellung vom Individuum als sozialem Wesen beruhen und insbesondere auch ihr politisches Handeln als Bürgerinnen und Bürger schützen. Aber es endet dort nicht. Es geht weiter mit den Vorgaben für Wahlen und für Gesetzgebung wie auch für den Rechtsschutz und für die Verwaltung, um jeweils deliberative oder partizipative Verfahren zu sichern. Insgesamt insistiert das deutsche Verfassungsrecht wie viele andere Verfassungen mit diesen Maßgaben darauf, dass – nach dem Grundrechts-

---

15 Grundlegend BVerfGE 123, 267 <340, 354, 400 f.> (Vertrag von Lissabon – 2009); aktueller BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 15. Dezember 2015 – 2 BvR 2735/14 – Rn. 49. Das Konzept der Verfassungsidentität wird auch in anderen Ländern benutzt, beispielsweise in Frankreich (CC 27.7.2006, Loi relative au droit d’auteur, dec. 2006–540 DC, Considérant 19); vgl. WISCHMEYER 2015, S. 415–460.

katalog – der Mensch „zählt“ – und zwar jeder und jede gleichermaßen, dass – nach Art. 20a GG ausdrücklich – auch die Natur als unsere Umwelt „zählt“, und dass es dann – ausweislich des Demokratiegebotes u. a. in Art. 20 und 28 GG – eine faire Auseinandersetzung darüber geben muss, wie genau wir mit diesen „Zahlen“ umgehen wollen.

## **5. Rechte, Prinzipien und Verfahren**

Das Grundgesetz ist weder neutral noch eine (neo-) liberale Verfassung in dem Sinne, als dass sie schlicht von atomistisch „freien“ Individuen ausgehen würde. Diese Verfassung beruht damit nicht auf einer spezifischen Blindheit gegenüber sozialen Situationen und Lebenslagen, auch wenn die Blindheit mit einigen Darstellungen der *Justitia* inhaltlich verbunden ist. Das Grundgesetz missachtet vielmehr Ungleichheiten gerade nicht.

### *5.1 Der Ausgangspunkt der Menschenwürde*

Da die Menschenwürde das fundamentale Grundrecht<sup>16</sup> und der Staat als Sozialstaat ausgeflaggt ist, sichert diese Verfassung, dass sich gewählte Mehrheiten und die von ihr gestellte Regierung um die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen kümmern, die dann je individuell oder selbstgewählt gemeinsam mit anderen entscheiden und auch selbst verwirklichen, was für sie jeweils ein „gutes Leben“ ist. Das verdeutlicht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum, die nicht zuletzt auch der Armut entgegentritt.<sup>17</sup> In mehreren Entscheidungen hat „Karlsruhe“, hier das Bundesverfassungsgericht, den Gesetzgeber und die Regierung dazu angehalten, jeder und jedem, die das nicht selbst bewerkstelligen können, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.<sup>18</sup> Da die Menschenwürde nicht als Recht nur der Staatsangehörigen garantiert ist, sondern als grundlegendes Menschenrecht, gilt dies tatsächlich für alle, und da tatsächlich erreicht werden soll, ein menschenwürdiges Leben zu führen, gilt dies „realitätsgerecht“ auf der Grundlage des Lebensstandards in Deutschland.<sup>19</sup> Aus philosophischer Perspektive mag dies als Bewegung von KANT in Richtung ARISTOTELES gedeutet werden, etwas zeitgenössischer verortet von der liberalen Rechtsphilosophie wie bei John RAWLS (1921–2002) in Richtung einer distributiven Gerechtigkeitstheorie wie bei Amartya SEN (geb. 1933), und dies nicht ohne die demokratietheoretische Untersetzung wie von Jürgen HABERMAS

---

16 Sie hat insbesondere für das Asylrecht fundamentale Bedeutung; vgl. u. a. BVerfGE 54, 341 <357>.

17 Das gilt beispielsweise auch für den Zugang zur Bildung, nach Art. 3 in Verbindung mit Art. 12 GG. Dies muss der Gesetzgeber z. B. bei einer Entscheidung über die Ausgestaltung von Studiengebühren beachten; BVerfGE 134, 1 <15 f. Rn. 42>: „Der Gesetzgeber hat den Zugang zu Einrichtungen zur Ausübung grundrechtlicher Freiheit insgesamt so zu gestalten, dass die sozialen Gegensätze hinreichend ausgeglichen werden und soziale Durchlässigkeit gewährleistet wird. Das Sozialstaatsprinzip verlangt darüber hinaus eine Ausgestaltung der Studiengebühren, die angemessen Rücksicht auf Belastungen Studierender nimmt, die aufgrund persönlicher Lebensumstände oder gesellschaftlicher Benachteiligung in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung behindert sind. Das gilt für Menschen mit Behinderungen (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG) ebenso wie für Studierende mit Kindern oder Pflegeverantwortung in der Familie (Art. 6 Abs. 1 und 2 GG).“

18 Die zentralen Ausführungen finden sich in den letzten beiden Entscheidungen zu den Grundsicherungsleistungen nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs, den sogenannten Hartz IV-Leistungen, in BVerfGE 125, 175 und BVerfGE 137, 34.

19 Das ist die zentrale Aussage der Entscheidung zu den evident unzureichenden Leistungen des damaligen Asylbewerberleistungsrechts in BVerfGE 132, 134.

(geb. 1929). Verfassungstheoretisch lässt es sich als Zusammenschau grundlegender Rechte verstehen, in der die individuelle Freiheit nicht exklusiv priorisiert und schon gar nicht schrankenlos gefasst wird. In allen Entscheidungen und nicht zuletzt in der Entscheidung von 2014 zu den Sozialleistungen für Flüchtlinge<sup>20</sup> betont das Bundesverfassungsgericht, an allererster Stelle müsse der Gesetzgeber entscheiden (das geschieht *de facto* regelmäßig auf der Grundlage von Vorschlägen der Exekutive), was genau Menschen benötigen, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Im Streit kommt es dann darauf an, diese politisch diskutierte und verantwortete Entscheidung im Ergebnis auch am Maßstab der Grund- und Menschenrechte rechtfertigen zu können.

Das Bundesverfassungsgericht kann sich bei solchen Maßgaben nicht auf die schlichte Anrufung des Textes des Grundgesetzes zurückziehen. Seine Aufgabe besteht auch darin, Verfassungsrecht mit Blick auf konkrete Konfliktlagen zu übersetzen, die großen Worte zu rationalisieren und das menschenrechtliche Versprechen wirksam werden zu lassen. In der ersten Entscheidung zu den Grundsicherungsleistungen erklärt das Gericht: „Das Sozialstaatsgebot des Art. 20 Abs. 1 GG hält den Gesetzgeber an, die soziale Wirklichkeit zeit- und realitätsgerecht im Hinblick auf die Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums zu erfassen.“ Das bleibt dann keine pauschale Floskel: Die Aufgabe stelle sich „etwa in einer technisierten Informationsgesellschaft anders“ dar als früher. Hier stehen dem parlamentarischen Gesetzgeber Wertungen zu: er muss entscheiden und dies auch politisch verantworten. „Ihm obliegt es, den Leistungsanspruch in Tatbestand und Rechtsfolge zu konkretisieren. Ob er das Existenzminimum durch Geld-, Sach- oder Dienstleistungen sichert, bleibt grundsätzlich ihm überlassen. Ihm kommt zudem Gestaltungsspielraum bei der Bestimmung des Umfangs der Leistungen [...] zu. Dieser umfasst die Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse ebenso wie die wertende Einschätzung des notwendigen Bedarfs [...]“<sup>21</sup>

## 5.2 Die Ausgestaltung durch die Politik

Entscheidend ist, dass nicht das Gericht bestimmt, wie hoch die basalen Sozialleistungen sein müssen. Die Grundrechte werden durch Verfassungsgerichte geschützt, aber durch den parlamentarischen Gesetzgeber demokratisch umgesetzt. Daher formuliert das Gericht insbesondere Vorgaben für das Verfahren, setzt aber nicht einfach ein Ergebnis selbst. So dürfen Einschätzungen des Bedarfs, der in Deutschland benötigt wird, um ein gutes Leben zu führen, nicht ins Blaue hinein erfolgen. „Zur Konkretisierung des Anspruchs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen folgerichtig in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf, also realitätsgerecht, zu bemessen.“<sup>22</sup> Geschieht dies mit Blick auf die grundrechtlichen Maßgaben, gehört zum existenznotwendigen Minimum dann automatisch nicht nur die schlichte physische Existenz, sondern eben ein menschenwürdiges Leben einschließlich seiner soziokulturellen Seite. Die einheitliche grundrechtliche Garantie umfasst „sowohl die physische Existenz des Menschen, also Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Heizung, Hygiene und Gesundheit, als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und zu einem Mindestmaß

20 BVerfGE 132, 134, auch online unter [www.bverfg.de](http://www.bverfg.de) → Entscheidungen.

21 BVerfGE 125, 175 Rn. 138.

22 BVerfGE 125, 175 Rn. 139.

an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“, „denn der Mensch als Person existiert notwendig in sozialen Bezügen“.<sup>23</sup>

Eine Entscheidung über soziale Sicherungen ist keine Seltenheit, doch fällt sie selten so deutlich aus. So findet sich ein Schutz des Existenzminimums – der Einzelnen, aber insbesondere auch der Familien – nicht immer prominent im und als Sozialrecht, sondern zudem im Steuerrecht. Aber auch sonst insistiert das deutsche Verfassungsrechtsdenken darauf, dass jede Freiheit wertlos wird, wenn die materiellen Grundlagen dafür fehlen, sie zu leben.<sup>24</sup> Von Bedeutung sind hier zudem die starke Rechtsprechungslinie zum Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und auch die verfassungsrechtlichen Sicherungen gegen Diskriminierung. Vor diesem Hintergrund ließe sich durchaus annehmen, dass das Grundgesetz nicht nur eine gerechte Gesellschaft rahmt, weil es kein nur formelles, sondern ein substantielles Verständnis des Rechtsstaats zugrunde legt, sondern auch von der von Avisahi MARGALIT (geb. 1939) betonten Vorstellung einer Gesellschaft getragen wird, deren Institutionen ihre Mitglieder nicht demütigen.<sup>25</sup>

Immer wieder muss also betont werden, dass Verfassungsrecht nicht nur materielle Grundgarantien beinhaltet, sondern gerade auch die Verfahren betont und sichert, in denen Gesellschaften aushandeln, was zu einem gegebenen Zeitpunkt dann konkret als grundlegend gelten soll.<sup>26</sup> Das ermöglicht eine Diskussion auf der Grundlage von Zahlen, steht aber einer Bindung der Politik an die Zahlen jenseits demokratischer Verantwortlichkeit im Weg. Anders gesagt verspricht das Grundgesetz nicht nur kein Glück. Als auf Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit verpflichtete Verfassung ermächtigt es Menschen und fordert diese auch auf, zu diskutieren, was Glück für wen ist und wie es sich erreichen lässt. So gesehen ist die verfassungsrechtliche Perspektive auf eine Politik, die ein gutes Leben definiert, zuallererst eine prozedurale Perspektive. Als eine Emanation des Konzepts heutigen Konstitutionalismus garantiert die Verfassung demokratische Verfahren und eröffnet damit den Raum für Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft, jenseits einiger unverhandelbarer Fundamente. Die Verfassung entscheidet damit bewusst nicht, was ein gutes Leben ausmacht, aber garantiert die Freiheit, der eigenen Version nachzugehen, und sichert, dass es gemeinsame Bemühungen gibt, das immer besser gelingen zu lassen, im Wege repräsentativer Politik mit begrenzten Befugnissen der Exekutive. Es gibt also Rechte, um die Fundamente zu sichern, und es gibt Prinzipien als Erinnerungsposten zentraler Belange und zur Rechtfertigung bestimmter Interventionen, und es gibt Verfahren, um all das auch ins Werk zu setzen.

## **6. Zahlen und Regierung**

Was kann also eine deutsche Regierung oder ein deutsches Parlament mit Zahlen anfangen, und was dürfen sie im Einklang mit der Verfassung mit den Zahlen tun? Heuristisch sind Zahlen auch in der Politik von großem Wert, politisch aber von begrenzter Bindungskraft.

---

23 BVerfGE 125, 175 Rn. 135, unter Verweis auf ältere Entscheidungen: BVerfGE 80, 367 <374>; 109, 279 <319> 120, 125 <155f.>.

24 Grundsätzlich HÄBERLE 1972, S. 43 <140>; anders ansetzend HEINIG 2008; ein weiteres Fallbeispiel ist die Entscheidung zum Maßregelvollzug BVerfGE 128, 282 <Rn. 48>.

25 MARGALIT 1996.

26 Zur legitimatorischen Funktion von Verfahren kanonisch LUHMANN 1993.

Zahlen informieren Argumente. Selbstverständlich kann jedes Mitglied eines Parlaments und jedes Mitglied einer Exekutive Zahlen benutzen, als statistische Belege zur Verteidigung einer Position oder zur Begründung eines Handlungsverlangens.<sup>27</sup> Wenn der Gesetzgeber eine Regelung, die Grundrechte einschränkt, vor Gericht verteidigen muss, gibt es sogar eine Anforderung, diese Regelung rational zu begründen, sachlich und willkürfrei, und dieser Anforderung kommen Zahlen oft sehr gelegen. Das bedeutet nicht, wie das Bundesverfassungsgericht mehrfach betont hat, dass Politik zur Expertokratie werden muss, zur fachkundigen Einschätzung der Daten.<sup>28</sup> Vielmehr muss gezeigt werden können, dass der Umgang mit den Daten den Anforderungen des Grundgesetzes entsprach. Im Fall der sozialen Grundsicherung bedeutet das, niemanden außen vor zu lassen.

Zahlen können ein wichtiges Instrument sein, um Verantwortung zu belegen und einzufordern. Dann ermöglichen sie demokratisches Handeln und prägen es zugleich. Das ist für das Recht von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang geht es um die sachliche Beobachtung und Einschätzung der Implementierung von Recht.<sup>29</sup> Zahlen liefern dann Informationen, um zu verstehen, was Regulierung – als Rechtsetzung, als exekutives Entscheiden und als gerichtliches Urteilen – tatsächlich bewirkt. Zahlen tragen dann allerdings nicht nur dazu bei, Regulierungsbemühungen zu unterstützen. Sie können auch den Eindruck und die Rhetorik des Erfolgs zerstören, der mit der schlichten Verabschiedung eines Gesetzes oder auch der Verkündung eines Urteils üblicherweise einhergeht. Von diesem Moment des Inkraftsetzens als Geltung lässt sich die Wirkung von Recht erst auf der Grundlage der empirischen Implementationsforschung unterscheiden. Zahlen zur tatsächlichen Implementierung als mehrschichtiger Umsetzung von Recht ermöglichen es also, jenseits der formellen Existenz des Rechts zu erkennen, was Recht wirklich im Leben anrichtet. Das ermöglicht Kritik, als Lebenselixier des demokratischen Rechtsstaats, und es inspiriert Veränderung,<sup>30</sup> aber es verlangt der Politik auch mehr ab.

Zudem ist Implementationsforschung schwierig. In der empirischen Rechtsforschung gilt es als Herausforderung, tatsächlich zu messen, inwiefern rechtliche Versprechen umgesetzt werden, und diese Herausforderung ist natürlich bei den großen Versprechen des Verfassungsrechts besonders groß. Wir wissen zwar, dass einige Verfassungen in der Welt von heute bewusst nicht implementiert werden, sondern als Dekoration tatsächlich undemokratischer Verhältnisse erhalten müssen. Das wird als dekorativer Konstitutionalismus, manchmal auch

---

27 Allgemein dazu BÖHRET 2013.

28 In der Entscheidung zum Asylbewerberleistungsgesetz hat das Gericht ausgeführt (in BVerfGE 132, 134 Rn. 70f.), das Grundgesetz schreibe nicht vor, was, wie und wann genau im Gesetzgebungsverfahren zu begründen und berechnen ist. Es lässt Raum für Verhandlungen und für den politischen Kompromiss. Es gebe insoweit „keine spezifischen Pflichten im Verfahren; entscheidend ist, ob sich der Rechtsanspruch auf existenzsichernde Leistungen durch realitätsgerechte, schlüssige Berechnungen sachlich differenziert begründen lässt“. „Das Grundgesetz schreibt insofern auch keine bestimmte Methode vor, wodurch der dem Gesetzgeber zustehende Gestaltungsspielraum begrenzt würde.“ In der Wahl ist der Gesetzgeber frei. „Werden hinsichtlich bestimmter Personengruppen unterschiedliche Methoden zugrunde gelegt, muss dies allerdings sachlich zu rechtfertigen sein. [...] Daher darf bei der Bestimmung der konkreten Leistungen zur Existenzsicherung keine Methode gewählt werden, die Bedarfe von vornherein ausblendet, wenn diese ansonsten als existenzsichernd anerkannt worden sind.“

29 In der Rechtsforschung wird daher zwischen dem Rechtstext und seinem normativen Geltungsanspruch und unterschiedlichen Wirkungsdimensionen des Rechts unterschieden, die von der symbolischen Wirkung bis zur Sanktionswirkung reichen. Vertiefend dazu BAER 2016, § 9 B II.

30 Allgemein HOFFMANN-RIEM 2016.

als „griollo“-Konstitutionalismus bezeichnet.<sup>31</sup> Über Gesetze wissen wir aber viel weniger. Auf der Ebene der Gesetzgebung gibt es Regelungen, die tatsächlich nichts bewirken und auch nichts bewirken sollen. Manchmal dienen sie beispielsweise dazu, Protest zum Schweigen zu bringen, auch im Fall letztlich folgenloser Beteiligungsregeln. Wer Recht als Mittel der Gestaltung demgegenüber ernst nimmt, muss jenseits der Geltung auch auf die Wirkung des Rechts bedacht sein. Wenn Zahlen dazu beitragen, genau diese Wirkung besser zu verstehen, dann sind sie ein wichtiger Teil einer reichhaltigeren demokratischen Auseinandersetzung.

Die Messung der Wirkung von Recht ist schwierig, aber nicht unbekannt. Wie immer ist Qualität entscheidend. Im Zuge der Rufe nach einem besseren Regierungshandeln, dem „better government“ oder breiter auch „governance“, und nach dem Abschied von der Regulierungssillusion, also im Wissen darum, dass Recht regelmäßig nicht von alleine funktioniert, haben sich viele Regierungen und auch internationale Institutionen wie die Europäische Union (EU) oder die Weltbank in Indikatoren zur „Good Governance“ mit dem Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung beschäftigt.<sup>32</sup> In diesem Zusammenhang können gute Zahlen und gute Indikatoren tatsächlich Hinweise darauf geben, was eine bestimmte Regel tatsächlich bewirkt oder bewirken kann. Für die Politik liegt darin die Herausforderung, dass sich dann die Verabschiedung einer Regelung nur als Schritt auf einem Weg und nie als Lösung eines Problems darstellt, also auch nur noch begrenzt als Erfolg feiern lässt. Für eine demokratische Gesellschaft liegt darin die große Chance, zu erkennen, was rechtliche Rhetorik ist und was rechtlich induzierter Wandel. Daher sind belastbare Zahlen zur Gesetzgebung häufig für die Opposition und andere Kritikerinnen und Kritiker interessanter als für die Regierungsmehrheit. Zahlen können aber dazu dienen, politische Akteure tatsächlich daran zu messen, was sie versprochen haben.

## **7. Good Governance: Demokratie jenseits des Paternalismus**

Indikatoren eines „guten Lebens“ können also ein Baustein verantwortlichen Regierungshandeln sein und sind es teilweise bereits. Sie können für politische Entscheidungen notwendige Informationen liefern und kontroverse politische Entscheidungen unterstützen, einschließlich umstrittener Regulierungsentscheidungen. Demgegenüber ist die Vorstellung von einer „globalen Regierbarkeit“<sup>33</sup> auf der Grundlage allein von Zahlen problematisch. Das gilt jedenfalls, wenn sie eine Rationalität verspricht, die nie in der Zahl allein liegt, sondern dieser als Illusion anhaftet. Es gilt auch, wenn Zahlen benutzt werden, um Debatten zu beenden. Das deutsche Verfassungsrecht und, allgemeiner, ein demokratischer Konstitutionalismus erinnern uns daran, dass wir kein Ende, sondern einen sinnvollen Rahmen brauchen, um Debatten zu führen. Dabei helfen Informationen und auch Zahlen in der Politik. Sie determinieren demokratische Entscheidungen aber nicht, die den durch Grund- und Menschenrechte markierten Spielraum ausschöpfen wollen und sollen.

Eine zu starke Orientierung an Zahlen stößt insbesondere an die Grenzen demokratischer Verantwortung. Das gilt hinsichtlich der Zeit, aber auch hinsichtlich der Akteure. Demokrati-

---

31 Vgl. LUDWIKOWSKI 2000, S. 1; international vergleichend in DORSEN et al. 2016.

32 Nur exemplarisch zum Menschenrechtsbezug SALOMON 2015, S. 521–545; zur Gleichstellungsorientierung BAER und LEWALTER 2007, S. 195–205; LEWALTER 2013.

33 SHORE und WRIGHT 2015.

sche Verfassungsstaaten beruhen auf periodischen Wahlen, Meinungsfreiheit und Medienfreiheit, transparenter Gesetzgebung und kontrollierbarer Verwaltung. Je weiter sich diejenigen, die eine Quantifizierung definieren – als „Promulgator“ eines Indikators für die Politik – von den Verantwortlichen für die Indikatoren entfernen, und je weniger diejenigen mit der Definition zu tun haben, über die da quantifiziert berichtet wird, desto undemokratischer kann das werden. Wie immer muss Wissen von Entscheidungen unterschieden werden. Wenn also die quantifizierten Einstufungen als „ratings“ der ökonomischen Leistungsfähigkeit ganzer Staaten die politischen Entscheidungen zu ersetzen beginnen, ist das keine Frage der besseren oder schlechteren Zahlen, sondern ein grundsätzliches Problem.<sup>34</sup> Wenn diese Ratings noch dazu von privaten und weltweit tätigen Unternehmen erstellt werden, mag es sich dabei bestenfalls um Expertise handeln. Doch kommt diese Expertise aus einem gewinnorientierten *Think Tank* mit immensem politischen Einfluss, der sich verpackt in Zahlen als neutral präsentiert, dies aber regelmäßig nicht ist. Darin liegt ein wichtiger Unterschied zu wissenschaftlichen Einrichtungen – wie der Leopoldina oder den wissenschaftlichen Akademien –, die Politik ebenfalls nicht binden dürfen, aber doch weniger (ökonomisches) Eigeninteresse mitbringen, zumindest fachlich diverser organisiert sind (und sich um mehr Diversität bemühen sollten) und zwingend als lernende Institutionen operieren.

Eine zu starke Orientierung an den Zahlen stößt zudem auf das Paternalismus-Problem. Sogar das Streben nach Glück lässt sich juristisch zu einer „ordentlichen“ Unternehmung machen<sup>35</sup> – und das macht viele gerade nicht glücklich. Jedwede substantielle Definition eines guten Lebens riskiert es, Menschen vorgeben zu wollen, wie sie das ihre zu leben haben. Das wäre ein Schlag ins Gesicht für einen Konstitutionalismus, für den die Menschenwürde, die Freiheit und die Gleichheit die fundamentalen Ausgangspunkte sind, und in der demokratisch verhandelt werden muss, in der also in der Gesellschaft, in Parteien und Parlamenten zu entscheiden ist, an welche gemeinsamen Vorgaben wir uns alle halten wollen. Dazu gehört es auch, immer wieder infrage zu stellen, ob die bisherigen Entscheidungen noch tragen, sich also auch immer wieder darüber zu verständigen, was denn nun genau ein „gutes Leben“ ausmacht. So sehr Indikatoren auch Instrumente einer rationalen Standardisierung sind, so sehr sind sie insoweit mit dem Risiko des paternalistisch Antidemokratischen behaftet. Je mehr allerdings gute Daten politische Entscheidungen informieren, desto unproblematischer ist das, desto besser wohl meist.

Verfassungsrecht schützt nur davor, dass die Zahlen mehr oder minder heimlich das Regiment übernehmen.<sup>36</sup> Verfassungsrecht erlaubt aber selbstverständlich den Umgang mit Zahlen; es fordert mit Blick auf die Verantwortung politischer Akteure sogar dazu auf, wegweisende Entscheidungen nachvollziehbar, realistisch, plausibel auszuweisen. Insofern sind Zahlen zur Wirkung von Politik als qualifiziertes Wissen ein wunderbarer Partner insbesondere des Sozialstaates.<sup>37</sup> Bestenfalls hat dieser Staat das Gemeinwohl im Blick, und zwar bestens informiert auch auf der Grundlage von quantitativen Angaben zu Faktoren, die ein „gutes Leben“ ausmachen. Aber die Achtung vor der Individualität und daher auch der Diversität der Vorstellungen davon, was genau dazu gehört, trägt im Verfassungsstaat zwingend nur eine Politik, die nicht Bevormundung anstrebt, sondern die etwas ermöglichen will.

---

34 Vgl. RIEGNER 2014, S. 117–150; grundsätzlich dazu VOSSKUHL 2005, S. 125–173.

35 Das Beispiel ist die Bezugnahme auf den „pursuit of happiness“ als „orderly“ in den USA, aaO.

36 MERRY 2015.

37 ZACHER 2008, S. 129–140.

Sollten Menschen also Zahlen mögen? Das Potenzial der Zahl ist gerade in der Politik ambivalent. Zahlen können als objektives Wissen zu informierten politischen Entscheidungen – und zur Kritik an diesen – beitragen. Bei aller Klarheit, die sie suggerieren, dürfen Zahlen aber nicht demokratische Entscheidungen ersetzen. Um ihre Bedeutung zu klären, sind auch die Prozesse und Institutionen, in denen Zahlen entstehen, mit zu reflektieren. Die Macht der Zahl ist dann durchaus vorhanden, aber immer auch begrenzt.

## *Literatur*

- BAER, S.: § 11 Verwaltungsaufgaben. In: HOFFMANN-RIEM, W., SCHMIDT-ASSMANN, E., und VOSSKUHLE, A. (Hrsg.): Grundlagen des Verwaltungsrechts. Bd. 1, S. 717–759. München: Beck 2006
- BAER, S.: Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit. Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 68, 290–354 (2009)
- BAER, S.: Rechtssoziologie. Eine Einführung in die interdisziplinäre Rechtsforschung. Baden-Baden: Nomos 2016
- BAER, S., und LEWALTER, S.: Zielgruppendifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung – Ein Aspekt des Gender Mainstreaming und ein Beitrag zu „better governance“. Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) 5, 195–205 (2007)
- BÖHRET, C.: Entscheidungshilfen für die Regierung: Modelle, Instrumente, Probleme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2013
- DAVIS, K. E., FISHER, A., KINGSBURGY, B., and MERRY, S. E.: Governance by Indicators. Oxford: Oxford University Press 2012
- DORSEN, N., ROSENFELD, M., SÁJO, A., BAER, S., and MANCINI, S.: Comparative Constitutionalism. 3 Vol. St. Paul, MN: West Academic Publishing 2016
- GUDYNAS, E.: Buen Vivir: Today's Tomorrow. Development 54/4, 441–447 (2011)
- HÄBERLE, P.: Grundrechte im Leistungsstaat. Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 30, 43 (1972)
- HEINIG, H.-M.: Der Sozialstaat im Dienst der Freiheit. Zur Formel vom „sozialen“ Staat in Art. 20 Abs. 1 GG. Tübingen: Mohr Siebeck 2008
- HOFFMANN-RIEM, W. (Hrsg.): Innovationen im Recht. Baden-Baden: Nomos 2016
- KRAMMANN, S., und VOLKMER, M.: Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld: transcript 2015
- LEPENIES, P.: Die Macht der einen Zahl: Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. Berlin: Suhrkamp 2013
- LEWALTER, S.: Gender in der Verwaltungswissenschaft konkret: Gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung. Discussion Paper des Harriet-Taylor-Mill-Instituts 20/1 (2013)
- LUDWIKOWSKI, R.: Constitutional culture of the new east-central European democracies. Georgia Journal of International and Comparative Law 29, 1 (2000)
- LUHMANN, N.: Legitimation durch Verfahren. 3. Aufl. Frankfurt (Main): Suhrkamp 1993
- MACKENSEN, R., und REULECKE, J. (Hrsg.): Das Konstrukt „Bevölkerung“ vor, im und nach dem „Dritten Reich“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2015
- MARGALIT, A.: The Decent Society. Cambridge, MA: Harvard University Press 1996
- MARKARD, N.: Unausweichliche Gleichheit: Obergefell und die Eheöffnung für gleichgeschlechtliche Paare. Jahrbuch des Öffentlichen Rechts N. F. 2016, 767–793 (2016)
- MERRY, S. E.: The Quiet Power of Indicators: Measuring Governance. Corruption and the Rule of Law. Cambridge: Cambridge University Press 2015
- PASTOR, R. V., und DALMAU, R. M.: Los procesos constituyentes latinoamericanos y el nuevo paradigma constitucional. Ius 25, 7–29 (2011)
- RIEGNER, M.: Entwicklungsmessung und Recht. In: DANN, P., KADELBACH, S., und KALTENBORN, M. (Hrsg.): Entwicklung und Recht. S. 117–150. Baden-Baden: Nomos 2014
- ROTTENBURG, R., MERRY, S. E., PARK, S.-J., and MUGLER, J.: The World of Indicators. Cambridge: Cambridge University Press 2015
- SALOMON, M.: Of austerity, human rights and international institutions. European Law Journal 21/4, 521–545 (2015)
- SHORE, C., and WRIGHT, S.: Governing by numbers: Audit culture, rankings and the new world order. Social Anthropology 23/1, 22–28 (2015)
- STIGLITZ, J., SEN, A., and FITOUSSI, J. P.: Mismeasuring Our Lives. New York, London: New Press 2010

*Susanne Baer*

- VOSKUHLE, A.: Sachverständige Beratung des Staates. In: ISENSEE, J., und KIRCHHOF, P. (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts. Bd. III, S. 125–173. Heidelberg: C. F. Müller 2005
- WISCHMEYER, T.: Nationale Identität und Verfassungsidentität. Schutzgehalte, Instrumente, Perspektiven. Archiv des öffentlichen Rechts 140, 415–460 (2015)
- ZACHER, H. F.: Die Dilemmata des Wohlfahrtsstaats [2001]. In: ZACHER, H. F.: Abhandlungen zum Sozialrecht. Bd. II, S. 129–140. Heidelberg: Müller 2008

Prof. Dr. Dr. h. c. Susanne BAER, LL.M.  
Richterin des Bundesverfassungsgerichts  
Professur für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien  
Juristische Fakultät  
Humboldt-Universität zu Berlin  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
Bundesrepublik Deutschland  
E-Mail: baer@rewi.hu-berlin.de

## **Notwendige Güter für ein gutes Leben? Einige Überlegungen zum Begriff der Gerechtigkeit**

Rainer FORST (Frankfurt am Main)

### *Zusammenfassung*

Es steht außer Frage, dass Regierungen die Aufgabe haben, das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Die Diskussionen darüber, was „Wohlergehen“ (*welfare*) heißt, werden als für die Bestimmung sozialer Gerechtigkeit zentral betrachtet: Sollte ein spezifischer Begriff der Lebensqualität im Zentrum stehen, sollte es um die Güter gehen, die zu einem guten oder sozial inkludierten Leben gehören, und ist es die Aufgabe staatlicher Gerechtigkeit, für ein Minimum dieser Güter für alle Personen zu sorgen? So wird eine enge Verknüpfung zwischen sozialer Gerechtigkeit, distributiven Gütern, Wohlergehen und Glück oder gutem Leben hergestellt. In den folgenden Überlegungen möchte ich diese Verknüpfung hinterfragen, da wir den Begriff der sozialen Gerechtigkeit verkürzen, wenn wir hauptsächlich auf die Frage fixiert sind, welche Güter individueller Wohlfahrt zuträglich sind. Wir bleiben dann einem reifizierten und trügerischen Bild der Gerechtigkeit verhaftet, das die politische Pointe der sozialen Gerechtigkeit vernachlässigt. Denn der Gerechtigkeit geht es nicht primär darum, wer was erhält, sondern wer wie über grundlegende Strukturen der Produktion und Verteilung von Gütern bestimmt.

### *Abstract*

All governments must further the welfare of their citizens. That much is beyond dispute. How to understand “welfare” is a different matter, however, and a central one for the debate on social justice: do we have in mind a specific understanding of quality of life or of essential goods that are necessary for a flourishing and socially inclusive life, and are governments required to provide a subsistence level of these goods? By asking these questions, we (implicitly) draw a close connection between social justice, the distribution of goods, welfare, happiness and a flourishing life. In the following reflections, I want to challenge this connection. I argue that we operate with an overly narrow understanding of social justice if our primary focus lies on the question which goods are conducive to individual welfare. Such a narrow focus leads us to a reified and fallacious picture of social justice which ignores its fundamentally political nature. The central question of justice is not who gets what from whom but who gets to shape the basic structure of production and distribution.

### **1.**

Es steht außer Frage, dass Regierungen die Aufgabe haben, das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Dies auf die richtige Weise zu tun, wird als Gegenstand sozialer Gerechtigkeit angesehen, und so werden die Diskussionen darüber, was „Wohlergehen“ (*welfare*) heißt, als für die Bestimmung sozialer Gerechtigkeit zentral betrachtet: Sollte ein spezifischer Begriff der Lebensqualität im Zentrum stehen, sollte es um die Güter gehen, die zu einem guten oder sozial inkludierten Leben gehören, und ist es die Aufgabe staatlicher Gerechtigkeit, für ein Minimum dieser Güter für alle Personen zu sorgen, oder geht es um eine umfassendere Gleichheit der Güterausstattung? So wird eine enge

Verknüpfung zwischen sozialer Gerechtigkeit, distributiven Gütern, Wohlfahrt und Glück oder gutem Leben hergestellt und als natürlich angesehen. In den folgenden kurzen Bemerkungen möchte ich diese Verknüpfung hinterfragen, da wir den Begriff der sozialen Gerechtigkeit verkürzen, wenn wir hauptsächlich auf die Frage fixiert sind, welche Güter individueller Wohlfahrt zuträglich sind. Wir bleiben dann einem reifizierten und trügerischen Bild der Gerechtigkeit verhaftet.<sup>1</sup>

## 2.

Das Denken über soziale bzw. distributive Gerechtigkeit wird meines Erachtens von einem Bild „gefangen“ gehalten, das es verhindert, der Sache auf den Grund zu gehen. Es verdankt sich einer bestimmten Deutung des antiken, seit PLATON für das Verständnis von Gerechtigkeit zentralen Grundsatzes „Jedem das Seine“ (*suum cuique*), welcher so gedeutet wird, dass es an erster Stelle darauf ankommt, was Einzelnen im Sinne der Gerechtigkeit an Gütern zukommt – wer was „erhält“. Die Suche nach Antworten darauf führt entweder zu Vergleichen der Güterausstattung von Personen miteinander und legt relative Schlussfolgerungen nahe, oder die Frage wird so gestellt, ob die Individuen „genug“ von den lebenswichtigen Gütern für ein gutes bzw. menschenwürdiges Leben haben, ungeachtet komparativer Überlegungen. Diese güter- und distributionszentrierten, *empfängerorientierten* Sichtweisen haben zwar ihre Berechtigung, denn natürlich geht es bei der Verteilungsgerechtigkeit um die Zuteilung von Gütern; dennoch führt dieses Bild dazu, dass wesentliche Aspekte der Gerechtigkeit verdeckt werden, so – *erstens* – die Frage, wie die zu verteilenden Güter „in die Welt“ kommen, also Fragen der Produktion und ihrer gerechten Organisation. Aber mehr noch, die *politische* Frage, wer auf welche Weise über Strukturen der Produktion und der Verteilung bestimmt, also die Frage der Macht, wird damit – *zweitens* – übergangen, als ob es eine große Verteilungsmaschine geben könnte, die man nur recht programmieren müsste.<sup>2</sup> Aber eine solche Maschine darf es nicht nur nicht geben, da so die Gerechtigkeit nicht mehr als Errungenschaft der Subjekte selbst verstanden würde, sondern sie zu passiven Empfängern machte; dieser Gedanke vernachlässigt – *drittens* – zudem, dass berechtigte Ansprüche auf Güter nicht einfach „vorhanden“ sind, sondern selbst nur diskursiv in entsprechenden Rechtfertigungsverfahren ermittelt werden können, an denen – und das ist die *grundlegende Forderung der Gerechtigkeit* – alle als Freie und Gleiche *beteiligt* sind.

Schließlich blendet die güterfixierte Sichtweise – *viertens* – auch die Frage der Ungerechtigkeit weitgehend aus, denn sofern sie sich auf zu behebende Mängel an Gütern konzentriert, ist ihr derjenige, der als Folge einer Naturkatastrophe Mangel an Gütern und Ressourcen leidet, demjenigen gleich, der als Folge wirtschaftlicher oder politischer Ausbeutung denselben Mangel leidet. Recht besehen ist zwar in beiden Fällen Hilfe angezeigt, aber – nach meinem Verständnis der Grammatik der Gerechtigkeit – einmal als Akt moralischer Solidarität und einmal als Akt der Gerechtigkeit, differenziert nach dem jeweiligen Involviertsein in Verhältnisse der Ausbeutung und des Unrechts sowie differenziert nach der Art von Übel, um das es geht. Ignoriert man diese Differenz, kann es – quasi in einer Dialektik der Moral – dazu

---

1 Vgl. zum Folgenden ausführlich FORST 2011, Kap. 1.

2 Die beiden genannten Kritikpunkte finden sich in Iris Marion YOUNGS Kritik des „Distributionsparadigmas“ (YOUNG 1990, Kap. 1).

kommen, dass als Akt großzügiger „Hilfe“ angesehen wird, was eigentlich eine Forderung der Gerechtigkeit wäre.<sup>3</sup>

Aus den genannten Gründen ist es auch und gerade dann, wenn es um Fragen der distributiven Gerechtigkeit geht, notwendig, die *politische* Pointe der Gerechtigkeit zu sehen und sich von dem falschen Bild zu befreien, das allein Gütermengen in den Blick rückt (so wichtig diese auch sind). Die Gerechtigkeit muss demgegenüber einem zweiten, angemesseneren Bild zufolge auf *intersubjektive Verhältnisse und Strukturen* zielen, nicht auf *subjektive oder vermeintlich objektive Zustände* der Güterversorgung. Nur so, durch die Berücksichtigung der *ersten Frage der Gerechtigkeit* – der Rechtfertigbarkeit sozialer Verhältnisse und entsprechend der Verteilung von „Rechtfertigungsmacht“ in einem politischen Zusammenhang –, ist eine kritische und umfassende Vorstellung der Gerechtigkeit möglich. Kurz: Die Frage der Gerechtigkeit ist weniger die Frage nach den Gütern, über die man verfügt, als die der Stellung Einzelner im gesellschaftlichen Institutionengefüge und ihrer Beteiligungschancen – insbesondere der Chancen, dieses Gefüge im Sinne seiner Rechtfertigungssensibilität zu verändern.

### 3.

Was rechtfertigt es, von einem „falschen“ gegenüber einem „angemesseneren“ Bild der Gerechtigkeit zu sprechen, kann doch das güter- bzw. empfängerzentrierte Verständnis sich auf den altehrwürdigen Grundsatz des *Suum cuique* berufen? Gibt es eine demgegenüber ursprünglichere, tiefere Bedeutung von Gerechtigkeit? Dies ist meines Erachtens der Fall; der Begriff der Gerechtigkeit besitzt einen Bedeutungskern, der als wesentlichen Gegenbegriff den der Willkür<sup>4</sup> hat: sei es die Willkürherrschaft Einzelner, sei es die eines Teils der Gemeinschaft (etwa einer Klasse), sei es die Hinnahme sozialer Kontingenzen, die zu asymmetrischen Positionen bzw. Verhältnissen der Beherrschung führen und als schicksalhaft und unveränderbar hingenommen werden, ohne es zu sein. Die Herrschaft der Willkür ist Herrschaft von Menschen über Menschen ohne legitimen Grund, und wo der Kampf gegen Ungerechtigkeit aufgenommen wird, richtet er sich gegen solche Formen der Beherrschung. Der Grundimpuls gegen die Ungerechtigkeit ist nicht primär der des Etwas- oder Mehr-haben-Wollens, sondern der, nicht mehr beherrscht, bedrängt oder übergangen werden zu wollen in seinem Anspruch und *Grund-Recht auf Rechtfertigung*: Dieser Anspruch enthält die Forderung, dass es keine politischen oder sozialen Verhältnisse geben soll, die gegenüber den Betroffenen nicht adäquat gerechtfertigt werden können. Darin liegt das zutiefst *politische* Wesen der Gerechtigkeit, das der Satz des *Suum cuique* nicht auffängt, sondern eher verdrängt, denn worum es in der Gerechtigkeit geht, ist, wer bestimmt, wer was erhält – die Dimension also, die bei PLATON von der Idee des Guten bzw. den Philosophenkönigen besetzt wird. Die Forderung nach Gerechtigkeit ist meinem Bild nach eine emanzipatorische, die mit Begriffen wie Fairness, Wechselseitigkeit, Symmetrie, Gleichheit oder Balance beschrieben worden ist; reflexiv gesprochen, liegt ihr der Anspruch zugrunde, als autonomes Rechtfertigungswesen respektiert zu werden, d. h. in der Würde als Wesen, das Rechtfertigungen geben und verlangen kann. Als

<sup>3</sup> Vgl. dazu FORST 2007, Kap. 11.

<sup>4</sup> Siehe auch die Begriffsbestimmung RAWLS 1975, S. 21f.

Opfer der Ungerechtigkeit ist nicht primär die Person anzusehen, der bestimmte Güter *fehlen*, sondern die, die bei der Herstellung und Verteilung von Gütern nicht „*zählt*“.

#### 4.

Man kann verschiedene Schneisen in zeitgenössische Diskussionen um Gerechtigkeit schlagen. Doch die, die sich auftut, wenn man nach den zwei Bildern der Gerechtigkeit fragt, ist besonders aufschlussreich, denn aus dieser Perspektive finden sich manche Kontrahenten unvermutet auf derselben Seite wieder.

Ein Beispiel ist die neuere Debatte über Gleichheit. Damit sind eigentlich zwei Diskussionspunkte gemeint, nämlich einmal die Frage „Gleichheit wovon?“ – von Gütern, Ressourcen, Wohlfahrt oder Fähigkeiten<sup>5</sup> – und einmal die Frage „Wieso überhaupt Gleichheit?“. Aus der Perspektive der Differenz der beiden Bilder der Gerechtigkeit allerdings fällt auf, dass Gleichheitsverfechter wie auch Gleichheitsgegner von demselben Verständnis ausgehen, häufig sogar wirklich in einem spezifischen Bild ausgedrückt: dem der Göttin Justitia als Mutter, die einen Kuchen zu verteilen hat und sich fragt, wie das zu bewerkstelligen sei.<sup>6</sup> Dann wird entweder für den Vorrang der Gleichverteilung von Gütern argumentiert, nach der dann andere Argumente für legitime Ungleichverteilungen – etwa Bedürfnis, Leistung, vorgängig erworbene Ansprüche – als Sondergründe zu gewichten sind. Oder es wird ein egalitaristisches Kalkül der Bedürfnisbefriedigung – *welfare* – angesetzt, das als Ziel der Verteilung dient.<sup>7</sup> Doch wie der Kuchen zustande gekommen ist und – wichtiger noch – wer die Mutter sein darf, bleibt dabei weitgehend unthematisiert. Dies aber ist die erste Frage der Gerechtigkeit.

#### 5.

Auf Seiten der Gleichheitskritiker finden sich spiegelbildliche Probleme. In den Augen von Harry FRANKFURT etwa kann es den Verteidigern egalitärer Gerechtigkeitskonzeptionen gar nicht um den Wert der Gleichheit gehen, denn wenn man sie frage, was an der Ungleichheit falsch oder schlecht sei, antworteten sie mit dem Verweis auf die negativen Konsequenzen der Zustände in einer Gesellschaft der Ungleichheit: dass es einigen Menschen an wichtigen Gütern für ein zufriedenstellendes Leben mangle.<sup>8</sup> Was schlecht an einem solchen Leben sei, bestehe darin, dass es den Personen an wesentlichen Gütern fehle, nicht, dass es anderen besser gehe.<sup>9</sup> Ein weitergehender Drang nach Gleichheit erscheint dann entweder als Irrtum oder als Ausdruck von Neidkomplexen.

Angelika KREBS hat diese Argumente des sogenannten *sufficientarianism* aufgenommen und dafür argumentiert, dass „zumindest die besonders wichtigen, elementaren Standards der

5 Vgl. COHEN 1993. Vgl. auch BRIGHOUSE und ROBEYNS 2010.

6 TUGENDHAT 1993, S. 373f.; HINSCH 2002, S. 169f.; GOSEPATH 2004, S. 250ff. Das Kuchenbeispiel findet sich bereits bei BERLIN 1981, S. 84, allerdings noch ohne Mutter.

7 So insbesondere im „luck egalitarianism“, paradigmatisch bei ARNESON 2004 und 2001. Kritisch dazu ANDERSON 1999.

8 FRANKFURT 1988, S. 143–158; und FRANKFURT 1999, S. 146–154.

9 So auch RAZ 2000.

Gerechtigkeit nicht-relationaler Art sind“ und es der Gerechtigkeit darum gehe, „menschenswürdige Lebensbedingungen“ herzustellen, welche man nach „absoluten Erfüllungswerten“ bemessen könne – nicht danach, was andere haben.<sup>10</sup> Diesen Ansatz – wieder steht das Bild einer freundlichen Verteilungsagentur im Hintergrund, nur diesmal mit anderen Kriterien operierend – nennt sie „nonegalitaristischen Humanismus“ und beansprucht, dass er einer allgemein zustimmungsfähigen Konzeption der Menschenwürde aufruft. Bestimmte Grundgüterlisten werden herangezogen, mit deren Hilfe ein möglichst universales Konzept der für ein „gutes Leben notwendigen“ Güter erstellt werden soll.

Auch gegen diese Ansätze lassen sich gewichtige Einwände vorbringen. So gilt der Frankfurtsche Satz, dass es nicht darauf ankommt, wie viel andere haben, sondern nur darauf, ob ich „genug“ habe, im Sinne der Gerechtigkeit *nur dann*, wenn Bedingungen der Hintergrundgerechtigkeit herrschen, d. h. dann, wenn die Anderen mich vorher nicht übervorteilt haben. Andernfalls wäre das mit meiner Würde als grundsätzlich moralisch gleich zu achtendes Wesen (ein Standard, den FRANKFURT selbst betont) unvereinbar. Das heißt dann aber auch, dass wir anderswo nach Gründen solcher Hintergrundgerechtigkeit suchen müssen und FRANKFURTS Argumentation dazu nichts beiträgt.

Aber mehr noch: Die Idee des „Genughabens“ oder „Genugbekommens“ fasst das Eigentliche der Gerechtigkeit – den Punkt der Vermeidung willkürlicher Herrschaft – nicht: Gerechtigkeit ist stets eine „relationale“ Größe, indem sie nicht primär nach subjektiven oder objektiven *Zuständen* (wie Mangel oder Überfluss), sondern nach gerechten *Verhältnissen zwischen Menschen* fragt und danach, was sie aus welchen Gründen *einander* schulden. Sie muss also stets *relational* sein, auch wenn dabei noch offen ist, in welchem Sinne sie *komparativ* sein muss. Die Forderungen der Gerechtigkeit erklärt man insbesondere nicht nach dem Muster moralisch gebotener Hilfe bei bestimmten Mangel- oder Notsituationen, sondern sie kommen dort ins Spiel, wo es um grundsätzlich zu rechtfertigende Verhältnisse unter Menschen geht, die in einem sozialen Kooperationszusammenhang der Hervorbringung und der Verteilung von Gütern verbunden sind – oder eben, was zumeist der Fall ist, in einem Zusammenhang „negativer Kooperation“, d. h. von Zwang oder Beherrschung (ob durch rechtliche, wirtschaftliche oder politische Mittel). Es liegt ein Unterschied ums Ganze darin, ob jemandem bestimmte Güter und Chancen ungerecht(fertig)erweise *vorenthalten* werden oder ob er, aus welchem Grund auch immer – etwa in Folge einer Naturkatastrophe, wie eingangs erwähnt, – einen *Mangel* an bestimmten Gütern hat. Gerat ersterer Zusammenhang aus dem Blick, hat man das Problem der Gerechtigkeit wie auch das der Ungerechtigkeit verfehlt bzw. verdeckt. Pflichten der Gerechtigkeit dürfen nicht auf „humanistische“ oder gar „humanitäre“ Pflichten moralisch-solidarischer Hilfeleistung reduziert werden. Die Gerechtigkeit erfordert es, dass die Beteiligten eines Kooperationszusammenhangs als Gleiche respektiert werden, und das heißt: dass sie gleichberechtigte Teilnehmer an der sozialen und politischen *Rechtfertigungsordnung* sind, in der unter ihrer Beteiligung die Bedingungen der Hervorbringung und der Verteilung von Gütern bestimmt werden. Der „Würde“ dessen, der nach Gerechtigkeit fragt, wird beispielsweise eine staatlich verordnete Zuteilung von Gütern nach „absoluten“ Standards, die von dem realen Gerechtigkeits- bzw. Ungerechtigkeitszusammenhang absehen, keinesfalls gerecht.

---

10 KREBS 2000, S. 17f. Vgl. auch SCHRAMME 2006, Teil 2.

6.

Halten wir an dieser Stelle die wesentlichen Punkte fest. Die Gerechtigkeit habe ich als die menschliche Kraft und Größe bestimmt, sich Verhältnissen der Willkürherrschaft – Einzelner, Klassen oder Gruppen bzw. „der Verhältnisse“ (die fälschlicherweise als unveränderbar erscheinen) – entgegenzustellen. Willkür wurde als Herrschaft „ohne Grund“ definiert, als unzureichend gerechtfertigte Herrschaft bzw. Beherrschung unter der Annahme, dass eine gerechte Ordnung eine zwischen Freien und Gleichen zustimmungsfähige ist – und zwar nicht nur zustimmungsfähig im Konjunktiv, sondern zustimmungsfähig auf der Basis institutionalisierter Verfahren der Rechtfertigung. Dies folgt *rekursiv* aus der Tatsache, dass es sich bei der politischen und sozialen Gerechtigkeit um Normen einer institutionellen Grundstruktur handelt, die beanspruchen, wechselseitig und allgemein zu gelten. Innerhalb eines solchen Rahmens gilt somit *ein oberstes Prinzip*: das *Prinzip der reziproken und allgemeinen Rechtfertigung*, dem zufolge jeder Anspruch auf Güter, Rechte oder Freiheiten wechselseitig und allgemein begründet werden muss, wobei nicht eine Seite ihre Gründe auf die andere einfach projizieren darf, sondern sich diskursiv rechtfertigen muss.<sup>11</sup>

Diesem Prinzip gemäß hat ein jedes Mitglied eines Gerechtigkeitskontexts – wie bereits erwähnt – ein grundlegendes *Recht auf Rechtfertigung*, d. h. ein Recht auf angemessene Gründe für die Gerechtigkeitsnormen, die allgemein gelten sollen. Die Achtung dieses Rechts ist moralisch und politisch gefordert, und darin liegt die basale moralische Gleichheit begründet, die den Boden für weitergehende Ansprüche auf politische und soziale Gerechtigkeit darstellt. Jede weitere Gerechtigkeitsnorm ist in dem Sinne „relational“, dass sie einem Verfahren reziprok-allgemeiner Rechtfertigung entsprungen sein können muss. Dann sind Forderungen der Gerechtigkeit keine moralischen Hilfeleistungen, sondern strikt geschuldete Leistungen innerhalb eines sozialen Kooperationssystems, das eine Rechtfertigungsordnung darstellt.

Die basalen und entscheidenden Kriterien der Gerechtigkeit sind somit bei aller Pluralität von Gütern und normativen Gesichtspunkten – bezüglich der Verteilung von Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsgütern etc. – die von Reziprozität und Allgemeinheit. Diese Kriterien dienen als Filter für inakzeptable Vorrechtsansprüche, denn darauf zielt die Frage der Gerechtigkeit aus einer ihr innewohnenden sozialen Dynamik heraus stets zuerst: Welche bevorzugten Positionen und Privilegien sind nicht gerechtfertigt gegenüber denen, die diese Vorzüge nicht genießen, aber anerkennen sollen?

Damit ist die für das Problem der politischen und sozialen Gerechtigkeit zentrale Einsicht gewonnen, dass die *erste Frage der Gerechtigkeit die Frage der Macht* ist. Denn es geht ihr nicht nur darum, welche Güter aus welchen Gründen in welchem Maße an wen legitimerweise zu verteilen sind, es geht auch darum, *wie* diese Güter zuallererst in die Welt kommen sowie *wer* über die Verteilung bestimmt und *wie* sie vorgenommen wird. Theorien, die primär allokativ-distributiver Natur sind, sind entsprechend „machtvergessen“, sofern sie die Gerechtigkeit nur von der „Empfängerseite“ her denken und gegebenenfalls „Umverteilungen“ fordern, ohne die politische Frage nach der Bestimmung der Strukturen der Hervorbringung und der Verteilung von Gütern zu stellen. Dass die Frage der Macht die erste Frage der Gerechtigkeit ist, bedeutet, dass die Orte der Gerechtigkeit dort zu suchen sind, wo die zentralen Rechtfertigungen für eine soziale Grundstruktur geliefert werden müssen und die

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu ausführlich FORST 2007, Teil 1.

institutionellen Weichenstellungen vorgenommen werden, die das soziale Leben von Grund auf bestimmen. Alles kommt, wenn man so will, auf die Rechtfertigungsverhältnisse in einer Gesellschaft an. Die Macht, verstanden als effektive „Rechtfertigungsmacht“ der Einzelnen, ist das übergeordnete Gut der Gerechtigkeit: die „diskursive“ Macht, Rechtfertigungen zu fordern, zu liefern und falsche Legitimationen herauszufordern.<sup>12</sup> Damit argumentiere ich für eine „politische Wende“ in der Gerechtigkeitsdebatte und für eine *kritische Theorie der Gerechtigkeit als Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse*.

## 7.

Auf der Basis dieses Prinzips ist eine umfassende Theorie politischer und sozialer Gerechtigkeit zu konstruieren, was ich an dieser Stelle nur andeuten kann.<sup>13</sup> Zunächst ist eine begriffliche Unterscheidung zwischen *fundamentaler* und *vollständiger Gerechtigkeit* vorzunehmen. Die Aufgabe fundamentaler Gerechtigkeit ist die Herstellung einer *Grundstruktur der Rechtfertigung*, die Aufgabe vollständiger Gerechtigkeit die Herstellung einer *gerechtfertigten Grundstruktur*. Damit Letzteres angezielt werden kann, ist Ersteres notwendig: ein „Ins-Werk-Setzen“ der Rechtfertigung durch diskursiv-konstruktive, demokratische Verfahren, in denen die „Rechtfertigungsmacht“ unter den Bürgern möglichst gleich verteilt ist. Dafür bedarf es bestimmter Rechte und Institutionen und einer Vielzahl von Mitteln, von bestimmten Fähigkeiten<sup>14</sup> und Informationen, bis hin zu realen Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten innerhalb der Grundstruktur – also einer nicht „minimalistischen“ Struktur. Was zu diesem Minimum zählt, muss nach den Kriterien von Reziprozität und Allgemeinheit legitimiert und bemessen werden. Dies läuft auf eine höherstufige, diskursive Version des Rawlsschen „Differenzprinzips“ hinaus, von dem RAWLS sagt, es verleihe den Schlechtestgestellten ein „Vetorecht“: „diejenigen, die mehr Vorteile haben, müssen das vor denen, die die geringsten Vorteile haben, rechtfertigen können“.<sup>15</sup> Damit wird dieses Prinzip aber nicht selbst (wie bei RAWLS) zu einem bestimmten Verteilungsprinzip, sondern zu einem übergeordneten Prinzip der Rechtfertigung möglicher Verteilungen; und daneben besteht nicht nur eine Rechtfertigungspflicht gegenüber den Schlechtestgestellten (die besondere Rechtfertigungsrechte haben), sondern allgemein, auch den Schlechtergestellten gegenüber.<sup>16</sup>

Fundamentale Gerechtigkeit ist damit, um es scheinbar paradox auszudrücken, eine substanzielle Vorgabe prozeduraler Gerechtigkeit: Auf einem moralischen Recht auf Rechtfertigung basierend, wird für eine Grundstruktur argumentiert, in der die Einzelnen reale Möglichkeiten haben, deren Institutionen selbst reziprok-allgemein zu bestimmen. Fundamentale Gerechtigkeit sichert allen Bürgern einen effektiven Status „als Gleiche“ zu, als Bürger mit realen Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten. Eine Verletzung der Gerechtigkeit liegt vor,

---

12 Vgl. näher FORST 2015.

13 Ausführlicher dazu FORST 1994, 2007.

14 Hier hat der „Fähigkeiten“-Ansatz eine Berechtigung, aber gebunden an die Aufgabe der Herstellung fundamentaler Gerechtigkeit.

15 RAWLS 1975, S. 175f.

16 Dabei muss beachtet werden, dass, je nachdem, welches Gut zur Verteilung ansteht, die Gruppe der „worst off“ wechseln kann: Es können in erster Linie Arbeitslose, Alleinerziehende, Alte, Kranke, ethnische Minderheiten sein, um nur einige zu nennen, doch insbesondere Kombinationen dieser Merkmale (zumal unter Geschlechtergesichtspunkten) verschärfen die Situation und entsprechende Rechtfertigungsanforderungen.

wenn die genannte, primäre Rechtfertigungsmacht in den wichtigsten Institutionen ungleich verteilt ist.

Darauf aufbauend wird es möglich, eine differenzierte gerechtfertigte Grundstruktur anzustreben. Welche Güter aus welchen Gründen an wen und durch wen in welchem Maße zu verteilen sind, muss in angemessenen demokratischen Verfahren entschieden werden. Während fundamentale Gerechtigkeit rekursiv-diskursiv mit dem Verweis auf die notwendigen Bedingungen fairer Rechtfertigungsmöglichkeiten festzulegen ist, gehen in vollständige Gerechtigkeitsüberlegungen andere substanzielle, durchaus auch sozial-relative Überlegungen in Michael WALZERS Sinne ein.<sup>17</sup> Wie etwa Güter wie Gesundheit, Arbeit, Freizeit etc. zu verteilen sind, ist entsprechend zu bestimmen, stets zunächst mit einem Blick auf die Funktionserfordernisse fundamentaler Gerechtigkeit, dann aber darüber hinaus hinsichtlich der entsprechenden Güter und der Gründe, die für das eine oder das andere Verteilungsschema sprechen (und die sich auch ändern können). Solange fundamentale Gerechtigkeit vorhanden ist, werden solche Diskurse nicht illegitimen Machtungleichheiten zum Opfer fallen. Noch einmal zeigt sich, wieso die erste Frage der Gerechtigkeit die Frage der Macht ist.

## 8.

Worin liegt letztlich die Differenz zwischen den beiden Bildern der Gerechtigkeit begründet, die ich unterschieden habe? Vielleicht in zwei verschiedenen „Menschenbildern“ und Verständnissen menschlicher Würde: Einmal werden Menschen als Wesen verstanden, denen es nicht an Gütern mangeln soll, die für ein „menschenwürdiges“ bzw. „gutes“ Leben notwendig sind, und ein andermal als Wesen, deren Würde darin liegt, als Freie und Gleiche nicht ohne angemessenen Grund bestimmten Normen unterworfen bzw. nicht beherrscht zu werden. Beide Gedanken haben ihren Wert; doch für die Grammatik der Gerechtigkeit ist Letzteres in meinen Augen zentral.

## Literatur

- ANDERSON, E.: What is the point of equality? *Ethics* 109, 287–337 (1999)
- ARNESON, R.: Luck and equality. *Proceedings of the Aristotelian Society Suppl. Vol.*, 73–90 (2001)
- ARNESON, R.: Luck egalitarianism: An interpretation and defense. *Philosophical Topics* 32, 1–20 (2004)
- BERLIN, I.: Equality. In: BERLIN, I.: *Concepts and Categories. Philosophical Essays*. Ed. by H. HARDY. Harmondsworth: Penguin 1981
- BRIGHOUSE, H., and ROBEYNS, I. (Eds.): *Measuring Justice. Primary Goods and Capabilities*. Cambridge: Cambridge University Press 2010
- COHEN, G.: Equality of what? On welfare, goods, and capabilities. In: NUSSBAUM, M., and SEN, A. (Eds.): *The Quality of Life*; pp. 9–29. Oxford: Clarendon Press 1993
- FORST, R.: *Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus*. Frankfurt (Main): Suhrkamp 1994
- FORST, R.: *Das Recht auf Rechtfertigung*. Frankfurt (Main): Suhrkamp 2007
- FORST, R.: Zwei Bilder der Gerechtigkeit. In: FORST, Rainer: *Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse*. Kap. 1. Berlin: Suhrkamp 2011
- FORST, R.: *Normativität und Macht*. Berlin: Suhrkamp 2015

---

<sup>17</sup> WALZER 1992.

- FRANKFURT, H.: Equality as a moral ideal. In: FRANKFURT, H.: The Importance of What We Care About; pp. 143–158. Cambridge: Cambridge University Press 1988
- FRANKFURT, H.: Equality and respect. In: FRANKFURT, H.: Necessity, Volition, and Love; pp. 146–154. Cambridge: Cambridge University Press 1999
- GOSEPATH, S.: Gleiche Gerechtigkeit. Frankfurt (Main): Suhrkamp 2004
- HINSCH, W.: Gerechtfertigte Ungleichheiten. Berlin: de Gruyter 2002
- KREBS, A.: Einleitung: Die neue Egalitarismuskritik im Überblick. In: KREBS, A. (Hrsg.): Gleichheit oder Gerechtigkeit. S. 17f. Frankfurt (Main): Suhrkamp 2000
- RAWLS, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt (Main): Suhrkamp 1975
- RAZ, J.: Strenger und rhetorischer Egalitarismus. In: KREBS, A. (Hrsg.): Gleichheit oder Gerechtigkeit. S. 50–80. Frankfurt (Main): Suhrkamp 2000
- SCHRAMME, T.: Gerechtigkeit und soziale Praxis. Teil 2. Frankfurt (Main): Campus-Verlag 2006
- TUGENDHAT, E.: Vorlesungen über Ethik. Frankfurt (Main): Suhrkamp 1993
- WALZER, M.: Sphären der Gerechtigkeit. Frankfurt (Main): Campus-Verlag 1992
- YOUNG, I. M.: Justice and the Politics of Difference. Princeton: Princeton University Press 1990

Prof. Dr. Rainer FORST  
Goethe-Universität Frankfurt  
Institut für Politikwissenschaft  
Haus „Normative Ordnungen“  
Max-Horkheimer-Straße 2  
60323 Frankfurt am Main  
Bundesrepublik Deutschland  
Tel.: +49 69 79831540  
Fax: +49 69 79831542  
E-Mail: forst@em.uni-frankfurt.de

## **150 Jahre Mendelsche Regeln: Vom Erbsenzählen zum Gen-Editieren**

Gemeinsames Symposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW),  
der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der  
Wissenschaften, der Veterinärmedizinischen Universität Wien und der Gregor-Mendel-  
Gesellschaft Wien

am 17. und 18. März 2016 in Wien

Nova Acta Leopoldina N. F. Nr. 413

Herausgegeben von Gottfried BREM (Wien)

(2017, 305 Seiten, 55 Abbildungen, 5 Tabellen, 25,95 Euro,

ISBN: 978-3-8047-3703-7)

Im Jahr 2016 gedachte die Gemeinde der Biowissenschaftler der Veröffentlichung der grundlegenden Arbeit des Brünner Mönches Gregor MENDEL (1822–1884) *Versuche über Pflanzen-Hybriden*, in der die Grundlagen für die moderne Vererbungsforschung gelegt wurden. Nach der Wiederentdeckung der Mendelschen Regeln und der entsprechenden Publikation 1900 entwickelte sich die Genetik als wichtiger Zweig der Biologie. Der Band behandelt sowohl die Quellen und Anregungen für MENDELS wissenschaftliche Arbeit unter neuen Gesichtspunkten als auch den Ablauf und die Hintergründe der „Wiederentdeckung“, deren Geschichte aufgrund neuer Dokumente um weitere Aspekte bereichert werden kann. Darüber hinaus zeigt der Band die Erfolge der auf MENDEL fußenden Genetik in verschiedenen Bereichen wie Pflanzenzüchtung, Biopharmazie und Veterinärmedizin. Er verweist aber auch auf die Nicht-Mendelsche Genetik und zeigt weitere Themenfelder gegenwärtiger Forschungen in den Lebenswissenschaften im Kontext ihrer historischen Voraussetzungen auf.

## Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates – Fixe Meinungen oder Willensbildung durch Deliberation?

Steffen MAU, Jan-Ocko HEUER und Katharina ZIMMERMANN (Berlin)

### *Zusammenfassung*

Die Frage nach der Akzeptanz von sozialpolitischen Institutionen, die öffentliche Güter bereitstellen, Ressourcen umverteilen und Risiken absichern, ist von großer Bedeutung. Sie stellt eine Randbedingung politischen Handelns dar und ist für die Funktionsfähigkeit von Institutionen von Bedeutung. Die empirische Forschung hat sich vor allem auf Surveybefragungen gestützt, um Akzeptanzurteile zu erfassen. In diesem Beitrag wird eine neuartige Herangehensweise vorgestellt, die einen quantitativen Befragungsansatz mit einem Deliberativen Forum zum Thema des Sozialstaates kombiniert. Ziel ist es herauszufinden, ob Einstellungen wirklich als fix und stabil angenommen werden können oder ob es nicht erst Vorgänge der Willensbildung sind, die Einstellungen ausprägen und verändern. Am Beispiel der Vorstellungen zu einem gerechten Steuersystem wird gezeigt, dass im Verlaufe eines Diskussionsprozesses ein erheblicher Anteil der Teilnehmer die Einstellung verändert. Verantwortlich dafür sind eine bessere Informationsbasis und soziale Lernprozesse, Präzisierungen von Meinungen sowie Polarisierungen, die in den Diskussionen festgestellt werden können.

### *Abstract*

The issue of acceptance of and support for welfare state institutions, which provide public goods, redistribute resources and protect against risks, is of great importance. It conditions the room for maneuver of political decision-making and is important for the functionality of institutions. Most empirical research uses standardized surveys to measure and tap acceptance. In this article we present a new approach of researching welfare state support, which combines a quantitative approach with a Deliberative Forum on the subject of the welfare state. We seek to investigate whether attitudes can be assumed to be fixed and stable or whether attitudes are formed and changed under conditions of deliberation. Using the example of principles of a just tax system it will be shown that during the discussion process a considerable share of participants change their minds. A better basis of information and social learning processes, specification of opinions as well as polarizations during the discussion are seen as potential drivers of shifts in attitudes.

### **1. Einleitung**

Der Wohlfahrtsstaat ist eine zentrale gesellschaftliche Errungenschaft zur Kollektivierung sozialer Risiken und zur Moderation sozialer Ungleichheiten. Die mit dem industriegesellschaftlichen Zeitalter aufkommende Einsicht, dass jeder Schadensfall sozial determiniert sei und eine Rückführung auf individuelles Verschulden oft nicht möglich ist, hat ein Bewusstsein entstehen lassen, dass Risiken kollektiver Bearbeitung bedürfen. François EWALDS (1993) Studie *Der Vorsorgestaat* hat in diesem Sinne argumentiert, dass sich der Wohlfahrtsstaat als Solidaritätsvertrag verstehen ließe. Dieser beziehe sich auch auf eine gerechte Aufteilung der Güter und Lasten, die erst durch soziale Abmachung und Zustimmung zustande komme:

„Da niemand sagen kann, was gerecht ist, da es kein objektives Prinzip gibt, das die Tauschbeziehungen regiert und eine Entscheidung darüber erlaubt, ob jeder auch das erhält, was ihm zusteht, kann Gerechtigkeit nur in einem Ausdrück wechselseitiger Einwilligung liegen.“<sup>1</sup>

Damit unterliegt der Solidaritätsvertrag des Wohlfahrtsstaates innergesellschaftlicher Aushandlung darüber, wie Leistungen und Belastungen zu verteilen sind, und welche Art der Risikokollektivierung als sozial gerecht angesehen wird. Mit Michael WALZER (1992) lässt sich der Wohlfahrtsstaat ebenso als System verstaatlichter Verteilung mit Vertragscharakter ansehen, durch das Ressourcen der Marktsphäre entzogen werden und nach allgemein anerkannten Bedürfnissen (um-)verteilt werden:

„Der Vertrag ist ein moralisches Band. Er verbindet die Starken mit den Schwachen, die Glücklichen mit den Unglücklichen, die Reichen mit den Armen, indem er eine Union, eine Gemeinsamkeit herstellt, die, alle Interessensunterschiede überwindend, ihre Stärke aus Geschichte, Kultur, Religion usw. bezieht. Auseinandersetzungen über die Gemeinschaftsvorsorgung sind letztlich nichts anderes als Versuche, diese Union so oder so zu interpretieren.“<sup>2</sup>

Wohlfahrtsstaatliche Institutionen sind daher nicht nur rechtlich-organisatorische Setzungen, sie beziehen sich auf regulative Leitideen sozialer Gerechtigkeit, die sich der zentralen Frage „Wem steht was zu?“ stellen müssen.

Vor diesem Hintergrund kann die historische Entwicklung des Wohlfahrtsstaates als ein Prozess sich erweiternder Gerechtigkeitsaspirationen gelesen werden: In dem Maße, wie deutlich wurde, dass staatliches Handeln eine Antwort auf Verteilungsprobleme geben kann, und in dem Maße, wie der Hebel demokratischer Partizipation Gerechtigkeitsansprüche in die Sphäre politischer Entscheidungen hinein verlängerte, wurde der Wohlfahrtsstaat zum entscheidenden Adressaten normativer Ansprüche. Der Sozialstaat wird heute durch „grundlegende soziale Gerechtigkeitskonzeptionen zusammengehalten, die sich durch ein System spezifischer Institutionen mit jeweils spezifischen sozialen Normen ausdifferenzieren und einen gewissen Grad an Dauerhaftigkeit verkörpern“.<sup>3</sup> Der Wohlfahrtsstaat ist natürlich nicht gegen Kritik immun, denn durch die Errichtung eines *spezifischen* institutionellen Sets und die Inkorporation einer *spezifischen* Gerechtigkeitskonzeption werden abweichende Gerechtigkeitsansprüche abgewehrt. Der Wohlfahrtsstaat kann immer nur einen Ausschnitt gesellschaftlich vorhandener Erwartungen positiv beantworten. Zugleich mögen wohlfahrtsstaatliche Institutionen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger einen Mangel an moralischer Plausibilität aufweisen, was die durch sie realisierten Zielstellungen wie auch die eingesetzten Instrumente angeht. Ob sich die Menschen die gesellschaftlich wirkenden Maßstäbe distributiver Gerechtigkeit zu eigen machen und ob sie damit ihre Vorstellungen einer gerechten Verteilung verwirklicht sehen, ist letzten Endes eine empirische Frage.

Vor diesem Hintergrund hat die Frage der Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Institutionen einiges an Aufmerksamkeit in der Forschung erhalten. Die leitenden Fragen sind: Werden die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen unterstützt? Welche Ziele und Maßnahmen sozialpolitischer Intervention werden als angemessen und gerecht gesehen? Welche Faktoren beeinflussen die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat? Und welche Konflikte und Divergenzen zwischen unterschiedlichen Gruppen gibt es? Im Folgenden soll zunächst ein knapper Überblick über die Befunde der Forschungen zu Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat gegeben werden. Darauf aufbauend stellen wir einen innovativen Ansatz der Akzeptanzforschung vor, die sogenannten De-

1 EWALD 1993, S. 477f.

2 WALZER 1992, S. 133.

3 RÜB 1998, S. 319.

liberativen Foren oder „Mini-Publics“, in denen Bürgerinnen und Bürger zum freien Austausch von Meinungen und Ideen eingeladen werden. Anders als die klassische Surveyforschung ermöglichen diese Foren, auch Verfeinerungen von Einstellungen abzubilden und hervorzurufen, und sie bringen Menschen dazu, die eigene Meinung im Lichte anderer Standpunkte zu reflektieren und zu begründen. Deliberative Foren können sowohl als Instrument sozialwissenschaftlicher Forschung wie auch als Form demokratischer Beteiligung eingesetzt werden.

## 2. Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates

Forschungen zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats sind ein etabliertes und methodisch reichhaltiges Feld sozialwissenschaftlicher Analyse. Den Einstellungen wird ein recht großer auch politisch-praktischer Wert zugemessen, denn Bürgerinnen und Bürger sind wichtige politische Akteure, weshalb auch ihren Wahrnehmungen, Einstellungen und Präferenzen eine große politische Bedeutung zukommt. Zwar gibt es keinen ganz engen Nexus zwischen der Bevölkerungsmeinung und der politischen Praxis, aber die Einstellungen der Wählerinnen und Wähler zu diesem politischen Handlungsfeld können als wichtige Bedingungen politischen Handelns gesehen werden. Nur wenn sich für eine bestimmte politische Reform überhaupt Zustimmung und Unterstützung mobilisieren lässt, hat sie Aussicht auf Erfolg. Akzeptanz wird hierbei als die Chance verstanden, „für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierbaren Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können“.<sup>4</sup>

Andererseits gilt auch für etablierte sozialpolitische Institutionen, dass sie an die Erwartungen und Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger anschließen müssen. Erst durch diese Verkopplung gewinnen sie Legitimität, und erst durch diese Verkopplung werden Grundlagen für ihre Funktionalität geschaffen. Daher ist es notwendig, zur Evaluation bestehender Instrumente und Maßnahmen die Urteile der Bevölkerung und der Leistungsempfänger mit einzu beziehen, denn es ist für alle Formen staatlicher Intervention wichtig, dass diese auch bei der Bevölkerung „ankommen“. Institutionen, die in ihrem Zuschnitt und ihrer Arbeitsweise dauerhaft an den normativen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger vorbeilaufen, stehen immer in der Gefahr delegitimiert zu werden, größere Konflikte auszulösen oder nur suboptimal an die Handlungsorientierungen der Menschen anzuschließen. Institutionen brauchen daher ein Mindestmaß an „moralischer Plausibilität“ (ROTHSTEIN 1998). Moralische Plausibilität beinhaltet, dass sie sich gegen Vorwürfe der Unfairness verteidigen lassen und auf Alltagsvorstellungen der Gerechtigkeit aufsitzen. Der Vorteil der moralischen Plausibilität – so hat etwa Claus OFFE (1999) dargelegt – ist, dass sie Bürgerinnen und Bürger zu der Vermutung anhält, alle anderen Bürgerinnen und Bürger würden eine Institution (man denke etwa an ein gerechtes Steuersystem) als ebenso moralisch plausibel bewerten, was sie zum regelkonformen Verhalten anhält. „Gerechte“ Institutionen sorgen für gesellschaftliches Vertrauen.

In der empirischen Forschung zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates dominierten über lange Zeit Surveybefragungen, zunächst als nationale Untersuchungen, seit zwanzig Jahren auch zunehmend im Ländervergleich (etwa im Rahmen der *International Social Survey Programme*, des *European Social Survey* oder des *World Value Survey*). Diese Forschungen beruhen in

---

4 LUCKE 1995, S. 104.

der Regel auf standardisierten Itemabfragen, bei denen die Befragten ihre Zustimmung oder Zufriedenheit zu bestimmten Prinzipien oder Politikinstrumenten angeben sollen. Bisherige Studien zeigen in der Tat über alle Politikbereiche hinweg eine hohe Akzeptanz der Institutionen der sozialen Sicherheit (MAU 2003). Dies gilt sowohl für die Politikziele wie auch für die Politikinstrumente. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich einen Sozialstaat, welcher eine umfassende Absicherung gegen die zentralen Lebensrisiken vornimmt und kompensierende Maßnahmen für soziale Not- und Mangellagen vorhält. Dieser Befund ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern gilt auch für die meisten westlichen Wohlfahrtsstaaten, wie international vergleichende Untersuchungen zeigen (MAU und VEGHTE 2007, SVALLFORS 2006, 2012). Was den Vergleich unterschiedlicher Leistungssysteme angeht, so wissen wir, dass grundsichernde und bedarfsgeprüfte Leistungen wie die frühere Sozialhilfe und die Sicherung für Arbeitslose die geringste Zustimmung finden, während die „Rentenversicherung“ die Akzeptanzhierarchie anführt (MAU 1998). Die komparativen Untersuchungen haben auch gezeigt, dass es zwischen Wohlfahrtsstaatsregimes und Einstellungen durchaus korrespondierende Muster gibt.<sup>5</sup> So findet sich in den skandinavischen Ländern eine recht große Unterstützung für das Gleichheitsprinzip verglichen mit den konservativen oder liberalen Regimen, beispielsweise in Großbritannien oder Deutschland. Allerdings sind die Länderunterschiede in den Einstellungen alles andere als abgeleitet, und die Zuordnung ist nicht eindeutig.

Dieser Surveyansatz ist kritisiert worden,<sup>6</sup> weil die Akzeptanzindikatoren nicht immer eine eindeutige Interpretation zulassen: So wird darauf hingewiesen, dass die Zustimmung zu staatlicher Zuständigkeit/Verantwortung meist nur absolut erhoben wird und selten durch Bezugnahme auf andere Alternativen (z. B. Eigenvorsorge oder betriebliche Absicherungsformen). Weiterhin steht in Frage, ob die gewünschte Rolle des Staates in bestimmten Bereichen tatsächlich die Akzeptanz des bestehenden Wohlfahrtsstaates angemessen erfasst und nicht nur einen wie auch immer gearteten „idealen Wohlfahrtsstaat“. Daher sind das „Framing“ und der genaue Wortlaut der Fragen auch für die Beantwortung ganz entscheidend. Generell ist davon auszugehen, dass „Globalmaße“ der Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates den Grad der Zustimmung überschätzen. Aus der Forschung ist bekannt, dass sich die insgesamt positive Beurteilung des Wohlfahrtsstaates abschwächt, wenn man spezifischer fragt, so z. B. nach bestimmten Leistungsempfängergruppen oder Leistungen (KANGAS 1997).

Auch wird darauf hingewiesen, dass die quantitativen Befragungen stark mit Kategorien und konzeptionellen Voreinstellungen arbeiten. Dadurch wird die Inkonsistenz der Befragtenmeinungen unterschätzt, es werden ambivalente Einstellungen nicht abgebildet, und es gibt keine Erfassung der Unsicherheit der Befragten bei der Formulierung einer Position (GOERRES und PRINZEN 2012a, b). Zudem erlauben sie keinen Zugang zu Begründungen und argumentativen Mustern, so dass man oft gar nicht weiß, warum Befragte so und nicht anders geantwortet haben. Qualitative Forschungen zur Akzeptanz von Wohlfahrtsstaaten reagieren auf diese Mängel und versuchen, die Deutungen und Sichtweisen genauer zu betrachten, als dies mit standardisierten Verfahren möglich ist. So gibt es eine Zahl von Studien, die über qualitative Interviews Einstellungen und kollektive Deutungsmuster analysieren (z. B. HAMANN et al. 2002, SACHWEH 2011), oder Studien, die mittels Gruppendiskussionen (bzw. Fokusgruppen) Argumente, Rechtfertigungsmuster und die Dynamik des verbalen Austausches analysieren.<sup>7</sup> Oft-

5 ANDRESS et al. 2001, LARSEN 2008, SVALLFORS 1997.

6 Siehe dazu zusammenfassend ULLRICH 2008.

7 Zum Beispiel TAYLOR-GOOPY und ROSE 2010, MAU und SACHWEH 2014, GOERRES und PRINZEN 2014.

mals stehen qualitative und quantitative Ansätze aber unverbunden nebeneinander. Daher gibt es verstärkt die Forderung nach einer Verbindung quantitativer und qualitativer Forschungen in Form von *Mixed-Methods*-Ansätzen (GOERRES und PRINZEN 2012a), um Einstellungsprofile mit Rechtfertigungsmustern und diskursiven Dynamiken zu verbinden.

### 3. Deliberative Foren als sozialwissenschaftliche Methode

Ein innovativer und vielversprechender Ansatz der Erforschung der Dynamik und Formierung von Meinungen einerseits und der erweiterten Möglichkeiten der Verbindung qualitativer und quantitativer Forschungsmethoden andererseits stellen „Deliberative Foren“ dar. In der vergleichenden Forschung zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates ist dieser Ansatz bislang noch nicht genutzt worden, er bietet aber erhebliche Potenziale, Einstellungen und Einstellungsdynamiken zu verstehen. Deliberative Foren bzw. „Mini-Publics“ gibt es in zahlreichen Formaten und Kontexten.<sup>8</sup> Gemeinsam ist ihnen, dass es sich um professionell organisierte und moderierte Deliberationsprozesse von Bürgerinnen und Bürgern handelt, die einen „Mikrokosmos der Bevölkerung“ darstellen sollen und meist über mehrere Tage hinweg unter Einbeziehung von Informationsmaterial und Anhörung von Expertinnen und Experten eine politische Beurteilung oder Stellungnahme erarbeiten. Von anderen politischen Debatten oder alltäglichen Diskussionen unterscheiden sich Deliberationsprozesse dadurch, dass in ihnen bestimmte Regeln gelten – wie Gleichheit, Zwanglosigkeit, wechselseitiger Respekt, Wahrhaftigkeit und eine Orientierung auf das Gemeinwohl bzw. die Verallgemeinerbarkeit von Argumenten – die dazu führen sollen, dass sich im Ergebnis der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ durchsetzt. Die Resultate dieser Deliberationen werden dementsprechend als „aufgeklärte öffentliche Meinung“ interpretiert, d. h. als Entscheidung, zu der freie und gleiche Bürgerinnen und Bürger kommen (würden), wenn sie die Zeit und Gelegenheit hätten, sich respektvoll und rational über die Grundlagen ihres Zusammenlebens zu verständigen.

Die Wurzeln dieser Bürgerforen reichen bis in die 1970er und 1980er Jahre zurück, als unter Begriffen wie „Citizens Jury“, „Planungszelle“ oder „Konsensuskonferenz“ eine verstärkte Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in politische Entscheidungsprozesse angestrebt wurde.<sup>9</sup> Einen regelrechten Boom erlebten „Mini-Publics“ allerdings erst im Gefolge des „deliberative turn“ (DRYZEK 2000) in der normativen Demokratietheorie in den 1990er Jahren. Seitdem hat sich das Konzept der Deliberation zum zentralen Paradigma der politischen Theorie entwickelt, und die deliberative Demokratietheorie ist zum zentralen Bezugspunkt von Bürgerforen geworden und hat die ursprünglichen, stärker partizipatorisch ausgerichteten Ansätze ersetzt bzw. absorbiert.<sup>10</sup> Ein prominentes Beispiel aus der jüngeren Zeit ist das Europolis-Projekt, in dem Bürgerinnen und Bürger aus 27 europäischen Staaten anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 über Klimawandel und Immigration sowie ihre Wahlabsichten diskutierten und die Effekte dieser Deliberationen auf Einstellungen sowie die demokratische Akzeptanz der Europäischen Union untersucht wurden (ISERNIA und FISHKIN 2014). In den USA ist von Bruce ACKERMAN und James FISHKIN (2002) ein „Deliberation Day“ als nationaler Feiertag vorgeschlagen worden, an dem Bürgerinnen und Bürger

8 Vgl. FUNG 2003, GRÖNLUND et al. 2015.

9 GRÖNLUND et al. 2015, S. 2.

10 THOMPSON 2008, S. 511f.; SCHAAL und RITZI 2009, S. 5.

vor nationalen Wahlen über zentrale Wahlkampfthemen diskutieren. Und auch in Deutschland wurden zum Beispiel im Rahmen des von der Bundesregierung initiierten Bürgerdialogs „Gut leben in Deutschland“ ähnliche Diskussionsformate angeboten, in denen Politik und Bürger miteinander in Austausch treten (WALDHERR et al. 2016).

Auch wenn die deliberative Demokratietheorie keine einheitliche Theorie darstellt, so lassen sich aus den Schriften ihrer wesentlichen Repräsentantinnen und Repräsentanten – z. B. John RAWLS, Jürgen HABERMAS, Joshua COHEN, John DRYZEK, James FISHKIN, James BOHMAN, Amy GUTMANN und John THOMPSON – einige Gemeinsamkeiten destillieren, die häufig als normative Prinzipien und Leitplanken für „Mini-Publics“ dienen. Den Ausgangspunkt bildet dabei eine Kritik an ökonomischen und individualistischen (mitunter auch atomistischen) Konzeptionen von Politik, die Wahlen und Abstimmungen als zentrale Mechanismen zur Ermittlung der Präferenzen von Bürgerinnen und Bürgern ansehen, sowie der Hinweis auf Probleme zeitgenössischer Demokratien, wie z. B. apathische und schlecht informierte Wählerinnen und Wähler, geringe und (u. a. nach Bildung und Einkommen) ungleiche Wahlbeteiligung sowie unsachliche Debatten. Dieser von fixen oder fehlenden Einstellungen und strategischem Wettbewerb geprägten Problemdiagnose stellt die deliberative Demokratietheorie die Betonung von Kommunikation und Reflexion sowie von Prozessen der Willensbildung und -transformation im verständigungsorientierten und rationalem Gespräch entgegen.<sup>11</sup> Es geht hier darum, Demokratie nicht nur als Beteiligungsergebnis, sondern als Prozess der Willensbildung zu verstehen.

Im Mittelpunkt stehen dabei drei Prinzipien. *Erstens* sollen alle von einer politischen Entscheidung Betroffenen gleichberechtigt am Entscheidungsfindungsprozess teilnehmen dürfen, was die Bedeutung von Zugänglichkeit und Einbeziehung hervorhebt. *Zweitens* sollen in diesem Prozess die Teilnehmenden zum einen bereit sein, ihre Meinungen im Lichte neuer Informationen und Argumente zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren, und zum anderen ihre Handlungsvorschläge so begründen, dass sie von anderen nachvollzogen und als verallgemeinerbar akzeptiert werden können. Hier stehen die Regeln und die Kultur des Austausches im Vordergrund. Und *drittens* wird erwartet, dass aus diesen Prozessen nicht nur „bessere“ (d. h. informiertere, tolerantere, vernünftigere und engagiertere) Bürgerinnen und Bürger hervorgehen, sondern auch „bessere“ (d. h. sachlich und moralisch rationalere und gemeinwohlorientiertere) Entscheidungen sowie ein „besseres“ politisches System (im Sinne von Qualität und Legitimität der Resultate).<sup>12</sup> Die Annahme ist, dass die Qualität des Austausches auch die Qualität der politischen Entscheidung beeinflusst, und zwar nicht nur in dem Sinne, dass sie auf mehr Zustimmung hoffen darf, sondern auch indem die verschiedenen relevanten Gesichtspunkte und Erwägungen hinreichend reflektiert worden sind. Es ist allerdings auf die Spannungen zwischen einigen Prinzipien hingewiesen worden – so können z. B. Verfahren, die von Respekt für jede Perspektive geprägt sind, mit einer Unempfänglichkeit für (bessere) Argumente einhergehen (ESTLUND 2000) – und einige Theorieentwürfe versuchen deshalb, diese Spannungen produktiv zu nutzen (z. B. GUTMANN und THOMPSON 1996).

Mit der Anbindung an die deliberative Demokratietheorie ging seit den 2000er Jahren auch eine Verwissenschaftlichung von „Mini-Publics“ einher. Daraus hat sich die empirische Deliberationsforschung entwickelt, die Prinzipien und Annahmen der deliberativen Demokratietheorie mit den Mitteln der empirischen Politik- und Sozialwissenschaft sowie Sozialpsychologie untersucht. Beim Aufeinandertreffen von normativer politischer Theorie

11 Vgl. z. B. ELSTER 1997, CHAMBERS 2003, DELLI CARPINI et al. 2004.

12 Vgl. MENDELBERG 2002, KARPOWITZ und MENDELBERG 2011.

und empirischer Sozialforschung ergeben sich allerdings zahlreiche Schwierigkeiten (z. B. MUTZ 2008, THOMPSON 2008), weil die Übersetzung normativer Prinzipien in empirische Settings anspruchsvoll ist. Bislang sind die Forschungsergebnisse ausgesprochen gemischt bzw. uneindeutig (THOMPSON 2008, BÄCHTIGER und WYSS 2013). Das zentrale Resultat ist, dass die Erzielung der von der Theorie postulierten positiven Effekte in hohem Maß vom institutionellen Kontext der Deliberation abhängig ist.<sup>13</sup>

Als besonders vielversprechendes Beispiel empirischer Deliberationsforschung gelten die von James FISHKIN entwickelten „Deliberative Polls“. Dabei werden Bürgerinnen und Bürger vor und nach der Deliberation mit einem standardisierten Fragebogen nach ihren Einstellungen gefragt, um einen Einstellungswandel durch Informationsmaterial, Kleingruppen-Deliberation und/oder die Anhörung von Expertinnen und Experten zu ermitteln. Die Ergebnisse zeigen nicht nur einen signifikanten Einstellungswandel und zahlreiche weitere positive Effekte,<sup>14</sup> sondern es gibt auch Hinweise auf einen „gerichteten“ Einstellungswandel hin zu kosmopolitischen, egalitären und kollektivistischen Einstellungen (GASTIL et al. 2010).

Es ist allerdings bemerkenswert, dass die gesamte Forschung den Fokus ausschließlich auf den Aspekt der „demokratischen Innovation“ legt und die konkreten Themen und Inhalte lediglich als Stimulans dienen. Damit werden auch die Argumente und Begründungen selten als Ergebnis thematisiert. Mit anderen Worten: Als Methode zur Erforschung der Formierung und Transformation von Einstellungen zu bestimmten sozialen Phänomenen sind Deliberative Foren nur unzureichend genutzt worden. Dabei ist zu erwarten, dass mit Deliberativen Foren Einsichten über Einstellungen gewonnen werden können, die sich mit weniger offenen Formen der Sozialforschung – sowohl standardisierten Befragungen als auch Interviews oder gängigen Formen der Gruppendiskussion – nicht generieren lassen, weil letztere den Befragten weniger Raum für eigene thematische Schwerpunkte lassen und/oder weniger auf eine Vielfalt von Personen und Positionen ausgerichtet sind. Somit versprechen Deliberative Foren drei zentrale Arten von Einsichten: (*erstens*) über Motivationen, Begründungen, Priorisierungen und generelle Argumentationsmuster; (*zweitens*) über die Formierung und den Wandel von Einstellungen durch Informationen, Expertise oder Empathie (insbesondere durch die Einbindung von standardisierten Vorab- und Nach-Befragungen) und (*drittens*) über die Wechselwirkungen zwischen Themen und Inhalten sowie Personen und Positionen mit prozeduralen Aspekten wie Qualität der Deliberation und gleichberechtigte Teilnahme an der Diskussion.

Aus diesem Grund wurde – erstmals im Rahmen der Sozialpolitik-Forschung – ein Deliberatives Forum zum Thema „Der Sozialstaat der Zukunft“ an zwei Samstagen im November 2015 an der Humboldt-Universität zu Berlin veranstaltet.<sup>15</sup> Dafür wurden 34 Bürgerinnen und Bürger rekrutiert, die anhand zahlreicher Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Erwerbsstatus, Haushaltseinkommen, Familienstand, parteipolitische Orientierung) ausgewählt wurden, um eine theoretische Repräsentativität für die Gesamtbevölkerung zu erreichen. Den Teilnehmenden wurde ein Incentive von 280 Euro gezahlt. Es fanden Diskussionen

13 Zum Beispiel DELLI CARPINI et al. 2004, S. 336.

14 Vgl. FISHKIN und LUSKIN 2005.

15 Das Deliberative Forum fand im Zusammenhang des von der DFG im Rahmen des Forschungsverbunds NORFACE WSF geförderten Projekts „Welfare State Futures: Our Childrens' Europe“ (WelfSOC) unter der Leitung von Prof. Peter TAYLOR-GOOPY (*University of Kent*) statt. Das Forum wurde professionell organisiert und moderiert von Ipsos im Auftrag des Forschungsteams an der HU Berlin unter der Leitung von Prof. Steffen MAU. Weitere Länder, in denen mit demselben Forschungsdesign gearbeitet wurde, sind Großbritannien, Slowenien, Dänemark und Norwegen.

im Plenum sowie in drei Kleingruppen statt, in denen jeweils eine soziale Gruppe (Arbeitslose bzw. prekär Beschäftigte; Einwanderer; Selbständige) den Kern bildete, um Unterschiede zwischen Gruppen bei Inhalten und Form der Diskussion zu analysieren. Die Gruppen wurden jeweils von einem professionellen Moderator geleitet, der absichern sollte, dass die interessierenden Themenbereiche abgedeckt und die Regeln der Diskussion eingehalten wurden, ansonsten aber eine eher zurückhaltende und neutrale Rolle einnahm. Vor dem zweiten Tag erhielten die Teilnehmenden ausgewogenes Informationsmaterial zu zentralen Themen, das am zweiten Tag in einem Vortrag mit Fragemöglichkeit noch einmal dargestellt wurde. Zudem wurden die Gruppen am zweiten Tag um die Erarbeitung von Politikleitlinien gebeten, um inhaltliche Positionen besser zu identifizieren, die Kontrastierung von individuellen und kollektiven Positionen zu fördern und ein strategisches Element in die Deliberation einfließen zu lassen; über diese Leitlinien wurde abschließend im Plenum abgestimmt, um individuelle Präferenzen sowie Mehrheits- und Minderheitspositionen zu ermitteln. Darüber hinaus wurden die Teilnehmenden sowohl zu Beginn als auch am Ende der Veranstaltung mittels eines standardisierten Fragebogens mit Fragen zu Sozialpolitik-Einstellungen aus internationalen repräsentativen Bevölkerungsbefragungen befragt, um einen Einstellungswandel quantitativ zu messen und Vergleiche zur Gesamtbevölkerung zu ermöglichen.

#### 4. Einstellungswandel zur Besteuerung durch Deliberation?

Wir widmen uns zur Illustration, wie stark man Effekte von Willensbildung und der Veränderung von Einstellungen in deliberativen Verfahren feststellen kann, der kontrovers diskutierten Frage der gerechten und angemessenen Besteuerung. Aus der Einstellungsforschung wissen wir, dass die Komplexität und Mehrdimensionalität von sozialen Sicherungssystemen und urteilsrelevanten Aspekten für die Befragten nicht ohne Schwierigkeiten sind (ROOSMA et al. 2013). Bei der Beurteilung des Steuersystems kommt hinzu, dass Menschen ihre Gerechtigkeitsüberzeugungen und die eigenen Interessen miteinander ausbalancieren müssen. Die Forschung zeigt, dass die Öffentlichkeit in der Regel „ignorant“ und mit nur geringen Kenntnissen konkreter Steuerkonzepte und -prinzipien ausgestattet ist. Sven STEINMO (1993), der sich mit der politischen Ökonomie der Besteuerung beschäftigt, sieht diese mangelnde Informiertheit als Problem. Bürgerinnen und Bürger sind aus seiner Sicht „poorly informed about taxes – even their own taxes – how can they be expected to provide guidance to political leaders?“<sup>16</sup> Aus der Surveyforschung weiß man zunächst, dass es in den europäischen Ländern eine Mehrheit für progressive Besteuerungsformen gibt (AALBERG 1998, EDLUND 1999), wobei die Unterstützung besonders stark innerhalb der unteren Schichten, bei den Älteren und den öffentlich Beschäftigten ist (EDLUND 2003).

Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unseres Deliberativen Forums konnten wir in der Tat ähnliche Präferenzen in Bezug auf Einkommensbesteuerung beobachten. Wie oben erwähnt, wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Forums vor und nach der Veranstaltung ein Fragebogen vorgelegt, der eine Reihe gängiger Items aus dem *European Social Survey* (ESS) und dem *International Social Survey Programme* (ISSP) enthielt. Darunter befand sich auch die häufig in Einstellungsstudien verwendete Frage nach dem präferierten Einkommenssteuermodell aus dem ESS 2008:

---

16 STEINMO 1993, S. 195.

„Stellen Sie sich nun bitte zwei Personen vor. Eine verdient doppelt so viel wie die andere. Auf dieser Liste stehen drei Aussagen darüber, was diese Personen an Steuern bezahlen sollten. Welche kommt Ihrer Ansicht am nächsten?“<sup>17</sup>

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich, bevorzugte laut ESS-Daten (2008) in Deutschland ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger ein progressives Steuermodell, bei dem höhere Einkommen höher besteuert werden als niedrige Einkommen (47 %). Immerhin 45 % der Deutschen wählten auch die Option einer proportionalen Einkommensbesteuerung (hohe und niedrige Einkommen zahlen den gleichen Anteil an Steuern), aber nur 6,5 % gaben an, ein regressives Steuermodell zu bevorzugen, bei dem Personen mit hohen und niedrigen Einkommen den gleichen Betrag an Steuern zahlen würden. Wie ebenfalls aus Abbildung 1 ersichtlich, wichen die Präferenzen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Deliberativen Forums hiervon ab. In dem Fragebogen, den sie vor der Veranstaltung ausfüllten, bevorzugte ein Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine proportionale Einkommensbesteuerung (19 Personen; 56 %), während die Zustimmung zu einer regressiven beziehungsweise progressiven Besteuerung fast gleich hoch ausfiel (6 Personen/18 % bzw. 7 Personen/20 %; vgl. Abb. 1)<sup>18</sup> und somit deutlich über bzw. unter dem deutschen Durchschnitt lag.

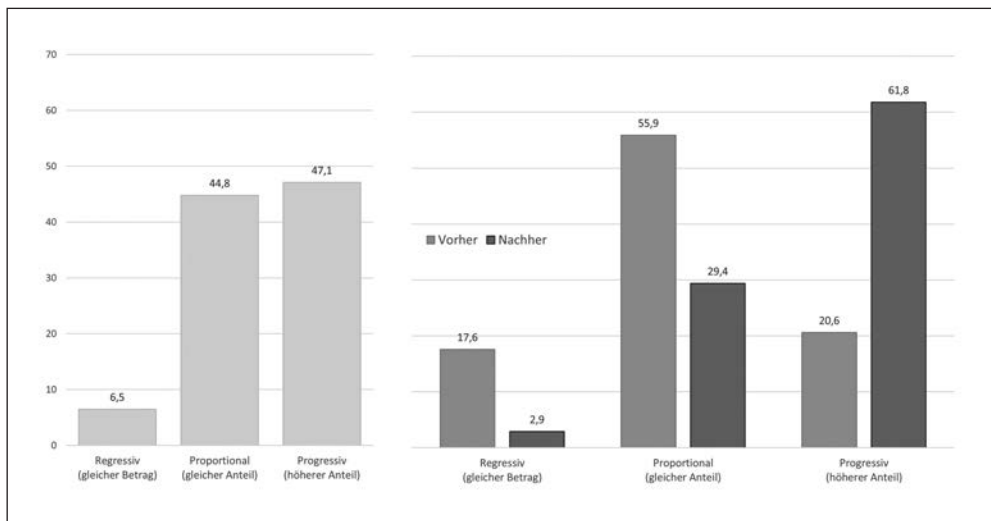


Abb. 1 Präferenzen für Einkommenssteuermodelle im *European Social Survey* und dem Deliberativen Forum (in Prozent). Quellen: ESS 2008 (gewichtet); eigene Erhebung (n = 34) (Antwortkategorien „Weiß nicht“ und „Andere“ nicht dargestellt).

<sup>17</sup> *European Social Survey* 2008; D 35. Mögliche Antworten: (1) Beide sollten den gleichen Anteil (den gleichen Prozentsatz) ihres Einkommens an Steuern bezahlen. Dies bedeutet, dass die Person, die doppelt so viel verdient, doppelt so viel Steuern bezahlt. (2) Die Person, die mehr verdient, sollte einen höheren Anteil (den höheren Prozentsatz) ihres Einkommens an Steuern bezahlen. Dies bedeutet, dass die Person, die doppelt so viel verdient, mehr als doppelt so viel Steuern bezahlt. (3) Beide sollten den genau gleichen Betrag an Steuern zahlen, unabhängig von der unterschiedlichen Höhe ihres Einkommens. (4) Keine von diesen. (5) Weiß nicht.

<sup>18</sup> n = 34; davon: Weiß nicht: 2 Personen.

Die Antworten, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer *nach* den beiden Diskussionstagen auf die Frage nach dem präferierten Einkommenssteuermodell gaben, zeigen jedoch ein ganz anderes Bild: Wie ebenfalls aus Abbildung 1 ersichtlich, bevorzugten nun deutlich mehr Personen ein progressives Steuermodell als *vor* der Veranstaltung. Insgesamt 21 Personen (62%) wählten diese Option, während sich nur noch 10 Personen (29%) für das proportionale Modell entschieden, und nur eine Person für das regressive Modell (3%).<sup>19</sup> Wir haben es also mit einer Einstellungsverschiebung zu tun, die auch deshalb bemerkenswert ist, weil es bei Befragten bekanntermaßen einen Hang zur Konsistenz im Einstellungsprofil gibt, zumal dann, wenn innerhalb eines überschaubaren Zeitraums der gleiche Fragebogen zwei Mal ausgefüllt werden soll.

Dieses interessante Ergebnis kann nun als Ausgangspunkt für eine qualitative Untersuchung genutzt werden, die im besten Fall auch Hinweise liefert, wie ein solcher Einstellungswandel – wenn wir die Unterschiede in den Antworten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als solchen bezeichnen möchten – erklärt werden kann. Hierzu scheint es sinnvoll, zunächst einen Blick auf das individuelle Antwortverhalten zu werfen: Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben vorher und nachher unterschiedliche Antworten? Welche Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren das? Haben die Personen, die vorher ein regressive Steuermodell bevorzugten, nun zu einem proportionalen oder einem progressiven Modell gewechselt? Auf diese und ähnliche Fragen kann Abbildung 2 eine Antwort geben. Hier werden die Antworten vor und nach der Veranstaltung in einem Streudiagramm dargestellt. Nur die 14 Personen, deren Namen einem Punkt auf der Diagonalen zugeordnet sind, haben vorher und nachher die gleiche Antwort gegeben, während alle anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer (20 Personen) nach der Veranstaltung eine andere Option auswählten als vorher. Eindeutig die größte Verschiebung können wir zwischen dem proportionalen und dem progressiven Modell beobachten: 11 Personen (die Gruppe um Leona, Ulf, Kristin usw.) hatten vorher eine proportionale Besteuerung gewählt, entschieden sich aber nach der Veranstaltung für die progressive Variante. Aber auch immerhin drei Personen wechselten von „regressiv“ zu „progressiv“ (Jessica, Jürgen und Mirco).

Selbstverständlich können wir die Antworten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Vorher/Nachher-Befragung nur – wenn überhaupt – mit Vorsicht hinsichtlich ihrer Bedeutung für Einstellungswandel und -formierung interpretieren. Antworten könnten willkürlich gegeben worden sein, Gründe für Meinungsänderungen können jenseits des Deliberationsprozesses liegen, oder die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verstanden die Fragen beim zweiten Mal einfach anders als beim ersten Mal. Gleichwohl legen die doch recht deutlichen Unterschiede zwischen der Vorher- und der Nachher-Befragung in Verbindung mit den Diskussionsbeiträgen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchaus nahe, dass der deliberative Prozess einen Einfluss auf die angegebenen Präferenzen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatte; etwas, was bereits viele Deliberationsstudien zeigen konnten.<sup>20</sup>

Um dies zu illustrieren, haben wir drei „Wechsler“ aus jeweils einer Kleingruppe des Deliberativen Forums ausgewählt: Rolf-Philip, Jessica und Ayaz. Alle drei leben mit Partner/ Partnerin und ein oder zwei Kindern im Haushalt. Rolf-Philip, ein 55-jähriger selbständiger Rechtsanwalt mit vergleichsweise hohem Haushaltsnettoeinkommen (4000–5000 €), war der Kleingruppe mit einem erhöhten Anteil an Selbständigen zugeordnet worden. Im Fragebogen vor der Veranstaltung kreuzte er bei der Frage zu Einkommensbesteuerung „weiß nicht“ an,

<sup>19</sup> n = 34; davon: Weiß nicht: 1 Person, Andere: 1 Person.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu FISHKIN 2011, S. 134.

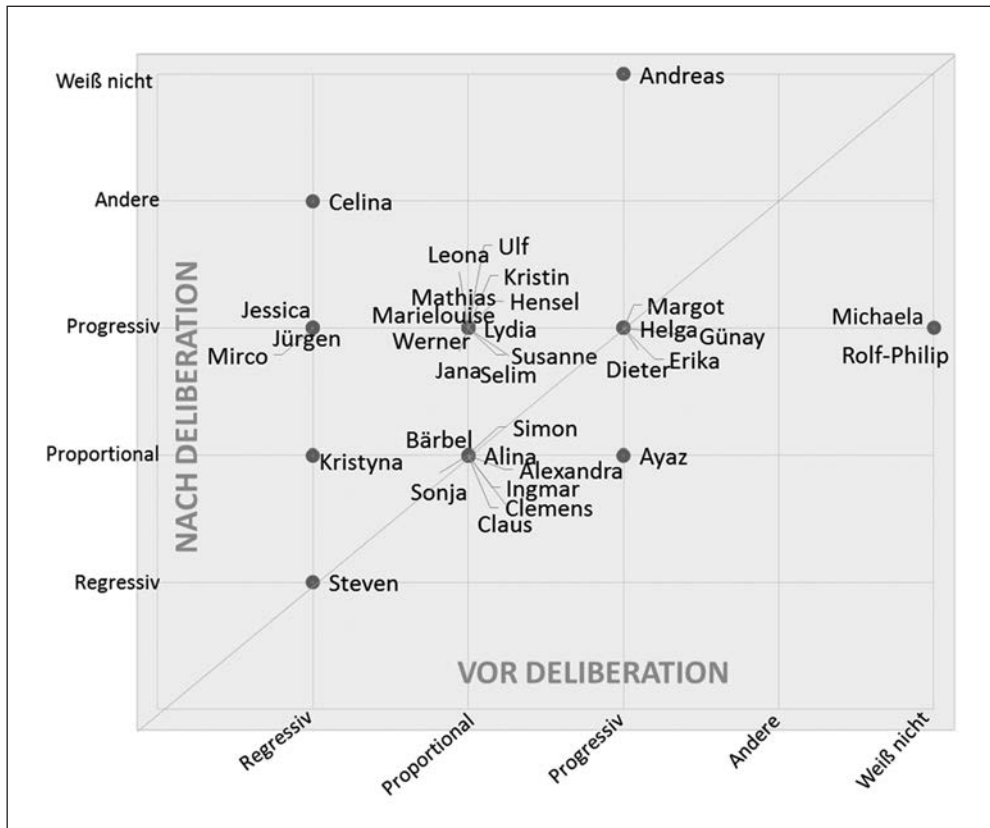


Abb. 2 Individuelle Präferenzen für Einkommenssteuermodelle vor und nach Deliberation. Quelle: eigene Daten

und nach der Veranstaltung wählte er das progressive Modell. Jessica, 30 Jahre alt, im öffentlichen Dienst beschäftigt und ebenfalls mit einem vergleichsweise hohen Haushaltsnettoeinkommen (4000–5000 €), diskutierte in der Gruppe mit einem erhöhten Anteil an arbeitslosen Personen. Sie gehörte zu den oben erwähnten Teilnehmern, die von einem regressiven zu einem progressiven Steuermodell wechselten. Ayaz, ein 41-jähriger Geschäftsführer mit mittlerem Haushaltseinkommen (2800–4000 €), der in der Kleingruppe mit erhöhtem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund war (er selbst hat einen türkischen Hintergrund), wählte als einziger Teilnehmer nach der Veranstaltung ein Steuermodell mit geringerem Umverteilungscharakter als vorher: er wechselte von „progressiv“ zu „proportional“. Abbildung 3 illustriert das Antwortverhalten der drei Personen.

Wie – ausgehend von der Deliberations- und Einstellungsliteratur; vgl. oben – zu erwarten war, spielten im Deliberativen Forum Lernprozesse eine große Rolle. Dies war besonders auffällig in der Kleingruppe mit einem erhöhten Anteil an arbeitslosen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, in der das Wissensgefälle unter den Teilnehmern recht hoch war. Eine Teilnehmerin (Sonja, 29, im ALG I-Bezug) hatte Jura studiert und kannte sich zudem recht gut mit dem deutschen Sozialstaat aus, während andere Gruppenmitglieder wenig informiert zu sein schienen. Sonja brachte sich wiederholt mit Erläuterungen zu Details oder auch Grundprinzi-

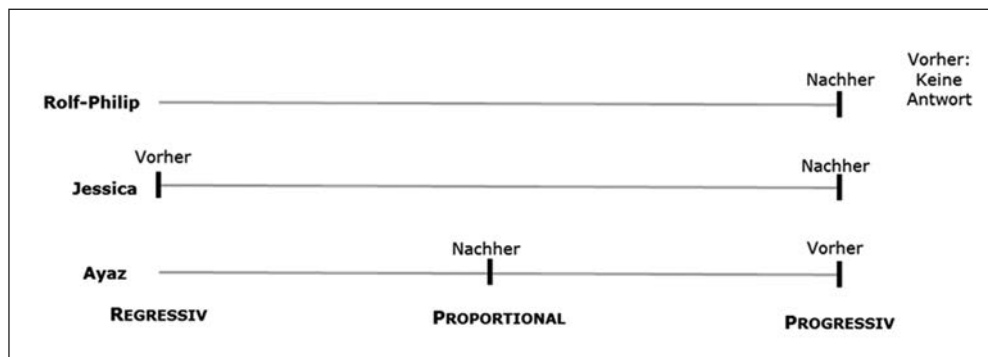


Abb. 3 Ausgewählte individuelle Einstellungen zu Einkommenssteuermodellen vor und nach Deliberation.  
Quelle: eigene Daten

pien des Sozialstaats ein, und auch der anwesende Wissenschaftler vom Forschungsteam gab hin und wieder inhaltliche Hinweise. Die Gruppe schien im Laufe der beiden Tage viele neue Informationen gewonnen und einiges über den deutschen Sozialstaat gelernt zu haben, was an einzelnen Reaktionen abzulesen war. Dies war besonders deutlich bei Jessica zu beobachten, die sich lebhaft in die Diskussionen einbrachte und auch ihre Meinung deutlich äußerte, zu Beginn jedoch offensichtlich von grundlegenden Finanzierungsprinzipien des deutschen Sozialstaats nur wenig Ahnung hatte. Nicht nur in Bezug auf Einkommenssteuermodelle, sondern auch hinsichtlich der Rentenfinanzierung oder des Gesundheitssystems schien sie im Laufe der beiden Tage viel hinzugelernt zu haben. Am Ende der Veranstaltung war sie offensichtlich in der Lage, ihre Interessen und Gerechtigkeitsvorstellungen besser mit konkreten Politikpräferenzen in Einklang zu bringen. Vor diesem Hintergrund lässt sich vermuten, dass ihre Antwort im Vorab-Fragebogen weniger eine tatsächliche Präferenz für ein regressives Steuermodell ausdrückt, sondern auf Unwissenheit und eventuelles Desinteresse zurückzuführen ist. Vielleicht hat sie schlicht und einfach nicht verstanden, was es für sie und andere Personen bedeuten würde, wenn alle den gleichen Betrag an Einkommenssteuern bezahlen würden. Nachdem sie dann sowohl über Einnahmen- als auch die Ausgabenseite des Sozialstaats einiges gelernt hatte, wählte sie mit der proportionalen Einkommensbesteuerung dann nach der Veranstaltung ein System, das ihren Interessen und normativen Grundüberzeugungen eher entspricht.

Wie wir beobachten konnten, waren jedoch nicht nur Lernprozesse während des Deliberativen Forums von großer Bedeutung, sondern auch die Notwendigkeit, die eigenen Positionen zu erläutern, sie zu präzisieren, eventuell gegen Gegenmeinungen zu verteidigen, oder sie auch im Lichte anderer Meinungen zu relativieren. Hier spielte – wie auch die Deliberationsliteratur betont<sup>21</sup> – der tatsächliche Diskurs, also das interaktive Gespräch mit anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, eine große Rolle. Im Sprechen, Antworten oder Nachfragen entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer oft konkrete Präferenzen, die zunächst nur als vage Vorstellungen im Raum standen und dann diskursiv immer weiter eingekreist und spezifiziert wurden. Rolf-Philip, der oben genannte Rechtsanwalt aus der Selbständigen-Kleingruppe, ist hierfür ein gutes Beispiel. Er brachte ein relativ breites Sachwissen und

21 CHAPPELL 2012, S. 47.

ein gutes Grundverständnis des deutschen Sozialstaats mit. An den Diskussionen beteiligte er sich sehr rege und bezog sich in seinen Argumentationen häufig auf normative Prinzipien oder abstrakte Beispiele. Im Laufe der Veranstaltung schien er jedoch vor allem in der teilweise konflikthaften Auseinandersetzung mit einem anderen Teilnehmer der Kleingruppe seine konkreten Präferenzen noch zu präzisieren. Von diesem Teilnehmer herausgefordert, war er in der Situation, seine geäußerten Meinungen zu rechtfertigen, näher zu begründen oder mit vorherigen Beiträgen zu verknüpfen. Vor diesem Hintergrund lassen sich unserer Ansicht nach seine Antworten auf die Frage nach der Einkommensbesteuerung (von „weiß nicht“ zu „progressiv“) als eine Schärfung seiner Positionen zur Einkommensbesteuerung interpretieren; eine Vermutung, die auch Diskussionsbeiträge wie dieser nahelegen, in dem er vor dem Hintergrund des Befundes wachsender Ungleichheiten auf unterschiedliche Besteuerungsmöglichkeiten unterschiedlicher Einkommensarten hinweist:

„Der Staat kann viel über Steuern regeln. Entweder habe ich einen Denkfehler drin, oder es ist genial. [Lachen] Die Vermögen, also Dividenden aus Aktien, Erbschaften, würden höher besteuert. Und das Arbeitseinkommen steuerlich entlastet. Daraus würden ohne Lohnerhöhung, durch Steuersenkungen, höhere Einkommen erzielt. Damit würde der Konsum angekurbelt. Der Staat würde über die Konsumsteuern, zusätzlich zu den Vermögenssteuern, höhere Einnahmen erzielen. [...] Das würde auch zu größerer sozialer Zufriedenheit führen und die Vermögensungleichheit verringern.“ (Rolf-Philip, Tag 1, Kleingruppe „Selbständige“)

Die Interaktion mit anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist jedoch nicht nur im Sinne einer diskursiven Aushandlung für die Meinungsbildung von Bedeutung, sondern auch Gruppenprozesse scheinen – wie aus der sozialpsychologischen Forschung bekannt – nicht unerheblich zu sein. In mehreren Fällen konnten wir die aus der Literatur bekannten Polarisierungstendenzen innerhalb von Gruppen bemerken.<sup>22</sup> Hier war zum einen die Gruppe mit einem höheren Anteil an Arbeitslosen auffällig, in der deutliche Ressentiments gegen Flüchtlinge geäußert wurden und in der bei den meisten Gruppenmitgliedern ein deutlicher Sozialstaatschauvinismus zu bemerken war. Dies entwickelte sich jedoch erst im Laufe der Diskussion: Während zunächst nur einzelne Gruppenmitglieder ihre sehr kritischen Meinungen äußerten, formte sich später eine nahezu homogene Gruppenmeinung zu diesem Thema, und die Beiträge einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer schienen deutlich extremer zu werden.

Andere Beispiele waren Einzelmeinungen, die extremer zu werden schienen, wenn sich Personen mit einer relativ großen Mehrheitsmeinung in einer Gruppe konfrontiert sahen, die ihren eigenen Positionen widersprach. Dies war zum Beispiel bei Ayaz (dem oben genannten Geschäftsführer aus der Migrationshintergrund-Gruppe) zu beobachten, der sich am ersten Tag lebhaft in die Diskussionen einbrachte und seine wirtschaftsliberal geprägten Einstellungen deutlich kundtat. Im Laufe der beiden Tage schien er die Ansichten anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer – die häufig eine stärkere Umverteilungspräferenz hatten als er selbst – als zunehmend naiv und unrealistisch zu betrachten. Am zweiten Tag, an dem Vorschläge für politische Maßnahmen erarbeitet werden sollten, brachte er sich deutlich seltener in die Debatten ein und sprach sich wiederholt gegen Vorschläge anderer Gruppenmitglieder aus. Die folgende Textsequenz ist hierfür exemplarisch:

„Die Gruppe diskutiert den eingebrachten Vorschlag, höhere Einkommen höher zu besteuern, und geringere Einkommen geringer zu besteuern. Mehrere Teilnehmer äußern sich zu Staffelung und kalter Progression; grundsätzlich wird eine stärkere Progression in der Besteuerung in den Beiträgen befürwortet. Ayaz ist sichtbar unzufrieden; runzelt die Stirn, verschränkt die Arme etc.

---

<sup>22</sup> Vgl. hierzu CHAPPELL 2012, S. 65–67.

**Moderatorin:** Welche weiteren Probleme haben wir [die bekämpft werden sollen]? Sie wollten sich auch beteiligen, Ayaz?

**Ayaz:** Also ich wäre sehr dagegen [bezieht sich auf das formulierte Ziel, höhere Einkommen noch höher zu besteuern], weil das wäre unfair[,] wenn wir das einführen. Derjenige, der weniger verdient, zahlt sowieso mehr Steuern – äh, weniger an Steuern.

**Moderatorin:** Das heißt, da ist eigentlich schon eine gerechte Verteilung?

**Ayaz:** Selbstverständlich.

**Jürgen:** Das wär jetzt aber im Umkehrschluss, dass der, der weniger verdient, denselben Steuersatz hat wie der, der mehr verdient?

**Ayaz:** Der zahlt doch schon weniger Steuern. Der der weniger verdient.

Es gibt weitere Plädoyers für stärkere Progression und höhere Grundfreibeträge. Ayaz beteiligt sich nicht mehr an der Diskussion, ist unruhig; lehnt sich im Stuhl zurück usw.“ (Kleingruppe „Migrationshintergrund“; Tag 2)

Inwieweit Ayaz' geäußerte Meinungen im Laufe des Deliberativen Forums extremer oder polarisierter geworden sind, kann selbstverständlich nicht anhand einer einzelnen Sequenz abgelesen werden, sondern lässt sich nur im Rahmen einer tiefergehenden Analyse seiner Beiträge über die beiden Tage hinweg analysieren. Sein Wechsel von „progressiv“ zu „proportional“ kann jedoch vor dem Hintergrund seines Verhaltens in der Kleingruppe – in der er sich auch als Abweichler stilisierte und die Mehrheitsmeinung teilweise als naiv und utopisch anzusehen schien – als eine Art Ausgleich zur erlebten Mehrheitsmeinung interpretiert werden. Vielleicht sah er die Notwendigkeit, die seiner Meinung nach zu hohe Umverteilungsbereitschaft „nach unten korrigieren“ zu müssen; ein Verhalten, das auch in der Literatur beschrieben wird (MENDELBERG 2002).

Die in diesem Abschnitt exemplarisch illustrierten Lernprozesse, diskursiv geformten Meinungen und auch der Einfluss von Gruppendynamiken auf individuelle Positionierungen können vor diesem Hintergrund als Beispiele für prozedurale Kontextfaktoren verstanden werden, die auf Meinungsbildungsprozesse einwirken können. Wie die Surveyforschung ja auch anerkennt, bringen Menschen bei weitem nicht zu allen Themen vorgeformte und stabile Meinungen mit, sondern ihre Positionen bewegen sich im sozialen Raum und über die Zeit. Selbstverständlich können Laborsituationen wie Deliberative Foren nur ansatzweise Aufschluss über solche Bewegungen geben, aber die genannten Beispiele zeigen unserer Ansicht nach, dass qualitative Studien in der Meinungs- und Akzeptanzforschung nicht nur Erkenntnisse zu Begründungsmustern, Ambivalenzen oder Meinungsinkonsistenzen liefern können, sondern bei einem entsprechenden Design auch Einblicke in die prozeduralen und kontextualen Aspekte von Meinungsbildung bereithalten können. Dies macht sie auch gerade für Forschung zu Willensbildung und Einstellungswandel zu einem höchst fruchtbaren Instrument.

## 5. Diskussion

Wir haben in diesem Beitrag einen innovativen Ansatz zur Erforschung von Einstellungen zur Sozialpolitik vorgestellt. Während quantitative Surveyforschung ihre Stärke in der Repräsentativität, der Darstellung großflächiger Muster, dem internationalen Vergleich und der Analyse von Einstellungsdeterminanten hat, sind qualitative Verfahren geeignet, Rechtfertigungsmuster, Kontextualisierungen und Dynamiken besser zu erfassen. Mit dem Ansatz der Deliberativen Foren lassen sich quantitative und qualitative Elemente ertragreich verbinden und ein genauerer Blick auf Einstellungswandel richten. Unsere Befunde zeigen, dass – entgegen der Grundannahme quantitativer Ansätze – Einstellungen recht wandelbar sind. Wir

konnten beobachten, dass sich im Verlauf der zweitägigen Diskussion zum Thema eines gerechten Steuersystems erhebliche Einstellungsverschiebungen ergaben, wofür, so unsere Annahme, Lernprozesse, Schärfungen der eigenen Meinung und Gruppendynamiken verantwortlich sind.

Diese Ergebnisse sprechen natürlich zur bisherigen Forschung zum Thema der Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Sie sprechen aber ebenso zur Politik. Versteht man Demokratie nicht nur als Willensbekundung, sondern gleichermaßen als Prozess der Willensbildung, dann kann man anhand unserer Ergebnisse sehen, dass Kommunikation, offener Austausch und Perspektivenvielfalt dazu führen können, dass sich Meinungen bilden oder ändern. Das betrifft sehr spezifische politische Fragen, aber auch die große Thematik der gerechten Gesellschaft. Politik trifft eben nicht auf einen vorgefertigten Block aggregierter Meinung, sondern Einstellungen werden durch öffentliche Diskurse beeinflusst und ausgeformt. Dabei können die Rahmenbedingungen des Diskurses ähnlich wie bei den Deliberativen Foren als wichtig erachtet werden, und auch aus normativer wie diskurstheoretischer Sicht sind solche Formen zu bevorzugen, die eine breite Beteiligung ermöglichen, unterschiedliche Meinungen gleichberechtigt zu Wort kommen lassen und von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Informiertheit und Rechtfertigungen einfordern. Diese Idealsituation wird nur selten herzustellen sein, aber es kann ein Anspruch einer guten Demokratie sein, diese zumindest anzustreben.

## *Literatur*

- AALBERG, T.: *Founding the Welfare State: Comparative Public Opinion on Taxes and Redistribution of Income*. Working Paper No. 180. Luxembourg: Luxembourg Income Study 1998
- ACKERMAN, B., and FISHKIN, J.: *Deliberation day*. *Journal of Political Philosophy* 10/2, 129–152 (2002)
- ANDRESS, H.-J., HEIEN, T., and HOFÄCKER, D.: *Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001
- BÄCHTIGER, A., und WYSS, D.: *Empirische Deliberationsforschung – eine systematische Übersicht*. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 7/2, 155–181 (2013)
- CHAMBERS, S.: *Deliberative democratic theory*. *Annual Review of Political Science* 6/1, 307–326 (2003)
- CHAPPELL, Z.: *Deliberative Democracy. A Critical Introduction*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2012
- DELLI CARPINI, M., COOK, F., and JACOBS, L.: *Public deliberation, discursive participation, and citizen engagement. A review of the empirical literature*. *Annual Review of Political Science* 7/1, 315–344 (2004)
- DRYZEK, J.: *Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations*. Oxford: Oxford University Press 2000
- EDLUND, J.: *Progressive taxation farewell? Attitudes to income redistribution and taxation in Sweden, Great Britain and the United States*. In: SVALLFORS, S., und TAYLOR-GOOPY, P. (Eds.): *The End of the Welfare State*; pp. 106–134. London, New York: Routledge 1999
- EDLUND, J.: *Attitudes towards taxation: Ignorant and incoherent?* *Scandinavian Political Studies* 26/2, 145–167 (2003)
- ELSTER, J.: *The market and the forum. Three varieties of political theory*. In: BOHMAN, J., and REHG, W. (Eds.): *Deliberative Democracy. Essays on Reason and Politics*; pp. 3–33. Cambridge, MA: MIT Press 1997
- ESTLUND, D.: *Political quality*. *Social Philosophy and Policy* 17/1, 127–160 (2000)
- EWALD, F.: *Der Vorsorgestaat*. Frankfurt (Main): Suhrkamp 1993
- FISHKIN, J.: *When the People Speak. Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford: Oxford University Press 2011
- FISHKIN, J., and LUSKIN, R.: *Experimenting with a democratic ideal. Deliberative polling and public opinion*. *Acta Politica* 40/3, 284–298 (2005)
- FUNG, A.: *Survey article: Recipes for public spheres: Eight institutional design choices and their consequences*. *Journal of Political Philosophy* 11/3, 338–367 (2003)
- GASTIL, J., BACCI, C., and DOLLINGER, M.: *Is deliberation neutral? Patterns of attitude change during “The Deliberative Polls”*. *Journal of Public Deliberation* 6/2, Art. 3 (2010)

- GOERRES, A., and PRINZEN, K.: Using mixed methods for the analysis of individuals: a review of necessary and sufficient conditions and an application to welfare state attitudes. *Quality and Quantity* 46/2, 415–450 (2012a)
- GOERRES, A., and PRINZEN, K.: Can we improve the measurement of attitudes towards the welfare state? A constructive critique of survey instruments with evidence from focus groups. *Social Indicators Research* 105, 515–534 (2012b)
- GOERRES, A., und PRINZEN, K.: Die Sicht der Bürger auf Sozialstaat und Generationenverhältnisse in einer alternden Gesellschaft. Eine Analyse von Gruppendiskussionen. *Zeitschrift für Sozialreform* 60/1, 83–107 (2014)
- GRÖNLUND, K., BÄCHTIGER, A., and SETÄLÄ, M. (Eds.): *Deliberative Mini-Publics. Involving Citizens in the Democratic Process.* Colchester: ECPR Press 2015
- GUTMANN, A., and THOMPSON, D.: *Democracy and Disagreement.* Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press 1996
- HAMANN, S., KARL, A., und ULLRICH, C.: *Entsolidarisierung? Leistungen für Arbeitslose im Urteil von Erwerbstätigen.* Frankfurt (Main): Campus 2002
- ISERNIA, P., and FISHKIN, J.: The EuroPolis deliberative poll. *European Union Politics* 15/3, 311–327 (2014)
- KANGAS, O.: Self-interest and the common good: The impact of norms, selfishness and context in social policy opinions. *Journal of Socio-Economics* 26/5, 475–494 (1997)
- KARPOWITZ, C., and MENDELBERG, T.: An experimental approach to citizen deliberation. In: DRUCKMAN, J., GREEN, D., KUKLINSKI, J., and LUPIA, A. (Eds.): *Cambridge Handbook of Experimental Political Science*; pp. 258–272. Cambridge: Cambridge University Press 2011
- LARSEN, C. A.: The institutional logic of welfare attitudes: how welfare regimes influence public support. *Comparative Political Studies* 41/2, 145–168 (2008)
- LUCKE, D.: *Akzeptanz: Legitimität in der ‚Abstimmungsgesellschaft‘.* Opladen: Leske + Budrich 1995
- MAU, S.: Zwischen Instrumentalität und Moralität. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament* 34/35/98, 27–37 (1998)
- MAU, S.: *The Moral Economy of Welfare States. Britain and Germany Compared.* London, New York: Routledge 2003
- MAU, S., and SACHWEH, P.: The middle class in the German welfare state: Beneficial involvement at stake? *Social Policy and Administration* 48/5, 537–555 (2014)
- MAU, S., and VEGHTE, B. (Eds.): *Social Justice, Legitimacy, and the Welfare State.* London: Ashgate 2007
- MENDELBERG, T.: The deliberative Citizen. Theory and evidence. In: DELLI CARPINI, M., HUDDY, L., and SHAPIRO, R. (Eds.): *Political Decision-Making, Deliberation and Participation*; pp. 151–193. Bingley: Emerald Group Publishing 2002
- MUTZ, D. C.: Is deliberative democracy a falsifiable theory? *Annual Review of Political Science* 11/1, 521–538 (2008)
- OFFE, C.: How can we trust our fellow citizens? In: WARREN, M. E. (Ed.): *Democracy and Trust*; pp. 42–87. Cambridge: Cambridge University Press 1999
- ROOSMA, F., GELISSEN, J. P. T. M., and VAN OORSCHOT, W. J. H.: The multidimensionality of welfare state attitudes: A European cross-national study. *Social Indicators Research* 113/1, 235–255 (2013)
- ROTHSTEIN, B.: *Just Institutions Matter. The Moral and Political Logic of the Universal Welfare State.* Cambridge: Cambridge University Press 1998
- RÜB, F.: Versicherungsprinzip und soziale Gerechtigkeit. In: BLASCHE S., und DÖRING, D. (Hrsg.): *Sozialpolitik und Gerechtigkeit.* S. 314–355. Frankfurt (Main): Campus 1998
- SACHWEH, P.: The moral economy of inequality: Popular views on income differentiation, poverty and wealth. *Socio-Economic Review* 10, 419–445 (2011)
- SCHAAL, G., und RITZI, C.: *Empirische Deliberationsforschung.* (MPIfG Working Paper 09/9) Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 2009
- STEINMO, S.: *Taxation and Democracy: Swedish, British and American Approaches to Financing the Modern State.* New Haven: Yale University Press 1993
- SVALLFORS, S.: Worlds of welfare and attitudes to redistribution: A comparison of eight western nations. *European Sociological Review* 13, 283–304 (1997)
- SVALLFORS, S.: *The Moral Economy of Class. Class and Attitudes in Comparative Perspective.* Stanford, CA: Stanford University Press 2006
- SVALLFORS, S. (Ed.): *Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond.* Stanford, CA: Stanford University Press 2012
- TAYLOR-GOOPY, P., and MARTIN, R.: Fairness and social provision. In: CLASEN, J. (Ed.): *Converging Worlds of Welfare? Britain and German Social Policy in the 21st Century*; pp. 33–51. Oxford: Oxford University Press 2011

*Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates – Fixe Meinungen oder Willensbildung durch Deliberation?*

- THOMPSON, D.: Deliberative democratic theory and empirical political science. *Annual Review of Political Science* 11/1, 497–520 (2008)
- ULLRICH, C.: Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008
- WALDHERR, A., OSTNER, S., MÜLLER, L., MILTNER, P., STOLTENBERG, D., SONA, P., und PFETSCH, B.: Wissenschaftliche Auswertung von Bürger- und Online-Dialogen zum Thema Lebensqualität in Deutschland. Abschlussbericht. 31. Dezember 2015; überarbeitete Version: 24. März 2016. Freie Universität Berlin, Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft; CID GmbH. Berlin: Freigericht 2016
- WALZER, M.: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt (Main), New York: Campus 1992

Prof. Dr. Steffen MAU  
Humboldt-Universität zu Berlin  
Institut für Sozialwissenschaften  
Makrosoziologie  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
Bundesrepublik Deutschland  
Tel.: +49 30 209366620  
Fax: +49 30 209366621  
E-Mail: [steffen.mau@hu-berlin.de](mailto:steffen.mau@hu-berlin.de)

## **Ergebnisse des Leopoldina-Förderprogramms IX**

Stipendiaten der Leopoldina in den Jahren 2014–2015

Nova Acta Leopoldina N. F. Supplementum Nr. 33

Herausgegeben von Gunnar BERG (Halle/Saale), Andreas CLAUSING (Halle/Saale)  
und Jörg HACKER (Halle/Saale)

(2016, 140 Seiten, 69 Abbildungen, 20,50 Euro, ISBN: 978-3-8047-3702-0)

Das Leopoldina-Förderprogramm ermöglicht Postdoktoranden einen mehrjährigen Aufenthalt an einem internationalen Forschungsschwerpunkt ihrer Wahl. Damit wird der Wissenschaftlernachwuchs durch interessante Projekte in ausländischen Arbeitsgruppen der Spitzenforschung qualifiziert und auf spätere Aufgaben im deutschen Wissenschaftssystem vorbereitet. Der Band verdeutlicht die Vielfalt der vertretenen Fächer und Problemstellungen und berichtet über erfolgreiche Projekte. Die referierte weitere berufliche Entwicklung der ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten zeigt die Bedeutung der Fördermaßnahme und der im Studienaufenthalt erzielten Ergebnisse für eine weitere Karriere im Wissenschaftsbereich auf.

# Der Beitrag von Prozessanalysen zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten

Johannes SIEGRIST (Düsseldorf)

## *Zusammenfassung*

Aussagekräftige Daten zu Umfang und Veränderung von Morbidität und Mortalität in der Bevölkerung sowie zu deren Determinanten stellen eine wichtige Basis für gesundheitspolitische Entscheidungen und Maßnahmen dar. In besonderem Maß gilt dies für die in allen modernen Gesellschaften dokumentierte soziale Ungleichheit von Gesundheit und Krankheit, nachdem Forschungsergebnisse gezeigt haben, dass die wichtigsten Ursachen gesundheitlicher Ungleichheiten veränderbar sind. Durch gesundheitspolitische Gestaltung kann somit die Last vermeidbarer Krankheiten und früher Sterblichkeit vermindert werden. Anhand geeigneter Indikatoren beschreiben amtliche Statistiken und Gesundheitserhebungen Ausprägung und Veränderung gesundheitlicher Ungleichheiten in der Bevölkerung. Jedoch reicht diese Beschreibung nicht aus, um belastbare Erkenntnisse zu Ursachen und deren Beeinflussbarkeit zu generieren. Hierzu sind prozessanalytische Daten erforderlich, die vorwiegend im Rahmen bevölkerungsweiter Längsschnittstudien gewonnen werden.

In zwei Stadien des Lebenslaufs sind soziale Ungleichheiten von Gesundheit und Krankheit besonders ausgeprägt, in früher Kindheit und im mittleren Erwachsenenalter. Das Kapitel zeigt anhand ausgewählter Ergebnisse wissenschaftlicher Studien, welche neuen Erkenntnisse aus diesem Forschungsansatz resultieren und welche praktischen Folgerungen sich daraus ableiten lassen.

## *Abstract*

Health policy planning and decision making heavily relies on valid data on the distribution of morbidity and mortality across populations as well as on information about their determinants. This is particularly important in the era of social inequalities in health as research has shown that their determinants are largely modifiable. Thus, the burden of avoidable disease and premature mortality could be considerably reduced by policies that are informed by sound health-related data. Administrative data and health surveys using appropriate indicators are instrumental in describing the frequency, steepness and change over time of social inequalities in health. Yet, these data fall short of providing convincing explanations of underlying causes and pathways. To this end, process-based information derived mainly from longitudinal cohort studies is required.

In this chapter some results from longitudinal investigations are presented that shed light on new approaches towards explaining and reducing health inequalities. Findings are restricted to two stages of the life course where relatively steepest social gradients in health were identified, i.e. early childhood and midlife.

## **1. Die Problemlage**

Für die Frage nach „gutem Leben“ spielt die Gesundheit eine wichtige Rolle. In der Hierarchie zentraler Lebensziele steht sie in Bevölkerungsumfragen häufig an erster Stelle, und dieser hohe Stellenwert wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass Gesundheit in der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen als ein Grundrecht festgelegt worden ist. Weniger eindeutig lässt sich der Stellenwert von Gesundheit angesichts der Frage nach „guter Gesellschaft“ bestimmen. Hier scheinen Ziele wie Sicherung des Friedens, Wohlstandsent-

wicklung, Gewährung von Freiheitsrechten und gesellschaftlichen Beteiligungschancen ein größeres Gewicht zu besitzen. Zudem wird Gesundheit zuallererst als ein individuelles Problem, nicht als kollektives Gut betrachtet. Zumindest in modernen Gesellschaften bedarf es drastischer Veränderungen des Gesundheitszustands einer Bevölkerung, um zu bewirken, dass diese als Folge einer veränderten sozialen und wirtschaftlichen Realität begriffen und erfahren werden. Ein Beispiel hierfür aus der jüngeren Geschichte ist die Entwicklung der Sterblichkeit in Russland im Gefolge des Zusammenbruchs der kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Innerhalb weniger Jahre hat sich dort die standardisierte Sterberate von Männern im mittleren Lebensalter (45–64 Jahre) von 800 auf 1400 pro 100 000 beinahe verdoppelt, und die mittlere Lebenserwartung russischer Männer liegt selbst im Jahr 2009 mit 63 Jahren noch 15 Jahre hinter derjenigen ihrer Altersgenossen in Westeuropa zurück (*WHO Europe* 2013). Der enge Zusammenhang dieser drastischen Verschlechterung kollektiver Gesundheit mit wirtschaftlicher Not, Arbeitslosigkeit und sozialer Desintegration sowie ihren Auswirkungen auf gesundheitsschädigendes Verhalten ist in umfangreichen wissenschaftlichen Studien nachgewiesen worden (*CORNIA* 2016).

Weniger dramatisch, aber dennoch höchst bedeutsam für den Gesundheitszustand einer Bevölkerung sind die Unterschiede von Erkrankungsraten und Sterblichkeit nach sozialer Lage innerhalb moderner westlicher Gesellschaften: Je niedriger der sozioökonomische Status einer Person ist, desto höher ist ihr Erkrankungs- und Sterberisiko. Dieser als *sozialer Gradient von Morbidität und Mortalität* bezeichnete Trend ist in allen entwickelten Gesellschaften, aus denen statistische Daten vorliegen, zweifelsfrei belegt worden (*MACKENBACH et al.* 2016, *MARMOT* 2015). Eine neueste Meta-Analyse der Mortalitätsdaten von 1,7 Millionen Männern und Frauen aus 7 westlichen Ländern zeigt dies nicht nur erneut, sondern belegt darüber hinaus, dass die Differenz der Lebenserwartung bei 40- bis 85-jährigen Studienteilnehmern zwischen der untersten und der obersten der drei definierten Sozialschichten mit durchschnittlich 2,1 Jahren größer ist als die entsprechende Differenz nach Ausprägung wichtiger Risikofaktoren wie Übergewicht oder Bluthochdruck, die ihrerseits eng mit der sozialen Schichtzugehörigkeit verbunden sind. Diese Verbindung gilt auch für die Risikofaktoren Rauchen, Bewegungsmangel und Diabetes, deren Beitrag zur Minderung der Lebenserwartung allerdings noch höher ist als derjenige des sozioökonomischen Status (*STRINGHINI et al.* 2017).

Je größer die soziale Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen in einer Gesellschaft ist, die sich in niedriger Bildung, niedrigem Einkommen und prekärer Beschäftigung niederschlägt, desto schlechter ist deren gesundheitliche Situation. Dies verdeutlicht, dass die „Güte“ einer Gesellschaft, gemessen an einer fairen Verteilung von Lebenslagen, sehr wohl in einem direkten Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand der Bevölkerung steht. Daraus ergeben sich weitreichende Folgerungen für die Gesundheitspolitik. Es reicht nicht, gesundheitspolitische Aktionen und Programme auf ein gutes Leistungsniveau medizinischer Versorgung zu begrenzen, und es reicht nicht, die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung auf die Bekämpfung zentraler verhaltensbezogener Risikofaktoren zu begrenzen, wie dies die Weltgesundheitsorganisation in ihrem globalen Aktionsprogramm zur Reduzierung der Last chronischer Erkrankungen beschlossen hat (*WHO* 2013). Vielmehr müssen die sozialen Determinanten ungleicher Gesundheit mit Initiativen der Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik, mit Programmen des Arbeitsmarktes und des Umweltschutzes adressiert werden, um wirksame Verbesserungen auf kollektiver Ebene zu erzielen (*WHO* 2008).

Eine auf diese Weise alle relevanten Politikbereiche umfassende Gesundheitspolitik muss sich an Befunden einer zuverlässigen und aussagekräftigen *Gesundheitsberichterstattung*

und an neuen Erkenntnissen der *bevölkerungsweiten Gesundheitsforschung* zu den *sozialen Determinanten von Gesundheit und Krankheit* orientieren können. Damit stellt sich die Frage nach der Verfügbarkeit und Qualität von Indikatorensystemen der administrativ etablierten Gesundheitsberichterstattung. Und es stellt sich die Frage, ob und auf welche Weise diese Daten ergänzt werden müssen durch vertiefende Forschungen, welche anhand von *Prozessanalysen* den Einfluss sozialer Verhältnisse auf die Entwicklung unterschiedlicher Gesundheitschancen in der Bevölkerung in Längsschnittstudien untersuchen. Letztlich spielen Erkenntnisse aus belastbaren Forschungen zu Ursache-Wirkungszusammenhängen eine wichtige Rolle bei der Auswahl und Legitimierung gesundheitspolitischer Entscheidungen und den daraus resultierenden programmatischen Aktivitäten (Leopoldina 2016).

## **2. Indikatorensysteme oder Prozessanalysen?**

Wie viele andere Länder verfügt Deutschland über ein umfangreiches *Indikatorensystem* zur Erfassung von Gesundheitsdaten. Auf administrativer Ebene zählen hierzu in erster Linie gesetzlich vorgeschriebene Datenerfassungen wie die Todesursachenstatistik, die Statistik meldepflichtiger Krankheiten, der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, die Krankenhausstatistik, statistische Daten der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen sowie, soweit etabliert, bestimmte Krankheitsregister wie die epidemiologisch geführten Krebsregister, das AIDS-Fallregister oder das Augsburger Herzinfarktregister. Eine weitere Quelle bilden die Gesundheitsberichterstattung des Bundes, die weitgehend auf den vom Robert-Koch-Institut durchgeführten Gesundheitssurveys basiert, sowie entsprechende länderspezifische und kommunale Gesundheitsberichte. Gesundheitsdaten werden auch in einzelnen repräsentativen Bevölkerungsumfragen (z. B. Sozio-oekonomisches Panel [SOEP]) erhoben (siehe unten).

Im Rahmen der administrativ gesammelten Gesundheitsdaten lässt sich generell feststellen, dass differenzierte, auf Individualdatenniveau erfasste Informationen zu sozioökonomischen und psychosozialen Einflussfaktoren auf Gesundheit hierzulande nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen. Ein wichtiger Grund hierfür sind Restriktionen des Datenschutzes. Zudem gibt es in Deutschland keine Tradition der systematischen Erhebung sozialer Daten im Gesundheitsbereich, wie dies beispielsweise in Großbritannien seit Jahrzehnten der Fall ist. In der Gesundheitspolitik des Vereinigten Königreichs spielt das Thema sozialer Ungleichheit von Gesundheit und Krankheit spätestens seit dem Black-Report 1980 eine prominente Rolle (BARTLEY 2017).

Eine Ausnahme stellen die neueren, vom Robert-Koch-Institut durchgeführten *Gesundheitssurveys* dar, in denen einheitliche Indikatoren zur Erfassung des sozioökonomischen Status von Personen zur Anwendung gelangen. Auf diese Weise kann auch in Deutschland der seit längerer Zeit bekannte soziale Gradient von Morbidität und Mortalität in repräsentativen Untersuchungen belegt werden (LAMPERT et al. 2011). Einfacher ist der Nachweis gesundheitlicher Ungleichheit anhand von Aggregatdaten. Sowohl für die Sterblichkeit wie für verschiedene Krankheiten sind Unterschiede in der Prävalenz nach Wohngebieten – auf unterschiedlichem Grad der Spezifizierung – nachgewiesen worden. Dabei stammen die aussagekräftigsten Daten aus der kleinräumigen kommunalen Sozial- und Gesundheitsberichterstattung. Hier sind nach englischem Vorbild Indizes sozialer Benachteiligung gebildet worden (SCHWARTZ et al. 2012).

So wichtig deskriptive Informationen zur Verteilung von Gesundheit und Krankheit in der Bevölkerung nach sozialen Kriterien sind, so sehr ist die Möglichkeit begrenzt, aus ihnen di-

rekte Schlussfolgerungen bezüglich eines *Ursache-Wirkungszusammenhangs* zu ziehen. Dies gilt nicht nur für Aggregatdaten mit dem bekannten Risiko des ökologischen Fehlschlusses, sondern auch für die zu administrativen Zwecken oder in Bevölkerungsumfragen gesammelten Individualdaten. Die begrenzte Aussagekraft der anhand etablierter Indikatorensysteme erhobenen Daten für eine kausalanalytisch orientierte Forschung ist allgemein bekannt und vielfach bemängelt worden. In ihrer Stellungnahme zur wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedeutung bevölkerungsweiter Längsschnittstudien stellt die Nationale Akademie der Wissenschaften fest, dass nur „bei bevölkerungsbezogenen Längsschnittstudien, in denen identische Personen mehrfach im Zeitverlauf untersucht werden, unter klar definierten Bedingungen theoriegestützte Hypothesen zu Ursache-Wirkungs-Beziehungen getestet werden können“.<sup>1</sup> Dies erfolgt in der Regel im Rahmen transdisziplinär angelegter *prospektiver epidemiologischer Kohortenstudien*. Wie weit diese anhand modellbasierter Vorhersagen über zukünftig zu erwartende Entwicklungen zu einer genaueren und wirksameren Festlegung gesundheitspolitischer Entscheidungen und Programmentwicklungen beitragen können, soll nachfolgend exemplarisch untersucht werden.

Bevölkerungsweite Längsschnittstudien umfassen die mehrfache Untersuchung, Befragung und Nachverfolgung einer repräsentativen Personengruppe über einen längeren Zeitraum. Im Extrem können sie, als *Geburtskohortenstudien*, den gesamten Lebenslauf einer Generation umfassen oder sogar als Mehrgenerationenstudien die nachfolgende Generation mit einbeziehen. Indem bestimmte, für die Entwicklung einer Krankheit oder Störung relevante Faktoren (Expositionen im Fall äußerer Einflüsse; Dispositionen im Fall von Personenmerkmalen) zu Beginn einer Studie erhoben werden, d. h. zu einem Zeitpunkt, da die interessierende Krankheit noch nicht aufgetreten ist, wird es möglich, Beziehungen zwischen dem Auftreten bzw. der Stärke oder Dauer dieser Einflussfaktoren und einer erhöhten Auftretenswahrscheinlichkeit der interessierenden Krankheit im Beobachtungszeitraum zu analysieren. Dies ist die klassische Vorgehensweise prospektiver epidemiologischer Studien, in denen das erhöhte Auftreten der Zielkrankheit in einer von der Exposition bzw. Disposition betroffenen Bevölkerungsgruppe in einem definierten Beobachtungszeitraum im Vergleich zur Häufigkeit der Krankheit in einer nichtexponierten bzw. nichtdisponierten Bevölkerungsgruppe untersucht wird. Zur Quantifizierung dieser Beziehung werden die beiden nach Studientyp unterschiedenen, jedoch in ihrer Aussagekraft im Prinzip identischen Begriffe des relativen Risikos bzw. der Odds-Ratio verwendet. Um dies mit einem Beispiel zu verdeutlichen: Treten in einer Gruppe von 1000 Menschen ohne regelmäßige körperliche Aktivität (Exposition) innerhalb von 5 Jahren 20 Herzinfarktereignisse auf, während es in einer ebenso großen aktiven Gruppe lediglich 10 Ereignisse sind, dann beträgt das relative Risiko, bei fehlender körperlicher Aktivität einen Herzinfarkt zu erleiden, 2,0. Faktisch sind entsprechende Studien komplizierter angelegt, da hierbei auch der Einfluss anderer Risiken auf die Entwicklung einer koronaren Herzkrankheit einbezogen werden muss. *Zusätzliche Qualitätskriterien* müssen erfüllt sein, damit aus den Ergebnissen einer prospektiven Kohortenstudie eine kausale Aussage abgeleitet werden kann. Hierzu zählen die Dosis-Wirkungsbeziehung, die Stärke der relativen Risikoerhöhung, die Unterstützung der statistischen Beziehung durch biologische Daten, welche anhand zusätzlicher Methoden den Verbindungsprozess zwischen Exposition bzw. Disposition und Krankheitsentwicklung belegen sowie, wenn möglich, der Nachweis,

---

<sup>1</sup> Leopoldina et al. 2016, S. 6.

dass durch Verminderung bzw. Ausschalten des Risikofaktors, d. h. durch Intervention, nachfolgend auch das Erkrankungsrisiko sinkt (BONITA et al. 2008).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass *Prozessanalysen* in Form bevölkerungsweiter Längsschnittstudien Erkenntnisse ermöglichen, welche anhand der oben genannten Indikatorensysteme nicht erzielt werden können, unabhängig davon, ob diese im Rahmen administrativer oder primär wissenschaftlicher Daten generiert wurden. *Erstens* können in mehrfach an ein und derselben Population prospektiv erhobenen Daten Veränderungen der interessierenden Exposition bzw. Disposition dokumentiert werden. Im Gegensatz zu Paneldaten an nichtidentischen Populationen können dadurch nicht nur Trends von Risikofaktoren untersucht werden, sondern auch Auswirkungen der Veränderung von Exposition bzw. Disposition im Zeitverlauf auf Zielgrößen, die in dieser Population zu erwarten sind (z. B. Rate von Neuerkrankungen). Dies ermöglicht die Prüfung relevanter Hypothesen wie beispielsweise des Einflusses von Dauer und Intensität einer Exposition bzw. Disposition auf die Zielgröße, oder Einfluss der Kumulation unterschiedlicher Risiken im Zeitverlauf auf die Zielgröße. Wie bereits erwähnt, gestatten Prozessanalysen in Form bevölkerungsweiter Längsschnittstudien sodann einen quantitativen Nachweis der Stärke einer Expositions- bzw. Dispositionsgröße auf das Erkrankungsrisiko und realisieren damit das zentrale Erkenntnisinteresse der analytischen Epidemiologie. Noch weitergehend ist deren Erkenntnisgewinn, wenn Prozessanalysen Daten zu den unterstellten biologischen Verbindungsprozessen oder Mechanismen enthalten, welche zur Erhellung einer kausalen Beziehung beitragen. In zwei Bereichen sozialepidemiologischer Forschung wird dieser Erkenntnisgewinn nachfolgend anhand ausgewählter Studienergebnisse erörtert, deren Ziel darin besteht, sozial ungleiche Gesundheitschancen zu erklären und damit wirkungsvolle Ansatzpunkte für präventive Maßnahmen zu geben: der Forschung zu sozialen Einflussgrößen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und der Forschung zu sozialer Stressoren auf die Gesundheit Erwachsener, mit besonderem Bezug zur Arbeitswelt.

### **3. Prozessanalysen des Lebenslaufs**

#### *3.1 Kindheit und Jugend*

Ein wichtiges Ergebnis sozialepidemiologischer Forschung der vergangenen drei Jahrzehnte besteht in der Erkenntnis, dass die soziale Ungleichheit von Gesundheit und Krankheit in zwei Phasen des Lebenslaufs deutlich stärker als in den übrigen Phasen ausgeprägt ist: in der frühen Kindheit und im mittleren Erwachsenenalter (KUH und BEN SHLOMO 2004). Auch wenn die Gründe hierfür bisher nicht zweifelsfrei geklärt sind, rechtfertigt diese Einsicht doch eine vorrangige Betrachtung dieser beiden Lebensphasen. Beim gegenwärtigen Kenntnisstand lassen sich grob drei Schwerpunkte prozessanalytischer Forschung zu sozialen Determinanten von Gesundheit und Krankheit im Kindes- und Jugendalter unterscheiden. Allen diesen Schwerpunkten ist gemeinsam, dass die identifizierten Einflussfaktoren ihre Wirkung auf die Gesundheit nicht nur kurz- und mittelfristig, sondern in manchen Fällen sogar langfristig, bis ins mittlere Erwachsenenalter hinein, entfalten.

Der *erste Schwerpunkt* betrifft pathogene Einflüsse während der *Schwangerschaft*, welche die späteren Gesundheitschancen des Kindes begrenzen. Bahnbrechende Erkenntnisse aus Geburtskohortenstudien haben gezeigt, dass gesundheitsschädigendes Verhalten der Mütter

während der Schwangerschaft den embryonalen Entwicklungsprozess nachhaltig zu schädigen vermag und dass diese Schädigungen nach Jahren, teilweise sogar nach Jahrzehnten bestimmte Erkrankungsrisiken der Kinder erhöhen. Dies ist für Fehlregulationen des embryonalen Stoffwechsels bei schwangeren Müttern gezeigt worden, die entweder eine Mangelernährung oder eine ausgeprägte Fehlernährung aufwiesen, wonach sich bei den Kindern das Risiko der Entwicklung eines Typ-2-Diabetes oder einer koronaren Herzkrankheit Jahrzehnte später, d. h. im mittleren Erwachsenenalter, signifikant erhöhte (BARKER 1998). Ebenso sind Zusammenhänge zwischen embryonalen Zell- und Organschädigungen als Folge mütterlichen Zigaretten- und Alkoholkonsums mit erhöhten malignen Erkrankungsrisiken im späteren Lebenslauf untersucht worden (KUH und BEN SHLOMO 2004). Die bekannte britische Geburtskohortenstudie des Jahrgangs 1958 hat gezeigt, dass gesundheitsschädigendes Verhalten während der Schwangerschaft einen deutlichen sozialen Schichtgradienten aufweist. So waren beispielsweise Mädchen, deren Eltern un- oder angelernte Arbeiter waren, im Mutterleib häufiger Zigarettenrauch ausgesetzt (47 %) als Mädchen aus sozial besser gestelltem Elternhaus (30 %). Und auch später, mit 16 Jahren, lebten sie häufiger in einem Elternhaus, in dem geraucht wurde (79 % versus 48 %) (POWER und KUH 2006). Ein niedriges Geburtsgewicht gibt den frühesten und zugleich häufigsten Hinweis auf schwangerschaftsbedingte Fehlregulationen kindlichen Wachstums. Zahlreiche Studien haben nicht nur enge statistische Korrelationen zwischen Geburtsgewicht und sozialer Schichtzugehörigkeit von Müttern nachgewiesen, sondern – wichtiger noch – erhöhte Morbiditäts- und Mortalitätsrisiken im späteren Lebenslauf dieser Kinder (POWER und KUH 2006).

Neben gesundheitsschädigendem Verhalten stellen ungünstige Wohn- und Umweltbedingungen während der Schwangerschaft einen weiteren schichtspezifischen Vulnerabilitätsfaktor späterer gesundheitlicher Gefährdung dar, und Gleiches gilt auch für chronische psychosoziale Stresserfahrungen. Kritische Lebensereignisse, wiederkehrende Sorgen und Konflikte treten häufiger in Lebenslagen auf, die durch soziale Benachteiligung gekennzeichnet sind. Dass einschneidende Lebensereignisse während der Schwangerschaft einen nachhaltigen Effekt auf den heranwachsenden kindlichen Organismus ausüben können, hat vor einigen Jahren eine eindrucksvolle deutsche Studie gezeigt. Hierbei wurde die aus weißen Blutkörperchen (Leukozyten) extrahierte Telomerenlänge bei zwei Gruppen junger Erwachsener verglichen, einer Gruppe, deren Mütter während der Schwangerschaft ein Stress erzeugendes kritisches Lebensereignis erfahren hatten, und einer Gruppe ohne entsprechende Exposition der Mütter. Wie Abbildung 1 zeigt, wies die erste im Vergleich zur zweiten Gruppe eine signifikant kürzere mittlere Telomerenlänge auf (ENTRINGER et al. 2011). Eine kürzere Telomerenlänge weist auf eine im Lebenslauf zu erwartende geringere Zellteilungsrate hin und gilt daher als möglicher Prädiktor einer entsprechend kürzeren prospektiven Lebensdauer. Angesichts rascher Erkenntnisfortschritte im Gebiet der Epigenetik sind in nächster Zukunft neue Einsichten in die Interaktion von genetischer Disposition und sozialer Umwelt im Prozess frühkindlicher Entwicklung von Gesundheitschancen und Erkrankungsrisiken zu erwarten.

Der *zweite Schwerpunkt* prozessanalytischer Forschung zu sozial ungleicher Gesundheit im Kindesalter befasst sich mit den entscheidenden ersten Lebensjahren, mithin dem Prozess der *primären Sozialisation* (Leopoldina et al. 2014). Dieser Prozess setzt mit der frühen Mutter-Kind-Beziehung nach der Geburt ein und setzt sich bis in die Phase der Stabilisierung einer Persönlichkeit im Laufe der Adoleszenz fort. Er umfasst die affektiven, kognitiven, motivationalen und moralischen Aspekte individueller Entwicklung, welche Kinder zur Aneignung der und zur Integration in die soziale Wirklichkeit befähigen sollen. Primäre Sozi-

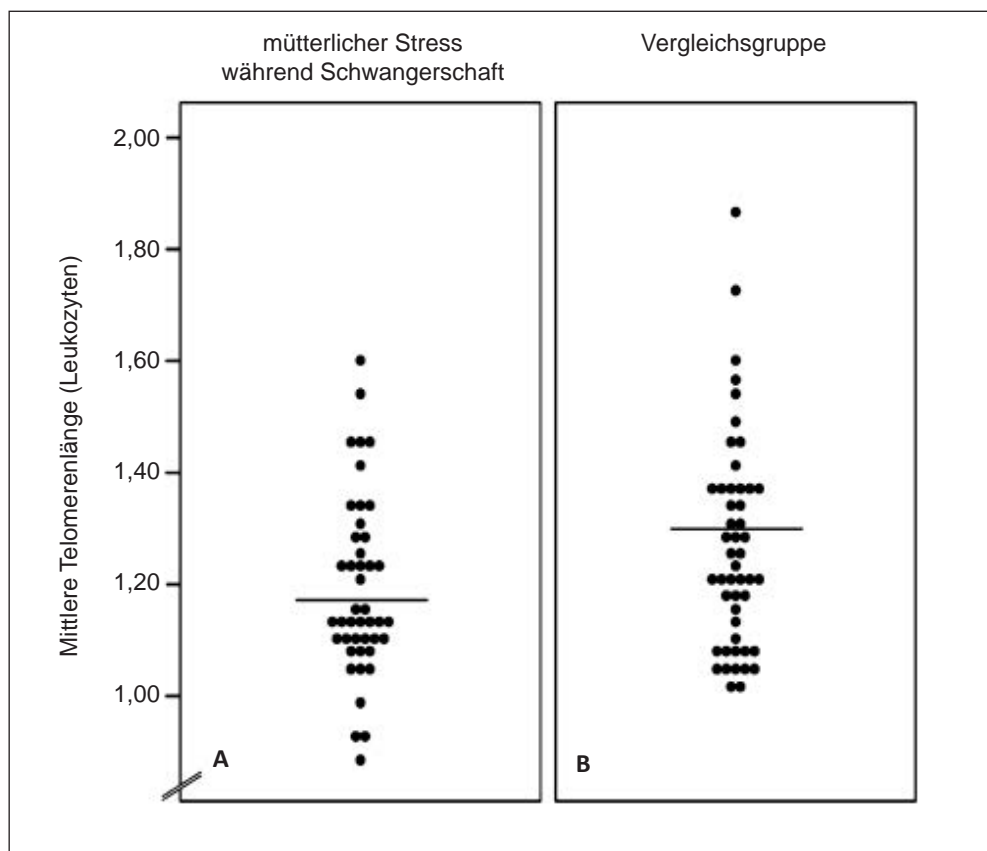


Abb. 1 Punktauftragung der mittleren Telomerenlänge (Leukozyten) bei jungen Erwachsenen (N = 94). (A) mit bzw. (B) ohne mütterlichen Stress während der Schwangerschaft. Quelle: nach ENTRINGER et al. 2011. Abdruck mit Genehmigung des Verlags.

alisation erfolgt im Wesentlichen über Bindungserfahrungen mit und Modell-Lernen durch Bezugspersonen, in erster Linie Eltern. Bereits in der sensomotorischen Phase des Säuglings spielt die Qualität affektiver Bindungserfahrungen für die spätere seelische Gesundheit eine wichtige Rolle. Die Befähigung zu früher Selbstregulation resultiert aus einem abgestimmten Wechselspiel von Urvertrauen, Neugier und Autonomiebedürfnis. Im Alter von 12 bis 18 Monaten beginnen sodann die Entwicklungslinien von Denken und Sprechen zusammenzulaufen, und mit zunehmender Sprachentwicklung wächst die Fähigkeit zu sozialer Kognition, Perspektivenübernahme und Empathie. Frühe Phasen der Identitätsbildung gehen einher mit der Entwicklung sekundärer Motive (vor allem Leistungsmotivation) und der schrittweisen Ersetzung von Fremdkontrolle durch Selbstkontrolle, aus der sodann das moralische Bewusstsein resultiert.

Entscheidend ist nun, dass der in den beschriebenen affektiven, kognitiven, motivationalen und moralischen Dimensionen erfolgende Sozialisationsprozess durch sozialstrukturelle Bedingungen im Sinne schichtspezifischer Sozialisation beeinflusst wird. Daraus resultiert die allgemeine Hypothese, dass bei Kindern, deren Sozialisation in sozial benachteiligten Kontexten

erfolgt, häufiger eine erhöhte psychische Vulnerabilität und eine geringere Bewältigungskompetenz im Vergleich zu sozial besser gestellten Kindern zu erwarten ist. Verschiedene sozialepidemiologische Befunde stützen direkt oder indirekt diese Hypothese. So zeigt beispielsweise eine breit angelegte schwedische Studie, dass die Gruppe der 6–18-jährigen Kinder und Jugendlichen, die mit einem Elternteil aufgewachsen sind, im Vergleich zu Kindern und Jugendlichen aus „vollständigen“ Familien signifikant häufiger Suizid verübt, Opfer von Gewaltverbrechen wird und an alkoholbedingten Störungen leidet. Mit einem relativen Risiko von 2,5 ist die Gefahr einer frühen psychiatrischen Erkrankung bei Jungen besonders ausgeprägt (WEITTOFT et al. 2003). In dieser Studie wird ferner darauf hingewiesen, dass Frauen in prekärer sozioökonomischer Lage die überwiegende Mehrheit Alleinerziehender bilden. Ein weiteres Beispiel stellt die mangelnde Fähigkeit oder Bereitschaft zur Einhaltung eines regelmäßigen Tages- und Nachtrhythmus dar, die in sozial instabilen Familienverhältnissen häufiger zu beobachten ist. Für eine regelgerechte Gehirnentwicklung während früher Kindheit scheint eine geregelte Zeit der Bettruhe bedeutsam zu sein. Fehlt diese Kontinuität, dann treten bei den Kindern bereits in den ersten Schuljahren gehäuft Verhaltensschwierigkeiten auf (BARTLEY 2017).

Auch für diesen Forschungsansatz gilt, dass mit dem zu erwartenden Anwachsen interdisziplinärer Daten aus Geburtskohortenstudien weiterführende Erkenntnisse zu den Auswirkungen schichtspezifischer Sozialisation auf ungleiche Gesundheitschancen von Kindern generiert werden.

Mit sozialer Ungleichheit angesichts der Aneignung und Verfestigung *gesundheitsschädigender Verhaltensweisen in der Adoleszenz* befasst sich ein *dritter Forschungsschwerpunkt*. Hierbei erweist es sich als hilfreich, die latenten Funktionen gesundheitsschädigenden Verhaltens zu betrachten. Das in Abbildung 2 dargestellte Schema verweist auf zentrale diesbezügliche Prozesse. Mit der für die Adoleszenz typischen Problemverdichtung treten vermehrt Krisenerfahrungen des Selbstkonzepts und des Selbstwertgefühls auf. Dieser Zusammenhang wird sowohl durch das Aufwachsen in einem Kontext sozioökonomischer Benachteiligung wie auch durch Defizite im primären Sozialisationsprozess verstärkt. Werden Krisen des Selbstkonzepts nicht gemeistert, nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass insbesondere gesundheitsschädigender Genussmittelgebrauch als Kompensation des erfahrenen Defizits eingesetzt wird, dies umso mehr, je stärker ein entsprechender sozialer Druck durch die *Peer-Group* besteht. Protektive psychische Ressourcen wie Selbstwirksamkeitsüberzeugung, interne Kontrolle, Belohnungsaufschub und Zukunftsorientierung sind unter diesen Bedingungen weniger ausgeprägt. Es gelingt daher seltener, einer Verfestigung der einmal erworbenen Verhaltensweisen wirksam entgegenzutreten (SIEGRIST 2005).

Zahlreiche Studien haben den sozialen Gradienten von Zigaretten-, Drogen- und Alkoholkonsum bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestätigt. Dies gilt auch für weitere Indikatoren gesundheitsschädigenden Verhaltens wie Fehlernährung oder riskantes Sexualverhalten.<sup>2</sup> Damit ist ein wichtiger, gut gesicherter Erklärungsansatz für eine höhere Krankheitslast im frühen und mittleren Erwachsenenalter bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen gegeben.

Idealerweise sollten sich die drei bisher separat aufgeführten Forschungsansätze in einer Lebenslaufperspektive ergänzen. Dies ist voraussichtlich der Weg der weiteren wissenschaftlichen Entwicklung dieses Gebiets. Hierzu erscheint als heuristisches Prinzip besonders vielversprechend das *Konzept kumulativer sozialer Benachteiligung* (VINER et al. 2012).

---

2 Als Überblick RICHTER und HURRELMANN 2009.

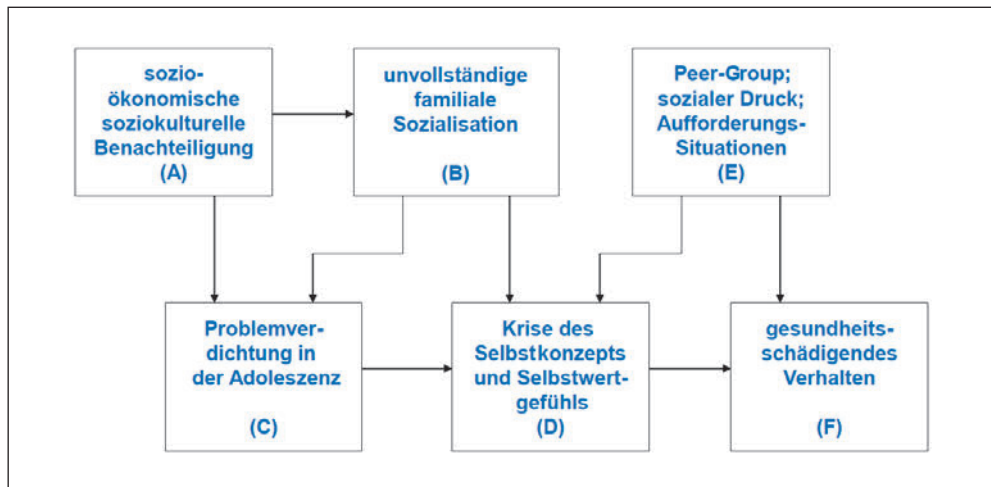


Abb. 2 Schematische Darstellung der soziologisch und sozialpsychologisch fassbaren Einflussgrößen, die das Auftreten gesundheitsschädigenden Verhaltens in der Adoleszenz erklären. Quelle: SIEGRIST 2005. Abdruck mit Genehmigung des Verlags.

### 3.2 Erwerbsalter

Die Spanne zwischen dem 25. und 65. Lebensjahr enthält die sozial produktivste Zeit des Lebenslaufs, in der ein überwiegender Teil der Erwachsenen einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung im Erwerbsleben nachgeht. In dieser Phase werden neben der Erwerbstätigkeit weitere *zentrale soziale Rollen* der Partnerschaft und der Familiengründung sowie der zivilgesellschaftlichen Beteiligung übernommen und ausgestaltet. Dabei unterscheidet sich die soziale Lage von Personen nach herrschenden Kriterien gesellschaftlicher Differenzierung, insbesondere nach Bildung, Einkommen und beruflichem Status, auch in modernen Gesellschaften weiterhin sehr deutlich, und diese schichtspezifischen Differenzen haben, wie bereits erwähnt, weitreichende Auswirkungen auf den Gesundheitszustand.

Während vieler Jahre hat die Forschung den Einfluss materieller Not und Benachteiligung auf die gesundheitliche Ungleichheit Erwachsener in den Vordergrund gestellt. Zweifellos spielt das Einkommen in dieser Perspektive eine zentrale Rolle, da es eine Vielzahl gesundheitsrelevanter Lebensbedingungen direkt beeinflusst. Dies wird besonders sichtbar am überragenden Einfluss von Armut auf die Gesundheit, z. B. in Form schlechter Wohnverhältnisse, prekärer Formen der Sicherung eines Existenzminimums, fehlender Beschäftigung und mangelnder sozialer Teilhabe. Allerdings hat sich mit der Wohlstandsentwicklung in modernen Gesellschaften die Lage dahingehend verändert, dass jenseits bitterer Armut und materieller Notlagen weniger sichtbare Formen sozialer Benachteiligung in Erscheinung getreten sind. Damit rücken neben einer benachteiligenden materiellen Umwelt bestimmte, mit dem Terminus „*psychosoziale Umwelt*“ bezeichnete Gesundheitsdeterminanten in den Vordergrund der Analyse.

Unter einer *psychosozialen Umwelt* wird derjenige Bereich sozialer Opportunitäten verstanden, der Menschen zur Verfügung steht, um ihre fundamentalen Bedürfnisse nach Wohlbefinden, Produktivität und positiver Selbsterfahrung zu erfüllen (SIEGRIST und MARMOT

2006). Wie weit eine solche Bedürfniserfüllung möglich ist, hängt maßgeblich von der Verfügbarkeit und Qualität der erwähnten sozialen Rollen im frühen und mittleren Erwachsenenalter ab. Wer beispielsweise von der Teilnahme am Erwerbsleben ausgeschlossen oder gezwungen ist, eine beschwerliche und zugleich anspruchslose Tätigkeit auszuführen, hat kaum Chancen, seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und hierfür Wertschätzung und positive Selbstwertgefühle zu erfahren. Wer sozial isoliert ist, vermag nicht, die das Wohlbefinden stärkenden Wirkungen eines vertrauensvollen sozialen und emotionalen Rückhalts zu erfahren. Daher kann hier die These formuliert werden, dass Umfang und Qualität positiver Selbsterfahrungen im Medium sozialer Rollen sozialstrukturell ungleich verteilt sind, so dass sich daraus eine weitere, bedeutsame Quelle gesundheitlicher Ungleichheit im Erwachsenenalter ergibt.

Nirgends ist diese These einsichtiger – und auch von der bisherigen Forschung besser belegt worden – als im Berufsleben, in der zentralen sozialen Rolle bezahlter *Erwerbsarbeit*. Dies ist nicht nur deshalb der Fall, weil die Bereitschaft und Befähigung zu eigenständiger Arbeit und damit verbundener autonomer Lebensgestaltung wesentliche Ziele des primären Sozialisationsprozesses sind. Vielmehr bedeutet die kontinuierliche Teilnahme am Erwerbsleben, neben der Erzielung eines regelmäßigen Erwerbseinkommens, auch die Sicherung des eigenen sozialen Status und der damit verbundenen sozialen Identität. Unter günstigen Bedingungen werden im Beruf wiederkehrende Erfahrungen von Erfolg, Produktivität und Anerkennung gemacht, werden Kompetenzen entwickelt und Lernchancen eröffnet – Bedingungen, welche die Gesundheit und das Wohlbefinden arbeitender Menschen zu fördern vermögen. Allerdings gilt auch das Gegenteil: Prekäre Beschäftigung ohne Sicherheit und ohne Gestaltungsspielraum bei der Arbeit, Tätigkeit an gefährlichen, belastungsreichen Arbeitsplätzen, permanent hoher Leistungsdruck ohne angemessenen Lohn und ohne dafür erfahrene Wertschätzung – diese Bedingungen schmälern oder verhindern positive Selbsterfahrungen, Wohlbefinden und Zufriedenheit bei der Arbeit und schädigen, vermittelt über chronisches Stresserleben, langfristig die psychische und physische Gesundheit der Beschäftigten. Vergleichbare Wirkungen werden durch erzwungenen sozialen Abstieg, blockierte Aufstiegschancen, unfreiwillige Teilzeitarbeit und vor allem bedrohte Arbeitsplatzsicherheit, bis hin zum dauerhaften Arbeitsplatzverlust, erzeugt (SCHNALL et al. 2009, SIEGRIST 2015).

Der *soziale Gradient* von *Erwerbsbeteiligung* und *Qualität der Arbeit* ist in vielen Studien belegt worden: Mit niedriger sozialer Schichtzugehörigkeit geht eine schlechtere Qualität der Arbeit und ein höheres Risiko fehlender oder diskontinuierlicher Erwerbstätigkeit einher. Umfangreiche internationale Längsschnittstudien an unterschiedlichen Berufsgruppen haben in den vergangenen 25 Jahren eine Reihe neuer, praktisch bedeutsamer Erkenntnisse zum Zusammenhang zwischen einer belastenden psychosozialen Arbeitsumwelt und stressassoziierten Erkrankungsrisiken hervorgebracht. In ihrer Mehrzahl orientieren sie sich an einem der beiden besonders häufig untersuchten *stress-theoretischen Modelle* psychosozialer Arbeitsbedingungen, dem Anforderungs-Kontroll-Modell und dem Modell beruflicher Gratifikationskrisen.

Das *Anforderungs-Kontroll-Modell* (KARASEK und THEORELL 1990) konzentriert sich auf bestimmte Aspekte des Tätigkeitsprofils, welches den Beschäftigten die Erfahrung von Autonomie und Selbstwirksamkeit ermöglicht oder verwehrt. Es handelt sich um Arbeitsplätze mit quantitativ hohen Anforderungen (hoher Zeitdruck, hohe Leistungsdichte), jedoch fehlender oder lediglich begrenzter Chance, die Arbeitsaufgabe zu kontrollieren und mitzugestalten. Demnach gefährdet nicht der Leistungsdruck allein die Gesundheit arbeitender Menschen,

sondern der Leistungsdruck unter Bedingungen fehlender Entscheidungsmacht und Kontrollierbarkeit der auszuführenden Arbeit. Klassisches Beispiel dieser Konstellation ist die Fließbandarbeit der industriellen Massenfertigung. Jedoch findet sie sich auch bei statusniedrigen Dienstleistungsberufen und an Arbeitsplätzen mit geringer Qualifikation im Informations- und Kommunikationssektor. Fehlende Autonomie und Selbstwirksamkeit sowie ein Mangel an stimulierenden Erfahrungen und Lernchancen verschärfen das Belastungserleben zusätzlich, wenn ein schützender sozialer Rückhalt durch Kollegen und Vorgesetzte am Arbeitsplatz fehlt.

Das *Modell beruflicher Gratifikationskrisen* (zusammenfassend SIEGRIST 2015) befasst sich mit den vertraglichen Bedingungen der Arbeit, d. h. dem Tauschprozess zwischen Leistung und Gegenleistung. Wenn der Grundsatz der Tauschgerechtigkeit bei der Arbeit in der Form verletzt wird, dass einer hohen Verausgabung keine angemessene Belohnung gegenübersteht, dann werden bei den betroffenen Personen negative Emotionen und „gratifikationskritische“ Stressreaktionen ausgelöst. Belohnungen umfassen nicht allein Lohn oder Gehalt, sondern ebenso Aufstiegschancen, Arbeitsplatzsicherheit sowie nicht-materielle Anerkennung und Wertschätzung der leistenden Person. Das im Modell definierte Ungleichgewicht zwischen erbrachter Leistung und erzieltm oder erwartbarem Gewinn wird als wiederkehrender Stressor besonders häufig bei Beschäftigten erfahren, die keine Arbeitsplatzalternative finden (z. B. aufgrund niedriger Qualifikation) oder die in einem durch starken Wettbewerbsdruck gekennzeichneten Beruf beschäftigt sind. Dieses Ungleichgewicht kann aber auch zusätzlich durch intrinsische, in der arbeitenden Person liegende Faktoren verstärkt und aufrechterhalten werden. Ein solcher intrinsischer Faktor ist in Form der Motivation zu exzessiver Leistungsbereitschaft in das theoretische Modell aufgenommen worden. Stresstheoretisch sind die im Modell herausgestellten enttäuschten Belohnungserwartungen und -erfahrungen deshalb so gravierend, weil sie als Bruch eines grundlegenden, in der Evolution menschlicher Vergesellschaftung tragenden Prinzips, der Norm sozialer Reziprozität, erlebt werden.

Zu diesen beiden Arbeitsstressmodellen liegt inzwischen eine *umfangreiche empirische Evidenz* bezüglich der Auswirkungen psychosozialer Belastungen auf erhöhte stressassoziierte Erkrankungsrisiken vor.<sup>3</sup> Besonders robust ist sie bezüglich der auch gesundheitspolitisch bedeutsamen Herz-Kreislauf-Krankheiten (STEPTOE und KIVIMÄKI 2012) und depressiven Störungen (THEORELL et al. 2015). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das relative Risiko einer koronaren Herzkrankheit bei beruflich stark belasteten Beschäftigten um durchschnittlich etwa 40 % höher ist als bei nicht oder geringfügig belasteten, und zwar nach statistischer Kontrolle des Einflusses wichtiger kardiovaskulärer Risikofaktoren (BACKÉ et al. 2012). Noch stärker ausgeprägt sind entsprechende Zusammenhänge mit depressiven Störungen. Hier zeigen die Befunde ein im Mittel um etwa 80 % erhöhtes Erkrankungsrisiko bei von Arbeitsstress Betroffenen (THEORELL et al. 2015, SIEGRIST und WAHRENDORF 2016). Eine Reihe weiterer Erkrankungen und Befindensstörungen, eingeschränktes Funktionsvermögen sowie lange Fehlzeiten und erhöhte Frühberentungsraten werden ebenfalls von diesen Arbeitsbelastungen beeinflusst (JUVANI et al. 2014, SIEGRIST 2015).

Im Zusammenhang mit der hier im Zentrum stehenden sozialen Ungleichheit ist bedeutsam, dass nicht nur die erwähnten psychosozialen Arbeitsbelastungen, sondern auch die bisher zentral untersuchten Krankheitsbilder der Depression und der koronaren Herzkrankheit jeweils einen sozialen Gradienten in der bekannten Form aufweisen: Je niedriger der soziale

---

3 Als Übersichten: SCHNALL et al. 2009, SIEGRIST und WAHRENDORF 2016.

Status ist, desto stärker sind die entsprechenden Risiken ausgeprägt. Daher interessiert die Frage, ob es bei Erwerbstätigen in niedrigen sozialen Positionen einen engeren Zusammenhang zwischen Arbeitsstress und Erkrankungsrisiko gibt als bei statushöheren Beschäftigten. Für die *Depression* ist diese Frage nach einem *Interaktionseffekt von Arbeitsstress und sozialer Schicht* unter anderem in einer deutschen Längsschnittstudie untersucht worden, deren Ergebnis in Abbildung 3 dargestellt wird. Dabei wurde die relative Wahrscheinlichkeit, depressive Krankheitssymptome zu entwickeln, für vier Gruppen berechnet. Definiert man das Risiko der Gruppe der Beschäftigten in der obersten Sozialschicht, die keinen Arbeitsstress im Sinne einer Gratifikations- bzw. Anerkennungskrise aufweisen, als Bezugsgröße mit der Zahl 1,0, dann wird für jede der drei restlichen Gruppen das entsprechende relative Risiko ermittelt (Gruppe 2: hohe Sozialschicht mit Arbeitsstress; Gruppe 3: niedrige Sozialschicht ohne Arbeitsstress; Gruppe 4: niedrige Sozialschicht mit Arbeitsstress). Dementsprechend sollte in der zuletzt genannten Gruppe das Risiko besonders hoch sein. Dies wird empirisch bestätigt, indem in Gruppe 4 eine etwa achtfach erhöhte Erkrankungswahrscheinlichkeit beobachtet wird, im Vergleich zu derjenigen der am besten gestellten Gruppe. Der Interaktionseffekt von Schicht und Anerkennungskrise auf das Depressionsrisiko ist statistisch hoch signifikant (SIEGRIST 2015).

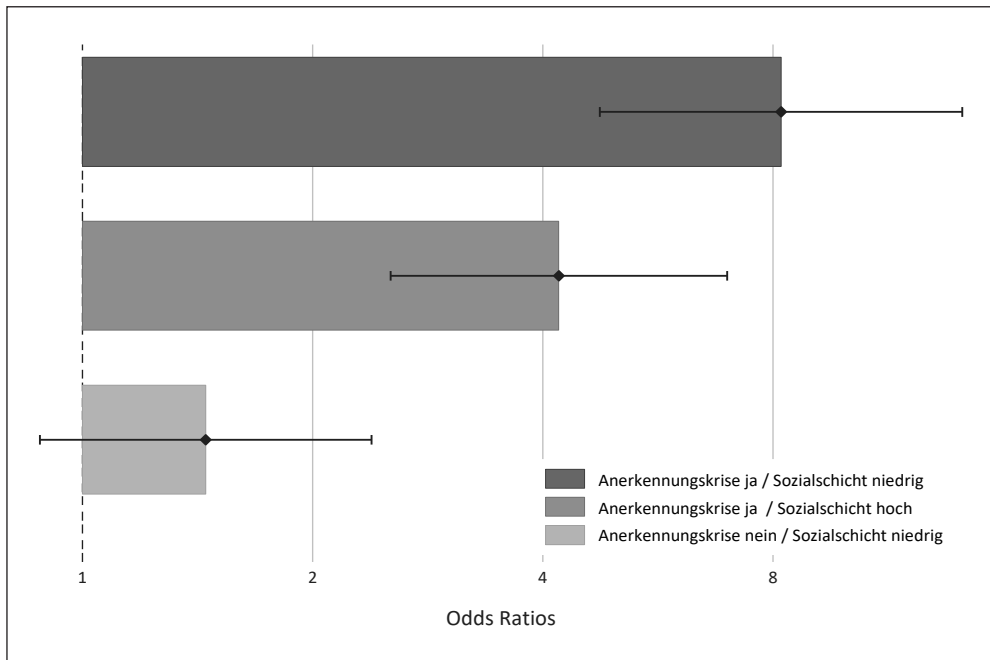


Abb. 3 Zusammenwirken von Anerkennungskrisen im Beruf und niedriger sozialer Schichtzugehörigkeit bei der Abschätzung des Risikos einer depressiven Störung: Ergebnisse logistischer Regressionsanalyse (Odds-Ratios und 95%-Konfidenzintervalle); vier definierte Gruppen (siehe Text). N = 1749 erwerbstätige Männer und Frauen; Heinz-Nixdorf-Recall-Studie, Deutschland. Adjustierte Odds-Ratios nach Kontrolle von Alter, Geschlecht, Gewicht, Rauchen, körperlicher Bewegung. Daten der Basiserhebung, bei der depressive Störungen anhand der CES-D-Skala mit klinisch validierten Grenzwerten erfasst wurden. Der Synergieindex 1,99 (1,02–3,85) zeigt einen statistisch signifikanten Interaktionseffekt an. Quelle: SIEGRIST 2015. Abdruck mit Genehmigung des Verlags.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass materielle und psychosoziale Benachteiligungen in zentralen sozialen Rollen des frühen und mittleren Erwachsenenalters, und ganz besonders erfahrene Benachteiligungen im Erwerbsleben, einen wichtigen, eigenständigen Beitrag zur Erklärung sozial ungleich verteilter Krankheitslast in der Bevölkerung leisten. Ergänzt man die im vorhergehenden Abschnitt dargestellten Befunde zu sozialen Determinanten der Gesundheit im Kindes- und Jugendalter um diese neuen Erkenntnisse, dann wird die Tragweite ungleicher Gesundheit im Lebenslauf vollends deutlich. Welche Folgerungen sich aus dieser Bilanz neuer, aus Prozessanalysen resultierender Forschungsbefunde ergeben, soll abschließend diskutiert werden.

#### **4. Folgerungen für die Gesundheitspolitik**

Wenn weitreichende praktisch Entscheidungen und Maßnahmen auf neuen Erkenntnissen der wissenschaftlichen Forschung beruhen sollen, dann ist es erforderlich, dass diese Erkenntnisse zuverlässig und valide sind, d. h. dass sie aus replizierten, möglichst objektiven Daten resultieren. Ferner sollen sie nicht nur Sachverhalte beschreiben, sondern Zusammenhänge aufklären, damit auf diese Weise Ansatzpunkte für praktische Veränderungen identifiziert werden können. Manchen Ergebnissen der auf Indikatorensystemen basierenden Gesundheitsberichterstattung hat man vorgehalten, diesen Erfordernissen nicht zu genügen. Dies hat wiederholt Entscheidungsträger mit Verantwortung für gesundheitspolitische Maßnahmen davon abgehalten, ihr Handeln an vorhandenen Forschungsergebnissen zu orientieren. Ein Beispiel hierfür ist die Diskussion der Frage, ob der in indikatoren-gestützten Gesundheitsberichten regelmäßig gefundene Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit nicht viel eher auf soziale Selektion als auf soziale Verursachung zurückgeführt werden kann. Erst die robusten prozessanalytischen Befunde epidemiologischer Kohortenstudien haben diese Frage eindeutig beantwortet (KUH und BEN SHLOMO 2004, MACKENBACH et al. 2016, MARMOT 2015). Gemeinsam mit Resultaten aus methodisch überzeugend durchgeführten *Interventionsstudien* besitzen Ergebnisse aus *prospektiven prozessanalytischen Forschungen* angesichts ihrer überlegenen Informationsqualität das Potenzial, die *gesundheitspolitische Praxis* im Sinne einer evidenzbasierten politischen Gestaltung zu *beeinflussen*. Ist die Chance, dass dieses Potenzial wirklich genutzt wird, realistisch angesichts des Kräftespiels politischer und wirtschaftlicher Machtverhältnisse, welche auch in diesem Bereich vorherrschen?

Wenn diese Frage hier mit einem leichten Optimismus positiv beantwortet wird, so deshalb, weil ein enger Zusammenhang besteht zwischen dem Ausmaß und der Qualität der in einem Land verfügbaren Daten zu sozialen Ungleichheiten von Morbidität und Mortalität in der Bevölkerung und der Entwicklung darauf bezogener gesundheitspolitischer Aktivitäten (MACKENBACH 2006). Nach Erscheinen des aufsehenerregenden Black-Reports in Großbritannien im Jahr 1980 dauerte es nur wenige Jahre, bis erste groß angelegte Förderprogramme zur Erforschung von Ursachen ungleicher Gesundheit aufgelegt wurden. Beinahe zeitgleich setzte eine entsprechende Forschungsförderung in den Niederlanden und etwas später in Finnland und Schweden ein. In diesen Ländern lässt sich belegen, dass die *Erkenntnisfortschritte prozessanalytischer Forschung* mit nur geringer Verzögerung Eingang in *neue gesundheitspolitische Initiativen* gefunden haben, und zwar in Form von auf Forschungsergebnissen basierenden *nationalen Aktionsprogrammen* (MACKENBACH 2006). Nirgends ist diese

Entwicklung jedoch so weit fortgeschritten wie in England. Dies zeigt der umfassendste und jüngste Bericht besonders eindrucksvoll (MARMOT 2010). Hier wurden in sechs Bereichen Handlungsziele zur Verringerung des sozialen Gradienten definiert und anhand spezifischer, durch wissenschaftliche Befunde untermauerter Empfehlungen (MARMOT 2010) konkretisiert. Sie beziehen sich auf

- Programme der Schwangerenbetreuung, der Unterstützung junger Familien in schwierigen sozialen Lagen und des Ausbaus der Frühförderung von Kindern;
- die Verbesserung des Zugangs zu Schule und Ausbildung sowie von Bildungserfolg bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen;
- die Ausweitung der Erwerbsbeteiligung und strukturelle Maßnahmen zur Stärkung gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen;
- einkommenspolitische Entscheidungen wie Einführung von Mindestlohn, stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen sowie gezielter Ausbau sozialer Sicherung zur Minderung von Existenzrisiken;
- Programme zur Verbesserung und Schonung der Umwelt, einschließlich städtebaupolitischer Maßnahmen und Wohnsanierungsprogramme;
- Investitionen in primäre, sekundäre und tertiäre Präventionsmaßnahmen zur Verringerung der Last chronischer Krankheiten und Behinderungen.

Sicherlich muss anhand einer *Evaluation* dieser Aktivitäten überprüft werden, ob und in welchem Umfang es bereits gelungen ist, konkrete Fortschritte zu erzielen. Dieser Aufgabe widmen sich, als Teil einer neuen gesundheitspolitischen Bewegung im Land, mehrere akademische und zivilgesellschaftliche Projekte (MARMOT 2015). Ein interessantes Beispiel stellt die quasi-experimentelle Evaluation eines umfangreichen Projekts städtebaulicher Sanierung in Glasgow dar („GoWellGlasgow“). Hier ging es darum, die Erfolgchancen des leitenden *Prinzips des „proportionalen Universalismus“* zu prüfen (EGAN et al. 2016). Dieses Prinzip besagt, dass Maßnahmen zur Verringerung sozialer Ungleichheit zwar den Gesundheitszustand nach Möglichkeit in allen sozialen Schichten verbessern sollen, dass jedoch die Fortschritte proportional zum Ausmaß jeweiliger sozialer Benachteiligung erzielt werden sollen. Größte Investitionen sind somit bei den am schlechtesten gestellten Gruppen erforderlich. In Anlehnung an dieses Prinzip haben die Forscher die 14 Bezirke, in denen zwischen 2006 und 2011 saniert wurde, nach Umfang der Investitionen in drei Gruppen geteilt und anhand von Regressionsanalysen überprüft, wie weit sich die selbstberichtete Gesundheit der Einwohner dieser Gruppen in diesem Zeitraum verändert hat. Dabei zeigte sich, dass allein in der am meisten benachteiligten Gruppe eine deutliche, auch statistisch signifikante Verbesserung selbstberichteter Gesundheit erzielt wurde (EGAN et al. 2016).

Forschungs- und gesundheitspolitische Initiativen zur Verringerung sozial ungleicher Gesundheitschancen sind auch auf europäischer Ebene erfolgt. Als Beispiele seien hier lediglich Projekte wie „Social variations in health expectancy in Europe“ (SIEGRIST und MARMOT 2006), DRIVERS (GOLDBLATT et al. 2015) oder LIFEPATH (STRINGHINI et al. 2017) genannt. Selbst wenn die Umsetzungschancen ihrer Ergebnisse, nicht zuletzt angesichts dominanter Zuständigkeiten nationaler Gesundheitspolitiken, begrenzt bleiben, zeichnen sie den Weg vor, den die zukünftige Politik gehen sollte, um wirkungsvoll zur Verringerung vermeidbarer ungleicher Gesundheitschancen beizutragen. In europäischer – und erst recht in globaler – Perspektive bleibt viel zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Verstärkte Investitionen in eine qualitativ aussagekräftige, gut vergleichbare Gesundheitsberichterstattung und in den

Ausbau prozessanalytischer Forschung zu sozialen Determinanten des Gesundheitszustands ganzer Bevölkerungen spielen hierbei eine wichtige Rolle.

### Literatur

- BACKÉ, E. M., SEIDLER, A., LATZA, U., ROSSNAGEL, K., and SCHUMANN, B.: The role of psychosocial stress at work for the development of cardiovascular disease: a systematic review. *International Archives of Occupational and Environmental Health* 85, 67–79 (2012)
- BARKER, D. J. P.: *Mothers and Babies and Health in Later Life*. Edinburgh: Churchill Livingstone 1998
- BARTLEY, M.: *Health Inequality*. 2<sup>nd</sup> ed. Cambridge: Polity Press 2017
- BONITA, R., BEAGLEHOLE, R., und KJELLSTRÖM, T.: *Einführung in die Epidemiologie*. Bern: Huber 2008
- CORNIA, G. A.: The mortality crisis in transition economies. *IZA World of Labor* 298 (2016)
- EGAN, M., KEARNS, A., KATIKIREDDI, S. V., CURL, A., LAWSON, K., and TANNAHILL, C.: Proportionate universalism in practice? *Social Science and Medicine* 152, 41–49 (2016)
- ENTRINGER, S., EPEL, E. S., KUMSTA, R., LIN, J., HELLHAMMER, D. H., BLACKBURN, E. H., WÜST, S., and WADHWA, P. D.: Stress exposure in intrauterine life is associated with shorter telomere length in young adulthood. *Proc. Natl. Acad. Sci. USA* 108/33, E513–518 (2011)
- GOLDBLATT, P., SIEGRIST, J., LUNDBERG, O., MARINETTI, C., FARRER, L., and COSTONGS, C.: *Improving Health Equity through Action across the Life Course*. Brussels: EuroHealth Net 2015
- JUVANI, A., OKSANEN, T., SALO, P., VIRTANEN, M., KIVIMÄKI, M., PENTTI, J., and VAHTERA, J.: Effort-reward imbalance as a risk factor for disability pension: The Finnish Public Sector Study. *Scandinavian Journal of Work, Environment and Health* 40, 266–277 (2014)
- KARASEK, R., and THEORELL, T.: *Healthy Work. Stress, Productivity, and the Reconstruction of Working Life*. New York: Basic Books 1990
- KUH, D., and BEN-SHLOMO, Y. (Eds.): *A Life Course Approach to Chronic Disease Epidemiology*. 2<sup>nd</sup> ed. Oxford: Oxford University Press 2004
- LAMPERT, T., KROLL, L. E., KUNTZ, B., und ZIESE, T.: Gesundheitliche Ungleichheit. In: *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): *Datenreport 2011*. S. 247–259. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2011
- Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina) acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und Union der deutschen Akademien der Wissenschaften* (Eds.): *Frühkindliche Sozialisation*. Berlin: medienbogen 2014
- Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina), acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und Union der deutschen Akademien der Wissenschaften* (Eds.): *Wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung bevölkerungsweiter Längsschnittstudien*. Halle (Saale) 2016
- MACKENBACH, J. P.: Socio-economic inequalities in health in Western Europe. From description to explanation to intervention. In: SIEGRIST, J., and MARMOT, M. (Eds.): *Social Inequalities in Health: New Evidence and Policy Implications*; pp. 223–250. Oxford: Oxford University Press 2006
- MACKENBACH, J. P., KULHANOVA, I., ARTNIK, B., BOPP, M., BORRELL, C., CLEMENS, T., COSTA, G., DIBBEN, C., KALEDIENE, R., LUNDBERG, O., MARTIKAINEN, P., MENVIELLE, G., ÖSTERGREN, O., PROCHORSKAS, R., RODRÍGUEZ-SANZ, M., STRAND, B. H., LOOMAN, C. W., and GELDER, R. DE: Changes in mortality inequalities over two decades: register based study of European countries. *British Medical Journal* 353, i.1732 (2016)
- MARMOT, M.: *Fair Societies, Healthy Lives. The Marmot Review*. London: Institute of Health Equity 2010
- MARMOT, M.: *The Health Gap. The Challenge of an Unequal World*. London: Bloomsbury 2015
- POWER, C., and KUH, D.: Life course development of unequal health. In: SIEGRIST, J., and MARMOT, M. (Eds.): *Social Inequalities in Health: New Evidence and Policy Implications*; pp. 27–53. Oxford: Oxford University Press 2006
- RICHTER, M., und HURRELMANN, K. (Hrsg.): *Gesundheitliche Ungleichheit*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009
- SCHNALL, P., DOBSON, M., and ROSSKAM, E. (Eds.): *Unhealthy Work*. Amityville (New York): Baywood 2009
- SCHWARTZ, F., WALTER, U., und ABELIN, T. (Hrsg.): *Das Public-Health Buch*. 2. Aufl. München: Urban & Fischer 2012
- SIEGRIST, J.: *Medizinische Soziologie*. 6. Aufl. München: Urban & Fischer 2005
- SIEGRIST, J.: *Arbeitswelt und stressbedingte Erkrankungen*. München: Elsevier 2015
- SIEGRIST, J., and MARMOT, M. (Eds.): *Social Inequalities in Health: New Evidence and Policy Implications*. Oxford: Oxford University Press 2006

- SIEGRIST, J., and WAHRENDORF, M. (Eds.): *Work Stress and Health in a Globalized Economy: The Model of Effort-Reward Imbalance*. Springer International Publications 2016
- STEPTOE, A., and KIVIMÄKI, M.: Stress and cardiovascular disease. *Nature Reviews in Cardiology* 9, 360–370 (2012)
- STRINGHINI, S., CARMELI, C., JOKELA, M., AVENDANO, M., MUENNIG, P., GUIDA, F., RICCI, F., D'ERRICO, A., BARROS, H., BOCHUD, M., CHADEAU-HYAM, M., CLAVEL-CHAPELON, F., COSTA, G., DELPIERRE, C., FRAGA, S., GOLDBERG, M., GILES, G. G., KROGH, V., KELLY-IRVING, M., LAYTE, R., LASSERRE, A. M., MARMOT, M. G., PREISIG, M., SHIPLEY, M. J., VOLLENWEIDER, P., ZINS, M., KAWACHI, I., STEPTOE, A., MACKENBACH, J. P., VINEIS, P., KIVIMÄKI, M., and *Lifepath Consortium*: Socioeconomic status and the 25×25 risk factors as determinants of premature mortality: a multicohort study and meta-analysis of 1.7 million men and women. *The Lancet* doi.org/10.1016/S0140-6736(16)32380-7 (2017)
- THEORELL, T., HAMMARSTRÖM, A., ARONSSON, G., TRÄKSMAN BENDZ, L., GRAPE, T., HOGSTEDT, C., MARTEINSDOTTIR, I., SKOOG, I., and HALL, C.: A systematic review including meta-analysis of work environment and depressive symptoms. *BMC Public Health* 15, 738 (2015)
- VINER, R. M., OZER, E. M., DENNY, S., MARMOT, M., RESNICK, M., FATUSI, A., and CURRIE, C.: Adolescence and the social determinants of health. *The Lancet* 379, 1641–1652 (2012)
- WEITOFF, G. R., HJERN, A., HAGLUND, B., and ROSÉN, M.: Mortality, severe morbidity, and injury in children living with single parents in Sweden: A population-based study. *The Lancet* 361, 289–295 (2003)
- WHO, *Commission on the Social Determinants of Health: Closing the Gap in a Generation*. Geneva: World Health Organization 2008
- WHO: *Global Action Plan for the Prevention and Control of Noncommunicable Diseases 2013–2020*. Geneva: World Health Organization 2013
- WHO Europe, *Regional Office for Europe: Review of Social Determinants and the Health Divide in the WHO European Regions. Final Report*. Copenhagen: World Health Organization Regional Office for Europe 2013

Prof. Dr. Johannes SIEGRIST  
Seniorprofessur Medizinische Fakultät  
der Heinrich-Heine-Universität  
Life Science Center  
Merowingerplatz 1a  
40225 Düsseldorf  
Bundesrepublik Deutschland  
Tel.: +49 211 385428111  
E-Mail: johannes.siegrist@med.uni-duesseldorf.de





**ISSN: 0369-5034**

**ISBN: 978-3-8047-3756-3**